

**Die politischen Dimensionen der  
Globalisierung:  
Krisenszenarien und Zukunftsvisionen**

**Staat und Gesellschaft im Globalisierungsdiskurs**

Inaugural-Dissertation  
zur  
Erlangung der Doktorwürde  
der

Philosophischen Fakultät  
der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität  
zu Bonn

vorgelegt von

Hanne Weisensee

aus  
Ochsenfurt

Bonn 2004

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Diese Dissertation ist auf dem Hochschulschriftenserver der ULB  
Bonn [http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss\\_online](http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online) elektronisch publiziert

1. Berichterstatter: Professor Dr. Wolfgang Bergsdorf

2. Berichterstatter: Professor Dr. Christian Hacke

Tag der mündlichen Prüfung: 21.07.2004

## Danksagung

Ich danke an erster Stelle Professor Dr. Wolfgang Bergsdorf für die Ermöglichung dieser Arbeit, für die gute Zusammenarbeit, seinen Rat und die wiederholte Durchsicht des Manuskripts in den verschiedenen Arbeitsphasen. Ebenso bedanke ich mich für das Verständnis für meine Entscheidung, die Dissertation neben der Berufstätigkeit zu erstellen und den dafür notwendigen Freiraum.

Bei Professor Dr. Christian Hacke bedanke ich mich für die Übernahme des Ko-referats. Bei Professor Dr. Klaus Schönhoven und Professor Dr. Michael Schneider bedanke ich mich für die Stellungnahmen und Ratschläge in der frühen Entstehungsphase der Arbeit.

Mein besonderer Dank gilt zudem meinem Arbeitgeber, Detlef Dzembitzki MdB, der mir von Anfang an genügend Raum für die Dissertation gelassen und das Projekt mit viel Sympathie und Geduld begleitet hat. Ohne diese Unterstützung wäre die Verbindung von Berufstätigkeit und wissenschaftlicher Arbeit nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus bedanke ich mich besonders bei meinem Mann, Sascha Götz, der in den verschiedenen Phasen kritischer Leser, anregender und nachdenklicher Diskussionspartner sowie Korrektor der Arbeit war. Dasselbe gilt für meine Eltern, Inge und Klaus Weisensee, die das Dissertationsvorhaben stets unterstützt und die Arbeit mehrfach Korrektur gelesen haben. Ohne den Rat, die Nachfragen und die Anregungen wäre die Arbeit nicht entstanden. Ebenso wichtig war die moralische Unterstützung durch meine Familie, die nie einen Zweifel an dem Dissertationsprojekt aufkommen ließ.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen meinen Freunden und Freundinnen sowie meinen Kollegen und Kolleginnen, die mit Geduld und Verständnis die Abfassung der Dissertation begleitet haben.

Die Dissertation ist nach den Regeln der neuen Rechtschreibung verfasst.

Für Sascha



<b>I.</b>	<b>Einleitung</b>	
	<b>Die politischen Dimensionen der Globalisierung: Krisenszenarien und Zukunftsvisionen</b>	
	<b>Staat und Gesellschaft im Globalisierungsdiskurs</b>	<b>13</b>
	<b>Politikwissenschaftliche Relevanz</b>	<b>16</b>
	Demokratiethoretische Bedeutung des Globalisierungsdiskurses	17
	<b>Quellenauswahl</b>	<b>18</b>
	Öffentliche Aufmerksamkeit als Auswahlkriterium	20
	Einbettung in einen fachwissenschaftlichen Rahmen	22
	Forschungslage	23
	<b>These</b>	<b>24</b>
	<b>Methodik</b>	<b>26</b>
<b>II.</b>	<b>Der Diskurs</b>	
	<b>Der Begriff Globalisierung als Chiffre</b>	<b>28</b>
<b>1.</b>	<b><u>Der Charakter des Diskurses</u></b>	<b>29</b>
<b>1.1</b>	<b>Der Auslöser</b>	<b>29</b>
<b>1.2</b>	<b>Die Gemeinsamkeiten im Diskurs</b>	<b>30</b>
	1.2.1 Die politisch-historische Zäsur	31
	1.2.2 Die Frage nach der Moderne und die Raum-Zeit-Kompression	31
	1.2.3 Der Prozesscharakter und die Normativität	32
	1.2.4 Zusammenfassung	33
<b>1.3</b>	<b>Die Phasen</b>	<b>34</b>

<b>2.</b>	<b><u>Zentrale Motive und Parameter zur Strukturierung des Diskurses: Positionen und Gegenpositionen</u></b>	<b>37</b>
2.1	<b>Die zentralen Motive im Diskurs - Kristallisationspunkt Demokratie</b>	<b>37</b>
2.1.1	Die nationalstaatliche Gesellschaft als soziales System	38
	· Qualitative Perspektive - Kollektive Identität im Zentrum: Gemeinschaftsorientierung, kulturelle Zugehörigkeit, Partizipation als moralische Pflicht	38
	· Funktionale Perspektive - Individuelle Identität im Zentrum: Akteursorientierung, Wahlfreiheit und Selbstgestaltung, Partizipation als aktives Handeln	40
2.1.2	Der Nationalstaat als Rahmen für das politische System	41
	· Funktionale Perspektive - Strukturen und Institutionen im Zentrum: Verhandlungsorientierung, Regelungsmechanismen, Partizipation als Verfahren	41
	· Qualitative Perspektive - Universelle Werte im Zentrum: Normorientierung, inhaltliche Ausgestaltung der Demokratie, Partizipation als Wert	42
2.1.3	Zusammenfassung	43
<b>2.2</b>	<b>Die Parameter</b>	<b>45</b>
2.2.1	Ansatz: universal - partikular	45
2.2.2	Intention: Ende- oder Aufbruch-Paradigma	46
2.2.3	Beurteilung: defizitorientiert - chancenorientiert	47
	· Indikatoren für Gefahren und Chancen	47

### **III. Die Phasen des Diskurses**

<b>1.</b>	<b><u>Die erste Phase: Der Auslöser - Provokation und Paradigmen</u></b>	<b>49</b>
1.1	<b>Francis Fukuyama - Das Ende der Geschichte</b>	<b>51</b>
1.1.1	Essay und Buch: Entwicklungsschritte einer Programmatik	52

1.1.2	Fukuyamas Methode: Anleihe in Naturwissenschaft und Ökonomie; Anleihe in der historischen Anthropologie; Anleihe in der Philosophie	53
1.1.3	Konflikte und Kriege	55
1.1.4	Kultur und Werte	56
1.1.5	Staaten und Nationen	57
1.1.6	Kapitalismus	58
1.1.7	Moderne	58
1.1.8	Programmatik und Lösungsansatz	59
1.1.9	Fazit	60
<b>1.2</b>	<b>Samuel P. Huntington - Der Kampf der Paradigmen</b>	<b>61</b>
1.2.1	Essay und Buch: Methodische Schritte	62
1.2.2	Kultur und Werte	64
	· Niedergangsthese	65
1.2.3	Konflikte und Kriege	66
1.2.4	Nationen	68
1.2.5	Universalismus und Moderne	70
1.2.6	Kapitalismus und Globalisierung	71
1.2.7	Programmatik und Lösungsansatz	72
1.2.8	Fazit	73
<b>1.3</b>	<b>Benjamin R. Barber - Mit Huntington gegen Fukuyama?</b>	<b>74</b>
1.3.1	Essay und Buch: Erste Schritte einer gesellschaftspolitischen Programmatik	74
	· Was ist McWorld?	75
	· Was bedeutet Dschihad?	76
1.3.2	Demokratie und Freiheit	77
1.3.3	Kapitalismus und Globalisierung	78
1.3.4	Nationen und Konflikte	78
1.3.5	Werte und Identität	80
1.3.6	Modernisierung und Verwestlichung	80
1.3.7	Programmatik und Lösungsansatz	81
1.3.8	Fazit	81

<b>1.4</b>	<b>Jean-Marie Guéhenno - Steht auch das Ende der Demokratie bevor?</b>	<b>82</b>
1.4.1	These und Ansatz	83
1.4.2	Moderne und ein neues Zeitalter	84
1.4.3	Nation, Identität und Demokratie	85
	· Beispiel Europa	87
1.4.4	Prinzipien und Werte	89
1.4.5	Staaten und Konflikte	90
1.4.6	Neue Gemeinschaften und Religion	91
1.4.7	Fazit	92
<b>1.5</b>	<b>Die Ansätze und Methoden: Gemeinsamkeiten, Einordnung und Beurteilung</b>	<b>94</b>
<b>1.6</b>	<b>Der Zweck der Paradigmen</b>	<b>97</b>
<b>2.</b>	<b><u>Die zweite Phase: Spezifizierung und Gegenpositionierung</u></b>	<b>102</b>
<b>2.1</b>	<b>Amitai Etzioni - Paradigma für eine gute Gesellschaft</b>	<b>104</b>
2.1.1	Kommunitarismus und politische Praxis	104
2.1.2	Ausgangspunkt der Programmatik	105
2.1.3	Das Bild der guten Gesellschaft	107
	· Gemeinschaft	108
2.1.4	Programmatik: Die Zwillingsswerte Ordnung und Autonomie	108
	· Werte als Grundlage der Programmatik	109
	· Kultur und Tradition als Basis für Werte und Gemeinschaft	110
2.1.5	Moralischer Dialog und Stimme der Moral	111
	· Verfahren und Regeln im moralischen Dialog	111
	· Stimme der Moral: Innerer und äußerer Druck	112
	· Freiwilligkeit	113
2.1.6	Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Programmatik	114
	· Familie	114
	· Schule	115
	· Andere Gemeinschaften	115
	· Lokale Ebene	116



2.1.7	Gemeinschaft der Gemeinschaften: Globale Werte und Dialoge	117
2.1.8	Fazit	117
<b>2.2</b>	<b>Anthony Giddens - Ist der dritte Weg ein Weg jenseits von links und rechts?</b>	<b>122</b>
2.2.1	Ansatz: Übergang von der Moderne zur reflexiven Modernisierung	123
	· Globalisierung	123
	· Programmatik	124
	· Ideengeschichtlicher Kontext	125
2.2.2	Traditionen	126
2.2.3	Handeln und Entscheiden	127
	· Reflexivität	127
	· Vertrauen	128
2.2.4	Gesellschaft und Werte	129
	· Individuum und Individualisierung	130
	· Nation	131
2.2.5	Vision: Demokratisierung und Dialog	131
	· Kosmopolitische Demokratie	133
	· Politik der Lebensführung	134
	· Nach-Knappheitsordnung	135
2.2.6	Fazit	137
<b>2.3.</b>	<b>Martin Albrow - "Vergeßt die Moderne!"</b>	<b>142</b>
2.3.1	Ansatz und Programmatik	142
2.3.2	Moderne	143
	· Begrifflichkeiten des Globalen Zeitalters	144
2.3.3	Globalisierung und Kapitalismus	146
2.3.4	Gesellschaft, Identität und Werte	147
	· Handeln des Einzelnen	148
	· Wahlmöglichkeiten	149
2.3.5	Nationalstaat, Demokratie und Institutionen	150
	· Nationale Institutionen	150
	· Trans- und internationale Institutionen	151
	· UNO und EU	152
2.3.6	Mehrebenenpolitik und Subsidiarität	152
	· Gewachsene Bedeutung von NGOs und sozialen Bewegungen	152
	· Globaler Staat	153

2.3.7	Vision	154
2.3.8	Fazit	155
<b>2.4</b>	<b>Fazit: Spezifizierung und Gegenpositionierung - Dritte Wege oder das Ende der Moderne</b>	<b>156</b>
	· Soziale Ordnung und individuelle Autonomie	158
	· Kommunikation, Inklusion und Weltgesellschaft	159
	· Anlehnung an die Philosophie - Einmischung in die Politik	160
<b>2.5</b>	<b>Exkurs: Viviane Forrester und Jeremy Rifkin - Das Ende der Arbeit und der globale Kapitalismus</b>	<b>164</b>
<b>3.</b>	<b><u>Die dritte Phase: Ausdifferenzierung und Höhepunkt - Kristallisationspunkt Deutschland</u></b>	<b>170</b>
<b>3.1.</b>	<b>Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit</b>	<b>171</b>
<b>3.2</b>	<b>Richard Sennett - Der neue Kapitalismus und der flexible Mensch</b>	<b>173</b>
3.2.1	Ansatz: Der Kapitalismus verformt den Charakter	173
3.2.2	Kapitalismus	174
3.2.3	Zeit-Raum-Kompression: Die „Drift“	174
	· Zeit	174
	· Ort	175
3.2.4	Karriere als Lebenserzählung	176
3.2.5	Wert der Arbeit: Auswirkungen auf die Identität	176
3.2.6	Individuelle Identität	177
3.2.7	Krisenbeschreibung	177
3.2.8	Ethische Kultur der Moderne: Scheitern als Tabu	178
3.2.9	Lösung und Vision	179
3.2.10	Fazit	180
<b>3.3</b>	<b>André Gorz - Hauptsache Arbeit?</b>	<b>181</b>
3.3.1	Ansatz und Programmatik	182

3.3.2	Flexibler globaler Kapitalismus	183
	· Kapitalismuskritik und Machtstrukturen	183
3.3.3	Indizien für den Wandel	184
	· Prekarisierung der Erwerbsarbeit	184
	· Wissen als Produktivitätsfaktor	186
3.3.4	Arbeitswelt und Identität	186
3.3.5	Ethische Kultur: Scheitern als Tabu	187
3.3.6	Plädoyer für die Umdeutung der Gefahren in Chancen	188
3.3.7	Vision	189
	· Umverteilung der Arbeit und Wiederaneignung der Zeit	189
	· Die Überwindung des Kapitalismus als Ziel	191
3.3.8	Skizze zur Umsetzung	191
	· Einkommensgarantie	192
	· Kommune als Versuchsfeld	193
	· Kooperationsringe	193
3.3.9	Fazit	195
<b>3.4</b>	<b>Ulrich Beck - Das Europa der Bürgerarbeit</b>	<b>196</b>
3.4.1	Ansatz und Programmatik	196
3.4.2	Erste Moderne und Globalisierung	199
3.4.3	Zweite Moderne und Globalisierung	199
3.4.4	Kapitalismus und Demokratie	200
3.4.5	Rolle der Ökonomie und Mobilität	201
3.4.6	Arbeitsgesellschaft im Wandel: Krise und Folgen	202
3.4.7	Arbeit, Identität und politische Steuerung	203
3.4.8	Lösungsweg und Vision	205
	· Bürgerarbeit	205
	· Bürgergeld	206
	· Akteure	207
	· Umsetzung	208
3.4.9	Fazit	208
<b>3.5</b>	<b>Das Ende der Arbeitsgesellschaft? Zusammenfassung und Wertung</b>	<b>209</b>
<b>3.6</b>	<b>Soziale Bürgergesellschaft oder politische Weltbürger- gesellschaft?</b>	<b>212</b>

<b>3.7</b>	<b>Warnfried Dettling - Wirtschaftskummerland</b>	<b>213</b>
3.7.1	Krise und Wandel des Sozialstaates: Globalisierung als Ursache	213
	· Tabus in der deutschen Diskussion	215
3.7.2	Ansatz und Programmatik	216
3.7.3	Institutionen im Wandel	217
	· Ende der Erwerbsarbeit	218
	· Familien als Fundament der Gesellschaft	219
	· Alter und neuer Sozialstaat	221
3.7.4	Vision der guten Gesellschaft	222
	· Paradigmenwechsel	222
	· Social Equality	223
	· Menschenbild	224
3.7.5	Umsetzung	225
3.7.6	Fazit	227
<b>3.8</b>	<b>Ulrich Beck - Kosmopolitische Demokratie und die Vision der Weltbürgergesellschaft</b>	<b>229</b>
3.8.1	Die Macht der globalen Wirtschaft und die Rolle der Politik	230
3.8.2	Ansatz und Programmatik	232
	· Erste und Zweite Moderne als Schlüsselkategorien	232
	· Globalität, Protektionismus und Globalismus	233
3.8.3	Vision und Umsetzung	235
3.8.4	Subnationale Steuerung der Politik	236
	· Gesellschaftsvertrag gegen Exklusion und Beteiligung am Kapital	236
	· Neuorientierung der Bildungspolitik und Bündnis für Bürgerarbeit	237
	· Potentiale für individuelles und wirtschaftliches Handelns jenseits des globalen Kapitalismus und Glokalisierung	237
3.8.5	Transnationale Institutionen und Politik	239
	· Kosmopolitische Ethik als Grundlage für die kosmopolitische Demokratie	241
	· Demokratie und Demokratie-Dilemma	242
	· Von der Weltrisikogesellschaft zur Weltbürger- gesellschaft und das Weltbürgermanifest	244
	· Europa als Antwort auf die Globalisierung	246
3.8.6	Fazit	248

<b>3.9</b>	<b>Ralf Dahrendorf - Die Quadratur des Kreises</b>	<b>250</b>
3.9.1	Ansatz und Programmatik	251
3.9.2	Globalisierung und Krisensymptome	252
	· Gefahren der Globalisierung: Ungleichheit, Anomie und Apathie, Autoritarismus, Protektionismus und Fragmentierung	254
3.9.3	Globalisierung und neue Entwicklungen	256
	· Globale Klasse	256
	· Bedeutung von Bildung und Arbeit	257
3.9.4	Demokratie und politische Steuerung	259
	· Nationalstaat als Ort der Demokratie	259
	· Europäische Union als Schritt in Richtung Weltordnung und Weltgesellschaft	261
3.9.5	Vision	262
	· Bürgergesellschaft als Lebenselixier: Bürgerrechte als Weltbürgerrechte	262
	· Freiheit und Moralität als Fundament	264
3.9.6	Fazit	265
<b>3.10</b>	<b>Weltbürgergesellschaft? Zusammenfassung und Wertung</b>	<b>267</b>
<b>3.11</b>	<b>Zukunft der Demokratie</b>	<b>269</b>
<b>3.12</b>	<b>Jürgen Habermas - Kommunikatives Handeln in der Weltgesellschaft</b>	<b>271</b>
3.12.1	Theoretischer Hintergrund	272
3.12.2	Sozialstaat als Integrationsmodell	276
3.12.3	Krise des Sozialstaates: Inkongruenz von politischer Steuerung und ökonomischen Entwicklungen	277
3.12.4	Theoretische Grundlagen der Programmatik im Kontext der Globalisierung	279
	· Solidarität unter Fremden und Verfassungspatriotismus	279
	· Selbstgesetzgebung	280
3.12.5	Vision: Das Nachwachsen der Politik	281

3.12.6	Supranationaler Sozialstaat oder Weltinnenpolitik ohne Weltregierung	282
3.12.7	EU und Europäische Verfassung: Vom Staatsbürger zum Unionsbürger	285
	· Appell für die Erneuerung Europas	288
3.12.8	Umsetzung	290
3.12.9	Fazit	290
<b>3.13</b>	<b>Michael Zürn - Projekt komplexes Weltregieren</b>	<b>294</b>
3.13.1	Ansatz und Programmatik	294
3.13.2	Vision: Projekt komplexes Weltregieren: Ein Mehrebenenmodell	296
3.13.3	Globalisierung als Denationalisierung	297
3.13.4	Nationalstaat: Nationalstaatliche Steuerungsmöglichkeiten im Kontext der Globalisierung	298
3.13.5	Krisensymptome: Fragmentierung und Protektionismus	299
3.13.6	Demokratie, Inkongruenz und Legitimität	301
3.13.7	Weltstaat und Weltgesellschaft	303
3.13.8	Inter- und transnationale Institutionen und Akteure	304
3.13.9	EU als transnationaler Akteur	306
3.13.10	Fazit	308
<b>3.14</b>	<b>Kosmopolitische Demokratie? Zusammenfassung und Wertung</b>	<b>309</b>
<b>3.15</b>	<b>Fazit: Ausdifferenzierung und Höhepunkt - Kristallisationspunkt Deutschland</b>	<b>312</b>
<b>4.</b>	<b><u>Die vierte Phase: Spezialisierung und Zirkelschluss</u></b>	<b>317</b>
<b>4.1</b>	<b>Global Governance</b>	<b>317</b>
4.1.1	Definition von Global Governance	317

4.1.2	Ist Global Governance ein kohärentes Konzept?	319
	· Kritik an der funktionalen Perspektive auf Global Governance	321
	· Kritik an der westlichen Sicht auf Global Governance	322
4.1.3	Global Governance und die Politik	323
<b>4.2</b>	<b>Die Wertediskussion nach dem 11. September 2001</b>	<b>324</b>
<b>4.3</b>	<b>Die Rückkehr der klassischen Fragen der internationalen Beziehungen: Krieg und Frieden</b>	<b>326</b>

## **IV. Die Botschaften des Globalisierungsdiskurses - Gibt es eine neue politische Koordinate?**

	<b>Ein Ausblick</b>	<b>328</b>
	<b>Die Rolle der öffentlichen Intellektuellen</b>	<b>328</b>
	<b>Themenbausteine im Diskurs</b>	<b>329</b>
	Risikogesellschaft, Ökonomisierung und Kapitalismuskritik	
	Nationalstaat und Demokratie	
	Lokale Ebene und Kommune	
	Gemeinschaft und Gesellschaft und die Rolle des Individuums	
	Wertekanon	
	Offene Fragen?	
	Methodik der Autoren	
	<b>Demokratiethoretische Bedeutung des Globalisierungsdiskurses</b>	<b>341</b>
	<b>Eine neue politische Koordinate: Krisenszenarien und Zukunftsvisionen</b>	<b>342</b>
	<b>Der Globalisierungsdiskurs und die Politik</b>	<b>347</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>351</b>
	<b>Register</b>	<b>413</b>





# I. Die politischen Dimensionen der Globalisierung: Krisenszenarien und Zukunftsvisionen

## Staat und Gesellschaft im Globalisierungsdiskurs

Die Vermarktung von Büchern und Talkrunden unter dem Titel *Globalisierung* boomt. Der Begriff bestimmt die politischen Diskussionen und die Überschriften der Tageszeitungen. Kaum eine Politikerrede wird mehr ohne Bezugnahme auf die Folgen der Globalisierung gehalten. Jeder verwendet den Begriff, viele ohne ihn zu hinterfragen. Die Globalisierung muss als Erklärung für vielfältige Phänomene unserer Zeit herhalten. Es wird gewarnt, gehofft und publiziert. Der Eindruck eines inflationären Gebrauchs drängt sich auf. Was verbirgt sich nun aber tatsächlich hinter dem Begriff „Globalisierung“? Über diese Frage wird seit knapp zehn Jahren in der Wissenschaft intensiv nachgedacht. Es werden Problemskizzen und mögliche Lösungswege entworfen. Das Interessante am *Phänomen Globalisierung* ist, dass der Begriff täglich und wie selbstverständlich gebraucht wird. Kaum jemand macht sich bewusst, dass er erst ab Mitte der 1990er Jahre in unseren Wortschatz Eingang gefunden hat. So schreiben Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf im Vorwort zu ihrem Werk „Grenzen der Globalisierung“, dass im Juli 1999 bei einer Internet-Abfrage in amazon.com unter dem Stichwort *Globalization* 415 Buchtitel aufgeführt wurden.<sup>1</sup> Im Januar 2004 sind es bereits über 12 000 Titel (<http://www.amazon.com>).

Die Fülle an Publikationen und die Häufigkeit des Begriffsgebrauchs in Politik und Wissenschaft seit Mitte der 1990er Jahre legen es nahe, sich genauer mit dem *Phänomen Globalisierung* zu beschäftigen. Mittlerweile drängt sich die Vermutung auf, dass der Begriff durch seinen inflationären Gebrauch zu einem Axiom wird, das weder definiert ist noch hinterfragt und überprüft wird. Der Begriff besitzt beinahe absolute Geltung in der politischen Auseinandersetzung, ohne dass ein umfassendes Bewusstsein über seine unterschiedlichen Dimensionen entstanden wäre. In seinem Vorwort zum Handbuch „Politische Theorien und Ideologien“ stellt Franz Neumann die Frage, was den Unterschied zwischen politischen Theorien und Ideologien ausmacht. Zielt die Theorie als Deutung der Realität auf Aufklärung, so zielt die Ideologie durch Agitation auf Verschleierung.<sup>2</sup> Betrachtet man den schlagwortartigen Gebrauch des Globa-

---

<sup>1</sup> Vgl. Altvater, Elmar und Mahnkopf, Birgit (1999), Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster, 4. Auflage, S. 20. Zur Häufigkeit des Gebrauchs vgl. auch Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200 (12.06.2002), S. 49.

<sup>2</sup> Vgl. Neumann, Franz (Hg.) (1998), Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, Opladen, 2. Auflage, Vorwort zur 2. Auflage.

lisierungsbegriffs in Politik und Medien, scheint es geboten zu fragen, wo dieser angesiedelt ist. Werden mit ihm politische Partizipationsformen, Demokratisierungsprozesse und ein institutioneller sowie gesellschaftlicher Wandel beschrieben oder dient er der Durchsetzung und Rechtfertigung von Macht, Herrschaft und spezifischen Interessen - wie die Globalisierungsgegner anprangern.<sup>3</sup> Der Blick auf Rezensionen und Themenreihen in den Tageszeitungen, in Regale der deutschen Buchhandlungen sowie auf die Titel von Symposien und Tagungen der letzten Jahre zeigt auf der einen Seite, dass ein enormes öffentliches Interesse an dem Phänomen Globalisierung existiert. Auf der anderen Seite wird die Beliebigkeit des Begriffes und dessen eindimensionaler Gebrauch deutlich, da Globalisierung in erster Linie mit ökonomischen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht wird. Die Diskussion kreist um die Problematik der ungebremsten globalen Finanz- und Kapitalmärkte, des Shareholder-Value und der neuen Weltkonzerne. Als zweite Dimension spielt in der Öffentlichkeit die ökologische Frage eine Rolle. Globale Umweltrisiken verbinden sich in der Auseinandersetzung mit den Stichworten Nachhaltigkeit, Atomenergie, Erderwärmung und Klimakatastrophe. Die dritte in der Öffentlichkeit wahrgenommene Dimension betrifft schließlich die äußere und innere Sicherheit: Internationaler Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und global über das Internet verbreitete menschenverachtende Inhalte. Verbunden sind diese Dimensionen mit den Stichworten Migration, Armut, Überbevölkerung und mit Gesundheits- und Ernährungsfragen. Die Wahrnehmung dieser Dimensionen der Globalisierung ist defizitorientiert. Gerade zu diesen Dimensionen fanden in den letzten Jahren verschiedene Weltkonferenzen und -foren statt, die der Problembearbeitung dienen sollen und deren Beschlüsse zum Ziel haben, in nationale Regelungen einzufließen.<sup>4</sup>

Kaum beachtet hingegen sind in der Öffentlichkeit die *politischen* Dimensionen der Globalisierung. Die Politik beschäftigt sich weltweit mit den oben genannten Dimensionen, den daraus entstehenden Politikfeldern, und sucht nach Lösungen. Sie beschäftigt sich aber wenig mit ihrer *eigenen* Rolle und Funktion in einer sich rasant verändernden Welt. So sind fast unbemerkt von der Politik neue Rahmenbedingungen entstanden, ohne dass die Betroffenen sie tatsächlich registrieren und reflektieren würden.<sup>5</sup> Wie Michael Zürn in seinem Buch „Regieren jenseits des Nationalstaates“ ausführlich beschreibt, haben sich in den letzten Jahren die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge über die

---

<sup>3</sup> Vgl. „Der Kapitalismus ist wie eine Feuersbrunst“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 26.01.03.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu etwa Schlussbericht (2002), S. 423 ff.

<sup>5</sup> Ein erster Ansatz in der deutschen Politik ist die Einsetzung der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ durch den Deutschen Bundestag in der 14. Wahlperiode. Der Deutsche Bundestag ist weltweit das erste Parlament, das sich mit Globalisierungsfragen beschäftigt. Allerdings unterstreicht der Name der Enquete-Kommission, dass auch hier der Akzent auf die wirtschaftspolitische Dimension gelegt wird. Seit 2003 entstehen innerparlamentarisch erste Arbeitsgruppen zu Global Governance.

Grenzen des Nationalstaates ausgeweitet.<sup>6</sup> Im Zentrum der politischen Dimensionen steht also die Zukunft des Nationalstaates und seiner Gesellschaft. Damit werden Fragen nach der politischen Steuerungsfähigkeit des Staates, nach Legitimität von Politik, Transparenz und Partizipation, Identitätsbildung und gesellschaftlichem Zusammenhalt aufgeworfen. Denn wenn der Nationalstaat heute weder im Innern noch nach außen der politische Hauptakteur ist, wird seine Souveränität davon berührt. Fragen nach seiner künftigen Rolle stellen sich und müssen beantwortet werden. Ähnlich verhält es sich mit der an den Nationalstaat gebundenen Gesellschaft. Was verändert sich hier, wenn die Menschen weltweit in verschiedene Subsysteme eingebunden sind, ihre Interessen global artikulieren und organisieren und auch die Willensbildung stärker als je zuvor grenzüberschreitend vonstatten geht? Durch die rasche Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien sind Kontakte, Arbeit, Information und Austausch nicht mehr ausschließlich an den realen Ort gebunden. Zeit verliert ihre strukturierende Wirkung. Richard Sennett spricht von „Drift“ und meint damit diese Kompression von Raum und Zeit.<sup>7</sup> Bisher bestimmende Strukturen der Identitätsbildung, die an den nationalen Territorialstaat gebunden waren, verändern sich, Werte verschieben sich und die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt wird neu gestellt. Die Zukunft der Demokratie, ihre Ausgestaltung und Struktur und damit demokratietheoretische Fragestellungen werden heute auch für die stabilen westlichen Demokratien wieder aktuell und brisant.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, die politischen Dimensionen transparent zu machen, die Unübersichtlichkeit der Aspekte, aber auch der Veröffentlichungen, zu reduzieren und aus der Vielzahl der divergierenden Angebote diejenigen herauszufiltern, die für die politikwissenschaftliche Diskussion von Bedeutung sind. Trotz erster Ansätze stellt sich der Sachverhalt heute so dar, dass ein fachwissenschaftlicher Diskurs innerhalb der Politikwissenschaft noch in den Kinderschuhen steckt, obwohl sich die hier ausgewählten Autoren zumindest bei Einzelfragen bereits auf die Thesen der jeweils anderen Autoren beziehen.<sup>8</sup> In der Regel stehen jedoch die Positionen und Ideen unkommentiert nebeneinander, Parallelen und Divergenzen werden nur in Ansätzen diskutiert. Doch gerade die Zusammenschau der unterschiedlichen Positionen macht das intellektuelle Umfeld sichtbar, das es gilt, für die Politikwissenschaft nutzbar zu machen. Nachdem es Aufgabe der Politischen Theorie ist, „Reflexionsmaterial des Politischen“ bereitzustellen, dienen die Konzepte als eben solches.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Zürn, Michael (1998a), *Regieren jenseits des Nationalstaates*, Frankfurt am Main.

<sup>7</sup> Vgl. Sennett, Richard (1998a), *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin, S. 15 - 38.

<sup>8</sup> So zum Beispiel André Gorz in seinem Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“, vgl. Gorz, André (2000a), *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt am Main. Beachte: In dieser Arbeit wird durchgehend die männliche Sprachform als integrative Sprachform gebraucht, was dem übergroßen Anteil an männlichen Diskussionsteilnehmern in der Globalisierungsdebatte in Deutschland geschuldet ist.

<sup>9</sup> Vgl. Waschkuhn, Arno (1998), *Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, München, S. 2.

## **Politikwissenschaftliche Relevanz**

Wie gezeigt wurde, existiert das *Schlagwort Globalisierung* bisher eher als Modewort - oder wie Richard Münch schreibt, als „Kampfbegriff“<sup>10</sup> - und ist kaum definiert, wenig konkret umrissen, aber trotzdem ständig im Gebrauch.<sup>11</sup> *Globalisierung* kommt in den politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften bis 1995 nicht als eigenes Schlagwort vor: Es wird beispielsweise im Register von *Aus Politik und Zeitgeschichte* erstmals 1995 eingeführt. Auch in der Bundestagsbibliothek, eine der größten Parlamentsbibliotheken in Europa, macht sich *Globalisierung* erst ab 1995 - und hier mit lediglich 12 Titeln - als Schlagwort bemerkbar. Im Januar 2004 sind es bereits 1587.<sup>12</sup> Für diese Arbeit ist jedoch ausschlaggebend, dass auch in den diversen Einführungen in die Politikwissenschaft *Globalisierung* bislang nicht als eigenes Schlagwort existiert.<sup>13</sup> *Globalisierung* findet sich lediglich als Stichwort unter Kapitelüberschriften zu „Internationale Beziehungen“ oder „Politik und Wirtschaft“, wird aber auch hier, ähnlich wie in der politischen Diskussion, eher dem wirtschafts-, umwelt- oder entwicklungspolitischen Bereich zugeordnet.<sup>14</sup> Selbst in den neueren Ausgaben zur (Modernen) Politischen Theorie und Philosophie findet sich *Globalisierung* nicht als Schlagwort oder eigene Theorie, obwohl einzelne Konzepte der hier analysierten Autoren der Modernen Politischen Theorie zugeordnet werden.<sup>15</sup> Ebenso findet sich in dem umfangreichen Lehr- und Handbuch „Demokratietheorien“ von Arno Waschkuhn kein eigenes Kapitel zur Globalisierung und den Konsequenzen für die Demokratietheorie.<sup>16</sup> Der Akzent bei der Beschreibung aktueller Entwicklungen liegt bei ihm auf den durch den Zusammenbruch des Kommunismus ausgelösten Transformationsprozessen und ist auf die innerstaatlichen Folgen bezogen. Obwohl die Autoren, die für die hier erfolgende Analyse ausgewählt wurden, fast alle der Demokratietheorie zugerechnet werden können und zum großen Teil auch bei Waschkuhn mit ihren Konzepten vertreten sind, werden ihre neuesten Entwürfe nicht unter dem Blickwinkel

<sup>10</sup> Vgl. Münch, Richard (1998), *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main, 2. Auflage, S. 15.

<sup>11</sup> So auch auf dem 21. Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, der im Herbst 2000 unter dem Titel „Politik in einer entgrenzten Welt“ stattfand. Da die dort zur Diskussion gestellten Texte im Internet abfragbar sind, kann nachgelesen werden, wie wenig klar der Begriff *Globalisierung* selbst auf einem fachinternen Kongress verwendet wird. Es wurde eine Vielfalt an divergierenden Aspekten zum Thema angeboten. Vgl. [www.dvpw.de](http://www.dvpw.de), hier unter dem link „Kongresse“ der link „paperroom“; vgl. auch „Der Streit, der nicht stattfand“, *Berliner Zeitung*, 06.10.00.

<sup>12</sup> Vgl. Opac-Katalog der Bibliothek des Deutschen Bundestages, Stand Januar 2004.

<sup>13</sup> Vgl. als Auswahl: Bellers, Jürgen und Kipke, Rüdiger (1993), *Einführung in die Politikwissenschaft*, München; Berg-Schlosser, Dirk und Stamm, Theo (1992), *Einführung in die Politikwissenschaft*, München, 5. Auflage; Berg-Schlosser, Dirk und Quenter, Sven (Hg.) (1999), *Literaturführer Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung in die Standardwerke und "Klassiker" der Gegenwart*, Stuttgart; Brodocz, André und Schaal, Gray S. (Hg.) (1999), *Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*, Opladen; Druwe, Ulrich (1995), *Politische Theorie, Politikwissenschaft aktuell*, Bd. 2, Reihe Lehre, Neured, 2. Auflage; Mols, Manfred u.a. (Hg.) (1994), *Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Paderborn; Neumann (1998), Bd. 1 und 2; Patzelt, Werner J. (1993), *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau, 2. Auflage.

<sup>14</sup> Vgl. Berg-Schlosser/Quenter (1999), S. 7 (Inhaltsverzeichnis) sowie Mols u.a. (1994), S. 164 f.

<sup>15</sup> Vgl. Brodocz/Schaal (1999), hier „Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas“, S. 69 - 93 und „Die politische Theorie der reflexiven Modernisierung: Anthony Giddens“, S. 213 - 238.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu insgesamt Waschkuhn (1998).

Globalisierung und den Konsequenzen für die Demokratie zusammengefasst und beleuchtet.<sup>17</sup> Hier kann die vorliegende Arbeit eine Lücke schließen helfen, da sich der Diskurs um die Zukunft von Staat und Gesellschaft im Kontext der Globalisierung kontinuierlich auf die Folgen für die Demokratie bezieht. Die qualitativ-normative und die funktional-strukturelle Ausgestaltung der Demokratie und der sozialen Systeme bilden die Anker, an denen die Autoren ihre Überlegungen festmachen. Ihre Ansätze gehen davon aus, dass die Dynamik der neuen Art von Interaktionen und Interdependenzen zwischen Menschen, Institutionen, Organisationen und Unternehmen auf Gesellschaft und Staat und damit auf Demokratie und ihre Ausgestaltung sowie Funktionsfähigkeit zurückwirkt. Da die Autoren normativ von der Universalisierung demokratischer Werte und Strukturen ausgehen, geht ihre Debatte vor allem um die *Form* und das *Ausmaß* der globalen Demokratisierung. Den Diskurs mit seinen unterschiedlichen Konzepten zu erschließen, setzt sich diese Arbeit zum Ziel.

### *Demokratiethoretische Bedeutung des Globalisierungsdiskurses*

Doch warum ist der Diskurs über die politischen Folgen der Globalisierung von Bedeutung für die Politikwissenschaft? „Jeder Zusammenhalt sozialer und politischer Organisationsformen beruht auf Kommunikation.“ So fasst Waschkuhn das Modellsystem zur politischen Kybernetik von Karl W. Deutsch zusammen.<sup>18</sup> Die Bedeutung von öffentlichen Diskursen durchzieht die Demokratiethorie wie ein roter Faden. Denn der Diskurs, und hier ist der öffentliche Diskurs gemeint, wird als ein Grundpfeiler der Demokratie angesehen. Deliberation und damit die argumentative Begründung und Vermittlung sowie die Reflexion politischer und gesellschaftlicher Entscheidungen gehören heute zu den allgemeingültigen und anerkannten Bausteinen der Demokratie. Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“ ist nur ein Beispiel dafür.<sup>19</sup> So ist die Schaffung von Öffentlichkeit eine Aufgabe von demokratisch verfassten Gesellschaften. Die Kommunikation wird zum entscheidenden Medium und zur Grundlage für Konsensfindung und Legitimität. Gerade heute zeigt die Debatte um die Legitimität von Entscheidungen „aus Brüssel“, welche Probleme für die Demokratie auftreten können, wenn es keinen öffentlichen - in diesem Fall europäischen - Diskurs gibt, in dem sich die Entscheidungsempfänger über die Entscheidungsprozesse und -ergebnisse verständigen können.<sup>20</sup> Die Akzeptanz schwindet, die politische Apathie nimmt zu. Damit politische Entscheidungen von den betroffenen Menschen akzeptiert werden können, müssen sie kommunikativ vermittelt werden. Der öffentliche Diskurs wird in der Regel in einem Umfeld geführt, das

<sup>17</sup> Vgl. Waschkuhn (1998), hier sind bearbeitet: Barber, Beck, Dahrendorf, Etzioni, Fukuyama, Giddens, Habermas, Huntington, Zürn; des weiteren Brunkhorst, Höffe, Münch, Münkler, Negt, Offe, Scharf und Streeck.

<sup>18</sup> Zitiert nach Waschkuhn (1998), S. 369.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu Habermas, Jürgen (1981), Theorie des kommunikativen Handelns. (Band 1) Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalität; (Band 2) Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main.

<sup>20</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang Graf Kielmannsegg, Peter (1996), Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus und Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 47 - 71.

geprägt ist durch allgemeinverbindliche Werte und Normen, die durch Sprache, Erziehung und Traditionen, aber auch durch Institutionen und Regelverfahren internalisiert werden. In den modernen Demokratien westlicher Prägung ist dieser Prozess Nährboden und Fundament für das politische und gesellschaftliche System. Gleichzeitig bildet er den Rahmen zur Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit der Demokratie. Durch die heute zu beobachtende Ablösung eines politischen Systems, das als geschlossener Kreislauf von Input- und Output-Optionen beschrieben wird, durch ein offenes, globales und fragmentarisches Regelwerk sind sowohl der politische Prozess als auch die Institutionen und Normen betroffen. Um sich unter veränderten Bedingungen wieder auf gültige und funktionsfähige Regelungen, Mechanismen und Strukturen sowie auf einen Grundkanon an Werten und Normen verständigen zu können, braucht es den öffentlichen Diskurs. Dieser kann in der Wissenschaft seinen Anfang nehmen, um dann in Politik und Öffentlichkeit seine Wirkung zu entfalten. Die normativen Ideen, Leitlinien und Konzepte im Globalisierungsdiskurs sind die Grundlage für den noch ausstehenden breiten Diskurs in der Öffentlichkeit, der auf die anstehenden Veränderungen vorbereitet. Die Systematisierung und Analyse der Konzepte des Globalisierungsdiskurses, so wie er sich im euro-atlantischen Raum zeigt, stellen demnach einen neuen Orientierungsrahmen bereit.

### **Quellenauswahl**

Die hier als Quellen ausgewählten Texte stammen aus verschiedenen Teildisziplinen der Politikwissenschaft und bilden einen Querschnitt durch das Fach: Das Spektrum reicht von der Modernen Politischen Theorie und der Politischen Philosophie über die Internationalen Beziehungen bis zur Empirischen Sozialforschung. Nachdem aber in den diversen Einführungen zum Fach keine einheitliche Einteilung der politikwissenschaftlichen Teildisziplinen vorliegt, ist es nicht möglich, den Begriff einer Disziplin zuzuordnen.<sup>21</sup> Betrachtet man etwa die System-Theorie mit dem Kreislauf von Input und Output, wie ihn Luhmann, Parsons und Easton und in neuerer Zeit Patzelt beschreiben,<sup>22</sup> wird sehr schnell deutlich, dass unter den Bedingungen der Globalisierung, nämlich der Einflussnahme von Interessen und Akteuren von außerhalb des Nationalstaates, dieser Kreislauf durchbrochen wird. Damit werden die bisher gültigen Definitionen und Beschreibungen von Legitimität und Partizipation in Frage gestellt.<sup>23</sup> Hier verwischen sich in Bezug auf das politische System die

<sup>21</sup> Vgl. die Auswahl an Einführungen: Die Systematik divergiert von 3 Teilbereichen bei Patzelt (1993), 4 bei Berg-Schlosser und Stamm (1992) sowie Bellers und Kipke (1993), 7 Bereichen bei Mols (1994) und schließlich 8 bei Berg-Schlosser und Quenter (1999). Dabei erfolgen dann im nächsten Schritt weitere Unterteilungen der Einzeldisziplinen, die wiederum keinem einheitlichen Muster folgen.

<sup>22</sup> Vgl. Patzelt (1993), S. 123 - 142, besonders das Schaubild auf S. 128, sowie zur Systemtheorie Waschkühn (1998), S. 18 ff., S. 25 ff. sowie S. 356 ff.

<sup>23</sup> Vgl. Patzelt (1993), S. 131 und S. 138 ff. Vgl. in diesem Sinn auch Bauman, Zygmunt (1999b), Zerstreung der Macht, *Die Zeit*, 47/99.

Grenzen zwischen Innen und Außen, die aber in der Demokratietheorie gerade als stabilisierend für soziale Systeme angesehen werden.<sup>24</sup> Die Folgen können heute nur grob abgeschätzt werden. Obwohl der Begriff Globalisierung in aller Munde ist, unterschätzt ihn die Politikwissenschaft scheinbar immer noch, ist sich über einen Umgang mit ihm nicht einig und macht sich kaum die Mühe, diese Lücke zu schließen.<sup>25</sup> Zwar steht die Diskussion um die politischen Dimensionen noch am Anfang, doch gerade weil dieser Begriff als Formel sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Diskussion beherrscht, scheint es geboten, ihn auszubuchstabieren und mit Inhalten zu füllen. Ein Versuch, diesen Begriff für die Politikwissenschaft zu erschließen, stellt diese Arbeit dar. So ist, vereinfachend gesagt, unter den politischen Dimensionen der Globalisierung der aktuelle grundlegende politische und gesellschaftliche Wandel zu verstehen, der die drei Teilbereiche der Politikwissenschaft berührt: die politischen Institutionen und die Verfassungsordnung (polity), den politischen Prozess und die Willensbildung (politics) und die einzelnen Politikfelder (policies). Alle drei Bereiche sind von der politischen Dimension der Globalisierung betroffen.

Die Quellenauswahl erfolgt anhand folgender Kriterien: Es werden Texte von Autoren aus der Politikwissenschaft, zu einem kleinen Teil auch aus der Publizistik,<sup>26</sup> ausgewählt, die zwischen 1990 und 2003 durch provokante Thesen oder die Eröffnung neuer Perspektiven auf aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit erlangt haben. Weil es sich dabei aber ausschließlich um Texte aus dem euro-atlantischen Raum handelt, bleibt der Diskurs ebenfalls in großen Teilen dem euro-atlantischen Blick auf die Welt verhaftet. Die Debatte um Zukunft von Staat und Gesellschaft geht von der westlichen Definition und Ausgestaltung der Demokratie aus. Die Themen, denen die Autoren ihre Aufmerksamkeit widmen, entsprechen den Aspekten, die die Demokratietheorie erforscht. Allerdings werden diese Aspekte nun in einen globalen Kontext gestellt. Dazu zählen etwa die Fragen, ob künftig direktdemokratische oder repräsentative Entscheidungsverfahren zu bevorzugen sind, der Akzent auf Institutionen und Strukturen oder auf Werte, Normen sowie Inhalte der Demokratie zu setzen und ob Gesellschaft von der Gemeinschaft oder vom Individuum aus zu betrachten ist. Alles Fragen, die die Demokratietheorie von Anfang an bestimmen und heute neue Aktualität bekommen. Beispiele sind die Kommunitarismus-Debatte, neue Institutionentheorien wie die zum Mehrebenenmodell sowie die Stichworte „Starke Demokratie“, „Partizipation“, „Subsidiarität und Dezentralisierung“, „Zivilgesellschaft“ und schließlich „Zukunft der Arbeit“. Alle diese Aspekte durchziehen die hier zu untersuchenden Texte. Die Bandbreite umfasst dann auch Autoren, die

<sup>24</sup> Vgl. Waschkuhn (1998), S. 381.

<sup>25</sup> Vgl. „Großbetrieb der Systemkritik“, *Berliner Zeitung*, 27.12.00.

<sup>26</sup> Aus dem Bereich der Publizistik stammen die Texte von Forrester, Viviane (1997), *Der Terror der Ökonomie*, Wien und Rifkin, Jeremy (1995), *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt am Main.

mit Titeln ihrer Bücher Schlagworte geschaffen haben, die im Globalisierungsdiskurs und in der politischen Diskussion in Deutschland immer wieder zitiert werden: Beispiele sind das *Ende der Geschichte* (Fukuyama), der *Kampf der Kulturen* (Huntington), der *Terror der Ökonomie* (Forrester), der *Dritte Weg* (Giddens) oder der *flexible Mensch* (Sennett).<sup>27</sup> Des Weiteren werden Autoren hinzugezogen, die paradigmatisch das Ende bestimmter politischer, historischer oder gesellschaftlicher Konstellationen konstatiert haben: Hier sind Martin Albrow mit „Abschied vom Nationalstaat“, Jean-Marie Guéhenno mit „Das Ende der Demokratie“ und Jeremy Rifkin mit „Das Ende der Arbeit“ zu nennen.<sup>28</sup> Außerdem zählt dazu die Gruppe der Autoren, die aufbauend auf die Ende-Paradigmen zukünftige Szenarien und Modelle entwickeln: Ulrich Becks „Vision einer schönen neuen Arbeitswelt“, Jürgen Habermas' „postnationale Konstellation“, André Gorz' „Utopie der Arbeit“, Dirk Messners „Die Zukunft des Staates und der Politik“ und Michael Zürn's „Regieren jenseits des Nationalstaates“.<sup>29</sup> Schließlich gibt es Texte, die zwischen den Ende-Paradigmen und Zukunftsvisionen eingeordnet werden können, weil sie den aktuellen Krisenzustand und den Wandel bestehender Konstellationen beschreiben: Hierzu zählen Ralf Dahrendorf's „Die Quadratur des Kreises“, Warnfried Dettling's „Wirtschaftskummerland“ und Amitai Etzionis „Verantwortungsgesellschaft“.<sup>30</sup> Übergreifend zählen zu diesen Veröffentlichungen solche Texte, die mit Titeln speziell zur Globalisierung erschienen sind.<sup>31</sup> Es werden zusätzlich alle weiteren Texte dieser Autoren hinzugezogen, die zwischen 1990 und 2003 in Anlehnung an die politischen Dimensionen der Globalisierung entstanden sind.<sup>32</sup>

### *Öffentliche Aufmerksamkeit als Auswahlkriterium*

Die öffentliche Aufmerksamkeit wird neben der demokratietheoretischen Bedeutung als Kriterium gewählt, weil durch sie der Blick auf die Brisanz des Themas gelenkt wird. Anhand der öffentlichen Beachtung wird sichtbar, dass tatsächlich Diskussionsbedarf über die politischen Dimensionen der Globalisierung besteht. Die Kluft zwischen dem öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Interesse an der Problematik selbst und der dennoch wenig aus-

<sup>27</sup> Vgl. Barber, Benjamin R. (1999a), *Coca-Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit schaffen*, Frankfurt am Main (englischer Titel "Jihad vs. McWorld"); Fukuyama, Francis (1992), *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München; Forrester (1997); Giddens, Anthony (1999a), *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt am Main und Sennett (1998a).

<sup>28</sup> Vgl. Albrow, Martin (1998a), *Abschied vom Nationalstaat*, Frankfurt am Main; Guéhenno, Jean-Marie (1994), *Das Ende der Demokratie*, München; Rifkin (1995).

<sup>29</sup> Vgl. Beck, Ulrich (1999a), *Schöne neue Arbeitswelt: Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt am Main; Habermas, Jürgen (1998a), *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt am Main; Gorz (2000a) und Zürn (1998a).

<sup>30</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1996), *Die Quadratur des Kreises. Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 41, Heft 9, S. 1060 - 1071; Dettling, Warnfried (1998a), *Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle*, München sowie Etzioni, Amitai (1997), *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Berlin.

<sup>31</sup> Als Auswahl vgl. Beck, Ulrich (1998a), *Was ist Globalisierung?* Frankfurt am Main, 4. Auflage; Beck, Ulrich (Hg.) (1998c), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main oder Dahrendorf, Ralf (1998a), *Anmerkungen zur Globalisierung*, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 41 - 54.

<sup>32</sup> Detaillierte Angaben siehe in der Literaturliste unter Quellentexte.



gereiften Bereitschaft, über die produzierten Schlagworte hinaus die neuen Konzepte zur Kenntnis zu nehmen, soll mit dieser Arbeit ein Stück weit geschlossen werden. Der Blick auf Editionen, Reihen und Sammelbände, die in den 1990er Jahren zu den Themen *Zukunft von Staat und Gesellschaft* erschienen sind, unterstreicht, dass die hier ausgewählten Autoren in ihrer Mehrheit in diesen Publikationen vertreten sind oder diese selbst herausgeben.<sup>33</sup> Es ergibt sich somit eine Schnittmenge an Wissenschaftlern und Publizisten, die für den Globalisierungsdiskurs maßgeblich sind.<sup>34</sup> Die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Autoren mit ihren Thesen erzeugt haben, lässt sich zudem an den Rezensionen in den größeren Tages- und Wochenzeitungen und den Reaktionen darauf ablesen.<sup>35</sup> Ebenso spielen die Autoren und ihre Thesen eine Rolle in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion, wenn es um die Frage des politischen und gesellschaftlichen Wandels seit dem Zusammenbruch des Kommunismus geht, das heißt, die Autoren sind mit Statements und Interviews in den Medien sowie auf fachwissenschaftlichen Konferenzen und Symposien präsent.<sup>36</sup> Zudem werden die genannten Autoren in den 1990er Jahren als Vordenker charakterisiert und den sogenannten „öffentlichen Intellektuellen“ zugeordnet.<sup>37</sup> Es ist zu beobachten, dass ihre Thesen indirekt oder direkt in politische Überlegungen und Konzepte einfließen. Die Quellentexte zeichnen sich also durch ein gewisses Maß an Popularität aus, die an der Präsenz in den Regalen der Buchhandlungen und an den Reaktionen auf die Thesen selbst abzulesen ist. Ein Kriterium für die Auswahl der Texte ist also die *öffentliche*

<sup>33</sup> Vgl. hierzu insgesamt Albrow (1998a); Beck, Ulrich (1997a) (Hg.), *Kinder der Freiheit*, Frankfurt am Main, 3. Auflage; Beck (1998a); Beck, Ulrich (Hg.) (1998b), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main; Beck (1998c); Beck, Ulrich (Hg.) (2000a), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt am Main; Giddens, Anthony (1997), *Jenseits von Links und Rechts*, Frankfurt am Main, 2. Auflage; Giddens (1999a); Gorz (2000a) und Zürn (1998a). Des Weiteren vgl. Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.) (1999), *Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York; Bieber, Christoph (1999), *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main/New York; Scharpf, Fritz W. (1999), *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch*, Frankfurt am Main/New York; Streeck, Wolfgang (Hg.) (1998), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt am Main/New York. Und schließlich vgl. Weidenfeld, Werner (Hg.) (1996), *Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin.

<sup>34</sup> Vgl. die Autoren in den Anthologien von Anselm (1999), Beck (1998b) und (1998c), Streeck (1998), van den Brink und van Reijen, Willem (Hg.) (1995), *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt am Main sowie Weidenfeld (1996).

<sup>35</sup> Die entsprechenden Zeitungsartikel befinden sich in der Literaturliste unter dem Abschnitt „Quellentexte“, wenn sie von den Autoren selbst verfasst sind. Artikel über die Autoren und Interviews von ihnen finden sich wiederum im Anschluss an den Abschnitt „Quellentexte“, alphabetisch nach Autorennamen sortiert. In ihrer Zusammenschau verdeutlichen sie eine beachtliche Präsenz. Alle weiteren Zeitungsartikel, die für die Analyse relevant sind, werden im Anschluss an die Sekundärliteratur in chronologischer Reihenfolge aufgelistet.

<sup>36</sup> Als Auswahl an Konferenzen seien hier genannt: „www.werkstatt-modernisierung.de“, veranstaltet von der Werkstatt Deutschland e.V. am 09./10.03.2000 in Berlin, Teilnahme von Warnfried Dettling und Amitai Etzioni; Tagung zum Thema „Demokratie braucht Partei“ im Willy-Brandt-Haus in Berlin am 02.04.2000, Teilnahme von Warnfried Dettling; Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag zu „Global Governance“ am 22.01.01 in Berlin, Teilnahme von Otfried Höffe, Dirk Messner und Michael Zürn. Tagung der Bucerius Summer School der Zeit-Stiftung im Auswärtigen Amt in Berlin am 24.08.2001, Teilnahme von Ralf Dahrendorf. Zudem Statements und Kommentare in Tages- und Wochenzeitungen: vgl. im Anhang unter Literaturliste/Zeitungsartikel.

<sup>37</sup> Vgl. die Reihen in: *Die Zeit*, 36/97, 41/97, 48/97, 2/98 und 6/98 und *Frankfurter Rundschau*, 22. und 29.05.98. Einige der Autoren zählen sich selbst zu den öffentlichen Intellektuellen, vgl. etwa zu Albrow, Dahrendorf, Etzioni, Giddens und Sennett: Pongs, Armin (Hg.) (1999/2000), *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich*, München, Bd. 1, S. 35 und S. 95 sowie Bd. 2, S. 37, S. 60 f. und S. 272.

*Aufmerksamkeit* innerhalb Deutschlands und die kontroverse Diskussion der Thesen. Auf die Bedeutung des öffentlichen Diskurses innerhalb der Demokratietheorie ist bereits verwiesen worden. Die vermeintliche Popularität der Autoren soll nicht suggerieren, dass es sich hier lediglich um Werke des Zeitgeistes oder eine bloße Mode handelt. Es bleibt ein Phänomen, dass selbst die Politikwissenschaft einen Teil der Texte nur in Ansätzen wahrgenommen und nicht über die Rezensionen hinausgehend rezipiert hat. Ein Beispiel hierfür ist Francis Fukuyamas Schlagwort vom „Ende der Geschichte“ oder Huntingtons „Kampf der Kulturen“, die seither gerne und häufig zitiert werden. Kaum jemand hat sich jedoch mit der dahinter stehenden politischen Programmatik auseinandergesetzt (vgl. hierzu Kapitel III, Teilkapitel 1).

### *Einbettung in einen fachwissenschaftlichen Rahmen*

Die Quellenauswahl erfolgt außerdem qualitativ. Auf diese Weise wird versucht, ein analytisches Modell zu entwickeln, mit dessen Hilfe die zunehmend komplexere Wirklichkeit, wie sie in den Texten beschrieben wird, strukturiert werden kann. Es soll eine empirische Theorie über das politische Phänomen der Globalisierung entwickelt werden, um dieses Phänomen erklären und definieren zu können. Damit aber gleichzeitig auch gezeigt werden kann, dass sich der Globalisierungsbegriff durch die Teildisziplinen der Politikwissenschaft zieht und die bisher gültige Einteilung des Faches in Frage stellt - das Konzept der Weltinnenpolitik tangiert beispielsweise die Teilung in Innenpolitik und Außenpolitik -,<sup>38</sup> werden die Texte in einen umfassenderen fachwissenschaftlichen Rahmen eingebettet. Das bedeutet, dass eine Reihe weiterer politikwissenschaftlicher Texte herangezogen wird, die seit 1990 entstanden sind und zwar in der publizistischen Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit erlangt haben, dafür aber innerhalb der Politikwissenschaft eine Rolle spielen. Zu nennen sind hier beispielhaft Texte von Norberto Bobbio, Lothar Brock, Heinz Bude, Otfried Höffe, Helmut Klages, Claus Leggewie, Meinhard Miegel, Richard Münch, Gerd Mutz, Claus Offe, Walter Reese-Schäfer, Fritz W. Scharpf und Wolfgang Streeck.<sup>39</sup> So stammt zwar ein größerer Teil der Quellentexte aus der Teildisziplin (Moderne) Politische Theorie und Philosophie, durch das Hinzuziehen weiterer politikwissenschaftlicher Arbeiten aus den anderen Teildisziplinen aber werden diese ergänzt. Nur auf diesem Weg ist ein sinnvoller Nachweis möglich, dass die aufgestellten Thesen aus den Quellentexten nicht im luftleeren Raum stehen, sondern tatsächlich ein breit angelegter Diskurs im Entstehen begriffen ist. Da es sich um Texte von Zeitgenossen zum Zeitgeschehen handelt und diese sich gegenwärtig in der Diskussion befinden, ist noch nicht absehbar, ob sie eher zu Fußnoten der Politikwissenschaft werden oder jenseits der momentanen Konjunktur als eigenes Kapitel Bestand haben

---

<sup>38</sup> Vgl. etwa Mols (1994), S. 151 ff.

<sup>39</sup> Vgl. anhängende Literaturliste.

können. Frühere Werke der Autoren werden weitgehend ausgeblendet, was bedeutet, dass die Zäsur auch in der Textauswahl für diese Analyse weitgehend bei 1989/90 liegt. Dies geschieht, um eine Fokussierung auf den Wandel erreichen und sich auf den Modell-Charakter der Texte konzentrieren zu können. Da zu den ausgewählten Quellen Texte von Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Anthony Giddens oder André Gorz zählen, liegt eine Beschränkung bzw. Konzentration auf den Zeitraum ab 1990 nahe, um die Arbeit nicht zu überfrachten. Eine Einordnung in die gesamte Schaffensgeschichte dieser Autoren würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Allerdings wird an manchen Stellen sehr wohl deutlich, wie sie ihre bisherigen Theorien in den Kontext des Globalisierungsdiskurses einzupassen und weiterzuentwickeln suchen. So sind also die politischen Dimensionen der Globalisierung in den Texten erst in deren Zusammenschau zu erkennen, denn erst die Ende-Paradigmen für bestimmte politisch-historische Konstellationen ermöglichen die Beschreibung des aktuellen Wandels und die Entwicklung von Perspektiven bzw. Visionen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft. Wie Werner Weidenfeld konstatiert, stehen wir am Ende einer Epoche und am Anfang einer neuen Zeit, die einhergeht mit einem Verlust an Orientierung. „Es gehört wenig Phantasie zu der Annahme, daß es in den nächsten Jahren zu einer tiefgreifenden Debatte über die neuartigen Problemschichten der Weltpolitik (...) kommen wird.“<sup>40</sup>

### *Forschungslage*

Bevor die Methodik erklärt wird, soll noch kurz auf die Forschungslage zu dem hier gewählten Thema eingegangen werden. Unter dem hier gewählten Blickwinkel existiert bisher noch keine Untersuchung innerhalb der Politikwissenschaft. Da die Texte alle erst in den letzten Jahren entstanden sind, sind sie bisher nur partiell bearbeitet worden und Sekundärliteratur, die sich auf die einzelnen Thesen in den Texten bezieht, ist nur in begrenztem Umfang vorhanden. Zudem ist die hier als qualitative Auswahl erfolgte Zusammenschau der Texte in dieser Form noch nicht erfolgt, ebenso wenig die Einbettung der Quellen in einen erweiterten politikwissenschaftlichen Diskurs. Die Analyse der Texte mittels ihrer Charakterisierung als Modelle und ihrer Reduktion auf zwei wesentliche Motive sowie die Einordnung der Texte anhand eines Kriterien-Katalogs entlang einer möglichen neuen politischen Koordinate ist, wie im Folgenden unter Methodik beschrieben, ebenfalls neu. Es sei zudem noch auf die Unentschlossenheit der Politikwissenschaft selbst verwiesen, die sich noch nicht entschieden hat, wie sie mit dem *Phänomen Globalisierung* umgehen soll. Die politikwissenschaftliche Relevanz der politischen Dimensionen der Globalisierung als Querschnitt zu den bisher gültigen Teildisziplinen der Politikwissenschaft soll durch diese Arbeit verdeutlicht werden. Ob es sich hierbei aber um

---

<sup>40</sup> Weidenfeld (1996), S. 16.

einen „säkularen Trend“ handelt, der in „allen Bereichen politikwissenschaftlicher Analyse zu berücksichtigen“ ist oder lediglich um ein „populärwissenschaftliches Schlagwort“, wird erst in Zukunft zu klären sein.<sup>41</sup>

### **These**

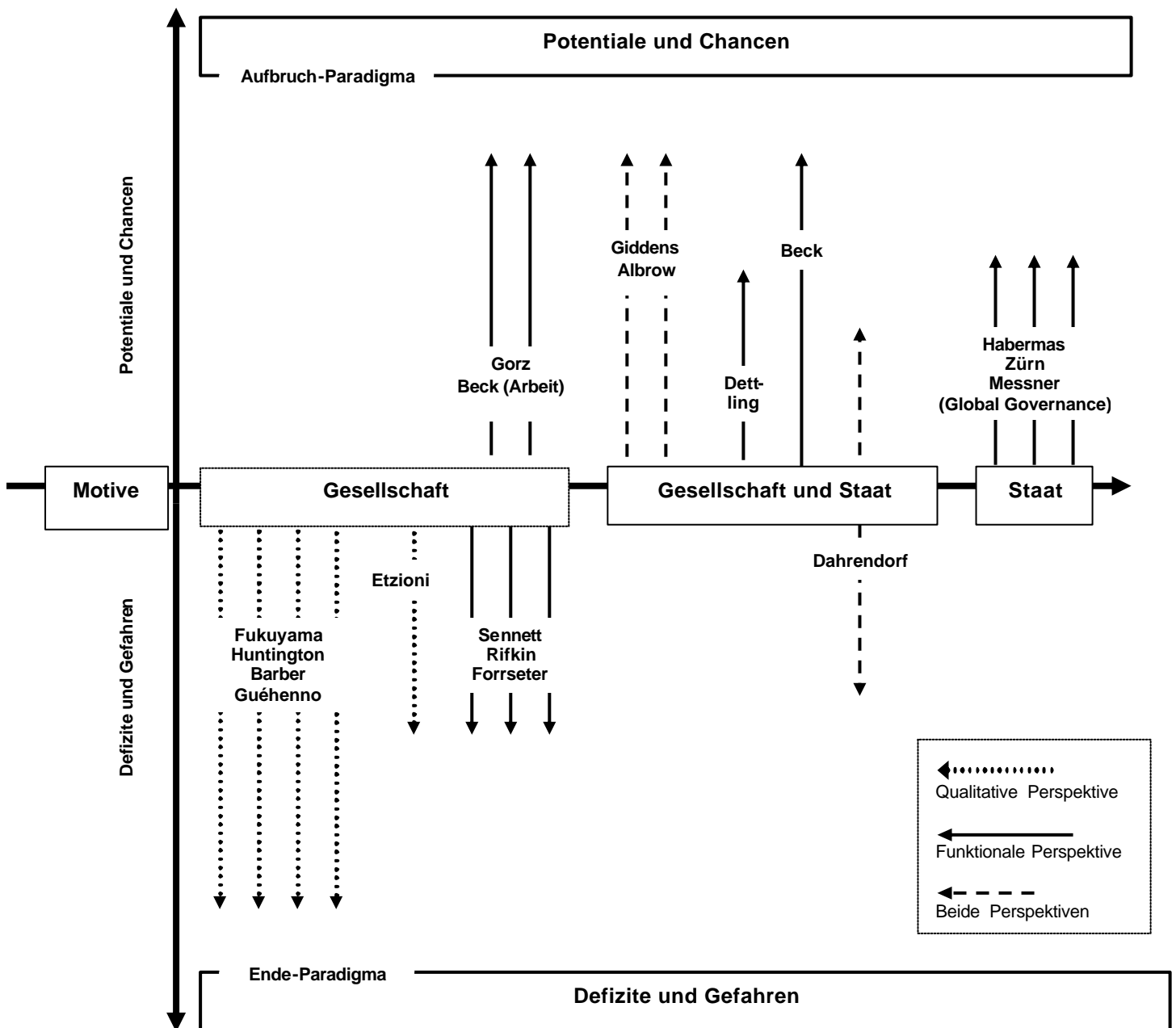
Für die hier vorliegende Analyse wird eine These aufgestellt, die in zwei Richtungen wirkt. Zum einen wirkt sie im Allgemeinen auf die wissenschaftliche und politische Diskussion und Positionierung. Zum anderen wirkt sie aber auch im Besonderen, und zwar auf den Diskurs selbst.

Es wird die These formuliert, dass die im Globalisierungsdiskurs maßgeblichen Konzepte in *Krisenszenarien* und in *Zukunftsvisionen* zu unterteilen sind, was impliziert, dass die Autoren die Facetten der politischen Dimension der Globalisierung entweder stärker als *Gefahr* oder aber als *Chance* werten. Diese Unterscheidung ergibt bereits im wissenschaftlichen Diskurs eine neue politische Koordinate, entlang derer sich die Autoren positionieren. Die entweder defizit- oder chancenorientierte Beurteilung ist nicht mehr deckungsgleich mit der bislang gültigen Unterscheidung von „Rechts und Links“. Diese neue Ausrichtung strahlt bereits in die Politik aus, wie in Kapitel IV erläutert wird. Fokussiert auf den Diskurs selbst, verbindet sich dieser Teil der These mit einem weiteren. Dazu ist allerdings eine tiefer gehenden Analyse der Texte notwendig, die anhand einer Art Rasterung der Texte vorgenommen wird. Durch die Definition von Parametern und Kriterien werden die Texte regelrecht „seziert“, so dass folgender Zusammenhang formuliert werden kann: Diejenigen Texte, in denen die *Gesellschaft* das Hauptmotiv darstellt, tendieren in ihrer Gesamtheit stärker zu einer Beschreibung der Defizite und damit zu den Krisenszenarien, vor allem dann, wenn *Gesellschaft* aus einer qualitativen (gemeinschafts- und wertorientierten) Perspektive betrachtet wird. Das Ergebnis sind die verschiedenen Ende-Paradigmen. Wird das Motiv Gesellschaft mit einer funktionalen (akteurs- und handlungsorientierten) Perspektive verbunden, ist ebenfalls mehrheitlich eine Tendenz zu den Defiziten zu beobachten, wengleich es hier einzelne Ausnahmen gibt. Diese beinhalten dann jedoch nicht nur eine *Tendenz* zu den Zukunftsvisionen, sondern stellen einen Teil der Aufbruch-Paradigmen dar. Im Gegenzug kann festgestellt werden, dass Texte, in denen der Nationalstaat das Hauptmotiv darstellt, in ihrer Mehrheit zur Beschreibung von Chancen und damit zu Zukunftsvisionen neigen und dies vor allem, wenn sie von einer funktionalen (strukturell-institutionellen) Perspektive ausgehen. Texte mit beiden Motiven tendieren vor allem in Richtung Chancen, wobei weder die qualitative noch die funktionale Perspektive den entscheidenden Ausschlag gibt. Interessant ist, wie am Verlauf des Diskurses zu zeigen sein

---

<sup>41</sup> So der Wissenschaftsrat zu einem Streit am Otto-Suhr-Institut (OSI) in Berlin im Jahr 2000, zitiert nach „Großbetrieb der Systemkritik“, *Berliner Zeitung*, 27.12.00.

wird, dass zu Beginn des Globalisierungsdiskurses die defizitorientierte Perspektive überwiegt und mit zunehmender Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Positionen und Konzepte die chancenorientierte Perspektive zunimmt. Es ist während des Diskurses ein Bogenschlag von der Kombination *Gesellschaft/qualitativ/Gefahren* hin zu *Nationalstaat/funktional/Chancen* bzw. *Gesellschaft/funktional/Chancen* auszumachen. Das folgende Schaubild soll diese Entwicklung und Tendenz verdeutlichen.



## **Methodik**

Methodisch wird die Analyse in vier Schritten vorgenommen. Nachdem die Bedeutung des Globalisierungsdiskurses für die Politikwissenschaft und speziell die Demokratietheorie angesprochen wurde, soll diese durch die detaillierte Analyse und Interpretation der Texte unterstrichen werden. Einleitend wird eine kurze Klärung des in dieser Analyse verwendeten Globalisierungsbegriffs vorgenommen.

Danach wird als erster Schritt geklärt, anhand welcher Kriterien zu bestimmen ist, dass es sich beim Globalisierungsdiskurs tatsächlich um einen *Diskurs* handelt, auch wenn er als solcher noch nicht von der Wissenschaft wahrgenommen wird. Neben einem *Auslöser* können *Gemeinsamkeiten* herauskristallisiert werden, die alle Texte durchziehen. Die Quellentexte werden hierbei als Denkmodelle klassifiziert, wobei sie auf zwei wesentliche Motive (Staat und Gesellschaft) reduziert werden. Diese beiden Motive sind die Hauptmotive im Diskurs, um deren Zukunft sich die Debatte dreht. Beide Motive werden immer in Bezug auf Demokratie und Partizipation beschrieben. Die Klassifizierung der Texte als Gedankenmodelle ermöglicht die Herauslösung derselben aus der gesamten Schaffensgeschichte der Autoren und damit die Konzentration auf den Zeitraum ab 1990. Sie ermöglicht aber auch die Reduktion der in den Texten beschriebenen Wirklichkeit auf die beiden Hauptmotive, so dass auf diesem Weg Grundstrukturen identifiziert und zentrale Zusammenhänge sichtbar gemacht werden können. So kann die Fokussierung auf drei wesentliche Fragen erfolgen: Ist das Ende des Nationalstaates als Hauptakteur und Bezugsrahmen der politischen Steuerung gekommen, und wenn ja, was kommt danach? Ist die Industriegesellschaft in ihrer Ausprägung als Erwerbsgesellschaft an ihr Ende gelangt, und wenn ja, wie wird sie sich künftig gestalten, welche Facetten werden sie ausmachen? Und vor allem: Sind Demokratie und Partizipation universelle Werte oder sind sie an den nationalstaatlichen Rahmen gebunden? Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass die Texte sich in der Perspektive unterscheiden, die die Autoren auf die beiden Hauptmotive richten. Dazu wird eine qualitative und eine funktionale Perspektive definiert. So kann sichtbar gemacht werden, bei welchen Texten die Normorientierung und bei welchen die Strukturorientierung im Vordergrund stehen. Diese Unterscheidung ist maßgeblich, um aufzeigen zu können, dass bei der qualitativen Perspektive die Tendenz zur defizitorientierten Beurteilung stärker ausgeprägt ist als bei der funktionalen Perspektive.

Als zweiter Schritt werden die einzelnen Diskursphasen identifiziert. Dies erfolgt durch eine Kombination der chronologischen Abfolge, also Eintrittszeitpunkt in den Diskurs (Erscheinungsdatum der Texte), mit den thematischen Bezugspunkten. Um den Diskursverlauf aber nicht nur oberflächlich an Erscheinungs-

daten festzumachen, werden Parameter definiert, die es ermöglichen, den Verlauf zu strukturieren und die Kernthese zu stützen. Die Parameter ergeben sich aus dem Ansatz, der Intention und der Beurteilung der beiden Hauptmotive in Abhängigkeit von der qualitativen bzw. funktionalen Perspektive. Nachdem der Dreh- und Angelpunkt der Analyse in der Unterscheidung der Konzepte in gefahren- oder chancenorientierte Texte liegt, werden zusätzlich Indikatoren definiert, anhand derer die jeweilige Orientierung auszumachen ist.

Der dritte Schritt besteht dann in der Einzelanalyse und -interpretation der Texte gemäß der identifizierten Phasen, um die Besonderheiten der einzelnen Diskursphasen herauszufiltern. Der Globalisierungsdiskurs unterteilt sich in vier Phasen: Die erste Phase ist geprägt vom Auslöser des Diskurses, durch provokante Thesen und Ende-Paradigmen. Die zweite Phase konzentriert sich auf Gegenpositionierungen zu den Thesen der ersten Phase und eine Spezifizierung der Standpunkte. Die dritte Phase stellt den Höhepunkt des Globalisierungsdiskurses in Deutschland dar, wobei es zur Ausdifferenzierung der Positionen kommt. Die vierte Phase schließlich vollzieht den Zirkelschluss zum Beginn des Diskurses und ist zusätzlich getragen von einer Spezialisierung.

Der vierte Schritt besteht schließlich in einem Ausblick, in dem auf Grundlage der Klassifizierung in Gefahren- und Chancenkonzepte eine neue politische Koordinate sichtbar gemacht werden soll, die sich im Globalisierungsdiskurs abzeichnet und bereits auf die Politik ausstrahlt. Die neue politische Koordinate liegt quer zu den klassischen politischen Koordinaten von „Rechts und Links“, tritt aber auch parallel zu diesen auf.

## II. Der Diskurs

### *Der Begriff Globalisierung als Chiffre*

Der Begriff Globalisierung wird in Politik und Wissenschaft nach wie vor fast reflexartig mit ökonomischen und ökologischen Entwicklungen in Verbindung gebracht. Wie in der Einleitung dargelegt, stehen in dieser Analyse jedoch die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Mittelpunkt. Augenfällig ist, dass es in den hier zu untersuchenden Texten zwar Gemeinsamkeiten und Parallelen an Themen, Motiven und Positionen gibt, die unter dem Begriff Globalisierung subsumiert werden, dass aber trotzdem eine einheitliche Definition dessen, was die Globalisierung nun tatsächlich ist, nicht existiert. Nachdem jeder der Autoren in diesen Begriff seine ganz spezielle Sichtweise auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen legt, eigene Schwerpunkte und Erklärungsversuche wählt, ist es kaum möglich, eine allgemeingültige Definition des Globalisierungsbegriffs zu geben, denn Einigkeit herrscht lediglich bei dieser Feststellung: „Von der Globalisierung sprechen, heißt vom Wandel sprechen.“<sup>42</sup> Ausschlaggebend ist aber, dass den Gemeinsamkeiten genauso wie auch den Widersprüchen des Wandels und der Entwicklung des Diskurses als solchem nachzuspüren ist. So macht es Sinn, anhand der Gemeinsamkeiten einen Rahmen für den Diskurs abzustecken und anhand der unterschiedlichen Konzepte der Autoren die inhaltliche Bandbreite aufzudecken. Der Umstand, dass der Begriff Globalisierung wenig konkret gefasst ist, verweist darauf, dass er als *Chiffre* für Phänomene, Veränderungen und Entwicklungen benutzt wird, unter der alles zusammengefasst wird, was seit dem Zerfall des Ostblocks sichtbar und sichtbarer geworden ist. Hierzu zählen die Fragen, wie es mit den Nationalstaaten, der Demokratie und der Legitimität von Politik unter den veränderten weltpolitischen Konstellationen weitergeht, welche Auswirkungen die durch neue Computertechnologien ausgelöste „Kompression von Raum und Zeit“ und die neue Qualität der Vernetzung auf die Arbeitswelt, die Gesellschaft und die Identität haben und in welcher Form sich dadurch Lebensformen und Werte verändern. Seit den Terrorattacken auf die USA am 11. September 2001 kommen neue Fragen hinzu. In dieser Analyse wird in Grundzügen ergänzend auf die Definition der Gruppe von Lissabon zurückgegriffen.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Brock, Lothar (1999), Krieg der Wirtschaftswelten? Der „demokratische Frieden“ im Kontext der Globalisierung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 219.

<sup>43</sup> Vgl. Gruppe von Lissabon (1997), Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 48 ff.



Die eingangs benannten Autoren und ihre Werke, an denen in dieser Analyse der Globalisierungsdiskurs festgemacht wird, stellen nur einen Ausschnitt aus den unzähligen Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung dar. Trotzdem markieren diese Texte die Bandbreite des Diskurses und enthalten die wesentlichen Positionen. Dreh- und Angelpunkt bleibt die öffentliche Wahrnehmung dieser Texte und Thesen. Gerade weil Öffentlichkeit und öffentliche Kommunikation in der untersuchten Debatte als ein grundsätzlicher Baustein für Demokratie gewertet werden,<sup>44</sup> werden hier die wesentlichen Positionen und Konzepte im Vergleich transparent gemacht. Zu zeigen bleibt, ob es lediglich ein Diskurs um und über Schlagworte oder auch über die theoretischen Modelle ist, die dahinter stehen.

## **1. Der Charakter des Diskurses**

Im Mittelpunkt der Analyse stehen also nicht allein die Autoren, ihre Texte und Positionen, sondern der Globalisierungsdiskurs als solcher. Der Diskurs markiert in seinem Verlauf den geistigen Rahmen und das politische Klima, in dem der Begriff Globalisierung mit all seinen Facetten und Interpretationen bearbeitet wird. Was macht nun aber diesen Diskurs im politikwissenschaftlichen Kontext aus?

### **1.1 Der Auslöser**

Zum Ersten muss man einen Auslöser für die Debatte identifizieren können, der als Initialzündung gewirkt hat. Beim Globalisierungsdiskurs, so wie er sich seit 1990 darstellt, war es indirekt die politisch-historische Zäsur von 1989 mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende des Kalten Krieges. Denn diese Zäsur hatte zur Folge, dass in unmittelbarer zeitlicher Nähe Thesen in der Politikwissenschaft entwickelt und in den Raum gestellt wurden, die provozierend wirkten, weil sie paradigmatisch, apodiktisch und in emphatischem Tonfall universale Erklärungsansätze für die Gegenwart formulierten (Fukuyama, Huntington, Barber). Enthalten waren zudem Zukunftsprognosen, die vor neuen grundlegenden Konfliktlinien in der globalen Welt warnten - und das in einer Zeit, in der gerade die Lähmung durch die Frontstellungen zwischen Ost und West überwunden schien und Hoffnung auf eine neue Ära

---

<sup>44</sup> Vgl. Höffe, Otfried (1999b), Ein Gesellschaftsvertrag für Europa? Ein Versuch in dreizehn Thesen, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 277 f.; Habermas, Jürgen (1997), Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main, S. 166; Habermas (1998a), S. 155 und S. 164 ff; Offe, Claus (1998a), Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York, S. 116; Scharpf, Fritz W. (1998a), Demokratie in der transnationalen Politik, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York, S.155.

des friedlichen Zusammenlebens aufkeimte. Diese international publizierten Thesen provozierten wie selbstverständlich Widerspruch, veranlassten aber auch zur Differenzierung und wirkten vor allem als Anlass, sich auch in der Politikwissenschaft den veränderten weltpolitischen Bedingungen zu stellen. Sie öffneten somit den Blick dafür, dass sich Politikwissenschaftler, Philosophen und Soziologen in den USA und Europa in Rekurs auf diese Thesen und auf die Zäsur von 1989 mit der Frage auseinander setzten, wie sich zukünftig Staat und Gesellschaft in einer globalisierten Welt konstituieren und zusammenwirken werden. Als Chiffre für diesen Prozess etablierte sich rasch der Begriff Globalisierung.

## 1.2 Die Gemeinsamkeiten im Diskurs

Beachtenswert ist, dass man bei den hier untersuchten Texten, die auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, nicht von der engen Definition der „policy-studies“ ausgehen kann, was der aktuellen Tendenz in der Politikwissenschaft ein Stück weit entgegenläuft. Untersuchungen zu politischen und politikwissenschaftlichen Einzelthemen oder -feldern, wie der Schaffung einer UN-Umweltbehörde, der globalen Entwicklungsfinanzierung, globaler Korruption und Geldwäsche oder der Stärkung von Soft Laws existieren zwar, sie werden aber eher im Rahmen von Expertenrunden diskutiert und kaum von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Wie noch zu zeigen sein wird, spielen die policy-studies erst mit zunehmender Spezialisierung innerhalb des Globalisierungsdiskurses eine größere Rolle (Kap. III). Die hier zu Grunde liegenden Texte, die für den in der Öffentlichkeit und den Medien wahrgenommenen Diskurs den Rahmen abstecken, richten den Blick auf mehrere Phänomene und Entwicklungen gleichzeitig und versuchen, diese miteinander zu verknüpfen. So werden zwar, wie oben ausgeführt, die Texte für diese Analyse kategorisiert, indem sie auf zentrale Motive reduziert werden, hervorzuheben bleibt aber, dass die Motive nie isoliert für sich stehen, sondern immer in einen größeren normativen Zusammenhang integriert werden. Einzelne Politikfelder werden somit in ein normatives Gesamtkonzept für die Zukunft von Staat und Gesellschaft eingeordnet. Es wird ein zu erreichender Soll-Zustand entwickelt, wobei aber nicht explizit von einem künftig *besten* oder *idealen* Zustand für Staat und Gesellschaft ausgegangen wird, sondern eher Modelle angeboten werden, die eine Orientierung geben, wohin die aktuellen Veränderungen führen können. Gesucht wird eine „gute oder gerechte Ordnung“, obwohl davon ausgegangen wird, dass „entsprechende Erwartungen zur Zeit nicht einlösbar“ sind.<sup>45</sup> Die Kategorisierung der Texte anhand zu definierender Parameter und Kriterienkataloge sowie die Reduktion auf Gemeinsamkeiten und Parallelen ist also gerade aufgrund der Komplexität der Konzepte zwingend notwendig.

---

<sup>45</sup> Vgl. Mols (1994), S. 162.

### 1.2.1 Die politisch-historische Zäsur

Auffallend ist, dass es einige Merkmale gibt, die in allen Texten eine Rolle spielen und mit dem Begriff Globalisierung in Verbindung gebracht werden. Sie stehen exemplarisch für den intellektuellen Raum, in dem der Diskurs sich bewegt, weil sie ungeachtet der politischen Positionen der Autoren als konsensual und damit als Fundament gelten können.

Das ist zum einen, wie bereits vorgestellt, die historisch-politische Zäsur von 1989, die Platz gemacht hat für eine neue, noch ungewisse internationale Konstellation.<sup>46</sup> So nehmen nicht nur alle Autoren auf die Zäsur Bezug, sondern sie interpretieren sie insgesamt als Wendepunkt in den politischen und gesellschaftlichen Beziehungen weltweit.<sup>47</sup> Auf sie bauen sowohl ihre Krisenszenarien als auch ihre Zukunftskonzepte auf. Dabei ist es im Zusammenhang mit der hier gewählten Themenstellung unerheblich, wann der Globalisierungsprozess tatsächlich begonnen hat - ob vor dem Ersten Weltkrieg, erst in den 1970er und 1980er Jahren oder bereits mit den ersten internationalen Kontakten überhaupt.<sup>48</sup> Für den Diskurs ist ausschließlich von Interesse, dass die Zäsur von 1989 gleichzeitig auch die Zäsur für die Öffnung des intellektuellen wie politischen Bewusstseins war, nämlich für das Bewusstsein eines Aufbruchs in eine neue und ungewisse Ära.

### 1.2.2 Die Frage nach der Moderne und die Raum-Zeit-Kompression

Ein Indiz für den Aufbruch in eine neue Ära ist, dass im Globalisierungsdiskurs im Zusammenhang mit der Zukunft von Staat und Gesellschaft generell die Frage aufgeworfen wird, in welcher zeitgeschichtlichen Epoche wir uns nach dem Fall des Eisernen Vorhangs befinden: In der Postmoderne (Menzel), in der Zweiten Moderne (Beck) oder bereits im Globalen Zeitalter (Albrow)? Fast alle Autoren nehmen auf diese Fragestellung Bezug und definieren für sich und ihr Werk eine bestimmte Zuordnung zur Moderne. So entwirft und forciert beispielsweise Ulrich Beck, wie schon der Titel seiner Suhrkamp-Edition deutlich macht, das Konzept der „Zweiten Moderne“, das auf der Theorie der

---

<sup>46</sup> Vgl. als Auswahl Barber (1999a), S. 229; Dahrendorf, Ralf (2000a), Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur 54, Heft 11, S. 1057; Dahrendorf, Ralf (2001a), Can European Democracy Survive Globalization?, in: The National Interest 65, Fall 2001, S. 17; Dettling, Warnfried (1996a), Utopie und Katastrophe - Die Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 106; Fukuyama (1992), S. 391; Guéhenno, Jean-Marie (1998), From Territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York, S. 138; Habermas (1998a), S. 78; Huntington, Samuel P. (1998), Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien, 2. Auflage, S. 22.

<sup>47</sup> Exemplarisch hierzu insgesamt Weidenfeld (1996).

<sup>48</sup> So auch Höffe, Otfried (2001 a), Globalisierung und Demokratie: Für und wider eine föderale Weltrepublik, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 22.01.01, Deutscher Bundestag, Teil 2, Berlin.

„Risikogesellschaft“ und der „reflexiven Modernisierung“ aufbaut.<sup>49</sup> In der Logik der Zweiten Moderne ist die Erste Moderne einfach und industriell, die Zweite hingegen reflexiv und global.<sup>50</sup> Dies ähnelt der Theorie von Albrow zum Globalen Zeitalter, in dem alle Kategorien der Moderne in Frage gestellt werden und es zu einer *Neubewertung* der Dinge kommt. Das Globale Zeitalter unterscheidet sich in seinem Kern von der Moderne.<sup>51</sup>

Zusätzlich spielt in den meisten Texten die Beschleunigung von Zeit sowie die Überwindung von realen Räumen durch die Weiterentwicklung der Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien eine Rolle, eine Entwicklung, die die Welt revolutioniert. Zeit und Raum verlieren ihren bislang strukturierenden Charakter, weltweit werden Ereignisse zeitgleich erlebt und beobachtet, Handlungen jeglicher Art ausgeführt und Waren, Dienstleistungen und Informationen ausgetauscht. Dazu kommt die Möglichkeit eines nahezu unbeschränkten Austausches von Menschen über den ganzen Erdball durch den Wegfall vieler Grenzen. Richard Sennett prägt in dem Diskurs die Formel von der „Raum-Zeit-Kompression“, die nach Auffassung einiger Autoren ein weiteres Anzeichen dafür ist, dass die mit der Aufklärung verbundenen Strukturelemente wie Territorialität, Geopolitik und Zeitraster ihre Bedeutung verlieren und die Moderne zu Ende geht.<sup>52</sup>

### 1.2.3 Der Prozesscharakter und die Normativität

Zum Dritten ist allen Texten gemeinsam, dass die beschriebenen Veränderungen als Prozess angesehen werden, dessen Geschwindigkeit und Richtung offen ist.<sup>53</sup> Gerade diese Offenheit und Unbestimmtheit schafft den Raum für den normativen Ansatz, der in allen Texten auszumachen ist. Obwohl der eine Teil der Texte sich stärker auf die Beschreibung der Defizite und Krisenszenarien und der andere auf die Konzeption von Zukunftsperspektiven und Visionen bezieht, implizieren sie alle normative Konzepte, in denen sich die gewünschte zukünftige Richtung des Globalisierungsprozesses ablesen lässt. Dies ist durchaus ein Novum in dem zu untersuchenden Zeitraum, denn kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre waren normative Konzepte mit perspektivischem oder sogar visionärem Charakter wenig gefragt. Vor allem in Deutschland war man aufgrund der neuen und noch wenig überschaubaren Situation nach der Wiedervereinigung

<sup>49</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 171 und S. 207; Beck, Ulrich (2000a), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 41 sowie Beck, Ulrich, Giddens, Anthony und Lash, Scott (1996), Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main.

<sup>50</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 63 sowie Hildebrandt, Volker (1996), Epochenbruch in der Moderne. Eine Kontroverse zwischen Robert Kurz und Ulrich Beck, Münster, S. 39 ff.

<sup>51</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 22 und S. 150.

<sup>52</sup> Vgl. hierzu insgesamt Albrow (1998a), S. 217 f.; Altwater/Mahnkopf (1999), S. 61; Beck (1998c), S. 13 ff. und S. 21 ff. sowie Menzel, Ulrich (1998), Globalisierung versus Fragmentierung, Frankfurt am Main, S. 14 f.; Offe (1998a), S. 103.

<sup>53</sup> Vgl. als Auswahl Dahrendorf (2000), S. 1057; Giddens (1997), S. 23; Habermas (1998a), S. 78.

stark an Konzepten und Entwürfen interessiert, mit denen die Realität zu fassen und aus denen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten ableitbar waren. Der Begriff Vision oder Utopie war mit einer negativen Konnotation und dem Verweis versehen, dass der eine Teil der Welt lange genug unter einer politischen Utopie zu leiden hatte.<sup>54</sup> Gleichzeitig hat der unkalkulierbare Prozess der Globalisierung ein Gefühl der Verunsicherung und Hilflosigkeit ausgelöst, das zuerst einmal die Gefahren in den Mittelpunkt rückte. Diese Orientierung an den Defiziten hat unter anderem zu einer neuen Form der Kapitalismuskritik geführt,<sup>55</sup> die sich politisch seit 2001 unter anderem in der Bewegung der Globalisierungsgegner manifestiert. Die Globalisierung wird auf ihre ökonomische und ökologische Dimension und die daraus resultierenden Folgen reduziert und als „ungezügelter Raubtierkapitalismus“ begriffen.<sup>56</sup> Unabhängig davon, wie sich einzelne Autoren zum Kapitalismus positionieren, wird anders als in der Dekade davor wie selbstverständlich auf Marx und das Kommunistische Manifest zurückgegriffen, um Für und Wider der ökonomischen Globalisierung zu erklären, wie an Münchs Einleitungsfrage zu seinem Buch „Globale Dynamik, lokale Lebenswelt“ deutlich wird: „Wird Karl Marx am Ende doch recht behalten? Wird sich der Kapitalismus selber zerstören, nachdem er den Kampf mit dem real existierenden Sozialismus gewonnen hat (...)?“<sup>57</sup>

### 1.2.4 Zusammenfassung

Insgesamt kann unter der Chiffre Globalisierung für die hier untersuchten Texte also gelten, dass Globalisierung als ein offener und nicht zielgerichteter Prozess angesehen wird, der mehrere Dimensionen aufweist. Neben der in dieser Analyse zugrunde liegenden politischen Dimensionen zählen dazu die ökonomische, ökologische, militärische und kulturelle Dimension, wobei eine Dimension in die andere übergreift. Merkmal des Globalisierungsprozesses ist

<sup>54</sup> Vgl. als Auswahl Buckmiller, Michael (1990), Sozialismus - das Ende einer Utopie?, in: Vorgänge 29, Heft 6, S. 104 - 116; Calließ, Jörg (1994) (Hg.), Die Wahrheit des Nirgendwo. Zur Geschichte und Zukunft des utopischen Denkens, Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 23. bis. 25. April 1993, Rehburg-Loccum; Dahrendorf, Ralf (1992b), Weltordnung: eine liberale Utopie?, in: Universitas 47, Heft 4, S. 331 - 334; Fest, Joachim C. (1991), Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin; Fest, Joachim C. (1997), Nach dem Scheitern der Utopien. Probleme der offenen Gesellschaft, in: Sinn und Form 49, Heft 3, S. 410 - 421; Luhmann, Niklas (1994), Kapitalismus und Utopie, in: Merkur 48, Heft 3, S. 189 - 198; Saage, Richard (1990), Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt am Main; Saage, Richard (Hg.) (1992a), Hat die politische Utopie eine Zukunft? Darmstadt; Saage, Richard (1992b), Wie ein Phönix aus der Asche. Das Scheitern des Realsozialismus und die Zukunft der Sozialutopie, in: Außerschulische Bildung, Heft 4, S. 401 - 405; Strasser, Johano (1990), Leben ohne Utopie?, Frankfurt am Main sowie Wilhelm, Karin (Hg.) (1993), Utopie heute? Ende eines menscheitsgeschichtlichen Topos?, Wien.

<sup>55</sup> Exemplarisch für diese Position stehen vor allem Forrester (1997); Bourdieu, Pierre (1998a), Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz; Bourdieu, Pierre (1998b), Kapitalismus als konservative Restauration, *Die Zeit* 5/98 sowie Barber, Benjamin R. (2000b), Civil Society und Neue Bürgergesellschaft, in: Politische Studien 51, Heft 369, S. 13 - 18.

<sup>56</sup> Vgl. in diesem Sinn Barber, Benjamin R. (2000c), Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler Benjamin R. Barber über Visionen und Herausforderungen in unserer Gesellschaft am Beginn eines neuen Jahrtausend, in: Politische Studien 51, Heft 369, S. 10.

<sup>57</sup> Münch (1998), S. 9 sowie zur Auswahl vgl. Beck (1998c), S. 9; Brunkhorst, Hauke und Kettner, Matthias (Hg.) (2000), Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt am Main, S. 7 ff.; Dahrendorf (2000a), S. 1059 und S. 1064.

die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen, so dass eine Mischung aus vor-modernen, modernen und postmodernen bzw. globalen Faktoren die heutige Zeit bestimmt. Gerade durch die neuen Informations- und Kommunikations-sowie die Verkehrstechnologien entsteht eine neue Qualität in der weltweiten Vernetzung von Handlungen, Aktivitäten und Menschen. Zudem lösen sich Raum und Zeit als strukturgebende Elemente unseres Alltages auf und geben dem aktuellen Wandel seine eigene Dynamik.

### 1.3 Die Phasen

Des Weiteren müssen in einem Diskurs verschiedene Phasen auszumachen sein, anhand derer der Diskurs zu strukturieren und seine Entwicklung abzulesen sind. Die Phasen können chronologisch, länderspezifisch oder themen- und positionsbezogen aufeinander wirken. Betrachtet man den Globalisierungsdiskurs im euro-atlantischen Raum, wie in dieser Analyse - fokussiert mit dem Blick auf Deutschland -, sind sowohl zeitliche Abfolgen als auch Positionierungen um bestimmte Themenschwerpunkte auszumachen. An dieser Stelle erfolgt als Erstes ein grober Überblick über die chronologische Abfolge des Diskurses, die interessanterweise mit dem Eintritt einzelner Länder in den Diskurs korreliert. Die einzelnen Phasen des Diskurses werden dann in Kapitel III anhand der verschiedenen Texte im Detail analysiert. Der Blick auf die Chronologie ermöglicht es, verschiedene Herangehensweisen und Perspektiven der Autoren auf das Phänomen Globalisierung herauszuarbeiten.

Als Erstes beschäftigte sich nach 1989 die Politikwissenschaft in den USA mit den Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Krieges und stellte den Bezug zu einer sich globalisierenden Welt her. Francis Fukuyama steht 1989 mit seinem Essay über das „Ende der Geschichte“ am Anfang des Diskurses, gefolgt von den Thesen von Benjamin R. Barber zur Konfrontation zwischen „Dschihad“ und „McWorld“ und Samuel P. Huntingtons „Clash of Civilisation“.<sup>58</sup> 1993 kommt dann in Frankreich die erste Veröffentlichung von Jean-Marie Guéhenno zum „Ende der Demokratie“ mit ähnlicher Intention hinzu. Die Texte aus den USA und Frankreich können als Initialzündung für die Debatte gewertet werden, weil sie die provokanten und paradigmatischen Thesen zum Ende einer Epoche liefern und das Anbrechen einer neuen Zeit prognostizieren, gleichzeitig aber auch vor ihr warnen. Ihre universalen und generalisierenden Erklärungsansätze sollen jeweils ein Schema liefern, das die Welt neu ordnet. Einer sich zunehmend differenzierenden Gegenwart werden einfache und vereinfachende Lösungen gegenübergestellt. Ab 1994 folgen dann zusätzlich erste Publikationen aus England, die in Deutschland stark rezipiert werden, allerdings zeit-

---

<sup>58</sup> Die Chronologie ist an dieser Stelle an den Erscheinungsdaten der Originalausgaben festgemacht. Im folgenden stehen jedoch die Erscheinungsdaten der *deutschen* Ausgaben im Vordergrund, da der Fokus auf dem Diskurs in Deutschland liegt.

versetzt erst ab 1997, was am Erscheinungsdatum ihrer Übersetzungen liegt. Hierfür stehen unter anderem die Thesen von Anthony Giddens und Martin Albrow zur Auflösung der politischen Koordinaten von „Rechts und Links“ sowie zum Ende der Nationalstaaten. Zu beobachten ist hier, dass den Ende-Paradigmen der ersten Phase nun Aufbruch-Paradigmen gegenübergestellt werden, die neue und eher optimistische Konzepte für Politik und Gesellschaft entwerfen (auch wenn ihre Titel auf den ersten Blick anderes suggerieren). Natürlich folgen sowohl in den USA als auch in Frankreich und England weitere Texte zur Zukunft von Staat und Gesellschaft im Kontext der Globalisierung, die an anderer Stelle noch erläutert werden.

In Deutschland schließlich greift der Globalisierungsdiskurs erst ab 1997 Raum. Der Fokus dieser Analyse liegt dann auch auf dieser Phase des Diskurses. Leitendes Interesse ist es herauszuarbeiten, wie die bis dahin publizierten Positionen und Gegenpositionen in Deutschland wirken und welche Beurteilungen sie hervorrufen. Mit der Suhrkamp-Reihe „Zweite Moderne“, herausgegeben von Ulrich Beck, gelangt das Thema Globalisierung auf die Tagesordnung und vor allem in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit, auch wenn Becks Vorgehen, als Herausgeber einer Publikationsreihe das Thema Globalisierung zu „pushen“, in der Wissenschaft nicht ohne Kritik blieb.<sup>59</sup> So werden innerhalb der deutschen Politikwissenschaft zwar bereits der „Brundtlandbericht“ von 1987 sowie die 1995 verabschiedeten Abschlussberichte der Commission on Global Governance und der Gruppe von Lissabon diskutiert,<sup>60</sup> das Thema der *politischen* Globalisierung kann aber weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit erreichen. Die Verzögerung ist - neben dem Faktor der Übersetzungen - aus zwei Umständen heraus zu erklären.

Zum einen fesselt die spezifisch innerdeutsche Situation nach 1989/90 die politische wie die öffentliche Debatte, die sich zuerst einmal um den Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung dreht. Dies erfordert den Blick nach innen auf das eigene Land und dessen Geschichte, bevor die Perspektive auf die weltweiten Auswirkungen erweitert werden kann.<sup>61</sup> Zudem ist die Verun-

---

<sup>59</sup> Vgl. hierzu Pongs (1999/2000), S. 49.

<sup>60</sup> Vgl. zum „Brundtlandbericht“ in deutsch: Hauff, Volker (Hg.) (1987), *Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven („Brundtlandbericht“); außerdem Commission on Global Governance (1995), *Our Global Neighbourhood. The Report of the Commission on Global Governance*, Oxford und Gruppe von Lissabon (1997); als Ergänzung vgl. Messner, Dirk und Nuscheler, Franz (1996), *Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, in: Policy Paper 2, hg. SEF Bonn sowie Nuscheler, Franz (Hg.) (2000a), *Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts*, Bonn und Nuscheler, Franz (2000b), *Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept*, in: Prokla 118, Nr. 1, S. 151 - 156.

<sup>61</sup> Vgl. hierzu als Auswahl: Bender, Peter (1992), *Unsere Erbschaft. Was war die DDR - was bleibt von ihr?*, Hamburg/Zürich; Bergsdorf, Wolfgang (1993), *Deutschland im Streß. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen nach der Wende*, München; Gensicke, Thomas (1995), *Deutschland im Wandel. Sozialer Wandel und Wertewandel in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung*, Speyerer Forschungsberichte Nr. 154 (11/95), Bonn; Habermas, Jürgen (1990a), *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen*

sicherung unter den deutschen Intellektuellen - auch in der Politikwissenschaft - in Bezug auf ihre ideologischen Standorte und Identitäten ungleich stärker als in anderen Ländern zu spüren. Die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Besonderheiten lähmt und dominiert zugleich die Debatte.<sup>62</sup> Der richtige Weg für die innere Einheit, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Teile und die ideologische (Neu-) Ausrichtung müssen erst definiert werden. Zum Zweiten steckt der öffentliche Dialog zwischen Politik und Politikwissenschaft in Deutschland trotz einiger Ansätze immer noch in den Kinderschuhen. Der Eindruck drängt sich immer wieder auf, dass sich auf der einen Seite die Politik schwer tut, einen öffentlichen Diskurs mit der Wissenschaft zu wagen, da sie damit gleichzeitig ihren Beratungsbedarf öffentlich macht. Die Wissenschaft auf der anderen Seite steht manchmal dem Bedürfnis der Politik nach pragmatischen und schnellen Lösungen ratlos gegenüber.<sup>63</sup> Dies wird vor allem im Vergleich zu der Tradition in den USA, aber auch in England sichtbar. In Deutschland sind beide Bereiche eher lose verzahnt und die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung politischer Entscheidungen - jenseits der wenigen bekannten politikwissenschaftlichen Institute - etabliert sich erst nach und nach.<sup>64</sup> In den USA und England hingegen ist diese Verzahnung viel stärker. Renommiertere Politikwissenschaftler wie Huntington, Barber oder Giddens gehören wie selbstverständlich zu den Beratern von Regierungschefs und Ministern und nutzen diese Positionen auch für ihre wissenschaftliche Arbeit. Dahrendorf ist sogar selbst unter die Politiker gegangen und Guéhenno engagiert sich als Diplomat bei den Vereinten Nationen. Daher rührt es unter anderem, dass provokante Thesen aus der amerikanischen und englischen Politikwissenschaft international stärker beachtet und diskutiert werden, denn der meist hohe öffentliche Bekanntheitsgrad der Wissenschaftler und die Brisanz, dass die geäußerten Thesen auch praktische Bedeutung erlangen könnten, sichert einen hohen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit. Zudem garantiert das Vorgehen der amerikanischen Wissenschaftler, ihre Thesen erst in Form eines Essays zu veröffentlichen und diese dann im Nachgang auf die Reaktionen in umfangreichen Publikationen populärwissenschaftlich aufzubereiten, den Zugang einer breiten Öffentlichkeit.<sup>65</sup> Daraus ergibt sich die

---

Gesellschaft, Frankfurt am Main; Habermas, Jürgen (1990c), *Vergangenheit als Zukunft*, Zürich sowie Hettlage, Robert und Lenz, Karl (Hg.) (1995), *Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz*, München.

<sup>62</sup> Vgl. hierzu exemplarisch Anz, Thomas (Hg.) (1995), *Es geht nicht um Christa Wolf. Der Literaturstreit im vereinten Deutschland*, Frankfurt am Main; Fest (1991); Giesen, Bernhard (1994), *Die Intellektuellen und die Nation*, in: Langguth, Gerd (Hg.), *Autor, Macht, Staat. Literatur und Politik in Deutschland. Ein notwendiger Dialog*, Düsseldorf, S. 13 - 33; Kiesel, Helmuth (1991), *Die Intellektuellen und die deutsche Einheit*, in: *Die Politische Meinung* 36, H. 264, S. 49 - 62; Saage (1992) sowie Ueding, Gert (1992), *Revolution ohne Intellektuelle*, in: *Die Politische Meinung* 37, H. 271, S. 79 - 88.

<sup>63</sup> Zeitungsberichte über die wissenschaftliche Beratung der Politik sind selten und vermitteln den Eindruck, hier agiere eine „Schattenwelt“, so etwa zu lesen in „Die Berater sind los!“, *Die Zeit*, 42/98.

<sup>64</sup> Ein Beispiel für die kontinuierliche Zusammenarbeit sind die Enquete-Kommissionen beim Deutschen Bundestag, die verstärkt zur Bearbeitung aktueller Fragen eingesetzt werden.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu die Essays von Fukuyama, Francis (1989), *Das Ende der Geschichte?*, in: *Europäische Rundschau*, 17 (1989), 4, S. 3 - 58; Barber, Benjamin R. (1992), *Jihad Vs. McWorld. The two axial principles of our age - tribalism and globalism - clash at every point except one: they may both be threatening to democracy*, in: *The Atlantic Monthly*, March



Schlagkraft dieser Thesen, freilich auch die manchmal oberflächliche Diskussion über sie. In Deutschland hingegen wird immer noch stärker innerwissenschaftlich diskutiert, so dass diese Form der öffentlichen Wahrnehmung selten entsteht.<sup>66</sup>

In Deutschland bestimmen seit Mitte der 1990er Jahre Ulrich Beck, Warnfried Dettling, Jürgen Habermas und Michael Zürn die Debatte. Weniger von der Öffentlichkeit, dafür mittlerweile stärker von der Politik, werden - in Verbindung zu den Thesen von Habermas und Zürn - die Entwürfe von Dirk Messner zum Bereich Global Governance wahrgenommen.<sup>67</sup> Im Weiteren wird zu zeigen sein, dass es sich hierbei bereits um eine Form der Spezialisierung im Globalisierungsdiskurs handelt. In den Medien werden immer wieder Otfried Höffe und Oskar Negt zu den Veränderungen unserer Zeit befragt. Fritz W. Scharpf, Wolfgang Streeck, Werner Weidenfeld und andere publizieren zwar, wirken aber eher im Hintergrund und werden in der Öffentlichkeit nicht so stark wahrgenommen.

## **2. Zentrale Motive und Parameter zur Strukturierung des Diskurses: Positionen und Gegenpositionen**

### **2.1 Die zentralen Motive im Diskurs - Kristallisationspunkt Demokratie**

Zentral für die Analyse sind, wie in der Einleitung bereits ausgeführt, zwei Motive, die den Globalisierungsdiskurs wie ein roter Faden durchziehen: Staat und Gesellschaft. In ihrer Gesamtheit drehen sich die Texte um die Fragen, wie sich postnationale Staatlichkeit und Demokratie, aber auch Identität und Werte nach der Zäsur von 1989 und im Kontext der Globalisierung entwickeln werden bzw. wie sie sich entwickeln sollen. Staat und Gesellschaft werden im Weiteren als die beiden Hauptmotive bezeichnet. Sie werden jeweils aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachtet, die die jeweilige Herangehensweise der Autoren, ihre Fragestellungen und Blickwinkel sichtbar machen. Die Perspektiven werden in der Analyse in eine *qualitative* und eine *funktionale* Perspektive unterteilt. „Qualitativ“ und „funktional“ werden hier in ihrer ursprünglichen Bedeutung verwendet, das heißt, sie drücken auf der einen Seite Eigenschaften und Beschaffenheiten von Staat und Gesellschaft aus und auf der anderen Seite Wirkungsweisen, Aufgaben und Tätigkeiten. Eigenschaften und

---

1992, Volume 269, Nr. 3, S. 53 - 65 sowie Huntington, Samuel P. (1993), The clash of civilizations will dominate global politics. The fault lines between civilizations will be the battle lines of the future, in: Foreign Affairs 72, Heft 3, S. 22 - 49.

<sup>66</sup> Vgl. den Diskurs zu Global Governance, der ausschließlich innerwissenschaftlich geführt wird, obwohl seine zentralen Forderungen gerade Politik und Öffentlichkeit betreffen. Hierzu mehr in Kap. III, Teilkapitel 4.

<sup>67</sup> Messner und Zürn waren in der 14. Wahlperiode als Sachverständige in die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ berufen.

Beschaffenheiten sind vor allem mit normativen Vorstellungen verbunden, Wirkungsweisen, Aufgaben und Tätigkeiten eher mit strukturellen Aspekten.

### **2.1.1 Die nationalstaatliche Gesellschaft als soziales System**

Das Motiv *Gesellschaft* kann anhand der Texte folgendermaßen umrissen werden: Im Zuge der ökonomischen und politischen Globalisierungsprozesse sind Grenzen durchlässiger geworden, Menschen sind mobiler, flexibler und durch die neuen Technologien enger miteinander verbunden, der Austausch von Informationen, Kulturen und Konsumgütern erfolgt über den ganzen Globus und führt zu einer neuen Qualität der Vernetzung. Diese Entwicklungen haben Rückwirkungen auf die nationalen Gesellschaften, weil sie den Rahmen, in dem sich seit der Aufklärung Identität und Werte herausgebildet haben, verändern. Ebenso formen sie Arbeitsprozesse und -zusammenhänge neu und setzen Individualismus und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einen neuen Bezug zueinander. Waren beispielsweise seit der Industrialisierung, zumindest in den Industrienationen, die Ausbildung der Identität und des Selbstwertes stark an die (Voll-)Erwerbstätigkeit gebunden, tangiert die Entwicklung von der Industrie zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft mit ihrer Veränderung der Arbeitsstrukturen und -bedürfnisse (Spezialisierung) das Selbstverständnis der Menschen.<sup>68</sup> Und kommen aufgrund der erhöhten Mobilität und der modernen Computertechnik Menschen, Kulturen und Werte verstärkt in Berührung miteinander, verlieren identitätsstiftende Faktoren wie nationale Zugehörigkeit ihre bislang grundlegende Bedeutung.<sup>69</sup> Über diese Problemstellungen und ihre möglichen Folgen denken die Autoren in ihren Texten nach und entwickeln Sensoren für die Gefahren, aber auch die Chancen, die in diesen Prozessen liegen. Um eine feingliedrigere Systematisierung der Texte zu ermöglichen, können zwei Herangehensweisen an das Motiv Gesellschaft ausgemacht werden.

#### ***Qualitative Perspektive - Kollektive Identität im Zentrum: Gemeinschaftsorientierung, kulturelle Zugehörigkeit, Partizipation als moralische Pflicht***

Der eine Teil der Autoren nähert sich dem Motiv Gesellschaft mit Blick auf die kollektive Identität. Das heißt, sie wählen einen „Wir-Ansatz“ für das Motiv Gesellschaft und fragen davon ausgehend „Wozu gehört der Einzelne?“. Bei dieser Perspektive liegt der Schwerpunkt der Identitätsdefinition auf der Nation, der Gemeinschaft, der Kultur, den Werten und der Moral. Gesellschaft wird hier

<sup>68</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 136 ff.; Sennett, Richard (2000a), Die flexible Gesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 269 ff. sowie insgesamt Sennett, Richard (2000c), Der flexibilisierte Mensch - Zeit und Raum im modernen Kapitalismus, in: Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.), Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, Bern/Stuttgart/Wien, S. 87 - 104.

<sup>69</sup> Vgl. Albrow, Martin (1999), Die Weltgesellschaft. Willkommen im Globalen Zeitalter, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1, München, S. 31 ff.

in erster Linie als eine durch gemeinsame Kultur und Werte konstituierte *Gemeinschaft* gedacht, die der „Ort für moralische Wertevermittlung“ ist. Der Einzelne steht nicht für sich alleine, sondern ist zuallererst Mitglied eines größeren Ganzen, der Gemeinschaft, die ihn moralisch prägt, anleitet und der er verantwortlich ist. Werte gelten als intersubjektiv geteiltes Gut. Stark ist dieser qualitative Ansatz bei den amerikanischen Autoren zu beobachten (Fukuyama, Barber, Etzioni). Elemente des amerikanischen Kommunitarismus spielen hier eine Rolle, die Texte sollen aber nicht auf diesen Ansatz verengt werden, zumal auch die Kommunitarismus-Debatte schwer einzugrenzen ist.<sup>70</sup> Die durch die Globalisierung verstärkten Gefahren werden gerade in der Bedrohung der Gemeinschaft durch einen zum Egoismus mutierten Individualismus, der daraus resultierenden Atomisierung der Gesellschaft und in einer global wirkenden Homogenisierung in Kultur und Werten gesehen. Die Rettung vor diesen Gefahren wiederum liegt in der Stärkung der Gemeinschaft, die durch die aktive Vermittlung von Moral und Werten zu erreichen ist - und das vor allem im lokalen und regionalen Kontext. Wenn die Gemeinschaft als Ort der Wertevermittlung die Moral wieder verstärkt vermittelt, wird das einzelne Mitglied aktiviert und kann durch sein Handeln zur Stabilisierung der Gemein-

<sup>70</sup> Die Kommunitarismus-Debatte und ihre Rezeption in Deutschland macht sichtbar, wie schwer eine Eingrenzung dieser Debatte und die Verständigung auf klar umrissene Positionen ist. So wird sie auf der einen Seite aus der philosophischen Perspektive betrachtet, die sich um eine neue Liberalismuskritik dreht, deren Auslöser die Kritik an John Rawls Gedankenspiel um eine „Theorie der Gerechtigkeit“ war (vgl. Rawls, John (1975), *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main). In diesem Zusammenhang werden u.a. die kommunitaristischen Konzepte von Alasdair MacIntyre, Michael Sandel, Charles Taylor und Michael Walzer diskutiert. Es spielen aber auch einige der Autoren eine Rolle, deren Texte dieser Arbeit zu Grunde liegen, wie etwa Barber, Dahrendorf, Dettling, Etzioni, Giddens und Sennett: Vgl. hierzu die Anthologie von Beckmann, Klaus u.a. (Hg.) (2000), *Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus als „Zauberformel“?*, Frankfurt am Main: Darin vor allem die Aufsätze von Maak, Thomas, *Verteilungsgerechtigkeit - Kommunitarismus als Zauberformel?*, S. 157 - 181; Nübel, Hans Ulrich, *Der Kommunitarismus - eine Ordnungsidee?*, S. 31 - 52; Pinzani, Alessandro, *Bürgertugenden und Demokratie*, S. 97 - 129 sowie Schick, Gerhard und Renner, Andreas, *Liberalismus versus Kommunitarismus - ein falsches Gegensatzpaar?*, S. 183 - 215. Vgl. außerdem Reese-Schäfer, Walter (2001a), *Kommunitarismus*, Frankfurt am Main, 3. Auflage sowie Waschkuhn (1998), S. 552 - 579. Des Weiteren vgl. die eher kritische Sammlung von Zahlmann, Christel (Hg.) (1994), *Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung*, Hamburg. Darin besonders die Aufsätze von Brumlik, Micha, *Der „Kommunitarismus“*. Letzten Endes eine empirische Frage?, S. 94 - 101; Honneth, Axel, *Individualisierung und Gemeinschaft*, S. 16 - 23; Kallscheuer, Otto, *Gemeinsinn und Demokratie. Hinter dem Etikett „Kommunitarismus“ verbirgt sich eine Debatte um das Selbstverständnis der USA*, S. 109 - 117; Steinfath, Holmer, *Der Verlust der Identität*, S. 86 - 93 sowie Ziehe, Thomas, *Unspektakuläre Zivilisierungsgewinne. Auch Individualisierung kann „kommunitär“ sein*, S. 102 - 108. In einem Teil der Texte wird besonders auf die Unschärfe und Vielfältigkeit der Kommunitarismus-Debatte sowie auf ihre Verankerung im amerikanischen Kontext verwiesen. Diesem Tenor schließen sich Aufsätze an von Beierwaltes, Andreas (1995), *Das Ende des Liberalismus? Der philosophische Kommunitarismus in der politischen Theorie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 43, S. 24 - 31 und Brunkhorst, Hauke (1996), *Demokratie als Solidarität unter Fremden. Universalismus, Kommunitarismus, Liberalismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 36, S. 21 - 28. Die Kommunitarismus-Debatte zeichnet sich auf der anderen Seite aber auch durch eine Perspektive aus, die die Konzepte am Konkreten-Politischen, oder wie Beierwaltes schreibt, am Praktischen misst. Auch wenn etwa Etzioni und Giddens in die philosophische Perspektive einbezogen werden, stehen sie eher für die praktische Umsetzung kommunitaristischer Ideen und Ansätze. Vgl. zu dieser Perspektive, Budäus, Dietrich und Grüning, Gernod (1997), *Kommunitarismus - eine Reformperspektive? Eine kritische Analyse kommunitaristischer Vorstellungen zur Gesellschafts- und Verwaltungsreform*, Berlin; Meier, Bernd (2000), *Kommunitarismus. Politische Idee, Programmatik und empirische Befunde*, Köln; Reese-Schäfer, Walter (1996), *Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 36, S. 3 - 11 sowie Reese-Schäfer, Walter (1999), *Die praktische Bedeutung des kommunitaristischen Denkens in Deutschland. Ein Überblick*, in: *Gegenwartskunde* 48, Heft 3, S. 297 - 310. Nachdem die Kommunitarismus-Debatte und die Zuordnung der Autoren aber eine gewisse Unschärfe auszeichnet und sie in Teilen quer zu dem für diese Analyse gültigen Ansatz liegt, werden die Texte der für diese Arbeit relevanten Autoren aus dem rein kommunitaristischen Theorie-Rahmen gelöst und dem in dieser Analyse definierten Theorie-Raster unterworfen.

schaft insgesamt und des Gemeinwohls beitragen.<sup>71</sup> Die intakte Gemeinschaft wird zur Basis der Partizipation. Partizipation wird zur moralischen Pflicht, die nicht aus individueller Erwägung oder Wahlfreiheit wahrgenommen wird, sondern das übergeordnete Gemeinwohl erfordert die Aktivierung des Einzelnen.

### ***Funktionale Perspektive - Individuelle Identität im Zentrum: Akteursorientierung, Wahlfreiheit und Selbstgestaltung, Partizipation als aktives Handeln***

Die zweite Annäherung an das Motiv Gesellschaft erfolgt, indem Gesellschaft stärker funktional gedacht wird: Hier wird nämlich die Frage gestellt „Was tut der Einzelne?“. Aus dieser Frage wird die Identität abgeleitet und die individuelle Wahlfreiheit in den Mittelpunkt gestellt, so dass dieser Ansatz unter dem Begriff „Ich-Ansatz“ zusammengefasst werden kann. Bezugspunkt ist die individuelle Identität. Anders als beim „Wir-Ansatz“ wird hier die Gesellschaft als „Ort des politischen und gesellschaftlichen Handelns“ gesehen. Zwar spielen Werte ebenfalls eine Rolle, aber sie leiten sich aus der Verantwortung des Einzelnen für Staat und Gesellschaft sowie aus seinem Handeln ab und nicht aus der Moral als Wert an sich.<sup>72</sup> Die Frage „Was tue ich?“ führt somit zu einer Definition von Gesellschaft, die sich aus ihren Funktionen zusammensetzt: Der Einzelne ist erwerbstätig oder arbeitslos, politisch aktiv oder passiv, ehrenamtlich engagiert oder staatlich alimentiert. Er ist aber in erster Linie immer Bürger und damit mit politischen Rechten und Pflichten sowie Entscheidungsfreiheit ausgestattet.<sup>73</sup> Seine Identität bezieht sich auf seine Aktivitäten und Aufgaben, die er innerhalb der Gesellschaft wahrnimmt. Bei der Wahl seiner Aktivitäten besteht allerdings eine größere Freiheit, da Werte und Normen als bis zu einem bestimmten Grad veränderbar angesehen werden. Es wird davon ausgegangen, dass der Einzelne sich für die unterschiedlichen Phasen seines Lebens verschiedene Netzwerke und Gemeinschaften wählt, also nicht mehr per se durch Geburt, Erziehung, Kultur und Tradition einer Gemeinschaft zugehörig ist. Damit rücken automatisch Selbstbestimmung und Selbstdefinition der individuellen Identität sowie eine Politik der Lebensführung in das Zentrum der Texte.<sup>74</sup> Beispiele für diesen Zugang sind die Konzepte zur Bürgergesellschaft

<sup>71</sup> Vgl. Etzioni, Amitai (2000), Die Verantwortungsgesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 33 ff.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu exemplarisch Schulze, Gerhard (1996), Die Wahrnehmungsblockade - Vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie, in: Weidenfeld (1996), S. 48.

<sup>73</sup> Vgl. Offe (1998a), S. 103 ff.; Habermas (1998a), S. 152 ff. sowie Dahrendorf, Ralf (1999a), Die Bürgergesellschaft. Der verlässlichste Anker der Freiheit, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1, München, S. 91 ff. Vgl. zusätzlich Dettling, Warnfried (1998b), Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 22 - 28.

<sup>74</sup> Vgl. Beck, Ulrich (1999d), Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1, München, S. 51 ff.; Dettling (1996a), S. 111 sowie Giddens, Anthony (2000a), Die moderne Gesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 57 ff.

(Dettling), Weltbürgergesellschaft (Beck) oder Multiaktivitätsgesellschaft (Gorz). Hierbei wird der Akzent weniger auf die durch die Globalisierung entstehenden Gefährdungen gesetzt, sondern stärker auf die Chancen, die die individuelle Form der Identitätsbildung beinhaltet. Die Aktivierung des Einzelnen und seine Bereitschaft, Verantwortung für sich und daraus abgeleitet für andere zu übernehmen, sind das Ziel.

### 2.1.2 Der Nationalstaat als Rahmen für das politische System

Das zweite Hauptmotiv *Nationalstaat* kann ebenfalls im Kontext der Globalisierung umrissen werden: Die offene gesellschaftliche Entwicklung im Zuge der Globalisierung - nämlich die Frage, führt sie zu der *einen* Weltgesellschaft, vielen parallelen Netzwerkgesellschaften oder fragmentierten kulturellen Gemeinschaften -<sup>75</sup> stellt das Fundament der politischen Steuerung, den mit Demokratie und Wohlfahrtstaatlichkeit verknüpften Nationalstaat, in Frage. Die Bedeutung der Nation und der nationalstaatlichen Strukturen wandelt sich ebenso, wie Politik und gesellschaftliches Handeln über die Grenzen der Nationalstaaten hinaustreten.<sup>76</sup> Sie müssen mittlerweile mit neuen Akteuren, etwa global agierenden Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen, geteilt werden. Auf die Frage, ob Demokratie und politische Legitimität an den Nationalstaat und eine in ihm organisierte Gesellschaft gebunden sind, gibt es noch keine Antwort. Fakt ist, dass sich die „gedachte territoriale Einheit von Nation, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ auflöst.<sup>77</sup> Auf den unterbrochenen Kreislauf von Input- und Output-Optionen wurde in der Einleitung bereits hingewiesen. Staatlichkeit und Demokratie werden in den Texten festgemacht an den Fragen, wie sich Politik, ihre Strukturen und Institutionen künftig organisieren müssen, damit Politik ihre Steuerungsfähigkeit behalten bzw. zurückgewinnen kann, welche Akteure in welchem Rahmen hierbei künftig neben den Staaten eine Rolle spielen sollen und wie es künftig um die Legitimation von Politik bestellt ist. Auch beim Motiv Nationalstaat können zwei Perspektiven beschrieben werden.

#### ***Funktionale Perspektive - Strukturen und Institutionen im Zentrum: Verhandlungsorientierung, Regelungsmechanismen, Partizipation als Verfahren***

Der eine Teil der Autoren betrachtet den Nationalstaat und die politischen Steuerungsmöglichkeiten aus einer funktionalen Perspektive, das bedeutet, strukturell-institutionelle Funktionen werden in den Mittelpunkt gestellt. Hier denken die Autoren darüber nach, welche Bedrohungen oder Chancen für Staat

<sup>75</sup> Vgl. Brunkhorst/Kettner (2000), S. 8.

<sup>76</sup> Vgl. in diesem Sinn Habermas (1997), S. 146.

<sup>77</sup> Vgl. Brock (1999), S. 219.

und Politik entstehen, wenn sich die politischen Ebenen verändern. Es werden Modelle entworfen, die die politischen Institutionen in neue Beziehungen zu einander setzen (Mehrebenenmodell), die sich Reformvorschläge für diese überlegen oder neue Akteure in bestehende bzw. neu entstehende politische Strukturen einbinden. Die sub-, trans- und supranationalen Ebenen, ihre Aufgaben und Funktionen werden neu sortiert und definiert. So wächst bei einigen Autoren der kommunalen Ebene eine Aufwertung zu, Dezentralisierung<sup>78</sup>, Subsidiarität und Föderalisierung<sup>79</sup> werden als Lösungskonzepte beschworen. Bei anderen wiederum wird die künftige Rolle von EU, UNO oder der Weltkonferenzen als Steuerungsmechanismen der Politik diskutiert.<sup>80</sup> Und schließlich konzentrieren sich wieder andere besonders auf das künftige Zusammenspiel von bestehenden politischen Institutionen mit neuen politischen Akteuren.<sup>81</sup> Grundlegender Konsens ist, dass Demokratie und Legitimität nicht von neuen Steuerungsinstrumenten oder -mechanismen ausgehöhlt oder unterlaufen werden dürfen, wie am Konzept für Global Governance deutlich wird. Hier steht fast automatisch eine euro-atlantische Perspektive auf Staat und Politik im Vordergrund, die von bereits funktionierenden Demokratien ausgeht.

### ***Qualitative Perspektive - Universelle Werte im Zentrum: Normorientierung, inhaltliche Ausgestaltung der Demokratie, Partizipation als Wert***

Beim qualitativen Zugang zum Motiv Nationalstaat hingegen treten die rein funktionalen Fragen etwas in den Hintergrund, sie verschwinden jedoch nicht, es rückt lediglich die Frage nach der *Qualität* der Demokratie ins Zentrum. Die euro-atlantische Perspektive auf den Nationalstaat als Heimat der Demokratie wird hinterfragt: Ist Demokratie nur in der Form der parlamentarischen Demokratie mit republikanischen Wurzeln möglich oder kann es zur Identifikation grundlegender demokratischer Normen kommen, die einen Mix mit anderen Formen und Strukturen des politischen Handelns zulassen (etwa afrikanisches Palaver oder Loya Jirga). Es wird nach Kriterien gesucht, die grundsätzlich und weltweit für Demokratie als Wert an sich stehen können. Zudem überlegen die Autoren, ob und wie weit Demokratie jenseits der nationalstaatlichen Grenzen (aus-)dehnbar ist, welche normativen Inhalte und Werte global gelten können - hier gilt das Prinzip Good Governance, wie es in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angewendet wird, als Ausgangspunkt - und ob globale Demokratisierung eher mittels neuer Strukturen und Mechanismen oder mittels neuer

---

<sup>78</sup> Vgl. Dettling (1996a), S. 116.

<sup>79</sup> Vgl. Höffe (1999b), S. 267 - 278.

<sup>80</sup> Vgl. Guéhenno, Jean-Marie (1996), Europas Demokratie erneuern. Stärkung der gemeinschaftsbildenden Kraft der Politik, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 394 ff.; Habermas (1998a), S. 156 ff. sowie insgesamt Scharpf (1999). Zu den Weltkonferenzen vgl. Fues, Thomas und Hamm, Brigitte I. (Hg.) (2001), Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance, Bonn. Beachte: EU steht für Europäische Union sowie UNO bzw. UN für Vereinte Nationen.

<sup>81</sup> Vgl. Messner, Dirk (Hg.) (1998a), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, ab S. 14.

Inhalte gelingen kann. Diese neuen Inhalte beziehen sich auf normative Forderungen, wie etwa die Fragen, ob aufgrund der globalen Risiken die Menschenrechte in Menschen-Umwelt-Rechte zu erweitern oder globale Sozialstandards verbindlich festzuschreiben sind. Dazu wird Kants kategorischer Imperativ zum global geltenden Imperativ ausgebaut, da die Handlungen des Einzelnen mittlerweile Folgen für die ganze Welt haben können.<sup>82</sup> Bei den Überlegungen zu einem Mehrebenensystem stehen nicht die einzelnen Institutionen und Akteure im Vordergrund, sondern die Frage, wie bei diesem Umbau Transparenz und Bürgerbeteiligung zu garantieren sind.<sup>83</sup> Die Debatte über „Demokratie von unten“ mit direktdemokratischen Elementen oder „Demokratie von oben“ durch reformierte Institutionen wird auf die globale Ebene verlagert und erlebt so ihr „revival“ in einem erweiterten Rahmen.<sup>84</sup> Auch die Frage, ob die staatliche Souveränität weiterhin über die innerstaatliche Einhaltung der Menschenrechte gestellt werden kann, wird debattiert.<sup>85</sup> Der Krieg im Irak 2003 und seine Folgen unterstreichen, wie notwendig die generelle Klärung solcher Fragen ist.

So werden also der „Weltrisikogesellschaft“ globale, normative Konzepte entgegengesetzt, um der Ökonomisierung der Politik Einhalt gebieten zu können.<sup>86</sup> Das Mittel gegen eine weiter fortschreitende Entkoppelung von politischer und ökonomischer Steuerung wird in Ergänzung zum strukturell-institutionellen Ansatz nicht nur im Nachwachsen der politischen Steuerungsinstrumente und -mechanismen gesehen, sondern vor allem in der Einigung auf gemeinsame Normen und die Festschreibung von Kriterien für Demokratie mit weltweiter Geltung.

### 2.1.3 Zusammenfassung

Sichtbar wird, dass sowohl das Motiv Gesellschaft als auch das Motiv Nationalstaat jeweils zwei Facetten hat, die sich in einem funktionalen und einem qualitativen Zugang bzw. Ansatz ausdrücken. Es soll jedoch nicht suggeriert werden, dass bei allen Texten eine solche Zuordnung vollkommen eindeutig zu treffen ist. So gibt es Texte, in denen beide Motive gleich stark bearbeitet werden oder in denen ein Motiv sowohl funktional als auch qualitativ betrachtet wird (etwa bei Albrow, Dahrendorf oder Giddens). In der Regel kann aber auch bei solchen Texten eine Tendenz in die eine oder andere Richtung festgestellt werden. Die Herausarbeitung gerader dieser Tendenzen soll es ermöglichen, mit Hilfe einer Art der Rasterung der Texte nicht nur holzschnittartig die offen-

---

<sup>82</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 136.

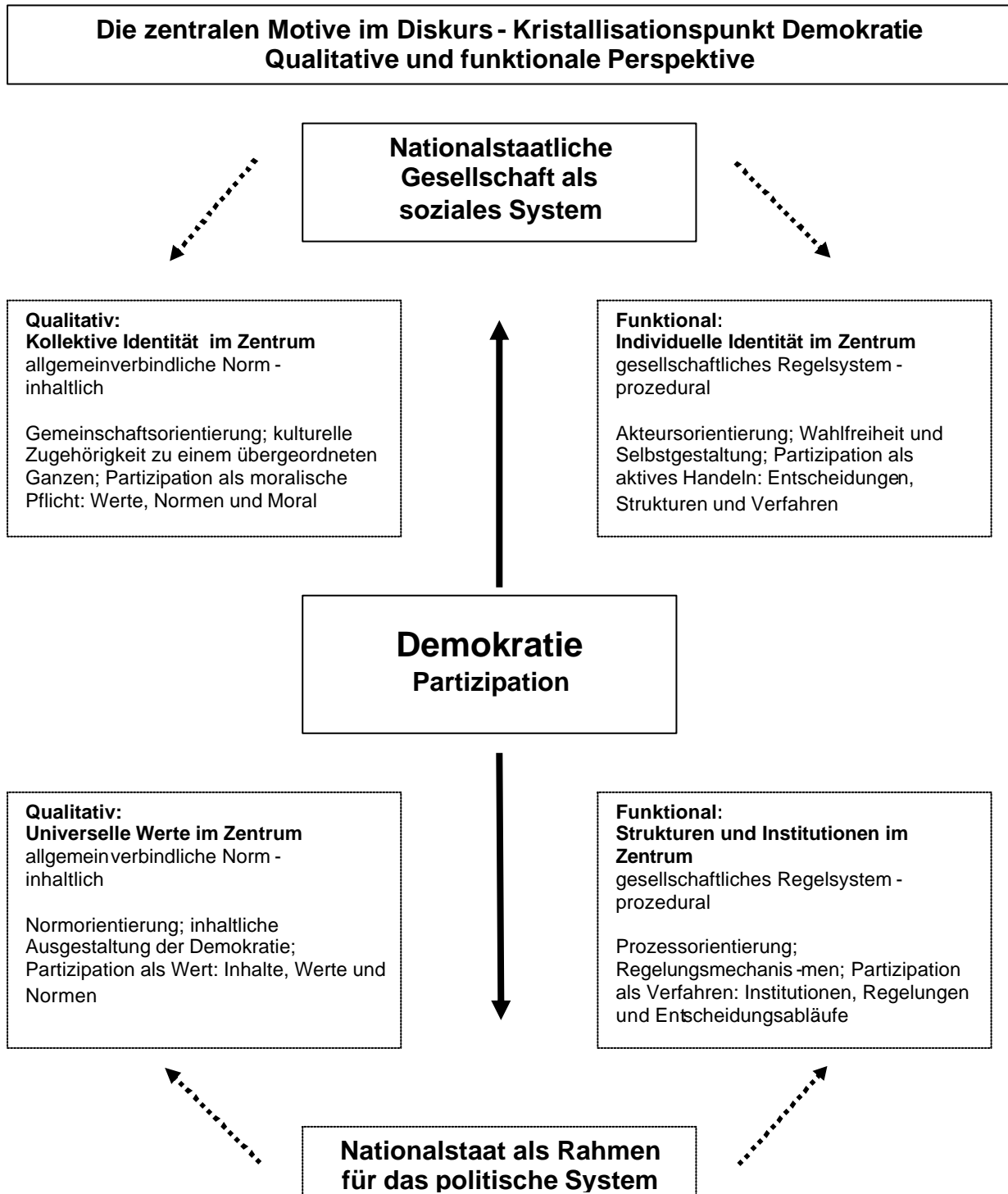
<sup>83</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 117.

<sup>84</sup> Vgl. WEED/Heinrich-Böll-Stiftung (1999), Studie Global Governance. Möglichkeiten und Grenzen von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, Bonn/Berlin; Nuscheler (2000b). In diesem Zusammenhang vgl. auch Waschkuhn (1998), S. 506.

<sup>85</sup> Vgl. Menzel (1998), S. 223 ff.

<sup>86</sup> Vgl. Streeck (1998), S. 35.

sichtlichen Aspekte herauszuarbeiten, sondern einen tieferen Blick in die Vielschichtigkeit der Texte und des Diskurses insgesamt zu ermöglichen. Nur anhand dieses theoretischen Konstrukts ist die umfassende Durchleuchtung des Diskurses zu erreichen. Eher an der Oberfläche der Texte bleibende Rezeptionen waren bislang die Regel, so dass wesentliche Nuancen in den Positionen der Autoren oftmals übersehen wurden (Fukuyama).





## 2.2 Die Parameter

Wendet man sich nun den verschiedenen Blickwinkeln der einzelnen Autoren auf die Globalisierung und ihre Auswirkungen zu und versucht, Ansätze, Positionierungen und Themenschwerpunkte innerhalb des Diskurses zu identifizieren, lässt sich, orientiert an den Beiträgen aus den vier genannten Ländern, Folgendes feststellen: Es können drei Parameter entwickelt werden, anhand derer die Texte zu strukturieren sind. Diese Parameter bestehen jeweils aus zwei Gegensatzpaaren. Die Parameter ergeben sich aus dem Ansatz der Texte (1), aus ihrer Intention (2) und aus der Beurteilung der Folgen der Globalisierung (3). Ausgangspunkt sind immer die bereits definierten Hauptmotive und die Perspektive auf sie.

Den Ausgangspunkt der Analyse bilden die beiden Hauptmotive des Globalisierungsdiskurses Nationalstaat und Gesellschaft, so wie sie im Vorherigen beschrieben wurden. Nachdem die beiden Hauptmotive und die Perspektive auf sie der Ausgangspunkt der Analyse sind, werden die anderen drei Parameter zu ihnen in Bezug gesetzt. Vor allem die Verbindung der Motive mit den jeweiligen Beurteilungen der Autoren (dritter Parameter) ist von besonderer Bedeutung, da so die neue politische Koordinate entlang der beschriebenen Gefahren- und Chancenkriterien aus dem Globalisierungsdiskurs herauszufiltern ist.

### 2.2.1 Ansatz: universal - partikular

Es gibt grundsätzlich zwei Herangehensweisen an das Phänomen Globalisierung. Der eine Teil der Autoren, der die kleinere Gruppe ausmacht, nähert sich den Problemfeldern der Globalisierung in Form eines universalen und verallgemeinernden Ansatzes, so zu analysieren bei Fukuyama, Huntington und Barber. Das heißt, die Komplexität der aktuellen Entwicklungen wird auf ein Erklärungsmuster reduziert, aus dem sich generell die künftige Gemengelage zwischen Ländern, Nationen, Kulturkreisen, aber auch zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik usw. erklären lässt. Einige der Texte identifizieren eine grundlegende Konfliktlinie in der Welt, an der sich alles Zukünftige ausrichten wird, so Barber mit seiner Antithese von Dschihad und McWorld oder Huntington mit der Frontstellung der Kulturen. Andere formulieren eine grundlegend neue universale Theorie, die künftig das politische und gesellschaftliche Denken prägen und strukturieren wird, wie etwa Albrow mit der Theorie des Globalen Zeitalters oder Gorz mit der Vision der Multiaktivitätsgesellschaft.<sup>87</sup> Ein Deutungsmuster wird also als universaler und allumfassender Maßstab an alle unter der Chiffre Globalisierung festgestellten Entwicklungen angelegt, um damit die Welt zu erklären. Gerade diese Vereinfachung einer zunehmend als

<sup>87</sup> Vgl. hierzu insgesamt Barber (1999a); Huntington (1998); Albrow (1998a) und Gorz (2000a).

komplex und differenziert empfundenen Welt fordert in dem Diskurs Widerspruch heraus und zieht zumindest eine kontinuierliche Bezugnahme auf diese Thesen nach sich - so zu beobachten an Fukuyamas These zum Ende der Geschichte.

Die andere Herangehensweise erfolgt genau gegensätzlich. Aus den vielschichtigen Entwicklungen, die unter der Chiffre Globalisierung firmieren, wird *ein* Aspekt als besonders bedeutsam hervorgehoben. Er wird in seiner Bedeutung in den Prozess der Globalisierung eingeordnet und im Vergleich zu anderen Problemstellungen erörtert. Trotzdem bleibt er der zentrale Aspekt. Diese Herangehensweise kann durch die Auswahl eines der beiden zentralen Motive Staat oder Gesellschaft und durch die Konzentration auf seine Beschreibung erfolgen. Oder es werden sogar nur einzelne Teilaspekte dieser Hauptmotive in den Mittelpunkt gestellt - wie zum Beispiel die Rückwirkungen der Globalisierung auf die Entwicklung der EU (Guéhenno), der Einfluss der ökonomischen Globalisierung auf die Arbeitswelt und damit auf den Menschen (Sennett) oder die Auswirkungen der kulturellen Globalisierung auf die Wertesysteme und die gesellschaftliche Solidarität (Etzioni). Ein einzelnes Phänomen innerhalb des Globalisierungsprozesses dient also als Ausgangspunkt für die exemplarische Erörterung eben dieses Prozesses.

Aus diesen beiden Ansätzen ergibt sich der erste Parameter - universaler oder partikularer Ansatz -, anhand dessen die Texte des Globalisierungsdiskurses kategorisiert werden können.

## 2.2.2 Intention: Ende- oder Aufbruch-Paradigma

Der zweite Parameter lässt sich wiederum aus einem Kontrastpaar ableiten. So formulieren einige der Texte explizit ein Ende-Paradigma, andere hingegen ein Aufbruch-Paradigma. Wie bereits angesprochen, haben einige der Texte mit Ende-Paradigmen den Globalisierungsdiskurs ausgelöst. Es werden Thesen zum Ende der Geschichte, der Demokratie oder des Nationalstaates aufgestellt.<sup>88</sup> Als Reaktion darauf entstehen in der Folge Texte, die dieses Paradigma überwinden und sie in eine Aufbruchthese umwandeln, die entweder politisch oder gesellschaftlich eine neue Ära proklamiert. So die Ausrufung des Globalen Zeitalters, der Zweiten Moderne oder der Multiaktivitätsgesellschaft.<sup>89</sup> Bei diesen Texten mit entsprechend paradigmatischen Formulierungen kann beobachtet werden, dass hier dann auch entweder die Defizit- oder die Chancenorientierung (dritter Parameter) besonders stark ausgeprägt ist. Es gibt aber auch eine Anzahl von Texten, die nicht ausdrücklich eines der Paradigmen enthalten, sondern auf den ersten Blick eher „neutral“ erscheinen.

<sup>88</sup> Vgl. hierzu insgesamt Fukuyama (1992) und Guéhenno (1994).

<sup>89</sup> Vgl. hierzu insgesamt Albrow (1998a); Beck (1998a) und (2000a) sowie Gorz (2000a).

Trotzdem ist ein Ausschlag in die eine oder andere Richtung bei genauerer Betrachtung herauszufiltern.

### **2.2.3 Beurteilung: defizitorientiert - chancenorientiert**

Als dritter Parameter kann die jeweilige Beurteilung der Folgen der politischen Dimension der Globalisierung ausgemacht werden. Es gibt, wie bereits angesprochen, auf der einen Seite Texte, die als „Gefahren-Bücher“ deklariert werden können, also Texte, die Krisen- und Bedrohungsszenarien in den Mittelpunkt stellen (Barber, Huntington, Forrester, Rifkin). Auf der anderen Seite stehen „Chancen-Bücher“, also Texte, die versuchen, eine Zukunftsperspektive oder sogar Vision für Demokratie und Gesellschaft zu entwickeln (Albrow, Beck, Gorz). Zwischen diesen beiden Polen befinden sich Werke, die in abgeschwächerter Form entweder den Krisenszenarien oder den Zukunftsperspektiven zuneigen, hierbei jedoch nicht unbedingt einen allübergreifenden Lösungsentwurf anbieten, sondern eher eine sachliche Bestandsaufnahme der Gefahren bzw. der Chancen liefern (Dahrendorf, Habermas, Zürn). Der Blick auf die Globalisierung kann also entweder gefahren- und defizitorientiert oder chancen- und damit potentialorientiert erfolgen. Aus diesem Blickwinkel ergeben sich dann die Konzepte und Szenarien, die für die Zukunft angeboten werden.

#### ***Indikatoren für Gefahren und Chancen***

Für diesen Parameter kann eine Art Kriterien-Katalog entwickelt werden, der jeweils acht Indikatoren für Gefahren und Chancen benennt: So bestehen die *Gefahren-Kriterien* erstens aus der in den Texten vorhandenen Einschätzung, dass durch die Globalisierung ein Primat der Ökonomie und zweitens ein Primat der Medien gegenüber der politischen nationalstaatlichen Steuerung entstanden sind, drittens die politische Delegitimierung durch die Aushöhlung bewährter Strukturen beschleunigt wird, viertens sich Tendenzen zu Fragmentierung und Protektionismus als Gegenreaktionen auf die Unübersichtlichkeit der Folgen der Globalisierung verstärken, fünftens die Gefahr einer globalen kulturellen Homogenisierung existiert, sechstens die Globalisierung die gesellschaftliche Atomisierung und Entsolidarisierung beschleunigt und verstärkt, siebtens mit einem Verlust von Engagementpotential zu rechnen und achtens ein rasanter Werteverfall zu beobachten ist.

Diesen Indikatoren stehen die *Chancen-Kriterien* gegenüber, die sich zusammensetzen erstens aus der positiven Einschätzung neuer Politik- und Regierungsformen als Demokratisierungspotential, zweitens aus der Beurteilung der Option auf neue Partizipationsmöglichkeiten als Verstärkung der politischen Transparenz, drittens aus der positiven Gewichtung der zunehmenden

den Vernetzung quer zu den bestehenden Hierarchien, viertens der Beurteilung der Grenzenlosigkeit als zusätzlichem Freiheits- und Entfaltungsspielraum, fünftens der positiven Haltung gegenüber der kulturellen Ausdifferenzierung als gegenseitigem Austausch, sechstens aus der Beurteilung neuer Lebensformen als Befreiung von tradierten Rollen, siebtens aus der positiven Beurteilung neuer Engagementformen als Revitalisierung der aktiven Bürgergesellschaft und achtens aus dem positiv besetzten Wertewandel als Chance zu einer Neudefinition der Identität.

Dieser Parameter ist für die abschließende Betrachtung der neuen politischen Koordinate in Kapitel IV, die im Zuge des Globalisierungsdiskurses entsteht, entscheidend, da diese genau entlang dieser Gefahren-Chancen-Ausrichtung verläuft.

### III. Die Phasen des Diskurses:

#### 1. Die erste Phase: Der Auslöser - Provokation und Paradigmen

„Es unterschlägt vieles, verzerrt manches und verdunkelt einiges. Trotzdem benötigen wir (...) eine Art von vereinfachter Landkarte der Realität, eine Theorie, ein Konzept, ein Modell, ein Paradigma.“<sup>90</sup> Mit dieser Aussage hat Huntington das umrissen, was den Globalisierungsdiskurs zu Beginn der 1990er Jahre auslöste. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begannen zuerst in den USA Wissenschaftler, die zu den „öffentlichen Intellektuellen“ gezählt werden, sich zu fragen, was das Ende der weltweiten Bipolarität zwischen Ost und West für die Welt bedeutet. Ihr Hauptinteresse galt den möglichen Konsequenzen für den Westen und die USA. Die Weltmacht USA stand plötzlich ohne gleichwertigen Gegenpart da, bislang zementierte politische Strukturen und Inhalte kamen in Fluss, für sicher gehaltene Orientierungsrahmen schienen sich aufzulösen. Die Stimmung war geprägt von einem Gefühl der Unkalkulierbarkeit, Unsicherheit und Offenheit, so dass Francis Fukuyama 1989 mit seinem Essay „The End of History?“ den Nerv der Zeit traf. Drei Jahre später veröffentlichte er ein umfassendes Werk mit dem Titel „Das Ende der Geschichte“, in dem er die These aus dem Essay auf 511 Seiten ausbaute. Zwischenzeitlich hatten sich bereits Benjamin R. Barber und Samuel P. Huntington mit Essays zur aktuellen Situation zu Wort gemeldet und in kurzem zeitlichen Abstand ebenfalls umfassende Bücher nachgelegt.<sup>91</sup> Genau wie Fukuyama formulierten sie darin Paradigmen, die die künftige Entwicklung in der Welt erklären sollten. Dieses Vorgehen der drei Intellektuellen, mit universalen Paradigmen eine zunehmend komplexe und unübersichtliche Wirklichkeit erklären zu wollen, wirkte in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wie eine - durchaus willkommene - Provokation. Politik und Öffentlichkeit bedienen sich bis heute gerne der damals formulierten Paradigmen, die mittlerweile jedoch zu Schlagworten geronnen sind.<sup>92</sup> Die Wissenschaft hingegen reizte diese Art des Vorgehens zu einem eigenen Diskurs: dem Globali-

---

<sup>90</sup> Huntington (1998), S. 29.

<sup>91</sup> Vgl. hierzu insgesamt Fukuyama (1989); Fukuyama (1992); Barber (1992); Barber (1999a - Erscheinungsdatum der deutschen Ausgabe, Originalausgabe 1995); Huntington (1993) und Huntington (1998 - Erscheinungsdatum der deutschen Ausgabe, Originalausgabe 1996). Im fließenden Text werden die Erscheinungsdaten der Originaltexte genannt, da diese vor den deutschen Übersetzungen erschienen sind und dem Diskurs seine eigentliche Struktur geben. Die Anmerkungen und Zitate beziehen sich jedoch auf die Erscheinungsdaten, so wie sie in der Literaturliste genannt sind.

<sup>92</sup> Vgl. das Schlagwort „Kampf der Kulturen“ nach dem 11. September 2001. Zwischen September 2001 und April 2002 erschienen über 400 Zeitungsartikel, die sich auf den „Kampf der Kulturen“ bezogen, davon alleine ein Drittel im September 2001 (Ergebnis einer Datenbankabfrage in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages am 16.04.02). Im gleichen Zeitraum bezogen sich sieben Bundestagsabgeordnete in ihren Reden vor dem Deutschen Bundestag auf dieses Schlagwort (Ergebnis einer Datenbankabfrage im Internet am 16.04.02).

sierungsdiskurs.<sup>93</sup> Zwar gruppierten sich diese Texte noch nicht explizit um den Begriff der Globalisierung, der erst ab 1995 inflationär gebraucht wird, sie nahmen jedoch bereits Bezug auf globale Entwicklungen.

Der Ansatz, der allen drei Texten gemeinsam ist, liegt in dem Versuch, nach dem Ende des Kalten Krieges der Welt ein Modell anzubieten, das anhand generalisierender und vereinfachender Erklärungsmuster eine neue Ordnung der internationalen Beziehungen beschreibt. Aus der Analyse der Gegenwart soll die Zukunft erklärt bzw. prognostiziert werden, wobei der Schwerpunkt auf der Beschreibung von Defiziten und Krisenszenarien liegt. Auf den ersten Blick tragen diese Texte der neuen Unübersichtlichkeit Rechnung, da sie jeweils unterschiedliche Paradigmen formulieren. Fukuyama schreibt über die Geschichte und die Zukunft der liberalen Demokratie, Huntington beschäftigt sich mit Kulturkreisen und möglichen Konfliktszenarien zwischen ihnen und Barber schließlich reduziert die zukünftige Entwicklung der Welt auf den „Würgegriff“ zwischen Fundamentalismus und Konsumerismus, in dem die Demokratie zerrieben wird. Doch wozu solche Paradigmen aufstellen? Was hat drei amerikanische Politik- bzw. Sozialwissenschaftler veranlasst, innerhalb weniger Jahre dies zu tun und damit auflagenstarke Publikationen mit weltweiter Beachtung zu veröffentlichen? Und warum haben andere Texte dieser Autoren, die ebenfalls innerhalb dieses Zeitraumes publiziert wurden, kaum Aufmerksamkeit erregt?<sup>94</sup> So schreibt Huntington, sein Paradigma zum „Kampf der Kulturen“ sei besser als „jede vergleichbare paradigmatische Perspektive“, obwohl auch er sich bewusst ist, dass „Verallgemeinerungen ... immer gefährlich und oft falsch“ sind.<sup>95</sup> Fukuyama begründet seinen Anspruch, in der aktuellen Situation als erster in Nachfolge von Hegel und Nietzsche eine neue Universalgeschichte zu schreiben, damit, dass es bislang in der Analyse noch keinen größeren begrifflichen Rahmen gibt, der unterscheiden könne, was in der Weltgeschichte wesentlich, was zufällig oder was nebensächlich ist.<sup>96</sup> Auch Fukuyamas Methode ist die Abstraktion und Auslassung. Barber schließlich definiert ebenfalls eine allgemeine Konfliktlinie, an der sich die Zukunft der Welt entscheiden wird. Spannend ist, dass sich Barber in seiner Veröffentlichung von Fukuyamas Paradigma abgrenzt, ebenso wie es Huntington vormacht, der zudem Barbers Ansatz ausschließt. Fukuyama und Huntington wiederum

---

<sup>93</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung auch von Bredow, Wilfried (2000), Konflikte und Kämpfe zwischen Zivilisationen, in: Kaiser, Karl und Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364, Bonn, S. 115 f.

<sup>94</sup> Vgl. hierzu insgesamt Huntington, Samuel P. (1991), *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman/London; Fukuyama, Francis (1995b), *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity*, New York sowie Fukuyama, Francis (2000), *Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet*, Wien; vgl. auch folgende Rezensionen in: „Vertrauen ist alles Kultur, Konflikt, Konfuzius“, *Süddeutsche Zeitung*, 11.10.95; „Kapital ist gut, Vertrauen ist besser“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.12.95; „Kultur des Vertrauens. Ein Anfang eher als ein Ende der Geschichte“, *Die Zeit*, 42/95; „Die Irrfahrten eines Konservativen“, *Die Zeit*, 13/00 sowie „Florenz auf Silikon gebaut“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.06.99.

<sup>95</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 12 und S. 171.

<sup>96</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 111, S. 187 f. und S. 199 sowie Fukuyama (1989), S. 3.

kritisieren sich gegenseitig. So erhebt jeder direkt oder indirekt den Anspruch, die zentrale Schicksalsfrage formuliert zu haben.<sup>97</sup> Hier muss nun den Fragen nachgegangen werden, was diese Paradigmen ausmacht, worin sich die Ansätze, Methoden und Thesen gleichen und worin sie sich unterscheiden, was der Zweck der Paradigmenformulierung ist und welche Prognosen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft gemacht werden. Zusätzlich wird der Text von Jean-Marie Guéhenno zum „Ende der Demokratie“ hinzugezogen, weil er sowohl in zeitlicher Nähe veröffentlicht wurde, als auch ein Ende-Paradigma enthält.

Die vier Autoren, anhand deren Thesen die erste Phase des Globalisierungsdiskurses identifiziert werden kann, gleichen sich in Motivwahl, Ansatz, Intention und der Beurteilung. Sie alle tendieren zu dem Hauptmotiv Gesellschaft, zu dem sie ihre jeweiligen Überlegungen in Bezug setzen und das sie aus der qualitativen Perspektive betrachten. Die Frage nach der kollektiven Identität, kulturell bedingter Inklusion und Exklusion sowie nach Werten und Moral stehen im Vordergrund. Das Hauptmotiv lässt sich in einzelne Themenbausteine aufschlüsseln, die die erste Diskursphase wie ein roter Faden durchziehen: Zentral ist in allen Texten die Bezugnahme auf Kultur und Werte. Davon ausgehend werden die Themenbausteine Konflikte/Kriege, Nationen/Staaten, Kapitalismus/Globalisierung sowie Moderne/Verwestlichung beleuchtet. Lediglich bei Guéhenno gewinnt das zweite Hauptmotiv Nationalstaat eine stärkere Bedeutung, wobei auch hier die qualitativ-normative Perspektive dominiert. Der Ansatz ist bei allen vier Autoren und ihren zentralen Texten universal, was sich in der Formulierung eines je eigenen Paradigmas manifestiert, wobei es bei allen vier Autoren zur Formulierung eines Ende-Paradigmas kommt. Die Beurteilung der künftigen Entwicklung für die Gesellschaft und daraus abgeleitet für Nationalstaat und Demokratie ist defizitorientiert.

## 1.1 Francis Fukuyama - Das Ende der Geschichte

„Ein guter Teil der Kritik beruhte auf einem simplen Mißverständnis.“<sup>98</sup> So antwortet 1990 Francis Fukuyama auf die Einwände der Kritiker zu seiner These vom Ende der Geschichte. Diese Antwort baut er zwei Jahre später in seinem umfangreichen Buch „Das Ende der Geschichte“ aus. Bemerkenswert ist im Rückblick, dass die Reaktionen auf Essay und Buch nicht zum eigentlichen Kern von Fukuyamas Ansatz und damit zu seiner politischen Programmatik vorgedrungen sind. Nicht einmal die beiden folgenden Veröffentlichungen, die

---

<sup>97</sup> Vgl. hierzu insgesamt Huntington, Samuel P. (1990), Kein Ausgang: der Irrtum des „Endismus“, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 77 - 88; Fukuyama, Francis (1995a), Social capital an the global economy, in: Foreign Affairs 74, Heft 5, S. 89 - 103; Barber (1999a), S. 7 und S. 24 sowie Huntington (1998), S. 33 f.

<sup>98</sup> Fukuyama, Francis (1990), Antwort auf meine Kritiker, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 111.

sich zusammen mit „Das Ende der Geschichte“ wie eine Trilogie lesen, haben die Kritiker und Rezensenten veranlasst, das erste Buch noch einmal zur Hand zu nehmen.<sup>99</sup> Was hat es also mit den verkürzten Interpretationen auf sich?

### 1.1.1 Essay und Buch: Entwicklungsschritte einer Programmatik

Fukuyamas These lautet, dass die Entwicklungen seit 1980 und der sich abzeichnende Zusammenbruch des Ostblocks 1989 das Ende der Geschichte andeuten. Alle mit dem westlichen Liberalismus konkurrierenden Herrschaftsformen hätten sich als unterlegen gezeigt, so dass „möglicherweise“ der „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ gekommen sei. Zugleich schränkt er jedoch ein, dass Freiheit und Gleichheit als die beiden Grundprinzipien der modernen Demokratie kaum irgendwo auf der Welt realisiert sind, was auf die *Praxis* und nicht auf die Prinzipien selbst zurückzuführen sei. Damit lautet das Fundament seiner These, „das Ideal der liberalen Demokratie ist nicht verbesserungswürdig“.<sup>100</sup> Sowohl im Essay als auch im Buch relativiert Fukuyama seine These bereits selbst, indem er auf das „Reich der Ideen“ ausweicht. Er prognostiziert lediglich, dass langfristig das Ideal der liberalen Demokratie im *Bewusstsein* mangels politischer Alternativen siegen wird.<sup>101</sup> Er plädiert für eine stärkere Beachtung des Bewusstseins, da dieses die Basis für alle Handlungen darstelle. Nur durch das Verständnis der Bewusstseinsentwicklungen seien auch die geschichtlichen Prozesse zu verstehen.<sup>102</sup> Diesen, man könnte sagen, Rückzug auf die Ebene der Ideen, nimmt nur ein Teil der Kritiker zur Kenntnis. Viele versuchen, die These an den Realitäten in der Welt zu messen, weshalb sie auch zu verkürzten Interpretationen kommen. Dies wird allerdings durch Fukuyamas methodisches Vorgehen durchaus begünstigt, da er seine philosophisch akzentuierte These immer wieder durch Beispiele aus der politisch-historischen Wirklichkeit zu untermauern sucht. Dieser Wechsel droht - zumindest im Buch - immer wieder, die eigentliche Kernthese zu sprengen, da bei der unzähligen Fülle der Beispieldaten und -fakten die These aus dem Blick gerät. Neben der Plausibilität der empirischen Feststellungen, der Glaubwürdigkeit und dem Realitätssinn Fukuyamas<sup>103</sup> wurden seine

<sup>99</sup> Vgl. zusätzlich insgesamt Fukuyama (1995b) und Fukuyama (2000).

<sup>100</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 11.

<sup>101</sup> Fukuyama bekräftigt seine These auch in den folgenden Jahren immer wieder in Veröffentlichungen und Interviews: Vgl. „Die Grenzen des Marktes und des Staates“, *Frankfurter Rundschau* 03.06.95 und Fukuyama, Francis (1999a), Ich oder die Gemeinschaft, *Die Zeit*, 46/99. Erst mit seiner Beteiligung an der Debatte um die Chancen und Gefahren der Biotechnologie nimmt er eine leichte Relativierung vor, die aber seiner Programmatik nicht entgegensteht. Vgl. hierzu Fukuyama, Francis (1999b), Die biotechnologische Revolution - oder warum das Ende der Geschichte wirklich bevorstehen könnte: Die Gegenwart der Zukunft - Serie (31), *Süddeutsche Zeitung*, 07.08.99; „Fukuyama und kein Ende“, *Die Welt*, 01.07.99 sowie „Das Projekt Mensch“. Interview mit Francis Fukuyama, *Die Welt*, 27.05.00.

<sup>102</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 4, S. 7 f., S. 10 und S. 18.

<sup>103</sup> Vgl. Seeber, David (1992), Universalgeschichte als Versuchsballon. Zu Francis Fukuyamas „demokratischem“ Ende der Geschichte, in: Herder-Korrespondenz 46, Heft 10, S. 470 - 474 sowie Waas, Lothar (1994), Francis Fukuyama und die Zukunft der liberalen Demokratie, in: Europäische Rundschau 22, Heft 3, S. 111 - 125.



Anleihen in der Philosophie<sup>104</sup>, der politischen Ideengeschichte<sup>105</sup> sowie im Bereich der internationalen Beziehungen<sup>106</sup> diskutiert. Alle diese Aspekte sind diskussionswürdig und in den Begründungen der These Fukuyamas enthalten. Und dennoch drängt sich der Eindruck auf, dass der eigentliche Kern seiner These nicht zur Kenntnis genommen wird. Fukuyama stellt nämlich die grundlegende Frage, die sich durch alle seine Veröffentlichungen zieht und seine Programmatik begründet: Wie muss die liberale Demokratie beschaffen sein, wenn sie in Zukunft Bestand haben will? Fukuyama schreibt bereits 1990 für seine Kritiker: „Einige ... Leser haben nicht begriffen, daß man ein Befürworter des Liberalismus sein kann, daß man leidenschaftlich an die Überlegenheit der liberalen Demokratie ... glauben kann, und sich dennoch bestimmter grundsätzlicher Spannungen und Schwächen im Liberalismus bewußt sein kann. Damit beziehe ich mich ... auf die Tatsache, daß liberale Staaten ihre Bürger nicht auf höhere Zielsetzungen ... verweisen, ... Gerade das Unterlassen einer Definition des Inhalts des guten Lebens ist der Grund, ... daß das Vakuum ... mit allem Möglichen ausgefüllt werden kann...“<sup>107</sup> Diese Definition des *richtigen Inhaltes* für die Praxis der liberalen Demokratie verfolgt Fukuyama. Es wird sichtbar, dass es hier nicht um die institutionell-strukturelle Verfassung der Demokratie, sondern um ihre qualitative Ausgestaltung geht.

### 1.1.2 Fukuyamas Methode: Anleihe in Naturwissenschaft und Ökonomie, Anleihe in der historischen Anthropologie, Anleihe in der Philosophie

Die These vom Ende der Geschichte und des universalen Siegeszuges der Idee des liberalen Universalstaates stellt also nur die erste Ebene der Programmatik dar. Die Kritiker von Fukuyama haben sich in der Regel mit dieser Ebene zufrieden gegeben. Die zweite Ebene jedoch, die erst im Buch detaillierter ausgestaltet wird, leitet Fukuyama durch drei methodische Kunstgriffe ein. Der Kern des Plädoyers zielt auf die *Beschaffenheit* und damit *Qualität* der liberalen Demokratie, des liberalen Staates und seiner Prinzipien, von der dann auch entscheidend ihr Überleben abhängt. Um diesen Ansatz zu begründen, bezieht Fukuyama sich nicht nur auf Hegel, Kojève, Marx und Weber, sondern auch auf Nietzsche und dessen Ausführungen zum „letzten

<sup>104</sup> Vgl. Bloom, Allan (1989), Der Faschismus hat Zukunft, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 27 - 31; Huntington (1990); Pöggeler, Otto (1995), Ein Ende der Geschichte? Von Hegel zu Fukuyama, Opladen sowie Stove, David (1990), Das Erbe der Aufklärung, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 105 - 107.

<sup>105</sup> Vgl. Himmelfarb, Gertrude (1989), Die Zukunft ist unerkennbar, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 39 - 42; Nowotny, Thomas (1990), Die unendliche Geschichte oder warum die Zukunft doch nicht ganz so langweilig sein wird, wie Fukuyama vermutet, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 67 - 76 sowie Wieseltier, Leon (1990), Spielverderber, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 89 - 95.

<sup>106</sup> Vgl. Moynihan, Daniel Patrick (1989), Nur das Ende der Nachkriegsgeschichte, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 47 - 53; Huntington (1990); Satter, David (1990), Verfrühte Siegesfeiern, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 101 - 104 sowie Sestanovich, Stephen (1989), Der Liberalismus bedeutet kein Ende der Weltpolitik, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 55 - 58.

<sup>107</sup> Fukuyama (1990), S. 121.

Menschen“. Aber gerade der Rückgriff auf Nietzsche hat kaum einen der Kritiker ernsthaft interessiert oder zu einem genaueren Blick auf das Buch veranlasst, obwohl hier der Schlüssel des Textes zu finden ist.

### ***Anleihe in Naturwissenschaft und Ökonomie***

Fukuyama geht folgendermaßen vor: Er verknüpft in seinem Buch einen naturwissenschaftlich-ökonomischen mit einem philosophisch-anthropologischen Ansatz. In seiner Argumentation werden die modernen Naturwissenschaften zum ausschlaggebenden Motor für technologische Neuerungen sowie die Fortentwicklung des Kapitalismus. Dieser bildet die Grundlage für den liberalen Staat.<sup>108</sup> Technologie und Wirtschaft bewirken eine Homogenisierung der Welt, die aus universalen kapitalistischen Strukturen besteht. Dem ökonomischen Liberalismus folgt der politische Liberalismus nach.<sup>109</sup> Auf diesem Weg versucht Fukuyama, seine These von der Zielgerichtetheit der Geschichte zu untermauern.<sup>110</sup>

### ***Anleihe in der historischen Anthropologie***

Der zweite Schritt liegt dann in der Vermischung des naturwissenschaftlich-ökonomischen Ansatzes mit Elementen aus der historischen Anthropologie. Diese Verknüpfung bezeichnet Fukuyama als „missing link“. <sup>111</sup> Denn als anthropologische Konstante wird der „Kampf um Anerkennung“ klassifiziert, wie ihn laut Fukuyama Hegel anhand des „ersten Menschen“ und Nietzsche anhand des „letzten Menschen“ entwickelt haben.<sup>112</sup> Dieser Kampf um Anerkennung wiederum ist für Fukuyama geistiger Motor und treibende Kraft, um zur liberalen Regierungsform zu gelangen. Dieser Aspekt stellt den Blickwinkel dar, unter dem Fukuyama die internationalen Beziehungen betrachtet.<sup>113</sup> Er greift auf das Gedankenmodell vom Kampf zwischen Herr und Knecht zurück und macht daran deutlich, dass es dem Herrn nicht genügt, den Knecht zu besiegen. Sondern er will von ihm auch anerkannt werden. Deshalb strebt der Mensch nach einer Herrschaftsform, die alle Menschen - zumindest vor dem Gesetz - als Gleiche anerkennt, was der liberale Staat ermöglicht.<sup>114</sup> Somit erklärt sich die Entwicklung zum homogenen und liberalen Universalstaat aus der Natur des Menschen.

---

<sup>108</sup> So argumentiert Fukuyama auch im Kontext der Biotechnologiedebatte. Die moderne Technologie wird heute zum Motor und setzt die Geschichte wieder in Gang. Vgl. „Gleichheits-Züchtung. Menschenpark auf amerikanisch: Die Fukuyama-Debatte“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.10.99.

<sup>109</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 13 f. und Fukuyama (1992), S. 16, S. 134, S. 138, S. 196, S. 321 und S. 331 f.

<sup>110</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 114 ff.

<sup>111</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 20, S. 194 und S. 285 f.

<sup>112</sup> So wiederholt betont, u.a. *Süddeutsche Zeitung* 07.08.99 (entspricht Fukuyama 1999b).

<sup>113</sup> Vgl. Fukuyama (1992), 21 f.

<sup>114</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 214.

## **Anleihe in der Philosophie**

Gleichzeitig gelingt es Fukuyama durch einen dritten Schritt, aus dem Kampf um Anerkennung die einzig wirkliche Bedrohung für die liberale Demokratie abzuleiten, die in der unzureichenden, weil nicht anhand klarer Kriterien definierten Realisierung der liberalen Prinzipien selbst beheimatet ist.<sup>115</sup> Da der Mensch nach Anerkennung strebt und in der liberalen Demokratie das Prinzip der Gleichheit der Menschen gilt, kommt es dem Menschen irgendwann nicht mehr so sehr auf die gleiche Anerkennung, sondern vielmehr auf die *Qualität* der Anerkennung an.<sup>116</sup> Es ist ihm wichtig, *wer* anerkennt und *was* anerkannt wird. Das heißt, laut Fukuyama liegt es in der Natur des Menschen, nach *ungleicher* Anerkennung zu streben, weil nicht alle Menschen von Natur aus gleich sind. Fukuyama wählt hier das Beispiel eines Menschen ohne Beine, der zwar die gleiche Würde besitze wie ein unversehrter Mensch, von dem man aber trotzdem nicht behaupten könne, er *gleiche* einem Gesunden. Laut Fukuyama gefährde man die Demokratie, wenn man dieses trotzdem behauptete.<sup>117</sup> Zudem belegt Fukuyama die These der natürlichen Ungleichheit anhand unterschiedlicher Kulturen, deren Arbeitsmoral und Bildungsstand.<sup>118</sup> Er gelangt zu der Schlussfolgerung, dass eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft, wie sie im Westen anzutreffen ist, an einem *Zuviel* an Gleichheit krankt, da dieses dem in der Natur des Menschen angelegten Streben nach ungleicher Anerkennung widerspricht.<sup>119</sup>

### **1.1.3 Konflikte und Kriege**

Aufgrund des Übermaßes an Gleichheit könne es in der liberalen Demokratie zu Unzufriedenheit kommen und in Folge dessen zur Suche nach neuen Herausforderungen. Diese werden gemäß der Natur des *ersten Menschen* im Kampf gesucht. Nachdem Kriege in einer ökonomisch dominierten Staatenwelt nicht mehr als Ventil dienen können, wird dieser Kampf als Ersatzkampf in Wirtschaft, Politik und Sport ausgetragen.<sup>120</sup> Doch auch diese metaphorischen Kämpfe - so Fukuyama - können den Menschen irgendwann nicht mehr zufrieden stellen, weil die *wahren Tugenden* hier nicht gefordert werden: „Besonders die Stärken und Fähigkeiten, die sich im Krieg entfalten können, werden in der liberalen Demokratie vermutlich nie wirklich gefragt sein. In einer demokratischen Gesellschaft werden zahlreiche metaphorische Kriege geführt - Firmenanwälte ... fühlen sich vielleicht wie ... Revolverhelden. Doch wenn sie in

<sup>115</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 405 ff., S. 416 f. und S. 435 ff.

<sup>116</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 386 ff., S. 397 und S. 428 ff.

<sup>117</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 416 f.

<sup>118</sup> Dieser Aspekt wird zur Leitthese in Fukuyama (1995a) und (1995b), wo laut Fukuyama der ökonomische Erfolg einer Gesellschaft von ihrem „sozialen Kapital“ abhängt, das aus Pflichtgefühl und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, Moral sowie gegenseitiger Solidarität besteht.

<sup>119</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 170 ff., S. 397, S. 405 ff. und S. 431.

<sup>120</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 418 ff.

die weichen Ledersitze ihrer Luxuskarossen sinken, spüren sie tief im Innern, daß es auf der Welt einst wirkliche Revolverhelden ... gab, die für das bißchen Mut, das ... heute genügt, ... nichts als Verachtung übrig hätten.“<sup>121</sup> Diese Erkenntnis könne laut Fukuyama schließlich einen Kampf gegen die liberalen Prinzipien selbst auslösen, weil die natürliche Ungleichheit unterdrückt oder verdeckt sei.<sup>122</sup>

#### 1.1.4 Kultur und Werte

Der Kampf um Anerkennung - so Fukuyama weiter - unterscheidet den Menschen aber vom Tier, weil er über bestimmte Tugenden verfügt. Hier landet Fukuyama nun beim Schlüssel seiner Programmatik: Die Qualität der Demokratie hängt von den *richtigen* Tugenden ab, wie er bereits am Ende seines Essays andeutet, als er die Zukunft als eine von Langeweile bestimmte Ära darstellt.<sup>123</sup> Die richtigen Tugenden aber, die er mit Tapferkeit, Aufopferung, Selbstlosigkeit, Wagemut, Idealismus und Freundschaft benennt, treten nur in Extremsituationen zu Tage.<sup>124</sup> In seinen weiteren Ausführungen bezieht sich Fukuyama erneut auf Hegel. Diese Tugenden kämen erst im Fall eines Krieges zum Vorschein, wobei diese Argumentation - ebenso wie bei Hegel - nicht als Glorifizierung des Krieges misszuverstehen sei. Fukuyamas Argumentation gipfelt in der Feststellung, eine „liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit führen könnte“, sei „bei weitem gesünder und zufriedener als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt.“<sup>125</sup> Mit Blick auf die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten im Jahr 2003 soll hier auf die Brisanz dieser Aussage nur am Rande verwiesen werden. Fukuyama befürchtet zusätzlich, dass es bei einem Zuviel an liberalen Prinzipien zum Zerfall der Familien, kleinräumiger Gemeinschaften und der Werte komme. Damit seien gerade die Fundamente des Staates betroffen. Denn gerade die lokale Ebene mache Anerkennung - und damit Werte und Moral - persönlich erfahrbar.<sup>126</sup> Für Fukuyamas Programmatik ist zentral, dass der gesellschaftliche und staatliche Zusammenhalt von den intakten lokalen Einheiten abhängt.<sup>127</sup>

---

<sup>121</sup> Fukuyama (1992), S. 433 f.

<sup>122</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 434 f.

<sup>123</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 25.

<sup>124</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 88 und S. 241.

<sup>125</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 435. Zu der Fragestellung „Rolle von Krieg und Frieden innerhalb der Philosophie“ vgl. auch „Der eiserne Gast. Krieg und Frieden (5): Was Philosophen sagen und was sie verschweigen“, *Der Tagesspiegel*, 08.02.03.

<sup>126</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 427.

<sup>127</sup> Vgl. hierzu *Die Zeit* 46/99 (entspricht Fukuyama 1999a).

### 1.1.5 Staaten und Nationen

Wie angesprochen, wechselt Fukuyama zur Untermauerung seiner Programmatik zwischen seinem wissenschaftlich akzentuierten Ansatz und Beispielen aus Geschichte und Gegenwart. Obwohl bei ihm, ebenso wie bei Barber und Huntington, die USA in ihrer aktuellen Erscheinungsform im Mittelpunkt stehen, zieht Fukuyama auch andere Staaten oder Nationen zum Vergleich heran. In diesem Vergleich werden der amerikanische Werteverfall, die wirtschaftliche Potenz, der Zustand der Demokratie und die Situation in der Gesellschaft aufgezeigt.

So werden als Vorbild für die eher gelungene Kombination von traditionellen Werten und kapitalistischem Vorankommen die asiatischen Staaten und hier vor allem Japan genannt. Für Fukuyama gehört zu dieser Kombination auch ein gewisses Maß an Autorität, das gerade in Japan sichtbar wird.<sup>128</sup> Asien dient ihm zudem als Beleg, dass das Erklärungsmuster des rein materialistischen Ansatzes unzureichend ist, da sich die asiatischen Länder zwar wirtschaftlich enorm erfolgreich entwickelt haben, aber eben dies nur konnten, weil sie Prinzipien des Kapitalismus in die eigene kulturelle Identität übersetzt haben. Diese zeichne sich durch eine eigene „Ethik von Arbeit, Sparsamkeit und Familie“ als religiösem Erbe aus.<sup>129</sup> So habe besonders Japan aufgrund seiner „bodenständigen Kulturen“ den westlichen Kapitalismus wie den politischen Liberalismus in die eigene Kultur transformiert und damit eine eigene universale Konsumentenkultur als Symbol für einen homogenen Universalstaat geschaffen, mit dem es nun in die „Fußstapfen der Vereinigten Staaten“ treten könne.<sup>130</sup> Diese, mit einer gewissen Hochachtung gemischten Beurteilungen, sind ebenso bei Huntington, Barber und Guéhenno zu finden. Auch China wird bei Fukuyama als Beispiel für die Anziehungskraft des wirtschaftlichen Liberalismus genannt, auch wenn es sich politisch noch nicht wirklich demokratisiert habe. Aber laut seiner These wird auch der Maoismus künftig kein Vorbild bzw. keine Alternative zur Idee der liberalen Demokratie mehr sein können.<sup>131</sup> Im Gegensatz zur positiv konnotierten Beschreibung der asiatischen Kultur wird sowohl die „schwarze“ und lateinamerikanische Bevölkerung in den USA als auch der Islam als nicht wirklich demokratisier- und liberalisierbar beschrieben. Die hispanischen Einwanderer beispielsweise blieben in den USA in ihren schulischen Leistungen weit hinter den vietnamesischen Einwanderern zurück, wobei der Grund in den kulturellen Grundmustern liege, die nicht mit dem liberalen Wertesystem in Einklang zu bringen seien.<sup>132</sup> Besonders der Islam

---

<sup>128</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 324 ff.

<sup>129</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 9.

<sup>130</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 13 f. Bis 1995 argumentiert Fukuyama noch so, vgl. „Kapital ist gut, Vertrauen ist besser“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.12.95. Eine Relativierung dieser Ansicht erfolgt bei Fukuyama erst ab 1999 im Zuge der Asienkrise, vgl. „Bald schon wird die nachmenschliche Zeit beginnen“, *Die Welt*, 19.06.99.

<sup>131</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 15 und Fukuyama (1992), S. 78 ff.

<sup>132</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 9 und Fukuyama (1992), S. 164 ff.

schränke bestimmte Formen des ökonomischen und in Folge dessen auch des demokratischen Verhaltens ein. Die Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetunion fällt bei Fukuyama hingegen eher positiv aus, weil er den Zusammenbruch des Kommunismus dort als Ende der Ideologie im „Bewusstsein der Intelligenz“ interpretiert.<sup>133</sup> Huntington widerspricht ihm 1990 in seiner Kritik heftig und bemüht sich, die Lage in der Sowjetunion anhand geschichtlicher und damals aktueller Reaktionen in Russland zu widerlegen.<sup>134</sup>

### 1.1.6 Kapitalismus

Für Fukuyama steht fest, dass der wirtschaftliche Liberalismus dem politischen vorangehen wird. Zwar klingen an einigen Stellen leise Bedenken durch, dass die ökonomische Globalisierung eine weltweite Homogenisierung bewirken könne oder die Wirtschaft vor allem deshalb blühen werde, weil sie als Ersatzschauplatz für den Kampf um Anerkennung erhalten muss,<sup>135</sup> doch eine wirklich starke Kritik an der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus, wie etwa Barber sie vorbringt, formuliert Fukuyama nicht.<sup>136</sup> Für ihn führt die Beurteilung der kulturellen und davon abgeleitet ökonomischen Entwicklungen in der Welt, verknüpft mit der These vom langfristig zu erwartenden ideologischen Sieg des Liberalismus, 1989 vielmehr zu folgender Prognose: In der Weltpolitik werde es insgesamt zur Herausbildung eines gemeinsamen Marktes kommen, wobei zwar Terrorismus und kleinere nationale Konflikte eine Rolle spielen können, große Konflikte zwischen Staaten oder gar Kriege aber wegfallen werden. Die Welt werde künftig von wirtschaftlichen Erwägungen beherrscht, wobei die ideologischen Gründe für zwischenstaatliche Konflikte verschwunden seien. Die Außenpolitik wird ökonomisch integriert sein.<sup>137</sup> Bei dieser Prognose zieht Fukuyama ein weiteres Mal die Kritik von Huntington auf sich, der der „intellektuelle(n) Mode des Jahres 1989“, dem „Endismus“, wie er ihn bezeichnet, eine Absage erteilt.<sup>138</sup> Bereits in dieser Erwiderung auf Fukuyamas These formuliert Huntington die ersten Ansätze seines Paradigmas zum Kampf der Kulturen.

### 1.1.7 Moderne

Fukuyama spricht bereits in seinem Essay von der historischen und der post-historischen Welt. Die entwickelten Industrienationen zählt er zu den post-historischen, Entwicklungsländer und die Staaten ohne liberale Demokratie zu den historischen Ländern. Die Zuordnung wird also von dem Stand der Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus abhängig ge-

---

<sup>133</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 16 f.

<sup>134</sup> Vgl. Huntington (1990), S. 79 ff.

<sup>135</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 183.

<sup>136</sup> So kommt Fukuyama im Gegensatz zu Barber auch zu einer positiven Beurteilung der ökonomischen Globalisierung, vgl. erneut „Bald schon wird die nachmenschliche Zeit beginnen“, *Die Welt*, 19.06.99.

<sup>137</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 23 f.

<sup>138</sup> Vgl. Huntington (1990), S. 77 ff.

macht.<sup>139</sup> Insgesamt vollzieht Fukuyama also, ebenso wie Barber und Huntington, die Verknüpfung von Modernisierung und Verwestlichung, auch wenn er diese Begriffe nicht explizit benennt und diskutiert. In seinem Buch wählt er zum Schluss die Metapher des Wagentracks, um den Stand der Entwicklung in den einzelnen Ländern der Welt widerzuspiegeln. Die Ankunft der einzelnen „Wagen“ symbolisiert ihren jeweiligen Stand auf der Strecke zur liberalen Demokratie, wobei die Ankunft als ungleichzeitig beschrieben wird. Einige Wagen würden laut Fukuyama auf der Strecke bleiben, doch im Gros kommen sie alle irgendwann an. So überzeugend Fukuyama seine These zum Ende der Geschichte und damit dem Anbruch der posthistorischen Zeit vorträgt, so überraschend relativiert er sie zum Schluss. Der Essay endet mit der Aussage, dass gerade die „Langweile“ die Geschichte wieder in Gang setzen könne. Im Buch skizziert er noch konkreter die Bedingungen dafür: Man könne nicht vorhersehen, ob „den Menschen auf den Wagen die neue Umgebung auf Dauer gefallen wird. Vielleicht werden sie ... zu einer neuen, noch weiteren Reise aufbrechen.“<sup>140</sup> Fukuyama hält sich also ein Hintertürchen offen - und so verwundert es nicht, dass sein übernächstes Buch den Titel „Der große Aufbruch“ trägt. Pierre Hassner, der Fukuyamas These eher für richtig denn für falsch hält, schreibt als Einziger: „Mit dieser spektakulären Pirouette verrät sich Fukuyama selber: In Wirklichkeit glaubt er weder an die Geschichte noch an ihr Ende.“<sup>141</sup>

### 1.1.8 Programmatik und Lösungsansatz

Festzustellen bleibt: Fukuyama wählt die These vom Ende der Geschichte nicht nur, um ein Plädoyer für die universale Durchsetzung der liberalen Demokratie und des homogenen Universalstaates zu halten, sondern vor allem um zu definieren, von welcher Qualität und Beschaffenheit eine liberale Demokratie sein muss, wenn sie langfristig Bestand haben will. Besonders in der Zusammenschau mit seinen späteren Veröffentlichungen wird dies sichtbar. Diese Beschaffenheit der liberalen Demokratie wird bei ihm nicht an politischen Institutionen festgemacht, sondern auf die Kultur und die Natur des Menschen bezogen. Auf diese Weise kann Fukuyama guten Gewissens bestimmte historische Entwicklungen und Ereignisse wie etwa den Holocaust auslassen sowie seinen manchmal willkürlich anmutenden Methoden-Mix rechtfertigen. Seine Programmatik beruht auf der Definition festgelegter Kriterien und Tugenden, auf denen die liberale Demokratie aufbauen soll.<sup>142</sup> Für Fukuyama müssen Familien, kleinräumige Gemeinschaften und die zugehörigen Werte vor einem Zuviel an liberalen Prinzipien bewahrt werden, da zuviel Gleichheit der natürlichen Ungleichheit der Menschen widerspricht und sie zu bloßen Vertrags-

<sup>139</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 20 ff. und Fukuyama (1992), S. 371.

<sup>140</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 25 und Fukuyama (1992), S. 446.

<sup>141</sup> Hassner, Pierre (1990), Kein Ende der Wachsamkeit, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 36.

<sup>142</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 24, S. 227, S. 407 und S. 428.

partnern macht.<sup>143</sup> Dies zerstöre die moralische Grundlage des Staates. Denn vor allem die Familie sieht er als den Ort an, an dem Wertevermittlung und die Bereitschaft, Opfer zu bringen, erlernt werden müssen.<sup>144</sup> Diesen Gedanken verfolgt Fukuyama ein weiteres Mal im „Großen Aufbruch“. Fukuyama kommt zu dem Fazit, dass Demokratie ihren Preis hat. Denn für viele heute existierende liberale Demokratien kann das „fanatische Streben nach gleichberechtigter Anerkennung“ zukünftig das größte Problem darstellen, da sie durch das „Ausmerzen jeder Spur von Ungleichheit“ an die Grenzen der menschlichen Natur stoßen werden.<sup>145</sup> Seine Programmatik zielt darauf ab, dem Verfall und der Auszehrung des Gemeinschaftslebens in den USA Einhalt zu gebieten, indem er den gleichmachenden liberalen Prinzipien „präliberale Werte“ entgegengesetzt, die seiner Meinung nach für ein gesundes Gemeinschaftsleben notwendig sind. Fukuyama spricht sich für eine gemeinsame „Sprache von Gut und Böse“ aus, um Gemeinschaften zu begründen und einzugrenzen.<sup>146</sup> Einen Lösungsansatz sieht Fukuyama in der Stärkung subnationaler Einheiten und hier vor allem der lokalen Gemeinschaften, die durch moralische Gesetze zusammengehalten werden und genau definieren, wer zu ihnen gehört und wer nicht.<sup>147</sup> Diesem Gedanken begegnen wir auch bei Etzionis Konzept wieder. Denn, so Fukuyama weiter, gerade kleinräumige Gemeinschaften wie etwa Bürgervereinigungen, Schulen und Nachbarschaftsvereine bewahren die Bürger davor, bloße „bourgeois“ zu werden. Die richtige Entwicklung und das Funktionieren des liberalen politischen und ökonomischen Systems hängen also für Fukuyama von der Kultur und Natur des Menschen ab, die definiert, wie Staat und Gesellschaft aufzubauen sind.<sup>148</sup>

### 1.1.9 Fazit

Abschließend bleibt die Frage, was nun die Brisanz an Fukuyamas Text ausmacht. Warum wurde er zu einem der Auslöser für den Globalisierungsdiskurs? Und dies, obwohl die These vom Ende der Geschichte nicht neu war, sondern, wie Fukuyama explizit darlegt, bereits bei Hegel und Kojève formuliert wurde.<sup>149</sup> Die Antwort kann nur in den weltpolitischen Umständen von 1989 zu finden sein, in denen die aktuellen Entwicklungen um so vieles fesselnder waren als ein philosophisch gefärbter Ansatz zur Qualität von Demokratie und der Natur des Menschen. Das Zusammentreffen der These vom Ende der Geschichte mit den sich überschlagenden politischen Ereignissen im Osten scheinen im Rückblick eher dem Zufall geschuldet zu sein, die weitere Entwicklung in der Sowjetunion war noch gar nicht abschätzbar. Doch gerade in diesem Zusam-

---

<sup>143</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 386 ff.

<sup>144</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 427.

<sup>145</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 411 ff.

<sup>146</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 429 ff.

<sup>147</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 425 ff.

<sup>148</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 319.

<sup>149</sup> Vgl. Fukuyama (1989), S. 5 f. und S. 20.



mentreffen liegt einer der Gründe, warum Fukuyamas in Teilen fast anti-liberal<sup>150</sup> anmutender Reflex im Buch von kaum jemandem wahrgenommen oder thematisiert wurde. Kritik an seinem auf die Natur des Menschen bezogenen Ansatz wurde in Deutschland erst mit der Veröffentlichung des „Großen Aufbruchs“ laut, allerdings in erster Linie in den Feuilletons der Tageszeitungen und nicht im wissenschaftlichen Kontext. Im Jahre 2002 hat sich die Lage jedoch verändert. Nach den Terroranschlägen von New York im September 2001 hat die Debatte um die „richtigen Werte“ in der Welt und die Frage nach der Identität der Menschen und der USA neue Nahrung und einen neuen Stellenwert bekommen. Die Besinnung auf Religion, Tradition und Moral, wie Fukuyama sie in allen seinen Publikationen vertritt, beschäftigt einen großen Teil der Intellektuellen in aller Welt.

## 1.2 Samuel P. Huntington - Der Kampf der Paradigmen

Huntington beginnt das Vorwort seines Buches „Kampf der Kulturen“ mit dem Hinweis, dass laut des Herausgebers der Foreign Affairs kein anderer Zeitschriftenartikel seit den vierziger Jahren eine solche Diskussion ausgelöst habe wie der Essay „The Clash of Civilizations?“ von 1993. So kann Huntington selbstbewusst berichten: „Was immer er sonst wert sein mochte, der Artikel hatte einen Nerv in Menschen aller Zivilisationen getroffen.“<sup>151</sup> Genau wie Fukuyama begründet er den Ausbau seiner zentralen These aus dem Essay auf ein Buch von über 500 Seiten mit den Reaktionen seiner Kritiker. Und auch Huntington verzichtet wie Fukuyama im Titel seines Buches auf das Fragezeichen, das noch den Essay geschmückt hat. Die These wird somit bekräftigt. Beide Autoren grenzen sich immer wieder gegeneinander ab<sup>152</sup> und doch scheint sie manches gegen ihren Willen zu einigen. Nicht nur der Anspruch, *das* entscheidende Paradigma für die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen formuliert zu haben, sondern vor allem auch der Blick auf die - für beide - zentralen Elemente in der Geschichte: die Kultur und den Menschen.

Der Eindruck, dass sich die beiden Wissenschaftler einen Wettstreit der Paradigmen liefern, entsteht durch die Nähe der Stoffe, die sie bearbeiten: 1989 Fukuyamas These zum Sieg der liberalen Demokratie, die sich zeitlich überschneidet mit den Arbeiten von Huntington zu „The Third Wave“, seinem Buch von 1991 zur dritten Demokratisierungswelle in der Welt. Zwar zielt Fukuyama auf den Bereich der Ideen und die Qualität der Demokratie und Huntington auf den empirischen Nachweis der tatsächlichen staatlichen Verfasstheit in der

<sup>150</sup> Vgl. Fukuyama selbst dazu in: „Die Grenzen des Marktes und des Staates“, *Frankfurter Rundschau*, 03.06.95.

<sup>151</sup> Huntington (1998), S. 11.

<sup>152</sup> Vgl. Huntington (1993), S. 22. In diesem Sinne vgl. auch die Interpretationen von Pelinka, Anton (2000), Umfassender Pessimismus oder umfassender Optimismus. Huntington versus Fukuyama, in: Mokre, Monika (Hg.), *Imaginierte Kulturen - reale Kämpfe*. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“, Baden-Baden, S. 75 - 80.

Welt, doch treffen sie sich in der - vordergründig - eher positiven Einschätzung, dass Liberalismus und Demokratie seit den achtziger Jahren auf dem Vormarsch sind. 1993 provoziert dann Huntington mit seiner These vom Kampf der Kulturen. Fukuyama publiziert 1995 sein Buch „Trust“ über das soziale Kapital der Kulturen, das im Deutschen den missverständlichen Titel „Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Kampf der Kulturen“ bekommt. Auch wenn die Übersetzung des Titels missverständlich ist, stellen beide Autoren die Kultur in den Mittelpunkt ihrer Programmatik. Und so verwundert es nicht, dass sie sich nach dem Attentat vom 11. September 2001 beide als Unterzeichner des Aufrufs der 58 Intellektuellen Seite an Seite in ihrer Sorge um die amerikanische Identität, das westliche Wertesystem und in ihrer Betonung der Bedeutung von lokalen Einheiten für Staat und Gesellschaft wiederfinden. Der genauere Blick auf Huntingtons „Kampf der Kulturen“, seine Methodik und die Themenbausteine verdeutlicht die normative Ähnlichkeit zu Fukuyama.

### 1.2.1 Essay und Buch: Methodische Schritte

Huntington vertritt die These, dass nach dem Ende des Kalten Krieges zwar noch die Staaten die wichtigsten Akteure sind,<sup>153</sup> die Kulturkreise aber als Motor in der weltweiten Entwicklung immer wichtiger werden. Er definiert sieben oder acht große Kulturkreise, wobei er sich beim achten Kulturkreis, dem afrikanischen, nicht sicher ist, ob er tatsächlich existiert. Damit bietet er seinen Kritikern bereits in der Erläuterung seiner These eine Angriffsfläche. Die Konfliktlinie wird laut Huntington künftig ausschließlich zwischen Gruppen aus unterschiedlichen Kulturkreisen verlaufen.<sup>154</sup> Um diese These zu illustrieren versucht Huntington historisch, ethnologisch und religionsgeschichtlich zu erklären und belegen, welche Formen von Kulturkreisen, Kernstaaten, zerrissenen Staaten und Staaten entlang der Bruchlinien von Kulturkreisen es gibt.<sup>155</sup> Wie bei Fukuyama gibt es auch bei Huntington zwei Ebenen der Argumentation. Die erste besteht aus der wissenschaftlichen Analyse, die zweite enthält die politische Programmatik.<sup>156</sup> Um die Programmatik entwickeln zu können, die bei Huntington in einem konkreten Handlungskatalog für den Westen gipfelt, vollzieht auch er einige argumentative Kunstgriffe. Nach Huntingtons Auffassung stellt sich die internationale Lage nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgendermaßen dar: Der Westen<sup>157</sup> verliert an relativem Einfluss in der Welt, womit ein Verlust der Akzeptanz des Universalismus einhergeht. So sei es heute ein Fehler, Modernisierung mit Verwestlichung zu verwechseln und damit eine zentrale Konfliktursache zu übersehen.

<sup>153</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 21 und S. 40.

<sup>154</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 11, S. 197 f. und S. 511.

<sup>155</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 210 ff. und 246 ff.

<sup>156</sup> Vgl. zur Programmatik auch Peach, Norman (1994), Krieg der Zivilisationen oder dritte Dekolonisation? Samuel P. Huntingtons Paradigma der Internationalen Beziehungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39, Heft 3, S. 310 - 321.

<sup>157</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 59 f.

Denn gleichzeitig mit der westlichen Schwächung würden die asiatischen Kulturen militärisch (China) sowie ökonomisch (Japan), und damit auch politisch, wichtiger.<sup>158</sup> Der „Islam“, damit meint Huntington vor allem die islamisch-arabischen Staaten,<sup>159</sup> erlebe eine Bevölkerungsexplosion,<sup>160</sup> die seiner Auffassung nach eine Destabilisierung der muslimischen Länder selbst, aber auch ihrer Nachbarn zur Folge habe. Während der Westen also an Einfluss verliere, würden im Gegenzug nichtwestliche Kulturkreise selbstbewusster, so dass sie schließlich die kulturelle Vormachtstellung des Westens bedrängen.<sup>161</sup> Daher hängt - so Huntington - das „Überleben des Westens“ davon ab, daß die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigen und die Westler sich damit abfinden, daß ihre Kultur einzigartig, aber nicht universal ist, und sich einigen, um diese Kultur zu erneuern und vor der Herausforderung durch nichtwestliche Gesellschaften zu schützen.“<sup>162</sup> Mit dieser Aussage formuliert Huntington bereits auf den ersten Seiten seines Buches den Kern seiner Botschaft. Der gesamte Text dreht sich, auch wenn dies häufig nur zwischen den Zeilen zu lesen ist, um die Identitätssuche der Amerikaner nach dem Ende des Kalten Krieges.<sup>163</sup> Dazu sind, wie Huntington freizügig zugibt, „Feinde unabdingbar“, die sich gemäß seiner These vor allem an den Bruchlinien der einzelnen Kulturkreise finden.<sup>164</sup> Zwar schränkt Huntington ein, dass der Westen im Moment noch dominiere, ihn aber erstarkende andere Kulturen zusehends bedrängen.<sup>165</sup> Mit dieser Aussage verknüpft Huntington seine zweite Botschaft: Damit der Westen im Verlauf dieser Entwicklung nicht Gefahr läuft zu zerfallen und zu einem „winzigen, weiter schrumpfenden Teil der Weltbevölkerung auf einer kleinen, unwichtigen Halbinsel am Rande der eurasischen Landmasse“ zu werden, müssten die USA sich auf ihre Führungsposition innerhalb des westlichen Kulturkreises besinnen und gleichzeitig den Kern der westlichen Kultur vor kulturellen Einflüssen von außen schützen.<sup>166</sup> Die Programmatik Huntingtons lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: In Zukunft sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen Völkern nicht mehr ideologisch, politisch oder ökonomisch, sondern kulturell definiert. Zentral ist daher die Frage „Wer sind wir?“, die Huntington in Rückbesinnung auf Herkunft, Religion, Sprache, Geschichte, Werte und Sitten, zum Teil auch auf Institutionen zu beantworten sucht. Identität konstituiert sich in seinem Entwurf aus der

---

<sup>158</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 119 und S. 181.

<sup>159</sup> Vgl. als Auswahl zur Diskussion um die Gültigkeit und Plausibilität von Huntingtons Kulturkreisdefinition v.a. Ajami, Fouad (1993), *The Summoning*, in: *Foreign Affairs* 72, Heft 4, S. 2 - 9; Kirkpatrick, Jeane J. (1993), *The Modernizing Imperative. Tradition and Change*, in: *Foreign Affairs* 72, Heft 4, S. 22 - 26; insgesamt Peach (1994) sowie Thompson, Mark R. (2000), *Demokratische Revolution statt Kulturkampf. Eine Erwiderung auf Huntingtons Thesen*, in: *Internationale Politik* 55, Heft 4, S. 47 - 54.

<sup>160</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 181.

<sup>161</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 19 und S. 143.

<sup>162</sup> Huntington (1998), S. 19 f.

<sup>163</sup> Vgl. Mahbubani, Kishore (1993), *The Dangers of Decadence. What the Rest Can Teach the West*, in: *Foreign Affairs* 72, Heft 4, S. 10 - 14 sowie von Bredow (2000).

<sup>164</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 18.

<sup>165</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 119.

<sup>166</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 504 f. und S. 502 ff.

kulturellen, ethnischen und religiösen Gruppenzugehörigkeit. Hier ist eine Überschneidung mit Fukuyamas Programmatik deutlich zu erkennen.<sup>167</sup>

### 1.2.2 Kultur und Werte

Huntington entwickelt seinen Kulturbegriff, indem er Kultur als die gesamte Lebensweise eines Volkes definiert, die bestimmt ist durch Werte, Normen, Institutionen und Denkweisen.<sup>168</sup> Religion ist dabei das zentrale und prägende Element jeder Kultur.<sup>169</sup> So können bei Huntington die großen Kulturen generell mit den großen Religionen identifiziert werden, wobei zusätzlich Sprache<sup>170</sup> und Ethnizität eine Rolle spielen.<sup>171</sup> In der richtigen Definition der Werte liegt, wie bei Fukuyama, eine Lösung zur Verhinderung von Konflikten zwischen Kulturkreisen.<sup>172</sup> Für Huntington stellt sich der einzelne Kulturkreis wie eine „erweiterte Familie“ dar, in der die Kernstaaten die „älteren Familienmitglieder“ sind, um die sich die anderen gruppieren.<sup>173</sup> Hier wird der Führungsanspruch der USA innerhalb des westlichen Kulturkreises manifest.<sup>174</sup> Diese Intention vertritt auch der Aufruf vom Februar 2002.<sup>175</sup> Im Buch stiftet allerdings ein weiteres Mal die Unentschlossenheit Huntingtons Verwirrung, sich auf ein Machtzentrum im Westen festzulegen. Zwischen den Zeilen ist dies die USA, im Text aber schreibt er, dass der Westen immer „mehrere Kernstaaten“ hatte, heute nämlich zwei, die USA und den „französisch-deutschen Kern in Europa, mit England als dazwischen treibendem weiteren Machtzentrum“.<sup>176</sup> Mit solchen vagen Aussagen provoziert Huntington geradezu den Widerspruch seiner Kritiker.

Auch wenn die Debatte um Huntingtons Kulturkreisdefinition hier nicht en detail nachgezeichnet werden kann, muss ein grundlegender Widerspruch in seinem Argumentationsmuster aufgezeigt werden. Denn einerseits basiert in seinem Konzept die jeweilige Kultur vor allem auf der Religion und damit dem aktiven Bekennen zu einer homogenen Entität. Laut Huntington haben nun aber fast

<sup>167</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 21.

<sup>168</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 51 und S. 525 ff.

<sup>169</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 61, S. 81. ff. und S. 93.

<sup>170</sup> Auch an dieser Stelle (vgl. insgesamt Huntington (1993) und (1998), S. 99 ff.) muss Huntington sich Widerspruch gefallen lassen. Argumentierte man sprachwissenschaftlich, müsste in Bezug auf Europa neben dem romanischen und germanischen Sprachstamm ebenso der finno-ugrische ( Finnland, Ungarn und Estland), der slawische und der keltische (Schottisch, Walisisch, Gälisch) genannt werden. Der slawische Sprachstamm seinerseits geht wiederum auf den indo-germanischen zurück, aus dem gleichermaßen Hindu, Sanskrit, Farsi und Armenisch entspringen. Spätestens hier wird deutlich, dass Vereinfachungen zugunsten eines theoretischen Konstruktes dieses nicht immer gleichzeitig stützen.

<sup>171</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 52 ff.

<sup>172</sup> Vgl. hierzu den heftigen Widerspruch von Senghaas, Dieter (1997), Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42, Heft 2, S. 215 - 221.

<sup>173</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 248.

<sup>174</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 305.

<sup>175</sup> Vgl. "What We're Fighting For" (2002), Aufruf amerikanischer Intellektueller im Februar 2002, in: Propositions 02/2002 (hg. by David Blankenhorn sowie im Internet ([www.propositionsonline.com/Fighting\\_For/fighting\\_for.htm](http://www.propositionsonline.com/Fighting_For/fighting_for.htm)), Stand 26.01.02, Institute for American Values, New York).

<sup>176</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 120 und besonders S. 211.

alle nichtwestlichen Kulturen aus anderen Kulturen „selektiv Dinge“ entliehen, adaptiert, transformiert und assimiliert.<sup>177</sup> Als Beispiel dient ihm als Erstes China, das aus Indien den Buddhismus importierte. Folgte man hier Huntingtons Argumentation, dann müsste sich China aufgrund der Kraft der Religion in irgendeiner Form „indisiert“ haben, also in Kultur und Werten stark buddhistische Züge aufweisen. Nachdem dies aber nicht der Fall ist, erhält Huntingtons These einen Riss. Als zweites Beispiel benennt Huntington dann die Assimilation und Transformation der chinesischen Kultur in Japan. Hier schränkt er selbst ein, dass dies lediglich aus „utilitaristischen Zwecken“ geschehen sei, nicht aber um die Denkweisen und damit die Kultur selbst zu übernehmen.<sup>178</sup> Auch an dieser Stelle liegt der Umkehrschluss nahe, dass dann die Kulturen an sich nicht so prägend oder ausschlaggebend sein können, wie Huntington es für die Untermauerung seines Paradigmas eingangs formuliert hat. Der dritte logische Bruch erfolgt, indem er bei seinen Ausführungen zum Erstarren des asiatischen Selbstbewusstseins weniger auf kulturell-religiöse Eigenheiten Bezug nimmt, sondern vor allem auf die ökonomische und militärische Macht von Japan und China eingeht. Ähnlich wie Fukuyama zwischen der Ebene seines theoretischen Konstruktes und den Beispielen aus der Realität wechselt, ändert auch Huntington seine Perspektive je nach programmatischem Bedarf.

### **Niedergangsthese**

Wie im Vorherigen angeklungen ist, sieht Huntington die Gefahr, dass der westliche Kulturkreis von nichtwestlichen Kulturkreisen be- und schließlich verdrängt wird,<sup>179</sup> eine Entwicklung, der Einhalt geboten werden muss.<sup>180</sup> Daher liegt in der Konstituierung einer neuen amerikanischen Identität ein Mittel gegen die drohende „Entwestlichung“.<sup>181</sup> Zur Untermalung dieser Aussage greift Huntington ein weiteres Mal zum Sinnbild der Familie: „Was bei der Bewältigung einer Identitätskrise für die Menschen zählt, sind Blut und Überzeugung, Glaube und Familie.“<sup>182</sup> Die emotionale Rhetorik erinnert an dieser Stelle an die von Fukuyama. Huntington entwirft ein konkretes Krisenszenario, das den Niedergang des Westens und seiner Vormachtstellung in der Welt verdeutlichen soll.<sup>183</sup> Zu der Bedrohung von außen addiert sich der innere Verfallsprozess der USA, den Huntington auch als „anhaltende innere Fäulnis“ bezeichnet.<sup>184</sup> Dieser mache sich bemerkbar in der steigenden Kriminalität, im

---

<sup>177</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 110.

<sup>178</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 111.

<sup>179</sup> Vgl. Gungwu, Wang (1996/97), A Machiavelli for Our Times, in: National Interest 46 (Winter), S. 69 - 73. Er stimmt Huntingtons Analyse hier zu.

<sup>180</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 72 und S. 292 f.

<sup>181</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 505 ff.

<sup>182</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 194.

<sup>183</sup> Huntington (1998), S. 135 f.

<sup>184</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 499 ff.

Drogenkonsum, Familienzerrfall, zu wenig Sozialkapital und in einer zu geringen Arbeitsethik.<sup>185</sup> Dadurch schwinde generell die Bereitschaft in der Welt, Vorstellungen und Werte des Westens anzunehmen, was wiederum zur Folge habe, dass das Selbstvertrauen des Westens und „sein Wille zur Dominanz“ schwinde.<sup>186</sup> Verschärft werde die Krise durch Einwanderer aus anderen Kulturkreisen, die eine Integration ablehnen, da sie nicht bereit seien, ihre „Werte, Gebräuche und Kultur“ aufzugeben. Als Beispiele nennt Huntington muslimische Einwanderer in Europa oder hispanische in den USA.<sup>187</sup> Ein weiteres Mal treffen wir auf ähnliche Ausführungen wie bei Fukuyama. Wie dieser sieht Huntington ein Mittel gegen den Verfall in der Stärkung der Moral, die in lokalen Einheiten wie Familie, Nachbarschaft und Schulen erfahr- und erlernbar sein muss. Mit der Migrationsproblematik schafft Huntington den Übergang zu einem wesentlichen Element seiner Programmatik. Die amerikanische Identität ist bedroht und muss sich neu konstituieren. Dazu ist das richtige Leitbild, aber vor allem auch ein Feindbild notwendig. Die Begründung erklärt er aus dem Wesen des Menschen. „Hassen ist menschlich. Die Menschen brauchen Feinde zu ihrer Selbstdefinition und Motivation: Konkurrenten in der Wirtschaft, Gegner in der Politik.“<sup>188</sup> Huntington und Fukuyama argumentieren Hand in Hand. Die von Huntington vorgenommene Kategorisierung anhand von Kulturkreisen ermöglicht geradezu die Konstruktion „des Anderen“ in einer Welt, die sich nach dem Kalten Krieg ökonomisch und politisch multipolar zeigt.

### 1.2.3 Konflikte und Kriege

„Die gefährlichen Konflikte der Zukunft ergeben sich wahrscheinlich aus dem Zusammenwirken von westlicher Arroganz, islamischer Unduldsamkeit und sinischem Auftrumpfen.“<sup>189</sup> So lautet Huntingtons These zu künftigen Konfliktlinien. Staaten würden sich demnach künftig mit Staaten vom selben oder ähnlichen kulturellen Hintergrund verbünden und sich häufiger mit Staaten eines anderen kulturellen Hintergrunds im Konflikt befinden, denn laut Huntington brauche Zusammenarbeit Vertrauen und dieses entspringe nur aus der gemeinsamen Kultur.<sup>190</sup> Da er jedoch auch diese These indirekt wieder relativiert, indem er darauf hinweist, dass es auch innerhalb eines Kulturkreises Konflikte geben könne - und dies „besonders im Islam“ -,<sup>191</sup> hat dies viele Kritiker zum Widerspruch veranlasst. Sowohl der Verweis auf innerkulturelle Konflikte (Nord-Irland) als auch auf zwischenkulturelle Kooperationen (Bosnien-

---

<sup>185</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 118 und S. 497 f.

<sup>186</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 118.

<sup>187</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 319 ff., S. 327 f. und S. 501.

<sup>188</sup> Huntington (1998), S. 202.

<sup>189</sup> Huntington (1998), S. 291.

<sup>190</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 40, S. 202 f. und S. 392 ff. sowie Huntington (1993), S. 38 f.

<sup>191</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 398.

krieg, zweiter Golfkrieg) wird Huntington entgegengehalten.<sup>192</sup> Zusätzlich wendet sich Huntington mit seiner Auffassung gegen die These, wie sie etwa auch Fukuyama vertritt, dass gerade durch die vermehrten globalen ökonomischen und kommunikativen Interaktionen die Wahrscheinlichkeit von Konflikten abnehme.<sup>193</sup> Für Huntington liegt eine besondere Gefahrenquelle gerade in der beobachtbaren Renaissance nichtwestlicher Religionen, die seiner Meinung nach die „machtvollste Manifestation der Ablehnung der westlichen Gesellschaft durch die Nicht-Westler“ sei.<sup>194</sup> Neben der kulturellen Renaissance der asiatischen und der muslimischen Kultur,<sup>195</sup> gewinnt die Religion als neue unkalkulierbare Macht an Bedeutung. Als Paradoxon schildert er die „Indigenisierung“ westlich-demokratischer Institutionen durch nicht-westliche Gesellschaften: Indem westliche Institutionen von nichtwestlichen Gesellschaften übernommen werden, würden „nativistische und antiwestliche politische Bewegungen“ ermutigt, sich Zugang zur Macht zu verschaffen.<sup>196</sup> Auf diesem Weg gelingt Huntington die Wendung, um seine Argumentation aufzubauen, dass der Islam künftig die neue große Bedrohung für den Westen sei. Denn eine solche nativistisch-antiwestliche Bewegung stelle der islamische Fundamentalismus dar. Die Aneignung der Institutionen ohne deren normativen Gehalt erfolgt so: Die Jungen erkennen die Modernisierung an, lehnen aber die Verwestlichung ab. Sie sind äußerst gut ausgebildet, mobil und urbanisiert, bedürfen aber gerade wegen der Urbanisierung und der damit drohenden Vereinzelung „jener emotionalen, sozialen und materiellen“ Unterstützung einer religiösen Gruppe, um „Sinn und Orientierung“ zu finden und ein neues kulturelles Selbstbewusstsein gegenüber dem Westen definieren zu können.<sup>197</sup> Hier treffen zwei Gefahrenquellen aufeinander: Die demographische Entwicklung in den islamischen Ländern einerseits, die einen „Jugend-Boom“ erzeugt,<sup>198</sup> und die Gewaltbereitschaft der arabischen Jugendlichen. Beide Phänomene bescheren dem islamischen Fundamentalismus einen besonders hohen Zulauf.<sup>199</sup> Diese These versucht Huntington in seinem Buch mit einer Fülle von Daten zu untermauern, was ihren holzschnittartigen Charakter aber nicht überdecken kann, zumal ein weiteres Mal unklar bleibt, was von ihm als islamisch (also religiös basiert) und was als arabisch (also ethnisch basiert) gedacht ist. Religion wird somit zur Konflikursache. Die *Instrumentalisierung* von religiösen Inhalten zugunsten politischer Propaganda und Interessen hingegen wird bei Huntington nicht thematisiert. Kritiker werfen ihm deshalb Simplifi-

---

<sup>192</sup> Vgl. insgesamt Ajami (1993); Peach (1994); Rondholz, Eberhard (1994), Abendländische Visionen. Alte europäische Ordnungsvorstellungen, neu aufgelegt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39, Heft 7, S. 863 - 872 sowie Hassner, Pierre (1996/97), Morally Objectionable, Politically Dangerous, in: National Interest 46 (Winter), S. 63 - 69.

<sup>193</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 94 f.

<sup>194</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 141 ff. und S. 154.

<sup>195</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 143 und S. 497 f.

<sup>196</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 141 f.

<sup>197</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 139 ff., S. 153 ff. und S. 173 f.

<sup>198</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 126 und S. 182 ff.

<sup>199</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 156 und S. 182 ff., besonders S. 185.

zierung und Pauschalisierung vor: „Huntington folgt der vereinfachenden Rhetorik der Kulturkämpfer und übersieht dabei die Komplexität von Kulturen“.<sup>200</sup> Sein Krisenszenario aus westlichem Niedergang und islamischem Auftrumpfen kulminiert in der Aussage, dass die fundamentalistischen religiösen Bewegungen nur „die Spitze jener viel weiter reichenden Flutwelle“ sind, die dem menschlichen Leben einen anderen Zuschnitt geben werde.<sup>201</sup>

Ein zweites und umfassenderes Krisenszenario, das die Basis für seine Handlungsempfehlungen an die Politik darstellt, ist das Gedankenspiel um einen globalen Krieg zwischen einzelnen Kernstaaten im Jahre 2010.<sup>202</sup> Aus diesem Szenario geht die Forderung Huntingtons hervor, dass in der kommenden Ära Kernstaaten nicht mehr bei Konflikten in andere Kulturkreise intervenieren sollen. Das Prinzip der Enthaltung wird somit zur Voraussetzung für Frieden. Gleichzeitig wird das Prinzip der Verhandlungen künftig auf die Kernstaaten verengt, die im Namen ihrer angehörigen Staaten sprechen sollen. Internationale Institutionen wie etwa die UNO seien so zu reformieren, dass sie nicht mehr einzelne Staaten, sondern die jeweiligen Kulturkreise gemäß ihres Bevölkerungsanteils, Wohlstands und ihrer Macht repräsentierten.<sup>203</sup> Ob Huntingtons Zahlenschlüssel zu den Kulturkreisen einleuchtend erscheint oder nicht, soll hier nicht erörtert werden. Nachdem er sich aber nicht endgültig auf sieben oder acht Kulturkreise festlegen kann, gewinnt diese Forderung wenig Plausibilität. In Anbetracht der Terroranschläge in den USA im Jahr 2001, der Eskalation des Konflikts im Nahen Osten im Jahr 2002 und des Irak-Krieges 2003 erscheinen Huntingtons Empfehlungen der Komplexität der Weltlage nicht standhalten zu können.

#### 1.2.4 Nationen

Huntingtons Blick auf die arabische Welt ist bereits angeklungen. Problematisch bleibt die Verschwommenheit zwischen Islam und arabischen Ländern.<sup>204</sup> Huntington stellt selber fest, dass der Islam keinen Kernstaat habe, was ihn in der Logik seiner Programmatik von der Weltpolitik der Kernstaaten ausschließt. Das gleiche würde demnach auch für Afrika und Lateinamerika gelten.<sup>205</sup> Die wirklichen Machtzentren sind somit die USA als westlicher Kernstaat, China, Japan und Russland. Die bipolare Sicht des Kalten Krieges wird bei Huntington

---

<sup>200</sup> Thompson (2000), S. 53. Vgl. hierzu auch Ajami (1993); Hassner (1996/97) und Simhandl, Katrin (2000), *The Clash of Civilizations. Das Buch und die Debatte*, in: Mokre, Monika (Hg.), *Imaginierte Kulturen - reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“*, Baden-Baden, S. 15 - 29.

<sup>201</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 145, S. 316 ff. und S. 326 ff.

<sup>202</sup> Vgl. zum Kriegsszenario: Huntington (1998), S. 515 - 524.

<sup>203</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 522.

<sup>204</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 168 ff. und besonders S. 279 ff.

<sup>205</sup> Diese Sicht auf die internationalen Beziehungen, die zum Beispiel Afrika weitestgehend als Akteur ausblendet, kann als typisch für das euro-atlantische Bewusstsein bezeichnet werden. Vgl. dazu eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung von Poenicke, Anke (2001), *Afrika in deutschen Medien*, Zukunftsforum Politik, Broschürenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 29 A.



abgelöst durch eine vermeintlich „quatro-polare“ Sicht, wobei er in seinem Essay, aber auch im Buch, durchaus immer wieder auf die bipolare Perspektive zurückgreift, indem er vom Westen und Nicht-Westen spricht.<sup>206</sup> In Kombination mit seiner Argumentation zur Gewalttätigkeit der Muslime<sup>207</sup> wird das Fehlen eines islamischen Kernstaates für Huntington zum Anlass, der Verwirklichung der Demokratie in den muslimischen Staaten eine Absage zu erteilen.<sup>208</sup> Auch bei dieser Argumentation treffen sich Huntington und Fukuyama ein weiteres Mal.

Ebenso ist der Blick auf Asien ähnlich, wenngleich er bei Fukuyama in Bezug auf Japan ein Stück weit positiver akzentuiert ist. Generell könne - so schreibt Huntington - Asien bedeutende Machtzuwächse verzeichnen, wobei gerade China durch seine militärisch-ökonomische Macht dem Westen immer mehr zum ernsthaften Konkurrenten werde.<sup>209</sup> Zudem definiere China die USA als seinen Hauptfeind, was wiederum die USA veranlassen müsse, mit Eindämmung gegenüber China zu reagieren.<sup>210</sup> Neben dem Islam wird China als neues Feindbild konstruiert.<sup>211</sup> In Japan nimmt laut Huntington hingegen in erster Linie die Wirtschaftskraft zu,<sup>212</sup> was ein Anwachsen des Selbstbewusstseins zur Folge hat.<sup>213</sup> Huntingtons Kausalkette lautet: Wirtschaftliche Prosperität erzeugt Selbstbewusstsein, dieses erzeugt ein Überlegenheitsgefühl und in direkter Folge antiwestliche Reflexe, die wiederum eine Gefahr für den Westen darstellen.<sup>214</sup> Bemerkenswert ist, dass China (Staat) und Japan (Staat) im Gegensatz zum Islam (Religion) in erster Linie militärisch und ökonomisch definiert werden. Auf den Punkt bringt Huntington seine Befürchtungen mit den Worten: „Was die Herausforderungen an den Westen betrifft, stehen Asien und der Islam allein, manchmal jedoch Seite an Seite.“<sup>215</sup> Zusammen mit der Niedergangsthese des westlichen Kulturkreises, wie Huntington sie ausführlich in Essay und Buch formuliert, stellt diese Kausalkette den eigentlichen logischen Bruch in seiner gesamten Argumentation dar: Denn wenn der Westen sich in einem inneren Niedergang befindet und von den nichtwestlichen Kulturkreisen gerade auch wegen seiner inneren Degeneration (Atomisierung der Gesellschaft, Säkularisierung, Werteverfall usw.) abgelehnt, außerdem ökonomisch und militärisch nicht mehr als dominant angesehen wird und gleichzeitig andere Kulturkreise an ökonomischen und militärischen Einfluss gewinnen, ist nicht schlüssig, warum diese ihn (den Westen) dann noch aktiv bekämpfen müssten. Doch seine Methode erfordert diesen Bruch: Einzig indem Huntington

<sup>206</sup> Vgl. Huntington (1993), S. 28 und Huntington (1998), S. 291 f.

<sup>207</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 429.

<sup>208</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 28, S. 177 und S. 308 f.

<sup>209</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 161 ff., S. 309 ff. und S. 368 ff.

<sup>210</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 375 ff.

<sup>211</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 119.

<sup>212</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 126.

<sup>213</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 157.

<sup>214</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 158.

<sup>215</sup> Huntington (1993), S. 45 ff. und vgl. auch Huntington (1998), S. 155.

den Niedergang plastisch beschwört, kann er seine politisch-strategische Programmatik aus Besinnung, Rückzug und Abschottung entwickeln. Zwar werden weitere Nationen bei Huntington beschrieben und in das Schema von Kernstaaten, zerrissenen und Bruchlinien-Ländern eingeordnet, doch sollen sie hier nicht weiter einbezogen werden. An dieser Stelle ist lediglich die Perspektive auf den Islam und Asien von Interesse, da hier die Parallelen zu Fukuyama und - wie noch zu zeigen sein wird - Barber liegen. Allerdings kann Russland noch erwähnt werden, das Huntington als gespaltenes bzw. zerrissenes Land bezeichnet,<sup>216</sup> in dem offen ist, ob die Demokratisierung zu realisieren ist.<sup>217</sup> Huntington betrachtet Russland mit einem gewissen Maß an Skepsis, was er vor allem historisch zu begründen sucht, gleichzeitig sieht er aber aufgrund der geographischen Ausmaße der russischen Einflusssphäre in Russland einen künftigen Akteur in der Weltpolitik. In der Einschätzung der russischen Entwicklung gehen die Ansichten von Huntington und Fukuyama auseinander.

### 1.2.5 Universalismus und Moderne

„Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte oder seiner Religion ..., sondern vielmehr durch ... organisierte(r) Gewalt. Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie niemals.“<sup>218</sup> Mit ihrer Haltung zur Moderne und den Fragen, ob Modernisierung gleich Verwestlichung ist und ob Werte, die im westlichen Kulturkreis als universal angesehen werden (Menschenrechte), tatsächlich universal sind, haben Fukuyama, Huntington und Barber eine Ebene im Diskurs eröffnet, die heute immer noch heftig umstritten ist. Diese Frage bildet den Kern der aktuellen normativen Überlegungen. Die klassische Modernisierungstheorie geht von einer relativ linearen Entwicklung aus, in der sich westliche Denk- und Verhaltensweisen weltweit durchsetzen werden, so dass es letztendlich zu einer Art Weltgemeinschaft kommen wird. Diese lineare Entwicklung wird im Kontext des Globalisierungsdiskurses aber immer wieder in Frage gestellt, weil im Zusammenhang mit den globalen Interdependenzen kulturelle Werte und Bausteine eben auch gegenseitig adaptiert werden.<sup>219</sup> Gerade in der vierten Phase des Diskurses lebt im Zusammenhang mit dem Konzept zu Global Governance diese Debatte wieder auf, wie noch zu zeigen sein wird.

Für Huntington ist das Konzept der universalen Kultur ein „typisches Produkt“ des Westens, mit dem er seine weltweite Dominanz zu rechtfertigen sucht. „Universalismus ist die Ideologie des Westens“, denn die Nichtwestler

---

<sup>216</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 218 ff.

<sup>217</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 28, S. 260 ff. und S. 308 sowie Huntington (1993), S. 43 f.

<sup>218</sup> Huntington (1998), S. 68.

<sup>219</sup> Vgl. Breidenbach, Joana und Zukrigl, Ina (1998), *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, München.

betrachten als westlich, was der Westen als universal betrachtet.<sup>220</sup> Hier klingt die Kritik an, die Huntington bereits 1990 auf Fukuyamas These zum Ende der Geschichte vorgebracht hat.<sup>221</sup> Nach seiner Ansicht würden Modernisierung, das heißt aktuell vor allem der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, und Verwestlichung (Säkularisierung, Laizismus, Individualismus, Demokratie) verwechselt.<sup>222</sup> So sei die Modernisierung der prozesshafte Übergang von primitiven zu zivilisierten Gesellschaften. Heute gebe es aber sowohl traditionale wie moderne Gesellschaften, die sich in ihren Einstellungen, Werten, ihrem Wissen und der Kultur unterschieden.<sup>223</sup> Zugleich seien sich aber nicht einmal alle modernen Gesellschaften gleich, geschweige denn, dass sie sich einer universalen Kultur annähern würden. Huntington ist durchaus als Skeptiker des Universalismus zu bezeichnen. Auf der Ebene seiner Programmatik geht es ihm vor allem aber um eine Kritik des Multikulturalismus, so wie er ihn in den USA zu beobachten glaubt. Ähnlich wie Fukuyama greift er das Thema der Migration auf, um den Multikulturalismus als Gefahr für den westlichen Kulturkreis darzustellen, durch den lediglich „schizophrene, zerrissene Länder“ entstünden.<sup>224</sup> Gerade in einer Welt, in der sich künftig alle Menschen über ihre Kultur definierten, brauche die USA eine eindeutige westliche und eben keine multikulturelle Kultur. So führt nach Huntingtons Argumentation Universalisierung zu einer Relativierung von traditionellen Werten, Multikulturalismus aber zur Spaltung der Kulturen. In diesem Sinne argumentieren auch Barber und Fukuyama. Hier kommt eine Sehnsucht nach Abgrenzung gegen andere und Authentizität zum Ausdruck.

### 1.2.6 Kapitalismus und Globalisierung

Eine weitere Parallele zu Fukuyama liegt in der wenig konkreten Bezugnahme auf die Globalisierung selbst. Ökonomische und technologische Entwicklungen sowie kulturelle Veränderungen spielen zwar eine Rolle, werden aber noch nicht auf den Begriff der Globalisierung fokussiert, wie es in den meisten nachfolgenden Veröffentlichungen der Fall ist. Im Kontext Kultur bezieht Huntington jedoch Stellung - in Abgrenzung zu Fukuyama und - wie im folgenden zu zeigen sein wird - von Barber und Guéhenno. Er übt nämlich explizit Kritik an der These, dass eine universale Kultur durch Vormarsch westlicher Produkte im Entstehen und damit die kulturelle Homogenisierung zu erwarten sei. Er hält diese Annahme für naiv.<sup>225</sup> Damit bleibt er seiner Argumentation treu, dass Kultur etwas so Grundlegendes und fast Organisches sei, das nicht einfach durch Produkte oder Konsum zu verändern ist. Dieses Argument, wie es

---

<sup>220</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 66 und S. 92 f. sowie Huntington (1993), S. 40 f.

<sup>221</sup> Vgl. insgesamt Huntington (1990).

<sup>222</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 113.

<sup>223</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 96 f.

<sup>224</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 502 ff.

<sup>225</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 76.

Fukuyama und vor allem Barber vertreten, bezeichnet Huntington als weder „tiefgründig noch bedeutend“, vielmehr trivialisiere es die westliche Kultur.<sup>226</sup> So stellt die ökonomische Globalisierung für Huntington keinen Sieg der westlichen Wirtschaftskraft dar, sondern das Ende des „westlichen Überstrahlens in der Weltwirtschaft“.<sup>227</sup>

### 1.2.7 Programmatik und Lösungsansatz

Bei den einzelnen Bausteinen ist Huntingtons Programmatik, die den „Kampf der Kulturen“ eher zur Streitschrift denn zur wissenschaftlichen Analyse macht, immer wieder angeklungen. Der Kern lautet: „Der Westen muß seine politischen Strategien koordinieren, damit es für andere Gesellschaften schwieriger wird, einen westlichen Staat gegen den anderen auszuspielen, und er muß Differenzen zwischen nichtwestlichen Staaten fördern und ausnutzen.“<sup>228</sup> Auf der einen Seite geht es ganz konkret um die Abschottung der USA, um sie vor kulturellen Einflüssen von außen zu schützen und ihren inneren Verfall zu stoppen. Auch den Europäern empfiehlt Huntington ein solches Vorgehen.<sup>229</sup> Besonders den Islam und Asien hat Huntington dabei im Auge.<sup>230</sup> Somit stehen für Huntington kulturelle Identität und Gruppenzugehörigkeit über der individuellen Entscheidungsfreiheit. In der Wortwahl ist eine konfrontative Tendenz in Bezug auf Nationen anderer Kulturkreise auszumachen, wobei dies in Huntingtons Logik durchaus kohärent erscheint. Denn nachdem er davon ausgeht, dass mehrere scheinbar gleichwertige Kulturkreise existieren und diese durch die Globalisierung vermehrt in Kontakt zueinander kommen, bleibt es in seiner Argumentation schlüssig, dass diese in Folge des stärkeren Kontaktes das Bedürfnis entwickeln, sich vermehrt gegeneinander abzugrenzen, um sich und ihre Kultur zu schützen. Wie noch zu zeigen sein wird, befindet sich Huntington hier in Widerspruch zu anderen Ansätzen, die zwar ebenfalls von verstärkten Interdependenzen ausgehen, diese aber als eine Mischung, einen gegenseitigen Austausch und damit als Öffnung interpretieren. Zentral für Huntington ist die Empfehlung in Richtung Politik, den westlichen Universalismus zu revidieren, da genau er zum Krieg der Kulturen führen könne.<sup>231</sup> Der Westen müsse anerkennen, dass seine Kultur sich durch ihre Einzigartigkeit von den anderen Kulturen unterscheide.<sup>232</sup> Um sie bewahren und schützen zu können, müsse sich der Westen auf sie besinnen.<sup>233</sup> Speziell die USA müssten eine atlantikorientierte Politik der engen Zusammenarbeit mit Europa verfolgen.

---

<sup>226</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 78 f.

<sup>227</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 130.

<sup>228</sup> Huntington (1998), S. 330. Vgl. in diesem Sinne auch Huntington (1993), S. 48 ff.

<sup>229</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 128 und S. 505.

<sup>230</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 361 ff. und S. 365 ff.

<sup>231</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 512 ff.

<sup>232</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 515.

<sup>233</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 513.

## 1.2.8 Fazit

Insgesamt wählt Huntington einen ethnologisch gefärbten und zum Teil ethnozentristischen Ansatz, obwohl er ebenso wie Fukuyama beansprucht, über die internationalen Beziehungen zu schreiben. Seine Begründung, dass es aufgrund von „philosophischen Voraussetzungen, Grundwerten, sozialen Beziehungen, Sitten und allgemeinen Weltanschauungen“, die zwischen den einzelnen Kulturkreisen differieren, zu Konflikten kommen wird,<sup>234</sup> macht diesen Zugang sichtbar. Huntington formuliert häufig spekulativ, indem er seine Aussagen an zentralen Stellen durch ein „könnte, wahrscheinlich, vermutlich, so wie es aussieht“ einschränkt.<sup>235</sup> Zudem arbeitet er mit konfrontativen Aussagen, die sein Paradigma und die Konfliktlinie unterstreichen.<sup>236</sup> Die Botschaft zwischen den Zeilen drücken die Unsicherheit und Befürchtung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges aus, im Rahmen der internationalen Beziehungen ihre Vormachtstellung zu verlieren.<sup>237</sup> Huntington entwickelt ein politisches Konzept, um die USA davor zu bewahren, auch wenn seine Einschränkung, die USA mögen künftig auf ihre Vormachtansprüche (Universalismus) verzichten, scheinbar in eine andere Richtung weisen. Der Schlüssel ist in der Aussage zu finden: „Die ... Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist ..., ... die einzigartige Qualität der westlichen Kultur zu erhalten, zu schützen und zu erneuern. Weil sie das mächtigste Land des Westens sind, fällt diese Aufgabe überwiegend den USA zu.“<sup>238</sup> Insgesamt bleibt Huntingtons Buch trotz des Anspruches, eine neue Theorie der internationalen Beziehungen zu entwickeln, der Sicht des Kalten Krieges verhaftet. So geht er zwar auf den ersten Blick von einer multipolaren Welt aus, denkt aber, wie seine neueren Aufsätze zeigen, in den Grenzen eines neuen Blocksystems der Kernstaaten.<sup>239</sup> Und nimmt man die Kernaussage von Essay und Buch ganz genau, ist man sich nicht einmal sicher, ob Huntington nicht doch einfach das bipolare Paradigma des Kalten Krieges in ein bipolares Paradigma des globalen Zeitalters umgewandelt hat, das in dem Satz „The West versus the Rest“ kulminiert.

---

<sup>234</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 25.

<sup>235</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 119, S. 135, S. 144, S. 145, S. 157, S. 188, S. 202, S. 210, S. 247, S. 291, S. 295 und S. 496 f.

<sup>236</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 166 f., S. 202, S. 293 und S. 434. Vgl. hierzu auch Hummel, Hartwig (1996), Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung, in: WeltTrends 12 (Herbst), S. 7 - 34 und Hassner (1996/97).

<sup>237</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 156 f. sowie insgesamt Huntington (1999).

<sup>238</sup> Huntington (1998), S. 513; vgl. hierzu auch Gress, David R. (1997), The Subtext of Huntington's "Clash", in: Orbis 41, Heft 2, S. 285 - 299.

<sup>239</sup> Vgl. insgesamt Huntington (1999).

### 1.3. Benjamin R. Barber - Mit Huntington gegen Fukuyama?

Mit Fukuyama und Huntington teilt Barber die kulturalistisch gefärbte Sicht auf Politik und Gesellschaft. Obwohl auch er zu Beginn seines Buches darauf verweist, eine Abhandlung über die „Kraftentfaltung von Wirtschaft und Handel“ schreiben zu wollen, steht die Kultur im Zentrum seiner These.<sup>240</sup>

#### 1.3.1 Essay und Buch: Erste Schritte einer gesellschaftspolitischen Programmatik

Bei Barber verläuft der Bezug zwischen Essay und Buch etwas anders als bei Fukuyama und Huntington. Weder erzielt Barber mit seinem Essay von 1992 eine solche Aufmerksamkeit wie die beiden anderen, noch antwortet er mit dem Buch 1996 auf seine Kritiker. Aber auch Barber wählt den Weg, seine These von der Konfrontation zwischen ökonomischer Globalisierung und religiösem Fundamentalismus auf der einen und Demokratie und Freiheit auf der anderen Seite im Buch ausführlich zu untermauern. Wie die beiden anderen Autoren identifiziert Barber eine zentrale Konfliktlinie, die in der Zukunft die Entwicklungen in der Welt bestimmen wird. Paradigmatisch formuliert Barber den Untertitel seines Essays: „The two axial principles of our age - tribalism and globalism - clash at every point except one: they may both be threatening to democracy“.<sup>241</sup> Doch auch bei ihm dient das Paradigma als Überbau, um darunter eine politische Programmatik zu entwickeln. Mit seinem Paradigma liegt Barber nun quer zu denen von Fukuyama und Huntington, wie Barber 1998 selbst feststellt.<sup>242</sup> Denn einerseits sieht er in Übereinstimmung mit Fukuyama die westliche Kultur weltweit auf dem Vormarsch; im Unterschied zu Fukuyama liegt aber für ihn genau darin die eine der beiden großen Gefährdungen für die Zukunft. Denn er beschreibt die westliche Kultur in ihrer, nach seiner Auffassung, bedrohlichen Ausprägung der amerikanischen Massenkultur. Auf diese Weise grenzt sich Barber immer wieder gegen die vermeintlich optimistische Sicht von Fukuyama ab.<sup>243</sup> In Einklang mit Huntington wiederum sieht Barber künftige Konflikte in der Regel zwischen religiösen und ethnisch geprägten Gruppen ausbrechen, wobei er in Abgrenzung zu Huntington diese Gruppen nicht auf sieben oder acht Kulturkreise festlegt, sondern als zahlreiche kleinere Kämpfe überall in der Welt definiert. Ihnen gibt er den Namen „Dschihad“, auch wenn sie aus dem islamischen Kontext herausgelöst sind. Bei Barber stehen dann auch anders als bei den beiden

<sup>240</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 17.

<sup>241</sup> Barber (1992), S. 1.

<sup>242</sup> Vgl. insgesamt Barber, Benjamin R. (1998), Kapital versteht nichts von den Genüssen des Lebens, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.98.

<sup>243</sup> Vgl. Barber (1996), S. 85; Barber (1998); Barber (1999a), S. 7, S. 24 und S. 229 sowie Barber, Benjamin R. (1999b), Wo bleibt der Bürger? Demokratie und Öffentlichkeit im Spannungsfeld von lokaler Ideologie und globalem Kommerz, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 230.

anderen Autoren nicht die Natur des Menschen oder ihre kulturelle Zugehörigkeit im Zentrum, sondern die Identität und die Seele der Menschen. Deutlich wird, dass sich die drei Autoren in der Methode und im Ansatz ähneln, sich aber trotzdem in einzelnen Facetten ihrer Modelle unterscheiden. Betrachtet man nun die Aufsätze und Statements von Barber, die nach „Jihad Vs. McWorld“ entstanden sind,<sup>244</sup> so wird sichtbar, dass er mit dem ersten Text ebenfalls den Grundstock seiner gesellschaftspolitischen Programmatik formuliert hat.

### **Was ist McWorld?**

Barbers Ausgangsthese ist, dass die Welt nach 1989 zwischen McWorld und Dschihad zerrieben wird. McWorld steht hier als Synonym für ungezügelte Wirtschafts- und Marktkräfte, die Barber mit der ökonomischen Globalisierung gleichsetzt. Die Wirtschaft ist den Grenzen des Nationalstaates und damit der Politik entwachsen und kann aufgrund fehlender globaler demokratischer Instrumentarien nicht mehr reguliert werden. Dadurch wird der Kapitalismus zum „entfesselten, „wilden“ Kapitalismus“.<sup>245</sup> Barber umschreibt dies plastisch mit „we have removed capitalism from the institutional „box“ that has ... domesticated it“.<sup>246</sup> Die Folgen davon sind globalisierter Konsum, Kommerz und Werbung. Sie produzieren eine weltweite Massenkultur, in der alle Unterschiede eingeebnet sind.<sup>247</sup> Die modernen Kommunikationstechnologien tragen hier einen wesentlichen Anteil bei, da Informationen und deren Verteilung zum eigentlichen Schlüssel der Macht werden.<sup>248</sup> Eine ähnliche Art der Gefahrenbeschreibung findet man bei den Texten von Guéhenno, wie im Anschluss an dieses Teilkapitel gezeigt werden wird. McWorld mit seinen oben genannten Instrumenten zielt direkt auf die Seele der Menschen ab.<sup>249</sup> Barber präzisiert diese These im Jahr 2000, indem er einzelne Entwicklungsschritte innerhalb des Globalisierungsprozesses benennt, die zur Vereinnahmung der menschlichen Seele und schließlich zur Infantilisierung der Menschen führen: „If globalization has meant privatization has been accompanied by radical commercialization, colonizing commercialism has increasingly demanded a quite astonishing and perfectly overt infantilizing of consumers.“<sup>250</sup> Bei Barber wird aus diesen Schritten die Strategie des globalisierten und unbeschränkten Kapitalismus, die von der Ideologie der Privatisierung über eine alles umfassende Kommerzialisierung zur Reduzierung des Menschen auf den Konsumenten führt. Das ökonomisch gesteuerte Erschaffen von immer neuen Bedürfnissen,

<sup>244</sup> Vgl. hierzu etwa Barber, Benjamin R. (1995), Die liberale Demokratie und der Preis des Einverständnisses, in: van den Brink, Bert und van Reijen, Willem (Hg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 360 - 384; Barber (1996); Barber (1999b); Barber, Benjamin R. (2000a), Can democracy survive globalization?, in: Government and opposition 35, Heft 3, S. 275 - 301; Barber (2000b) sowie Barber (2000c).

<sup>245</sup> Vgl. Barber (2000a), S. 279 und Barber (2000c), S. 10.

<sup>246</sup> Vgl. Barber (2000a), S. 275.

<sup>247</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 21 f., S. 66 ff., S. 75 ff., S. 92 ff., S. 110 ff., S. 123 ff., S. 136 ff. und S. 144 ff.

<sup>248</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 86 f., S. 96 und S. 107.

<sup>249</sup> Vgl. hierzu auch Barber (2000a), S. 298 und S. 300.

<sup>250</sup> Barber (2000a), S. 293.

um zu den Bedürfnissen auch die neuen Produkte verkaufen zu können, nennt Barber eine Manipulation, die in der heutigen Zeit zu einer neuen Form des Totalitarismus führe. Barber baut diese Analyse in mehreren Aufsätzen systematisch aus und nimmt sie zur Grundlage für sein Plädoyer zur Reaktivierung einer tatkräftigen und verantwortungsvollen Bürgergesellschaft.<sup>251</sup>

### **Was bedeutet Dschihad?**

McWorld ist aber nur die eine Entwicklung, die nach 1989 besonders zu erkennen ist. Was in anderen Veröffentlichungen in dem Begriff „Glokalisierung“ zusammengeführt wird, teilt sich bei Barber in McWorld und Dschihad.<sup>252</sup> Zu den Gefahren von McWorld, die in ihrer gesellschaftlichen Dimension auf den Nenner der kulturellen Homogenisierung gebracht werden können, addiert sich nun der Dschihad, der in seiner aktuellen Ausprägung laut Barber in allen Staaten und Regionen der Welt anzutreffen ist.<sup>253</sup> So löst er den Begriff aus dem Kontext der islamischen Religion und definiert ihn für seine Texte als einen „rhetorischen“ Begriff,<sup>254</sup> er verwendet ihn also als Metapher für die unterschiedlichsten fragmentarischen und protektionistischen Tendenzen,<sup>255</sup> die gekennzeichnet sind durch einen dogmatischen und gewalttätigen Ausschließlichkeitsanspruch. Dieser kann als „schlichte Suche nach ortsbezogener Identität“ beginnen, um der kulturellen Homogenisierung entgegenzuwirken.<sup>256</sup> „Der Dschihad ist eine blindwütige Reaktion auf Kolonialismus und Imperialismus und auf deren ökonomische Abkömmlinge Kapitalismus und Modernität, er ist eine amoklaufende Vielfalt, krebsgewordener Multikulti oder Zellteilung....“<sup>257</sup> Kulturelle Homogenisierung und gesellschaftliche Atomisierung stellen also die beiden Gefahrenpole der aktuellen Entwicklung dar, von denen Demokratie und Freiheit bedroht sind. Es wird deutlich, dass Barbers „Würgegriff“ darin besteht, eine Kausalität zwischen der Globalisierung von Wirtschaft und modernen Kommunikationstechnologien (McWorld) und kulturellem Fundamentalismus (Dschihad) herzustellen. Da es zuerst zur Verwischung, sogar Vernichtung jeglicher kulturellen Unterschiede, gleichzeitig aber auch zur Vereinzelung und Vereinsamung des Menschen kommt, wird die Sehnsucht nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe geweckt, die sich zudem noch von anderen Gruppen abgrenzen soll. Der Dschihad wird verursacht bzw. verstärkt durch McWorld.<sup>258</sup>

<sup>251</sup> Vgl. hierzu insgesamt Barber, Benjamin R. (1998), Kapital versteht nichts von den Genüssen des Lebens, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.98; Barber, Benjamin R. (1999b), Wo bleibt der Bürger? Demokratie und Öffentlichkeit im Spannungsfeld von lokaler Ideologie und globalem Kommerz, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), *Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York, S. 232 sowie Barber (2000a), S. 298 ff..

<sup>252</sup> Vgl. in diesem Sinne auch insgesamt Barber (1998).

<sup>253</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 171 ff. und S. 220 f.

<sup>254</sup> Vgl. Barber (1992), S. 8.

<sup>255</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 166, S. 177 ff., S. 190 ff. und S. 220.

<sup>256</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 13.

<sup>257</sup> Barber (1999a), S. 15.

<sup>258</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 165 und S. 204 f.



Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ist aber in McWorld nicht mehr zu verorten, da sich Nationalstaaten und nationale Gesellschaften durch die Globalisierung auflösen. Identität ist in McWorld vom Markt bestimmt. Der Dschihad bietet vermeintlich eine Form von Gemeinschaft an und wird somit attraktiv. Zudem braucht der Dschihad nun für die Durchsetzung seiner Ziele die Technologien und Strategien von McWorld,<sup>259</sup> um möglichst viele Menschen erreichen zu können. Der Kreis scheint somit geschlossen. Barber verengt durch diese vereinfachende Kausalkette die künftige Konfliktlinie in der Welt auf zwei - seiner Ansicht nach *die* zwei - fundamentalen Gefahrenquellen im Kontext der Globalisierung.

### 1.3.2 Demokratie und Freiheit

Barbers Dreh- und Angelpunkt sind Demokratie und Freiheit, die er normativ und nicht institutionell definiert.<sup>260</sup> Hier trifft sich Barbers Ansatz mit dem von Guéhenno. Die Demokratie ist für Barber die Verliererin im beschriebenen Kontext, da sie weder von McWorld noch vom Dschihad gebraucht wird.<sup>261</sup> Zudem untergraben beide die Freiheit, da diese nur noch als Wahlfreiheit des Konsumenten, aber nicht mehr als die des politischen Bürgers besteht.<sup>262</sup> Und obwohl der nationalstaatliche Kapitalismus die Demokratie mitbegründet hat, könnte laut Barber der globale Kapitalismus ihr Untergang sein,<sup>263</sup> da die demokratischen Institutionen noch nicht über den nationalstaatlichen Rahmen hinausgewachsen und im lokalen Umfeld die politischen Akteure defensiv oder passiv sind.<sup>264</sup> Interessant ist nun die Programmatik, die für Barber aus dieser Analyse hervorgeht. Ebenso wie Guéhenno beruft er sich darauf, dass die Demokratie aus ihrer Geschichte heraus nicht an den Nationalstaat gebunden sei und daher vom Nationalstaat entkoppelt werden könne. Sie müsse in kleinräumigeren Gebilden, etwa als „Lokaldemokratie“ verwirklicht werden:<sup>265</sup> „Democracy grows from the bottom up and cannot be imposed from the top down. Civil society has to be built from the inside out.“<sup>266</sup> Die Entkoppelung der Demokratie vom Nationalstaat bietet Barber das Fundament für seine Vision der aktiven lokalen Bürgergesellschaft.

<sup>259</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 55, S. 221 ff., S. 250 ff. und S. 273.

<sup>260</sup> Deutlich wird dies in dem Aufsatz Barber (1995), in dem er Gedanken zu einer Form der partizipatorischen Demokratie entwickelt.

<sup>261</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 10 und Barber (1992), S. 8 ff.

<sup>262</sup> Vgl. hierzu Barber, Benjamin R. (1996b), Jihad und McWorld. Der Mythos von der regulativen Kraft des Marktes, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.07.96; insgesamt Barber (1998) sowie Barber (1999a), S. 105 und S. 156.

<sup>263</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 62, S. 84, S. 158 f. und S. 231.

<sup>264</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 277 f.

<sup>265</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 217, S. 227, S. 232 und S. 238 ff.

<sup>266</sup> Barber (1992), S. 12. Vgl. in diesem Sinne auch Barber (2000c), S. 11.

### 1.3.3 Kapitalismus und Globalisierung

Anders als Fukuyama und Huntington bezieht sich Barber explizit auf den Begriff der Globalisierung. Durch ihre ökonomische und kulturelle Dimension bedroht sie Demokratie und Bürgergesellschaft. Auch wenn Barbers Sicht auf den Kapitalismus kritisch wirkt, betont er immer wieder, dass seine Kapitalismuskritik keine generelle, sondern eine besondere ist, nämlich ausschließlich bezogen auf die globalisierte und damit politisch nicht mehr steuerbare Ausprägung der heutigen Zeit.<sup>267</sup> Anders als Fukuyama glaubt Barber nicht, dass der wirtschaftliche Liberalismus automatisch die Demokratie nach sich ziehe oder für demokratische Ideale förderlich sei. Für Barber besteht der Zusammenhang in umgekehrter Folge: Der Kapitalismus konnte sich erst unter den Bedingungen der nationalstaatlichen Demokratie zum Nutzen der Menschen entwickeln.<sup>268</sup> Durch die Herauslösung des Kapitalismus aus den nationalstaatlichen Strukturen werden Staatssouveränität und Demokratie beschädigt.<sup>269</sup> Barber präzisiert: „Out of the box, capitalism does not work nearly as well as it does within the box. Yet because postmodern capitalism globalizes around information and telecommunications technology ..., it not only escapes the box; it also erodes the boundaries that constitute the box.“<sup>270</sup> Der Staat ist nicht länger das Instrument, um den „wildgewordenen Kapitalismus“ zu zähmen,<sup>271</sup> weil er wehrlos zwischen McWorld und Dschihad aufgerieben wird.<sup>272</sup> Eine neue Kategorie von Institutionen und Akteuren in Form der global players ist entstanden, die ohne erkennbare nationale Identität auskommen, die aber die Regeln bestimmen.<sup>273</sup>

### 1.3.4 Nationen und Konflikte

Um die Interdependenz zwischen Kapitalismus und nationalstaatlicher Demokratie zu untermalen, greift Barber zu Beispielen aus der Zeit nach 1989. Gerade die Entwicklungen in den ehemaligen Ostblockstaaten zieht er als Illustration heran, um zu zeigen, dass Kapitalismus ohne Demokratie nicht wirklich funktionieren kann.<sup>274</sup> Nachdem für Barber die ökonomische und kulturelle Globalisierung in ihren negativen Ausprägungen als McWorld vom Westen und besonders von den USA ausgeht, beschreibt er in seinen Texten die Reaktionen von Staaten wie China, Japan und Russland darauf. Sie reagieren seiner Meinung nach eher unterschiedlich auf McWorld, haben aber

<sup>267</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 20 und S. 245 ff. Vgl. zur Kapitalismuskritik Barber (2000b), S. 14 und (2000c), S. 10.

<sup>268</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 18 ff., S. 244 ff. und S. 250 sowie Barber (2000a), S. 276 f. In diesem Sinne ebenfalls insgesamt Barber (1995).

<sup>269</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 88 und S. 156 f.

<sup>270</sup> Barber (2000a), S. 276.

<sup>271</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 156 f.

<sup>272</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 62, S. 229 und S. 273.

<sup>273</sup> Vgl. Barber (1992), S. 3 sowie Barber (1999a), S. 17, S. 29 ff. und S. 156.

<sup>274</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 19, S. 206 ff. S. 254 ff. und S. 274.

gemeinsam, dass sie alle die Strukturen von McWorld bei Bewahrung ihrer regionalen und kulturellen Eigenheiten nutzen. So benutzt etwa China die ökonomischen Strukturen und Instrumentarien, ohne sich jedoch zu demokratisieren. Japan hingegen verleiht diese Strukturen und Instrumentarien seinem eigenen Wertesystem ein.<sup>275</sup> Die Ähnlichkeit zu Fukuyamas und Huntingtons Beschreibungen fällt sofort ins Auge. Eine weitere Parallele bietet der Blick auf den Islam. Zwar trägt Barber die Stereotypen über die „blutige Kultur“ in abgeschwächter Form vor, doch auch er hält die islamische Welt aufgrund ihrer Religion tendenziell für demokratiefeindlich. Auch der Verweis, dass er „Dschihad“ als rhetorische Formel gebrauche, endet bei Barber in der Feststellung, dass der „eigentliche Dschihad“ in der islamischen Welt verwurzelt sei, da er dort „erfunden“ wurde. Für Barber ist der Dschihad in diesem Zusammenhang vor allem eine dialektische Reaktion auf die Moderne, weil Modernisierung als Verwestlichung empfunden werde. Darin liege der Grund, warum sich die Demokratie, die mit dem Westen identifiziert werde, in der islamischen Welt nicht durchsetzen könne.<sup>276</sup> Und auch die skeptische Sicht auf die Möglichkeiten und Chancen transnationaler Modelle teilt Barber mit Fukuyama und Huntington. Obwohl er - eher allgemein - für eine starke Weltdemokratie plädiert,<sup>277</sup> beginnt für ihn der richtige Weg von unten, nämlich im Lokalen. Seine Skepsis erstreckt sich auch auf ein globales Völkerrecht, da heute noch keine entsprechenden Körperschaften zur Umsetzung existieren. So ist für Barber eine Weltregierung eher eine ferne Hoffnung, die an „Traumtänzerei“ grenzt.<sup>278</sup>

Kriege und Konflikte fallen bei Barber in die Kategorie des Dschihad, sie sind kulturell und ethnisch motiviert, erstrecken sich aber nicht wie bei Huntington auf einzelne große Kulturkreise, sondern können überall aufbrechen. Sie erscheinen allerdings als eine Reaktion auf die Vereinheitlichungstendenzen der ökonomischen und kulturellen Globalisierung.<sup>279</sup> Hier fällt Barber ein anderes Urteil als Fukuyama. Barber kommt schließlich zu der Prognose, dass kurzfristig der Dschihad die nahe Zukunft beherrschen werde und damit diese Form von Konflikten erst einmal weiter ausbrechen könne. Langfristig geht er aber von einer Dominanz von McWorld aus,<sup>280</sup> da die Homogenisierungstendenzen von „Videologie und Mediologie“ das rückwärtsgewandte Stammesdenken zersetzen könnten.<sup>281</sup> Ob die Welt damit friedlicher werde, lässt Barber offen.<sup>282</sup> Die Betonung der Gefahren von McWorld erklärt aber auch, warum

---

<sup>275</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 191 ff.

<sup>276</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 213 ff.

<sup>277</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 282.

<sup>278</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 231 ff.

<sup>279</sup> Vgl. Barber (1992), S. 7 f.

<sup>280</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 24 und S. 90.

<sup>281</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 22.

<sup>282</sup> In seinem Artikel für Weidenfeld und die FAZ (gekürzte Fassung) 1996 spricht Barber in diesem Kontext dann aber von einem „Makro-Frieden“, der durch die homogenisierende Wirkung von McWorld wahrscheinlich sei. Vgl. Barber,

sich Barber in seinen späteren Texten auf diese konzentriert, um davon ausgehend seine Programmatik zu entwickeln.

### 1.3.5 Werte und Identität

Barbers Bezugnahme auf Werte und Identität zeichnet sich durch zwei Facetten aus. Zum einen beschreibt er den durch den entfesselten Kapitalismus zum passiven Konsumenten umgeformten Bürger, der aufgrund seiner neu geformten Identität zum Scheitern verurteilt ist.<sup>283</sup> Identität wird zur reinen Marktidentität, wobei alle anderen Identitätsfacetten, wie ethnische und staatsbürgerliche, zu kurz kommen. In McWorld steht somit das „Ich“ des atomisierten und gleichgeschalteten Konsumenten dem „Wir“ der mündigen Bürgergemeinschaft gegenüber, die es aber kaum noch gibt. Unsere Zeit ist in Anlehnung an Marcuse (und Musil) geprägt vom „no dimensional man“.<sup>284</sup> Zum anderen gibt es als Flucht aus dieser homogenisierten und vereinsamten Identität noch die des „Dschihad“, also das ethnische „Wir“, das dem fremden Anderen gegenüber steht.<sup>285</sup> Durch die Entfremdung der Bürger vom Gemeinwesen durch McWorld entsteht laut Barber eine spirituelle Leere, in die der „multiple“ Dschihad stoßen kann.<sup>286</sup> Barber argumentiert, dass auf diesem Weg deutlich wird, dass Werte, Erziehung und Gemeinwohl für die Entwicklung zum mündigen Bürger unerlässlich sind.<sup>287</sup> Denn was wir globalisiert haben, sind in seiner Beschreibung „crime, drugs, terror, hate, pornography and financial speculation“, aber eben nicht universelle Werte, die gerade durch die Demokratie hochgehalten werden müssen.<sup>288</sup> Am besten sei dies auf der lokalen Ebene zu realisieren. Die Lösung liegt, wie noch zu zeigen sein wird, in einer starken und aktiven lokalen Gemeinschaft, die zum einen dem sektiererischen Dschihad etwas auf der gleichen Wirkungsebene entgegenzusetzen hat, und zum anderen die Demokratie von unten neu aufbaut.<sup>289</sup>

### 1.3.6 Modernisierung und Verwestlichung

Auch Barber ordnet seine Position in den Zusammenhang von Moderne und Postmoderne ein. Wie Fukuyama greift er das philosophisch beschriebene „Ende der Menschheitsgeschichte“ auf, an dem entweder Vernunft und Wissenschaft siegen oder grauenvoll entarten werden.<sup>290</sup> Barber lehnt aber - in ähnlich

---

Benjamin R. (1996a), Kann die Demokratie McWorld überleben? Der Mythos von der regulativen Kraft des Marktes, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 85 und auch Barber (1999b), S. 230 ff.

<sup>283</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 37, S. 104 und S. 252 sowie Barber (1999b), S. 233 f.

<sup>284</sup> Vgl. Barber (2000a), S. 298 und ebenso Barber (2000b), S. 16.

<sup>285</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 229 und S. 250 sowie Barber (1999b), S. 234.

<sup>286</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 273.

<sup>287</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 124. So auch Barber (1995).

<sup>288</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 250 und Barber (2000c), S. 3.

<sup>289</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 274 und S. 282 f.

<sup>290</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 9.

missverständlicher Interpretation - Fukuyamas These vom Ende der Geschichte ab, weil er eben gerade die Demokratie bedroht sieht. Für Barber gibt es nur noch die negative Alternative zwischen Dschihad und McWorld, wenn nicht ein „Dritter Weg“<sup>291</sup> als Lösung aus dem Dilemma gefunden wird. Sollte keine Alternative zu finden sein, stünden wir vor einer neuen Epoche, die laut Barber postkommunistisch, postindustriell, postnational sowie sektiererisch, angsterfüllt, bigott und postdemokratisch sein wird.<sup>292</sup>

### 1.3.7 Programmatik und Lösungsansatz

Wie bereits angesprochen wurde, steht für Barber die lokale Gemeinschaft im Zentrum seiner Programmatik und seines Lösungsansatzes. Wie bei Fukuyama und Huntington bietet die subnationale Ebene die Projektionsfläche dafür. Barber plädiert für eine „Demokratie von unten“, die auf freiwilliger Basis in den lokalen Gemeinschaften entstehen soll und gelebt werden muss. Dazu braucht es aktive und mündige Bürger,<sup>293</sup> die das Gemeinwohl selbst gestalten und sich dann mittels der modernen Kommunikationstechnologien weltweit vernetzen.<sup>294</sup> Es geht also um eine Wiederaneignung des Gemeinwohls und der Verantwortung, die in der Rückbesinnung auf lokale Strukturen und Institutionen und damit in einer „Selbstregierung“ liegt.<sup>295</sup> Für Barber liegt die Lösung nicht in internationalen Institutionen, Recht und Strukturen, sondern in einem weltweiten Bürgerforum als interaktivem Vertretungsorgan der Lokalgemeinden.<sup>296</sup> Diese Programmatik beschreibt Barber erneut in einem Gespräch und Aufsatz in den „Politischen Studien“, die sich wie ein Aufruf zum Aktivwerden und Handeln vor Ort, in den Schulen, der Nachbarschaft und den Kommunen liest.<sup>297</sup> Im September 2000 bezieht Barber dann die Nationalstaaten in seinen Appell mit ein. Denn hier betont er, dass die Nationalstaaten noch nicht völlig entmachtet seien und deshalb die Möglichkeit nutzen müssten, Politik zu gestalten, indem sie inter- und transnationale zivile Akteure und Projekte unterstützen und so dabei helfen, eine internationale Bürgergesellschaft von unten aufzubauen.<sup>298</sup>

### 1.3.8 Fazit

Auch Barbers Texte sind wertebezogen und zeichnen sich durch einen kulturalistischen Akzent aus. Im Mittelpunkt stehen die Konsumkultur des Westens und die Religionskultur des Islam. Die Demokratie wird ebenfalls wertebezogen und

<sup>291</sup> Barber verwendet diesen Begriff in: Barber (1996a); Barber (1998); Barber (1999a), S. 98 ff. sowie Barber (1999b), S. 238.

<sup>292</sup> Vgl. Barber (1996a) S. 85 und Barber (1999a), S. 25, S. 164 und S. 243.

<sup>293</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 231 und S. 275 ff. sowie Barber (1999b), S. 238.

<sup>294</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 266 f. und 271.

<sup>295</sup> Vgl. Barber (2000b), S. 13, S. 230 ff., 274 f. und 281 ff.

<sup>296</sup> Vgl. Barber (1992), S. 13 und Barber (2000b), S. 15 und v.a. S. 17 f.

<sup>297</sup> Vgl. Barber (2000b), S. 17 ff. und Barber (2000c), S. 8 ff.

<sup>298</sup> Vgl. hierzu insgesamt Barber (2000b) und (2000c).

nicht institutionell definiert. Bei Barbers Texten überwiegt eindeutig der Gefahren-Aspekt, der sich aus kultureller Homogenisierung, gesellschaftlicher Atomisierung, religiös und ethnisch basierter Fragmentierung, protektionistischen Tendenzen und dem Niedergang der Demokratie zusammensetzt. Barber schreibt, dass nur noch eine Wahl zwischen „alleinseligmachender Marktideologie und kriegsbeilschwingendem Stammesgeheil“ bestehe, wobei weder das eine noch das andere auch nur ansatzweise eine demokratische Zukunft verheiße.<sup>299</sup> Gerade die kulturelle Homogenisierung und die gesellschaftliche Atomisierung beschäftigen Barber. Für ihn geht die Menge an Symbolen und Bildern, die eine Kultur ausmachen und die Gemeinschaft zusammenhalten, in McWorld unter.<sup>300</sup> Nachdem Barber den Ausgangspunkt für McWorld in Amerika verortet, Verwestlichung also Amerikanisierung bedeutet,<sup>301</sup> spiegelt auch er in seinen Texten die Verunsicherung des amerikanischen Selbstbildes wider. Problematisch bleibt Barbers Ansatz, McWorld und damit den technologischen Fortschritt in Gänze als „das Böse“ zu definieren, sein Blickwinkel erscheint durch und durch pessimistisch: „Die Vehemenz von Barbers Thesen macht ratlos, bereitet Kopfweh: So viel Verschwörung gab es lange nicht mehr.“<sup>302</sup> Damit bietet er denjenigen einen Angriffspunkt, die gerade in den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien Chancen sehen, um weltweit eine größere Transparenz herzustellen.<sup>303</sup> So ist festzustellen, dass trotz des Aufleuchtens einer Vision, die freilich wenig Konkretes enthält, Barber grundsätzlich skeptisch in Bezug auf die Zukunft von Nationalstaat, Demokratie und Gesellschaft bleibt. Das dialektische Wechselspiel zwischen Dschihad und McWorld verhindert tendenziell eine Reform, denn eine starke Demokratie braucht aktive Bürger, Bürger brauchen eine demokratische Gesellschaft, eine demokratische Gesellschaft braucht eine Form des (lokalen) Zusammenschlusses, der nicht auf Stammesidentität beruht, und dazu braucht es wiederum eine starke Demokratie. Der Zirkelschluss in Barbers Konzept ist vollzogen, die Realisierung seiner Vision bleibt aber offen.

#### 1.4 Jean-Marie Guéhenno - Steht auch das Ende der Demokratie bevor?

Mit Barbers Ansatz und Programmatik ist bereits der Übergang zu Jean-Marie Guéhennos „Ende der Demokratie“ vollzogen. Beide treffen sich in ihrer Sorge um die Zukunft von Demokratie und Freiheit, die sie durch das Brennglas der

---

<sup>299</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 227. Stark von dieser pessimistischen Tendenz ist ebenfalls geprägt Barber (1999b).

<sup>300</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 91.

<sup>301</sup> Vgl. Barber (1992), S. 4; Barber (1999a), S. 66, S. 75, S. 85, S.103 und S. 108 f. sowie Barber (1999b), S. 227 f.

<sup>302</sup> „Ein Schritt aus der Zeit. Benjamin R. Barber macht sich Sorgen um die Freiheit“, *Süddeutsche Zeitung*, 29.11.96; vgl. ähnlich „Jihad versus McWorld?“, *Der Tagesspiegel*, 19./20.04.97; eine positive Kritik erfährt Barber in „Demokratie in der Zange“, *Die Zeit*, 41/96.

<sup>303</sup> Vgl. hierzu insgesamt Bieber (1999) sowie den Schlussbericht (2002), S. 447 f.

Gesellschaft bzw. der Gemeinschaft betrachten. Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Gemeinschaft, auf der sie basiert, stark genug und stabil ist.<sup>304</sup> Bei beiden überwiegt die pessimistische Sicht auf die künftigen Entwicklungen, wobei Guéhenno jedoch in seinen Beschreibungen weniger plakativ wirkt als Barber. Im Mittelpunkt steht bei ihm die Frage nach der Konstituierung von Identität in einer Zeit, in der sich der Nationalstaat und die an ihn gebundene Nation auflösen. Dennoch unterscheidet sich Guéhenno von den drei anderen Autoren. Zum einen formuliert er sein Paradigma nicht in der Absolutheit, wie etwa Huntington oder Barber es tun. Da er jedoch den Anspruch erhebt, in seinem Buch „eine völlig andere Deutung zur Diskussion“ zu stellen, ist es durchaus sinnvoll, seine Texte in diesem Abschnitt zu behandeln.<sup>305</sup> Zum anderen hat er mit dem Titel seines Buches dem Diskurs ein weiteres Schlagwort hinzugefügt, auf das immer wieder Bezug genommen wird. Insgesamt spiegelt „Das Ende der Demokratie“ eine gewisse Ambivalenz in Guéhennos Sicht auf die Zukunft der Demokratie wider, da sich Warnung und Lösungsidee an manchen Stellen die Waage halten. Gerade sein in Japan verfasster Epilog unterstreicht diese Ambivalenz. In seinen späteren Aufsätzen überwiegt dann die Suche nach Lösungen, wie Demokratie und politische Gestaltung jenseits des Nationalstaates zu verwirklichen sind. Guéhenno vollzieht somit eine Wendung von der Betonung der Gefahren hin zur Formulierung von Chancen und Optionen.

#### 1.4.1 These und Ansatz

Guéhenno betont in seinem Buch die Zäsur von 1989 stärker als die drei anderen Autoren. Für ihn dreht sich die Frage nicht nur darum, ob nun post-moderne Erscheinungen die Gegenwart beeinflussen werden, sondern er erklärt dezidiert, dass das Ende einer Epoche gekommen sei.<sup>306</sup> Er kann sich weder Huntingtons noch Fukuyamas Prognosen anschließen, sondern schreibt: „Das Jahr 1989 bezeichnet ... das Ende dessen, was durch die Revolution von 1789 institutionalisiert wurde. Mit diesem Jahr endet das Zeitalter der Nationalstaaten.“<sup>307</sup> Guéhenno wählt als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen die Nation, in der er ein wesentliches Merkmal der Moderne erkennt.<sup>308</sup> Sie ist für ihn an den Nationalstaat und damit an feste territoriale Umgrenzungen gebunden. Und ebenso ist Demokratie in ihrer institutionellen Form an Nation und Nationalstaat gekoppelt.<sup>309</sup> Nachdem die Globalisierung nun aber die Einheit von Demokratie und Nation aufzulösen droht, da sie die verbindenden

<sup>304</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 398 und S. 403.

<sup>305</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 10.

<sup>306</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 9.

<sup>307</sup> Guéhenno, (1994), S. 10.

<sup>308</sup> Vgl. Scharpf, Fritz W. (1998b), Demokratie in der transnationalen Politik, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 228 - 253 sowie Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.) (2001), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 458 ff.

<sup>309</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 21 f. und Guéhenno (1998), S. 138 f.

Strukturen der Gemeinschaft verändert, wird die „Krise der Nation“ auch zur Krise der Demokratie.<sup>310</sup> Diese Bedrohung durch die Globalisierung liegt für Guéhenno in dem Bedeutungsverlust von Territorialität und Raum, da sich die Identität nicht mehr in fest umrissenen Grenzen bilden kann, in denen gleichzeitig legitime politische Entscheidungsprozesse und Institutionen verankert sind. Neue Freiheiten, neue Gemeinschaften und neue Werte entstehen, die noch nicht kalkulierbar sind. Fragmentierung, Nationalismus und protektionistische Bestrebungen stellen neue Gefährdungen dar. Und auch mit den neuen Politikformen können neue Gefahren für Gesellschaft, Staat und Demokratie einhergehen.<sup>311</sup> Guéhenno widmet sich den Fragen, ob es eine Form der Demokratie jenseits der nationalstaatlichen Grenzen geben kann und wie sich vor allem unter den veränderten Bedingungen Identität und Gemeinschaft ausbilden können.

#### 1.4.2 Moderne und ein neues Zeitalter

Guéhenno's Ausgangspunkt für sein Plädoyer gegen die Gefahren der Globalisierung ist das von ihm konstatierte Anbrechen eines neuen Zeitalters, das er als imperial, vernetzt und personenbezogen definiert. In dem durch die Globalisierungsprozesse verursachten und beschleunigten Wandel scheint die Welt, wie wir sie kennen, zu entgleiten, sie wird abstrakter und immaterieller.<sup>312</sup> Guéhenno spricht vom Zeitalter der Kurzlebigkeit, das durch „diffusen Wandel und kapillare Streuung“ gekennzeichnet ist.<sup>313</sup> Davon ausgehend entwickelt er sein Konzept vom „imperialen Zeitalter“, das in einigen Zügen an Albrows „Globales Zeitalter“ erinnert, wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird. Guéhenno zieht den Vergleich zwischen Imperium und Republik. Das Imperium, wie Guéhenno es im Sinn hat, gleicht dem Römischen Reich oder dem chinesischen Kaiserreich. Seiner Auffassung nach zeichnet sich im aktuellen Wandel der Übergang vom nationalstaatlichen Zeitalter zu einer Epoche des Imperiums ab, in dem die Territorialität zurücktritt. Modernes steht heute neben Vor-Modernem, so wie es auch Albrow analysiert.<sup>314</sup> Indem Guéhenno die Demokratie aus ihrem nationalstaatlichen Kontext löst, gelingt es ihm, sie über das Ende des Nationalstaates hinaus zu retten und an der Definition ihrer zukünftigen Funktionsweise zu arbeiten. Dieser methodische Schritt erinnert an Barbers Verweis auf die Möglichkeit der Entkoppelung von Demokratie und Nationalstaat. Allerdings ist sich Guéhenno bewusst, dass mit dem Verlust der Gewissheiten des nationalstaatlichen Zeitalters eine große

<sup>310</sup> Vgl. hierzu auch Guéhenno (1996), S. 405 und Guéhenno, Jean-Marie (1999b), *Die neue Machtfrage, Die Zeit* 51/99. In diesem Zusammenhang sprechen Leggewie und Münch von der „offenen Flanke“ der Moderne. Vgl. Leggewie/Münch (2001), S. 458.

<sup>311</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 22.

<sup>312</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 24 ff.

<sup>313</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 49 und S. 96.

<sup>314</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 73 f. und S. 129. Vgl. zum Bezug auf den Begriff „Imperium“ auch Hardt und Negri. Vgl. insgesamt Hardt, Michael und Negri, Antonio (2002), *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main.



Verunsicherung einhergeht.<sup>315</sup> Trotz des Ausblicks auf die Rettung der Demokratie über den Nationalstaat hinaus, ist seine Zeitanalyse eher pessimistisch. Das neue Zeitalter erfordert von den Menschen und dem System eine „allseitige Supra-Leitfähigkeit, die für individuelle Unterschiede keinen Raum mehr läßt“.<sup>316</sup> Konformismus, eine „matte Welt der Reflexe“, ein „Zeitalter der Spiegelungen“ und die Bedrohung durch Langweile stehen bevor.<sup>317</sup> Diese Position erinnert an Fukuyamas Ende der Menschheitsgeschichte. Guéhenno bezieht sich bei dieser Beschreibung häufig auf Japan als das Land, in dem das neue Zeitalter mit seinen typischen Verhaltens- und Verfahrensweisen bereits etabliert sei. Offen bleibt im Buch im ersten Moment, ob er dies als Bedrohung oder doch in gewisser Weise als Chance wertet (vgl. Epilog). Guéhenno bezieht sich bereits im Original seines Buches 1993 konkret auf die Globalisierung. Auch bei ihm deutet sich die neue Form der Kapitalismuskritik an, wie sie nach dem Ende des Kommunismus vielfach zu beobachten ist. Er spricht von der Ökonomisierung der Politik als Gefahr und sieht in der Wirtschaft den Motor für die aktuelle Dynamik.<sup>318</sup> Geld und Korruption werden zu neuen Symbolen einer neuen Zeit.<sup>319</sup> Guéhennos Sicht erinnert hier an Barbers Einschätzung.

### 1.4.3 Nation, Identität und Demokratie

Wie aufgezeigt, hängen geografischer Raum, Nation und Demokratie für Guéhenno zusammen. Claus Leggewie definiert diese Einheit wie folgt: „Nationen stellen und stellen den Rahmen von Gemeinschaft und Gesellschaft, begrenzen den Kommunikationsraum von öffentlicher Meinung und Medien, von politischen Parteien und Interessensgruppen und geben so die Voraussetzungen für politische Repräsentation und Partizipation. In diesem Rahmen ist auch definiert, mit wem soziale und politische Solidarität geübt werden und wer davon ausgeschlossen bleiben sollte.“<sup>320</sup> Mit der Auflösung dieser Einheit durch die Globalisierungsprozesse verliert auch Politik ihren Raum und damit ihre Legitimität.<sup>321</sup> Die klassische Vorstellung der parlamentarischen Demokratie geht mit „der Politik als Ort der allgemeinen Ideen und großen Entscheidungen“ unter.<sup>322</sup> So bezeichnet Guéhenno die Nation als Schlüssel für das nationalstaatliche Zeitalter, das nun vom imperialen und vernetzten Zeitalter abgelöst wird, dessen Kennzeichen das Unvollendete und Ungleichgewichtige ist. Die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme öffnen sich, so dass eine mehrdimensionale Welt entsteht. Öffnung nach außen

---

<sup>315</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 74.

<sup>316</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 116.

<sup>317</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 118.

<sup>318</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 30 und S. 69; vgl. auch Guéhenno (1996), S. 396 f.

<sup>319</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 120 ff., S. 143 ff. und S. 152 f.

<sup>320</sup> Leggewie/Münch (2001), S. 471.

<sup>321</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 26 ff., S. 31 und S. 63.

<sup>322</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 100.

ist für sie konstitutiv.<sup>323</sup> Auch die Bürger definieren sich heute immer weniger über ihre Teilhabe an der Ausübung der Souveränität, sondern über ihre Tätigkeit, die innerhalb eines Rahmens von klaren und vorhersehbaren Regeln abläuft. Für Guéhenno entsteht daher statt eines universalen politischen Gemeinwesens ein gesellschaftliches „Gewebe ohne erkennbare Nähte“,<sup>324</sup> in dem die Idee des Souveräns ausgedient hat.<sup>325</sup> Damit verändern Politikgestaltung und Macht ebenfalls ihren Charakter. Guéhenno sieht voraus, dass es zu einer „Japanisierung“ der Gesellschaft kommen werde, da Entscheidungen immer mehr zerlegt und dezentralisiert würden. Konfliktlösung würde dadurch erleichtert, denn es gehe nicht mehr um Prinzipien, sondern nur noch um Kleinstentscheidungen, an denen alle Betroffenen beteiligt sind.<sup>326</sup> Hier bleibt Guéhenno erneut seltsam ambivalent, da sich bei der Beschreibung dieser Entwicklung Hoffnung und Skepsis die Waage halten. An anderer Stelle wird er jedoch deutlicher und greift zum Sinnbild des Wettersystems und der Lego-Steine, um die Gesellschaft des imperialen Zeitalters zu charakterisieren.<sup>327</sup> Hier ist die Intention eindeutig negativ. Weitere düstere Metaphern symbolisieren das reibungslose, vernetzte Funktionieren der „Gesellschaftspartikel“, die wie eine „kybernetische Maschine“ oder ein riesiges „Gehirn“ arbeiten.<sup>328</sup> Somit wird die Anpassungsfähigkeit zum Schlüssel für die Persönlichkeit im imperialen Zeitalter. Wie später zu zeigen sein wird, findet sich diese Beschreibung bei Richard Sennett wieder.<sup>329</sup>

Im Jahr 1999 konkretisiert Guéhenno seine Analyse zur Krise der Nation und Demokratie. Auf der einen Seite grenzt er sich von Fukuyamas Modell der historischen und posthistorischen Gesellschaften ab, da für ihn das Ausmaß der Krise nur zu begreifen ist, wenn man auf die Gemeinsamkeiten der Entwicklungen in allen Ländern der Welt blickt. Diese bestünden darin, dass einerseits Identität heute durch die Zugehörigkeit zu einer selbstgewählten Gemeinschaft bestimmt sei. Andererseits befänden sich überall die traditionellen politischen Institutionen in Konkurrenz zu vielen anderen neuen Akteuren. Und zum Dritten sei zu beobachten, dass sich der Rückzug des Politischen beschleunige. Der Bürger wandle sich zum anspruchsvollen Kunden, so dass der Staat zum Dienstleister degradiert werde.<sup>330</sup> Daher kann sich traditionelle Politik zu ihrer Legitimierung nicht mehr auf ihre Fähigkeit zur Verwaltung berufen, da genau diese als technokratisch empfunden werde. Und Politik begründe zudem nicht

---

<sup>323</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 75 f. und S. 86.

<sup>324</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 87 f.

<sup>325</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 100.

<sup>326</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 101 ff.

<sup>327</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 111 ff., S. 117 und S. 123 f.

<sup>328</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 114 f.

<sup>329</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 119.

<sup>330</sup> Vgl. hierzu auch Guéhenno, Jean-Marie (1999a), Wer regiert Europa? Politische Macht und demokratische Öffentlichkeit in der Europäischen Union, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 286.

mehr Werte und Ethik. Eine Lösung der Misere schimmert bei Guéhenno - in Übereinstimmung mit Barber - auf, wenn er davon spricht, dass Demokratie erhalten werden könne, wenn die Menschen die Erfahrung der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft an die Lösung praktischer Probleme koppeln könnten. Hier ist ebenfalls die lokale Ebene der Ansatzpunkt, um die Demokratie von unten neu aufzubauen. Laut Guéhenno braucht es zwischen dem Individuum und der Ebene der Globalität verschiedene Stufen. Ihm schwebt ihm Anlehnung an das vernetzte Zeitalter die Welt als „Gemeinschaft der Gemeinschaften“ vor.<sup>331</sup> Eine besondere Facette des imperialen und vernetzten Zeitalters ist für Guéhenno die Mediendemokratie. Hier ist sein Akzent pessimistisch, da er befürchtet, dass die öffentliche Wahrnehmung hauptsächlich durch die Medien organisiert und diese Wahrnehmung vor allem von Kurzfristigkeit dominiert wird. Es bestehe die Gefahr, dass die Menschen nur noch fragmentierte Bilder und Personen zu sehen bekommen und sich damit die Wahrnehmung ebenfalls fragmentiert.<sup>332</sup> Politik werde zunehmend inszeniert, um die öffentliche Wahrnehmung zu steuern.<sup>333</sup> So könnten in der Folge Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung auseinander klaffen, wenn sich eine Nation selbst als das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen sähe, dies aber nicht der Realität entspräche. Gerade diese Frage wird im Zusammenhang mit dem Vorgehen der USA im Kampf gegen den Terrorismus thematisiert und erhält so eine hohe Aktualität.<sup>334</sup>

### **Beispiel Europa**

Da Guéhenno mit dem Blick des Europäers auf die Globalisierungsprozesse sieht, setzt er andere Akzente als die Autoren aus den USA. „The perception in America is quite different. The fact that after the end of the cold war, U.S. power is no longer challenged by any traditional threat has increased the self confidence of the American people ....“<sup>335</sup> Für Europa spricht Guéhenno von einer „Kultur des Kompromisses“, die dazu führe, dass es in Europa im Unterschied zu den USA kaum Skepsis gegenüber trans- und internationalen Institutionen gebe. Daher könne es aus der europäischen Perspektive eher eine Lösung der politischen Krise durch Dezentralisierung und Streuung der Macht geben.<sup>336</sup> Damit hat er den Kern seiner Programmatik benannt. Er nimmt, vor allem in seinen späteren Aufsätzen, konkret Stellung zum europäischen Integrationsmodell.<sup>337</sup> Nachdem für ihn auch hier die Nation und der Nationalstaat den Fokus bilden, kommt Guéhenno zu einer ausgesprochen skeptischen

<sup>331</sup> Vgl. Guéhenno (1999b).

<sup>332</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 52 f.

<sup>333</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 101 ff.

<sup>334</sup> Vgl. „Amerikaner sehen sich anders als der Rest der Welt“. Umfrage offenbart unterschiedliche Wahrnehmung, *Berliner Zeitung*, 21.12.01.

<sup>335</sup> Guéhenno (1998), S. 138.

<sup>336</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 92 und insgesamt Guéhenno (1999b).

<sup>337</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 394 f. und S. 398 f.; insgesamt Guéhenno (1998) und Guéhenno (1999a).

Haltung. Da er explizit das Ende des nationalstaatlichen und damit föderalen Zeitalters ausruft, kann für ihn die EU nicht in Form eines vergrößerten Nationalstaats konzipiert sein. So könne beispielsweise die häufig geforderte Stärkung des europäischen Parlamentes kaum ausreichen, da man damit lediglich versuche, „auf europäischer Ebene das wieder zu errichten“, was auf nationaler Ebene verloren ist.<sup>338</sup> Sowohl die Vorstellung eines föderalen Europas als auch einer föderalen Weltrepublik, wie sie etwa Höffe als Vision vertritt, sind für ihn an das institutionelle Zeitalter gebunden und damit heute „ausgesprochen unzeitgemäß“.<sup>339</sup> So ist in Guéhenno's Logik die EU als Entwicklungsstufe in der globalen Welt ungeeignet,<sup>340</sup> da es gerade um die Überwindung der föderalen Strukturen gehe.<sup>341</sup> „Allein die Ebene zu wechseln, von der Nation zum Kontinent überzugehen, reicht als Lösung zur Erneuerung der Demokratie nicht aus.“<sup>342</sup> Zusätzlich besitzt Europa laut Guéhenno heute keine klare Architektur mehr, sondern ist ein Teil einer Gesamtheit an Institutionen, die miteinander konkurrieren.<sup>343</sup> Für Guéhenno muss es daher zu einer Streuung der Macht auf verschiedene Ebenen kommen.<sup>344</sup> Europa findet seine neue Funktion in der Herstellung von Transparenz und der Definition neuer gemeinsamer Grundlagen und Werte, nicht aber in der bloßen Bereitstellung von Dienstleistungen.<sup>345</sup> Da Guéhenno die Argumentation verfolgt, dass die europäischen Nationen sich aus einem großen gemeinsam erfahrenen Unglück konstituiert haben, sei eine solche Entwicklung in Europa heute nicht noch einmal zu erwarten. Daher werde es auch keine europäische Identität in Nachfolge der nationalen Identitäten geben.<sup>346</sup> Guéhenno grenzt sich hier gegen anderslautende Meinungen ab, die vor allem in der fehlenden europäischen Kommunikation eine Ursache für eine fehlende europäische Identität sehen.<sup>347</sup> Die europäische könne seiner Ansicht nach nämlich lediglich die nationale Identität ergänzen.<sup>348</sup> Dies sei der Grund, warum Europa auch nicht als Vorbild für andere Regionen dienen könne, denn diese müssten dann die europäische Geschichte und die Entstehung der Nationen „im Zeitraffer“ erleben.<sup>349</sup>

---

<sup>338</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 281 ff.

<sup>339</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 76 f.

<sup>340</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 78.

<sup>341</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 406.

<sup>342</sup> Guéhenno (1996), S. 399.

<sup>343</sup> Vgl. Guéhenno (1998), S. 145 f.

<sup>344</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 83 f. Vgl. auch insgesamt Messner (1998a); Messner, Dirk (2000c), Globalisierung und Global Governance - Entwicklungstrends am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 350 - 377 sowie Brock, Lothar (1998), Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 44 - 73.

<sup>345</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 291 f.

<sup>346</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 19, S. 23 f. und S. 80. Zur Frage der europäischen Identität, vgl. insgesamt Graf Kielmanssegg (1996) sowie Münch (1998), S. 267 - 324.

<sup>347</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 395 f., außerdem insgesamt Habermas (1997) sowie Scharpf (1998a).

<sup>348</sup> Vgl. Guéhenno (1999b). Münch bezeichnet dies als „schleichenden Identitätswandel“ in Europa, vgl. Münch (1998), S. 323.

<sup>349</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 24.

#### 1.4.4 Prinzipien und Werte

„Es ist eine Besonderheit der nationalstaatlichen Epoche, daß seit zwei Jahrhunderten allein in der Politik die Grundlage für Werte gesucht wurde.“<sup>350</sup> Obwohl Guéhenno das Ende der nationalstaatlichen Epoche einläutet, nimmt er keineswegs von dieser Aufgabe der Politik Abschied. Im Kontext der europäischen Integration fordert er genau dieses 1999 in einem Aufsatz als zentrale Funktion der Politik ein.<sup>351</sup> In seinem Buch 1993 beschwört er jedoch zuerst einmal die Entwicklung, dass künftig Regeln und Verfahren statt Prinzipien und Werte das Zusammenleben bestimmen werden.<sup>352</sup> Er beklagt einen Rückzug auf Riten,<sup>353</sup> wie er ihn in Japan zu beobachten glaubt. Damit geht eine Wandlung des Freiheitsbegriffes einher, wie es auch Barber bereits konstatiert. Die Idee der Souveränität und des souveränen Gemeinwesens geht demnach zu Ende.<sup>354</sup> Es bricht die Epoche der „Kleinst-Entscheidungen“ an, die eine Illusion der Freiheit vorspiegelt, wobei Freiheit lediglich in Form von Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Optionen vorkommt. Statt wie bislang Werte und Prinzipien in den Mittelpunkt zu stellen, rückt nun der Mensch an die erste Stelle. Damit wird der Diskurs um Sachfragen und große Ideen abgelöst von einem Diskurs über Personen. Fukuyamas Einschätzung blitzt hier auf. Die Mediendemokratie mit ihrer Personalisierung der Politik unterstützt diese Tendenz.<sup>355</sup> Zudem kommt es laut Guéhenno durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Ablösung der Herrschaft über den Raum, denn heute zählt die Herrschaft über Wissen und Information. Entscheidend ist jedoch nicht der Besitz von Wissen und Information, sondern der Zugang zum Netz und der Austausch der Informationen.<sup>356</sup> Wichtig ist der perfekte Informationsfluss, wie er etwa in den neuen transnationalen Unternehmen zu beobachten ist. Diese werden bei Guéhenno zum Symbol der neuen Welt.<sup>357</sup> Informationen werden zur Grundlage der Macht, die bereits Barber als das „schwarze Gold“ der neuen Zeit bezeichnet.<sup>358</sup> Der neue Machthaber wird der Vermittler und Makler von Informationen sein.<sup>359</sup> Um sich dieser Entwicklung anzupassen, wird Flexibilität ein wesentliches Merkmal der Menschen und Strukturen werden. Diese Beschreibung begegnet uns bei Sennett wieder.

<sup>350</sup> Guéhenno (1994), S. 84.

<sup>351</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 290 ff. Kritik an dieser verengten Sicht auf Politik und Gesellschaft übt Münkler, vgl. Münkler, Herfried und Krause, Skadi (2001), Der aktive Bürger - Eine Gestalt der politischen Theorie im Wandel, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 299 - 320.

<sup>352</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 99.

<sup>353</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 139.

<sup>354</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 100.

<sup>355</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 100 f.

<sup>356</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 26 f.

<sup>357</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 89 ff.

<sup>358</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 91 und S. 144 f. sowie Barber (1999a), S. 96.

<sup>359</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 91 ff.; vgl. Guéhenno (1996), S. 401 f. und vgl. Guéhenno (1998), S. 146.

### 1.4.5 Staaten und Konflikte

Wie die anderen Autoren beschäftigt sich Guéhenno mit einigen Staaten und Nationen besonders. Wiederum sind es Japan, die USA, Europa und die arabische Welt, die als künftige Hauptakteure der internationalen Politik betrachtet werden. Ebenso wie Huntington geht Guéhenno davon aus, dass mehrere Imperien nebeneinander entstehen könnten.<sup>360</sup> Japan wird zum Sinnbild der Zukunft,<sup>361</sup> wobei die Darstellung wie bereits erwähnt ambivalent erscheint. Japan ist bei Guéhenno geprägt von einer Professionalisierung der Interessen, die künftig weltweit Gültigkeit erlangen wird. Riten stehen im Vordergrund, Regeln ersetzen Prinzipien und Werte. In Japan werden Entscheidungen durch Vorsicht und Mäßigung sowie Selbstbeschränkung getroffen, die Selbstbeschränkung wird für Guéhenno später zu einem zwingend notwendigen Merkmal, das sich die EU aneignen muss, wenn sie die Demokratie erhalten will.<sup>362</sup> Entscheidungen, politisch wie ökonomisch, werden dezentral, das heißt durch Beteiligung einer Vielzahl von Gruppen und ohne Zentrum oder oberste Gewalt, getroffen, so dass es zu einem Austarieren der Positionen kommt. Staat und Gesellschaft werden ähnlich wie transnationale Unternehmen funktionieren.<sup>363</sup> Die USA hingegen bezeichnet Guéhenno als „gelähmte“ Gesellschaft und Demokratie,<sup>364</sup> wo Entscheidungen nicht durch Selbstbeschränkung, sondern durch das Ausreizen bis an die Grenzen des Möglichen getroffen werden.<sup>365</sup> Sowohl Japan als auch die USA bezeichnet er als „korrumpierte Form der parlamentarischen Demokratie“, da die Exekutive den Staat unter Aufsicht von Legislative und Judikative lenke.<sup>366</sup> Allerdings warnt Guéhenno davor, in der politischen Auseinandersetzung den Erfolg der Japaner gegen die amerikanische Krise auszuspielen und den „Triumph der Homogenität gegen das Scheitern des Schmelztiegels“ zu beschwören,<sup>367</sup> so wie es Huntington und Fukuyama machen. Auch der Bezug auf den Islam und die arabische Welt beinhaltet bei Guéhenno eine Kritik an Huntington und Fukuyama. Guéhenno verweist auf den „komplizierten Orient“ und seine vermeintliche Neigung zur Gewalt, um zu zeigen, dass dieses Stereotyp gewählt wird, um Abschottung zu propagieren, die für ihn die „heimliche Versuchung“ der neuen Epoche ist.<sup>368</sup> Aber ebenso wie die anderen Autoren sieht Guéhenno im Rückzug auf den religiösen Fundamentalismus eine Gefahr unserer Zeit. So könne der Islam nach dem Untergang des Kommunismus zwar versuchen, als neues weltpolitisches Konzept zu bestehen, habe aber kaum

---

<sup>360</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 156 f.

<sup>361</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 54 ff.

<sup>362</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 291.

<sup>363</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 106 f.

<sup>364</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 55.

<sup>365</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 106.

<sup>366</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 55.

<sup>367</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 69.

<sup>368</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 59 ff.

eine Chance, da er das Bewusstsein und nicht nur Institutionen ändern wolle.<sup>369</sup> Diese Ausführung erinnert an Fukuyamas Argumentation. Guéhenno geht beim imperialen Zeitalter davon aus, dass es weniger durch die Konzentration von Gewalt, sondern stärker durch deren Privatisierung geprägt sein wird.<sup>370</sup> Für ihn wird eine Epoche diffuser und kontinuierlicher Gewalt anbrechen,<sup>371</sup> die durch Terrorakte gekennzeichnet ist.<sup>372</sup> Im Rückblick auf den 11. September 2001 liest sich die Beschreibung der Konfliktszenarien in seinem Buch fast wie eine unheilvolle Prophezeiung.<sup>373</sup> Offen formuliert Guéhenno die Frage, ob es ohne Nationalstaaten eher Religionskriege statt Völkerkriege - wie von Huntington vorausgesagt - geben werde oder doch ein globaler Frieden bevorstünde - um mit Fukuyama zu sprechen.

#### 1.4.6 Neue Gemeinschaften und Religion

Mit Fukuyama, Huntington und Barber teilt Guéhenno die Einschätzung, dass der Religion im Kontext der Globalisierung eine wachsende Bedeutung zukommen wird. Guéhenno spricht vom „age of religions“,<sup>374</sup> in dem der Religion eine Ersatzfunktion für den verloren gegangenen Identitätsrahmen der Nation zuwächst.<sup>375</sup> Denn sie bietet Möglichkeiten zur Eingrenzung und Abschottung an. Zudem erfüllt sie die Funktion, in einer Welt der Standardisierung das Besondere zu symbolisieren. Nachdem die Idee der Nation das Ergebnis einer gemeinsamen Geschichte und Erinnerung ist und heute keinen Raum mehr hat, sucht sich die Identität einen neuen Raum, um sich abgrenzen zu können. In der gefährlichen Variante ist dieser Raum begrenzt durch Nationalismus und religiösen Fundamentalismus.<sup>376</sup> Damit es eine stabile Gemeinschaft als Grundlage der Demokratie geben kann, braucht es laut Guéhenno eine Balance zwischen „Identität und Funktion“. Fehlt die Identität, kommt es zu einem Übergewicht der funktionalen Aspekte und Zielsetzungen, wie Guéhenno sie etwa in dem Übergewicht der europäischen Bürokratie sieht. Fehlt auf der anderen Seite aber eben gerade eine funktionale Definition, kann es zur Überbetonung der Identität als „Ersatzzielsetzung“ kommen, was sich dann in einem separatistischen Nationalismus ausdrücken kann.<sup>377</sup> Religion, befürchtet Guéhenno, könne daher zur Kompensation für die Rationalität des imperialen Zeitalters werden.<sup>378</sup> Wie Barber beschreibt er die „wohlige Wärme“ einer Gruppe, die Religion oder Sekten vorspiegeln können, die aber in Wirklichkeit

<sup>369</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 131 ff.

<sup>370</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 160 ff.

<sup>371</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 165 ff.

<sup>372</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 164.

<sup>373</sup> Vgl. zu diesem Szenario Guéhenno (1994), S. 155 - 167.

<sup>374</sup> Vgl. Guéhenno (1998), S. 147, wobei Guéhenno „religions“ in Anführungszeichen setzt, die hier aufgrund der Textstruktur weggelassen wurden.

<sup>375</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 137.

<sup>376</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 127 und S. 132.

<sup>377</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 404 und S. 410.

<sup>378</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 131.

darauf abzielen, „to control ... the souls and hearts of the people.“<sup>379</sup> Und weiter: „Die abstrakte Globalisierung des imperialen Zeitalters und der Archaismus religiöser Zersplitterung sind also ... miteinander vereinbar.“<sup>380</sup> Da die Globalisierung die Aufsplitterung in immer begrenztere Gemeinschaften verursacht, werden neben der Religion weitere neue Formen von Bindungen zur Identitätsfindung nötig. Neben der religiösen Zugehörigkeit gewinnt die Mitgliedschaft in Sekten, Nichtregierungsorganisationen oder auch Unternehmen an Bedeutung.<sup>381</sup> In den Aktionen der Nichtregierungsorganisationen sieht Guéhenno nach dem Verlust der Illusion, dass politische Lösungen möglich seien, einen Ersatz für traditionelle Politik.<sup>382</sup> Heute steht das Individuum ungefiltert der globalisierten Welt gegenüber. Dieses Aufeinanderprallen zerstört traditionelle politische Zusammenhänge ohne gleichzeitig adäquate neue zu schaffen.<sup>383</sup> „We Know what we have lost, but we are not yet quite sure what we have found.“<sup>384</sup>

#### 1.4.7 Fazit

Guéhenno entwickelt im Gegensatz zu den anderen drei Autoren eine Programmatik, die ein neues Zeitalter ausruft und somit einen, wenn auch kleinen Ansatz für eine Lösungsperspektive aufzeigt. Rückbesinnung alleine reicht zur Problemlösung nicht aus. Im Zentrum steht die Überwindung der territorialen Prinzipien, wie sie Guéhenno nach 1993 vor allem am Beispiel der EU thematisiert. Die Dezentralisierung als Lösung der anstehenden Probleme und Gefährdungen wird zum Dreh- und Angelpunkt in Guéhenno's Texten.<sup>385</sup> Kleine flexible und dezentralisierte Einheiten in der Politik, aber auch Gemeinschaften unterhalb des Nationalstaates sind sein Ansatz,<sup>386</sup> um unter veränderten Bedingungen die Demokratie auch jenseits der nationalstaatlichen Epoche erhalten zu können. Ihm geht es um die Dezentralisierung und Teilung der Macht, wobei die bislang dominierenden Hierarchien abgelöst werden.<sup>387</sup> Guéhenno plädiert, anders als Huntington oder Barber, nur für ein maßvolles Zurück, das in der Anlehnung an das Römische Reich eines Hadrian oder Mark Aurel erfolgen könnte, ohne jedoch einen „Anspruch auf überirdische Größe“ zu erheben und ohne sich „göttliche Befugnis zur Erfüllung irdischer Bedürfnisse“ anzueignen.<sup>388</sup> „Die Idee eines Universalreichs, in dem Sinn, in dem das Römische Reich eine Art Universalität beinhaltete, beschreibt die Wirklichkeit

<sup>379</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 71 sowie Guéhenno (1998), S. 144.

<sup>380</sup> Guéhenno (1994), S. 139.

<sup>381</sup> Vgl. insgesamt Guéhenno (1999b).

<sup>382</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 134 f.

<sup>383</sup> Vgl. insgesamt Guéhenno (1999b).

<sup>384</sup> Guéhenno (1998), S. 143.

<sup>385</sup> Vgl. Guéhenno (1998), S. 148 und Guéhenno (1999a), S. 286.

<sup>386</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 394.

<sup>387</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 83; Guéhenno (1998), S. 146 und Guéhenno (1999a), S. 287 ff.

<sup>388</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 176 f.



einer vernetzten Welt besser.“ - so Guéhenno.<sup>389</sup> In den Texten nach 1993 entwirft Guéhenno dann ein neues Bild für die Politik in der globalisierten Welt. In Bezug auf Europa schwebt ihm eine Form des politischen Managements vor, das als Instrument dient, um die Interdependenzen der politischen und gesellschaftlichen dezentralisierten Einheiten zu organisieren und zu steuern. Das politische Management muss selektiv, multidimensional und dezentral sein, so dass es entsprechend der Beschleunigung der politischen und ökonomischen Prozesse ebenfalls schnell und flexibel agieren und reagieren kann.<sup>390</sup> In der Konsequenz dieser Überlegung muss auch der Politiker seine Funktion verändern. Er wird in Analogie zum Manager in der Wirtschaft zum Manager der Macht, der zudem die besondere Aufgabe hat, zum „Geburtshelfer der Gemeinschaft“ zu werden, in dem er ihr hilft, sich durch die Definition einer kollektiven Identität als Gemeinschaft zu konstituieren.<sup>391</sup> Guéhenno prognostiziert den Abschied von der Vaterfigur in der Politik und die Hinwendung zum kollegialen „Makler und Problemlöser“.<sup>392</sup> Die politische Arena wird mit neuen Akteuren geteilt und neue politische Verfahren zur Steigerung von Transparenz und Partizipation werden sich durchsetzen.<sup>393</sup> Diese Gedanken werden in der dritten und vierten Phase des Diskurses wieder aufgenommen. Nachdem das neue Zeitalter also neue Funktionsweisen zur politischen Steuerung braucht, bedarf es laut Guéhenno vor allem einer Revolution, die ausschließlich geistiger Natur ist. Das Verhältnis des Menschen zur Welt müsse überdacht werden, da der Schlüssel für die Zukunft in dem „Gefühl“ einer gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt liege.<sup>394</sup> Albrow spitzt diesen Gedanken auf den Globalen Imperativ in Anlehnung an Kants Kategorischen Imperativ zu. Guéhenno fasst zusammen: „We will not be able to escape the globality of our world, but we will be able to choose the communities through which we interact with.“<sup>395</sup> Die künftige Aufgabe der Politik liegt in der Definition gemeinsamer Werte, die es ermöglichen, eine Gemeinschaft gegen die andere abzugrenzen und ihre Identität zu konstituieren.<sup>396</sup> Mit Fukuyama, Huntington und Barber teilt Guéhenno somit den normativen Ansatz und den Zugang zu den Fragen zu Zukunft von Staat und Gesellschaft im Globalisierungsdiskurs über die Gemeinschaft, ihre Identität und Werte.

---

<sup>389</sup> Guéhenno (1994), S. 84.

<sup>390</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 284 f.

<sup>391</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 408 f.

<sup>392</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 288 f.

<sup>393</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 289.

<sup>394</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 178.

<sup>395</sup> Guéhenno (1998), S. 159.

<sup>396</sup> Vgl. Guéhenno (1996), S. 410.

## 1.5. Die Ansätze und Methoden: Gemeinsamkeiten, Einordnung und Beurteilung

Wie beschrieben, verbindet die Texte der Anspruch, mit dem jeweiligen Paradigma und damit der Kernthese ein Erklärungsmodell für die künftigen Entwicklungen sowie mögliche Konfliktlinien in einer globalen Welt und - in Teilen zumindest - die notwendigen Lösungsansätze für die internationalen Beziehungen liefern zu können.

Fukuyama fokussiert seinen Ansatz auf die These, dass sich die Idee der liberalen Demokratie in Zukunft weltweit durchsetzen wird, wobei seine Intention nicht, wie allgemein behauptet, darin liegt, als Prophet der liberalen Demokratie generell aufzutreten, sondern auf der Forderung beruht, dass es vor allem auf die *Qualität* der Demokratie ankommt, die in ihren aktuell beobachtbaren Ausformungen jedoch ihre eigene Zerstörungskraft bereits in sich trägt.<sup>397</sup> Nur durch das Vermeiden eines Zuviel an Gleichheit und die Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Menschen wird die Demokratie tatsächlich weltweit siegen. Huntington reduziert alle künftigen Konfliktlinien auf die zwischen Kulturkreisen. Die Rivalität der Supermächte aus dem Kalten Krieg sei abgelöst durch Konflikte zwischen Kulturen, die vor allem an den Übergängen zwischen einzelnen Kulturkreisen ausbrechen werden. Die zentrale Achse der Weltpolitik verläuft heute zwischen der Kultur und Macht des Westens und der Kultur und Macht des Nicht-Westens („the West and the Rest“<sup>398</sup>).<sup>399</sup> Ein Ausbrechen der Konflikte ist nicht völlig vermeidbar, die Wahrscheinlichkeit jedoch durch die Besinnung auf die jeweils eigene Kultur, kulturelle Abschottung und Nichteinmischung zu begrenzen. Barber verengt seine Zukunftsprognose auf die gleichzeitige Frontstellung und Interdependenz von „Dschihad“ und „McWorld, also religiös und kulturell motiviertem Fundamentalismus und ökonomischer Globalisierung in Form des amerikanischen Kapitalismus. Für ihn wird dieses miteinander verwobene Gegensatzpaar zum Totengräber der Demokratie, da beide Kräfte die Demokratie zersetzen. Das Überleben in der Welt hängt von der Bekämpfung und Abfederung von Fundamentalismus und ökonomischer Globalisierung ab.<sup>400</sup> Und Guéhenno schließlich formuliert sein Paradigma zum Ende der Demokratie als eine Ablösung des nationalstaatlichen Zeitalters durch ein imperiales und vernetztes Zeitalter, in dem die Gesellschaft zu einem System von flexiblen „Lego-Steinen“ wird. Der Auslöser dafür ist die Ablösung der an Territorien gebundenen

<sup>397</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem das Buch von Fukuyama (1992) ab S. 384 bis zum Schluss, wobei das letzte Viertel des Buches interessanterweise in der Diskussion um Fukuyamas Paradigma nie eine Rolle gespielt hat. So konnte es innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses zu der falschen bzw. zumindest verkürzten Einordnung Fukuyamas als „Optimist und Anhänger des Endismus“ kommen. Bereits im letzten Absatz seines Essays kündigt sich diese Wendung an. Die auf das Buch folgenden Publikationen bauen diesen Ansatz durchaus aus.

<sup>398</sup> Huntington (1993), S. 41.

<sup>399</sup> Vgl. Huntington (1998), S. 11, S. 18, S. 24 f., S. 197 f., S. 291 ff., S. 511 u.v.m.

<sup>400</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 55, S. 221 ff., S. 227 f., S. 250 ff. und S. 273.

Nationen und Nationalstaaten. Diese Entwicklung lässt die nationalstaatliche Demokratie in ein noch nicht beschreibbares Gewebe mutieren und kostet sie so vielleicht das Überleben. Für Guéhenno versinnbildlichen die Wettersysteme mit ihren freischwebenden Hochs und Tiefs die neue Zeit.<sup>401</sup> Eine Lösung liegt in der Neubegründung der Demokratie von unten, die losgelöst vom nationalstaatlichen Rahmen aufgebaut werden muss.

Obwohl die Autoren in ihren Texten oberflächlich betrachtet über internationale Beziehungen, Politik und Demokratie, Nationalstaaten und Ökonomie nachdenken, macht eine gründliche Analyse sichtbar, dass sie alle im weitesten Sinne um das Thema „Kultur“ kreisen. Kultur wird hierbei festgemacht an Religion, Sprache, Werten und Moral. Kultur wird mit der Natur des Menschen, dem Stellenwert von Religionen, einer auf Konsum ausgerichteten Massenkultur, Arbeitsethik sowie dem Stellenwert von Familie, Schule und Nachbarschaft identifiziert. Dabei wird von den Autoren auf Stereotypen zurückgegriffen, die eine Beschreibung von Kultur ermöglichen, die durchaus dem subjektiven Empfinden vieler Menschen entspricht, die intuitiv ist und auf die Gefühlsebene abzielt. „Irgendwie“ erscheinen die Beschreibungen, die die Kernthesen stützen sollen, einleuchtend und nachvollziehbar, gleichzeitig entziehen sie sich aber einer wirklichen Überprüfung. Besonders deutlich wird dies bei Huntingtons Formulierungen zum Islam: „Islam has bloody borders“.<sup>402</sup> Darauf stützt er seine „Unverträglichkeitsthese“ von Muslimen und anderen Kulturkreisen. Dass die Unterscheidung zwischen Islam und arabischen Ländern unterbleibt, unterstreicht, dass es hier um ein Spielen mit emotional behafteten Stereotypen geht.<sup>403</sup> Auf ähnliche Weise spricht Fukuyama emotional besetzte Ressentiments an, wenn er über die mangelnde kulturelle Integrierbarkeit „schwarzer“ Kinder sowie die kulturell determinierte niedrige Arbeitsethik der farbigen Bevölkerung in den USA räsoniert.<sup>404</sup> Barber und Guéhenno schließlich gelingt es, mit ihren plakativen Umschreibungen der allgemeinen Unsicherheit, Offenheit und Ohnmacht gegenüber globalen Entwicklungen die Gefühlslage der Menschen auf den Punkt zu bringen: Amerika als McWorld wird beherrscht von Videologie, Mediologie und Infotainment und ist ein einziger großer Vergnügungspark, der mit Coca Cola, McDonalds und Nike versorgt und auf Profit, Geld und Konsum ausgerichtet ist. McWorld erscheint zudem als Grundlage für den Dschihad, weil die Atomisierung der Gesellschaft die Sehnsucht nach lokaler Gemeinschaft verursacht, die der Dschihad vermeintlich anbietet.

---

<sup>401</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 87 ff. und S. 114 ff.

<sup>402</sup> Huntington (1993), S. 35.

<sup>403</sup> Vgl. zur Kritik an Huntingtons Paradigma Müller, Harald (1998), Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington, Frankfurt am Main. Ebenfalls kritisch äußert sich Hans Küng. Für ihn ist Huntingtons Kulturkampf „kein guter Kompaß für künftige Weltpolitik“. Vgl. Küng, Hans (2002), Zur Problematik von Weltpolitik, Weltstaat und Weltethos, in: Gosepath, Stefan und Merle, Jean-Christophe (Hg.), Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München, S. 128.

<sup>404</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 388 f. und S. 172. Im gleichen Kontext auch „Die Grenzen des Marktes und des Staates“, *Frankfurter Rundschau*, 03.06.95.

Modernisierung wird als Verwestlichung wahrgenommen, die bekämpft werden muss, um den Werteverfall abzuwenden.<sup>405</sup> Lego-Steine und Wettersystem als Analogien zur künftigen Entwicklung von Staat und Gesellschaft wurden bereits angesprochen.

So ist also zum einen zu beobachten, dass die Autoren jeweils eine schlagkräftige und zum Teil kühne These in Form eines Paradigmas formulieren (Essay) und diese dann mit einer fast unüberschaubaren Fülle an Beispielen, Daten und Fakten anreichern und zu untermauern suchen (Bücher), wobei auf Stereotypen zurückgegriffen wird. Dass dabei die Gefahr besteht, dass die Fülle der Belege nicht mehr ernsthaft zu überprüfen ist und zum Teil einer gewissenhaften Überprüfung auch nicht standhalten können, soll hier nur bemerkt, aber nicht weiter verfolgt werden. Die Ansätze sind also in einem bestimmten Umfang generalisierend, reduktionistisch, plakativ, emphatisch, relativistisch und pauschalisierend. Doch gerade daraus scheint ein Teil ihrer Schlagkraft und Faszination zu entstehen, die sie zu viel beachteten Werken machen.<sup>406</sup> An welcher Stelle die Autoren generalisierend, emphatisch und plakativ vorgehen, wurde bereits angedeutet. Reduktionistisch sind sie bei ihrer Verkürzung der internationalen Beziehungen auf eine einzige große Konflikt- bzw. Entwicklungslinie, die zudem an einem Hauptfaktor orientiert ist, nämlich der Kultur: „Die menschliche Geschichte ist die Geschichte von Kulturen. Es ist unmöglich, die Entwicklung der Menschheit in anderen Begriffen zu denken.“<sup>407</sup> Zudem wird Kultur in den Texten stark über die Religion definiert. Bei Huntington ist dies bereits in der Kernthese zu erkennen;<sup>408</sup> Fukuyama greift sogar noch weitergehend auf die Natur des Menschen zurück, um die geschichtliche Entwicklung zu erklären;<sup>409</sup> Barber wählt die Frontstellung zwischen ungezügelter Konsumkultur und fundamentalistischer Religion<sup>410</sup> und Guéhenno schließlich verweist auf Religion als künftigen Werteersatzmodell für den Verlust des Politischen überhaupt.<sup>411</sup> Kultur wird in den Texten somit zu etwas Organischem, Homogenem, fast Urwüchsigem, das den Menschen von Natur aus zu eigen ist. Dadurch entsteht ein Bild, das das Politische der Kultur unterordnet - oder anders gewendet, die Politik und die internationalen Beziehungen erscheinen als von der Kultur determiniert. Kultur stellt zusätzlich eine Entität dar, die kaum veränder- und wandelbar ist. Die skizzierten Konflikt-

---

<sup>405</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 13, S. 15, S. 22, S. 66 ff., S. 75 ff., S. 87, S. 92 f., S. 123, S. 126, S. 136 ff., S. 144 ff., S. 165, S. 204 f. und S. 213 ff.

<sup>406</sup> Vgl. zur Faszination der Paradigmen, von Bredow (2000), S. 116 und speziell zu Huntington, insgesamt Metzinger, Udo M. (2000), Die Huntington-Debatte. Die Auseinandersetzung mit Huntingtons „Clash of Civilizations“ in der Publizistik, Köln.

<sup>407</sup> Huntington (1998), S. 49.

<sup>408</sup> Vgl. Huntington (1998), besonders S. 61 („Ein elementares Merkmal von Kulturkreisen ist die Religion“), aber ebenso S. 52 ff. und S. 93.

<sup>409</sup> Vgl. Fukuyama (1992), S. 198 f., S. 284, S. 294 f. und S. 319.

<sup>410</sup> Vgl. Barber (1999a), S. 92 „...vier Schlüsselemente dieser Kultur“ sind „Filme(n), Fernsehen, Bücher(n) und Vergnügungsparks.“. Vgl. auch S. 124, S. 159, S. 213, S. 227 und S. 273.

<sup>411</sup> Vgl. Guéhenno (1994), S. 130 f.

und Entwicklungslinien erhalten dadurch eine gewisse Plausibilität und wirken auf Dauer festgelegt. Jeder Versuch, kulturelle Facetten ändern zu wollen, erscheint somit als Gefährdung. Alle Autoren arbeiten zusätzlich mit einer Form des „Methoden-Mix“, das heißt, sie vermischen auf der einen Seite ihre jeweilige politische Programmatik mit der wissenschaftlichen Analyse, und greifen auf der anderen Seite über die Grenzen ihres Wissenschaftsbereiches hinaus. Am deutlichsten wird dies bei Fukuyama, der neben seinem Anspruch, als Universalhistoriker zu schreiben, Ansätze aus der modernen Naturwissenschaft, der Ökonomie, der klassischen Philosophie sowie der historischen Anthropologie einbezieht.<sup>412</sup> Neben Kultur und Religion spielen in den Texten Werte, Traditionen und die Moral eine zentrale Rolle. Sie werden als Bestandteile von Kultur und Religion dargestellt und erscheinen dadurch ebenfalls von einer gewissen Unabänderlichkeit zu sein. Gleichzeitig sind sie aber gerade durch die aktuellen globalen Veränderungen bedroht. Eine zentrale Gefährdung der Menschheit geht vom Verfall der Werte und der Moral aus. Ort für Werte, Traditionen und Moral ist in den Texten die lokale Gemeinschaft, da sie hier erfahr- und erlernbar sind. Bei Fukuyama werden Werte und Moral in Bezug auf die liberale Demokratie und die Natur des Menschen beschrieben, bei Huntington in Bezug auf die Kulturkreise, bei Barber in Bezug auf Konsum und Religion und bei Guéhenno schließlich in Bezug auf die Nation und ihren aktuellen Bedeutungswandel. Trotz der Bezugnahme auf Kultur, Moral und Gemeinschaft, die an kommunitaristische Positionen erinnert, greift eine Einordnung nach den Gesichtspunkten der Kommunitarismus-Debatte hier zu kurz und würde den Analyserahmen zu stark einengen. An späterer Stelle wird jedoch nochmals auf diesen Zusammenhang eingegangen. Wie groß die Relevanz dieser Problemstellung jedoch im Kontext der Globalisierung ist, zeigt der Aufruf „What We´re Fighting For“ vom Februar 2002, den 58 amerikanische Intellektuelle unterzeichnet haben, darunter Fukuyama und Huntington.<sup>413</sup> Der Aufruf und seine Gedanken um einen „gerechten Krieg“ lesen sich wie eine Verdichtung der in den Texten diskutierten Fragen zu Werten und Moral. Doch soll auf den Aufruf erst bei der Analyse der vierten Phase des Globalisierungsdiskurses näher eingegangen werden, da er ein Indiz für den Zirkelschluss des Globalisierungsdiskurses ist.

## 1.6 Der Zweck der Paradigmen

Analyse und Vergleich zeigen, dass die erste Diskursphase durch die Formulierung generalisierender Paradigmen und universaler Erklärungsansätze geprägt ist. Es wird deutlich, dass alle vier Autoren darauf abzielen, mit ihrer

---

<sup>412</sup> Fukuyama wählt diese Mischung auch bei den Folgepublikationen (1995b) und (2000); vgl. hierzu auch „Die Irrfahrten eines Konservativen“, *Die Zeit*, 13/00.

<sup>413</sup> Vgl. „What We´re Fighting For“ (2002).

Paradigmenformulierung den Anspruch auf die Deutungshegemonie über die Veränderungsprozesse nach dem Ende des Kalten Krieges zu erheben. Die angebotenen Erklärungsmuster sind insgesamt konflikt- bzw. konfliktlinienorientiert und stellen die Gefahren, Defizite und Krisenszenarien in den Mittelpunkt. Neben kulturell bedingten Konflikten sind dies die gesellschaftliche Atomisierung, kulturelle Homogenisierung, Werteverfall und ein als ungezügelt beschriebener globaler Kapitalismus. Durch diese Analyse eröffnet sich den Autoren die Möglichkeit, ihre jeweilige politische Programmatik, die bei allen die zweite Ebene in den Texten ausmacht, aus der wissenschaftlichen Analyse der Zeitumstände abzuleiten. Dadurch erscheinen die Texte bei genauerer Betrachtung auch an vielen Stellen mehr meinungs- als analysebestimmt.<sup>414</sup> Nachdem den Texten eine pessimistische Sicht auf die künftige Entwicklung von Staat und Gesellschaft gemeinsam ist, können aus den konstatierten Gefahren mögliche Lösungskonzepte entwickelt werden, die einen Weg aus der Krise aufzeigen, um so die Veränderungsprozesse zu steuern. Hier wählen die vier Autoren übereinstimmend einen normativen Ansatz, der jedoch in den ersten Publikationen noch wenig Raum einnimmt. Zu beobachten ist, dass jeder der Autoren mit den ersten Veröffentlichungen den Grundstein für seine jeweilige Programmatik gelegt hat, um in den nachfolgenden Texten darauf aufzubauen.

Charakteristisch für die erste Diskursphase sind bestimmte Motiv-Bausteine, die diese Phase wie ein roter Faden durchziehen. Auf der einen Seite sind das Kultur, Werte, Moral, Gemeinschaft und die Frage nach der Konstituierung der Identität im Kontext der Globalisierung. Auf der anderen Seite kreisen die Texte um die Bausteine Staaten, Nationen, Konflikte sowie Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft. Ausgangspunkt ist bei allen Autoren die Kultur und damit verbunden die Frage nach Werten und Identität. Die Fragestellungen zur Zukunft von Nationalstaaten, Nationen, Demokratie und Kapitalismus im Kontext der Globalisierung werden mit Blick auf kulturelle Grundlagen gestellt und beantwortet. Hier spiegelt sich der qualitative Zugang zu den Motiven von Staat und Gesellschaft wider, strukturell-institutionelle Aspekte spielen kaum eine Rolle. Auch wenn bei den vier Autoren die Gewichtung und einzelne Teilfacetten der Motiv-Bausteine variieren, finden sie gerade im qualitativen Zugang ihre Gemeinsamkeit. So erklärt sich, warum die Lösungsansätze bei allen vier Autoren in der lokalen Gemeinschaft als kleinster gesellschaftlicher Einheit wurzeln und die Betonung darauf liegt, auf dieser Ebene den Werteverfall zu stoppen und Demokratie und Gesellschaft neu zu begründen. Dass von den vier Autoren nur Barber im Allgemeinen als Wissenschaftler eindeutig der kommunitaristischen Bewegung zugeordnet wird, macht sichtbar, dass die normativen Lösungsansätze, die auf einem qualitativen Zugang basieren, weit über die als kommunitaristisch bezeichneten Ideen hinausreichen.

---

<sup>414</sup> Eine grundlegende Kritik an dieser Art der Theorieformulierung übt Harald Müller, vgl. Müller (1998), S. 19 ff.

Kern der politischen Programmatik ist bei allen vier Autoren die Erneuerung der westlichen Gesellschaft durch eine Rückbesinnung auf die lokale Gemeinschaft. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung von Pierre Hassner, der darauf verweist, dass der „Trend“ im Jahr 2000 zur Dominanz des Netzwerkes und der Gesellschaft über Territorium und Gemeinschaft geht,<sup>415</sup> also ein gegenteiliges Konzept propagiert wird, als es die Autoren in der ersten Diskursphase vertreten. Bei der Analyse der folgenden Diskursphasen soll dieser Perspektivwechsel im Auge behalten werden. Im Kontext der in der ersten Diskursphase untersuchten Texte erscheint es jedoch als konsequent, dass die Behebung der konstatierten Zerfallerscheinungen in Staat und Gesellschaft hauptsächlich in der Rückbesinnung auf tradierte Werte und Traditionen gesucht wird. Die Gemeinschaft wird als kleinste staatliche und gesellschaftliche Einheit definiert, auf der alles andere aufbaut. Im Gegensatz zu den später noch zu analysierenden Texten von Beck, Dahrendorf, Dettling u.a. wird diese Einheit als der Ort definiert, an dem Moral und Werte erfah- und lernbar sind. Gemeinschaft wird hierbei immer zuerst in Verbindung mit Moral und erst als zweites als Ort der politischen Partizipation im Institutionengefüge gedacht. Diese Akzentuierung hat durchaus eine anti-individualistische Tendenz, da die Betonung auf der Stärkung von Familie, Schule und Nachbarschaft liegt und die individuelle Autonomie zurücktritt. An dieser Perspektive auf die „Erscheinungsformen des Politischen“ übt Herfried Münkler Kritik, da ihm die Reduzierung des Überlebens von Staat und Gesellschaft auf die Alternative von aktiver oder passiver Bürgerschaft zu kurz greift. Er sieht den moralischen Anspruch an die „kognitiven und motivationalen Kompetenzen“, den dieser Lösungsansatz an die Bürger stellt, als zu hoch an. Münklers Einschätzung nach führen solche Ansätze zu einem „hilflosen wie unrealistischen Normativismus“.<sup>416</sup> Auch dieses Urteil soll im Folgenden im Auge behalten werden. Die vier Autoren entsprechen sich in dem Ansatz, die Kultur ins Zentrum ihrer Fragestellung und Lösungsansätze zu rücken. Insgesamt erscheinen Kultur und Politik als eine Art Fortsatz der Natur des Menschen und seiner Ethnie. Die Bedeutung, die den Werten, der Religion und der Moral in den Texten zukommt, belegt, dass es sich nicht nur um einen qualitativen, sondern zum Teil auch wertkonservativen Zugang zu den Fragen der Zukunft von Staat und Gesellschaft handelt. Claus Leggewie zeigt sich mit den Konzepten der vier Autoren nicht einverstanden, wenn er darauf hinweist, dass heute „weniger denn je“ von einer „perfekten Deckungsgleichheit von kulturellen Gemeinschaften mit Staatsgrenzen“ oder einer „Übereinstimmung zwischen politisch-administrativen und sozialen Systemen“ ausgegangen werden kann.<sup>417</sup> Unter-

<sup>415</sup> Vgl. Hassner, Pierre (2000), Nationalstaat - Nationalismus - Selbstbestimmung, in: Kaiser, Karl und Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364, Bonn, S. 114.

<sup>416</sup> Vgl. Münkler/Krause (2001), S. 311 ff.

<sup>417</sup> Vgl. Leggewie, Claus (2001b), Das Erasmus-Programm. Gibt es eine transnationale Bürgergesellschaft?, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2001, S. 470 f.; besonders widerspricht er Huntingtons und Barbers Paradigmen, vgl. S. 469.

stützung hingegen erfahren die Autoren von ihm bei ihrer Einschätzung des Bedeutungszuwachses von Religion im Kontext der aktuellen Entwicklungen.<sup>418</sup> Mit der Verengung der Perspektive auf kulturelle Faktoren und der Betonung von Gemeinschaft und Moral wird bei Fukuyama, Huntington, Barber und Guéhenno fast gleichermaßen ausgeblendet, dass auch Individualismus und Rationalität Kernelemente der Moderne und der westlichen Kultur sind.<sup>419</sup> Diese Ausblendung erklärt sich aus der Betonung der Gefahr des moralischen Niedergangs und des gesellschaftlichen Zerfalls. Die Individuen scheinen bei keinem der vier Autoren über reflexive Fähigkeiten zu verfügen, wie sie etwa Ulrich Beck und Anthony Giddens hervorheben. Daher scheint Handeln in den Texten als in erster Linie wertorientiert und normkonform und nicht etwa als rational. Die beiden Motive Staat und Gesellschaft erhalten durch den Bezug auf Kultur und Religion einen fast organischen Charakter. Unterstützt wird dieser Eindruck durch die Hervorhebung von Werten und Moral, die als eigentliche Stützen eines funktionierenden Staates und einer überlebensfähigen Gesellschaft thematisiert werden. In seiner Erwiderung auf Huntington weist Harald Müller darauf hin, dass diese Form der Reduktion problematisch ist, weil Staaten im Gegensatz zu Kulturen eine „greifbare, physische Existenz“ und damit die Voraussetzung haben, überhaupt Akteure der internationalen Politik sein zu können. Hiermit bezieht er eine Position, die im weiteren Verlauf des Diskurses immer wieder eine Rolle spielen wird, nämlich dann, wenn es um das „Ende des Nationalstaates“ und die Teilung der Macht mit neuen Akteuren geht, wie sie bereits Guéhenno propagiert hat.<sup>420</sup> Diese Auflösung der strukturierenden Fähigkeit von Raum und Zeit durch die Globalisierungsprozesse werden im Globalisierungsdiskurs immer wieder erörtert. Das Verwenden von und das Spielen mit Stereotypen in den Texten macht sichtbar, dass die Autoren nach einer Achse suchen, die künftig eine Orientierung für „Gut und Böse“ in der Welt liefert. Das alte Feindbild des Ostblocks, das ein Stück weit auch identitätsbildend nach innen gewirkt hat, ist verschwunden und so wird ein neues mit Berufung auf kulturelle Eigenheiten angeboten. Nicht ohne Grund wird bei allen Autoren - auch bei Guéhenno - der Islam als von innen heraus bedrohlich und unkalkulierbar und als nicht mit Demokratie und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem vereinbar skizziert. Mit diesem Bezug auf die Kultur werden die internationalen Beziehungen ent-politisiert, weil sie durch diese Verkürzung eher der Natur des Menschen zugerechnet werden als einem gestaltbaren und gezielten politischen Prozess. Konflikte sind nach dieser Interpretation aufgrund von Identitäten und Identifikationen kulturell, anthropologisch oder sogar biologisch bedingt und damit weder rational noch präventiv bearbeitbar. Demokratisierung, Dialog und Kooperation werden zur Illusion - worin eine der Positionen zu erkennen ist, die im Verlauf des Diskurses andere Autoren zum

---

<sup>418</sup> Vgl. Leggewie (2001b), S. 465 f.

<sup>419</sup> Vgl. zur Debatte Individuum versus Gemeinschaft, Waschkuhn (1998), u.a. S. 521 ff.

<sup>420</sup> Vgl. Müller (1998), S. 42 f.



Widerspruch provoziert. Die Art der Paradigmen-Formulierung scheint durch die politischen Entwicklungen im Nahen Osten 2003 in makabrer Weise als überholt. Das Spielen mit Stereotypen, die Bezugnahme auf Kultur sowie die Reduktion auf eine Konflikt- bzw. Entwicklungslinie lassen folgende Interpretation der Texte zu. Die Texte, zumindest der amerikanischen Wissenschaftler, lesen sich wie eine Art „Psychogramm“ über die Gemütslage kurz nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Die Verunsicherung über die eigene Rolle in der Welt nach dem Verlust des „Gegenspielers“ und die Suche nach einer neuen Identität können aus den Texten herausgelesen werden. Gleichzeitig wird bei den amerikanischen Autoren die Formulierung eines neuen Anspruches als Weltmacht bzw. Vorbild sichtbar, die ihre innere Verfasstheit vor allem durch die Rückbesinnung auf Werte, Traditionen und Moral in der lokalen Gemeinschaft erlangt.<sup>421</sup> Insgesamt werden in allen Texten die USA (und Westeuropa) als momentan noch politisch, ökonomisch und kulturell dominant, aber eben auch als durch äußere und innere Zerfallserscheinungen gekennzeichnet beschrieben. Japan wird als ökonomisch mächtig und - trotz eines anderen Wertesystems - als kulturell stabil angesehen, wobei in Teilen eine gewisse Hochachtung in der Beschreibung mitschwingt. China hingegen gilt übereinstimmend als militärisch potent und ökonomisch entwicklungsfähig, dadurch aber auch als potentiell gefährlich. Die arabische Welt schließlich wird insgesamt mit dem Islam identifiziert und gilt durch den religiösen Fundamentalismus als neue Bedrohung. Unterscheidungen zwischen Religion, Kultur und Staat fallen meist weg, so dass ein Bild der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen „Andersartigkeit“ entsteht. Das Stereotyp der „blutigen Kultur“ wird von allen Autoren aufgegriffen. Russland gilt allen Autoren als schwer einschätzbar, aber schon alleine aufgrund seiner geografischen Ausmaße als künftiger weltpolitischer Partner. Zuletzt ist zu bemerken, dass Afrika und Lateinamerika als Akteure der Weltpolitik die Autoren kaum interessieren, da sie auch künftig als weder politisch noch ökonomisch mächtig eingeschätzt werden. Die von ihnen ausgehende Gefahr liegt in erster Linie in der Migration. Internationale Regulationsmechanismen zur Entschärfung potentieller Konflikte, wie sie etwa in der vierten Diskursphase mit dem Konzept von Global Governance entwickelt werden, kommen in den Texten kaum vor, da die Betonung auf dem normativ-qualitativen Zugang liegt. Gerade aber diesen normativen Zugang zu Fragen der internationalen Politik fordert auch Wilfried von Bredow, der dafür plädiert, die Frage nach der Universalität bestimmter Werte neu zu stellen und zu beantworten. Er betont, dass - und hier befindet er sich im Einklang mit den vier Autoren - dies mit wachsender Dringlichkeit auf die Tagesordnung gehört.<sup>422</sup> Ob diese Einschätzung auch in den anderen Diskursphasen geteilt wird und wo die Grenze zum unrealistischen Normativismus (Münkler) liegt, soll im Folgenden beobachtet werden.

---

<sup>421</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung von Bredow (2000), S. 120.

<sup>422</sup> Vgl. von Bredow (2000), S. 121.

## **2. Die zweite Phase: Spezifizierung und Gegenpositionierung**

Als Reaktion auf die Ende-Paradigmen der ersten Diskursphase entstehen ab Mitte der 1990er Jahre die Konzepte von Anthony Giddens, Amitai Etzioni und Martin Albrow, wobei Giddens und Etzioni ihre Programmatik jeweils in mehreren umfangreichen Texten auf- und ausbauen. Zur selben Zeit veröffentlichen die Publizisten Jeremy Rifkin und Viviane Forrester ihre Bücher zum Thema Arbeit und Arbeitsgesellschaft.<sup>423</sup> Nach wie vor dominieren Autoren aus dem anglo-amerikanischen und französischen Raum den Diskurs. Im Gegensatz zur ersten Diskursphase ist die zweite Phase zweigeteilt. Sie zeichnet sich auf der einen Seite durch eine Spezifizierung der Positionen und auf der anderen Seite durch eine Gegenpositionierung zu den Paradigmen der ersten Phase aus.

Für die Spezifizierung steht in dieser Analyse Amitai Etzioni mit seinem Konzept der Verantwortungsgesellschaft.<sup>424</sup> Spezifizierung meint hier, dass zwar dasselbe Motiv wie in der ersten Phase im Mittelpunkt der Texte steht, nämlich die Gesellschaft, der allumfassende universale Erklärungsansatz aber zugunsten eines partikularen Ansatzes aufgegeben wird. Nur noch ein Teilaspekt des Motivs Gesellschaft dient als Ausgangspunkt, um den aktuellen Wandel zu betrachten. Bei Etzioni wird das Motiv Gesellschaft auf die Bedeutung von Moral und Dialog verengt. Zudem kommt es nicht mehr zur Formulierung von Ende-Paradigmen, obwohl die defizitorientierte Perspektive beibehalten wird. Da die Konzepte des Diskurses in einen erweiterten Rahmen eingeordnet werden sollen, werden in der Beurteilung der wissenschaftlichen Konzepte der zweiten Phase zusätzlich die erwähnten Texte aus der Publizistik miteinbezogen (Rifkin und Forrester). Dies erscheint deshalb sinnvoll, da beide Publizisten ebenfalls für die Spezifizierung im Diskurs stehen und den Bogen-schlag von der zweiten zur dritten Diskursphase veranschaulichen. Für die Gegenpositionierung stehen Anthony Giddens mit der Vision einer dialogischen Demokratie<sup>425</sup> und Martin Albrow mit der Skizzierung des Globalen Zeitalters<sup>426</sup>. Hier verhält es sich genau umgekehrt wie bei der Spezifizierung: Es werden erneut Paradigmen formuliert und universale Erklärungsansätze gewählt, aller-

---

<sup>423</sup> Vgl. hierzu insgesamt Forrester (1997); Rifkin (1995) sowie Rifkin, Jeremy (2000), *Access. Das Verschwinden des Eigentums*, Frankfurt am Main/New York.

<sup>424</sup> Vgl. hierzu insgesamt Etzioni, Amitai (1995), *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*, Stuttgart; Etzioni, Amitai (1996b), *Der moralische Dialog - Ein kommunitaristischer Blick auf die Demokratie*, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), *Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin, S. 218 - 229; Etzioni (1997) sowie Etzioni (2000).

<sup>425</sup> Vgl. hierzu insgesamt Giddens, Anthony (1995), *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main; Beck/Giddens/Lash (1996); Giddens (1997); Giddens (1999a); Giddens (2000a); Giddens, Anthony (2001a), *Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert*, Frankfurt am Main sowie Giddens, Anthony (2001b), *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt am Main.

<sup>426</sup> Vgl. hierzu insgesamt Albrow (1998a); Albrow, Martin (1998b), *Auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft?*, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 411 - 434; Albrow, Martin (1998c), *Europa im globalen Zeitalter*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 8, Heft 3, S. 411 - 420 sowie Albrow (1999).

dings mit der Betonung der Chancen, die in der Globalisierung liegen. Die Paradigmen werden somit zu Aufbruch-Paradigmen gewendet, wobei alle Einzelfacetten der Globalisierung diesen Paradigmen untergeordnet werden. Bei der Motivwahl kommt es zudem zu einer Erweiterung um das Motiv *Nationalstaat*.

### *Themenbausteine*

Wie in der ersten Diskursphase sind auch in der zweiten Phase Themen zu identifizieren, die eine zentrale Rolle spielen und den Charakter der Phase ausmachen, also als Themenbausteine zu bezeichnen sind. Allerdings sind die Themenbausteine bei Etzioni weniger eindeutig herauszufiltern als bei Giddens und Albrow, was an dem partikularen Ansatz und damit der Fokussierung auf einen Teilaspekt des Motivs Gesellschaft liegt. Auf der einen Seite ist ein zentrales Thema der zweiten Phase das Spannungsverhältnis zwischen sozialer Ordnung und individueller Autonomie und damit die Frage, wie sich Gemeinschaft und Identität konstituieren. Auf der anderen Seite ist es das Spannungsverhältnis zwischen lokaler, ortsgebundener Gemeinschaft und globaler Weltgesellschaft. Die Autoren kreisen in ihren Überlegungen um die Fragen, welche Bedeutung Kommunikation und Dialog in diesen Spannungsverhältnissen einnehmen können und inwieweit heute Gemeinschaft und Identität von Handlungen, Wahlmöglichkeiten und Verantwortung bzw. von Kultur, Moral und Werten bestimmt sind. Die Unterschiede zwischen den Positionen von Etzioni auf der einen Seite und Giddens und Albrow auf der anderen Seite liegen vor allem in der erwähnten Fokussierung auf Gemeinschaft und Dialog (Etzioni) und der Betonung von individueller Autonomie sowie individuellem Handeln (Giddens und Albrow). Bei Etzioni ist die Gemeinschaft der Dreh- und Angelpunkt. Giddens wiederum erweitert sein Konzept neben dem Motiv Gesellschaft um Fragen zur Zukunft der Demokratie, was ihn vor allem in normativer Hinsicht beschäftigt. Albrow schließlich kombiniert das Motiv Gesellschaft mit dem des Nationalstaats und fragt neben der normativen Ausgestaltung der Demokratie auch nach möglichen künftigen Struktur- und Verfahrensweisen. Anders als bei Etzioni und Giddens spielen bei ihm EU, UNO und Mehrebenenpolitik eine konkrete Rolle. Ebenfalls anders als Etzioni setzen sich Giddens und Albrow explizit mit den Begriffen der Moderne und der Globalisierung auseinander. So kann mit Blick auf die Konzepte von Etzioni, Giddens und Albrow zusammengefasst werden: Etzioni baut seine Programmatik auf der These auf, dass die Gesellschaft moralisch verwahrlost sei und daher der moralischen Erneuerung bedürfe. Diese solle durch einen moralischen Dialog zur Wertefindung und Gemeinschaftskonstituierung erfolgen. Giddens hingegen entwirft ein Szenario der Nachknappheitsgesellschaft, in der die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die Enttraditionalisierung bestimmend sind. Um den Wandel zu bewältigen sei eine „erfinderische

Politik“ nötig, die Vertrauensbeziehungen aktiv ausbaut und zu einer dialogischen Politik erweitert. Zusätzlich müsse diese „Politik der Lebensführung“ auf die Gewährung individueller Lebensentfaltung mit einer Verpflichtung gegenüber anderen abzielen. Albrow schließlich stellt die These auf, dass heute ein neues Zeitalter mit spezifischen Eigenschaften und einer eigenen Form beginne, das er Globales Zeitalter nennt. An die Stelle von Modernität als für die Moderne prägenden Begriff trete heute die Globalität, die einer Mischung aus Neuheiten sowie eines vormodernen und nicht-westlichen Denkens bedürfe.

## 2.1 Amitai Etzioni - Paradigma für eine gute Gesellschaft

„Was uns bedroht, ist die moralische Anarchie, nicht ein Zuviel an Gemeinschaft.“<sup>427</sup>

### 2.1.1 Kommunitarismus und politische Praxis

Auf die Frage „Was ist Kommunitarismus?“ antwortet Etzioni in seinem 1995 erschienenen Buch „Die Entdeckung des Gemeinwesens“: „Kommunitarismus ist eine Bewegung für eine bessere moralische, soziale, politische Umwelt. Kommunitarier wollen die Einstellungen verändern und soziale Bande erneuern, wollen das öffentliche Leben reformieren.“<sup>428</sup> Ziel des Kommunitarismus als gesellschaftspolitische Bewegung ist es, einen Wandel in Werten, Sitten und politischen Strategien zu erreichen. Damit ist der praxisorientierte Ansatz von Etzionis Programmatik, aber auch der Anspruch der kommunitaristischen Bewegung benannt, der nach Auffassung von Herfried Münkler vor 1997 viel zu wenig beachtet wurde.<sup>429</sup> Die starke Praxisorientierung stellt den Hauptunterschied zu allen anderen in dieser Arbeit untersuchten Konzepten dar. Hintergrund der Entstehung dieser Bewegung in den USA ist der Zusammenschluss einer Gruppe von Intellektuellen und Wissenschaftlern im Jahr 1990, die bereits einige Zeit zum Thema Autonomie und Gemeinschaft arbeiteten. Sie wollten sich damit gegen die zunehmende Polarisierung in der öffentlichen Debatte in ein „Entweder-Oder-Denken“ wenden und nach einem neuen Weg zur Remoralisierung der Gesellschaft suchen. Um die Öffentlichkeit zu erreichen, gründete die Gruppe unter Leitung von Etzioni die Vierteljahresschrift „The Responsive Community - Rights and Responsibilities“, die seitdem von ihm herausgegeben wird. Unter den Autoren sind Barber, Dahrendorf und Sennett zu finden. 1991 luden die Initiatoren zu einem Teach-in, um ihr Programm öffentlichkeits-

---

<sup>427</sup> Zitat aus dem Vorwort zu Etzioni (1995), S. XIII.

<sup>428</sup> Etzioni (1995), S. 277. In diesem Sinne vgl. auch S. 3, S. 261 und S. 265.

<sup>429</sup> Vgl. „Wege in die gute Gesellschaft“, *Die Zeit*, 43/97.

wirksam zu präsentieren.<sup>430</sup> Dieses Vorgehen zeigte Wirkung im öffentlichen Diskurs, aber auch in der politischen Praxis. Etzioni verweist immer wieder selbstbewusst auf die Übernahme seiner Ideen durch Politiker aus verschiedenen Ländern und fast allen politischen Lagern, um die Substanz seines Konzeptes zu unterstreichen.<sup>431</sup> Ebenso wie Fukuyama und Huntington - und wie noch zu zeigen sein wird auch Giddens - reagiert Etzioni in seinen Büchern auf Vorwürfe seiner Kritiker und versucht sie zu widerlegen. Im deutschen Kontext ist vor allem die Verwendung des Begriffs „Gemeinschaft“ wegen seiner historischen Belastung durch die NS-Zeit umstritten, andere Kritiker haben mit dem Konzept des moralischen Dialogs Schwierigkeiten oder werfen Etzionis Kommunitarismus-Entwurf vor, eine „Diktatur der Mehrheit“ zu skizzieren.<sup>432</sup> Er selbst wiederum grenzt seine Programmatik gegen andere Kommunitaristen wie Sandel, Walzer oder Taylor ab, die weniger an der praktischen Umsetzung als an der philosophischen Konzeption interessiert sind. So bezeichnet Etzioni sich selbst als aufgeschlossenen, responsiven Kommunitaristen, der nicht konservativ sei, weil er keine Rückkehr zu traditionellen Formen anstrebe, sondern im Gegenteil die Auffassung vertrete, dass die Gemeinschaft sich durch offene Partizipation, Dialog und gemeinsame Werte auszeichnen müsse.<sup>433</sup> Von Reese-Schäfer wird Etzioni dann auch als „liberaler Kommunitarier“ bezeichnet.<sup>434</sup> Interessant ist bei Etzioni die Wendung, seine politisch akzentuierte Programmatik der frühen 1990er Jahre ab 1997 wieder stärker philosophisch zu verankern.

### 2.1.2 Ausgangspunkt der Programmatik

Ausgangspunkt für Etzionis Überlegungen ist der moralische Verfall der Gesellschaft - hier vor allem der amerikanischen.<sup>435</sup> Die allgemeine Situation, in der die Gesellschaft sich befindet, beschreibt er als erkrankt „an einem auf die Spitze getriebenen Individualismus“ mit einer „Ideologisierung der ungebundenen Autonomie“.<sup>436</sup> Etzioni baut seine ganze Programmatik auf der These auf, dass die Gesellschaft moralisch verwahrlost sei und daher der moralischen Erneuerung bedürfe. Er glaubt beobachtet zu haben, dass es seit den 1960er Jahren Schritt für Schritt zu einer Hinterfragung der gesellschaftlichen Verhält-

<sup>430</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 17 ff. sowie zur Entstehung der Bewegung insgesamt Reese-Schäfer (1999). Zur Popularität von Etzioni vgl. Budäus/Grüning (1997), S. 7. Zum Lebensweg vgl. „Alte Politik in neuer Verpackung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.01.96.

<sup>431</sup> Vgl. Etzioni (1995), Vorwort zur deutschen Ausgabe sowie Etzioni (1997), S. 10 f. und S. 114.

<sup>432</sup> Zum Vorwurf des Puritanismus vgl. Etzioni (1995), S. 47 ff.; zum Vorwurf der Mehrheitsdiktatur vgl. Etzioni (1995), S. 58 f. sowie zur Kritik insgesamt vgl. Etzioni (1995), S. 10. Vgl. außerdem zum moralischen Dialog Budäus/Grüning (1997), S. 49 f.; zum Begriff „Gemeinschaft“ vgl. Budäus/Grüning (1997), S. 35 ff. sowie zum Konzept insgesamt vgl. Budäus/Grüning (1997)v.a. S. 60 und S. 68. Vgl. hierzu auch insgesamt Meier (2000). Zum Gemeinschaftsbegriff vgl. ebenso „Ein amerikanischer Traum. Professor und Promoter“, *Süddeutsche Zeitung*, 04.01.99.

<sup>433</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 181 f.

<sup>434</sup> Vgl. Reese-Schäfer (1999), S. 298. Auch Schick und Renner ordnen ihn dem liberalen Kommunitarismus zu, vgl. Schick/Renner (2000), S. 195 ff.

<sup>435</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 39 ff. Vgl. auch Meier (2000), S. 14 f.

<sup>436</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 50.

nisse gekommen sei, nämlich durch das gewachsene materielle Wohlstandsniveau, die Bildungsexpansion und die Emanzipation der Frau. Moralische Traditionen sowie gesellschaftliche Werte und Institutionen würden dadurch immer mehr in Frage gestellt, womit eine Schwächung des Verantwortungsgefühls und die rapide Abnahme der Gemeinwohlorientierung einhergehe - eine Annahme, die vor allem von Ulrich Beck zu widerlegen versucht wird. Auch die Konzentration auf sich selbst habe zugenommen und die Moral sei in den Gesellschaften, in denen nur noch nach Erfolgskriterien der freien Marktwirtschaft und des Wettbewerbs gelebt werde, gesunken. Für Etzioni lässt sich dieser Verfall an konkreten Missständen wie etwa Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug und zunehmender Korruption ablesen. Er bemängelt zudem, dass diese unsozialen Verhaltensweisen nicht mehr auf direkte Ablehnung stoßen, weil viele Menschen mittlerweile unfähig seien, gemeinwohlorientierte Werte zu artikulieren und sich für diese einzusetzen. So rücken insgesamt Selbstentfaltung, Identitätsfindung und Karriere in den Vordergrund.<sup>437</sup> Ausgangspunkt dieser Analyse sind die amerikanische Gesellschaft und ihre Entwicklung bis in die 1990er Jahre.<sup>438</sup> Aber auch in anderen Gesellschaften beobachtet Etzioni diesen Werteverfall. Als zentrales Problem macht er gegenwärtig das aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft sowie zwischen Freiheit und Ordnung aus.<sup>439</sup> Da die Gesellschaft seiner Auffassung nach zwischen den beiden Polen Autonomie und Ordnung pendle, müsse es zwangsläufig zu einer Gegenbewegung kommen, wenn eine der Seiten zu exzessiv verfolgt werde. Für ihn schwingt das Pendel seit den 1990er Jahren wieder verstärkt zum Pol von mehr sozialer Ordnung zurück, eine Entwicklung, so Etzioni, die an dem ernsthaften moralischen Dialog zu beobachten ist, der Dank der Kommunitaristen entstanden ist.<sup>440</sup>

Etzioni bezieht sich bei der Entwicklung seiner Programmatik stark auf die Kehrseite von Befreiung und Autonomie, die für ihn eine Form von „exzessiver Freiheit“ ist. Die Befreiung aus Zwängen könne nämlich gerade bei einem Zuviel an Wahlmöglichkeiten zu Unsicherheit führen.<sup>441</sup> Daher seien laut Etzioni manchmal gewisse Einschränkungen sinnvoll - ein Gedanke, der bereits von

---

<sup>437</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 41 f. Etzioni dienen vor allem die USA als Anschauungsbeispiel für die Zerstörung der moralischen Grundlagen einer Gesellschaft durch ungezügeltten Kapitalismus und exzessiven Individualismus. Vgl. Etzioni (2000), S. 38. Als Beispiele für den moralischen Niedergang zählt er folgende Krisensymptome auf: Verfall der öffentlichen Moral und der Familien, vermehrter Ehebruch und Ansteigen der Scheidungsraten, Ansteigen der Kriminalitätsrate, vermehrter Drogenmissbrauch, Korruption, mehr Verkehrssünder, Bandenkriege, schlechte Jobs für Jugendliche. Vgl. hierzu Etzioni (1995), S. 38, S. 56 ff., S. 81, S. 128 ff. und S. 245 ff. Zum Werteverfall in anderen Ländern wie Kanada, Australien, Neuseeland und Japan, vgl. Etzioni (1997), S. 116 f. Ursache dafür sei, dass der Einzelne zu viele Rechte und zu wenig Pflichten habe. Konkrete Lösungsvorschläge zu diesen Krisensymptomen können laut Etzioni verstärkte Alkohol- und Drogenkontrollen sowie Gemeinschaftsdienste aller Art sein, um möglichst ohne Zwang Halt zu geben. Vgl. Etzioni (1995), 201 ff.

<sup>438</sup> Zur historischen Entwicklung von Fall und Aufstieg der USA, vgl. Etzioni (1997), S. 14, S. 18 ff., S. 60 f., S. 92 ff. sowie S. 99 ff.

<sup>439</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 29.

<sup>440</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 76 f. und S. 111 f.

<sup>441</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 15 und S. 108 f. (als Beispiele für die unterlassene Unterscheidung von Autonomie und Anarchie nennt Etzioni die sexuelle Befreiung).

Fukuyama aufgegriffen wurde. Eine gegenteilige Position wird an späterer Stelle bei Albrow und Giddens zu erläutern sein. Für Etzioni besteht somit folgerichtig die größte Gefahr für die Autonomie des Einzelnen in der Auflösung sozialer Bindungen, da zu befürchten steht, dass die Atomisierung des Einzelnen die Gemeinschaft in einen „Mob“ verwandle.<sup>442</sup> Etzioni greift hier zu dem Begriff der „zurechtgestutzten Gesellschaft“, die sich in einem Zustand von Unsicherheit, Angst und Pessimismus befinde.<sup>443</sup> Negative Folgen sind etwa die Zunahme des Anspruchsdenkens, der Niedergang der traditionellen Familie, ein Ansteigen der Scheidungsrate, der Respektsverlust vor Autorität, eine Schwächung der Arbeitsmoral und der Einflussverlust der Religion. Insgesamt sagt Etzioni eine Zunahme unsozialen Verhaltens voraus, so dass Autonomie in Anarchie abzugleiten drohe.<sup>444</sup> Seine Beschreibung erinnert damit an die Krisenszenarien von Fukuyama und Huntington. Etzionis Ausgangspunkt ist also das Krisenszenario einer im Verfall begriffenen Gesellschaft in Zeiten des moralischen Niedergangs. Die Defizitorientierung seines Konzeptes wird anhand der von ihm genannten zahlreichen Beispiele des Verfalls greifbar.

### 2.1.3 Das Bild der guten Gesellschaft

Aus der defizitorientierten Perspektive entsteht nun Etzionis Programmatik, die dem moralischen Verfall Einhalt gebieten will, indem es zu einer Erneuerung der wertorientierten Gemeinschaft kommt. Die Programmatik enthält die Vision einer „guten Gesellschaft“, wie Etzioni sie nennt, die sich im Kern durch die Balance zwischen dem Verhältnis von sozialer Ordnung und gebundener Autonomie auszeichnet. Dieses „tugendhafte Gleichgewicht“ ist das Ziel der Programmatik und soll eine neue goldene Regel begründen, eine Balance zwischen den Prinzipien der sozialen Ordnung, die auf moralischen Werten basiert, und der individuellen Autonomie einer möglichst weitgehenden Freiheit.<sup>445</sup> Die Balance stellt gleichzeitig den Gradmesser für die gute Gesellschaft dar.<sup>446</sup> Ziel ist die Erneuerung der moralischen Werte, da die gute Gesellschaft eine Reihe substantieller, affirmativer und moralischer Bindungen und damit einen Kernbestand an Werten braucht.<sup>447</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Etzioni explizit von einer „gebundenen Autonomie“ spricht, das heißt, Autonomie von Zugehörigkeit und Gemeinschaft aus definiert.<sup>448</sup> Hier wird der qualitative Zugang zum Motiv Gesellschaft sichtbar. Etzioni geht von der persönlichen Verantwortung des Einzelnen gegenüber sich selbst und der

---

<sup>442</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 54.

<sup>443</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 121.

<sup>444</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 107 ff.

<sup>445</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 10, S. 12, S. 19, S. 21, S. 23, S. 26, S. 32, S. 54 f., S. 67, S. 69, S. 75, S. 79, S. 311 ff. sowie S. 315.

<sup>446</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 18, S. 63 f. und S. 113.

<sup>447</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 29; Etzioni (1997), S. 14, S. 17f. und S. 69 sowie Etzioni (2000), S. 43.

<sup>448</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 62.

sozialen Verantwortung gegenüber anderen aus.<sup>449</sup> Er bezeichnet sein Konzept als „Paradigma für eine gute Gesellschaft“, wobei er aber keinen umfassenden universalen Ansatz wählt wie die Autoren der ersten Diskursphase, sondern sich auf die Gemeinschaft als Hauptmotiv konzentriert und sein Konzept vor allem mit Blick auf die amerikanische Gesellschaft entwickelt.<sup>450</sup> Etzioni wendet sich dabei gegen die ausschließliche Orientierung an Marktgesetzen, ungezügelter Erfolgsstreben, Ellenbogenmentalität sowie gegen einen starrköpfigen Individualismus, der die moralischen Grundsätze der Gemeinschaft leugnet. Die umfassende Ökonomisierung des ganzen Lebens im Zuge der Globalisierung wertet er als eine Ursache für den Verfall.<sup>451</sup> Seiner Auffassung nach können persönliche Freiheiten und individuelle Rechte nur geschützt werden, wenn man sich um die grundlegenden Bedürfnisse einer Gemeinschaft kümmert.

### **Gemeinschaft**

Gemeinschaft definiert Etzioni als eine Gruppe, deren Individuen sich alle gegenseitig kennen und füreinander einstehen. Sie fühlen sich gemeinsamen Werten und Normen verpflichtet. Daher sind die Gemeinschaften in erster Linie auf der lokalen Ebene als Familien, in Schulen, Nachbarschaften und Vereinen angesiedelt - was den Positionen der ersten Diskursphase entspricht.<sup>452</sup> Die Gemeinschaft ist die wichtigste Quelle für moralische Orientierung, so dass die Bewältigung der aktuellen Krise nur darin liegen kann, den Gemeinsinn der Bürger erneut zu wecken.<sup>453</sup> So fordern die Kommunitaristen eine Erneuerung zentraler sozialer Werte, was für Etzioni eine Mischung aus traditionellen, neu interpretierten sowie völlig neu definierten Werten bedeutet. Hier soll sein Anspruch deutlich werden, nicht bloß die schlichte Wiederbelebung der Vergangenheit anzustreben.<sup>454</sup>

#### **2.1.4 Programmatik: Die Zwillingswerte Ordnung und Autonomie**

Wie bereits angesprochen, geht es in Etzionis Programmatik um ein stabiles Fundament für eine gute Gesellschaft, das aus bestimmten Werten bestehen soll. Zudem geht es um eine Erneuerung der Moral, die nur in intakten Gemeinschaften gelingen kann. Die goldene Regel buchstabiert Etzioni wie folgt aus: „Achte und wahre die moralische Ordnung der Gesellschaft im gleichen Maße, wie du wünschst, daß die Gesellschaft Deine Autonomie achtet und wahrt.“<sup>455</sup> Diese Regel geht von der Grundüberzeugung aus, dass gerade nicht die

<sup>449</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 114 und Etzioni (2000), S. 33.

<sup>450</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 9.

<sup>451</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 39. Vgl. auch das Interview „Krieg der Kinder“, *Die Zeit*, 46/99.

<sup>452</sup> Zur Beliebtheit des kommunitaristischen Denkens auf kommunaler Ebene vgl. Reese-Schäfer (1999), S. 300 f.

<sup>453</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 44 ff.

<sup>454</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 113.

<sup>455</sup> Etzioni (1997), S. 19 und vgl. in diesem Sinn auch Etzioni (2000), S. 40. Auch Albrow und Giddens formulieren ähnliche zentrale normative Appelle in ihren Texten.



Selbstentfaltung des Individuums eingeschränkt wird, wenn sich die Menschen umeinander kümmern, sondern neue Perspektiven des menschlichen Zusammenlebens entstehen, die in einer „nur auf Gewinnstreben und Eigennutz orientierten Gesellschaft“ nicht entdeckt würden – so Etzionis Ausführungen in einem Interview.<sup>456</sup> Im Mittelpunkt der Programmatik stehen neben der Balance zwischen Ordnung und Autonomie die Begriffe *Moral* und *moralischer Dialog*.

Zuerst ein Blick auf die Balance zwischen sozialer Ordnung und Autonomie: Die soziale Ordnung braucht eine Reihe von gemeinsamen Grundwerten, denen sich die Mitglieder verpflichtet fühlen und an denen sie ihr Verhalten freiwillig orientieren. Zudem braucht es ein gewisses Maß an Zeit, Aktivität, Energie und Loyalität der Gesellschaftsmitglieder für den „Dienst an einem oder mehreren gemeinsamen Zielen“.<sup>457</sup> Die soziale Ordnung muss somit auf Dauerhaftigkeit angelegt sein. Die Form der Autonomie,<sup>458</sup> die die gute kommunitaristische Gesellschaft braucht, entsteht aus sogenannten sozialen, also auf die Gemeinschaft bezogenen Tugenden, individuelle Tugenden stehen im Hintergrund. So muss zur Erreichung der Balance immer wieder eine Diskussion über den Grad der Autonomie von Einzelnen und Einzelgruppen innerhalb der Gesellschaft geführt werden, damit die Gemeinschaft stabil bleibt, aber nicht statisch wird.<sup>459</sup>

### **Werte als Grundlage der Programmatik**

Werte sind in Etzionis Programmatik das Fundament und der Rahmen für die Gemeinschaften. Vor allem die Kernwerte sind für sein Konzept von Bedeutung, da diese alle Gemeinschaften (lokale Ebene) innerhalb einer übergeordneten Gemeinschaft (Staat) teilen. Kultur und Tradition sind die Medien, die Werte weitergeben. Zwar hält sich Etzioni in seinen Texten mit der Nennung konkreter Werte stark zurück, was ihm den Vorwurf der Vagheit eingebracht hat, doch einige Werte können identifiziert werden.<sup>460</sup> Zu den Kernwerten gehören Demokratie und die Grundrechte, wie sie in der Verfassung verankert sind, wobei Etzioni dafür plädiert, dass die normative Bindung an die Demokratie vor allem „empfunden“ werden soll. Auch ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit, Friedensförderung und die Verpflichtung gegenüber der Umwelt als gemeinsamem Gut zählt Etzioni zu den Kernwerten. Da zumindest in den westlichen Demokratien hier kaum Widerspruch zu erwarten ist, ist der Vorwurf an Etzioni, eher mit Allgemeinplätzen zu argumentieren, nicht völlig von der Hand zu

---

<sup>456</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 40.

<sup>457</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 33 und S. 36 f.

<sup>458</sup> Etzioni definiert Autonomie folgendermaßen: Sie ist nicht nur individuelle Freiheit, sondern enthält auch Bedürfnisse nach Selbstdarstellung, Innovation, Kreativität und Selbstbestimmung sowie das legitime Bedürfnis, Unterschiedlichkeit zum Ausdruck zu bringen, vgl. Etzioni (1997), S. 51.

<sup>459</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 49 ff.

<sup>460</sup> Vgl. zu dieser Kritik „Goldene Regeln. Was Amitai Etzioni unter Verantwortung versteht“, *Süddeutsche Zeitung*, 08.10.97.

weisen. Zu den nachgeordneten und aus den Kernwerten abgeleiteten Werten zählen Selbstdisziplin, Selbstkontrolle, Toleranz, Respekt, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit. Der Kernbestand der Werte, der in einer Gemeinschaft geteilt wird, soll nach Etzioni Ansicht nicht das Ergebnis von Verfahren oder Verträgen sein, sondern auf allgemeiner Zustimmung beruhen, die im Rahmen des moralischen Dialogs entsteht. Zustimmung wird spürbar, so Etzioni, wenn sich bis zu 98 Prozent einer Gesellschaft freiwillig an diese Werte halten.<sup>461</sup> Nur ein Konsens, der auf einer gemeinsamen Wertebasis beruht, sei stabil. Daher sind laut Etzioni lokale Gemeinschaften auch stabiler als etwa nationale oder globale, ebenso sind internationale Vereinbarungen weit weniger stabil als nationale oder lokale Abmachungen.<sup>462</sup> Allerdings bleibt er an dieser Stelle plausible Beispiele schuldig und nimmt keinen ausgewogenen Vergleich vor. Aus den Kernwerten leiten sich nach Etzioni dann auch die Wertekonzeptionen ab, die zu gesellschaftspolitischen Programmen werden können. Ein Beispiel wäre die Kombination von freiwilliger Bescheidung durch Konsumverzicht mit einem ressourcenschonenden Streben nach Quellen der Zufriedenheit jenseits rein materieller Ansprüche. Diese Quellen liegen für Etzioni in der Familie, im Ehrenamt oder in der Religion<sup>463</sup> - eine Konzeption, die in einigen Zügen auch bei Giddens wieder aufgegriffen wird, allerdings begründet mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und dem Wandel am Arbeitsmarkt.

### ***Kultur und Tradition als Basis für Werte und Gemeinschaft***

Kultur und Tradition als Medien der Wertevermittlung sind bereits in der ersten Diskursphase zentral. Auch in Etzionis Programmatik muss sich eine funktionierende Gemeinschaft auf Kultur und Tradition und die ihnen innewohnenden Werte stützen können. Werte werden von Generation zu Generation weitergegeben und nicht - wie bei Albrow oder Giddens formuliert - erfunden oder ausgehandelt.<sup>464</sup> Für Etzioni zeichnet sich eine Gemeinschaft durch ihre Identität, Geschichte und Kultur aus, Individuen sind niemals „unbeschriebene Blätter“. Die Kultur ist der normative Ausgangspunkt für jedes Individuum: „Die neue, erneuerte oder neu entworfene Kultur, die sie entwickeln, gründet sich unvermeidlich auf vorgegebene normative Elemente.“<sup>465</sup>

---

<sup>461</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 119 und S. 185 ff. sowie Etzioni (1997), S. 127 ff., S. 259 ff., S. 265 und S. 319.

<sup>462</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 131.

<sup>463</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 125 f.

<sup>464</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 137 f.

<sup>465</sup> Etzioni (1997), S. 141 f. Hier wird der Bezug auf Aristoteles deutlich. Vgl. hierzu auch Habermas (1991), S. 13. Zu dieser Einschätzung vgl. des Weiteren Vattimo, Gianni (2002), Kurze Geschichte der Philosophie im 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Freiburg im Breisgau, S. 138. Hier schreibt Vattimo im Zusammenhang mit dem Kommunitarismus: „Niemand fängt mit seinen eigenen Entscheidungen bei Null an. Auch für den Entschluss, auf moralischem Gebiet eine rationale Wahl zu treffen und nicht bloß aus dem Impuls des Augenblicks heraus zu handeln, muss man schon über ein Ensemble von leitenden Ideen verfügen, die aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten, geschichtlichen, konkreten Gemeinschaft hervorgehen.“

### 2.1.5 Moralischer Dialog und Stimme der Moral

Um die Gemeinschaft moralisch zu erneuern, wählt Etzioni zwei zentrale Instrumentarien. Das eine ist der „moralische Dialog“, das andere die „Stimme der Moral“. Der moralische Dialog soll nach bestimmten Regeln verlaufen und mit Überzeugung und Argumenten arbeiten. Die Stimme der Moral hingegen ist ein vom Individuum internalisiertes Instrument, das sowohl von innen als auch von außen wirkt. Die Stimme der Moral wirkt mittels Verantwortungsgefühl und moralischem Druck - auch im Unterbewusstsein des Einzelnen.<sup>466</sup> Insgesamt geht Etzioni davon aus, dass die gute kommunitaristische Gesellschaft an jene appelliert, die „sozial sensibel und engagiert sind, an einsichtsvolle und gewissenhafte Menschen, die sich dem vermeintlichen Lauf der Geschichte entgegenzustellen wagen“.<sup>467</sup> In diesem Zusammenhang erinnert Etzionis Entwurf ebenfalls an die Ansätze der ersten Phase, die vor allem die Intuition und allgemeine Gefühlslage der Leserschaft ansprechen.

#### ***Verfahren und Regeln im moralischen Dialog***

Als zentrales Mittel zur Umsetzung der kommunitaristischen Programmatik dient der moralische Dialog als ein Verständigungsprozess über Werte. Etzioni geht davon aus, dass durch stichfeste Argumente, durch „gegenseitiges Ermahnen und Ermutigen“, für moralische Werte geworben werden kann. Damit nicht der Staat bei unverantwortlichem Individualismus eingreifen muss, müssen die Gemeinschaften und ihre moralische Stimme gestärkt werden.<sup>468</sup> Etzioni bemüht sich, den moralischen Dialog vom rationalen Verfahren abzugrenzen. Dazu unterscheidet er in prozedurale „Verfahrensdialoge“ (rational) und in „Überzeugungsdialoge“, wobei er die Verfahrensdialoge mit deliberativen Verfahren gleichsetzt. Diese lehnt er, ebenso wie Fukuyama, ab.<sup>469</sup> Seiner Auffassung nach stießen diese als Appell an die Vernunft zu schnell an ihre Grenzen, weil der Mensch nicht in dem Maße rational sei, dass die Deliberation funktionieren könne.<sup>470</sup> Das rationale Verfahren ist laut Etzioni „hochgradig aufgeladen mit einem positiven, affektiven und normativen Gehalt“, dem keine festen Überzeugungen zugrunde lägen.<sup>471</sup> In mehreren Texten wählt er den Vergleich mit einem Schachspiel, um seine Ablehnung der rein rationalen Methodik zu illustrieren. Rationale Lösungen funktionieren nur mit wenigen Be-

<sup>466</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 35 ff.; Etzioni (1997), S. 37, S. 41, S. 55, S. 120 und S. 150 sowie Etzioni (2000), S. 61.

<sup>467</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 21 f.

<sup>468</sup> Vgl. Etzioni (2000), S. 47 und S. 51.

<sup>469</sup> Vgl. Etzioni (1996), S. 218 ff. Etzioni verknüpft seine Ablehnung des rationalen Verfahrens mit einer Kritik an der Zivilgesellschaft, die für ihn ein „zu dünnes Konzept“ darstellt, da sie zu stark verfahrensrechtlich begriffen wird und substanzieller Werte entbehrt. Vgl. hierzu auch Etzioni (1997), S. 38.

<sup>470</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 139 ff., S. 145 und S. 292 ff. Mit dieser Argumentation begibt sich Etzioni in einen Gegensatz zu Kants Ansatz der frei rasonierenden Privatpersonen, die durch kontinuierliche, freie, vernunftgeleitete und öffentlich geführte Debatten der Wahrheit nahe kommen, aber auch zu Habermas und dessen Konzept des herrschaftsfreien Dialogs.

<sup>471</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 143, S. 147 ff. und S. 152.

teiligten und wenn die Möglichkeiten sich zu entscheiden begrenzt sind.<sup>472</sup> Der moralische Dialog stelle hingegen als Appell an übergreifende Grundwerte den richtigen Lösungsweg dar. Um seiner Bevorzugung des Überzeugungsdialoges Nachdruck zu verleihen, verweist Etzioni auf bestimmte Regeln, denen der moralische Dialog folgen müsse. So seien die gegenseitige Anerkennung der Integrität und der Respekt vor sakrosankten Werten der anderen Seite grundlegend.<sup>473</sup> Zudem müsse verstärkt die „Sprache der Bedürfnisse, Wünsche und Interessen“ verwendet werden, statt lediglich Rechtsansprüche zu formulieren. Falls diese Regeln unbekannt seien, könne der Dialog auch mit einem Dialog über die Regeln selbst beginnen.<sup>474</sup> Um seinen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, beantwortet Etzioni in seinem Hauptwerk 1997 auch die Frage, wie der moralische Dialog zwischen großen Gemeinschaften funktionieren könne. Etzioni entwirft ein Szenario des öffentlich vernetzten Dialogs, indem er Gespräche von der lokalen über die regionale bis zur nationalen und internationalen Ebene zu bestimmten Themen skizziert, wobei er ein Zusammentreffen freiwilliger Vereinigungen auf jeder dieser Ebenen als durchaus realisierbar ansieht.<sup>475</sup> Als Beispiele für solche Gespräche auf verschiedenen Ebenen nennt er die Debatte um den Gehirntod oder die Zukunft des Wohlfahrtsstaates.<sup>476</sup>

### ***Stimme der Moral: Innerer und äußerer Druck***

Das zweite Instrument zur Erneuerung der Gemeinschaft ist für Etzioni die Stimme der Moral. Er geht davon aus, dass Werte nicht auf „eigenen Füßen stehen“ können, sie zu teilen demnach nicht ausreicht.<sup>477</sup> Um freiwillig nach bestimmten Wertvorgaben zu leben, bedürfe es einer weitergehenden Motivation als Vernunft oder Gesetze. So definiert Etzioni eine innere und eine äußere Stimme der Moral, wobei beiden das „gute Gefühl“ der Bestätigung gemeinsam ist. Dieses stellt sich ein, wenn Werte eingehalten werden. Die innere Stimme speist sich aus Werten, die durch Erziehung, Erfahrung und persönliche Entwicklung weitergegeben werden, die äußere aus Ermutigungen durch die Mitmenschen. Die innere Stimme der Moral steht für ein „ich sollte“ statt „ich möchte“ und wird internalisiert, wenn es in Folge von moralisch gutem Verhalten zu Wertbestätigung, einem guten Gefühl und Befriedigung kommt.<sup>478</sup> Die äußere Stimme der Moral wirkt durch die Ermutigung zu bestimmten Verhaltensweisen, die von den Mitglieder der Gemeinschaft ausgeht, wobei es Etzioni

<sup>472</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 144 sowie Etzioni (1996b), S. 222.

<sup>473</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 148 ff. sowie Etzioni (1996b), S. 227 f. Die Forderung nach Anerkennung des Anderen und von Regelbeachtung erinnert an die Ausführungen von Vattimo zur „Sprache der Ethik“. Vgl. Vattimo (2002), S. 96 f. und S. 131 ff.

<sup>474</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 158 f.

<sup>475</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 153.

<sup>476</sup> Etzioni unterscheidet einzelne Phasen des Dialogs, virtuelle Dialoge sowie die Bedeutung der Dialoge insgesamt, vgl. Etzioni (1997), S. 157 f., S. 161 ff. und S. 269 ff.

<sup>477</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 168 ff.

<sup>478</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 227 ff.

hier um normative Appelle ohne Zwang geht.<sup>479</sup> So kann die Stimme der Moral als ein Mittel des sanften Dialogs bezeichnet werden, das den psychologischen Druck als eine Eigenschaft sozialer Beziehungen beinhaltet. Dabei wird, so Etzioni weiter, die Sensibilität des Gegenübers beachtet, ohne ihn jedoch von seiner moralischen Verantwortung zu entbinden. An dieser Stelle wird deutlich, dass Etzionis Kritik an den rationalen Verfahren als positiv und normativ aufgeladen gleichermaßen auf sein eigenes Konzept und seine Appelle zurückweist. Etzioni greift wie Fukuyama auf die Anthropologie und damit die Natur des Menschen zurück, indem er den Menschen als moralisches Wesen bezeichnet, das in der Lage ist, moralische Entscheidungen zu treffen und moralische Verpflichtungen einzugehen. Man ist immer wieder versucht, Etzionis Argumentation einer philosophischen Richtung zuzuordnen, scheitert aber an ihrem Facettenreichtum. Denn einerseits erinnert Etzioni an manchen Stellen an Kant, nämlich dann, wenn er davon ausgeht, dass der Mensch aus sich heraus ein moralisches Wesen ist. Gleichzeitig scheint er sich aber auch bei Aristoteles, Gadamer oder Elias anzulehnen, wenn er den Akzent nicht nur auf die Vernunftbestimmtheit des Menschen, seine Autonomie und seine Rechte als Individuum setzt, sondern gerade Intuition, Gemeinschaftszugehörigkeit und Pflichterfüllung betont. Etzioni begründet die Richtigkeit seines Ansatzes mit dem Anspruch: „Die kommunitaristische Überzeugung, daß das Ich das Wir braucht, ist ganz offensichtlich die einzige, die mit den Ergebnissen und Beobachtungen der Sozialwissenschaften übereinstimmt.“<sup>480</sup>

### **Freiwilligkeit**

Von Bedeutung für Etzionis Programmatik ist der Aspekt der Freiwilligkeit. Weniger Recht und Gesetz als vielmehr Erziehung und Moral im Dialog zeichnen die gute kommunitaristische Gesellschaft aus. Zwang soll nur in engen Grenzen angewendet werden. Etzioni geht es um einen verstärkten öffentlichen Diskurs über Werte, wobei in der Folge die Gesetze den Wertewandel widerspiegeln müssen. In dieser Argumentation kommt sozialem Handeln in den Gemeinschaften ein höherer Stellenwert als politischem Handeln zu.<sup>481</sup> Die Gegenposition dazu nehmen wiederum Albrow und Giddens in ihren Texten ein. Etzioni geht davon aus, dass Staat und Zivilgesellschaft durch die Stimme der Moral entlastet werden.<sup>482</sup> So konstatiert er, dass sich in einer guten Gesellschaft „das Recht und die Moral im Idealfall wie die zwei Beine eines Menschen“ bewegen, die „nie weit voneinander entfernt“ sind.<sup>483</sup> Auf Etzionis Menschenbild soll an späterer Stelle nochmals eingegangen werden.

<sup>479</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 35 ff. sowie Etzioni (1997), S. 170 ff., S. 177 und S. 234.

<sup>480</sup> Etzioni (1997), S. 223. Vgl. auch Etzioni (1997), S. 184 und S. 189 f.

<sup>481</sup> Vgl. hierzu Etzioni, Amitai (2001), On Ending Nationalism, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2, S. 149.

<sup>482</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 191 ff.

<sup>483</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 199.

### 2.1.6 Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Programmatik

Wie bereits deutlich wurde, hängt das Gelingen der moralischen Erneuerung vom Zustand der Gemeinschaften ab. Familien, Schule und die Gemeinschaften in der Gesellschaft sind die sozialen Phänomene, anhand derer der Zustand der moralischen Infrastruktur der Gesellschaft abgelesen und überprüft werden kann.<sup>484</sup> Etzioni versucht, konkrete Konzepte zur Bekämpfung des moralischen Verfalls zu entwerfen. Zuerst empfiehlt er, das Tempo der durch die Globalisierung erzeugten Anpassungsprozesse zu verlangsamen.<sup>485</sup> Zudem müssten die Institutionen und Prozesse gestärkt werden, die gesellschaftliche Bindungen und gemeinsame Werte fördern. Für Etzioni können dies beispielhaft und bezogen auf die USA neben bestimmten öffentlichen Symbolen und Ritualen die Medien- und Bildungspolitik, die Einführung einer nationalen Dienstpflicht, die Förderung der englischen Sprache sowie eine allgemeine Wohnungspolitik nach kommunitaristischen Maßgaben sein.<sup>486</sup> In Bezug auf Familien, Schulen und Gemeinschaften benennt er einzelne Maßnahmen etwas konkreter, wobei im Abschnitt zur Beurteilung seiner Texte noch auf die Diskrepanz zwischen der philosophisch akzentuierten Verankerung seiner Programmatik und den politisch praktischen Maßnahmen eingegangen werden soll.

#### **Familie**

Da für Etzioni der moralische Verfallsprozess der Gemeinschaft der Ausgangspunkt seines Konzeptes ist und in der moralischen Erneuerung durch die Stimme der Moral und den moralischen Dialog die Lösung gesehen wird, formuliert er in Bezug auf die Familie folgende Kausalkette: Familien bilden die Grundlage der Gesellschaft. Die emotionale Wertschätzung der Eltern bildet die Basis für die Verinnerlichung aller sozialen Werte. Da die Internalisierung der Werte vor allem im Kindesalter vonstatten geht, müssen Eltern mehr Zeit in die Erziehung ihrer Kinder investieren. Um dieser gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen zu können, müssen sie Abstriche bei Einkommen und Karriere machen. Am besten für die Kinder sei es, wenn Vater und Mutter als Erziehungspartner auftreten und sich die Fürsorge teilen. Institutionen der Kindererziehung wie Kindergärten u.ä. können diese Aufgabe der Eltern nicht ersetzen, weil die notwendige emotionale Bindung fehle. Etzioni plädiert für einen Prioritätenwechsel weg von Konsum und Karriere hin zum Kind. Dazu ist allerdings die Förderung durch den Staat notwendig, die für ihn in mehr Beratung, in der Gewährung von Kindergeld und Erziehungsurlaub sowie in den Möglichkeiten zu Teilzeit und flexiblen Arbeitszeiten besteht. Zudem müsse den

---

<sup>484</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 282 ff. sowie Etzioni (1997), S. 235.

<sup>485</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 122. Vgl. hierzu auch das Interview, „Beethoven teilen“, *Die Zeit* 10.11.95.

<sup>486</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 273 ff.

Familien generell mit mehr Anerkennung begegnet werden. Eine weitere Maßnahme gegen den Niedergang der Familie sieht Etzioni in einer Gesetzesänderungen in Bezug auf Scheidungen. Er fordert eine Erschwerung von Scheidungen und eine Vorbereitungszeit vor der Eheschließung. Auch sollen Arbeitsprozesse in den häuslichen Bereich rückverlagert werden. Politik und Unternehmen sollen hier unterstützend tätig werden:<sup>487</sup> „Wer Kinder in die Welt setzt, hat die soziale Verpflichtung, für ihre moralische Erziehung zu sorgen.“ - so Etzionis Anspruch.<sup>488</sup>

### **Schule**

In der Schule sieht Etzioni eine Stätte der Charakterbildung, in der das nachgeholt und ergänzt werden sollte, was Familie, Nachbarn und auch die religiösen Institutionen versäumt haben. Charakterbildung kann durch Glücksgefühl in der Aufgabenerfüllung, Rücksicht auf fremde Gefühle sowie in regelmäßigem Verhalten und Pflichterfüllung erfolgen. Selbstdisziplin wird zu einem Schlüsselbegriff.<sup>489</sup> Um die moralische Erziehung zu internalisieren, soll die Schule als Erfahrungsraum dienen, der durch Rollenspiele und Vorbilder prägend wirkt. In diesem Zusammenhang denkt Etzioni an eine verlängerte Schulzeit, um die Verinnerlichung der Werte besser garantieren zu können.<sup>490</sup> Er spricht von der Einführung einer Dienstpflicht für Schüler, was ihm gerade im deutschen Kontext aufgrund der Dienstpflicht in der NS-Zeit Kritik eingebracht hat.<sup>491</sup>

### **Andere Gemeinschaften**

Nachdem auf die Wichtigkeit von Familie und Schule zur Charakterbildung hingewiesen wurde, betont Etzioni die für eine gute Gesellschaft notwendige Verbundenheit mit der lokalen Gemeinschaft.<sup>492</sup> So braucht es vor Ort Verbände, Vereine und das Ehrenamt als vermittelnde Instanzen, aber auch zum Schutz der jeweiligen Gemeinschaft. Etzioni sieht in den öffentlichen Räumen notwendige soziale Netze, wobei er von einer Gemeinwohlorientierung vor Ort spricht, die er als Staatsbürgerpflicht definiert.<sup>493</sup> Für ihn heißt das, die Notwendigkeit einer „sauberen Politik ohne Korruption“, Meinungsfreiheit, soziale Gerechtigkeit

<sup>487</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 63 ff., S. 70 ff., S. 79 ff. und S. 86 ff.; Etzioni (1997) 238 ff. sowie Etzioni (2000), S. 45.

<sup>488</sup> Etzioni (2000), S. 45; in diesem Sinn vgl. auch Etzioni (1995), S. 102.

<sup>489</sup> So plädiert Etzioni, wenn es um die Wertfindung geht, für einen höheren Stellenwert von Intuition, Gefühl und Bedürfniserfüllung, fordert bei der Werteinhaltung gleichzeitig aber eine Kontrolle der Affekte und die innere Disziplinierung.

<sup>490</sup> Vgl. zum Thema „Schule als verstärkte Vermittlerin von Ethik und Moral“ eine Umfrage in Deutschland vom September 1997, in der nur 30 Prozent dieses befürworteten („Mehr Mut zur Moral“, *Die Woche*, 12.09.97).

<sup>491</sup> Zur Dienstpflicht vgl. Etzioni (1995), S. 106 ff., S. 112 ff., S. 121 ff. und 133 ff. sowie Etzioni (1997), S. 242 ff. Dieses Konzept ist bei der momentanen Rechtslage nicht auf Deutschland zu übertragen, da eine allgemeine Dienstpflicht für Jugendliche sowohl dem Grundgesetz als auch mehreren Regelungen der ILO widerspräche.

<sup>492</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 114 und S. 245 ff.

<sup>493</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 290 ff.

mit Rechten, aber vor allem auch Pflichten, sowie öffentliche Sicherheit und Gesundheit. Da die Gemeinschaft Verantwortung trägt, erfordert ihre Funktionsfähigkeit das moralische Engagement von allen ihren Mitgliedern.<sup>494</sup> Etzioni betont, dass es dabei nicht um homogene Gemeinschaften geht, sondern um solche, die Vielfalt mit Einheit verbinden und ihre Werte selbst bestimmen, je nach den jeweiligen Bindungen und Bedürfnissen, aber immer bei dem Bewusstsein, dass einige Prinzipien für alle gelten müssen.<sup>495</sup>

### **Lokale Ebene**

Damit nun Gemeinschaft, Familienbedürfnisse, Berufsinteressen und Wohnumfeld harmonisiert werden können, bedarf es laut Etzioni sowohl einer Förderung von Gemeinschaftsaktivitäten und -dienstleistungen von öffentlicher Seite als auch einer freiwilligen Bescheidung der Wohlstandsgesellschaften insgesamt - ein Aspekt, der auch bei Giddens und Albrow eine Rolle spielt.<sup>496</sup> Insgesamt folgt Etzionis Konzept dem Prinzip der Subsidiarität. Der Staat darf keine Aufgaben an sich reißen, die besser bei der lokalen Gemeinschaft angesiedelt sind, da eben gerade Gemeinschaftsaktivitäten das Netz sozialer Bindungen stärken. Vielmehr braucht es einen rechtlichen Schutz für kommunale Aktivitäten sowie Starthilfen für kommunale Initiativen - ein Gedanke, der bereits bei Barber auftaucht, aber auch bei Giddens eine Rolle spielt.<sup>497</sup> Beispiele für die Realisierung einer guten Gesellschaft auf lokaler Ebene sind laut Etzioni die Stärkung von lokalen Institutionen wie Schulen, einer bürgernahen Polizei, der Kirchen und Museen aufgrund ihrer gemeinschaftsfördernden Dienstleistungen, aber auch die Einführung von Bürgerwachen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. Politische Partizipation vor Ort und Teilhabe an den Gemeinschaftsaktivitäten sind grundlegend.<sup>498</sup> Hier wird sichtbar, dass Etzioni seine Programmatik auf der einen Seite theoretisch verankern möchte, auf der anderen Seite aber auch um Konkretion für gesellschaftspolitisches Handeln bemüht ist. Mit diesem Spagat riskiert er jedoch immer wieder, dass seine Konkretionen im Vergleich zum theoretischen Konstrukt simplifizierend anmuten, wobei gleichzeitig auch die philosophische Verankerung nicht völlig zu gelingen scheint, wie der angesprochene Rückgriff auf unterschiedliche philosophische Konzepte belegt.

---

<sup>494</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 298 f.

<sup>495</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 137 ff., S. 144 und S. 156.

<sup>496</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 150 ff. sowie Etzioni (1997), S. 122 ff. Vgl. auch zur Bedeutung des Arbeitsplatzumfeldes in Etzionis Konzept, Beierswaltes (1995), S. 30.

<sup>497</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 203 ff.

<sup>498</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 159 ff. sowie Etzioni (1997), S. 205 ff.



### 2.1.7 Gemeinschaft der Gemeinschaften: Globale Werte und Dialoge

Die Konzeption der guten Gesellschaft auf lokaler Ebene, die Etzioni in seinen früheren Texten entworfen hat, kumuliert in der „Verantwortungsgesellschaft“ in einer auf die Beziehung zwischen größeren Gemeinschaften erweiterten Skizze. Von der lokalen über die nationale bis zur globalen Ebene können Gemeinschaften miteinander in Kontakt treten und sich austauschen. Dazu bedarf es aber ebenfalls nicht zuviel Autonomie, Abschottung oder Selbstbezogenheit,<sup>499</sup> sondern eines Gleichgewichts, das durch einen Dialog über gesellschafts- und kulturübergreifende Wertefindung erreicht werden könne.<sup>500</sup> Etzioni wählt das Bild eines Mosaiks, um die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften mit je eigenem kulturellen Hintergrund sichtbar zu machen. Könnte man sich auf einige übergreifende und grundlegende Werte verständigen, die durch die jeweiligen Gemeinschaften bejaht werden, könnte es einen moralischen Dialog auch zwischen verschiedenen Gemeinschaften bis hin zur globalen Ebene geben - ein Ansatzpunkt, dem Huntington widersprechen würde.<sup>501</sup> Allerdings spricht Etzioni in diesem Zusammenhang lieber von Kulturen statt von nationalen Gesellschaften, da der Wertedialog auf den Kulturen basiert.<sup>502</sup> Für ihn ist die zentrale Frage, ob Werte auf höheren Ebenen und zwischen Kulturen gerechtfertigt werden können. Allerdings hegt auch Etzioni große Zweifel daran, dass heute bereits globale Werte zu definieren sind.<sup>503</sup> Zwar sei ein globaler Dialog über Werte aufgrund des neuen Kommunikationsnetzes prinzipiell möglich - eine Annahme, die auch Giddens und Albrow teilen - und somit eine globale Verständigung durch die Begrenzung auf eine kleine Anzahl von Grundwerten denkbar, doch die unterschiedliche Auslegung selbst bei den Menschenrechten, wie Etzioni mit Blick auf die USA und China feststellt, lassen Zweifel an einer globalen Einigung bestehen.<sup>504</sup>

### 2.1.8 Fazit

Etzioni stellt am Ende seines Buches fest: „Die Stimme der Moral ist am be- zwingendsten, wenn sie entschlossen, aber nicht kreischend vorgetragen wird, urteilend, aber nicht verurteilend, wenn nötig kritisch, aber nicht selbst- gerecht.“<sup>505</sup> Dieser Versuch der Ausgewogenheit verhindert an manchen Stellen die notwendige Tiefenschärfe, so dass trotz gegenteiliger Behauptung kein Paradigma, das mit denen der ersten Phase vergleichbar ist, formuliert wird. Paradoxerweise kommt Etzioni zudem zu dem Schluss, dass man sich an die Werte halten sollte, die man selbst als am stärksten verpflichtend empfindet.

<sup>499</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 248 ff. und S. 279 ff.

<sup>500</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 291.

<sup>501</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 287 ff.

<sup>502</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 296 ff.

<sup>503</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 299 ff. (Bezug auf Nicht-Anerkennung der UNO und UN-Resolutionen).

<sup>504</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 303 ff.

<sup>505</sup> Etzioni (1997), S. 307.

Zudem sollte man danach streben, dass sich ihnen auch die Gemeinschaft anschließt. Wenn sie die Zustimmung dennoch versagt, sollte man trotzdem standhaft bleiben können und weiter für die eigenen Überzeugungen werben. Etzioni hebt hervor, dass die Gemeinschaft zwar eine „normative Grundlage, einen festen Ausgangspunkt, eine Kultur und Tradition, ein Verbundenheitsgefühl und einen Ort für moralische Dialoge“ bietet, dass sie aber dennoch nicht die letzte Instanz in moralischen Angelegenheiten ist, sondern ihre Mitglieder.<sup>506</sup> Hier drängt sich der Eindruck auf, dass Etzioni versucht, nochmals ein Gleichgewicht zwischen den „Zwillingswerten“ Ordnung und Autonomie zu konstruieren, um dem Eindruck entgegenzutreten, seine Programmatik bevorzuge die Gemeinschaft vor dem Individuum. Damit relativiert er nicht nur sein Konzept, sondern nähert sich ebenfalls wieder der Kant'schen Überlegung an, dass derjenige äußere Freiheit erlangt, der sich nach selbst gegebenen moralischen Gesetzen richtet. Der Zirkelschluss mag Etzioni allerdings nicht wirklich gelingen. Wie bereits Walter Reese-Schäfer mehrfach angemerkt hat, scheint gerade am Ende der „Verantwortungsgesellschaft“ Etzionis persönliche Haltung besonders durchzuschimmern, nämlich als die eines Menschen, der sich seiner Intuition in Bezug auf Werte sehr sicher ist und auf sein Urteil vertrauen kann.<sup>507</sup> Ob diese Einschätzung für die Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinschaft gelten kann, bleibt offen und gibt eher Anlass zur Skepsis.

„Etzioni ist nicht nur einer der ersten öffentlichkeitswirksamen Protagonisten der kommunitaristischen Ideen gewesen, sondern er hat (...) eine Vielzahl von konkreten Projekten in Nachbarschaften und Stadtteilen (...) initiiert und betreut.“<sup>508</sup> In dieser Einschätzung Vorländers wird der Anspruch Etzionis auf den Punkt gebracht, als öffentlicher Intellektueller<sup>509</sup> sowohl theoretischer als auch praktischer Vorreiter des Kommunitarismus zu sein.<sup>510</sup> Gleichzeitig formuliert Etzioni diesen Anspruch so, dass er, ähnlich wie die Autoren der ersten Diskursphase, ein Selbstbild der Amerikaner als Vorreiter der westlichen Welt zeichnet.<sup>511</sup> So befinde sich trotz Krisensymptomen die amerikanische Gesellschaft in einer besseren moralischen Verfassung als viele andere Gesellschaften. Die größere soziale Sensibilität und Aktivität habe ihren Ursprung in den moralischen Traditionen der USA.<sup>512</sup> Daher stehe laut Etzioni die amerikanische Gesellschaft in ihrem Bemühen um Erneuerung der sozialen Ordnung an der Spitze der Entwicklung, die sich mittlerweile in allen westlichen Gesellschaften vollzieht.<sup>513</sup> Diese Einschätzung steht etwas im Gegensatz zu der um-

<sup>506</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 325.

<sup>507</sup> Vgl. Reese-Schäfer (2001a), S. 122 sowie Reese-Schäfer, Walter (2001b), Amitai Etzioni zur Einführung, Hamburg, S. 47.

<sup>508</sup> Vorländer, Hans (2001a), Dritter Weg und Kommunitarismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 20.

<sup>509</sup> So Etzioni in einem Interview über sich selbst, vgl. Etzioni (2000), S. 37.

<sup>510</sup> Vgl. Vorländer (2001a), S. 20.

<sup>511</sup> Vgl. Kallscheuer (1994), S. 109 ff.

<sup>512</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 36, S. 61 und S. 185.

<sup>513</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 119 f. Vgl. auch Meier (2000), S. 11.

fassenden Analyse des moralischen Niedergangs in den USA, wie Etzioni sie in allen seinen Texten skizziert. Dass seine Texte sich direkt an ein Publikum wenden und zu konkreten Aktivitäten aufrufen, wird an den Stellen deutlich, an denen Etzioni sich in direkter Ansprache an seine Leserschaft wendet. In dieser Methodik unterscheidet er sich von allen anderen Autoren.<sup>514</sup> Den Anspruch, das „unselige Entweder-Oder-Denken“ und „Freund-Feind-Schema“ aufzulösen und eine Art „Dritten Weg“ zwischen Ordnung und Autonomie herzustellen, scheint Etzioni nur in Teilen zu erfüllen.<sup>515</sup> Er selbst scheut sich jedenfalls nicht, etwa die Fürsprecher der Autonomie generell als „Radikal-Individualisten“ zu etikettieren, ohne wirklich differenziert mit dieser Kategorie umzugehen.<sup>516</sup> Allerdings muss Etzioni zugestanden werden, dass sich dieses konfrontative Vorgehen sowie der Appell-Charakter der Texte aus seiner Absicht erklären, durch die Texte Menschen zum Mitmachen zu motivieren. Ein interessanter Aspekt ergibt sich aus seinem Plädoyer für mehr Gefühl und der Absage an die rationalen Strategien, wie er sie in Bezug auf den moralischen Dialog formuliert.<sup>517</sup> Denn mit dieser Haltung steht Etzioni innerhalb des Globalisierungsdiskurses nicht isoliert. Vor allem in der Abgrenzung zu Habermas` Theorie des kommunikativen Handelns und deliberativen Demokratiekonzeptionen begegnet einem der Widerstreit zwischen rationalen Verfahren und authentischen Praktiken immer wieder. Etzioni konstruiert eine Konfrontation zwischen rationalen und normativen Ansätzen und unterstellt damit, dass normative Ansätze nicht auch der Vernunft entspringen können.<sup>518</sup> Der Globalisierungsdiskurs, so wie er hier analysiert wird, widerlegt allerdings Etzionis Implikation. Insgesamt scheint die Kommunitarismusdebatte in einigen Zügen dem Aufeinandertreffen des Gegensatzes von Rationalität und Authentizität/Emotionalität<sup>519</sup> geschuldet zu sein, da sich die Kritiker von Rawls Theorie der Gerechtigkeit unter anderem an der Rationalität und hohen Abstraktheit des Gedankenexperimentes gestört haben, das für sie nicht nachempfindbar und auf reale Situationen anwendbar schien. Auch Giddens und Gorz beschäftigen sich mit der Gegenüberstellung von Rationalität und Authentizität/Emotionalität. In neueren Analyse zur Philosophie und Ethik wird Emotionalität durchaus als ein Aspekt betrachtet, der in den gegenwärtigen Ethiken zwar kaum eine Rolle spielt, künftig aber an Bedeutung

<sup>514</sup> Vgl. Etzioni (1995), S. 22 und S. 59.

<sup>515</sup> Vgl. zu dem Konzept des Dritten Wegs und seinen Einfluss auf die Programme politischer Parteien, Meier (2000), v.a. S. 4 - 29.

<sup>516</sup> Vgl. etwa Etzioni (1995), S. 55. Vgl. zur Polarisierung ebenfalls „Das Gute, das Böse, das Private“, *Die Zeit* 21/99.

<sup>517</sup> Vgl. hierzu insgesamt Etzioni (1996b), v.a. auch S. 228. Budäus und Grüning sprechen in diesem Zusammenhang von einer „emotionalen Vernebelung“, vgl. Budäus/Grüning (1997), S. 53.

<sup>518</sup> Vgl. hierzu Etzioni (1996b), v.a. S. 228. Werte werden weniger der Ratio als dem Gefühl und der Leidenschaft zugerechnet.

<sup>519</sup> Im Zusammenhang mit der Gegenüberstellung von Rationalität und Emotionalität scheint es angebracht, statt Emotionalität den Begriff der Authentizität zu verwenden, da Emotionalität in der wissenschaftlichen Debatte mit einer eher negativen Konnotation versehen ist. Authentizität verweist hingegen auf das Bestreben, neben rationalem Handeln auch ein Handeln als legitim anzuerkennen, das der Motivation folgt, als Handelnder im Einklang mit den eigenen Bedürfnissen und der eigenen Person zu stehen und somit authentisch zu sein. Die Handlung erfolgt somit nicht aus rein rationalen Überlegungen. Vgl. zum Begriff Authentizität: Bents, Richard und Blank, Reiner (1992), MBTI. Eine dynamische Persönlichkeitstypologie. Die 16 Grundmuster unseres Verhaltens nach C.G. Jung, München.

gewinnen werde.<sup>520</sup> Ein Teil der Texte des Globalisierungsdiskurses stützt diese Annahme. Dieser Aspekt wird im Schluss der Analyse nochmals eine Rolle spielen und soll deshalb an dieser Stelle nur erwähnt werden.

Für Etzionis Texte bleibt ein Problem bestehen, das ihm viel Kritik eingebracht hat. Da er mit seinem Konzept den Versuch unternimmt, sowohl abstrakte Ideen zu entwerfen und zu veranschaulichen als auch gleichzeitig Wege zur Umsetzung seines Paradigmas aufzuzeigen, schwankt er zwischen den abstrakt formulierten Ideen und den konkreten Beispielen, die auf das Zusammenleben bezogen sind. Die daraus hervorgehende Diskrepanz lässt seine Beispiele daher an manchen Stellen simplifizierend erscheinen. Sein theoretischer Ansatz wiederum wird an keiner Stelle so ausgebaut, dass er sich mit anderen philosophischen Konzepten zum Kommunitarismus messen kann. Zwar beruft Etzioni sich explizit auf die griechische Antike, das Alte und Neue Testament sowie die Katholische Soziallehre, bleibt aber dennoch bei der geistesgeschichtlichen Verankerung auf einer eher oberflächlichen Ebene stehen. Ähnlich wie Giddens unternimmt Etzioni einige Exkurse in die politische Ideengeschichte um seine Programmatik zu verankern, kommt aber über die oben genannte Etikettierung nicht wirklich hinaus.<sup>521</sup> Dem Vorwurf der Simplifizierung bzw. „Unterkomplexität“ widerspricht im deutschen Kontext vor allem Reese-Schäfer, der darauf verweist, dass in Deutschland die „klare, prägnante und beispielreiche Sprache Etzionis als Mangel aufgefasst“ und „seinem Denken eine zu große Simplizität vorgehalten“ wird, „während sich unter dem dichten Nebel soziologischer Fachjargons sehr viel häufig viel einfachere Ideen verbergen.“<sup>522</sup> Zu dieser Kritik kommt hinzu, dass ausgerechnet der Kern der Programmatik, nämlich eine Balance zwischen Ordnung und Autonomie herzustellen und somit einen weiteren „Dritten Weg“ zu schaffen, eine gewisse Vagheit in den Positionen zur Folge hat.<sup>523</sup> Etzioni schwankt zwischen der Ableitung der gebundenen Autonomie aus Zugehörigkeit und Gemeinschaft und der damit verbundenen unausgesprochenen Prioritätensetzung bei der sozialen Ordnung, und seinem Anspruch, der individuellen Autonomie einen größeren Spielraum zu geben. Da er außerdem die Werte aus den Defiziten und Verfallssymptomen ableitet, also nicht positiv definiert, sondern aus dem Negativen heraus konstruiert, bleiben auch diese bis auf wenige Stellen in den Texten eher vage.

---

<sup>520</sup> Vgl. Böhme, Gernot (1994), *Weltweisheit, Lebensform, Wissenschaft. Einführung in die Philosophie*, Frankfurt am Main, S. 185 ff. Vgl. zudem „Zwischen Ratio und Zorn. Das neue Menschenbild der Sozialwissenschaften“, *Neue Zürcher Zeitung*, 26.07.00.

<sup>521</sup> Vgl. zu den Sozialkonservativen (bei Giddens Konservative) und den Radikal-Individualisten (bei Giddens Neoliberalen) Etzioni (1997), S. 25 ff., S. 32, S. 38 ff., S. 42 ff. sowie S. 67. Zum Exkurs zu Taylor und Sandel vgl. Etzioni (1997), S. 52 f. und zu den verschiedenen Denkschulen vgl. Etzioni (1997), S. 68 ff.

<sup>522</sup> Vgl. Reese-Schäfer (2001b), S. 55 f.

<sup>523</sup> Vgl. zur Einschätzung der Vagheit des amerikanischen Kommunitarismus auch Meier (2000), S. 11 f. Ebenso verweist Waschkuhn auf die Bemühung Etzionis, eine „mittlere Linie“ zwischen konservativen und progressiven Elementen zu finden, die allerdings offen lässt, ob die kommunitaristische Bewegung tatsächlich eine große Breitenwirkung entfalten wird. Vgl. Waschkuhn (1998), S. 440.

So nennt Etzioni vor allem Verhaltensweisen, die abzulehnen sind, nennt aber kaum positiv besetzte Werte, nach denen sich die Menschen richten sollen.

Die Einordnung von Etzionis Texten in die hier gewählte Systematik von Parametern und Indikatoren ergibt folgendes Bild: Er konzentriert sich ausschließlich auf das Motiv „Gesellschaft“, Nationalstaat und Demokratie kommen nur am Rande und in Bezug auf das Gesellschaftsmotiv vor. Die Perspektive auf das Motiv ist qualitativ, da das Individuum von seiner Zugehörigkeit zu einer kulturellen Werte-Gemeinschaft aus als soziales Wesen definiert wird. Prozeduralen Verfahren, aber auch der Verfasstheit als Zivilgesellschaft tritt er kritisch gegenüber. Denn Ausgangspunkt ist, dass das „soziale Gefüge ... nicht die Ausbildung von Individualität“ beeinträchtigt, sondern „vielmehr stützt, nährt und ermöglicht“.<sup>524</sup> Bei Etzioni wird an der Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Zivilgesellschaft besonders der Unterschied zwischen den Konzepten der kulturellen Gemeinschaft und der politisch verfassten Gesellschaft sichtbar.<sup>525</sup> Aber auch die Gemeinschaft wird nicht als gesellschaftlicher Mechanismus oder konkreter Ort, sondern als ein „Bündel von Eigenschaften“ definiert, das von einem Gefühl der Verpflichtung gegenüber gemeinsamen Werten getragen wird.<sup>526</sup> Ebenso wird Demokratie nicht als Verfahren zur Konsensgewinnung und Entscheidungsfindung definiert, sondern als universeller Wert: „Aus Sicht der Kommunitaristen fehlt es demokratischen Gesellschaften an Legitimität, wenn Demokratie nur als Verfahren verstanden wird, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Individuen beizulegen. Demokratische Gesellschaften brauchen darüber hinaus einen Kernbestand gemeinsamer Werte.“<sup>527</sup> Mit Blick auf den ersten Parameter ist Etzionis Ansatz als partikular einzuordnen, da er anhand eines zentralen Aspektes, nämlich Verfall und Erneuerung der Werte und damit der Gemeinschaft, die aktuellen Entwicklungen im Kontext der Globalisierung erörtert. Dieser Aspekt bleibt durchgehend der Ausgangspunkt aller Überlegungen Etzionis. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob Etzioni tatsächlich ein Paradigma formuliert. Nach seiner eigenen Aussage entwirft er zwar ein Paradigma für eine gute Gesellschaft, betont jedoch weder das Ende der (amerikanischen) Gesellschaft durch den moralischen Niedergang noch den Aufbruch in eine moralisch erneuerte (globale) Gesellschaft. Der Verfall wird auf der einen Seite als nicht so grundlegend beschrieben, als dass er nicht mit geeigneten Mitteln abzuwenden wäre, und auf der anderen Seite wird die erneuerte Gesellschaft so wenig skizziert, dass von einem Aufbruch oder einer Vision kaum gesprochen werden kann. Daher soll Etzionis Konzept mit Blick auf den Parameter der Paradigmenformulierung als neutral eingestuft werden. Beim dritten Parameter wiederum fällt die Zuordnung leicht. Etzionis Konzept ist durchgängig durch eine defizitorientierte Sicht geprägt. Selbst die

<sup>524</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 53 sowie auch S. 16 f. und S. 28.

<sup>525</sup> Vgl. zu dieser Unterscheidung Kallscheuer (1994), S. 117.

<sup>526</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 28 und S. 177 f.

<sup>527</sup> Etzioni (1996b), S. 218; vgl. auch Etzioni (1997), S. 259 ff.

Werte, die zukünftig eine moralisch erneuerte und gute Gesellschaft begründen und stützen sollen, werden aus den Krisenerscheinungen wie Kriminalität, Gewalt, Korruption und Werteverfall abgeleitet. Ebenso werden die Ökonomisierung des Lebens, der exzessive Individualismus und die daraus folgende gesellschaftliche Atomisierung als Gefahren skizziert. Die Krise ist allgegenwärtig, selbst Autonomie und Freiheit scheinen in Anarchie abzugleiten.<sup>528</sup> Etzionis Beurteilung der aktuellen Zustände impliziert allerdings, dass die Gesellschaft in früheren Zeiten besser, weil moralisch intakt gewesen sei, was zwar einem gängigen Stereotyp entspricht, aber wenig Beweiskraft besitzt. Mit Blick auf die historischen Entwicklungen scheint diese Annahme ebenfalls eher einem Allgemeinplatz als der Realität geschuldet zu sein und macht nochmals Etzionis Methodik deutlich, an die allgemeine Gefühlslage der Menschen zu appellieren. In diesem Zusammenhang soll noch kurz auf das Menschenbild eingegangen werden, das Etzioni in seiner Programmatik skizziert. So entwirft er das Bild des „anständigen Menschen“, der sich als moralisches Wesen eher auf Werte als auf die Vernunft beruft.<sup>529</sup> Ähnlich wie Fukuyama lässt Etzioni an mehreren Stellen Exkurse zur Anthropologie in seine Texte einfließen, um diese These zu stützen.<sup>530</sup> Dieses Menschenbild veranlasst dann auch einige Kritiker zu der Aussage, dass der Mensch im kommunitaristischen Konzept „heroisch“ veranlagt sein müsse, um überhaupt den von ihm geforderten Ansprüchen gerecht werden zu können.<sup>531</sup> Abschließend sollen hier noch zwei Zitate zu Etzionis Paradigma der guten Gesellschaft gegenübergestellt werden, um den Spielraum deutlich zu machen, den die Interpretation des Konzeptes lässt: „Beim kommunitaristischen Denken handelt es sich ... um einen Impuls, nicht um eine Ideologie.“ - so Reese-Schäfer in seiner wohlwollenden Beurteilung von Etzionis Konzept.<sup>532</sup> Budäus und Grüning hingegen kommen zu dem Fazit: „Als Schlußfolgerung läßt sich die These vertreten, daß es sich beim Kommunitarismus um eine irrationale, unwissenschaftliche Ideologie handelt.“<sup>533</sup>

## 2.2 Anthony Giddens - Ist der dritte Weg ein Weg jenseits von Links und Rechts?

Mit Giddens Texten beginnt nun die Wendung im Globalisierungsdiskurs. Zum einen werden die Konzepte insgesamt um das Motiv Nationalstaat erweitert, zum anderen wird die pessimistische Sicht auf die aktuellen Entwicklungen durch eine optimistische Perspektive abgelöst.

<sup>528</sup> Vgl. etwa Etzioni (1995), S. 117 sowie Etzioni (1997), S. 15 f. und 120 ff.

<sup>529</sup> Vgl. Etzioni (1997), S. 21 f., S. 37, S. 145 ff. und S. 190.

<sup>530</sup> Etzioni (1997), S. 213 ff.

<sup>531</sup> Vgl. Budäus/Grüning (1997), S. 28 und S. 45.

<sup>532</sup> Reese-Schäfer (1999), S. 307.

<sup>533</sup> Budäus/Grüning(1997), S. 58.

## 2.2.1 Ansatz: Übergang von der Moderne zur reflexiven Modernisierung

Laut Giddens besteht das aktuelle Hauptthema in dem enger werdenden Zusammenhang zwischen Alltagsentscheidungen, Individuum und globalen Fragen.<sup>534</sup> Damit ist ein Aspekt genannt, der im Vergleich zu Etzionis Konzept neuartig ist. Der globale Zusammenhang wird im Diskurs stärker ins Zentrum gerückt. Obwohl immer noch die modernen Institutionen das Beziehungs- und Handlungsgeflecht des alltäglichen Lebens durchdringen, ist die Moderne mittlerweile zu einem „weltweiten Experiment“ geworden, das sich bis zu einem unbestimmten Grad jeglicher Kontrolle entzieht.<sup>535</sup> Die Moderne ist heute von Reflexivität in allen Bereichen gekennzeichnet, so dass Traditionen, Handlungen, Systeme, Beziehungen und sogar das Individuum einer ständigen Infragestellung sowie diskursiven Begründung unterworfen sind. Hier wird der zweite zentrale Unterschied zu den vorherigen Konzepten sichtbar. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist für Giddens eine neue Form der Unkalkulierbarkeiten und Risiken: Das menschliche Eingreifen in die Bedingungen des sozialen Lebens und in die Natur schaffe nämlich „hergestellte Unsicherheiten“, das Ende der Natur und die Auflösung der Traditionen seien die Folgen. Diese These stellt einen Kerngedanken von Giddens Theorie und Programmatik dar, der alle seine Veröffentlichungen durchzieht.<sup>536</sup> Risiken seien demnach nicht mehr extern verursacht, sondern Großkonsequenzen menschlichen Handelns.<sup>537</sup> Aus Fehlern könne nicht mehr gelernt werden, so Giddens, denn ein einmaliger Fehler könne bereits irreversibel sein, wie er mit Blick auf moderne Großtechnologien zu bedenken gibt. Mit dem Begriff des Risikos und seiner Bedeutung für die moderne Gesellschaft vollzieht sich die Einführung eines neuen Begriffes in den Globalisierungsdiskurs, der ebenso wie der Begriff der Globalisierung selbst erst ab der zweiten Diskursphase eine größere Rolle spielt und somit als Zeichen einer veränderten Wahrnehmung der Autoren zu werten ist.

### **Globalisierung**

Die Globalisierung beschreibt Giddens als ein „komplexes Zusammenspiel von teilweise recht widersprüchlichen Prozessen“, deren Ausgang noch völlig offen ist.<sup>538</sup> Der ausschlaggebende Unterschied zu früher bestehe vor allem in der höheren Geschwindigkeit und der größeren Reichweite von Handlungen und Beziehungen - ein Gedanke, der bei Sennett wieder auftaucht. Der Alltag wird

<sup>534</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 68 und Beck/Giddens/Lash (1996), S. 115 f.

<sup>535</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 117 f. Vgl. auch „Man hat keine Wahl, außer zu wählen“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 17/97 sowie Giddens (2000a), S. 59.

<sup>536</sup> Vgl. hierzu Beck/Giddens/Lash (1996), S. 117 und S. 145; Giddens (1997), S. 78; Giddens (1999a), S. 78 ff.; Giddens (2001a), S. 34 ff. sowie ebenfalls „Man hat keine Wahl, außer zu wählen“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 17/97.

<sup>537</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 22, S. 27 und S. 116 f.

<sup>538</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 66.

laut Giddens aus seiner lokalen Einbettung herausgelöst und von Vorgängen beeinflusst, die an entfernten Orten geschehen.<sup>539</sup> Soziale Interaktionen seien somit nicht mehr zwingend an gemeinsame räumliche und zeitliche Bedingungen gebunden. Verstärkt werden diese Entwicklungen durch eine veränderte Kommunikationsordnung mit weltweiter Verknüpfung - so Giddens weiter. Auch an dieser Stelle wird die gegensätzliche Konzeption zu Etzioni deutlich, der seinen Blick auf die lokalen Gemeinschaften fokussiert.

### **Programmatik**

Das Fundament seiner Programmatik versucht Giddens im ideengeschichtlichen Kontext zu verankern. Grundlage für seine Überlegungen ist die These vom Ende der Traditionen und der Natur. Das Ende der Traditionen habe seine Ursache in der ständig zunehmenden Reflexivität, das Ende der Natur in ihrer durch den Menschen forcierten Umformung in „Umwelt“ und ihre Endlichkeit - ein Gedanke, den ebenfalls Albrow skizziert. Diese Umstände werfen neue Fragen für die Gestaltung der Zukunft auf. Giddens normativer Ansatz ergibt sich aus der Frage „Wie sollen wir leben?“.<sup>540</sup> Mit Rückgriffen unter anderem auf Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“<sup>541</sup> und Norberto Bobbios „Rechts und Links“<sup>542</sup> entwirft Giddens ein Konzept, das er als „philosophischen Konservatismus“ bezeichnet.<sup>543</sup> Dieser soll eine Haltung verdeutlichen, die auf Schutz, Bewahrung und Solidarität ausgerichtet ist, gleichzeitig aber auch für Modernisierung steht.<sup>544</sup> Damit unternimmt er den Versuch, Elemente von Rechts mit Elementen von Links zu einer neuen Denkkategorie zu verbinden. Die Definition, „die Rechte“ mit dem Begriff der Tradition und „die Linke“ mit dem der Emanzipation und Innovation zu verknüpfen, diskutiert auch Norberto Bobbio. Dabei macht dieser aber deutlich, wie wenig befriedigend solche Etikettierungen in der politiktheoretischen Auseinandersetzung sind: „Bleibt die Frage, ob das Wortpaar in der Art, wie es ... definiert wurde (...), wirklich ein Wortpaar der Gegensätze ist (...).“<sup>545</sup> Bobbio versäumt es nicht, immer wieder auf die räumliche Dimension der Kategorisierung von Rechts und Links und damit auf den historischen Entstehungskontext dieser „banalen Raummetapher“ hinzuweisen.<sup>546</sup> In der Interpretation von Giddens hingegen müssen Risiken und Enttraditionalisierung in Einklang gebracht werden mit der Stärkung sozialer Beziehungen und der Bewältigung der ökologischen Probleme. Giddens plädiert für „eine pragmatische Einstellung bei der Bewältigung des

<sup>539</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 43; Giddens (2000a), S. 57 ff. und S. 67.

<sup>540</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 11 und S. 278. Vgl. auch „Modernität als Experiment“, *Die Zeit*, 13/97.

<sup>541</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 149 ff.

<sup>542</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 50 ff.

<sup>543</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 14.

<sup>544</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 30. So auch „Blairs Guru auf Abwegen. Anthony Giddens weicht vorsichtig vom Dritten Weg ab“, *Frankfurter Rundschau*, 27.07.00.

<sup>545</sup> Bobbio, Norberto (1994), *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin, S.

65; zur Diskussion vgl. S. 62 ff.

<sup>546</sup> Vgl. Bobbio (1994), S. 46 ff.



Wandels“. Globalisierung und Enttraditionalisierung müssten akzeptiert, und wo nötig, flankierend begleitet werden, ohne dass dabei Vergangenes reaktionär wiederhergestellt werde.<sup>547</sup> Das Konzept des philosophischen Konservatismus bezeichnet Giddens wahlweise auch als „utopischen Realismus“. <sup>548</sup> Sein Anspruch lautet, eine „erneuerte radikal-kritische Politik“ zu formulieren. Ziel ist die Neuordnung zwischen individuellem und kollektivem Leben - auf den ersten Blick eine Parallele zu Etzioni.<sup>549</sup> Die radikal-demokratische Perspektive beinhaltet als Kern die Selbstbestimmung des Einzelnen und dessen freie Entfaltung. Darin liege laut Giddens die Chance für die Zukunft.<sup>550</sup> Auf den zweiten Blick wird aber der grundlegende Unterschied zu den Autoren aus der ersten Phase und zu Etzioni sichtbar: nicht mehr die Gemeinschaft, sondern das selbstbestimmte Individuum steht im Zentrum.

### ***Ideengeschichtlicher Kontext***

Obwohl die beiden Bücher „Jenseits von Links und Rechts“ und „Der Dritte Weg“ annehmen lassen, dass im Mittelpunkt die ideengeschichtliche Auseinandersetzung mit den politiktheoretischen Konzepten von Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus steht, lassen sich diese Konzepte, so wie Giddens sie rezipiert, knapp abhandeln. Sie dienen lediglich der Fundierung und Abgrenzung der politischen Programmatik, die Giddens unter den Schlagworten „dialogische Demokratie“ und „erfinderische Politik der Lebensführung“ entwirft und mit dem Ansatz des philosophischen Konservatismus verbindet. Der Konservatismus ist durch die Enttraditionalisierung in die Krise geraten, der Neoliberalismus muss den Spagat zwischen ökonomischer Deregulierung und sozialer Reregulierung bewältigen.<sup>551</sup> Zur „alten“ Sozialdemokratie nimmt Giddens etwas detaillierter Stellung, da er den Anspruch erhebt, ein Konzept für eine erneuerte soziale Demokratie zu entwerfen.<sup>552</sup> Nachdem sich in Zeiten der Globalisierung - so Giddens - die „Generalisierung des Kapitalismus“ abzeichne, die große Ungleichheiten verursache, seien neue Lösungen jenseits von Konservatismus, Neoliberalismus und alter Sozialdemokratie notwendig. Giddens fordert daher eher allgemein eine neue Rollenverteilung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.<sup>553</sup> Hier setzt seine Programmatik der dialogischen Demokratie und der erfinderischen Politik der Lebensführung an: „Kurz gesagt geht es um die Veränderungen der politischen Landschaft und um den Bedeutungsschwund klassisch-formaler Kategorien. Wir sind in politischen

<sup>547</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 83 f. und S. 141.

<sup>548</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 145.

<sup>549</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 33.

<sup>550</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 149.

<sup>551</sup> Zum Konservatismus vgl. Giddens (1997), S. 52 ff. sowie Giddens (1999a), S. 26 und S. 75. Zum Neoliberalismus vgl. Giddens (1997), S. 68 sowie Giddens (1999a), S. 16, S. 22 ff. und S. 28.

<sup>552</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 19 ff. sowie Giddens (2000a), S. 73. Vgl. zusätzlich Giddens (2001b).

<sup>553</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 76.

Schlüsselfragen jenseits von Links und Rechts angekommen.“<sup>554</sup> Bobbio gibt hier zu bedenken, dass bei der „klassischen Dyade“ von Rechts und Links die Entmachtung eines der beiden Begriffe die Entmachtung des anderen nach sich ziehe. Denn „wenn alles links ist, gibt es keine Rechte mehr und umgekehrt.“<sup>555</sup> Diese Frage wird im Schlusskapitel der Arbeit noch einmal eine Rolle spielen.

## 2.2.2 Traditionen

„Freiheit und Selbstbestimmung beruhen nicht auf der verborgenen Macht von Traditionen, sondern auf offener Diskussion und Dialogbereitschaft.“<sup>556</sup> Mit „Risiko, Tradition, Reflexivität, Handeln und Dialog“ sind bereits die meisten Schlüsselbegriffe von Giddens Programmatik genannt. Die Enttraditionalisierung spielt dabei in allen Texten eine zentrale Rolle, da Giddens daran die Notwendigkeit zum aktiven Handeln des Einzelnen festmacht. Hiermit nimmt er mit seinem Entwurf eine grundlegend andere Position ein, als die bislang analysierten Autoren sie skizziert haben. Tradition selbst definiert Giddens allerdings so, wie sie auch bislang in den Texten gebraucht wurde: Tradition besteht aus einem moralischen und normativ verbindlichen Gehalt mit klar umrissener Bandbreite, wie gehandelt werden *so//*.<sup>557</sup> Zudem ermöglicht Tradition die Orientierung an der Vergangenheit, die erheblichen Einfluss auf Gegenwart und Zukunft hat. Rituale sind hierbei Instrumentarien zum Erhalt der Vergangenheit,<sup>558</sup> Tradition wird als etwas Organisches bezeichnet.<sup>559</sup> Traditionen bestimmen zudem die Grenzen zwischen Dazugehören und Fremdsein und sind somit ein Medium für die Identitätsbildung und für die „Organisation des kollektiven Gedächtnisses“.<sup>560</sup> Nach Giddens Definition aber leben wir heute bereits in einer posttraditionalen Gesellschaft, da Traditionen nicht mehr einfach hingenommen und weitergegeben werden. Sie sind öffentlichen Debatten ausgesetzt und Gegenstand von Entscheidungen, somit also reflexiv.<sup>561</sup> Diesen Prozess nennt er Enttraditionalisierung.<sup>562</sup> Zudem spielen Traditionen künftig nur noch eine untergeordnete Rolle, weil sie kein zentrales Medium mehr für die Wertevermittlung sind. Ihre bindende moralische und emotionale Kraft schwindet und die klar umrissenen Handlungshorizonte verschwimmen.<sup>563</sup>

<sup>554</sup> Giddens (2000a), S. 71. Vgl. auch Beck/Giddens/Lash (1996), S. 176.

<sup>555</sup> Bobbio (1994), S. 25; vgl. in diesem Sinn bereits ab S. 24.

<sup>556</sup> Giddens (2001a), S. 61.

<sup>557</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 128 und S. 144.

<sup>558</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 124 ff. sowie Giddens (1997), S. 77.

<sup>559</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 123. Vgl. auch Kapitel II, Teilkapitel 1 dieser Arbeit.

<sup>560</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 150 und S. 157.

<sup>561</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 24 f. und S. 80.

<sup>562</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 123 ff.

<sup>563</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 184 sowie Giddens (2000a), S. 68 f. Um den Unterschied zwischen der traditionellen und der posttraditionalen Gesellschaft zu verdeutlichen, wählt Giddens den Vergleich zwischen „Hütern der Traditionen“ und „Experten des Wissens“. In seinem Konzept „behüten“ die einen die Traditionen aufgrund ihrer persönlich anerkannten Integrität und Autorität, wobei sie, wie die Traditionen selbst, an bestimmte Orte und Kontexte gebunden sind. Die Experten hingegen gelten als Lieferanten von abstrakten Systemen (Wissenschaft), wobei jedoch jedem grundsätzlich die Möglichkeit offensteht, sich selbst Expertenwissen anzueignen. Experten sind nirgends fest verankert, damit ortlos und dezentral, ihre Macht basiert auf unpersönlichen Prinzipien und dem Glauben an die

### 2.2.3 Handeln und Entscheiden

„Festzuhalten ist, dass eine Gesellschaft der gesteigerten Reflexivität höhere Selbständigkeit des Handelns und größere Verantwortung erfordert.“<sup>564</sup> Handeln und Entscheiden sind bei Giddens zentrale Bausteine seiner Texte. Das Aktivwerden des Einzelnen steht für seine Programmatik der Selbsthilfe. Grundlage dafür sind Verantwortungsbewusstsein und die Überwindung von Passivität. Handeln und Aktivität setzt Giddens in Bezug zu Individuum und Gesellschaft, zu Demokratie und Sozialstaat, aber auch zur Globalisierung und den persönlichen Beziehungen. Damit wird eine neue Sichtweise im Globalisierungsdiskurs eingeführt.

#### **Reflexivität**

An einer Stelle schreibt Giddens, dass Globalisierung „Handeln auf Distanz“ bedeutet.<sup>565</sup> Andererseits geht er aber in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Autoren davon aus, dass durch die Globalisierungsprozesse gerade größere Interdependenzen entstehen, weil lokale Handlungen heute von überall aus beeinflusst und determiniert werden, individuelle Handlungen im Gegenzug dazu weltweite Konsequenzen besitzen können - ein Gedanke, der auch bei Albrow eine große Rolle spielt. Der Zusammenhang zwischen Alltagsentscheidungen und der Welt wird enger.<sup>566</sup> Eine Folge sieht Giddens in der Zunahme und Beschleunigung von Enttraditionalisierung und Reflexivität, so dass eine höhere Selbstständigkeit des Handelns erforderlich wird. Flexibilität und Dezentralisierung nehmen in allen Bereichen zu,<sup>567</sup> so dass Verantwortungsbereitschaft in einer „Gesellschaft gesteigerter Reflexivität“ grundlegend wird.<sup>568</sup> So geht es Giddens im Kern um eine „Steigerung der Autonomie des Handelns“. Ein ähnlicher Ansatz findet sich bei Ralf Dahrendorf, der diesen in sein Konzept der Bürgergesellschaft einpasst.<sup>569</sup> Autonomes Handeln, so Giddens weiter, kann nur auf Wahl und Entscheidungen beruhen. Gerade im posttraditionalen Kontext ist die Fähigkeit zu Wahl, Auswahl und Entscheidungen konstitutiv für Identität, Gesellschaft und Zusammenleben.<sup>570</sup> Um dies schlüssig zu begründen, greift Giddens in einem Exkurs auf Methoden aus der Psychotherapie zurück.<sup>571</sup> Dieser Kunstgriff erinnert an Fukuyamas

---

Korrigierbarkeit von Wissen. Vgl. hierzu Beck/Giddens/Lash (1996), S. 149, S. 154 ff. und S. 158 f. sowie Giddens (2001a), S. 57 ff.

<sup>564</sup> Giddens (2000a), S. 69.

<sup>565</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 176.

<sup>566</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 115 und Giddens (2000a), S. 68.

<sup>567</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 26 und S. 70 f.

<sup>568</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 69.

<sup>569</sup> Vgl. hierzu den Verweis bei Merkel, Wolfgang und Lauth, Hans-Joachim (1998), Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 6/7, S. 5.

<sup>570</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 142.

<sup>571</sup> Giddens erläutert anhand der Therapierung von Zwangshandlungen und Neurosen, wie wichtig Entscheidungen sind. Zwangshandlungen und Neurosen, die er als die Unfähigkeit, sich von der Vergangenheit zu lösen, und damit als passiv-ergebene Haltung beschreibt, werden durch die aktive Auseinandersetzung mit eben dieser Vergangenheit

Methodik, zur Untermauerung eigener Thesen andere wissenschaftliche Disziplinen hinzuzuziehen. Giddens argumentiert in einem Interview 1997 dann auch, „man hat keine Wahl, außer zu wählen. Man hat nicht die Freiheit, sich nicht zu entscheiden“.<sup>572</sup> Hier wird der Gegensatz zu Etzionis Konzeption besonders deutlich: Autonomie, Wahlfreiheit und Handeln treten in den Vordergrund, Gemeinschaft, Kultur und Moral treten zurück.

### **Vertrauen**

Giddens Schlussfolgerung aus der Notwendigkeit, Entscheidungen treffen und die Verantwortung für das eigene Handeln übernehmen zu müssen, ist, dass das Leben heute vom Einzelnen aus aktiv gestaltet werden soll.<sup>573</sup> Handlungsautonomie und soziale Wechselseitigkeit werden zentral für das Individuum.<sup>574</sup> Giddens argumentiert, dass Handeln und Autonomie für den Einzelnen nur möglich sind, wenn die sozialen Beziehungen auf Vertrauen aufgebaut werden. Da Vertrauen in andere und die Gesellschaft aber aufgrund der Enttraditionalisierung nicht mehr in bestimmten Bahnen vorgegeben ist, muss es sich heute um *aktives* Vertrauen handeln. Früher, so Giddens, dienten die Rituale der Konstituierung kultureller Gemeinsamkeiten, auf denen Vertrauen aufbaute, wie bei Etzioni nachzulesen ist.<sup>575</sup> Heute muss der Einzelne bereit sein, die Integrität des anderen auch so anzuerkennen und ihn zu tolerieren: „Der Kitt der post-traditionellen Gesellschaft ist aktives Vertrauen, das auf Anerkennung von Individualisierung in einer Kultur der Vielfalt setzt.“<sup>576</sup> Diesen Gedankengang überträgt Giddens auf das Alltagsleben. Hier erfordert die Zunahme abstrakter Systeme - wie etwa der Weltwirtschaft, aber auch computergesteuerter Technologien, die den Alltag immer stärker beeinflussen - aktives Vertrauen. Damit die Funktionsfähigkeit des Alltages aufrechterhalten werden kann, ist das Individuum gezwungen, diesen abstrakten Systemen zu vertrauen, ohne sie im Detail verstehen zu können. Umso mehr kann wachsendes Misstrauen in eines oder mehrere dieser Systeme zu Krisen oder sogar zu Zusammenbrüchen führen (mangelndes Vertrauen in die Wirtschaft oder den Sozialstaat usw.).<sup>577</sup> So muss für Giddens dann auch sein „erfinderischer politischer Ansatz“ genau die Bedingungen fördern, die aktives Vertrauen entstehen lassen. Ein Beispiel für diese Bedingungen ist die von Beck so bezeichnete Sub-Politik, eine Politik, die jenseits der klassischen politischen Institutionen und Räume stattfindet und

---

therapiert. Das Ergebnis ist, dass der Einzelne die Wahl hat, wie er sich zu seiner Vergangenheit verhält: passiv oder aktiv. Dieses Beispiel überträgt Giddens auf die posttraditionale Gesellschaft und rückt die Bedeutung von Wahl und Entscheidung ins Zentrum. Vgl. hier Beck/Giddens/Lash (1996), S. 129 ff. und S. 141 ff.

<sup>572</sup> Vgl. „Man hat keine Wahl, außer zu wählen“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 17/97.

<sup>573</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 49 und S. 79. Vgl. auch Skirbekk, Gunnar und Gilje, Nils (1993), *Geschichte der Philosophie*, Bd. 2, Frankfurt am Main, S. 531 ff.

<sup>574</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 34 f., S. 135 ff., S. 178 und S. 211 sowie Beck/Giddens/Lash (1996), S. 319.

<sup>575</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 153.

<sup>576</sup> So Waschkuhn (1998), S. 416.

<sup>577</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 165 f.

an den lokalen Kontext gebunden ist.<sup>578</sup> Bedingungen für aktives Vertrauen sind Dezentralisierung, Autonomie und die zum Dialog erweiterte Kommunikation.<sup>579</sup>

#### 2.2.4 Gesellschaft und Werte

Zusammenfassend kann bislang zu Giddens Konzept festgestellt werden, dass er den sozialen Wandel durch Globalisierung und die Veränderungen des Alltags durch Enttraditionalisierung als Ursachen für die reflexive Modernisierung ansieht, aus der die posttraditionale Gesellschaft hervorgeht. Die Welt rückt durch die veränderte Bedeutung von Raum und Zeit zusammen.<sup>580</sup> Das bedeutet, dass der Kommunikation eine neue Bedeutung zuwächst, weil sie global verbindet. In einer globalisierten Welt steht nach Giddens keiner mehr „außerhalb“. Damit entfällt zugleich ein konstitutives Element für Tradition, Identität sowie die Definition sozialer Inklusion und Exklusion in der Moderne. Für Giddens kann die posttraditionale Gesellschaft nur dann funktionieren, wenn nicht mehr in jedem Fremden ein Feind gesehen wird, also grundsätzlich ein gewisses Maß an Vertrauen vorhanden ist.<sup>581</sup> In dieser Haltung kommt der Unterschied zu Huntingtons Ansatz deutlich zum Ausdruck. Hinzu kommt eine neue Form der Individualisierung, weil die Globalisierung die traditionellen Institutionen der Gesellschaften umformt.<sup>582</sup> Giddens spricht in diesem Zusammenhang im Gegensatz zu den Autoren der ersten Diskursphase und Etzioni explizit nicht von einer Zeit des moralischen Niedergangs, weil er Individualisierung nicht mit Egoismus und gesellschaftlicher Atomisierung gleichsetzt.<sup>583</sup> Zwar konstatiert er, dass es mittelfristig zum Ende traditioneller Familienstrukturen kommen könne, gleichzeitig betont er aber, dass eine Vielzahl neuer Familienformen entstehen werde - eine Voraussage, die auch bei Beck und Dettling wieder auftaucht. Gerade aus diesem Grund müssten heute Beziehungen aktiv eingegangen und Entscheidungen unterworfen werden. Soziale Beziehungen können damit nur noch auf der Öffnung gegenüber anderen beruhen, so dass diese Öffnung zu einem ethischen Erfordernis der Zukunft wird.<sup>584</sup> In diesem Zusammenhang übt Giddens massive Kritik am

---

<sup>578</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 62 ff. Auf den positiven gesellschaftlichen Mehrwert durch eine Stabilisierung des Vertrauens weist auch Heinze hin, indem er davon ausgeht, dass ein „Nebenprodukt“ des individuellen, auf Vertrauen beruhenden Engagements die „Vermehrung des sozialen Kapitals“ als Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. Vgl. Heinze, Rolf G. und Strünck, Christoph (2000), Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel, in: Beck (2000a), S. 179.

<sup>579</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 135 ff.

<sup>580</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 118 f. sowie Giddens (2000a), S. 63.

<sup>581</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 177 sowie Giddens (2000a), S. 65 f.

<sup>582</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 23 und Giddens (1999a), S. 46. Vgl. zu dieser Thematik die Aufsatzsammlung von Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.) (1997), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen.

<sup>583</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 49.

<sup>584</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 193. Gerade die beiden von Giddens eingeforderten Werte Toleranz und Offenheit werden von dem slowenischen Philosophen Slavoj Žižek dann auch in kritischer Bezugnahme als neue Begriffe der „Linken“ identifiziert, vgl. „Fahrstuhl zum Komplott“, *Frankfurter Rundschau*, 06.12.99.

Kommunitarismus und dessen Gemeinschaftskonzeptionen.<sup>585</sup> Seiner Auffassung nach greift der Versuch der Wiederbelebung der Gemeinschaft zu kurz. Ein bloßer Rückgriff auf Traditionen ist nicht möglich, um die sozialen Probleme der Gegenwart zu lösen. Die wahre Lösung liegt in der Aktivierung und Intensivierung von Demokratisierungsprozessen,<sup>586</sup> die im Kern bedeuten, dass Familie, Nachbarschaft oder auch regionale Gemeinschaft neu „erfunden“ werden müssen.<sup>587</sup> Weil eine Renaissance der traditionellen Familie nicht zu erwarten ist, schlägt Giddens statt dessen Verträge für die Eltern-Kind-Beziehungen vor, in denen die gegenseitigen Rechte und Pflichten festgeschrieben werden. In einer flexiblen und selbstbestimmten Welt sieht Giddens darin eine Chance, Demokratisierungsprinzipien auf die Familie zu übertragen. Dieses Konzept bezeichnet er als „emotionale Demokratie“.<sup>588</sup> Gerade Fukuyama, aber auch Etzioni haben sich in ihren Texten ausdrücklich gegen eine solche Vertragsschließung zwischen Familienangehörigen gewandt, um die Rationalisierung der sozialen Beziehungen zu vermeiden.

### **Individuum und Individualisierung**

Da der experimentelle Charakter des täglichen Lebens bei Giddens zum konstitutiven Merkmal wird und die soziale Reflexivität sowohl als Voraussetzung als auch als Ergebnis der posttraditionalen Gesellschaft angesehen wird,<sup>589</sup> ist auch das Individuum mit Konsequenzen konfrontiert. Die Identität wird nicht mehr automatisch durch Zugehörigkeit und Traditionen ausgebildet, sondern das „Ich“ wird zum reflexiven Projekt und zum Subjekt von Entscheidungen. Die Fragen „Wer bin ich? Wie handle ich? Wie präsentiere ich mich?“ müssen immer wieder neu bestimmt werden, so dass es zum Entwurf einer eigenen Lebensgeschichte, den sogenannten „Bastelbiographien“ kommt.<sup>590</sup> Dieser bei Giddens positiv besetzte Prozess wird von Etzioni und Sennett, wie noch zu zeigen ist, als negativer Ausgangspunkt für ihre Programmatik gewählt. Bei Giddens geht es um eine Neujustierung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten, wobei im Mittelpunkt Vertrauen, Solidarität, Anerkennung der Unterschiede und Toleranz stehen. So muss jeder Sinn und Stabilität für sein Leben selbst suchen, er muss aktiv werden, ist

<sup>585</sup> Daher ist die Einschätzung von Hans Vorländer, der Giddens dem Kommunitarismus zurechnet, nicht vollkommen schlüssig. Zwar gibt es Parallelen in der Betonung der Bedeutung lokaler Kontexte und Aktivitäten, in der Wertung der Rolle von Individuum und Gemeinschaft bestehen aber durchaus Differenzen. Vgl. hierzu insgesamt Vorländer (2001a).

<sup>586</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 74.

<sup>587</sup> Vgl. Beck/Sopp (1997), S. 10 ff.

<sup>588</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 111 ff.; Giddens (1999a), S. 106 ff. (Exkurs zur Familie und ihrer künftigen Bedeutung) sowie Giddens (2001a), S. 69 ff.

<sup>589</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 122 ff.

<sup>590</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 103, S. 120, S. 176 f. und S. 300 sowie Giddens (2001a), S. 63. In Bezugnahme auf Hitzler als Bastelbiographien bezeichnet von Heinze und Strünck, vgl. Heinze/Strünck (2000), S. 173. Vgl. hierzu ebenfalls Hitzler, Roland (1997), „Der Vorhang im Tempel zerreißt...“. Orientierungsprobleme im Übergang zu einer „anderen“ Moderne, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen, S. 56 ff.

gleichzeitig aber auch weniger Kontrollen ausgesetzt. Dafür muss er mit mehr Unsicherheiten leben.<sup>591</sup>

## **Nation**

Die Folgen für das Individuum im Prozess der Enttraditionalisierung und Globalisierung haben gleichermaßen Auswirkungen auf die Nation.<sup>592</sup> Auch diese muss, unter angemessener Berücksichtigung der kulturellen Identitäten, neu definiert werden, damit alle Menschen in die gesellschaftlichen Handlungsfelder einbezogen werden können. Ziel ist nach Giddens die Entstehung einer „kosmopolitischen Nation“, die eine aktive Nation sein wird und in der es nur noch Inklusion geben soll.<sup>593</sup> Eine kosmopolitische Identität braucht dazu Werte, die alle akzeptieren können. Diese sind, wie oben erwähnt, Vertrauen, Solidarität, Anerkennung der Unterschiede und Toleranz. So kann nationale Identität künftig im Dialog mit anderen Identitäten geformt werden.<sup>594</sup> Auch hier wird der gegensätzliche Blickwinkel zur ersten Diskursphase deutlich. Die Gegenseite zur kosmopolitischen Identität sieht Giddens in den lokalen Identitäten, die wiederbelebt werden müssen.<sup>595</sup> Dazu sollen auf der lokalen Ebene Solidarität, gemeinschaftsorientierte Aktivitäten und Initiativen sowie Selbstorganisation konkret gefördert werden.<sup>596</sup> Der hohe Grad der Abstraktheit und auch Allgemeinheit dieser Forderungen soll am Ende des Teilkapitels bewertet werden. Dieses neue Verhältnis von Individuum und Gesellschaft sowie von Rechten und Pflichten erläutert Giddens in seinem Konzept des Dritten Wegs.<sup>597</sup> Der Bezug auf die lokalen und gemeinschaftsorientierten Aktivitäten ist ein Kriterium, warum Giddens trotz der Betonung der individuellen Autonomie wahlweise den Kommunitaristen zugeordnet und beispielsweise von Dahrendorf kritisiert wird. Hierbei werden die Grenzen solcher Zuordnungen sichtbar.

### **2.2.5 Vision: Demokratisierung und Dialog**

Mit dem größeren Teil der Autoren ist Giddens der Auffassung, dass sich zwar der Nationalstaat und seine Funktionen im Zuge der Globalisierung verändern wird, dass er aber trotz des Funktionswandels erhalten bleibt.<sup>598</sup> Allerdings geht Giddens davon aus, dass sich die liberale Demokratie in einer Krise befindet, weil sie unter den neuen Bedingungen nicht mehr demokratisch genug ist. Demokratie muss weiterentwickelt und damit demokratisiert werden.<sup>599</sup> Die

<sup>591</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 113.

<sup>592</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 113.

<sup>593</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 85 und S. 151 ff. Anders als Giddens argumentieren sowohl Huntington (kulturelle Abgrenzung ist notwendig) als auch Barber (kulturelle Homogenisierung steht zu befürchten).

<sup>594</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 159 f.

<sup>595</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 44.

<sup>596</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 95 ff. und S. 129.

<sup>597</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 75.

<sup>598</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 67 sowie Giddens (2001b), S. 136.

<sup>599</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 87 ff.

staatliche Legitimität muss auf neue Grundlagen gestellt werden - unter Beteiligung aller. In dieser Einschätzung spiegelt sich eine gegensätzliche Position zu Fukuyama wider, der nicht eine bloße Demokratisierung fordert, sondern vor einem Zuviel an Demokratie und Gleichheit warnt.<sup>600</sup> So zeichnet sich der Alltag mittlerweile nicht nur durch eine neue Form der Offenheit aus, sondern er werde laut Giddens durch die sogenannte Sub-Politik umgestaltet, die sich nicht mehr in den Arenen der traditionellen Politik bewegt.<sup>601</sup> Giddens geht davon aus, dass Demokratisierungsprozesse durch die Ausbreitung der sozialen Reflexivität und die fortschreitende Enttraditionalisierung vorangetrieben werden. Seine Vision der Demokratisierung kreist um die Begriffe „Dialog, kosmopolitische Demokratie und Politik der Lebensführung“.

Demokratisierung verbindet Giddens mit Kommunikation. Dieser Begriff ist ein zentrales Element seiner Programmatik und Vision.<sup>602</sup> Um mit individuellen oder kulturellen Unterschieden umgehen zu können, bedarf es des Dialogs.<sup>603</sup> Dieser soll dann wiederum die Politik prägen. Giddens geht davon aus, dass es künftig zur Herausbildung eines „kosmopolitischen Gesprächs der Menschheit“ kommen werde,<sup>604</sup> da die Globalisierung neue Dialogräume entstehen lasse.<sup>605</sup> Auch hier fällt wiederum der Unterschied zu den Szenarien der ersten Diskursphase und Etzioni ins Auge. Die Frage nach dem jeweiligen Menschenbild drängt sich auch an dieser Stelle auf. Für Giddens werden in Zeiten hergestellter Unsicherheiten und Traditionsauflösung diskursive Begründungen zur Grundlage des Zusammenlebens.<sup>606</sup> Aus dieser Überlegung entsteht bei Giddens die Vision der „dialogischen Demokratie“, die ein Verfahren zur Schaffung eines öffentlichen Forums darstellen soll.<sup>607</sup> Sie ist weder eine reine Erweiterung der liberalen Demokratie noch deren Ergänzung, sondern sie schafft vielmehr neue Formen des sozialen Austauschs, die entscheidend für die Neugestaltung der sozialen Solidarität sind. Für Giddens geht es dabei um die Förderung kultureller kosmopolitischer Bausteine zur Verbindung von Autonomie und Solidarität, wobei er den Schwerpunkt auf die Autonomie legt - anders als Etzioni es handhabt.<sup>608</sup> Obwohl Giddens explizit Bezug auf Modelle deliberativer Politik nimmt und sich diese zu eigen macht,<sup>609</sup> widerspricht er etwa Habermas, indem er darauf verweist, dass es in seinem Konzept nicht darum geht, durch Dialog immer Konsens zu erreichen, sondern dass der Dialog für ihn in erster Linie ein Mittel zur Toleranzschaffung darstellt. Der Dialog schafft aktives Vertrauen durch die Einsicht in die Integrität und Authen-

<sup>600</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 329 sowie Giddens (1997), S. 96 und S. 156.

<sup>601</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 317 und S. 329 sowie Giddens (1997), S. 157 f.

<sup>602</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 177 sowie Giddens (2000a), S. 74 f.

<sup>603</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 41 und S. 162.

<sup>604</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 182.

<sup>605</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 182 f. Vgl. Vattimo (2002), S. 96 ff.

<sup>606</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 338.

<sup>607</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 74.

<sup>608</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 159.

<sup>609</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 160 f.



tizität des anderen.<sup>610</sup> In der Philosophie wird mittlerweile in Zusammenhang mit Habermas und im Rückgriff wiederum auf Kant von der „Theorie der Kommunikationsgemeinschaft“ gesprochen, die in erster Linie auf Handeln als sprachliches Handeln zur Normkonstituierung und -reproduktion abzielt. Zwar kann Giddens Konzept der emotionalen Demokratie diesem Ansatz nicht einfach zugerechnet werden, einzelne Elemente erinnern aber an diese Theorie.<sup>611</sup> So eröffnet die dialogische Demokratie eine Perspektive für neues politisches Engagement. Das Konzept der dialogischen Demokratie wird verbunden mit den Forderungen nach Dezentralisierung, wobei Giddens auf das Modell von David Held verweist.<sup>612</sup> In Einklang mit den Autoren aus dem ersten Kapitel fordert Giddens die stärkere Einbeziehung lokaler Initiativen und Aktivitäten.<sup>613</sup> Eine wichtige Möglichkeit zur Konfliktvermeidung sieht er darin, eine Spirale der negativen Kommunikation zu vermeiden.<sup>614</sup> Allerdings scheint Giddens bewusst zu sein, dass sein Konzept des utopischen Realismus gemessen an der Wirklichkeit wenig Hoffnung auf Umsetzung hat, da er selbst darauf verweist, dass dieses eher auf „Möglichkeit“ denn auf der Wirklichkeit beruht.<sup>615</sup>

### **Kosmopolitische Demokratie**

Im „Dritten Weg“ entwickelt Giddens seine Vision der dialogischen Demokratie weiter zur Vision der „kosmopolitischen Demokratie“.<sup>616</sup> Dazu listet er folgende Agenda auf, die eine kosmopolitischen Demokratie erfüllen muss: Dezentralisierung und Subsidiarität (wie Guéhenno); stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit und mehr Transparenz; Legitimität durch Einführung von Methoden des erfolgreichen Managements (ebenfalls Guéhenno); Demokratie-Experimente auf der lokalen Ebene in Form von direkter Demokratie (elektronische Referenden, Bürgergerichte) (wie Barber); Beteiligung von Experten, Regierungsvertretern und Laien bei Entscheidungsverfahren; grundsätzliches Aufzeigen einer kosmopolitischen Perspektive, die auf eine Demokratie „bottom up“ ausgerichtet ist, gleichzeitig aber auch einen Machttransfer vom Nationalstaat auf die globale Ebene umfasst.<sup>617</sup> Bereits in den Texten zur reflexiven Modernisierung hat Giddens erste Ansätze zu dieser Vision formuliert. Dort verweist er auf die Ablösung von Hierarchien zugunsten flexiblerer dezentraler Steuerungsformen, wobei ihm soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen als Vorbilder dienen. Für ihn hat das „kybernetische Modell“ der politischen und gesellschaftlichen Steuerung ausgedient, weshalb eine zentrale Instanz auf

<sup>610</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 193 sowie Giddens (1997), S. 163 ff.

<sup>611</sup> Vgl. Böhme (1994), S. 351 ff.

<sup>612</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 172 f.

<sup>613</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 219 ff.

<sup>614</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 325.

<sup>615</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 174.

<sup>616</sup> Giddens (1999a), S. 86 ff.. Vgl. auch „Der feindlose Staat“. Interview mit Anthony Giddens, *Berliner Zeitung*, 17.07.99.

<sup>617</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 87 ff. und S. 93 f. sowie Giddens (2001a), S. 96 ff.

Weltebene auch weiterhin nicht vorstellbar ist. Das Ziel könne nicht ein Weltstaat sein, der wie ein vergrößerter Nationalstaat funktioniere.<sup>618</sup> Mit dieser Position befindet sich Giddens wiederum auf einer Linie mit Guéhenno und Albrow. Fest steht für ihn, dass der „Fortschritt der Demokratie in jedem Fall mit sozialer Solidarität verbunden werden muss“.<sup>619</sup>

### **Politik der Lebensführung**

Interessant ist, dass Giddens für seine Programmatik viele Begriffe konstruiert, um seinem Konzept Ausdruck zu verleihen. Neben den bisher genannten Begriffen von „hergestellten Risiken“ über „aktives Vertrauen und reflexiver Modernisierung“ bis zur „dialogischen Demokratie“ kumuliert seine Programmatik am Ende in der Forderung nach einer „erfinderischen Politik der Lebensführung“ innerhalb einer „Nachknappheitsordnung“.<sup>620</sup> Nachknappheit bezeichnet die Endlichkeit natürlicher Ressourcen sowie die Enttraditionalisierung. Als „erfinderische Politik“ bezeichnet Giddens das aktive Ausbauen von Vertrauensbeziehungen in Form der dialogischen Politik, die den Gegensatz von Staat und Markt überwinden soll und somit das Mittel zur Demokratisierung der Demokratie ist.<sup>621</sup> Die „Politik der Lebensführung“ wiederum bedeutet die Antwort auf die Frage „Wie will ich leben?“. Private und persönliche Entscheidungen werden im Kontext der aktuellen Entwicklungen politisch, da sie weltweit Konsequenzen haben können.<sup>622</sup> Die Politik der Lebensführung kann mit der Politik des Dritten Wegs gleichgesetzt werden, da beide Lösungen aufzeigen sollen, wie die Menschen eigene Wege innerhalb der Transformationsprozesse finden können. Die Gewährung der individuellen Lebensentfaltung wird zum obersten Prinzip, wobei die Verpflichtung gegenüber anderen bestehen bleibt. Beck bezeichnet dies als „Selbst-Kultur“ durch „Selbst-Organisation“.<sup>623</sup> Eine sozial gerechte Umverteilung von Reichtümern und der Schutz der Schwachen müssen gewährleistet bleiben, ohne jedoch eine aktive Form der Selbsthilfe zu behindern - eine Tendenz, die Giddens in den westlichen Wohlfahrtsstaaten auszumachen glaubt.<sup>624</sup> „Selbsthilfe“ ist für Giddens sowohl im sozialen als auch im politischen und ökonomischen Bereich ein Schlüsselwort. Lebensstil wiederum bedeutet die Art und Weise, wie die Menschen im Zeitalter der posttraditionalen Gesellschaft leben *sollen*.<sup>625</sup> Giddens bezeichnet die bisherige Politik in den Wohlfahrtsstaaten als eine „Politik der Lebens-

<sup>618</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 331 ff.

<sup>619</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 60.

<sup>620</sup> Vgl. Beck/Giddens/Lash (1996), S. 333.

<sup>621</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 37 ff. und S. 169.

<sup>622</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 132 f.; vgl. zur „Politisierung des alltäglichen Lebens“ auch Hitzler (1997), S. 59 ff. sowie zum Begriff des Lebensstils Berger, Peter A. (1997), Individualisierung und sozialstrukturelle Dynamik, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen, S. 83 f.

<sup>623</sup> Vgl. Beck/Sopp (1997), S. 184 ff., wobei Beck auch auf die negative Seite des autonomen Handelns verweist.

<sup>624</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 73.

<sup>625</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 36.

*chancen*“ mit einem emanzipatorischen Impetus.<sup>626</sup> Die „Politik der Lebensführung“ wiederum stellt für ihn die Erweiterung dieses Konzeptes dar, da heute neben der Fürsorge autonome Entscheidungen, aktives Handeln und aktives Vertrauen in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Es geht somit künftig um die aktive Wahl von Lebensformen.<sup>627</sup>

### ***Nach-Knappheitsordnung***

Giddens skizziert seine Vision der erfinderischen Politik der Lebensführung für die sogenannte Nachknappheitsgesellschaft. Er versucht, dieses am Beispiel des Umbaus des Sozialstaates sichtbar zu machen. In der Nachknappheitsgesellschaft werden Fragen der Lebenspraxis und Lebensstile entscheidend sein, wobei der bestimmende Einfluss der Lohnarbeit und der ökonomischen Belange in Frage gestellt wird.<sup>628</sup> Wesen und Rolle der Arbeit müssen in ein neues Verhältnis zu sozialer Solidarität und lokalen Traditionen gesetzt werden. Die Entkoppelung von Lohnarbeit und Selbstverständnis des Einzelnen sind notwendige Bedingungen.<sup>629</sup> Der „aktivierende Sozialstaat“ ist mittlerweile in Großbritannien und in Deutschland zum Etikett einer neuen Sozialstaatspolitik geworden. Abhängigkeiten sollen reduziert und Eigeninitiative gefördert werden.<sup>630</sup> Allerdings geht Giddens Konzept weiter als das der politischen Praxis. Zum einen geht er - in Übereinstimmung mit Beck und Gorz, wie noch zu zeigen sein wird - davon aus, dass die sogenannte Vollbeschäftigung als „historischer Zustand“ anzusehen ist. Zudem ist der Begriff der „Arbeit“ heute fragwürdig und umstritten, da er an die Industriegesellschaft gebunden und als abhängige Lohnarbeit gedacht ist.<sup>631</sup> Der Sozialstaat ist laut Giddens eigentlich für externe Risiken und emanzipatorische Zwecke entworfen worden, so dass in Zeiten hergestellter Risiken seine Instrumentarien nicht mehr wirklich greifen können.<sup>632</sup> Da heute Arbeitslosigkeit den Ausschluss aus der Gesellschaft bedeutet, weil Zugehörigkeit zur und Teilhabe an der Gesellschaft am Faktor Arbeit festgemacht werden, muss eine Neudefinition der Bedeutung von Arbeit und des Umgangs mit ihr erfolgen. Giddens wendet die Existenz hergestellter Risiken ins Positive, indem er darauf hinweist, dass Risiken auch eine belebende Seite haben. Dies muss als Chance für Investitionen in „mensch-

---

<sup>626</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 15.

<sup>627</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 57 ff.

<sup>628</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 32 und S. 223 ff.

<sup>629</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 236 f.

<sup>630</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 39 f. und Giddens (2000a), S. 70 f.

<sup>631</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 110 ff., S. 133 und S. 186 ff. (Exkurs zu Arbeit und Sozialstaat). Vgl. zum Zusammenhang von Sozialstaat und dem Begriff der Erwerbsarbeit auch Mutz, Gerd (1997b), Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Individualisierung, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen, S. 161 - 179, hier v.a. S. 162 f. Vgl. zum Ende der Arbeit auch insgesamt Rifkin (1995). Rifkin fordert ein neues ökonomisches Paradigma, das dem Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft und den neuen Problemstellungen angemessen sein muss. Vgl. besonders S. 43 ff., S. 175 ff. sowie S. 192 ff.

<sup>632</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 208.

liches Kapital“ genutzt werden.<sup>633</sup> So muss erkannt werden, dass Ältere und Alte heute zu einer Ressource werden, die in das Konzept der erfinderischen Politik einbezogen werden muss. Dazu ist die Ablösung der rein ökonomischen Produktivitätsindikatoren notwendig.<sup>634</sup> Arbeit sollte nämlich mit dem Faktor „Genugtuung“ verbunden werden, da für Giddens die Politik der Lebensführung nicht nur mit materieller Versorgung verbunden ist, eine Forderung, die an Etzionis Plädoyer erinnert, Zufriedenheit jenseits rein materieller Quellen zu suchen. Des Weiteren empfiehlt Giddens folgende Maßnahmen: Unternehmerische Eigeninitiativen müssen verstärkt gefördert werden; das lebenslange Lernen muss zum Grundpfeiler bei Bildung, Ausbildung und Beruf werden; Partnerschaften bei öffentlichen Projekten mit privaten Unternehmen brauchen vermehrt Unterstützung; die berufliche Flexibilität muss durch einheitliche Bildungsstandards vorangetrieben werden; zudem braucht es altersunabhängige Ruhegehaltsansprüche und familienfreundliche Arbeitsplätze; schließlich muss es zur Förderung und Einbeziehung des ehrenamtlichen Engagements in die Instrumentarien des Sozialstaates kommen.<sup>635</sup> Konkreter zeigt Giddens dies am Beispiel des Gemeinwohlunternehmertums auf - ein Konzept, das sich beispielsweise auch bei Heinz Bude „unternehmerischem Einzelnen“ wiederfindet.<sup>636</sup> Ein „Dienst-Konto“ für ehrenamtliche Leistungen, bei dem der Einzelne mit Zeit entlohnt wird, soll eingeführt werden. Das führt zum sogenannten „Zeit-Dollar“, der steuerfrei bleibt und zur Bezahlung von Leistungen im Gesundheitswesen verwendet werden kann. Die Pflicht des Staates liegt hier in der Unterstützung solcher Initiativen, die in der Regel von den Kommunen aus erprobt werden sollen, um die lokale Autonomie zu stärken.<sup>637</sup> Dies bezeichnet Giddens als eine Politik mit dem Ziel der Erneuerung der örtlichen Gemeinschaft.<sup>638</sup> Claus Offe und Rolf G. Heinze haben das Für und Wider solcher Anregungen in ihrem Konzept der „organisierten Eigenarbeit“ analysiert. Anhand von Fallstudien zu Kooperations- und Tauschringen aus den USA, Kanada, den Niederlanden und Deutschland versuchen sie aufzuzeigen, wie solche Alternativen als Ergänzungen in die

<sup>633</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 120 ff., S. 132 ff. und S. 136 sowie Heinze (2000), S. 211.

<sup>634</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 231 ff., S. 242 und S. 247 f.; Giddens (1999a), S. 138 ff. sowie Heinze (2000), S. 176 f.

<sup>635</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 145 ff. Zur Formulierung eines neuen Unternehmerethos` vgl. auch Giddens (2001b), S. 132 ff.

<sup>636</sup> Bude geht davon aus, dass sich der Begriff und die Bedeutung von „Arbeit“ im Zuge der Weiterentwicklung der Arbeitnehmergeinschaft der Nachkriegszeit zu einer Gesellschaft des digitalen Kapitalismus grundlegend gewandelt hat. Freiwilliges Engagement und Selbstbestimmung können in diesem Wandel als Chance genutzt werden. So sind heute Sicherheit und Vertrauen gekoppelt an die „politische Zivilgesellschaft als Ort sozialer Teilhabe“. Wie Giddens bezieht sich Bude auf einen positive gewerteten Aktivismus des Einzelnen, der Raum für neue Freiheit und Experimente bietet. Vgl. insgesamt Bude, Heinz (2000), Was kommt nach der Arbeitnehmergeinschaft?, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 121 - 134.

<sup>637</sup> Vgl. zu diesem Konzept das „Leitbild für Bürgerinnen und Bürger“ und die neue Bürgerrolle, die Klages entwirft. Ihm geht es um eine Zielvereinbarung auf lokaler Ebene, die die Menschen vor Ort zur aktiven Mittätigkeit und Mitverantwortung anregen soll. Vgl. Klages, Helmut (1998), Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 29 - 38 sowie Klages, Helmut (2000), Engagement und Engagementpotential in Deutschland, in: Beck Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 169.

<sup>638</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 100 ff. und S. 148 f.

modernen Wohlfahrtsstaaten zu integrieren sind. Im Gegensatz zu Giddens, der diese Überlegungen eher als einen Aspekt unter vielen anführt, gehen Offe und Heinze sehr detailliert bei ihrer Analyse vor.<sup>639</sup> Es kann resümiert werden, dass die Zielsetzung in der Nachknappheitsordnung für Giddens in der Befreiung von Abhängigkeiten besteht. Damit geht eine Änderung der Einstellung zur Arbeit einher, wobei er einschränkt, dass sein Modell zuerst einmal ein Modell für die Besserverdienenden sein könnte, weil eine Umsteuerung hier nicht direkt existentielle Folgen haben wird.<sup>640</sup> Ein ähnlicher Gedanke taucht bei Gorz wieder auf. Giddens bezeichnet seine Vision als ein radikal-politisches Programm, in dem die Politik der Lebensführung verbunden wird mit einer erfinderischen Politik. Der Kern dieses utopischen Realismus besteht floskelhaft zusammengefasst in der Bekämpfung von Armut, Umweltzerstörung, willkürlicher Machtanmaßung sowie in einer Verminderung von Zwang und Gewalt im sozialen Leben. Zusätzlich geht es Giddens um ein erfinderisches Gleichheitsmodell und die Überwindung der exklusiven Stellung der Erwerbsarbeit.<sup>641</sup> Schlussfolgerung ist, dass es zu Lebensstilabkommen kommen muss, die diese Elemente zum Inhalt haben sollen.<sup>642</sup>

## 2.2.6 Fazit

Generell unterscheidet sich Giddens - ebenso wie später Albrow - von den Autoren der ersten Diskursphase und Etzioni in seiner grundsätzlich chancenbetonten Sicht auf die zukünftigen Entwicklungen.<sup>643</sup> Gerade das Wissen um die Risiken und ihre Ursachen wertet er als Chance, mit ihnen umgehen zu lernen. Seine positive Einschätzung beruht auf den Forderungen nach mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlhaben durch die Aktivierung des Einzelnen, der Gesellschaft und damit der Demokratie. Auch die zentrale Stellung von Individuum und individuellem autonomen Handeln trennt ihn von der Sicht der bislang analysierten Konzepte. Sein Ansatz beim Motiv Gesellschaft ist wie bei Albrow funktional, wie noch zu zeigen sein wird, also am Handeln ausgerichtet. Beim Motiv Nationalstaat und Demokratie hingegen dominiert der qualitative Zugang. Institutionen oder Steuerungsmechanismen spielen kaum eine Rolle, im Zentrum stehen kosmopolitische Werte. EU und UNO werden nur am Rande gestreift.<sup>644</sup> Insgesamt ist zu beobachten, dass Giddens davon ausgeht, dass die Globalisierung die Geschwindigkeit in der Welt verändert und zur Beschleunigung von Interaktionen führt. Raum und Zeit

<sup>639</sup> Vgl. Offe, Claus (1990), *Organisierte Eigenarbeit*. Das Modell Kooperationsring, Frankfurt am Main/New York; v.a. S. 88 ff. und S. 131 - 268.

<sup>640</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 261 ff.

<sup>641</sup> Vgl. Giddens (1997), S. 329 ff.

<sup>642</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 267 ff.

<sup>643</sup> Vgl. Giddens (2000a), S. 60, S. 65 und S. 77.

<sup>644</sup> Vgl. etwa Giddens (1999a), S. 165 ff. (EU) und S. 169 (UNO); Giddens (2001a), S. 101 sowie „Den Dingen auf den Grund gehen“. Interview mit Anthony Giddens, *Süddeutsche Zeitung*, 21.01.97. Erstmals etwas ausführlicher zur künftigen Rolle der EU vgl. Giddens (2001b), S. 177 ff. Ebenso ausführlicher zu Kriegen und Konflikten vgl. Giddens (2001b), S. 169 ff.

werden komprimiert und vor allem die Kommunikation wird schneller, grenzenlos und ist nicht mehr an realen Ort und Zeit gebunden. Eine neue Intensität der sozialen Beziehungen kann entstehen. Die Globalisierung und die Veränderungen in den sozialen Beziehungen haben eine Enttraditionalisierung zur Folge und der Alltag ist von Experimenten geprägt. Die posttraditionale Gesellschaft entsteht, die sich statt an Traditionen immer mehr an eigenen Entscheidungen orientiert. Traditionen, aber auch alle anderen Lebenszusammenhänge werden hinterfragt und müssen begründet werden. Das Leben ist von „hergestellten Unsicherheiten“ bestimmt. Risiken sind somit nicht mehr extern verursacht (Naturkatastrophen), sondern vom Menschen selbst gemacht (Klimakatastrophe, Atomwaffen, Raubbau usw.). Daher kann die Jetztzeit als „reflexive Modernisierung“ bezeichnet werden. Sogar das Individuum selbst und damit seine Identität sind reflexiv geworden. Das Ich ist Gegenstand von Entscheidungen. Das bedeutet aber nicht unbedingt mehr Gefahren, sondern auch Chancen. Da Wahl und Entscheidungen konstituierend für das Leben werden, wird aktives Handeln und Verantwortungsübernahme für das Handeln zur Grundlage des Zusammenlebens. Autonomie und Selbstbestimmung treten bei Giddens in den Vordergrund. Um noch soziale Bindungen aufbauen zu können, braucht der Mensch vor allem aktives Vertrauen zu anderen Menschen. Aber auch bei den abstrakten Systemen, die seinen Alltag prägen, ist es notwendig, weil er nicht mehr durch sein Wissen nachprüfen kann, ob diese auch funktionieren. Ebenso verhält es sich mit ökonomischen und politischen Prozessen. Gerade hier liegt eine Gefahr verborgen. Durch Misstrauen gegenüber abstrakten Systemen kann es zu Krisen kommen. In Bezug auf die sozialen Bindungen geht das Bedürfnis nach aktivem Vertrauen noch einen Schritt weiter, da für Giddens hier Vertrauen mit der Anerkennung der Integrität der anderen Person und damit mit Toleranz gegenüber anderen und Fremden verbunden ist. Hier kommt Giddens nun zum Kern seiner Programmatik, der „Politik der Lebensführung“. Jeder Mensch kann selbst entscheiden, wie er sein, wie er leben und zu welchen Menschen er soziale Beziehungen aufbauen will. Seine Entscheidungen sind reflexiv, können also hinterfragt werden und müssen begründbar sein. Im Zentrum steht die Eigenverantwortung. Mit Begründbarkeit und Hinterfragen rückt die Kommunikation ins Zentrum des Konzeptes, so dass Giddens die Chancen für die Zukunft auch gerade in einer „dialogischen Demokratie“ sieht. Toleranz, aktives Vertrauen, Handeln usw. sind alle aufs Engste mit Dialog und Kommunikation verknüpft. Übertragbar ist dieser Ansatz sowohl auf die Demokratie in ihrer theoretischen Form als auch konkret auf den Sozialstaat. Während jedoch der Dialog bei Etzioni in erster Linie auf die eng gefasste Gemeinschaft bezogen ist, erweitert Giddens Kommunikation auf die gesamte Gesellschaft und darüber hinaus. Laut Giddens erfordert aktives Vertrauen und Handeln auf Grundlage von Reflexivität sowie die Übernahme von Verantwortung eine Demokratisierung der Demokratie. Lokale Entscheidungsträger müssen mehr Kompetenzen bekommen und

besser einbezogen werden, Dezentralisierung und Subsidiarität stehen im Zentrum, Ansätze, die bereits von Barber und Etzioni bekannt sind. Giddens spricht darüber hinaus von einer Nachknappheitsordnung, in der wir heute leben, da Ressourcen, Natur und der Globus endlich sind. Für den Sozialstaat bedeutet Giddens Programmatik, dass der Einzelne selbst aktiv werden muss. Dazu muss er aber auch die Chance bekommen. Der Staat soll gleichzeitig fördern und fordern, das Motto lautet: Keine Rechte mehr ohne Pflichten.<sup>645</sup> Neben der Aktivierung des Einzelnen steht die Einbeziehung von bislang ehrenamtlich geleisteten Tätigkeiten in das System des Sozialstaates. Zeit-Dollar und Sozial-Konten sind die Schlagworte für dieses Konzept.<sup>646</sup> Der Faktor Arbeit soll als bestimmender Faktor für das Leben und die Identität der Menschen abgelöst werden, andere Tätigkeiten und Bewertungen für Produktivität sollen eingeführt werden.<sup>647</sup>

Bei der Einordnung von Giddens Programmatik sind mit Blick auf die Rezeption in Deutschland drei Faktoren interessant. Zum ersten hat ein Teil der Kritiker sich vor allem mit dem Begriff des „Dritten Wegs“ auseinandergesetzt, der sich durch seine Heterogenität und die Vielfalt der Interpretationen auszeichnet. Im Vordergrund steht hier die Ablehnung, diesen Begriff als „Label“ für eine politische Strategie zu verwenden, obwohl seine politisch-praktische Wirkung durchaus gesehen wird. Giddens selbst hat mit seinem Buch „Die Frage der sozialen Ungleichheit“ 2001 ausführlich auf seine Kritiker geantwortet - ein methodischer Kunstgriff, den bereits Fukuyama, Huntington und Etzioni angewendet haben. Giddens versucht seine Programmatik nochmals so darzulegen, dass sie an der politischen Realität und damit an ihrer Umsetzbarkeit zu messen ist - ein Unterschied zu den anderen Texten, die einen höheren Abstraktionsgrad aufweisen. Auch Ralf Dahrendorf setzt sich mit dem Begriff des Dritten Wegs auseinander. Er schätzt die damit verbundene politische Programmatik als ein Konzept für die Gewinner der Globalisierung ein, weil das „positive, zukunftsorientierte Gefühl der Chancen“ den Dritten Weg attraktiv für diese macht.<sup>648</sup> Auch in der kleinen Aufsatzsammlung „Ein neuer Dritter Weg“ nimmt er sich der Genese des Begriffes sowie des Konzeptes an. Irritierend ist Dahrendorfs anfänglich kritische Auseinandersetzung mit Giddens Programma-

---

<sup>645</sup> Vgl. Giddens (1999a), S. 80 ff. sowie Giddens (2000a), S. 75. In der Antwort auf seine Kritiker geht es Giddens dann auch um das Verhältnis zwischen der von staatlicher Seite gewährten Gleichheit der Chancen und der Verpflichtung des Einzelnen, diese dann auch zu nutzen, vgl. insgesamt Giddens (2001b) sowie ebenfalls „Was bleibt vom „dritten Weg“? Anthony Giddens antwortet seinen Kritikern“, *Neue Züricher Zeitung*, 12.10.01.

<sup>646</sup> Vgl. hierzu insgesamt Klages (2000).

<sup>647</sup> Vgl. hierzu auch Keupp, Heiner, Kraus, Wolfgang und Straus, Florian (2000), *Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements*, in: Beck Ulrich (Hg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 241 f.

<sup>648</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1999c), „New Labour und Old Liberty - Kommentare zum Dritten Weg“, *Neue Züricher Zeitung*, 14.07.99. Michael Vester weist in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hin, dass ein Mehr an Selbstbestimmung v.a. den Erfolgreichen zu Gute kommt. Vgl. Vester, Michael (1997), *Soziale Milieus und Individualisierung. Mentalitäten und Konfliktlinien im historischen Wandel*, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), *Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?*, Opladen, S.104.

tik, die schließlich in einer Zustimmung zu einzelnen Forderungen mündet.<sup>649</sup> Schließlich äußert Giddens selbst ein Unbehagen an der Begriffsverwendung des Dritten Wegs.<sup>650</sup> Der zweite Faktor besteht in der in der Öffentlichkeit als „Symbiose“ wahrgenommenen Verbindung zwischen Giddens und der Politik vor allem von Tony Blair, aber auch von Gerhard Schröder und Bill Clinton.<sup>651</sup> Giddens war in der Zeit der Veröffentlichungen seiner Thesen, die mit den Regierungswechseln in den USA, Großbritannien und Deutschland zusammenfielen, ausgesprochen präsent in der Öffentlichkeit.<sup>652</sup> Daher nimmt es nicht Wunder, dass auch nur die Teile seiner Programmatik rezipiert wurden, die in die politischen Programme der jeweiligen Parteien integriert werden konnten.<sup>653</sup> Vor allem in Deutschland wurde das sogenannte „Blair/Schröder-Papier“ heftig diskutiert und kritisiert - und zwar sowohl innerhalb der Linken (Neoliberalismus-Vorwurf) als auch von Rechts (floskelhafte Leerformeln).<sup>654</sup> Die FDP brachte die zentralen Forderungen des Papiers fast wortgleich in einem eigenen Antrag in den Bundestag ein.<sup>655</sup> Umso erstaunlicher mutet die angedeutete Distanzierung Giddens an, als er in der Antwort auf seine Kritiker Blairs schriftliche Inanspruchnahme des Begriffs Dritter Weg als „Pamphlet“ bezeichnet. So wechselt Giddens, während er die Veränderungen der (sozial)demokratischen Parteien in den USA und Europa skizziert, zwischen Distanzierung und Fürsprache. Allerdings hindert ihn dies nicht, die Eckpunkte seines Konzeptes ein weiteres Mal

<sup>649</sup> Dahrendorf, Ralf (1999d), Ein neuer Dritter Weg, Tübingen, S. 29; vgl. außerdem vor allem S. 21 ff.

<sup>650</sup> Vgl. „Weg von der ökonomistischen Sicht“. Interview mit Anthony Giddens, *Der Tagesspiegel*, 06.12.99.

<sup>651</sup> Zur Nähe zwischen Blair und Giddens vgl. auch Lamla, Jörn (1999), Die politische Theorie der reflexiven Modernisierung: Anthony Giddens, in: Brodocz, André und Schaal, Gray S. (Hg.), Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Opladen, S. 227.

<sup>652</sup> Als Auswahl zu seinen Auftritten und Interviews vgl. insgesamt Giddens, Anthony (1999b), Politik der sozialen Chancen im Zeitalter der Globalisierung: Herausforderungen und Suche nach neuen Antworten, in: Kultur der Solidarität in einer aktiven Bürgergesellschaft: Kongressdokumentation, Düsseldorf, S. 22 - 32; Giddens, Anthony (2000b), „Still a Third Way for Europe“, *Die Welt*, 08.04.00; außerdem „Unbehagen in der Ideenfabrik“, *Berliner Zeitung*, 04.01.99; „Der feindlose Staat“. Interview mit Anthony Giddens, *Berliner Zeitung*, 17.07.99; „Der Dritte Weg macht Hoffnung“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Welt*, 18.10.99; „Don't Try to Copy Britain“. Giddens warns Germany, *Die Welt*, 06.11.99; „Zwischen Nacht und Tag“, *Die Zeit* 47/99; „Wie links ist Tony Blair?“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit* 16/00; „Vierzehn gegen die Gefahren der Weltwirtschaft“, *Der Tagesspiegel*, 02.06.00 sowie „Weg ist das Ziel. Soziologe Anthony Giddens über Bushs milden Konservatismus“. Interview mit Anthony Giddens, *Süddeutsche Zeitung*, 07.11.00.

<sup>653</sup> Vgl. insgesamt Eckhardt, Frank (2001), Tony Blair „im Dickicht der Städte“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 32 - 38 sowie Funk, Lothar (2001), New Economy und die Politik des Modernen Dritten Weges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 24 - 31; außerdem Sturm, Roland, Der „dritte Weg“ - Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, in: Backes, Uwe und Jesse, Eckhard (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, S. 53 - 72.

<sup>654</sup> Vgl. die Dokumentation des Papiers in der *Frankfurter Rundschau* unter dem Titel „Wie Tony Blair und Gerhard Schröder sich Sozialdemokratie vorstellen“, 10.06.99 sowie die Serie „lechts und links“ in der *Frankfurter Rundschau*, die von April 1999 bis Mai 2000 erschienen ist. Zur Auswahl: „Weder rudert noch steuert der deutsche Staat“, *Frankfurter Rundschau*, 03.05.00; „Stets unbeliebt und stets zum falschen Zeitpunkt“, *Frankfurter Rundschau*, 29.11.99; „Die gebändigte Modernität des Lionel Jospin“, *Frankfurter Rundschau*, 28.10.99; „Dritter Weg ja, aber europäisch“, *Frankfurter Rundschau*, 04.10.99; „Wahrheiten, Prahlereien und Schweigen ...“, *Frankfurter Rundschau*, 02.09.99; „Gibt es noch einen dritten Weg?“, *Frankfurter Rundschau*, 09.08.99; „Geldverdienen allein ist keine ethische Kategorie“, *Frankfurter Rundschau*, 27.07.99; „Wenn sich selbst der alte Ludiwig Erhard errötend abwendet“, *Frankfurter Rundschau*, 24.07.99; „Der Sozialstaat ist nicht nur ein Kostenfaktor“, *Frankfurter Rundschau*, 19.07.99; „Vom Menschen bleibt nur ‚Humankapital‘“, *Frankfurter Rundschau*, 15.07.99; „Links wird langsam zum Label für konservativ“, *Frankfurter Rundschau*, 05.07.99 sowie „Sie dürfen nicht weniger wollen, als die ganze Welt zu verändern“, *Frankfurter Rundschau*, 15.05.99 (weitere Artikel aufgeführt: *Frankfurter Rundschau*, 09.08.99).

<sup>655</sup> Vgl. „Globalisierung als Chance: Der Weg nach vorne für Europa“, Antrag der Fraktion der F.D.P. im Deutschen Bundestag, Drs. 14/1132 (11.06.99), 14. Wahlperiode.



aufzuzeigen.<sup>656</sup> Die Uneinigkeit, wie Giddens Ideen zu bewerten sind, zog sich auch in Deutschland durch alle Tageszeitungen. Auf der einen Seite wurden sie als ein „Sowohl-als-Auch zum Wohlfühlen“ bezeichnet oder mit dem Urteil „Er beschreibt dies und das und analysiert nichts“ belegt. Auf der anderen Seite schrieb man wohlwollend von der „unaufgeregten Analyse“ und verwies auf die anwachsende Zahl derer, die sich zur sogenannten Neuen Mitte zählten und daher die Thesen plausibel fänden.<sup>657</sup> Macht man sich aber die Mühe und blickt hinter die gängigen Schlagworte, die auch Giddens - ebenso wie die Autoren der ersten Diskursphase - produziert hat, fällt ein dritter Faktor auf. Ein Aspekt seiner Programmatik wurde von der Politik nämlich nicht beachtet: seine Forderung, dass künftig nicht mehr die Erwerbsarbeit im Mittelpunkt stehen solle, sondern freiwilliges Engagement aufgewertet und in die Systeme des Sozialstaates integriert werden müsse. Vielleicht liegt dies daran, dass in Giddens Text von 2001 von dieser Forderung lediglich das Beispiel der Job-Rotation übrig bleibt, ansonsten aber das Motto „Arbeit statt Sozialhilfe“ propagiert wird.<sup>658</sup> Die Forderung nach einer Neubewertung der Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit wird in der Wissenschaft bereits seit längerem diskutiert und nimmt in der dritten Phase des Globalisierungsdiskurses eine zentrale Stellung ein. Hier wird das Potential des ehrenamtlichen Engagements als „Gärteig einer zukunftsfähigen Demokratie“ angesehen und die Erwerbsarbeit in ihrer „herausragenden Rolle als sinnstiftende Instanz“ abgelöst.<sup>659</sup> Das Ziel ist eine Mischform aus Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit, die - in welcher Form auch immer - zu entlohnen sein wird. Die Gleichwertigkeit beider Tätigkeiten und damit eine Neudefinition des Begriffs „Arbeit“ stehen im Zentrum. Dadurch sollen - wie Giddens dies auch fordert - Identität und Selbstwert nicht mehr nur von der Zugehörigkeit zum ersten Arbeitsmarkt abhängig sein.<sup>660</sup> Dass diese Ansätze noch nicht in der Politik angekommen sind, scheint die aktuelle Debatte in Deutschland zur Reform des Arbeitsmarkts und der Sozialleistungen zu belegen, in der nach wie vor von der Dominanz der klassischen Erwerbsarbeit ausgegangen wird. Der radikale Systemwechsel bleibt ein Tabu.<sup>661</sup> Warum Giddens die unvollständige Inanspruchnahme seines Konzeptes nicht beanstandet hat, bleibt offen und ihm die Einsicht: „Pragma-

<sup>656</sup> Vgl. Giddens (2001b), S. 11 sowie S. 9 ff.

<sup>657</sup> Vgl. als Auswahl zu den unterschiedlichen Einschätzungen von Zustimmung über Skepsis bis Ablehnung: „Im Dschagannath-Wagen. Anthony Giddens zu „Konsequenzen der Moderne““, *Süddeutsche Zeitung*, 05.04.95; „Utopischer Realismus“, *Die Zeit*, 21/95; „Die Moderne, ein Dschagannath-Wagen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.07.95; „Im Dschagannath-Wagen. Anthony Giddens zu „Konsequenzen der Moderne““, *Süddeutsche Zeitung*, 05.04.95; „Kommt, Kinder, schlüpft aus eurer Haut!“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.03.97; „Die Deutschen sollen sich wohlfühlen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.10.98 sowie „Die Karawane zieht weiter“, *Die Zeit*, 23/00. Vgl. zur sozialen Schichtung in Deutschland und den politischen Präferenzen Vester (1997), S. 99 - 142, besonders S. 113 ff.

<sup>658</sup> Vgl. Giddens (2001b), S. 120 und S. 134.

<sup>659</sup> Vgl. Keupp/Kraus/Straus (2000), S. 220 und S. 245.

<sup>660</sup> Vgl. zu diesem Ansatz insgesamt Bonß, Wolfgang (2000), Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?, in: Beck Ulrich (Hg.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 327 - 415.

<sup>661</sup> Selbst die europäischen Regierungschefs haben sich für das Jahr 2010 das Ziel der Vollbeschäftigung gesetzt. Vgl. das Interview mit Olaf Scholz „Darf man in der SPD noch widersprechen, Herr Scholz?“. Der Generalsekretär über Macht in der Partei - und die Gefahr des Untergangs, *Der Tagesspiegel*, 30.03.03.

tismus ist gut, aber zugleich bedarf es einer Vision von der Gesellschaft, die man anstrebt.“<sup>662</sup>

### 2.3. Martin Albrow - „Vergeßt die Moderne!“<sup>663</sup>

Mit diesem Ausspruch fasst Martin Albrow den Kern seiner These in „Das Ende des Nationalstaats“ zusammen. Damit signalisiert er gleichzeitig, dass sein Entwurf des Globalen Zeitalters eine weitergehende Konzeption als alle anderen Entwürfe darstellt und keine Programmatik mit einem Anspruch zur praktischen Umsetzung ist. Albrow zielt auf eine neue Theorie für die Sozialwissenschaften ab, was allerdings einen hohen Grad an Abstraktion zur Folge hat.

#### 2.3.1 Ansatz und Programmatik

Etwas ausführlicher als im Zitat wird Albrows Beschreibung erst später in seinem Buch. Dort stellt er den Übergang von der Moderne zum Globalen Zeitalter wie folgt dar: „Die Globalisierung untergräbt die Annahme, daß der Nationalstaat einen dominanten Bedeutungsrahmen für seine Bürger schaffen könne, daß fortschreitende Rationalisierung fortschreitende Herrschaft über die Natur bedeute und daß die westliche Rationalität eine immanente Überlegenheit besitze. Sie verweist auf die materielle Begrenztheit des Globus und der globalen Ressourcen und erzeugt gleichzeitig eine neue Vielfalt sozialer Beziehungen. Sie ersetzt universalistische Ideen durch materielle Globalität. Mit anderen Worten: Der globale Wandel stellt eine neue Figuration menschlicher Aktivitäten und Lebensbedingungen her.“<sup>664</sup> Das Globale Zeitalter definiert Albrow als eine neue Epoche, die der Moderne nachfolgt, wobei er den Zeitraum von 1945 bis 1989 als Übergang einordnet.<sup>665</sup> Für die Beschreibung der neuen Epoche sind seiner Auffassung nach neue Begrifflichkeiten notwendig, damit den Herausforderungen der Globalisierung begegnet werden kann.<sup>666</sup> Um sich über die neue Epoche und ihre Begriffe klar zu werden, fordert Albrow eine intellektuelle Diskussion, wobei er seinen Ansatz als Beitrag dazu wertet.<sup>667</sup> Seine Auffassung lautet: Das auf Expansion gerichtete Projekt der Moderne hat an innerem Schwung verloren und ist an sein Ende gelangt. Dennoch bedeutet

---

<sup>662</sup> „Vorsicht vor den Bossen, Genossen“. Ein Zeit-Gespräch mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 09/02.

<sup>663</sup> Albrow (1998a), S. 16.

<sup>664</sup> Albrow (1998a), S. 169.

<sup>665</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 111 und S. 154 sowie Albrow (1999), S. 41.

<sup>666</sup> Diese Auffassung bildet die Grundlage von Albrows Programmatik. So schlägt er als Erstes vor, künftig den Begriff „Figurationen“ zu wählen, statt weiterhin von Systemen und Strukturen zu sprechen. So könne man zwar noch die Anordnung und den Zusammenhang der Strukturen und Systeme bestimmen, nicht aber mehr ihr Wesen, das sie ausmacht. Vgl. Albrow (1998a), S. 11 f. und S. 45.

<sup>667</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 90; Albrow (1998c), S. 413 sowie in Bezug auf die veralteten Begrifflichkeiten der Soziologie insgesamt Albrow, Martin (1997), *Auf Reisen jenseits der Heimat. Soziale Landschaften in einer globalen Stadt*, in: Beck, Ulrich (Hg.) *Kinder der Freiheit*, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 288 - 314.

der aktuelle Wandel nicht das Ende der Geschichte,<sup>668</sup> sondern die Neuausrichtung der alten Elemente der Moderne und die Einführung neuer Elemente mit dem Ergebnis einer wesentlichen Veränderung der Gesamtfiktion.<sup>669</sup>

### 2.3.2 Moderne

Albrow stellt die These auf, dass heute ein neues Zeitalter mit spezifischen Eigenschaften und einer eigenen Form beginnt, wobei an die Stelle von Modernität als für die Moderne prägenden Begriff die Globalität tritt. Hier wird von Albrow ein völlig neuer Zugang zum Thema Globalisierung im Diskurs gewählt, der eine Zäsur zu den bisherigen Sichtweisen darstellt. In mehreren Exkursen zur Moderne verdeutlicht Albrow, woraus deren Kernelemente seiner Meinung nach bestanden. Neben einem optimistischen Fortschrittsbegriff waren dies in der Moderne die Prinzipien des Universalismus und Internationalismus sowie die Rationalität. Albrow spricht von einem abstrakten Idealismus,<sup>670</sup> was historisch betrachtet heißt: Im Verlauf der Moderne kam es zu Kontakten und Austausch zwischen den westlichen und europäischen Staaten mit fremden Zivilisationen. Dadurch erweiterte sich der Rationalitätsbegriff, damit die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen integriert werden konnten. Zusätzlich erfolgte eine Verschärfung des Rationalitätsbegriffs, um den fremden Zivilisationen und ihren Eigenheiten begegnen zu können. Diese Prozesse machen für Albrow den Kern der Modernisierung aus, unter der er die Umwandlung der Welt nach westlichen Standards versteht. Eine Sicht, die er mit den Autoren der ersten Diskursphase teilt. Für ihn heißt Modernisierung neben der territorialen Expansion auch die Expansion von Ideen, Macht und Institutionen.<sup>671</sup> So wird das Streben nach Beherrschung von Natur, Ökonomie und Mensch zur Triebfeder der Moderne.<sup>672</sup> Für Albrow ist ein zentrales Merkmal der Moderne der Nationalstaat, da dieser den Rahmen für die allgemeine Steuerung von menschlichen Aktivitäten durch herrschende institutionelle Strukturen abgibt.<sup>673</sup> Damit nimmt Albrow das zweite Hauptmotiv des Diskurses wieder auf, das bei Etzioni und Giddens kaum eine Rolle spielt. Er spricht von einer Institutionalisierung der Rationalität in Staat und Gesellschaft.<sup>674</sup> Der Nationalismus wird in diesem Kontext zum öffentlichen Ausdruck von Emotionen, die vom Staat geformt und kontrolliert werden.<sup>675</sup> Hieraus entstehen die Widersprüche der

---

<sup>668</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 11, S. 87, S. 125 und S. 293.

<sup>669</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 182.

<sup>670</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 27 f., S. 33, S. 36 ff., S. 42 ff., S. 56 ff., S. 121 und S. 136.

<sup>671</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 122 f.

<sup>672</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 49 f.

<sup>673</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 22, S. 50 und S. 54; vgl. auch Albrow (1998b), S. 425 ff. Einspruch gegen die strikt „räumliche Konzeption von Macht“ erhebt Ingeborg Maus, vgl. Maus, Ingeborg (2001), Die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen - Oder: Die Transformation des Territorialstaates zur Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 3, S. 313 f.

<sup>674</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 88 und S. 260. Vgl. hierzu auch insgesamt Kaufmann, Franz-Xaver (1998), Globalisierung und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 18, S. 3-10.

<sup>675</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 93.

Moderne, die sie heute an ihr Ende kommen lassen: Durch die Endlichkeit des geografischen Raums und der natürlichen Ressourcen werden in der Logik von Albrows Ansatz der Expansion automatisch Grenzen gesetzt.<sup>676</sup> Zusätzlich wird die Rationalität durch die Komplexität des Handelns bis ins Unübersichtliche gesteigert und durch die globalen Risiken ins Irrationale gewendet.<sup>677</sup> „Je mehr wir wissen, desto mehr neue Fragen ergeben sich. Wir verschieben die Grenzen der Unwissenheit, indem wir sie erweitern.“<sup>678</sup> Der Nationalstaat als Rahmen für eine demokratische Gesellschaft und Regierungsform ist, bleibt man in Albrows Argumentation, historisch begrenzt. Denn heute ist er nur noch *ein* Rahmen für Machtausübung unter anderen und dominiert nicht mehr, auch wenn er bestehen bleibt.<sup>679</sup>

### ***Begrifflichkeiten des Globalen Zeitalters***

Eindeutiges Indiz für den Beginn eines neuen Zeitalters ist für Albrow der zunehmende Gebrauch des Begriffs „global“ seit den 1990er Jahren. Die konkrete Auseinandersetzung mit diesem Begriff ist ein wesentlicher Unterschied zu den anderen Texten, die bis zu dieser Stelle analysiert wurden. Albrow sieht in dem Begriffsgebrauch dann auch den zentralen Hinweis auf einen Begriffs- und Epochenwandel.<sup>680</sup> Und auch die weiteren Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit „global“ wie etwa Globalisierung, Globalität und Globalismus stünden laut Albrow für neue Perspektiven, Lebensweisen, Strategien, Interessen und Werte.<sup>681</sup> Allerdings legt Albrow Wert darauf, dass es sich nicht um bloße Neuheiten, sondern vor allem um *Neubewertungen* handelt: „Das heißt für mich, daß das Globale nicht nur eine Erweiterung oder Folge der Moderne ist, sondern es liegt gleichsam quer in deren Weg als ein Hindernis, in einigen Fällen als ein Rückschlag, aber in jedem Fall als eine Dispersion, eine Dezentrierung und eine Entkoppelung.“<sup>682</sup> Seinem Ansatz folgend, muss es zu einer Neukonzeptualisierung von Politik unter den neuen Bedingungen kommen, wenn die Globalisierung als soziale und kulturelle Transformation anerkannt wird.<sup>683</sup> Credo ist es, den stählernen Begrifflichkeiten der Moderne zu entkommen.<sup>684</sup> Dafür ist es von wesentlicher Bedeutung, dass Staat und Nation voneinander entkoppelt werden, da eben gerade in dieser Verbindung ein zent-

<sup>676</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 43 f., S. 55, S. 64, S. 87, S. 122 f., S. 150, S. 160 und S. 214.

<sup>677</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 64 f.

<sup>678</sup> Albrow (1999), S. 42.

<sup>679</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 39 und Albrow (1999), S. 43. Vgl. in Anlehnung an diese Einschätzung Seyla Benhabib, Global.com oder Weltrepublik, *Neue Züricher Zeitung*, 06.08.01. Vgl. als Widerspruch zu dieser Einschätzung Kamer, Hansrudolf (2000), Der Nationalstaat ist noch nicht am Ende, in: *Internationale Politik* 55, Heft 7, S. 23 - 28: „Auf den Nationalstaat ist schon so oft ein Requiem angestimmt worden, dass Vorsicht am Platz ist; er hat sich immer als zählebiger erwiesen.“ S. 25.

<sup>680</sup> Vgl. Albrow (1998a), S.130.

<sup>681</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 22.

<sup>682</sup> Albrow (1998c), S. 413.

<sup>683</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 265.

<sup>684</sup> Hier erinnert Albrows Forderung an die Feststellung von Ulrich Menzel, dass die Kategorien der Moderne heute zerbröckeln, wobei Menzel explizit von der „Postmoderne“ spricht. Vgl. Menzel (1998), S. 7 ff.

rales Merkmal der Moderne liegt.<sup>685</sup> Albrows Forderung lautet daher, neue Schlüsselbegriffe für das Globale Zeitalter zu definieren.<sup>686</sup> Dazu entwickelt er folgende Argumentation: Der aktuelle Wandel bedeutet eine Transformation vom Abstrakten zum Konkreten. Die Moderne war geprägt von Begriffen, die von „modern“ abgeleitet wurden (Modernität, Modernismus, Modernisierung u.a.). Sie alle zeichnen sich durch einen hohen Grad an Abstraktheit aus und sind in ihrem Kern ideell. Der Moderne ist eine zeitliche Dimension eigen. Herrschaft war gekoppelt an territoriale Expansion, so dass die abstrakten Ideen von Staat, Gesellschaft, Regierung, Nation, Technologien, Volk und Kultur in der Moderne in der Theorie der nationalstaatlichen Gesellschaft verschmelzen.<sup>687</sup> Heute nun tritt an die Stelle der Abstraktion etwas Materielles und Konkretes, nämlich der Globus. Er wird zum konstituierenden Faktor und zum alltäglichen Bezugspunkt,<sup>688</sup> der für die räumliche Dimension steht. Der Globus fügt die Menschen zusammen, da er geografisch begrenzt ist. Waren durch die räumliche Distanz in der Moderne lediglich abstrakte Beziehungen möglich, werden diese heute konkret, weil Entfernungen überwunden werden können. Die praktischen Erfahrungen der Menschen mit den „Medien der Globalität“ unterstützen die Auflösung der Bedeutung des realen Ortes für die sozialen Beziehungen.<sup>689</sup> Albrow spitzt seine Theorie zu, indem er ein Aufleben von prä- und nicht-modernen Richtungen und Elementen zu beobachten glaubt und für das Globale Zeitalter eine Anerkennung von Ideen aus anderen Zeitaltern und Kulturen und deren Gleichwertigkeit neben den Ideen der Moderne fordert.<sup>690</sup> Die Lösung von den Begriffen der Moderne bedeutet also nicht hauptsächlich eine Entdeckung von Neuheiten, sondern einen Rückgriff auf vormodernes und nicht-westliches Denken.<sup>691</sup> Die Modernität als Begriff, der positive Fortschrittsglaube und die Rationalität verlieren ihre bestimmende Funktion, da die Figurationen der neuen Epoche ihre charakteristischen Eigenschaften vom Globalen ableiten: „Die Theorie des Globalen Zeitalters wird die Situation der Menschheit unter Berücksichtigung der gesamten Vergangenheit und der praktischen Erfahrung der gegenwärtigen Kultur neu bestimmen.“<sup>692</sup> Albrow muss diese Art der Theoriebegründung wählen, um seinem Ansatz Plausibilität zu verleihen.

---

<sup>685</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 267 und S. 272.

<sup>686</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 90.

<sup>687</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 188 und S. 216. Vgl. zur Übereinstimmung von Nationalstaat und Nationalgesellschaft Kaufmann (1998), S. 4.

<sup>688</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 132 und S. 171. Auch Altvater und Mahnkopf bewerten den Globus als wichtigen Bezugspunkt und betonen dessen Endlichkeit und damit die Ablösung zentraler Begriffe der Moderne, finden jedoch nicht zu einem grundsätzlichen Neuansatz der Epochenzuordnung wie Albrow. Vgl. Altvater/Mahnkopf (1999), S. 58 und S. 63.

<sup>689</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 217 ff. und S. 243 sowie Albrow (1998b), S. 424 ff.

<sup>690</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 24 und S. 88 sowie Albrow (1999), S. 45.

<sup>691</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 184 und S. 289.

<sup>692</sup> Albrow (1998a), S. 126.

### 2.3.3 Globalisierung und Kapitalismus

Und so erscheint es logisch, dass Albrow die Globalisierung als eine neue „Erzählung der Gegenwart“ bezeichnet, die allerdings kein gesetzmäßiger und zielgerichteter Prozess ist.<sup>693</sup> Der Verlauf der Geschichte wird auf unvorhergesehene Weise verändert, wobei neue Phänomene auftauchen und neue Konstellationen sowie Rahmenbedingungen entstehen.<sup>694</sup> Die Globalisierung hat „direkte Auswirkungen auf unsere Lebensgestaltung.“<sup>695</sup> Daher ist für Albrow, der die Denkkategorien der Moderne verabschiedet, „Globalisierung“ kein adäquater Begriff für die aktuellen weltweiten Transformationen. Er sieht in diesem Begriff eine Verkürzung auf die ökonomischen Prozesse und befürchtet einen eingeschränkten Horizont der Debatte.<sup>696</sup> Die Globalisierung ist „keine simple wirtschaftliche, sondern eine umfassende gesellschaftliche Transformation, die eine Veränderungen des gesamten konzeptuellen Bezugsrahmens nach sich zieht“.<sup>697</sup> Selbst wenn die ökonomische Globalisierung zunehmen wird, so Albrow, wird sie niemals die gesamte Wirtschaftstätigkeit in der Welt dominieren.<sup>698</sup> Da ihr keine Logik immanent ist, führt sie zu keinem bestimmten Ergebnis, sondern zeichnet sich durch die Gleichzeitigkeit von Homogenisierung und Differenzierung aus.<sup>699</sup> Albrow wählt in Einklang mit seinem Ansatz den Begriff Globalität.<sup>700</sup> Globalität wird bei ihm an Stelle von Rationalität zum vorherrschenden Charakteristikum der neuen Epoche, weil der Globus zum Bezugspunkt aller Überlegungen und Aktionen wird.<sup>701</sup> Sein Ansatz kumuliert dann auch in der Formulierung eines neuen kategorischen Imperativs in Anlehnung an Kant, der global akzentuiert ist: „Was auch immer du tust, tue es unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gesamten Welt“.<sup>702</sup> Die neue Art der Verflechtungen weltweit und die globalen Auswirkungen einzelner Ereignisse erfordern dies.<sup>703</sup> Ähnlich zentrale normative Appelle waren bereits bei Etzioni und Giddens zu identifizieren, im Unterschied zu den Texten der ersten Diskursphase. Neben Globalität führt Albrow den Begriff „Globalismus“ ein, unter dem er die im Zuge der Globalisierung erfolgende Vermischung moderner und vormodernen Elemente versteht.<sup>704</sup> Globalismus „meint alle Bewegungen und Ideologien, die sich auf den Globus beziehen“ - so Albrow.<sup>705</sup> Er fordert

<sup>693</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 151 ff., S. 158 und S. 178.

<sup>694</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 161 ff.

<sup>695</sup> Vgl. Albrow (1998b), S. 411.

<sup>696</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 13.

<sup>697</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 264.

<sup>698</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 210.

<sup>699</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 147 und 150.

<sup>700</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 14, S. 141, S. 158 ff. und S. 189.

<sup>701</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 169 und S. 215.

<sup>702</sup> Albrow (1998a), S. 136. Zur rationalen Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen Wohl vgl. auch Albrow (1998c), S. 416.

<sup>703</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 174 f.

<sup>704</sup> Vgl. zu dieser Einschätzung auch Hitzler (1997), S. 62, der im Gegensatz zu Albrows Position von einer „Radikalisierung der Moderne“ sowie der „Auflösung vormoderner Relikte im modernen Leben“ ausgeht.

<sup>705</sup> Vgl. Albrow (1998b), S. 431.

hierbei, dass sich die universellen Ideen den globalen Umständen anpassen müssen, weil sich künftig alle Arten von Wertvorstellungen und Überzeugungen aus dem globalen Zusammenhang ableiten werden.<sup>706</sup>

### 2.3.4 Gesellschaft, Identität und Werte

Nach Albrows Auffassung liegt die Ursache für den Bruch der Moderne darin, dass dem Sozialen mittlerweile eine über den Nationalstaat hinausweisende Bedeutung zukommt - eine Einschätzung, die bei Giddens und, wie zu zeigen sein wird, bei Zürn - ebenfalls eine Rolle spielt, für Etzioni aber außerhalb seines Konzeptes liegt.<sup>707</sup> Die Globalisierung „betrifft die gesamte Gesellschaft sowie die Grundlage des menschlichen Handelns im sozialen Miteinander. Sie impliziert eine Transformation der Gesellschaft“.<sup>708</sup> Die Auflösung des Projekts der Moderne geht mit Kontrollverlust und Orientierungslosigkeit einher, weil der Glaube an die unauflösliche Zweckgemeinschaft von Staat, Gesellschaft und Individuum das Krisenempfinden momentan verstärkt.<sup>709</sup> Doch gerade in dieser Auflösung kann die große Chance für die Zukunft liegen, da - so Albrow - die „große Mehrheit der Menschen ... verstanden“ hat, „sich mit dem Chaos zu arrangieren, den globalen Impetus in ihrem alltäglichen Leben für sich zu nutzen“.<sup>710</sup> Hier wird die chancenorientierte Beurteilung der aktuellen Entwicklungen sichtbar. Albrow stellt fest, dass es heute zu einer grenzüberschreitenden Form der Vergesellschaftung auf globaler Ebene kommt, was anhand verschiedenster globaler Netzwerke, Bewegungen und Gemeinschaften, die je nach Interessen und Bedürfnissen zusammenfinden, zu beobachten ist. Diese neue Form der Autonomie des Sozialen ignoriert die territorialen Grenzen und die Verhaltensvorschriften der nationalen Gesellschaften.<sup>711</sup> Dieser Aspekt kommt im Globalisierungsdiskurs erstmals bei Giddens vor und erfährt in Albrows Entwurf seine Zuspitzung. Für Albrow entsteht gerade aus diesen Entwicklungen eine Chance, der Idee des Sozialen neues Leben einzuhauchen. Er spricht von der Selbsterzeugungsfähigkeit des Sozialen jenseits des Nationalstaates, die er als „Befreiung der Gesellschaft

<sup>706</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 14 ff. und S. 215.

<sup>707</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 96.

<sup>708</sup> Vgl. Albrow (1998b), S. 419.

<sup>709</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 65 und S. 122 ff.

<sup>710</sup> Vgl. Albrow (1999), S. 39 und Albrow (1998a), S. 106. Vgl. zu dieser Einschätzung ebenfalls Kaufmann (1998), S. 10 sowie Beck/Sopp (1997), S. 188.

<sup>711</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 109 und S. 221 ff. Auf den ersten Blick verfolgt Herbert Dittgen einen ähnlichen Ansatz. Doch er verweist auf die Gebundenheit der „Staatsbürgerschaft“ an reale Staaten und die konkrete Staatszugehörigkeit des Einzelnen, die ausgestattet ist mit konkreten Rechten und Pflichten (S. 15 ff.). Er nähert sich der Frage zum vermeintlichen Ende des Nationalstaates, indem er anhand des Funktionswandels von Grenzen exemplarisch darlegt, dass es einen Unterschied zwischen der Souveränität und der Autonomie eines Staates gibt: Die Souveränität umfasst die räumlich begrenzte Rechtsetzung und -sprechung, die Verwaltung und das Gewaltmonopol eines Staates, die Autonomie hingegen sein Verhältnis zur Gesellschaft, das in der Selbstständigkeit des Staates besteht, bestimmte Politikbereiche zu gestalten. Dittgen kommt im Gegensatz zu Albrow zu dem Schluss, dass zwar die Autonomie des Staates durch die globalen Prozesse gebrochen ist, nicht aber seine Souveränität (S. 5 f.). Vgl. Dittgen, Herbert (1999), Grenzen im Zeitalter der Globalisierung: Überlegungen zur These vom Ende des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 9, Heft 1, S. 3 - 26. Vgl. auch Rifkin (2000), S. 197, S. 301 und S. 307.

vom Nationalstaat“ bezeichnet.<sup>712</sup> Wie bei Giddens ist keine Rede mehr von Krise und Niedergang der Gesellschaft und des sozialen Zusammenhalts.

### **Handeln des Einzelnen**

Zentral ist in seinem Text der Ansatz - wie bei Giddens -, dass die Zukunft der Gesellschaft erst durch die Handlungen jedes einzelnen Menschen entsteht. So bekommt das menschliche Handeln im globalen Kontext einen anderen Stellenwert, als es ihn im nationalen Kontext hatte. Der Staat wird von den „Bürgern praktisch vollzogen und mit Leben erfüllt“, Interaktion wird zu einem Schlüsselbegriff.<sup>713</sup> Hier wird deutlich, dass Albrow einen funktionalen Zugang zum Motiv *Gesellschaft* wählt. Im Globalismus gehen die Menschen gegenüber der Welt als Gesamtheit eine Verpflichtung ein, wie der neu formulierte Imperativ von Albrow untermalen soll.<sup>714</sup> Zusätzlich wendet sich Albrow von den soziologischen Kategorien „Klasse, Schicht oder Milieu“ ab und spricht von „Sphären“, wobei das Individuum zum Bewohner verschiedener Sozio-Sphären wird. Mit dieser Aussage wird der Gegensatz zu den Gemeinschaftskonzeptionen der ersten Diskursphase und Etzioni besonders deutlich. Als Teil eines Sozialgefüges, das aus zusammenhängenden und den ganzen Globus umfassenden Aktivitäten besteht, konstituiert das Individuum durch seine Handlungen die Weltgesellschaft.<sup>715</sup> Trafen bislang Zivilisationen als Ganzes aufeinander, hat sich heute die Natur der sozialen Beziehungen verändert: Heute treten Individuen weltweit miteinander in Kontakt.<sup>716</sup> Albrow bezeichnet die Sphären auch als „Lebensstilenklaven“, die weder umfassend funktional noch lokal figuriert sind.<sup>717</sup> Daher ist der Lebensmittelpunkt der Menschen auch nicht mehr an einen (realen) Ort gebunden. Etzioni würde an dieser Stelle widersprechen. Die Weltgesellschaft beruht laut Albrow somit auf grenzüberschreitenden Bindungen, kann aber noch kein Gegengewicht zum Nationalstaat darstellen.<sup>718</sup> Mit dieser Beschreibung stützt Albrow seine These, dass es zu einer Entterritorialisierung des sozialen Lebens und einem Komplex geschichteter Sphären kommt.<sup>719</sup> Paradoxerweise sorgt bei diesem Prozess gerade die globale Kommunikationstechnologie für eine Konkretion der Beziehungen, da sie diese erst ermöglicht.<sup>720</sup> Die globale Kultur wird bei Albrow im

<sup>712</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 243 und S. 255; vgl. Albrow (1998c), S. 414 sowie in diesem Zusammenhang „Wenige Bekannte überbrücken auch große Gegensätze“, *Nürnberger Nachrichten*, 06.06.01.

<sup>713</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 132 und S. 241; vgl. Albrow (1998b), S. 422; vgl. Albrow (1998c), S. 414. In diesem Zusammenhang entwirft Alain Touraine das weitergehende Konzept einer „Demokratie nach unten“, die sich in dem institutionalisierten Recht des Einzelnen widerspiegeln soll, sich als Subjekt mit einer eigenen Lebenserzählung selbst zu begründen, um so die Demokratie neu auszugestalten und die Widersprüche zwischen notwendiger globaler Integration und kultureller Vielfalt auszugleichen. Vgl. Touraine, Alain (1999), Loblied auf die Zivilgesellschaft, *Die Zeit*, 49/99.

<sup>714</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 135.

<sup>715</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 245 und S. 258 ff. sowie Albrow (1999), S. 31 und S. 44.

<sup>716</sup> Vgl. Albrow (1999), S. 44.

<sup>717</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 208, S. 244 und S. 256.

<sup>718</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 259.

<sup>719</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 249.

<sup>720</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 257 f. sowie Albrow (1998b), S. 421.



Gegensatz zu Barbers These nicht durch Homogenisierung bedroht, sondern zeichnet sich gerade durch die Koexistenz und Mischung von Stilen, Genres und kulturellen Ausprägungen aus. Kulturelle Vielfalt ist die Folge.<sup>721</sup>

### **Wahlmöglichkeiten**

Besonderes Merkmal der sozialen Beziehungen im Globalen Zeitalter ist die Wahlmöglichkeit und die Freiheit, Entscheidungen über Bindungen und Lebensstile zu treffen. Die Wahl der Beziehungen wird heute - laut Albrow - zu einem Bestandteil der Suche nach der persönlichen Identität, wobei Werte, Glauben und Vertrauen durchaus eine große Rolle spielen.<sup>722</sup> Der Einzelne kann somit in mehreren „Welten“ gleichzeitig leben, muss aber eben immer wieder eine Auswahl aus der existierenden Vielfalt treffen, so dass das Leben zu einem individuellen Experiment wird.<sup>723</sup> Diese Sichtweise vertreten ebenfalls Giddens und Beck. Die Kehrseite davon beschreibt Rifkin anhand des neuen globalen Menschentypus, der zum „proteischen“ Menschen mit einem multiplen, relationalen Selbst je nach realer oder virtueller Lebenswelt wird.<sup>724</sup> Da die Menschen dennoch versuchen, eine vertraute Umgebung und stabile Lebensbedingungen herzustellen, müssen sie herausfinden, inwieweit sie bestimmte Werte mit anderen teilen können.<sup>725</sup> Werte spielen also auch in Albrows Konzeption eine Rolle, wobei der Gegensatz zu Etzioni darin besteht, dass die Fokussierung auf die lokale Gemeinschaft durch eine globale Perspektive abgelöst wird. Dem Staat als sich auflösendem Rahmen der sozialen Beziehungen bleibt somit nur, sich mit den überschneidenden und konkurrierenden Loyalitäten des Individuums zu arrangieren.<sup>726</sup> Zusammenfassend konstatiert Albrow, dass sich heute Wertvorstellungen zunehmend aus dem globalen Zusammenhang ableiten und damit eine neue Debatte über Werte und Wertkonflikte hervorgerufen wird, wobei der Globalisierungsdiskurs ein Beispiel für diese These ist.<sup>727</sup> Die Chance der kulturellen Globalisierung liegt im Grenzabbau und in Beschränkungsbehebungen.<sup>728</sup> Die Neuorientierung am Globalen ermöglicht also auch eine neue Dimension der Werte.<sup>729</sup>

<sup>721</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 229 f.; Albrow (1999), S. 42 f. sowie insgesamt Breidenbach/Zukrigl (1998).

<sup>722</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 110 und S. 240.

<sup>723</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 234 und S. 259. Zum individuellen Experiment vgl. auch das Konzept des „unternehmerischen Einzelnen“ wie es Heinz Bude entwirft. Vgl. Bude (2000), S. 121 - 134 sowie „Eine Art Oktoberfest mit Kühen. In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“, *Frankfurter Rundschau*, 27.11.99. Außerdem insgesamt Clermont, Christoph und Goebel, Johannes (1997), *Die Tugend der Orientierungslosigkeit*, Berlin.

<sup>724</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 250 ff., S. 266 sowie S. 280 ff.

<sup>725</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 247.

<sup>726</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 235.

<sup>727</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 14 und S. 197.

<sup>728</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 226 und S. 254.

<sup>729</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 258.

### 2.3.5 Nationalstaat, Demokratie und Institutionen

„Die Kulmination des Projekts der Moderne führt zu einer Desorientierung seines Hauptakteurs, des Nationalstaats.“<sup>730</sup> So das Fazit von Albrow. Da der Globus zur ideellen und instrumentellen Ebene für kulturelle und wirtschaftliche Aktivitäten wird, kann der Nationalstaat sich diese Aktivitäten zwar zu Nutzen machen, sie aber nicht mehr länger kontrollieren.<sup>731</sup> Ihm bleibt lediglich eine subsidiäre Rolle.<sup>732</sup> Nachdem die staatlichen Administrationen überfordert sind, die Stabilität der lokalen Lebensbedingungen mit dem durch Produktions- und Konsumerfordernisse ständig wachsenden Verlangen nach räumlicher Ungebundenheit der Menschen in Einklang zu bringen, kommt der Staat permanent in Widerspruch zu den eigenen Organisationsprinzipien und denen des globalen Wirtschaftens.<sup>733</sup> Neu an der aktuellen Entwicklung ist, dass bestimmte Einflüsse heute von einer Vielzahl von Zentren ausgehen - und zwar nicht mehr nur von den Regierungssitzen und Hauptstädten, sondern auch von finanziellen Zentren wie Frankfurt am Main oder New York, kulturellen Zentren wie Hollywood oder auch vom internationalen Finanzsystem, das allerdings ortlos ist.<sup>734</sup> Aufgrund dieser Entwicklung ist eine Ausweitung des Staatsbegriffs notwendig. Die Welt zeigt sich jenseits der Organisationsform Nationalstaat polyzentrisch, entnationalisiert und dezentral.<sup>735</sup>

#### **Nationale Institutionen**

Die beschriebene neue Rolle des Staates bringt auch für die nationalstaatlichen Institutionen Veränderungen mit sich. Albrow stellt in diesem Zusammenhang zunächst fest, dass im Nationalstaat die politischen Institutionen die Aufgabe haben, allen konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen die Verfolgung ihrer Ziele zu garantieren. So kann zwischen den widerstreitenden Interessen der Bevölkerung vermittelt, können Ziele definiert und kann kooperiert werden. Die Institutionen gewähren den kollektiven Entscheidungsformen einen gemeinsamen Bezugsrahmen.<sup>736</sup> Mit Blick auf die aktuellen Veränderungen konstatiert Albrow dann aber, dass mit zunehmender Einbindung des Nationalstaats in ein „Netz transnationaler Praktiken“ gleichzeitig auch die nationalen Institutionen überfordert werden.<sup>737</sup> „Traditionelle staatliche und intergouvernementale

<sup>730</sup> Albrow (1998a), S. 118, vgl. auch S. 13.

<sup>731</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 119.

<sup>732</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 39, S. 97 und S. 284. Vgl. hierzu in einer differenzierten Analyse zum vernetzten Regieren Benner, Thorsten und andere (2001), Global Public Policy: Chancen und Herausforderungen Vernetzten Regierens, in: Zeitschrift für Politik 48, Heft 4, S. 359 - 374.

<sup>733</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 243. Hier widerspricht Hanspeter Kriesi, der in Bezug auf die politischen Prozesse lieber von einer „grundlegenden Umstrukturierung“ spricht, für die dennoch der nationale Rahmen wichtig bleibt. Vgl. Kriesi, Hanspeter (2001), Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 2, S. 206 - 213.

<sup>734</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 118.

<sup>735</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 266.

<sup>736</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 102.

<sup>737</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 243.

Institutionen allein fehlt oft die Reichweite, die Geschwindigkeit und die nötige breite Wissensbasis, um angemessene und effektive Entscheidungen zu treffen.“<sup>738</sup> Weil der Nationalstaat nicht mehr alle Probleme lösen kann, bleibt es den Menschen immer mehr selbst überlassen zu reagieren. Und weil sie dies tun, weiten sich ihre sozialen Handlungszusammenhänge weiter aus, die des Staates aber bleiben weiter zurück. Die Inkongruenz vergrößert sich, so dass der Staat den aktuellen Entwicklungen immer weiter hinterherhinkt.<sup>739</sup> Das Dilemma der nationalstaatlichen Institutionen, erklärt Albrow, bestehe darin, dass die *repräsentative* Demokratie heute in Bereichen stattfindet, die für den Einzelnen nicht mehr von großer Bedeutung seien, wie etwa in den politischen Parteien. Da die Veränderungen der Institutionen und ihrer Repräsentanz mit dem Niedergang der *Klasse* als politischem Faktor verbunden ist, kommt es zu Rückwirkungen auf die Parteien, da diese gerade auf den Klassenstrukturen der Moderne beruhen. Albrow plädiert aus diesem Grund für eine Konstituierung von Parteien jenseits des Nationalstaats,<sup>740</sup> wo er sich auf einer Linie mit Ulrich Beck befindet, der in seinem Artikel „Weltbürger aller Länder, vereinigt Euch“ zur Gründung von Weltbürgerparteien aufruft.<sup>741</sup>

### ***Trans- und internationale Institutionen***

Gleichzeitig zum Einflussverlust innerhalb des Staates hat die repräsentative Demokratie auch wenig Einflussmöglichkeiten auf Bereiche, die von außen steuernd in das Leben des Einzelnen eingreifen.<sup>742</sup> Die von Brüssel verabschiedeten und in Deutschland umzusetzenden Richtlinien gelten hier als Beispiel. Bislang ist das Individuum im Nationalstaat durch die Institutionen in ein „hochkomplexes System staatlicher Aktivitäten“ eingebunden und wird dadurch zu einem „integrale(n) Bestandteil dieses Systems“.<sup>743</sup> Dies verändert sich nun langsam. Es kommt zu einem Neben-, aber auch Miteinander von Institutionen und Akteuren auf nationaler wie internationaler Ebene. Er nennt als Beispiele für dieses Zusammenwirken, in das die nationalstaatlichen Institutionen eingebunden sind, soziale Bewegungen, NGOs, transnationale Firmen, globale Finanzmärkte und die UNO.<sup>744</sup> Auch hier wird der Globus zum praktischen Maßstab für alle.<sup>745</sup>

---

<sup>738</sup> Benner (2001), S. 360.

<sup>739</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 243 und 253.

<sup>740</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 250 f.

<sup>741</sup> Vgl. Beck, Ulrich (1998e), Weltbürger aller Länder, vereinigt Euch, *Die Zeit*, 30/98.

<sup>742</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 282.

<sup>743</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 97.

<sup>744</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 179. Beachte: NGOs steht für Nichtregierungsorganisationen.

<sup>745</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 193.

## **UNO und EU**

Die künftige Rolle der UNO beurteilt Albrow durchaus kritisch. Der Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist, dass die UNO und ihre Instrumentarien für den Nationalstaat konzipiert, das heißt also von und für ihn geschaffen sind. Obwohl globale Werte Eingang in die UNO gefunden haben, kann sie kein globales Organ werden, denn als Institution ist sie verknüpft mit der Definition des „Nicht-Bürgers“ und Ausländers. Aber den gibt es in dieser Form im globalen Staat nicht mehr. Übrig bleibt lediglich nur noch *eine* Nationalität.<sup>746</sup> Hier wird der Gegensatz zu Huntingtons Ansatz der (kulturellen) Abgrenzung, gleichzeitig aber auch der qualitative Zugang zum Motiv *Nationalstaat* sichtbar (werteorientiert). Albrow sieht die UNO dennoch nicht als Weltregierung oder Leiterin eines Weltstaates, sondern als eine Institution neben anderen.<sup>747</sup> Diese Sicht teilt er mit dem später noch zu analysierenden Konzept zu Global Governance (vierte Phase). Auch der EU in ihrer jetzigen Form steht Albrow kritisch gegenüber. Ihre Schaffung sei abseits der Bedürfnisse der Menschen erfolgt und habe Formen eines „bürokratisch organisierten Projekts“ angenommen.<sup>748</sup> Doch für Albrow schafft die Durchführung eines Projekts noch keine soziale Integration. Er lehnt die Vision ab, dass die EU einem größeren Nationalstaat gleichen könne. Diese Skepsis war bereits bei Guéhenno zu lesen. Wenn überhaupt, sei sie eine „neue Art“ von Staat, mit der es noch keine Erfahrungen gibt.<sup>749</sup> „Innerhalb Europas ist die Europäische Union eine Art Staat, aber verglichen mit dem Nationalstaat ist sie polyzentrisch, offen, an den Rändern ausgefranst und durchlässig.“<sup>750</sup> So sieht Albrow gerade im Prozess der europäischen Einigung eine Entwicklung, die nicht zu einem vergrößerten Staat führt, sondern vor allem zu einer „expandierenden“ Gesellschaft, die aus der souveränen Kontrolle des Staates ausbricht.<sup>751</sup>

### **2.3.6 Mehrebenenpolitik und Subsidiarität**

#### ***Gewachsene Bedeutung von NGOs und sozialen Bewegungen***

Wie bereits im Vorherigen angesprochen, schaffen die Menschen durch ihre transnationalen Handlungen eine Weltgesellschaft. Darüber hinaus entstehen durch die Interaktion von Institutionen zwischen allen Ebenen ein neuer Kommunikations-Code und damit neue Begriffsrahmen und Diskurse.<sup>752</sup> Diese

<sup>746</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 271.

<sup>747</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 118, S. 179 und S. 268.

<sup>748</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 309.

<sup>749</sup> Vgl. Albrow (1998c), S. 416.

<sup>750</sup> Albrow (1998c), S. 419. In einigen, vor allem ärmeren Entwicklungsländern, macht sich allerdings Unbehagen breit. Diese sehen nämlich die EU als keineswegs „durchlässig“ an, sondern hegen Befürchtungen gegenüber einer neuen regionalen Grenzziehung. Vgl. hierzu das Kurzprotokoll des Unterausschusses Vereinte Nationen Nr. 27 zum Besuch von Jean-Marie Guéhenno, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 24.04.02, S. 4.

<sup>751</sup> Vgl. Albrow (1998c), S. 419.

<sup>752</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 196.

sind ebenfalls ein Baustein für die globale Gesellschaft. Wie aufgezeigt, spielt diese These auch bei Giddens eine zentrale Rolle. Aus dem Zusammenspiel von Nichtregierungsorganisationen, multinationalen Konzernen, internationalen Finanzmärkten und globalen sozialen Bewegungen entstehen neue Organisationsebenen, die von allen genutzt, aber von keinem geleitet werden.<sup>753</sup> Obwohl diese bereits vor dem Bewusstwerden der Globalisierung bestanden, treten sie heute verstärkt hervor. Die globalen Bewegungen und NGOs bezeichnet Albrow als Medium der Politik und als das neue Zeitalter prägende politische Strategie. Das Neue an ihnen sei, dass sie mit symbolischen Protestaktionen und mit vernetzten statt hierarchischen Strukturen arbeiteten. Dadurch entstehe die Möglichkeit, für kurze Zeit und für bestimmte Ziele auf der ganzen Welt Unterstützung zu mobilisieren, um Druck auszuüben. Hier ist eine neue Engagementform entstanden, die freiwillig und außerhalb der Institutionen abläuft. Es wird die Unterstützung für bestimmte Werte sowie das Profitieren von Fähigkeiten und Kenntnissen ermöglicht. Dennoch sind globale Bewegungen und NGOs abhängig von bestimmten Produktions-, Konsum- und Arbeitsbedingungen des kapitalistischen Systems - so Albrow, weil dieses neue kulturelle Praktiken fördere und die Zugehörigkeit zu alten Gruppen relativiere.<sup>754</sup> Globale Bewegungen entstehen somit, wenn ein vom Konsumverhalten gesteuerter Kapitalismus und politisches Engagement zusammentreffen.<sup>755</sup> Als Beispiele für die gewachsene Einflussnahme von NGOs nennt Albrow den Worldwide Fund for Nature, Greenpeace und Amnesty International, wemgleich er darauf verweist, dass diese im Vergleich zum nationalstaatlichen Institutionensystem über keine Legitimationsgrundlage verfügen.<sup>756</sup> Auf die beispielhafte Nennung und die im gesamten Diskurs durchwegs positive und damit unkritische Haltung gegenüber den NGOs wird ebenfalls an späterer Stelle noch einmal zurückgekommen.

### **Globaler Staat**

Auch wenn Albrow die Frage der politischen Legitimation anspricht, kommt er zu dem Schluss, dass die klassische Legitimationstheorie mit dem staatlichen Gewaltmonopol und der Legitimation der Regierungen durch die Unterstützung des Volks im Zusammenhang mit dem Globalen Staat veraltet wirkt. Seiner Meinung nach ist die Kontrolle über Informationen und materielle Ressourcen heute wichtiger als die Kontrolle über Waffen.<sup>757</sup> Auf der einen Seite erinnert diese Haltung an Barber und Guéhenno, auf der anderen Seite widerspricht sie

---

<sup>753</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 190 f. Vgl. ebenfalls Benner (2001), S. 362 f.

<sup>754</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 220 ff.

<sup>755</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 210 und S. 225.

<sup>756</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 109 f.

<sup>757</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 279.

den bisherigen realen Erfahrungen im 21. Jahrhundert.<sup>758</sup> Im Globalen Staat muss sich die Weltgesellschaft als Summe der menschlichen Interaktionen künftig mit unklaren Organisationsformen abfinden, weil es weder eine Zielgerichtetheit noch eine zentrale Macht gibt.<sup>759</sup> Dennoch bedeutet dies laut Albrow keine Desintegration, weil gerade aufgrund des Fehlens einer zentralen Macht *alle* Institutionen für *alle* Menschen zugänglich seien.<sup>760</sup> Die neue politische Klasse wird aus den „Managern“ von globalen Institutionen bestehen, was zur Folge hat, dass Expertenwissen Macht bedeutet - eine Sicht, die bereits bei Guéhenno zu lesen war. Die Politik wird sich weltweit nach Sektoren aufsplitten, die jeweils mit eigenen Werten, Bedürfnissen und praktischen Notwendigkeiten versehen sind. So komme es zu einer multikulturellen Wertediskussion, jedoch ohne eine Autorität zur Moderation.<sup>761</sup> Die neu entstehende globale Managerklasse wird zum Symbol für eine neue globale Klassengesellschaft.<sup>762</sup> Der Weltstaat werde nach Albrows Anschauung kein auf globale Dimension ausgeweiteter Nationalstaat sein, sondern durch alle Aktivitäten definiert, die das Wohl der Menschheit zum Ziel haben, wie zum Beispiel eine gemeinsame Umweltpolitik, die Menschenrechte oder den Schutz vor einer nuklearen Katastrophe. So entsteht der Globale Staat, wenn das Individuum bei seinem Handeln den neuen kategorischen Imperativ befolgt.<sup>763</sup> Dazu muss ein globales Bewusstsein entstehen, das *von unten* kommt. „Der performative Weltbürger handelt nicht aufgrund einer ihm gesetzlich auferlegten Pflicht, sondern aufgrund seiner persönlichen Einstellung und freiwilligen Engagements. Daher bestimmen auch freiwillige Aktivitäten und nicht aufgezwungene Strukturen die Form des globalen Staates.“<sup>764</sup>

### 2.3.7 Vision

Zusammenfassend kann Albrows Vision folgendermaßen beschrieben werden: Die konstatierte Zunahme nicht-staatlicher transnationaler Bindungen ermöglicht ein Konzept der Weltgesellschaft. Dieses Konzept beinhaltet die These, dass heute die Gesamtmenge der weltumspannenden Beziehungen größer ist als die Summe der nationalstaatlichen Gesellschaften.<sup>765</sup> Das Weltbürgertum ist eine Folge der globalen Bewegungen.<sup>766</sup> Somit entspringt die Zukunft der Gesellschaft aus den Handlungen der Einzelnen. Aus dieser Erneuerung der

<sup>758</sup> Zur Frage, ob durch eine Ausdehnung der Demokratien in einer globalisierten Welt der Frieden eher gewährleistet ist vgl. insgesamt Brock (1999) sowie Link, Werner (2001), Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München, v.a. S. 22 - 49.

<sup>759</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 180.

<sup>760</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 192 f.

<sup>761</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 197 ff.

<sup>762</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 266.

<sup>763</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 268 und S. 277 f.

<sup>764</sup> Albrow (1998a), S. 277. Vgl. hierzu den Widerspruch von Offe, der darauf verweist, „daß politische Gemeinschaften auf territoriale Grenzen angewiesen und nur im Bezug auf sie handlungsfähig sind.“. Vgl. Offe (1998a), S. 102.

<sup>765</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 259.

<sup>766</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 225 und S. 245.

Idee der Gesellschaft entsteht die Notwendigkeit einer Neuformulierung einer Theorie des Staates. Der Staat wird zum polyzentrischen weltweiten Netz von Praktiken, in denen Individuen als unabhängige Weltbürger agieren. Die Regierungen haben ihre Macht über das Schicksal der Bevölkerung verloren.<sup>767</sup> So heißt Weltbürgerschaft „Weltstaat ohne Zentrum“. Es gibt kein Vertragsverhältnis mehr wie in der Moderne, sondern der Staat wird durch die Praktiken der Menschen und ihre weltweite Koordination auf der Basis von Netzwerken geschaffen.<sup>768</sup> Statt einer am Produzenten orientierten Demokratie entstehe eine am Konsumenten orientierte. So solle die Demokratie künftig aus Gremien bestehen, die die Vertretungen von Dienstleistungen wie Schule, Infrastruktur und Medizin darstellen. Das aktive wie das passive Wahlrecht werde dann an die Nutzer der jeweiligen Dienstleistungen vergeben, so dass es zu einer repräsentativen Verbraucherdemokratie komme, die von der UNO unterstützt werde und transnational sei.<sup>769</sup> Einen ähnlichen Ansatz verfolgt auch Ulrich Beck, die gegenteilige Sicht ist bei Barber nachzulesen. Bei aller Abstraktion dieser Vision bewertet Albrow seine Skizze als Chance für Staat und Gesellschaft. Die Chance liegt darin, dass die Individuen gleichzeitig ihre Eigenschaft als Weltbürger und kollektive Organisationen für die globalen Ziele nutzen.<sup>770</sup> So plädiert Albrow insgesamt für einen „pragmatischen Universalismus“, der auf der Idee einer universellen Kommunikation beruht.<sup>771</sup> Kern des Globalen Zeitalters wird die Frage sein „Was heißt es Mensch zu sein?“.<sup>772</sup>

### 2.3.8 Fazit

Insgesamt zeichnet sich Albrows Konzept durch einen hohen Abstraktionsgrad aus, was an seinem Anspruch liegt, eine neue wissenschaftliche Theorie mit entsprechenden Begrifflichkeiten begründen zu wollen. Das von Albrow skizzierte Globale Zeitalter mit seiner Endlichkeit des Geografischen, der Natur und der Ressourcen, mit seiner Ableitung aus dem Begriff Globus und der Entgrenzung des Sozialen beschreibt durchaus Entwicklungen, die zu beobachten sind. Ob sie allerdings bereits so dominant sind wie Albrow behauptet, muss noch diskutiert werden. Albrow bleibt mit seiner Theorie zudem einer eurozentristischen Sicht verhaftet, da die beschriebenen Phänomene nicht überall auf der Welt die gleiche Gültigkeit und Wirkung haben. Ähnlich wie bei Giddens kann die Neukonstituierung des Sozialen jenseits der nationalstaatlichen Grenzen nur für einen Teil der Weltbevölkerung gelten, nämlich den Teil, der

---

<sup>767</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 260 ff. Vgl. hierzu auch den Verweis von Dittgen, dass die Staaten zwar durch die soziale und politische Vergesellschaftung an Autonomie verloren haben, ihr Gewaltmonopol und ihre Territorialität auf unabsehbare Zeit aber behalten, Dittgen (1999), S. 22.

<sup>768</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 275 ff.

<sup>769</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 283. Weniger abstrakt und orientiert am Beispiel der Setzung globaler sozialer Standards vgl. Benner (2001), S. 364 ff.

<sup>770</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 127.

<sup>771</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 15 und S. 287.

<sup>772</sup> Vgl. Albrow (1998a), S. 128.

entweder Computertechnologien besitzt und nutzt, also finanzielle Mittel und Know-How hat, oder die Möglichkeit hat, grenzüberschreitend zu reisen, zu leben und zu arbeiten. Zudem setzt Albrow die Existenz gleich strukturierter und funktionierender Nationalstaaten weltweit voraus, da nur aufgrund ihrer Existenz auch ihre Überwindung erst möglich wird. Da diese Aspekte ein generelles Problem der hier zu analysierenden Konzepte darstellen, soll im Schlusskapitel der Arbeit ausführlicher darauf eingegangen werden. Außerdem erscheint die Vision Albrows von der gerechten, weil für alle möglichen, Partizipation an globalen Foren zwar reizvoll, stößt aber an ihre Grenzen, sobald sie an der Realität gemessen wird. Albrow vermeidet es an dieser Stelle, sein Konzept zu konkretisieren und bleibt ein weiteres Mal abstrakt. Dass für eine solche Beteiligung zumindest annähernd gleiche globale Standards in Bildung und Ausbildung nötig wären, soll an dieser Stelle eingewandt, aber nicht vertieft werden. Dennoch machen genau diese optimistischen Überlegungen und positiv akzentuierten Szenarien Albrows Konzept zur Zukunftsvision. Denn Albrow stellt selbst bei Verweis auf mögliche Schwierigkeiten die Chancen in den Vordergrund. So wird der globale soziale und kulturelle Austausch im Gegensatz zu den Autoren der ersten Phase als Vervielfältigung und die Entgrenzung des Sozialen als Befreiung für den Einzelnen bewertet. Entgegen Huntingtons und Barbers Szenario gibt es keine neue Abgrenzung oder Abschottung, sondern die Weltgesellschaft erscheint aufgrund der globalen Kommunikation als Option.

Wie angesprochen bezieht sich Albrow in der zweiten Diskursphase als einziger Autor dezidiert auf den Nationalstaat und politische Strukturen bzw. Institutionen. Zwar skizziert er das Mehrebenenmodell noch nicht in der Klarheit, wie es etwa später Habermas, Zürn oder Messner tun, aber er verankert sein Konzept jenseits des Motivs Gesellschaft. Anknüpfungspunkt für die von ihm ange-deutete globale und politisch aktive Weltgesellschaft ist dennoch wie bei den anderen Autoren der lokale Kontext. Albrow wählt wie Giddens einen universalen Ansatz und weitet seine chancenorientierte Sicht zu einem Aufbruch-Paradigma in ein neues Zeitalter aus. Er bezieht beide Motive ein und wechselt zwischen qualitativem wie funktionalem Zugang. Allerdings leitet er seine Konzeption zum Nationalstaat und dessen Überwindung aus dem Motiv Gesellschaft (Entgrenzung des Sozialen) ab.

## **2.4 Fazit: Spezifizierung und Gegenpositionierung - Dritte Wege oder das Ende der Moderne**

Albrow antwortet in einem Interview auf die Frage, inwieweit sich seine These zum Globalen Zeitalter von der These seines Kollegen Giddens abgrenzt, folgendermaßen: „Ich postuliere das *Ende* der Moderne. (...) Giddens die (...)



„Konsequenzen der Moderne“ (...). Das sind jeweils sehr unterschiedliche Gewichtungen, die völlig verschiedene theoretische Sichtweisen zur Folge haben.“<sup>773</sup> Dieser Einschätzung ist zuzustimmen und sie unterstreicht die Zäsur, die Albrow mit seiner Theorie des Globalen Zeitalters im Gegensatz zu allen anderen Autoren vollzieht. Selbst Autoren wie Giddens oder Beck, die sich mit dem Begriff der „Zweiten Moderne“ von der Moderne zu distanzieren suchen, verfolgen nicht diese Art der Neubestimmung. Dennoch interessieren in diesem Abschnitt neben den Unterschieden auch die Gemeinsamkeiten der Konzepte. So stehen sich im Globalisierungsdiskurs insgesamt die Konzepte von Albrow und Giddens trotz der unterschiedlichen Haltung zum Begriff Moderne nahe, so dass die Abgrenzung zu Etzioni und den Autoren der ersten Diskursphase erfolgt. Wie angesprochen, stellen Giddens und Albrow den Konzepten dieser Autoren dezidiert Aufbruch-Paradigmen und Zukunftsvisionen entgegen. Mit der Formulierung von universalen, allumfassenden Erklärungsansätzen geht bei ihnen die Betonung von Chancen einher, die im Kontext der Globalisierung entstehen: Das sind individuelle Autonomie, eine gesteigerte Autonomie des Handelns und damit individuelle Selbstbestimmung, außerdem globale Verständigung als Demokratisierungspotential, kulturelle Vervielfältigung durch verstärkten Austausch sowie eine politische Befreiung durch neue politische Partizipationsmöglichkeiten, Foren und Verfahren. Der Pessimismus der ersten Diskursphase scheint damit überwunden. Während Etzioni noch der pessimistischen Grundhaltung der ersten Phase verhaftet bleibt und die Krisen-Analyse der Gegenwart in den Mittelpunkt stellt, proklamiert Albrow bereits den Beginn des Globalen Zeitalters, um dem wissenschaftlichen Diskurs einen neuen Impuls zu geben. Giddens fordert - auf den ersten Blick ähnlich wie Etzioni - einen neuen Gesellschaftsvertrag, der die Rechte und Pflichten der Bürger gleichermaßen betont, stellt diesen aber in Abgrenzung zu Etzioni in einen globalen Zusammenhang.<sup>774</sup> Auch bei ihm wird der Versuch sichtbar, die Diskussion durch eine neue Perspektive in Schwung zu bringen. Alle drei Autoren liefern damit weiteren Zündstoff für den wissenschaftlichen Diskurs und die politische Auseinandersetzung: Etzioni wird zum Vorreiter einer neuen politischen Bewegung, die mittlerweile in der amerikanischen Gesellschaft zahlreiche Anhänger findet. Zudem provoziert sein auf die kulturelle Wertegemeinschaft bezogenes Konzept die Verfechter der individuellen Autonomie, für die der „kommunitaristische Mythos“ etwas Rückständiges hat: „Diese Einsicht in die weltöffentliche Reflexivität ... räumt zugleich mit dem auf, (...) daß es erst ... Gemeinschaftsbindungen geben muß, damit *dann* und *danach* und in diesen, also nationalen oder ethnischen, territorial *begrenzten* Rahmen und Räumen politisches Handeln möglich wird. (...) Wenn Kollektivität nicht länger unterstellt werden kann, dann bricht politisches Handeln nicht zusammen.“<sup>775</sup> Auch

<sup>773</sup> Albrow (1999), S. 39. Hervorhebungen im Zitat durch H.W.

<sup>774</sup> Vgl. Giddens (2001b), S. 182.

<sup>775</sup> Beck, Ulrich (2002a), Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie, Frankfurt am Main, S. 81. Hervorhebungen im Zitat sind vom Autor übernommen.

Giddens politische Agenda, fokussiert auf die Sozialdemokratie, hat den Zweck, politische Positionen zu erneuern. Das Schlagwort vom „Dritten Weg“ hat Ende der 1990er Jahre einen Teil der politischen Diskussion bestimmt, ihm aber in der Wissenschaft den Vorwurf des Populärwissenschaftlichen eingebracht. Zudem bereitet die damit entstandene Nähe zu einer politischen Richtung einigen Kritikern Unbehagen, da die wissenschaftliche Neutralität - falls von dieser ausgegangen werden kann - verletzt scheint. Albrows Ziel schließlich ist die Neuformulierung eines wissenschaftlichen Ansatzes, der die veränderten Funktionen und Aufgaben von Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter definiert bzw. zumindest andeutet. Gefolgt ist seiner Anregung direkt kaum jemand, in den Modellen zu Global Governance jedoch werden seine Überlegungen einbezogen und konkretisiert.

### **Soziale Ordnung und individuelle Autonomie**

So kann zu den einzelnen Themenbausteinen der zweiten Phase Folgendes festgehalten werden: So wie Etzioni für die „gute Gesellschaft“ eine Balance zwischen sozialer Ordnung und gebundener Autonomie fordert, plädiert auch Giddens für eine Neuordnung zwischen individuellen und kollektiven Bedürfnissen, allerdings unter der Prämisse, Selbstbestimmung und freie Entfaltung des Einzelnen zu gewährleisten. Da Beziehungsformen heute aktiv eingegangen werden und das tägliche Leben einen experimentellen Charakter annimmt, wird für ihn die Öffnung gegenüber anderen zu einem ethischen Erfordernis der Zukunft. Albrow betont ebenfalls die individuelle Autonomie. Für ihn wird künftig eine grenzüberschreitende Form der Vergesellschaftung auf der globalen Ebene dominieren, wobei die Weltgesellschaft sich aus allen menschlichen Interaktionen konstituieren wird. Hier wird deutlich, wie gegensätzlich diese Ansätze zu denen der kulturell verfassten und auf Traditionen und Werten beruhenden Gemeinschaften sind. Etzioni geht also von einer an die jeweilige Gemeinschaftszugehörigkeit gebundenen Autonomie aus, wobei aber auch die Gemeinschaften insgesamt als gebunden an übergreifende und gemeinsam geteilte Wertekonzepte definiert werden (Gemeinschaft der Gemeinschaften). Albrow und Giddens wiederum stellen die Autonomie in den Vordergrund, allerdings in je unterschiedlicher Weise: Für Albrow geht es um die *Autonomie des Sozialen*, weil sich die Weltgesellschaft durch Handeln und damit durch Interaktionen konstituiert. Daher spricht er von der Selbsterzeugungsfähigkeit des Sozialen. Giddens geht es um die *Autonomie des Individuums*, da sich in seinem Konzept das Individuum durch Handeln und damit durch die Aktivität des Einzelnen konstituiert. Für Giddens ist daher die Programmatik der Selbsthilfe zentral. Bei beiden Autoren entsteht die größere soziale und individuelle Autonomie durch eine gesteigerte Autonomie des Handelns. Sie ersetzen die traditionelle organische Gemeinschaft mit Werten als Bindeglied durch die aktive Bürgergesellschaft (politisch) bzw. vielfältig nebeneinander existierende

Gemeinschaften, zu denen man sich die Zugehörigkeit auf Zeit selbst auswählt (sozial). In dieser Logik bewerten die drei Autoren dann auch die sozialen Bewegungen unterschiedlich. Für Albrow sind sie ein Medium der Politik, für Giddens eines der Selbsthilfe. Bei Etzioni wiederum sind soziale Bewegungen ein Medium zur Erzeugung moralischer Werte. Gemeinsam ist den drei Autoren allerdings, dass sie die lokale Ebene als den Ort betonen, an dem Veränderungen direkt begonnen werden können, eine Parallele zu den Konzepten der ersten Diskursphase. Dieser Ansatz erklärt, warum zumindest bei Etzioni und Giddens die Familie und die Forderung nach einer stärker familienfreundlichen Politik wichtig sind. Etzioni bezieht sich auf die eher traditionelle Form der Familie, die einen Grundstein der demokratischen Gesellschaft bildet. Giddens stellt sie bereits in den Zusammenhang von individueller Entscheidung und Wahlfreiheit und lässt sie als eine soziale Form neben anderen bestehen. Bei Albrow schließlich geht die Familie in dem Begriff der „Sozio-Sphären“ auf.

### ***Kommunikation, Inklusion und Weltgesellschaft***

Der zweite Baustein mit zentraler Bedeutung für diese Diskursphase umfasst „Kommunikation, Inklusion und Weltgesellschaft“. Albrow geht davon aus, dass es durch die Interaktion zwischen allen Ebenen zu einem neuen Kommunikations-Code, einem neuen Begriffsrahmen und neuen Diskursen kommt. Auch Giddens geht von einer neuen Kommunikationsordnung mit weltweiter Verknüpfung aus, die die Integration und Inklusion aller Menschen zur Folge haben wird. Demokratisierung verbindet sich in seinem Konzept vor allem mit Kommunikation.<sup>776</sup> Etzioni schließlich verengt seinen Ansatz auf den moralischen Dialog, der vor allem in den lokalen Gemeinschaften das zentrale Mittel für die Verständigung über Werte darstellt. Aber auch auf der globalen Ebene kann er sich einen Dialog über die gesellschafts- und kulturübergreifende Wertefindung vorstellen.

Ein vollkommen neuer Aspekt wird von Giddens und Albrow mit der Betonung der individuellen Wahlfreiheit in Bezug auf Lebensstil und soziale Beziehungen sowie die Autonomie des Handelns in den Diskurs eingeführt.<sup>777</sup> Dieser spielt in der dritten Diskursphase eine wichtige Rolle. Für Etzioni bedeutet dies im negativen Sinne die Propagierung eines „expressiven Individualismus“, der die Dominanz des persönlichen Wohlbefindens gegenüber der sozialen und moralischen Verantwortung zur Folge habe. Ähnlich würden die Autoren der ersten Phase argumentieren. Da Etzioni vom sozialen, auf die Gemeinschaft bezogenen Handeln ausgeht, entsteht Autonomie bei ihm aus sozialen, auf die Gemeinschaft bezogenen Werten. Bei Giddens und Albrow hingegen ist die

---

<sup>776</sup> Vgl. Lamla (1999), S. 228 f.

<sup>777</sup> Hier wird bei Giddens und Albrow die Anlehnung an Kant sichtbar, die Skirbekk und Gilje so umschreiben: „Jeder muß seine Rolle wählen, muß sich selber definieren und die Verantwortung für seine Wahl übernehmen. Es gehört zum Dasein des Menschen, seinen Weg selbst wählen zu müssen.“, Skirbekk/Gilje (1993), S. 533.

individuelle Autonomie an die Autonomie des individuellen Handelns gekoppelt. Sie gehen vom politischen Handeln aus, das der Notwendigkeit der politischen Verantwortung folgt. Werte wiederum werden in alle drei Konzepte einbezogen, aber unterschiedlich in ihrer Bedeutung für Gesellschaft und Demokratie beurteilt. Bei Etzioni stellen Werte nämlich die Grundfeste der Gemeinschaft dar, bei Giddens und Albrow hingegen werden sie als variabel und aushandelbar beschrieben. Wird für diese beiden Autoren das Leben zum Experiment, geht Etzioni im Gegenzug von einer Kontinuität der Generationen und Traditionen aus und betont die Notwendigkeit, künftig mehr auf die Pflichten des Einzelnen statt auf seine Rechte zu pochen. Giddens fordert zwar in etwas gemäßigerer Form ebenfalls eine Neujustierung dieses Verhältnisses, argumentiert aber weniger mit der moralischen Notwendigkeit als vielmehr mit der politischen Verantwortung. Neben den einleitend dargestellten Themenbausteinen „Soziale Ordnung und individuelle Autonomie“ sowie „Kommunikation und Dialog“ liegt eine weitere Parallele in dem optimistischen Menschenbild, das die drei Autoren entwerfen. Hier stellt sich die Frage, ob die Vorstellung vom gemeinwohlorientierten und moralisch handelnden Menschen nicht ein Stück Naivität enthält - oder wie Münkler und Vorländer zu bedenken geben, eine zu hohe Anforderung an die Menschen stellt - jedenfalls dann, wenn dieses Menschenbild nicht nur in den Denkmodellen eine Rolle spielt, sondern in den politischen und damit umzusetzenden Programmen dominiert. Der normative Gehalt aller drei Konzepte wird hier erkennbar. Die Autoren gehen trotz des Verweises auf Schwierigkeiten von der Möglichkeit der umfassenden sozialen Inklusion, gesellschaftlichen Erneuerung und Toleranzschaffung durch Kommunikation und Dialog aus: Etzioni fokussiert auf die lokale Gemeinschaft, Giddens und Albrow mit Blick auf die Weltgesellschaft. In diesem Zusammenhang ist ein Unterschied in den Konzepten interessant. Denn bei Albrow konstituiert sich die Weltgesellschaft in erster Linie durch Handlungen und Aktivitäten. Bei Giddens und Etzioni hingegen entsteht sie durch Kommunikation, wobei Kommunikation bei Etzioni hauptsächlich zur Wertefindung als Grundlage für Gemeinschaft dient, bei Giddens wiederum der grundsätzliche Verbindungsmechanismus innerhalb einer globalisierten Welt ist. Etzioni und vor allem Giddens betonen die veränderte Kommunikation mit weltweiter Verknüpfung als das verbindende Element, die der veränderten Bedeutung von Raum und Zeit zugrunde liegt: Kommunikation verbindet. Albrow hingegen betont den Globus als verbindendes Element, das die Menschen aufgrund seiner geografischen Begrenzung zusammenführt und somit für die räumliche Dimension steht: Hier verbindet der Raum.

### ***Anlehnung an die Philosophie - Einmischung in die Politik***

In der zweiten Phase spielen zusätzlich Fragestellungen eine Rolle, die in den letzten Jahren sowohl Politikwissenschaft als auch Philosophie bewegt haben,

wie etwa der Kommunitarismus, das Konzept des Dritten Wegs und die Positionierung zu den Konzepten von Kant und Habermas, konzentriert auf die Frage, ob der Mensch in den neuen politisch-historischen Konstellationen eher vernunftbestimmt oder intuitiv moralisch handeln soll.<sup>778</sup> Gerade im Zusammenhang mit der Kommunitarismusdebatte und dem Dritten Weg wird jedoch die Problematik solcher Zuordnungen und der daraus folgenden Verengung von Konzepten sichtbar: Etzioni und Giddens werden beispielsweise beide von einigen Rezipienten dem Kommunitarismus zugeordnet, weil sie sich mit dem Verhältnis von sozialer Ordnung und Autonomie auseinandersetzen.<sup>779</sup> Dabei wird übersehen, dass Giddens Etzions Gemeinschaftskonzeption kritisch gegenübersteht und individuelle Autonomie sowie Wahlfreiheit betont - auch wenn er Solidarität als wichtiges Element wertet. Etzioni hingegen setzt den Akzent auf die soziale Ordnung und geht in erster Linie von der Zugehörigkeit des Individuums zur Gemeinschaft aus. Ordnet man beide ausgehend von der Dichotomie von sozialer Ordnung und individueller Autonomie zu, kann die Vereinnahmung von Giddens für das Konzept des Kommunitarismus hinterfragt werden. Geht man jedoch, wie Habermas es tut, von einer diskursiven Konstituierung der Gemeinschaft und einem kommunikativ zu erzielenden Konsens als der Grundlage für diese aus, erscheint die Zuordnung wiederum plausibel.<sup>780</sup> Die Grenzen einer umfassenden Zuordnung werden an dieser Stelle sichtbar. Zusätzlich nimmt Etzioni innerhalb des Kommunitarismus eine Sonderstellung ein, weil er stärker als alle anderen Vertreter an der praktischen Umsetzung und weniger an der philosophischen Erörterung der kommunitaristischen Idee interessiert ist.<sup>781</sup> Und beim Begriff des Dritten Wegs schließlich zeigt sich noch etwas anderes. Sowohl Etzioni als auch Giddens verwenden dieses „Label“ für ihre Konzepte. Doch in der Öffentlichkeit wird in erster Linie Giddens damit in Verbindung gebracht - es ist ihm also gelungen, die Definitionsmacht über den Begriff zu erringen. Er hat sein politisches Programm des aktivierenden Sozialstaats wirksam damit verbunden, obwohl er nicht der erste und einzige Denker ist, der unter dem Begriff „Dritter Weg“ ein Konzept vorstellt. Gerade in der wissenschaftlichen Debatte wurde der Dritte Weg immer wieder mit unterschiedlichen Inhalten versehen.<sup>782</sup> Neben der Verschlagwortung des

<sup>778</sup> In Etzions Texten spielen insgesamt Intuition, Gefühl und eine Abgrenzung zu rationalen Verfahren eine große Rolle. Das Menschenbild wird zum Teil in Abgrenzung zu Kant und Habermas und in Anlehnung an Aristoteles entworfen (Die Tugend wurzelt tief in der Gemeinschaft und hat ihre Grundlage nicht in rein rationalen Verfahren); Giddens fordert eine „emotionale Demokratie“ im persönlichen Bereich, die erst im globalen Kontext zur dialogischen Demokratie wird. Vertrauen ist eines der Schlüsselworte seines Konzeptes. Die globale Kommunikationsordnung bezieht sich auf Habermas' Konzept des kommunikativen Handelns, grenzt sich aber auch gleichzeitig von ihm ab, indem statt der Konsensfindung durch Dialog die Toleranzschaffung angestrebt wird.

<sup>779</sup> Vgl. hierzu insgesamt Vorländer (2001a).

<sup>780</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1992), Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: Münkler, Herfried (Hg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich, S. 11 - 24, besonders S. 22 f.

<sup>781</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Reese-Schäfer (2001a), v.a. S.138 ff.

<sup>782</sup> Vgl. exemplarisch Gallus, Alexander und Jesse, Eckhard (2001), Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 6 - 15, mit dem Fazit „Dritte Wege sind nicht lauter“; außerdem Sturm, Roland (2001), Der Dritte Weg - Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 3 - 5 sowie insgesamt Vorländer (2001a).

Globalisierungsdiskurses wird also auch die manchmal vorschnelle Etikettierung zum Problem.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Konzepte von Etzioni, Giddens und Albrow liegt im Appellcharakter ihrer Entwürfe, die zumindest bei Etzioni und Albrow in Anlehnung an Kants kategorischen Imperativ zentrale normative Sätze formulieren, die jeweils eine Maxime menschlichen Handelns darstellen sollen. Haben die Autoren der ersten Phase durch teils plakative und generalisierende Argumentationen die Gefühlsebene ihres Publikums anzusprechen versucht, appellieren die Autoren der zweiten Phase konkret an die Engagementbereitschaft ihrer Leser. So greift Etzioni zwar auf die pessimistische Einschätzung des aktuellen Wandels zurück, erweckt aber gleichzeitig den Eindruck, dass durch konkrete Maßnahmen vor Ort zumindest die lokalen Umstände zu verbessern sind. Giddens wiederum zielt auf die nächst höhere Ebene der politisch aktiven Kräfte ab, wobei sein politischer Appell einen wissenschaftlichen Vorlauf hat. Das theoretische Konzept der reflexiven Modernisierung musste aufgrund seines hohen Abstraktionsgrades und der neu geschaffenen Begrifflichkeiten erst auf die politisch-praktische Ebene heruntergebrochen und auf seine Realisierbarkeit überprüft werden. Im Gegensatz dazu bezieht sich Albrow von Anfang an auf die Sozialwissenschaften und damit ein wissenschaftliches Publikum und unternimmt erst gar nicht den Versuch, an die Politik anzuknüpfen. Ihm geht es um den wissenschaftlichen Diskurs, weshalb es an manchen Stellen an konkreter fassbaren Ansatzpunkten mangelt. Albrow ist auch der am wenigsten prominente Politikberater der bislang einbezogenen Autoren. Zusammenfassend kann in diesem Zusammenhang formuliert werden, dass Etzioni ein Konzept des politischen Aktionismus für die kommunitaristische Bewegung entwirft, wobei mit der Veröffentlichung der „Verantwortungsgesellschaft“ eine Wendung vom politischen Programm zur stärkeren philosophischen Verankerung zu beobachten ist. Bei Giddens verläuft diese Wendung genau umgekehrt, denn er baut das abstrakte Konzept der reflexiven Modernisierung zum politischen Programm des Dritten Weges aus. Albrow schließlich konzipiert einen neuen wissenschaftlichen Ansatz für die Sozialwissenschaften im Globalen Zeitalter, wobei seine Theorie bislang wenig rezipiert wurde - ganz im Gegensatz zu denen von Etzioni und Giddens. Erwähnenswert sind noch folgende Aspekte: Zum einen zeichnen sich gerade die Texte von Giddens und Albrow durch die Schaffung neuer Begrifflichkeiten aus, wodurch der teilweise hohe Abstraktionsgrad der Konzepte unterstrichen wird. Bei Etzioni hingegen sticht besonders die Einfachheit mancher Beispiele heraus, die seinen Entwurf lebensnäher erscheinen lassen. Zudem kommt der Begriff der Globalisierung bei Etzioni kaum vor, obwohl er zwischen den Zeilen eine Rolle spielt. Bei Giddens wird er stärker einbezogen und bei Albrow schließlich ist er der Kristallisationspunkt des Konzeptes. Das Motiv Nationalstaat kommt dezidiert wiederum nur bei Albrow vor, bei Giddens spielt Demokratie als Wert eine

Rolle, bei Etzioni erfolgt die ausschließliche Konzentration auf das Motiv Gesellschaft. Und abschließend sei noch erwähnt, dass der Begriff der Endlichkeit thematisiert wird: Natur und Ressourcen sind endlich, weshalb ein anderer Umgang mit ihnen erforderlich wird. Eine Lebensführung auf der Grundlage von Bescheidenheit und ein Prioritätenwechsel zugunsten der Natur werden von allen drei Autoren gefordert.

In der zweiten Diskursphase dominiert also weiterhin das Motiv Gesellschaft, wobei jedoch ein Bruch zu beobachten ist, der eine Wendung im Diskurs einleitet. Wird Gesellschaft bei Etzioni in Anlehnung an Fukuyama, Huntington, Barber und Guéhenno noch als kulturell verfasste Gemeinschaft mit der Betonung von Kultur, Werten und Moral gedacht (qualitativer Zugang), erfolgt mit Giddens und Albrow der Perspektivwechsel zur politisch verfassten Gesellschaft mit einer rechtlich-normativen Grundstruktur. Autonomie des Einzelnen, Handeln und Verantwortung treten in den Vordergrund (funktionaler Zugang), Werte, Moral und kulturelle Zugehörigkeit treten zurück. Noch deutlicher tritt dieser Perspektivwechsel mit Rifkin und Forrester und in der dritten Diskursphase mit Beck und Gorz hervor, wenn Gesellschaft hauptsächlich auf die Arbeits- bzw. Informationsgesellschaft verengt und damit über Funktionen und Tätigkeiten definiert wird. Der zentrale Unterschied zu den Thesen und Konzepten der ersten Phase und Etzioni liegt darin, dass Giddens und Albrow *beide* Hauptmotive in ihre Konzepte einbeziehen. Zwar steht bei Giddens die Gesellschaft stärker im Vordergrund als bei Albrow, er bezieht sich auch stärker auf Demokratisierungsprozesse als auf den Staat selbst, die Zukunftsvisionen erstrecken sich aber auf Gesellschaft und Staat. Gerade aus der Akzentuierung der Frage nach der Zukunft der Demokratie im Zusammenhang mit dem Motiv *Nationalstaat* lässt sich bei Giddens der *qualitative* Zugang zu diesem Motiv ablesen. Nicht Strukturen und Verfahren stehen im Vordergrund, sondern die Demokratie als Wert an sich. Das Motiv *Gesellschaft* hingegen wird *funktional*, also über das Handeln des Einzelnen erfasst. Bei Albrow kommt es ebenfalls zu einer Mischung der Motive und des Zugangs zu ihnen. Die *Gesellschaft* wird wie bei Giddens in erster Linie *funktional* definiert, beim Motiv *Nationalstaat* kommt es dann zur *Kombination* des qualitativen und des funktionalen Zugangs (Werte sowie Verfahren). Unterschiede zur ersten Diskursphase kristallisieren sich somit aus der Motivwahl und dem funktionalen Zugang zum Motiv Gesellschaft heraus. Die Ansätze sind bei beiden Autoren universal und sie formulieren Aufbruch-Paradigmen, was sich aus der starken Chancenorientierung erklärt. Bei Etzioni ist der Ansatz hingegen wie beschrieben partikular und die Intention neutral, da nicht von einem Ende- oder Aufbruch-Paradigma zu sprechen ist. Die Perspektive bleibt den Gefahren verhaftet.

## 2.5 Exkurs: Viviane Forrester und Jeremy Rifkin - Das Ende der Arbeit und der globale Kapitalismus

Forresters Essay „Der Terror der Ökonomie“ knüpft an die bei Giddens aufblitzende These vom Ende der Arbeit an, erweitert sie aber zu einem engagierten, fast wütenden und daher manchmal undifferenzierten Plädoyer gegen die Kräfte des globalen Kapitalismus.<sup>783</sup> Damit leitet sie eine Strömung ein, die im Globalisierungsdiskurs immer wieder auftaucht, in dieser Analyse allerdings aufgrund der Autoren- und Themenwahl im Hintergrund bleibt: eine neue Form der Kapitalismuskritik bezogen auf den „entfesselten Kapitalismus“ der Globalisierung.<sup>784</sup> Forrester klagt an, dass die politischen Instanzen der globalen ökonomischen Macht ausgeliefert seien, da die Politik sich im Gegensatz zur Wirtschaft noch mit Fragen der Ethik auseinandersetzen müsse, die Ökonomie hingegen in Form von Profit, Geld und Kapitalströmen „auf keinerlei abgestandene Ethik, keinerlei Gefühl Rücksicht nehmen“ müsse.<sup>785</sup> Forrester lässt die Szenerie von Technologisierung, Konsum und Marketing, die bereits Barber skizziert hat, wieder aufleben und spricht von einer „neuen Welt“, die aus unsichtbaren Elementen des Multi- und Transnationalen, des virtuellen Liberalismus, der Globalisierung und Deregulierung sowie des Virtuellen bestehe.<sup>786</sup> Ihre Anklage der ungezügelter Ökonomisierung und der Ideologie der Globalisierung, die weltweit eine neue Spaltung in Arme und Reiche zur Folge haben, verknüpft Forrester mit der These vom Ende der Arbeit.<sup>787</sup> Heute werde der Wert eines Menschen über seine Arbeitskraft definiert, sei er ohne Arbeit, verliere er jeglichen gesellschaftlichen Wert und damit auch seine Würde: „Für einen Menschen ohne Stellung oder Funktion gibt es keinen Platz, er hat kein offensichtliches Recht zu leben, zumindest nicht zum Weiterleben.“<sup>788</sup> Ihre Sorge bezieht sich stark auf die Jugendlichen, vor allem in den Pariser Randbezirken, die ohne Perspektive auf Arbeit aufwachsen, gleichzeitig aber in den Koordinaten eines Wertesystems erzogen werden, das alleine auf Arbeit, Kontinuität und Langfristigkeit ausgerichtet ist. Der Lebensalltag sei jedoch geprägt von Kurzfristigkeit, Mobilitätswang und zunehmender Flexibilisierung. Zudem suggerieren Werbung und Konsum eine schöne Scheinwelt, die für die jungen

<sup>783</sup> Ähnlich wie bei Etzioni oder Giddens fallen dann auch die Beurteilungen ihrer Thesen unterschiedlich aus: „keine Ahnung von Ökonomie?“ („Kritik der reinen Ökonomie“, *Die Zeit*, 16/01), „das antikapitalistische Pamphlet“ („Marx und Venus“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.03.00), „weder neu noch klar“ („Französische Ziege, amerikanischer Wolf“, *Der Tagesspiegel*, 27.08.97), „bemerkenswerte politische Denkerin“ („Dauerferien im Elend für fast alle. Viviane Forrester über die schlechte neue Welt ohne Arbeit“, *Süddeutsche Zeitung*, 11.08.97) oder „ohne besondere Fachkenntnisse, aber mit gesundem Menschenverstand“ („Eine neue Bibel der Wirtschaftsethik“, *Frankfurter Rundschau*, 17.06.97).

<sup>784</sup> Ein ähnlicher Tenor ist etwa bei Altvater/Mahnkopf (1999) oder Menzel (1998) nachzulesen, der allerdings stärker als Zeitanalyse denn als politisches Plädoyer angelegt ist.

<sup>785</sup> Vgl. Forrester (1997), S. 38 f., S. 41 ff., S. 64 f. sowie S. 121 f.

<sup>786</sup> Vgl. Forrester (1997), S. 33, S. 39, S. 60, S. 180 sowie S. 185. Diese Anklage trägt Forrester auch gerne direkt vor Publikum vor, so beispielsweise 1998 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos, vgl. „Am richtigen Ort in der falschen Ecke“, *Süddeutsche Zeitung*, 02.02.98 und „Auf dem globalen Zauberberg“, *Der Tagesspiegel*, 13.10.99.

<sup>787</sup> Vgl. Forrester (1997), S. 70 f., S. 193, S. 196 sowie S. 200 ff.

<sup>788</sup> Forrester (1997), S. 42; vgl. auch Forrester (1997), S. 65 ff.



perspektivlosen Menschen nie zu erreichen ist.<sup>789</sup> Diese Aspekte tauchen bei Sennetts Konzept des „flexiblen Menschen“ wieder auf.

Mit Forrester teilt Rifkin auf der einen Seite die These vom Ende der Arbeit. Auf der anderen Seite führt er ihre These von der zunehmenden Ökonomisierung und Technologisierung in seinem Buch „Access“ fort, allerdings in weniger anklagendem Tenor.<sup>790</sup> Die Kernthese in „Access“ lautet: Zugang und nicht mehr Besitz bestimmt künftig Ökonomie und Leben, womit der Zugang zu Netzwerken, Clubs, Gemeinschaften, Lebensweisen und Lebenswelten gemeint ist. Zentrale Elemente werden laut Rifkin Computertechnologien und Cyberspace sein, so dass Ideelles wichtiger werde als materieller Besitz - eine Vorhersage, die quer zu Albrows These liegt, der von der Ablösung des Ideellen durch Materielles ausgeht, allerdings bezogen auf den Globus und nicht auf Besitz. In Rifkins Argumentation ist ein Kennzeichen dieser Entwicklung, dass zukünftig das Eigentum vom Leasing abgelöst wird. Begriffe wie „Franchising, Outsourcing und Time-Sharing“ werden die künftigen Beziehungen zwischen Kunden und Wirtschaft charakterisieren.<sup>791</sup> Zudem sagt Rifkin den Übergang von der Produktion zum Marketing voraus, was zur Folge haben werde, dass Marketingleute und Makler aufgrund der kommunikativen Vernetzung die Rolle von Schulen, Kirchen, sozialen Interessensgemeinschaften, nachbarschaft- und staatsbürgerlichen Institutionen übernehmen werden. Sie bekämen damit die Macht, Inhalte aller Art zu interpretieren und zu reproduzieren sowie kulturelle Äußerungen zu kreieren.<sup>792</sup> Damit sei der Übergang vom materiellen zum kulturellen Kapitalismus vollzogen, weil dieser sich die Bedeutungen des kulturellen Lebens und die dazugehörigen Kommunikationsformen sowie die gelebten Erfahrungen zu eigen mache.<sup>793</sup> Wiederum erinnern Rifkins Schilderungen an Barbers „McWorld“, in der Kommerzialisierung und Technologisierung alles andere dominieren.<sup>794</sup> Diese These ist der Grund, warum auch Rifkin den Autoren einer neuen Kapitalismuskritik zugerechnet wird.<sup>795</sup> Auch Rifkin entwirft das Bild eines neuen Menschentypus, der sich diesen Entwicklungen anpasst: den proteischen Menschen, der sich durch ein relationales Selbst auszeichnet: Leben in der Zeit wird wichtiger als Leben im festen

---

<sup>789</sup> Vgl. Forrester (1997), S. 90 ff. sowie S. 105 ff.

<sup>790</sup> Forrester und Rifkin werden auch an anderer Stelle in einen thematischen Zusammenhang gestellt, vgl. „Die Thesen vom Ende der Arbeit“, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 39/98 (März), S. 5 f. sowie „Eine neue Bibel der Wirtschaftsethik“, *Frankfurter Rundschau*, 17.06.97.

<sup>791</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 224 f. sowie S. 241.

<sup>792</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 230 ff.

<sup>793</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 193.

<sup>794</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 195 ff. sowie S. 205 ff.

<sup>795</sup> Vgl. „Irrungen und Wirrungen zur Neuen Ökonomie“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.10.00: „Die Welle der Globalisierungskritik scheint allmählich abzuebben, doch es kann vermutet werden, daß sie von einer Welle der New-Economy-Kritik abgelöst wird ...“. Ebenso wie Forrester zieht er die Kritik auf sich, plakativ, populärwissenschaftlich und nicht wirklich überzeugend zu argumentieren. Vgl. hierzu „Die Kapitalismusrakete zündet eine neue Stufe“, *Der Tagespiegel*, 26.08.00 sowie „Die neue Basis für Profit und Reichtum“, *Das Parlament*, 01.12.00.

Raum.<sup>796</sup> Hier liegt Rifkins Konzept ein weiteres Mal quer zu denen von Giddens und Albrow und im völligen Widerspruch zu den Konzepten der kulturellen Gemeinschaftszugehörigkeit. Denn Rifkin geht davon aus, dass das „autonome Ich“ ein veraltetes Konzept der Moderne sei, da für den proteischen Menschen gerade die hohe Anzahl der selbst gewählten sozialen Beziehungen wichtig werde. Proteisch und relational werde das Individuum, da es Teile seiner Zeit in virtuellen Welten und im Cyberspace verbringe und je nach Erfordernis zwischen der realen und der virtuellen Welt wechsele.<sup>797</sup> Sein Ziel ist es - so Rifkin - demnach nicht mehr, Besitz anzuhäufen und Dinge zu sammeln, sondern an Erlebnissen und unterhaltsamen Erfahrungen teilzuhaben, in verschiedenen Welten parallel zu interagieren und damit seine Persönlichkeit je nach gewählter Welt zu ändern. Netzwerke und Cyberspace sind die zentralen Bausteine der sozialen Beziehungen, eine Einschätzung, die bereits bei Guéhenno nachzulesen ist, auf den sich Rifkin auch bezieht. Unterhaltungsindustrie und globaler Erlebnistourismus dienen als Beispiele. Rifkin wendet auf den ersten Blick die Befürchtungen von Forrester und Barber - und wie zu zeigen sein wird von Sennett - ins Sachliche, indem er schreibt, dass künftig für den proteischen Mensch Kurzlebigkeit, Spontaneität, Authentizität und Emotionalität, Zeit-Sharing und Mobilität konstitutiv sein werden.<sup>798</sup> Phantasie, Vergnügungen, Scheinwelt, Erleben und Spiel treten an die Stelle von Geld, Eigentum und Besitz. Rifkin formuliert die These, dass im Zuge des Wandels vom materiellen zum kulturellen Kapitalismus der Arbeitsethos (Moderne) vom Spielethos (Vor- und Postmoderne) abgelöst werde, da Spielen die grundlegende Handlung bei der Schaffung von Kultur sei.<sup>799</sup> Politisch bedeutet dies, dass die Menschen künftig die Souveränität des Konsumenten mit demokratischer Freiheit sowie Einkaufszentren mit dem öffentlichen Raum gleichsetzen. Die Welt werde zur Bühne, um das Ich permanent zu inszenieren.<sup>800</sup>

Interessant sind zwei Aspekte: Zum einen entwirft Rifkin ein Bild der künftigen Gemeinschaften, das er im Gegensatz zu Etzioni und den Autoren aus der ersten Diskursphase mit einem negativ konnotierten Inhalt füllt. Da der Zugang zu den Gemeinschaften ein exklusiver sein wird, der über „Pfortner, Türsteher und Makler“ zu erreichen ist, kommt es zu neuen Formen der Inklusion und Exklusion. Ein großer Teil der Menschen wird global keinen Zugang zu den „Communities“ bekommen.<sup>801</sup> In Übereinstimmung mit allen Autoren wiederum wertet auch Rifkin Kommunikation als ein zentrales Element des Zusammenlebens und der Politik, das sich nicht von Gemeinschaft und Kultur trennen

<sup>796</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 266 sowie S. 280 ff. Diese These spitzt er in einem Krisenszenario der auf Lichtgeschwindigkeit basierenden neuen Zeit zu, vgl. „24 Stunden geöffnet. Wie schnell sind wir am Ende?“, *Süddeutsche Zeitung*, 28.05.01.

<sup>797</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 250.

<sup>798</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 251.

<sup>799</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 219, S. 261 sowie S. 351 ff.

<sup>800</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 287 ff.

<sup>801</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 308 ff., S. 316 sowie S. 321.

lässt. So wird der Diskurs zum Bindeglied zwischen Kultur und Kommunikation, wobei Kommunikation für ihn kontextgebunden, sinn- und beziehungsstiftend, interpretierend sowie werteproduzierend ist. Wie Giddens sieht er in den neuen Kommunikationsnetzwerken und der Kompression von Raum und Zeit die Ursachen für die veränderten Bedingungen bei der Konstituierung von Gemeinschaften.<sup>802</sup> Kommunikation und Gesellschaft werden somit ein weiteres Mal in einem Konzept verknüpft. Nach der Zustandsbeschreibung einiger Facetten des aktuellen Wandels gelangt aber auch Rifkin zu einem kritischen Plädoyer, wenn auch nur ganz am Schluss seines Buches: Kommerziell geregelte Beziehungen und elektronisch vermittelte Netzwerke ersetzen für ihn dann doch nicht die traditionellen Beziehungen und Gemeinschaften. Gegenseitige Verantwortung, Empathie und Vertrauen bleiben wichtig und sprechen gegen die sich abzeichnenden instrumentellen Beziehungen.<sup>803</sup> Märkte und Netzwerke stellen in Wirklichkeit nämlich doch nur „abgeleitete Funktionen“ dar, die von gefestigten sozialen Gemeinschaften abhängen, die wiederum auf Empathie und Vertrauen aufbauen müssen. So müsse im 21. Jahrhundert für das Zusammenleben zentral sein, dass die ökonomische und die gesellschaftliche Seite in Einklang gebracht werden.<sup>804</sup> Die beschriebenen Arbeitsweisen in globalen Netzwerken, der Handel im Cyberspace und die kulturelle Produktion seien nämlich nur die eine Seite der „unsichtbaren“ Machtpolitik, die andere Seite müsse der Wiederherstellung des basisbezogenen sozialen Austauschs, des sozialen Vertrauens und des sozialen Kapitals dienen, was die Wiederherstellung starker lokaler Gemeinschaften als konkretem Umfeld der Menschen bedeute. Rifkin kommt also mit anderen Mitteln als Barber oder Etzioni zu denselben Schlussfolgerungen und plädiert für lokale Kulturen und Gemeinschaften, nicht ohne in diesem Kontext auf die Gefahren des Fundamentalismus zu verweisen.<sup>805</sup> Zentral wird somit künftig nicht der garantierte Zugang zu der neuen vernetzten Weltwirtschaft sein, sondern der ständig garantierte Zugang zu lebendigen und vielfältigen lokalen Kulturen. Mit seinem Schlussplädoyer überrascht Rifkin die Leser, da die zukunftsorientierte und facettenreiche Analyse der Zeitumstände die Erwartungen auf ein zukunftsorientiertes Konzept mit neuen Erkenntnissen weckt, aber nicht erfüllt.

Bemerkenswert ist, dass Rifkin mit diesem erst 2000 erschienenen Text thematisch näher an den Konzepten der ersten und zweiten Phase des Globalisierungsdiskurses liegt (Ökonomisierung, Kommerzialisierung, Kommunikation, Gemeinschaft) als mit seinem bereits 1995 (Originalausgabe) veröffentlichten Buch zum Ende der Arbeit. Mit „Das Ende der Arbeit“ steht er nämlich thematisch für den Bogenschlag zwischen zweiter und dritter Diskursphase, in der die Fragestellungen zum Ende und der Zukunft der Arbeit zu einem Schwerpunkt

---

<sup>802</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 184 ff., S. 197, S. 301 sowie S. 307.

<sup>803</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 324 f. sowie S. 330 ff.

<sup>804</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 333.

<sup>805</sup> Vgl. Rifkin (2000), S. 345 ff.

werden. Wie Forrester und Giddens stellt er hier die These auf, dass aufgrund der Technologisierung die Arbeit ausgehen wird, weil durch neue Arbeitsbereiche wie etwa den Dienstleistungsbereich nur ein Bruchteil der Arbeitslosen aufgefangen werden könne. Auch der Informations- und Wissensbereich kann künftig nur die „Kopfarbeiter“ an sich binden.<sup>806</sup> Rifkin konstatiert wie Forrester: Seit der Moderne bemisst sich der Selbstwert des Menschen durch seine Arbeitskraft.<sup>807</sup> So bedürfe es in der postindustriellen Zeit eines neuen ökonomischen Paradigmas, da künftig die „Informationsgesellschaft ohne Arbeit“ bevorstehe.<sup>808</sup> Anhand vielfältiger Beispiele schildert er die Krise durch Technologisierung und den daraus folgenden Um- und Abbau der Arbeitsgesellschaft und die negativen Folgen für die Menschen.<sup>809</sup> Seiner Analyse nach werde der Wissens-Arbeiter künftig zum Katalysator, da geistiges Eigentum wichtiger werde als Kapital - ein Gedanke, den er in „Access“ wieder aufgreift und der bereits bei Guéhenno formuliert wurde.<sup>810</sup> Das bedeutet für Rifkin, dass die dritte industrielle Revolution mit den Gefahren der Exklusion und Spaltung einhergeht und global destabilisierend wirkt.<sup>811</sup> Er zeichnet das Bild von der „Fabrik ohne Menschen“. Mit Giddens argumentiert er, dass mit dieser Entwicklung die Erosion der sozialen Sicherungssysteme bevorsteht.<sup>812</sup> Ebenfalls wie Giddens skizziert Rifkin einen Lösungsweg, der aber im Vergleich zur Gefahrenbeschreibung knapp und wenig konkret ausfällt.<sup>813</sup> Das heißt, dass auch hier das Krisenszenario überwiegt - ebenso wie bei Forrester, Etzioni und den Autoren der ersten Phase. Eine Lösung könne laut Rifkin darin liegen, dass die Arbeitnehmer an den Produktivitätszuwächsen, die durch die Technologisierung entstehen, beteiligt werden. Gleichzeitig müssen die Arbeitszeiten verkürzt und die Löhne und Gehälter so erhöht werden, dass es zu einer gleichmäßigen Verteilung derselben kommt. Zudem sollen der soziale und der Non-profit-Bereich neben dem Arbeitsbereich aufgewertet werden.<sup>814</sup> Aus diesen Vorschlägen entsteht für Rifkin dann auch die zentrale politische Frage: Was geschieht mit der freigesetzten Zeit?, die er mit der Notwendigkeit einer Neudefinition der Rolle des Individuums in einer Gesellschaft ohne Massenerwerbsarbeit beantwortet. Ihm geht es um einen neuen Gesellschaftsvertrag mit

<sup>806</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 12 sowie S. 19.

<sup>807</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 13, S. 23 f. sowie S. 27 ff.

<sup>808</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 43, S. 47 sowie S. 63.

<sup>809</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 65 ff., S. 73 sowie S. 127 ff. Vgl. zur Bio- und Gentechnologie S. 88, Automobilindustrie S. 98 ff., Stahlindustrie S. 101 ff., Textilindustrie S. 105 ff., zum Dienstleistungssektor S. 105 ff. sowie zu den Akademikern S. 120 ff.

<sup>810</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 140 f.

<sup>811</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 144 ff.

<sup>812</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 150 sowie S. 156 ff. Vgl. zur Problematik der Zukunft des Sozialstaats auch insgesamt Metzler, Gabriele (2003), *Der deutsche Sozialstaat: vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall*, Stuttgart.

<sup>813</sup> Diesen Vorwurf kann man auch gegenüber „Access“ erheben, ebenso gilt er für Forresters „Terror der Ökonomie“. Vgl. hierzu auch „Eine neue Bibel der Wirtschaftsethik“, *Frankfurter Rundschau*, 17.06.97 sowie „Irrungen und Wirrungen zur Neuen Ökonomie“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.10.00.

<sup>814</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 161 sowie S. 167; Rifkin orientiert sich an einem Beispiel aus Frankreich, wo überlegt wurde, die Wochenarbeitszeit von 39 auf 33 Stunden zu verkürzen und die Arbeitnehmer als Ausgleich für ihre Einkommenseinbußen an der Produktivitätssteigerung zu beteiligen. Als Ausgleich für die Unternehmen wiederum soll der Staat deren Anteil an der Arbeitslosenversicherung übernehmen und Steuererleichterungen bei Neueinstellungen garantieren.

der Aufwertung von gemeinnütziger Tätigkeit, die „entlohnt“ werden solle. Eine Möglichkeit wäre, wie bei Giddens, der Tausch von gemeinnützigen Leistungen.<sup>815</sup> Rifkin spricht von einem Baustein für ein neues Weltbild. Ebenso wie alle anderen Autoren greift Rifkin schon in diesem Text auf die lokale Ebene als die Ebene der konkreten Umsetzung zurück.<sup>816</sup> Sein Konzept beinhaltet folgende Maßnahmen: Für jede freiwillig geleistete Arbeitsstunde gibt es Steuererminderungen, die nach der Wichtigkeit des Engagements oder der Institution gestaffelt werden können. Auf diesem Wege könne der Staat den Dritten Sektor und das Gemeinwohlverhalten steuern. Ein Ausgleich für den Staat sei dann in Folge der Wegfall der hohen Sozialkosten, wobei der Dritte Sektor jährlich die geleisteten Sozialstunden an die Steuerbehörden melden müsse.<sup>817</sup> So könne künftig statt Sozialhilfe ein „Sozialeinkommen“ gezahlt werden, das an gemeinnützige Tätigkeiten gebunden ist. Soziale Exklusion könne damit verhindert werden. Zur Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements schlägt Rifkin die Nutzbarmachung globaler und sozialer Bewegungen vor.<sup>818</sup> Damit proklamiert Rifkin den Übergang von der Markt- zur Gemeinwirtschaft als sein Konzept für die Zukunft der Arbeit. In der dritten Diskursphase wird zu zeigen sein, ob und in welcher Form seine Überlegungen, aber auch die Befürchtungen von Forrester, aufgenommen und fortgeführt werden.<sup>819</sup>

---

<sup>815</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 175 ff. sowie S. 180 ff. So auch Rifkin in dem Interview „Die richtigen Antworten kommen aus Europa“. Interview mit Jeremy Rifkin, *Der Tagesspiegel*, 27.02.99.

<sup>816</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 189.

<sup>817</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 192 f.

<sup>818</sup> Vgl. Rifkin (1997), S. 200 ff. sowie S. 218.

<sup>819</sup> Mittlerweile hat jedoch das Thema Bio- und Gentechnologien die Fragen nach der Zukunft der Arbeit abgelöst und die Fragestellung nach der Technologisierung auf einen bestimmten Aspekt zugespitzt, was - wie beschrieben - auch bei Fukuyama zu beobachten ist. Vgl. Rifkin, Jeremy (2001a), Geld ist in der kleinsten Zelle. Die Kommerzialisierung der Eugenik, *Süddeutsche Zeitung*, 06.08.01 sowie „Wer hat die Macht in der neuen Biotech-Welt?“. Interview mit Jeremy Rifkin, *Der Tagesspiegel*, 20.09.00. In einem weiteren Werk beschäftigt Rifkin sich schließlich mit der zukünftigen Form der Energieversorgung, vgl. Rifkin, Jeremy (2002), Die H2-Revolution. (Wasserstoff), Frankfurt am Main/New York.

### **3. Die dritte Phase: Ausdifferenzierung und Höhepunkt - Kristallisationspunkt Deutschland**

Die dritte Phase des Globalisierungsdiskurses kann mit Blick auf Deutschland als der Höhepunkt der Diskussion angesehen werden. Zeitlich lässt sie sich grob in den Zeitraum zwischen 1997 und 2001 einordnen, wobei im Jahr 1998 die Veröffentlichung von Essays und Büchern am stärksten war. Die meisten der in der dritten Phase im Zentrum stehenden Texte stammen aus diesem Jahr. 1999/2000 ist ein Abflauen der *großen* Publikationen zu beobachten, Essays und Sammlungen werden aber weiter herausgegeben. Mit dem 11. September 2001 kommt es dann zu einer Art Bruch im Globalisierungsdiskurs, wobei sich der folgende Themenwechsel ab 2002 in ersten Aufsätzen andeutet und ab 2003/04 in einer Reihe neuer umfassender Bücher kumuliert, die aber bereits zur vierten Diskursphase gezählt werden können. Insgesamt kommt es zu einer Ausdifferenzierung der Positionen und Ansätze und einer Wendung von der defizitorientierten zur chancenorientierten Perspektive. Thematisch ist ein Bogenschlag von der Arbeitsgesellschaft über die soziale und politische Bürgergesellschaft hin zur globalen Zivil- bzw. Weltbürgergesellschaft zu beobachten. Allerdings sei mit einem Zitat von Ralf Dahrendorf darauf verwiesen, dass es im Diskurs generell keine klar abgrenzbaren Definitionen der Begriffe Bürger- und Zivilgesellschaft gibt, so dass sie teilweise wie Synonyme oder in einer Art Seitenverkehrung benutzt werden: „Die „Zivilgesellschaft“ ist das normale Leben, die „Bürgergesellschaft“ ist das Leben in Assoziationen, in Verbindung mit anderen, die nicht vom Staat organisiert und nicht auf den Staat fixiert sind.“<sup>820</sup> Autoren wie Habermas und Zürn oder die Vertreter der Global Governance wiederum sehen gerade in der Zivilgesellschaft nicht das „normale Leben“, sondern die politisch, sozial, ökologisch und vor allem transnational engagierten Gruppierungen der Gesellschaft. Bei dem Begriff der Weltbürgergesellschaft ist zudem offen, ob die Akzentuierung auf „Welt-Bürgergesellschaft“ oder in Anlehnung an Kants Weltbürger auf „Weltbürger-Gesellschaft“ liegt. Das Erste weist auf die Bürgergesellschaft als im Lokalen und Regionalen wurzelnde Einheit hin, die auf die globale Ebene in ihrer gemeinschaftlichen Verfasstheit übertragen wird, das Zweite hingegen legt die Vorstellung des mündigen und aktiven Weltbürgers nahe, der dieses Bewusstsein als Individuum auf die globale Ebene trägt und sich dort mit anderen erst durch seine Handlungen vergesellschaftet. Auf die ungenaue Begriffswahl im Globalisierungsdiskurs insgesamt wird in der abschließenden Bewertung nochmals eingegangen. Generell und übereinstimmend wird in der dritten Phase aber davon ausgegangen, dass die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft die Klammer und den Kitt zwischen Staat und Markt darstellt. Der Bogenschlag umfasst einen Übergang vom Thema Sozialstaat und Arbeitsgesellschaft über das Thema

---

<sup>820</sup> Dahrendorf, Ralf (2001c), Die offenen Grenzen der Demokratie, Wien, S. 57.

bürgerschaftlich und politisch engagierte Tätigkeitsgesellschaft bis hin zum Thema der Möglichkeiten politischer Steuerung jenseits der nationalstaatlichen Ebene. Das damit einhergehende Einschwenken auf Strukturen und Verfahren kennzeichnet zudem eine Politisierung im Diskurs und einen Wechsel von der Perspektive individuellen und sozialen Handelns zu einer Perspektive des politischen und strukturellen Handelns. So erfolgt in der dritten Diskursphase durch die Ausdifferenzierung eine thematische Dreiteilung, wobei diese Teilung vor allem in der Akzent- und Perspektivverschiebung liegt. Für die Konzepte mit Schwerpunkt Arbeitsgesellschaft stehen die Texte von Sennett und Gorz sowie ein Teil von Becks Texten. Für das Konzept der sozialen und politischen Bürgergesellschaft mit dem Übergang Gesellschaft-Nationalstaat stehen Dettlings und Dahrendorfs Texte sowie ein weiterer Teil von Becks Veröffentlichungen. Für die Konzepte der globalen Zivilgesellschaft schließlich stehen die Texte von Habermas und Zürn, wobei nun die Strukturen und Verfahren der politischen Steuerung völlig dominieren. Die Autoren, die in Deutschland die dritte Diskursphase bestimmen, stellen somit insgesamt ein Scharnier zu den vorherigen wie den folgenden Kapiteln dar und verzahnen durch ihre Rekurse auf die anderen Konzepte den Diskurs. Im Gegensatz zu den ersten beiden Diskursphasen dominiert nun die funktionale Perspektive auf die Motive, wobei der Ansatz einheitlich partikular ausfällt, weil er auf Teilaspekte der Motive konzentriert ist. Trotz Sennetts Krisenanalyse und Dahrendorfs Skepsis ist die Orientierung an Chancen dominant. Der Bogenschlag erfolgt also vom Ende der Arbeitsgesellschaft und deren Zukunft über die soziale und politische Bürgergesellschaft bis hin zur politischen Weltbürgergesellschaft in einer kosmopolitischen Demokratie, ausgewiesen durch neue Formen politischer Steuerung jenseits des Nationalstaates.

### **3.1 Das Ende der Arbeitsgesellschaft und die Zukunft der Arbeit**

Unter dem Titel „Geschichte und Zukunft der Arbeit“ haben Jürgen Kocka und Claus Offe im Nachgang zu einer gleichnamigen Konferenz, die 1999 in Berlin stattfand, die Beiträge der Tagung in einem Buch zusammengefasst.<sup>821</sup> Im Zentrum stand die Krise der Erwerbsgesellschaft, die die Tagungsteilnehmer historisch, im internationalen Kontext und auf die Zukunft gerichtet beleuchteten. Kocka resümiert in dem Band, dass die Mehrheit der Wissenschaftler das „Ende der Erwerbsarbeit“ nicht für gekommen hält, sondern die Krise im Rahmen des Systems der Erwerbsarbeit als überwindbar ansieht. Eine Minderheit jedoch meldet Zweifel an dieser Sichtweise an und plädiert für eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes, um bezahlter Arbeit bürgerschaftliches

---

<sup>821</sup> Vgl. hierzu Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.) (2000), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main.

Engagement und andere Tätigkeiten gleichberechtigt an die Seite zu stellen und durch neue Arbeitszeitmodelle neue Chancen zu eröffnen.<sup>822</sup> Kocka bezeichnet diese Position als eine im Grundsätzlichen zwar noch ungeklärte Idee, die aber faszinierend ist. Im Mittelpunkt dieses Teilkapitels stehen daher auch Konzepte, die sich mit der Zukunft der Arbeit auseinandersetzen und vor allem nach den Chancen suchen (Gorz und Beck), auch wenn ihnen eine Krisenanalyse vorangestellt wird (Sennett). Arbeit wird von Wissenschaftlern häufig als anthropologische Konstante bezeichnet, um die sich Identität und Selbstwert, aber auch Macht, Prestige und Ansehen gruppieren, wie bereits Giddens bemerkt hat. Deswegen wird heute wie selbstverständlich von der Arbeitsgesellschaft gesprochen. Kocka erläutert in mehreren Veröffentlichungen, wie es historisch zu dieser Konstante und der heutigen Bedeutung von Arbeit kam, da oftmals vergessen wird, dass diese nicht älter als etwa 200 Jahre ist.<sup>823</sup> Die Autoren, deren Texte in diesem Teilkapitel im Zentrum stehen, wurden nicht wahllos ausgesucht, sondern stehen in einer Verbindung zueinander. Sie bilden aber auch gleichzeitig ein Scharnier zu den vorherigen wie den folgenden Kapiteln.<sup>824</sup> Zum vorherigen Kapitel bilden die Texte von Richard Sennett eine Verbindung, da er ähnlich wie Rifkin die aktuelle Entwicklung des globalen Kapitalismus mit seinen Auswirkungen auf die Arbeitsformen und die Menschen beschreibt und kritisiert. Sein Augenmerk liegt wie bei Rifkin auf den Krisenerscheinungen. Auch das Konzept von André Gorz greift auf Rifkin zurück, indem es zu Beginn sehr stark auf dessen Krisenanalyse aufbaut. Da Gorz aber ein Plädoyer zur Überwindung des Kapitalismus hält, deutet er die vermeintlichen Krisensymptome in Chancen um, die es zu nutzen gilt. Ulrich Beck schließlich macht sich diese Vision von Gorz zu eigen, wobei sein Ziel allerdings nicht die Überwindung des Kapitalismus, sondern dessen Ausgestaltung durch den aktiven Bürger ist. Mit der Betonung des Bürgerengagements weist Beck bereits auf den Kern des nächsten Teilkapitels hin und schafft so die Überleitung von der Zukunft der Arbeit und des Sozialstaates zur Zukunft der Demokratie. Bei allen Unterschieden in den Einzelheiten der Konzepte können sie dennoch alle der Kapitalismuskritik zugerechnet werden, da ihre Analysen der Arbeitsgesellschaft und des globalen Kapitalismus auf ähnlichen Thesen beruhen wie etwa die von Barber, Forrester und Rifkin. Sie treffen sich in der Intention, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und Alternativen anzubieten.<sup>825</sup> Entsprechend des Wandels der Arbeitsgesellschaft lassen sich folgende Themenbausteine benennen: Zentral sind drei Aspekte:

<sup>822</sup> Vgl. Kocka/Offe (2000), S. 484 f.

<sup>823</sup> Vgl. Kocka, Jürgen (2001), Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21, S. 8 - 13, v.a. S. 8 - 10. Vgl. auch Kocka, Jürgen (2000), Erwerbsarbeit ist nur ein historisches Konstrukt, *Frankfurter Rundschau*, 09.05.00. Sowie verschiedene Autoren in Kocka/ Offe (Hg.) (2000), S. 19 - 114.

<sup>824</sup> Vgl. hierzu auch „Die schöne alte Arbeit und ihr Apologet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.03.00. Hier wird auf die konzeptionellen Unterschiede zwischen den Entwürfen des „unorthodoxen Linken“ Gorz, des „Individualisierungstheoretikers“ Beck und des „traditionellen Sozialisten“ Sennett hingewiesen.

<sup>825</sup> In allen Texten kommt der aktiven Gesellschaft, die sich selbst hilft und initiativ wird, eine wichtige Rolle zu, so dass das Bild der aktiven Zivilgesellschaft entsteht. Diese stellt für Kocka einen Begriff dar, in dem eine „Kapitalismuskritik neuer Art“ impliziert ist. Vgl. Kocka, Jürgen (2002b), Was heißt „Zivilgesellschaft“?, *Der Tagesspiegel*, 25.03.02.



Kapitalismus, Arbeit und Identität, aus denen sich die weiteren Bausteine ableiten lassen. Das sind, charakteristisch für globalen Kapitalismus und Globalisierung, Flexibilität und Mobilität. Sie haben Auswirkungen auf Arbeitsformen und Identität. Neben dem globalen flexiblen Kapitalismus (bei Beck Erste und Zweite Moderne) spielt die sogenannte Zeit-Raum-Kompression eine große Rolle, die eine Ursache für weitere Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft ist. Zentraler Baustein ist der Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Identität, wozu im Einzelnen die Prekarisierung der Erwerbsarbeit, die Umverteilung der Arbeit und die Wiederaneignung der Zeit gehören, außerdem die Bedeutung der ethischen Kultur der Moderne, das Scheitern als Tabu sowie Multiaktivität, Bürgerarbeit und Bürgergeld.

## 3.2 Richard Sennett - Der neue Kapitalismus und der flexible Mensch

„Anthony Giddens hält seine Entwürfe mit Bedacht im Unklaren, da er weiß, wie schwer es ist, in diesen Zeiten klare Ziele zu definieren.“ - so das Urteil von Sennett über das Konzept seines Kollegen.<sup>826</sup> Dennoch eint beide Wissenschaftler die Überzeugung, als „öffentliche Intellektuelle“ konzeptionelle Denkanstöße geben zu müssen.<sup>827</sup>

### 3.2.1 Ansatz: Der Kapitalismus verformt den Charakter

Sennett hat mit seinem 1998 erschienenen Band „Der flexible Mensch“ dem Globalisierungsdiskurs ein weiteres Schlagwort hinzugefügt.<sup>828</sup> Da er davon ausgeht, dass die Identität des Menschen seit der Industrialisierung unauflöslich an die Arbeit bzw. Erwerbstätigkeit gebunden ist, warnt er vor den Auswirkungen des globalen Kapitalismus auf den Charakter des Menschen. Der globale Kapitalismus zeigt sich in erster Linie als flexibler Kapitalismus, der die Arbeit, die Arbeitsformen und damit auch die Lebensumstände und die Identität der Menschen verformt. Bislang gültige Koordinaten wie Routine, Arbeitsteilung, Karriere und Hierarchie lösen sich auf bzw. werden umgedeutet und zum Teil sinnentleert.<sup>829</sup> Risiko und Scheitern werden zu zentralen Lebenserfahrungen

<sup>826</sup> Sennett (2000a), S. 290.

<sup>827</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 272 und S. 290. Vgl. hierzu auch „Brauchen wir wieder Utopien, Herr Sennett?“. Interview mit Richard Sennett, *Der Tagesspiegel*, 06.05.98.

<sup>828</sup> Vgl. hierzu insgesamt Sennett (1998a) und Sennett (2000c).

<sup>829</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 10 ff. Diese Intention vertritt Sennett auch in seinem Beitrag auf der o.g. Tagung der Humboldt-Universität Berlin und der Freien Universität Berlin zur „Geschichte und Zukunft der Arbeit“, die 1999 stattfand und deren Beiträge von Jürgen Kocka und Claus Offe in dem gleichnamigen Band veröffentlicht wurden. Sennett geht hier zudem - wie bereits Giddens und Etzioni - auf die Bedeutung von Ritualen für den sozialen Zusammenhalt ein. Vgl. Sennett, Richard (2000b), Arbeit und soziale Inklusion, in: Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main, S. 432 f. und S. 437.

der Menschen, die ihr Tun bestimmen, Angst und Verunsicherung sind die Folgen.

### 3.2.2 Kapitalismus

Sennett beschreibt den flexiblen globalen Kapitalismus als ein System, in dem die neuen Technologien gleichzeitig Motor und Produkt der Globalisierung sind. So wie sich die Arbeitswelt flexibilisiert, werden auch alle Institutionen flexibler und bieten damit weniger Sicherheit. Die sozialen Garantien des Wohlfahrtsstaates zerfallen. Das Arbeitsleben ist zwar von der vermeintlichen Last der Routine befreit, gleichzeitig aber immer mehr charakterisiert durch prekäre Arbeitsverhältnisse, so dass Karrieren im klassischen Sinne als kontinuierliche Lebenserzählung des Menschen nicht mehr möglich sind. Gerade hieraus resultiert nach Sennetts Meinung die allgemeine Verunsicherung.<sup>830</sup> Flexibilisierung wird in Sennetts Konzept zum Kennzeichen des globalen Kapitalismus und ist der Schlüssel zum Verständnis für die Beschleunigungen in der Arbeitswelt.<sup>831</sup> So wirken die Veränderungen in der Arbeitswelt zurück auf das Selbstverständnis des Einzelnen, den sozialen Zusammenhalt und die moralischen Werte. Anders als Giddens und Albrow sieht Sennett in dem Mehr an Freiheiten und Flexibilität keine Chance, sondern geht vor allem von einem sich verstärkenden Bedürfnis des Einzelnen nach neuen Regelungen und Orientierung aus, ähnlich wie es bereits Fukuyama und Etzioni beschrieben haben.

### 3.2.3 Zeit-Raum-Kompression: Die „Drift“

Aus dem zentralen Begriff der Flexibilisierung leitet Sennett die Kompression von Raum und Zeit ab, für die er die Bezeichnung „Drift“ einführt. Damit will er die Rationalisierung beim Gebrauch der Zeit beschreiben. Das Leben hört im Kontext der Globalisierung auf, eine lineare Erzählung zu sein.<sup>832</sup> Gerade die neuen Formen der Arbeitszeitorganisation, die Dominanz der Kurzfristigkeit bei Jobs und Projekten sowie der Abbau von Bürokratien und Hierarchien mit der gleichzeitigen Einführung von flachen, flexiblen Organisationsstrukturen sind für ihn die Instrumente der Flexibilisierung. Sie werden eingeführt, weil sie leichter veränderbar sind und auf neue Bedingungen reagieren können.<sup>833</sup>

#### **Zeit**

Hier setzt nun Sennetts Krisenbeschreibung ein: Kurzfristigkeit und Flexibilität im Berufsleben, gepaart mit dem Zwang zur Mobilität, stehen im persönlichen Bereich Werten wie Loyalität und Bindung entgegen, die auf Langfristigkeit auf-

<sup>830</sup> Vgl. Sennett, Richard (1998b), Der neue Kapitalismus, in: Berliner Journal für Soziologie 8, Heft 3, S. 305.

<sup>831</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 277.

<sup>832</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 16 ff. und S. 37.

<sup>833</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 25 ff.

gebaut werden müssen. Beruflich lautet das Motto: „Wer sich nicht bewegt, ist draußen.“<sup>834</sup> Loyalität hingegen erfordert die Akkumulation von persönlichen Erfahrungen in einer Institution oder in einem Umfeld. Vertrauen, Verpflichtung und Identifikation bedürfen der Kontinuität und Erfahrung. So sieht Sennett heute gegensätzliche Werte im Berufsleben und im persönlichen Umfeld propagiert.<sup>835</sup> Zudem betont er, dass auch die Entwicklung des persönlichen Selbstwertes Zeit bedarf. Damit ist die persönliche wie die gesellschaftliche Zeit auf Dauer und Kohärenz angelegt. Die aktuellen ökonomischen Entwicklungen aber erfordern Flexibilität und Mobilität und zerstören so die „sozialen, bürgerlichen Dimensionen der dauerhaften Zeit“.<sup>836</sup> Sennett konstatiert: „Der Pfeil der Zeit ist zerbrochen; er hat keine Flugbahn mehr in einer sich ständig umstrukturierenden, routinelosen, kurzfristigen Ökonomie.“<sup>837</sup> Ein neues Tempo, eine neue Dynamik sind bestimmend für die Gesellschaft. Diesen Aspekt sprechen die meisten der Autoren an.

## Ort

Im Zusammenhang mit der Drift hat auch der Ort seine Bedeutung verändert: So gibt es auf der einen Seite weniger geografische Kontrolle, was vor allem für die globale Wirtschaft gilt. Zudem funktioniert die nationalstaatliche politische Steuerung immer weniger, da sich ein Graben ergibt zwischen der globalen Wirtschaft, die losgelöst vom Ort arbeitet, und dem politischen Gemeinwesen, das an den Ort gebunden bleibt.<sup>838</sup> Oftmals wird darüber hinaus der konkrete Ort von der Ökonomie als Druckmittel für Deregulierungen eingesetzt (zu hohe Steuerlast, zu hohe Arbeitskosten vor Ort u.v.m.). Auf der anderen Seite ist laut Sennett aber gleichzeitig ein Bedeutungszuwachs des Ortes zu beobachten. Da für den Einzelnen die Identitätsbildung immer weniger über Arbeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt gelingt, diese Form der Identitätsdefinition also erodiert, wird die Verankerung am konkreten Ort immer wichtiger (Nationen, Regionen, Städte als Heimat).<sup>839</sup> Die Kehrseite hierzu besteht dann allerdings in Bindungen, die in Form von Fundamentalismus und Nationalismus auf Ethnisches oder organisch Gewachsenes abzielen. Die Bedeutung des Ortes im positiven wie negativen Sinn durchzieht auch die Texte in den folgenden Teilkapiteln.

<sup>834</sup> Sennett (1998a), S. 115 und vgl. in diesem Sinne auch Sennett (2000a), S. 279 und S. 284.

<sup>835</sup> Vgl. Sennett (2000b), S. 436 ff. Diese Ansicht ist ebenfalls in dem bereits aufgeführten Band „Der Terror der Ökonomie“ von Forrester zu finden. Auch die 12. Shell-Jugendstudie von 1997 weist - im Gegensatz zu den darauffolgenden Studien - auf diesen Aspekt hin. Vgl. Fischer, Arthur und Münchmeister, Richard (Hg.) (1997), Jugend `97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Orientierungen, Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen, S. 34.

<sup>836</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 310.

<sup>837</sup> Sennett (1998a), S. 131 und vgl. in diesem Sinn auch Sennett (1998a), S. 116.

<sup>838</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 305.

<sup>839</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 31 und S. 187 ff. sowie Sennett (1998b), S. 306.

### 3.2.4 Karriere als Lebenserzählung

Karriere ist ein weiterer zentraler Begriff in Sennetts Konzept, da sie als klare Abfolge von Lebensabschnitten definiert wird, das heißt, über sie das Leben erst zur Lebenserzählung wird.<sup>840</sup> Im flexiblen Kapitalismus kann das Arbeitsleben aufgrund der durch Flexibilität und Kurzfristigkeit verursachten Brüche und Auszeiten nicht mehr als Karriere wahrgenommen werden, wodurch diese als Lebenserzählung und Lebensziel zerfällt.<sup>841</sup> Zur Veranschaulichung greift Sennett immer wieder auf das Beispiel von amerikanischen College-Absolventen hin, die in ihrem Berufsleben bis zu elfmal die Stellung wechseln müssen.<sup>842</sup> Hinzu kommt die Verschiebung innerhalb der Arbeitswelt hin zu den Jüngeren, wodurch lebenslange Karrieren zusätzlich entwertet werden.<sup>843</sup>

### 3.2.5 Wert der Arbeit: Auswirkungen auf die Identität

Sennett formuliert seine Ausgangsthese folgendermaßen: „Ich glaube, dass der flexible Kapitalismus im Widerspruch steht zum Charakter des Menschen. In dem Maße, wie die Arbeit flexibler, und das heißt zeitlich befristeter wird, hört sie auf, Bezugspunkt der Ausbildung des menschlichen Charakters zu sein.“<sup>844</sup> Dadurch, dass Normarbeitsverhältnisse knapper und „befristete Arbeitsverhältnisse, Hilfs- und Gelegenheitsarbeit sowie neuartige selbstständige und quasiselbstständige Beschäftigungsformen häufiger“ werden, bekommt die Arbeitsgesellschaft ein anderes Gesicht.<sup>845</sup> Zum einen ändern sich die Arbeitsformen. Lebenslanges Lernen und Weiterqualifizierung prägen das Berufsleben - als Schlagworte sind sie bereits in der Politik präsent. Sennett bezeichnet diese Entwicklung als den Übergang von der „additiven zur seriellen Qualifikation“.<sup>846</sup> Gleichzeitig konstatiert er allerdings, dass zwar Bildung und Ausbildung immer besser und für immer mehr Menschen zugänglich würden, dass gleichzeitig aber ein Teil der Jobs, für die bestimmte Qualifikationen erworben werden, zum Zeitpunkt des Berufseinstiegs aufgrund der rasanten Veränderungen gar nicht mehr existierten.<sup>847</sup> Zum anderen weist Sennett - ähnlich wie bereits Barber und Guéhenno - auf eine neue Form der Machtausübung im flexiblen Kapitalismus hin: So sei zwar Flexibilität heute positiv konnotiert, ermögliche aber auch eine neue Macht- und Kontrollstruktur. Indem Netzwerke und Teams im Rahmen von flachen und flexiblen Strukturen in der Wirtschaft eingeführt würden, könne eine Konzentration der Macht erfolgen, ohne die

<sup>840</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 311.

<sup>841</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 162 ff. und S. 165 ff.

<sup>842</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 283.

<sup>843</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 121 ff. sowie Sennett (1998b), S. 312.

<sup>844</sup> Sennett (2000a), S. 284 und vgl. in diesem Sinne auch Sennett (1998b), S. 306 sowie „Alle Räder kreischen schrill“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.98.

<sup>845</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 277.

<sup>846</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 280.

<sup>847</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 309.

Zentralisierung sichtbar und durchschaubar zu machen.<sup>848</sup> Neue Begriffe wie Out-Sourcing oder Re-engineering trügen zur Verschleierung der Machtstrukturen bei - eine Ansicht, die auch Rifkin - und wie zu zeigen sein wird, auch Gorz - vertreten. Für Sennett ist damit allerdings ein Schwinden von Vertrauen, Arbeitsmoral und Motivation sowie der Identifikation mit dem Arbeitgeber zu beobachten.<sup>849</sup> So hält er die Annahme, dass Unternehmen durch die neuen Strukturen transparenter würden, für einen Trugschluss. Sie seien eher „gewundener“: nämlich effizient und formlos mit einer neuen Form der elektronischen Kontrolle durch Computernetzwerke. So kommt Sennett zu dem Ergebnis, dass durch die Desorganisation der Zeit ein neues Arbeitsethos entsteht, bei dem Teamarbeit zum Prinzip wird.<sup>850</sup> Für ihn bleibt das Team allerdings eine Fiktion, da der Zwang von oben durch den Zwang im Team ersetzt werde, der in Form von Konkurrenz und unklaren Verantwortlichkeiten bei geringer sozialer Bindung besteht.<sup>851</sup> Sennetts Fazit lautet Auch die berufliche Identität beginnt zu „driften“.<sup>852</sup>

### 3.2.6 Individuelle Identität

Mit den neuen prekären Arbeitsformen ist für Sennett die zentrale Frage verbunden, die der moderne Kapitalismus völlig zu negieren scheint: „Wer braucht mich?“<sup>853</sup> Tempo und Dynamik des flexiblen Kapitalismus führen laut Sennett dazu, dass berufliche Fertigkeiten oftmals so spezialisiert seien, dass sie entweder durch neues Wissen und Technologien ersetzt würden oder dem Arbeitnehmer keine sofortige andere Tätigkeit erlaubten. Die Folge sei ein Überangebot an Spezialisten und Experten. Zudem gehe die Sicherung eines Arbeitsplatzes immer häufiger mit einer beruflichen Dequalifizierung einher, weil zugunsten der Sicherheit auch Arbeiten unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus angenommen würden. Die Folge ist eine permanente unterschwellige Konnotation von Nutzlosigkeit und das Gefühl eines überflüssigen Selbst.<sup>854</sup> Gerade darin sieht Sennett eine Gefährdung des Charakters und der Identität.<sup>855</sup>

### 3.2.7 Krisenbeschreibung

Die Krisenbeschreibung Sennetts lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Im Zuge der Industrialisierung kam es durch technische und später technolo-

<sup>848</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 313.

<sup>849</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 57 ff., S. 62 und S. 71 ff.

<sup>850</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 131 ff. und S. 142 ff. sowie Sennett (2000a), S. 278 sowie 282 f.

<sup>851</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 25 ff., S. 149 ff. und S. 153; Sennett (1998b), S. 313 sowie Sennett (2000b), S. 434 f. und S. 442 f.

<sup>852</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 90 ff.

<sup>853</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 201.

<sup>854</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 308 f.

<sup>855</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 31.

gische Neuerungen zu Arbeitsteilung, gleichzeitig aber auch zu Routine und Entfremdung des Einzelnen von seiner Arbeit. Sennett erklärt diese Entwicklung immer wieder am Beispiel von Adam Smith` Nagelfabrik.<sup>856</sup> Heute habe es, wie Sennett erklärt, zwar den Anschein, dass es weniger Routine und Entfremdung und dafür mehr Flexibilität gebe, tatsächlich habe sich aber nur die qualitative Verarmung verändert. Denn mit neuen Technologien gingen in der Regel weitere Rationalisierungen sowie eine Dequalifizierung der Arbeiter einher. Hier wählt Sennett zur Veranschaulichung das Beispiel einer Großbäckerei, in der im Laufe der Zeit der Bäcker als Handwerker durch den am Computer angelegerten Zeitarbeiter ersetzt, das gelernte Handwerk somit zum computergesteuerten, fachkenntnislosen Job degradiert werde.<sup>857</sup> So fördere die flexible Ökonomie heute weder das Wachstum persönlicher Qualifikationen und langfristiger Ziele noch soziales Vertrauen, Loyalität und Bindungen.<sup>858</sup>

### 3.2.8 Ethische Kultur der Moderne: Scheitern als Tabu

Mit seinem Rekurs auf die ethische Kultur der Moderne führt Sennett einen neuen Aspekt in den Diskurs ein, der auch im Weiteren eine wichtige Rolle spielt. Er verweist damit auf eine Verschiebung in der Wahrnehmung der Menschen in Bezug auf ihre Identität und Arbeit. Die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen verstärken laut Sennett die Tendenz, die Aufmerksamkeit von unpersönlichen Bedingungen wie dem Arbeitsplatzbesitz stärker auf persönliche Bedingungen wie etwa die eigenen Kompetenzen zu verlagern. Das bedeutet, dass der Erfolg im Beruf immer stärker gleichgesetzt werde mit dem persönlichen Wert des Einzelnen an sich. Diesen Gedanken greift im Folgenden ebenfalls Gorz auf, wobei er aber zu anderen Schlussfolgerungen als Sennett kommt. Im Verlauf der Moderne wurde laut Sennett die ethische Kultur mit der Semantik der persönlichen Verantwortlichkeit und des persönlichen Lebenserfolgs verknüpft, was heute allerdings in eine Gesellschaft übertragen werde, die zunehmend ohne institutionellen Schutz und Sicherheit auskommen müsse. Das habe zur Folge, dass wirtschaftliche Maßnahmen wie Rationalisierungen, Flexibilisierung und unternehmerisches Profitstreben, die der Logik des globalen Kapitalismus folgen, berufliche Brüche für den Einzelnen bedeuten können, die er nun zu seiner eigenen Geschichte macht, für die er alleine verantwortlich ist. Scheitern wird somit zur persönlichen Sache, das ökonomische System kann sich seiner Verantwortung entziehen. Gelingt es dem Einzelnen nicht mehr, aufgrund der erfahrenen Krisen und Brüche ein kohärentes Selbst auszubilden, empfindet er dieses als eigenes Versagen. Hier verweist Sennett ein weiteres Mal auf die Gefahren der charakterlichen Defor-

---

<sup>856</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 44 ff. sowie Sennett (1998b), S. 308.

<sup>857</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 39 ff. und S. 93 ff.

<sup>858</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 316.

mation durch den flexiblen Kapitalismus.<sup>859</sup> Zusätzlich wirkt die tägliche Notwendigkeit, mit Risiken umzugehen, zerstörerisch auf das Selbstverständnis, da dies mit einer permanenten Verunsicherung einhergeht. Vor allem die Angst, aufgrund von Arbeitslosigkeit „nichts zu tun zu haben“ und damit nutzlos zu sein, beherrscht die Menschen.<sup>860</sup> Auch dieser Aspekt spielt in den folgenden Texten eine zentrale Rolle. Das Leben mit dem Risiko verlangt in Sennetts Argumentation, Kurzfristiges abzuwägen, so dass für langfristige Perspektiven und größere Zusammenhänge kein Raum bleibt.<sup>861</sup> Die Gefahr des Rückzugs aus der Komplexität der globalisierten Welt in eine vermeintlich überschaubare Welt des ethnischen oder regionalen Fundamentalismus wurden bereits angesprochen.

### 3.2.9 Lösung und Vision

Da Sennetts Thesen explizit die Warnung an Europa sein sollen, nicht unreflektiert den amerikanischen Weg einzuschlagen - eine Warnung, die auch Rifkin ausspricht -, er zudem Denkanstöße geben, aber kein fertiges Konzept liefern will, ist es einleuchtend, dass er den Schwerpunkt auf die Krisenbeschreibung legt, um ein Umdenken zu initiieren.<sup>862</sup> Lösungsvorschläge oder eine Vision nehmen somit nur einen kleinen Raum in seinen Überlegungen ein. Ähnlich wie Etzioni verweist er darauf, dass Errungenschaften der Vergangenheit in die Zukunft gerettet werden müssten, wobei er sich auf sozialstaatliche Sicherungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bezieht.<sup>863</sup> In Übereinstimmung mit den bislang analysierten Konzepten - und wie zu zeigen sein wird, auch den noch folgenden - sucht er die Lösung mit Blick auf die Kommune, das „kommunale Wir“ - nicht ohne aber den Kommunitarismus mit seiner moralischen Aufgeladenheit zu kritisieren.<sup>864</sup> Er spricht von der öffentlichen Sphäre, die eine erneuerte Wertschätzung und Gestaltung erfahren soll.<sup>865</sup> Seine Vision ist die demokratische Stadt. Bei der Skizzierung dieser Vision bleibt Sennett allerdings seltsam vage und abstrakt, spricht davon, dass

<sup>859</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 159 f.; Sennett (1998b), S. 312 ff.; Sennett (2000a), S. 283 sowie Sennett (2000b), S. 444. Auf diesen Aspekt verweist auch Gerd Mutz in seinem Artikel „Die Tätigkeitsgesellschaft“ von 1998. Er verweist zusätzlich auf den Umstand, dass gerade im Falle des Scheiterns der Rückgriff auf soziale Bindungen wichtig ist, um aufgefangen zu werden, wobei diese Bindungen jedoch aufgrund der Flexibilisierung und des Autonomiestrebens immer weniger vorhanden sind. Vgl. Mutz, Gerd und Kühnlein, Irene (1998), Die Tätigkeitsgesellschaft, in: Universitas 53, Heft 8, S. 753.

<sup>860</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 99, S. 110 ff. und S. 116 sowie Sennett (2000a), S. 269 und S. 286. Vgl. zur Zunahme der individuellen Depressivität in diesem Zusammenhang auch Liessmann, Konrad Paul (2000), Im Schweiß deines Angeichts, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 89.

<sup>861</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 120.

<sup>862</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 275 und S. 281. Vgl. Rifkin, Jeremy (2003), Das Ende der Arbeit, *Der Tagesspiegel*, 14.03.03.

<sup>863</sup> Vgl. Sennett (2000a), S. 290 f.

<sup>864</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 197 ff. Vgl. auch „Der charakterlose Kapitalismus“, *Die Zeit* 49/98 sowie „Lohn der Angst“, *Der Tagesspiegel*, 30.03.00. Vgl. zum Vorwurf der moralischen Aufgeladenheit der Kommunitarismus-Debatte die differenzierte Erläuterung von Mutz mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Definitionen und Wahrnehmungen von Gemeinschaft und Engagement in Europa und den USA. Vgl. Mutz, Gerd (1999a), Das Ende der Treck-Kultur, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 197 ff.

<sup>865</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 306.

die Stadt zum „physischen Gemeinwesen“ werden müsse mit „aktiven Räumen“ und einer Überlagerung von Konsum-, Gesundheits-, Kultur- und Verwaltungsstrukturen. Wenn sich die Stadt aufwerte, so Sennett weiter, könne sie ihre Vorteile in die Waagschale werfen und die neue Ökonomie herausfordern, da diese nämlich keineswegs ortlos sei, sondern sehr wohl Qualifikationen und Konsumfähigkeiten vor Ort als Standortkriterien nutze.<sup>866</sup>

### 3.2.10 Fazit

Obwohl bei Sennett weniger von einem „Konzept“ zu sprechen ist als bei den anderen Autoren, verdient die Methodik seines Bandes „Der flexible Mensch“ eine genauere Betrachtung. Denn jedes der Kapitel steht für einen Aspekt des flexiblen Kapitalismus und für die Folgen, die daraus für Individuum und Gesellschaft entstehen. Sennett verbindet jeden dieser Aspekte (Drift, Routine, Flexibilität usw.) mit dem Schicksal einer Person oder Gruppe. Dadurch werden die Thesen und seine Kritik plastisch und identifizierbar.<sup>867</sup> Denn die Auswirkungen des flexiblen globalen Kapitalismus werden auf einzelne Familien und Individuen übertragen. Sennett will damit die emotionalen Reaktionen der Menschen auf ihre Erfahrungen mit Zeit, Ort und Arbeit sichtbar machen.<sup>868</sup> Ob seine Beobachtungen, die explizit auf die USA fokussiert sind, allerdings verallgemeinerbar und auf andere Länder übertragbar sind, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.<sup>869</sup> So kann resümiert werden, dass für Sennett der Ausgangspunkt die an die Arbeit gebundene Identität ist, die er als von den Arbeitsverhältnissen und damit vom ökonomischen System determiniert ansieht. Dabei geht es Sennett um eine Krisenbeschreibung des globalen Kapitalismus, die die Folgen für Mensch und Werte sichtbar machen soll. Sein Text wie auch seine weiteren nachfolgenden Veröffentlichungen lassen sich im Diskurs der Kapitalismuskritik zuordnen,<sup>870</sup> wobei er ähnlich wie Barber darauf verweist, dass nicht

<sup>866</sup> Vgl. Sennett (1998b), S. 314 f. sowie Sennett (2000a), S. 276. Vgl. auch „Brauchen wir wieder Utopien, Herr Sennett?“. Interview mit Richard Sennett, *Der Tagesspiegel*, 06.05.98.

<sup>867</sup> So steht für die Zeit-Raum-Kompression die Geschichte des amerikanischen Einwanderers Enrico und seiner Familie. Routine und Entfremdung werden am Beispiel der Nagelfabrik veranschaulicht, der flexible Kapitalismus anhand der exklusiven Gesellschaft in Davos und Bill Gates. Für die Technologisierung stehen die erwähnten Bäcker und für den Umgang mit Risiken und Alter die Barfrau Rose. Die Frage des Scheiterns und die veränderte Wahrnehmung der Lebensbrüche schließlich werden anhand einer Gruppe von IBM-Programmierern personifiziert.

<sup>868</sup> Vgl. Sennett (1998a), S. 26, S. 29 und S. 37. In diesem Zusammenhang ist die Kritik aufzunehmen, dass Sennett als „Rosamunde Pilcher der Industriosozologie“ seine Zeitdiagnose statt mit Theorie mit Einfühlungsvermögen unterfüttert. Vgl. nochmals „Alle Räder kreischen schrill“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.98. In der im Gegenzug zu nennenden positiven Kritik von Florian Rötzer, für den Sennetts Text ein „epochales Werk“ darstellt, das seinesgleichen sucht „und nicht findet“, wird ein weiteres Mal die Spannweite der Beurteilungen der einzelnen Konzepte sichtbar. Vgl. Rötzer, Florian (2000), Über das Projekt der Kurzfristigkeit. Richard Sennetts Phänomenologie des flexiblen Menschen und seine Kritik an der Zerstörung des Charakters, dokumentiert im Internet (<http://www.heise.de/bin/tp/issue/dl-artikel.cgi?artikelnr=2301&mode=htm>), Stand 24.01.00.

<sup>869</sup> Zum Thema „Arbeit im Vergleich der Kulturen“ vgl. Engo-Tjega, Ruth Bamela (Afrika), Shamsul, Baharuddin (Südostasien) und Yun, Hing Ai (Asien), alle in: Beck, Ulrich (1999a), *Schöne neue Arbeitswelt: Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 208 - 246. Außerdem Ahuja, Ravi (Südostasien), Himeoka, Toshiko (Japan), Othman, Norani (Malaysia), Klein, Rüdiger (Islam) und Elwert, Georg (Afrika), alle in: Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.) (2000), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt am Main, S. 121 - 193.

<sup>870</sup> Vgl. „Flexibilität“ ist für Richard Sennett das Zauberwort der heutigen Ökonomie“, *Der Tagesspiegel*, 27.03.98.



das kapitalistische System an sich zu kritisieren ist, sondern dessen Auswüchse in Form des „entfesselten Kapitalismus“: „Ich will etwas tun gegen den entfesselten Kapitalismus, der den Charakter zerstört und immer mehr Menschen zum Scheitern ihres Lebensentwurfes verurteilt. Bisher fehlen Konzepte (...). Deshalb beschränke ich mich darauf, Umdenkungsprozesse anzuregen.“<sup>871</sup> Interessant ist gerade im Spiegel der neueren Arbeitsmarktpolitik in Europa und den USA Sennetts Beschreibung einer neuen Konfliktlinie zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, da durch die jüngsten Entwicklungen diese Linie eher verstärkt denn entschärft scheint.<sup>872</sup> Für Sennetts Thesen sind Individuum und Gesellschaft der Bezugspunkt, wobei der Einzelne als Erwerbstätiger definiert wird und damit also über das, was er tut. Hier ist der funktionale Zugang zu erkennen. Da Sennett mit dem Schlagwort des flexiblen Kapitalismus einen engen Zusammenhang zwischen Identität und Erwerbstätigkeit herstellt und dies den zentralen Aspekt seiner Thesen darstellt, anhand dessen er die Folgen der Globalisierung erörtert, ist sein Ansatz als partikular zu bezeichnen. Er formuliert explizit kein Paradigma und bleibt der Krisenbeschreibung und damit den Gefahren verhaftet.

### 3.3 André Gorz - Hauptsache Arbeit?

Mit den Texten von André Gorz und Ulrich Beck zur Zukunft der Arbeit ist nach Albrow und Giddens noch einmal ein Aufblitzen der Aufbruch-Paradigmen im Globalisierungsdiskurs zu beobachten. Im Vergleich zu den Konzepten von Albrow und Giddens weisen diese allerdings einen stärker visionär akzentuierten Charakter auf. Gerade Gorz zielt auf die Überwindung des kapitalistischen Systems ab, was den visionären Akzent erklärt. Interessant ist, dass er vor der Skizzierung seiner Vision im ersten Teil des Buches die Krisen-Analyse von Rifkin übernimmt, um darauf sein Plädoyer zur Überwindung der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft aufzubauen.<sup>873</sup> Die Ähnlichkeit der Krisen-Analyse mit Rifkins Text springt an einigen Stellen ins Auge.<sup>874</sup> Allerdings benutzt Gorz sie lediglich als Ausgangspunkt, um sie - aufbauend auf seine früheren Theorien - zur Vision der Multiaktivitätsgesellschaft zu erweitern. Im Globalisierungsdiskurs erfährt die bereits mit Albrow und Giddens erfolgte Zäsur durch Gorz und, wie noch zu zeigen sein wird, durch Beck eine Verstärkung, weil nun

---

<sup>871</sup> Sennett (2000a), S. 275. In diesem Sinne vgl. auch Albert, Michel (1998a), Kapitalismus contra Kapitalismus, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 100 - 120.

<sup>872</sup> Zu dieser Befürchtung vgl. auch Heinze, Rolf G. und Streeck, Wolfgang (2000), Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik, in: Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main, S. 251 und S. 256.

<sup>873</sup> Vgl. hierzu insgesamt Rifkin (1995).

<sup>874</sup> Zur Ähnlichkeit der Krisenanalyse vgl. insgesamt Rifkin (1995) sowie Gorz (2000), S. 20, S. 27, S. 41 ff. und S. 70 ff.

die konstatierten Gefahren in Chancen umgedeutet werden, um auf diesem Weg wieder intellektuellen und politischen Gestaltungsspielraum zu erhalten.

### 3.3.1 Ansatz und Programmatik

Gorz stellt am Ende seines Buches zusammenfassend fest, dass das aktuelle Missverhältnis zwischen gewohnter „Lebenswelt“ und der sich verändernden Realität von den Menschen als „Komplotz der Mächte des Bösen“ identifiziert wird, das sich gegen die normale und natürliche Ordnung richtet. So empfänden die Menschen nicht ihre intuitiven und überholten Deutungsmuster als verfehlt, sondern die Realität, die gegen diese spricht. Die Normen entsprächen heute also nicht mehr der realen Situation und deshalb könnten die Individuen die Normen auch nicht mehr erfüllen. Dies ist umso schwerwiegender, weil bislang die Erfüllung dieser Normen gesellschaftlich erwartet wurde und es dafür Anerkennung gab. Neue Handlungsmuster aber fehlen noch. Der Politik wirft Gorz mangelnde Bereitschaft vor, dieses Missverhältnis zu nutzen, um eine Diskussion zu starten, wie die tradierten Überzeugungen, Normen und Haltungen auf Grundlage der Reflexivität und Autonomie des Individuums zu revidieren und neu zu erarbeiten sind.<sup>875</sup> Damit knüpft Gorz nicht nur bei Albrow und Giddens an, sondern greift *den* Aspekt auf, der als Motivation allen in dieser Arbeit untersuchten Konzepten zu Grunde liegt. Sein Buch ist somit als Plädoyer für eine Vision und deren Umsetzung zu lesen, das an die Politik gerichtet ist und den kulturellen Wandel normativ verankern sowie in ein politisches Konzept fassen will. Dabei ist der Begriff der „Arbeit“ in Form der Erwerbsarbeit Dreh- und Angelpunkt. Gorz argumentiert, wie bereits Forrester, Giddens, Rifkin und Sennett, dass seit der Industrialisierung eine Entwicklung stattgefunden hat, an deren Ende alle ökonomischen, sozialen und politischen Rechte an die regelmäßige Vollerwerbstätigkeit gebunden sind: der Anspruch auf volles Einkommen, die soziale Absicherung sowie das Recht auf kollektive Handlungen, Repräsentation und Organisation. Daher bedeutet der Ausschluss von der Arbeit auch den Ausschluss aus der Gesellschaft. So wird der Arbeitsplatz zum „Wert an sich“. Alle anderen Tätigkeiten werden in diesem Kontext von der Vollerwerbstätigkeit abgeleitet und damit als minderwertig wahrgenommen - nämlich als Beschneidung und Verweigerung von Rechten und Vorteilen.<sup>876</sup> Gorz` Lösungsansatz besteht nun in der Forderung nach einer Neudefinition von Rechten und Freiheiten, neuer kollektiver Sicherheiten und neuer gesellschaftlicher Normen jenseits der Arbeitsgesellschaft. Zeitsouveränität und selbstbestimmte Tätigkeiten gehören seiner Auffassung nach ins Zentrum eines neuen Gesellschaftsentwurfs, so dass abhängige Beschäftigung nur noch *ein* Baustein im Leben der Menschen ist und mit anderen Tätigkeiten wechselt. Mit

---

<sup>875</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 188. Vgl. hierzu auch „Leitbild Arbeit“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.08.01.

<sup>876</sup> Vgl. Gorz, André (2000b), Eine ganz andere Weltzivilisation denken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45, Heft 5, S. 612.

der Zeitsouveränität und Selbstbestimmung sind bereits zentrale Begriffe von Gorz' Programmatik genannt, die in der Vision der Multiaktivitätsgesellschaft mit wiederangeeigneter Zeit gipfelt. Ziel sind gesellschaftliche Regelungen, die nicht mehr durch Macht und Geld, sondern durch Kooperation und Gegenseitigkeit zu treffen sind - auf Gorz' Menschenbild wird in der abschließenden Beurteilung des Konzeptes eingegangen. Somit ist die Überwindung des Kapitalismus das Ziel der Programmatik.<sup>877</sup>

### 3.3.2 Flexibler globaler Kapitalismus

Gorz beschreibt den flexiblen globalen Kapitalismus in ähnlichen Worten wie bereits Sennett bzw. Barber, Guéhenno oder Forrester: Das Kapital löst sich aus dem nationalstaatlichen Rahmen, der ökonomische und der politische Raum verlieren ihre Deckungsgleichheit. Dies wird forciert durch die Informations- und Kommunikationstechnologien.<sup>878</sup> So kommt es zum „supranationalen Kapitalstaat“, der mit den mächtigen Institutionen WTO, OECD, Weltbank und Währungsfond, aber ohne Territorium und politischen Raum herrscht und das Recht des globalen Kapitalismus verkündet. Dabei wird die Globalisierung zur Ideologie. Einziger Weg, die „Diktatur des Finanzkapitals“ zu brechen, wäre ein gemeinsamer politischer Wille der Staaten, der aber fehlt.<sup>879</sup> Die Geschichte des Kapitalismus liest sich bei Gorz ähnlich wie die bei Rifkin und Sennett: Der Weg geht von den Anfängen der Industrialisierung über den „Fordismus“ und „Taylorismus“ mit Massenproduktion, Arbeitsteilung und Entfremdung bis hin zum „Ohnismus“ bzw. „Toyotismus“, also der Einführung von flachen und flexiblen Strukturen, Teams und Computertechnologien. Statt Hierarchie und Arbeitsteilung im klassischen Sinn geht es heute um Netzwerkstrukturen und schnelle Reaktionsfähigkeit der Unternehmen.<sup>880</sup>

#### **Kapitalismuskritik und Machtstrukturen**

Gorz verbindet seine Kapitalismuskritik in Anlehnung an Barber, Rifkin und Sennett mit der Kritik an der Manipulierbarkeit der Arbeitnehmer. Er geht davon aus, dass es als typisch für den Kapitalismus gelten könne, dass das Bedürfnis nach sicherem und ausreichendem Einkommen mit dem Wunsch nach Wirken und Anerkennung kombiniert wurde. Das Bedürfnis nach Einkommen wurde

<sup>877</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 91 ff. Vgl. auch „Um den Euro tobt der weltweite Klassenkampf“. Interview mit André Gorz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.08.97. Gorz wird wegen seiner Kapitalismuskritik als „radikaler Linker“ angesprochen, als der er sich auch definiert. Vgl. in diesem Zusammenhang des weiteren „Gegen Entfremdung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.02.93 sowie „Das Subjekt steht links. Die Perspektive der Befreiung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.03.93.

<sup>878</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 22 ff.

<sup>879</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 25 ff. und S. 32 ff.; Gorz (2000b), S. 608 f. sowie das Interview mit Gorz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.08.97. Beachte: WTO steht für World Trade Organization (Welthandelsorganisation) und OECD für Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

<sup>880</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 41 ff., S. 46 f. und S. 68 sowie Gorz (2000b), S. 808 f.

somit zum Vehikel für das Bedürfnis nach Erwerbsarbeit, das Bedürfnis, etwas zu bewirken aber zu dem nach Bezahlung. Der Mensch wurde also durch das System auf das Arbeitnehmersein konditioniert, das im Zentrum der Identitätsdefinition steht.<sup>881</sup> Damit ging laut Gorz einher, dass der Einzelne nicht mehr frei über seine Zeit verfügen kann, weil er als Anbieter einer Arbeitsleistung auf Abruf je nach Interessenslage der Unternehmen zu reagieren hat.<sup>882</sup> Zu dieser Form der „Entfremdung“ addiert sich heute die eher unsichtbare Macht durch flache und flexible Strukturen. Auf der einen Seite fördern Produktions- und Arbeitsweisen heute die Autonomie des Einzelnen, weil sie Kommunikationsfähigkeit, Kooperationsbereitschaft und Kreativität verlangen, auf der anderen Seite fordern die Unternehmer aber gleichzeitig die Hingabe an das Unternehmen und damit eine Unterordnung. Aus diesem Paradoxon entsteht laut Gorz ein neues Konfliktfeld. So sei heute kein hierarchischer, sondern nur noch indirekter Druck möglich, um den Einzelnen auf die ökonomischen Bedürfnisse zu konditionieren. Gorz nennt dies in Anlehnung an Touraine die „programmierte Gesellschaft“.<sup>883</sup> Programmierung geschehe - und hier erinnert seine Beschreibung wiederum an Barber, Guéhenno und Rifkin - durch Sprache, Lebensweise, Geschmack und Mode. So werde laut Gorz als Ersatz für den gesellschaftlichen Identitätsverlust die „Corporate Identity“ der Unternehmen konstruiert. Dabei spielen Symbolik, Ausbildung, Verhalten, Kleidung und Sprache innerhalb eines jeden Unternehmens die entscheidende Rolle. Die Emanzipation der „postfordistischen“ Arbeiter korreliert also mit einer verstärkten unsichtbaren sozialen Kontrolle, was Gorz in Anlehnung an die japanischen Produktionsverfahren dem „Toyotismus“ zurechnet.<sup>884</sup> Die beschriebene „Japanisierung“ der Produktion ist bei Gorz im Gegensatz zu Fukuyama und Guéhenno negativ konnotiert.

### 3.3.3 Indizien für den Wandel

#### ***Prekarisierung der Erwerbsarbeit***

Wie schon im vorherigen Teilkapitel angesprochen, verweist auch Gorz darauf, dass er Vollbeschäftigung für eine „Fata Morgana“ hält, zumal sie ein Konzept der westlichen Wohlfahrtsstaaten ist - ein Aspekt, der auch von Beck aufgegriffen wird.<sup>885</sup> Die Realität hält angesichts von Just-in-Time- und Teilzeit-Arbeitsverhältnissen sowie Zeit- und Heimarbeit diesem Begriff nicht mehr

<sup>881</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 61 f. und S. 102 f. Zur Kapitalismuskritik vgl. ebenfalls Negt, Oskar (1995), Die Krise der Arbeitsgesellschaft. Machtpolitischer Kampfplatz zweier „Ökonomien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 15, S. 3 - 9. Dieser geht von ganz ähnlichen Prämissen aus und spitzt seine Kritik an einigen Stellen deutlich zu.

<sup>882</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 135.

<sup>883</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 62 und S. 192.

<sup>884</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 54 ff.

<sup>885</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 36 sowie Gorz (2000b), S. 608. Vgl. Beck (1999a), S. 7 ff. und S. 93 ff. Vgl. außerdem zur Definition der Vollerwerbstätigkeit bzw. des Normalarbeitsverhältnisses die Hinweise von Bude (2000), S. 125 und Bonß (2000), S. 336 ff.

stand. Als Beispiel nennt Gorz - wie bereits Rifkin - die fortschreitende Digitalisierung und prognostiziert, dass mit deren Hilfe in Deutschland von 33 Millionen Arbeitsplätzen alleine neun Millionen durch Rationalisierungsmöglichkeiten entfallen könnten.<sup>886</sup> Die Krise drücke sich dadurch aus, dass die Produktivität mit immer weniger Arbeit so schnell ansteige, dass es zu einem Überfluss an Arbeitskräften und damit zu einer Vermehrung des Kapitals ohne Arbeit komme: „Die postfordistische Industrie ist die Speerspitze eines tiefgreifenden Umwälzungsprozesses, der die Arbeit und das Lohnverhältnis abschafft und den Anteil der Erwerbsbevölkerung (...) zu reduzieren tendiert. Es ist unsinnig, eine Arbeit, die zu immer weniger Arbeit und Lohn für alle führt, als wesentliche Quelle von Autonomie, Identität und Entfaltung aller darzustellen.“<sup>887</sup> Zusätzlich sei eine Tendenz zu beobachten, dass entgegen der politischen Wahrnehmung immer mehr Jüngere, meist besser Ausgebildete, zu sogenannten McJobbern würden, deren Ziel es sei, ein Maximum an Zeit für selbstbestimmte Tätigkeiten zu behalten.<sup>888</sup> Darin - so Gorz weiter - spiegele sich unter anderem wider, dass heute die Intellektualisierung der Arbeit die Einbindung und Identifizierung mit dem Arbeitsplatz schmälere, da die Identifikation eher über den Beruf, also die Tätigkeit an sich, als über den Arbeitsplatz und das Unternehmen erfolge - jedenfalls bezogen auf die sogenannte Wissens-Elite.<sup>889</sup> An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass in den Texten zur Kapitalismuskritik vermieden wird zu klären, wer sich genau hinter dem Begriff „Arbeiter“ verbirgt. Meistens kommt es je nach Kritikansatz und Intention zu einem Wechsel zwischen industriell, selbstständig oder geistig Arbeitenden, ohne die Unterschiede jedoch deutlich zu machen. Damit verwischen aber gegenläufige Tendenzen. Denn die Konzepte suggerieren damit, dass die Arbeiter eines Unternehmens auf der einen Seite bereit sind, die corporate identity anzunehmen, sich auf der anderen Seite aber gleichzeitig vom Unternehmen distanzieren, weil sie sich stärker über ihre individuelle Tätigkeit definieren. Ob hier ein Unterschied zwischen industriell und geistig arbeitenden Menschen gemeint ist, bleibt der Interpretation der Leser überlassen. Dieser Widerspruch wird noch deutlicher, wenn man Sennetts These der zunehmenden Kurzfristigkeit und Flexibilisierung einbezieht, nach der eine Identifikation mit Unternehmen aufgrund der Schnelllebigkeit gar nicht mehr möglich sein dürfte. Ein Stück weit scheint diese Unentschiedenheit der Autoren der intendierten Kritik ihrer Texte geschuldet zu sein, da es sich in der Tradition der Konfrontationslinie „Arbeiter-Unternehmer“ zugespitzter argumentieren lässt. An dieser Stelle weist der Globalisierungsdiskurs eine Lücke auf, die noch zu schließen ist.

---

<sup>886</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 70 ff. und S. 76 ff.

<sup>887</sup> Gorz (2000a), S. 67; vgl. auch S. 129.

<sup>888</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 87. Diese Tendenz beschreiben auch Clermont und Goebel in ihrem viel diskutierten Buch „Tugend der Orientierungslosigkeit“, vgl. insgesamt Clermont/Goebel (1997).

<sup>889</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 73 und S. 88 ff.

### **Wissen als Produktivitätsfaktor**

Mit Blick auf die „Geistes-Arbeiter“ stellt Gorz fest, dass durch die Technologisierung, Digitalisierung und Spezialisierung im globalen Kapitalismus Wissen zum neuen Kapital wird, ein Kapital, das allerdings der Einzelne inne hat. Wissen, Intelligenz und Phantasie werden zu den neuen Produktivitätsfaktoren, die aber nicht mehr in Arbeitszeit zu messen sind.<sup>890</sup> Dieser Aspekt liefert Gorz das Fundament für seine Vision der „individuellen Zeitsouveränität“. Nur die Abschaffung des Arbeitszwanges und die Reduzierung der Arbeitszeit bieten die Chance, sich die Lust an der Arbeit wieder anzueignen und sich von den Arbeitgeberinteressen zu befreien.<sup>891</sup> Gerade heute seien aufgrund einer ähnlich guten Bildung und Ausbildung viel mehr Menschen von potentieller Arbeitslosigkeit betroffen, so dass diese unfreiwillig freigesetzte Zeit in selbstbestimmte aktive Zeit umzudeuten ist, um die Zunahme der negativen Selbstwahrnehmung und damit den Zerfall der Gesellschaft abzuwenden - ein Aspekt, den bereits Sennett aufzeigt.<sup>892</sup>

#### **3.3.4 Arbeitswelt und Identität**

Wie Sennett geht Gorz, nun wieder allgemein bezogen auf „den Arbeiter“, von der Fremdbestimmtheit desselben aus, weil ihm das Ziel der Arbeit aufgezungen werde und damit der Sinn entzogen sei. Gorz erweitert diese Kritik auf die sogenannten „Ich-Arbeiter“, die ihre Kompetenzen als „Ware“ verkaufen, weil sie abhängige Beschäftigungsverhältnisse suchen. So spricht er sogar von einer Form der „Prostitution“, einer negativen Konnotation, der Heinz Bude mit dem „unternehmerischen Einzelnen“ eine positive Figur entgegensetzt.<sup>893</sup> Bude differenziert zusätzlich zwischen dem klassischen Unternehmer, dem Arbeitskraft-Unternehmer, dem Manager-Unternehmer und dem unternehmerischen Einzelnen, wobei sich der Letztgenannte durch bestimmte Eigenschaften und Absichten auszeichnet. Er verlangt laut Bude nämlich nach politischer Selbstbestimmung und sozialer Beteiligung, besitzt Risikokompetenz und Fehlerfreudigkeit, findet sich mit Gleichgesinnten aufgrund einer Gemeinsamkeit der Haltungen zusammen und sucht Verbündete, um seine Interessen durchzusetzen. Aus diesem Typus entsteht eine Form des politischen Experimentalismus, der zu neuen Formen des Engagements führt.<sup>894</sup>

<sup>890</sup> Vgl. Gorz (2000b), S. 610 f.

<sup>891</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 61, S. 108 und S. 118 ff.

<sup>892</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 66 f. sowie Gorz (2000b), S. 609 f. Vgl. zur Zusammensetzung der Arbeitslosen unter dem Stichwort „Dynamisierung der Arbeitslosigkeit“ Mutz, Gerd (1997a), Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48/49, S. 32 ff. sowie Mutz, Gerd (1995), Struktur und Bedeutung postindustrieller Arbeitslosigkeit, in: Gegenwartskunde 44, Heft 3, S. 287 - 297. Vgl. hierzu zusätzlich „Leben und Arbeiten in Deutschland“. Ergebnisse des Mikrozensus 2002. Presseexemplar, hg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, S. 53 ff.

<sup>893</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 51 und S. 63 ff. sowie Gorz (2000b), S. 611.

<sup>894</sup> Vgl. Bude (2000), S. 131 ff. Vgl. hierzu zudem Mutz, Gerd (2001), Der souveräne Arbeitsgestalter in der zivilen Arbeitsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21, S. 14 - 23.

### 3.3.5 Ethische Kultur: Scheitern als Tabu

Ebenfalls wie Sennett beschäftigt sich Gorz mit dem Arbeitsethos und der Frage des Scheiterns als Tabu. Er kommt zu dem Schluss, dass die Motivation zur Arbeit nicht mehr durch eine Arbeitsethik erfolgt, sondern durch eine Werteethik, die sich um die Nützlichkeit und Autonomie der Person dreht. Nachdem auch Gorz glaubt, dass die Persönlichkeit heute zum Bestandteil der Arbeitskraft und die Arbeit zum Bestandteil der Persönlichkeit wird, Arbeit also zentral für die Identität ist, *besitzt* man seine Arbeit und tut sie nicht nur. Gleichzeitig wird der Arbeitgeber zum Wohltäter aufgewertet, die Arbeit zum Gut und der Arbeitsplatz zu einem Privileg.<sup>895</sup> Hand in Hand mit Sennett argumentiert Gorz, dass seit der Industrialisierung die Arbeit die Lebensläufe strukturiert habe, was sie aber künftig aufgrund der Prekarisierung nicht mehr tun könne: „Die Gesellschaft, in der jeder sich einen Platz, eine vorhersehbare Zukunft, Sicherheit und Nützlichkeit erhoffen konnte, die Gesellschaft - „die Arbeitsgesellschaft“ - ist tot.“<sup>896</sup> Eine ähnlich Sicht ist im Folgenden bei Beck und Dettling, aber auch bei Dahrendorf zu finden. Auf diesem Hintergrund werden Arbeitslosigkeit, aber auch der Umbruch der sozialen Sicherungssysteme als persönlicher, individueller Mangel gesehen. Diese Interpretation müsse aufgebrochen und in eine positive Wahrnehmung des Mehr an Zeit für selbstbestimmte Tätigkeiten umgedeutet werden. Einen ähnlichen Ansatz, wenn auch aus einem anderen Blickwinkel, verfolgt Gerd Mutz in seinen Veröffentlichungen, in denen er vorschlägt, eine Unterscheidung in Zeit-Segmente vorzunehmen, um sichtbar zu machen, welche Tätigkeiten eine gleichwertige Anerkennung wie die Erwerbsarbeit erfahren sollten. So könne der Alltag bzw. das Leben unterteilt werden in Erwerbs-Zeit, Bildungs-Zeit, Bürger-Zeit, Familien-Zeit und Eigen-Zeit. Hier schimmert das Konzept der Multiaktivität hervor. Allerdings geht Mutz in der Logik des kapitalistischen Systems davon aus, dass nicht die Arbeit die knappe Ressource darstelle, sondern die Zeit. Der Gesellschaft gelingt es seiner Ansicht nach nicht, die tatsächlich vorhandene Arbeit (Familie, Soziales, Ehrenamt) in bezahlte Erwerbsarbeit zu transformieren. Für ihn könnte auch die Bürger-Zeit zu einer Einkommensquelle werden, die das traditionelle Erwerbseinkommen ergänze.<sup>897</sup> Trotz des etwas unterschiedlichen Blickwinkels treffen sich die Autoren in dem Vorwurf an Politik und Gesellschaft, dass es keinen öffentlichen, gesellschaftlichen Diskurs über die Bedeutung der Erwerbsarbeit gibt und damit ein Tabu bestehen bleibt, das von keiner Seite angetastet wird.<sup>898</sup>

<sup>895</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 75 und S. 80 f.

<sup>896</sup> Gorz (2000a), S. 82.

<sup>897</sup> Vgl. Mutz/Kühnlein (1998), S. 754 ff. (hier sprechen die Autoren von der „Triade der Arbeit“). Vgl. auch Mutz, Gerd (1999b), Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit, Bd. 9, S. 7 ff. (hier verweist Mutz auf das „Münchener Modell“).

<sup>898</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 83. Vgl. zu diesem Vorwurf auch Mutz (1997), S. 31 sowie Mutz (1999b), S. 6. Vgl. zum Festhalten der Politik am Ziel der Vollbeschäftigung in Deutschland und Europa „EU-Treffen zur Wirtschaftspolitik“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.00; „Kritik nach Aznars Angriff auf sozialistische Mehrheiten“, *Frankfurter*

### 3.3.6 Plädoyer für die Umdeutung der Gefahren in Chancen

Gorz kritisiert daher: „Die Unfähigkeit, ein Jenseits der zusammenbrechenden Arbeitsgesellschaft zu sehen und zu wollen, bringt die absolute Gesellschaftslosigkeit.“<sup>899</sup> Er fordert: „Statt der Gesellschaft zu dienen, gilt es heute, sie neu zu erfinden.“<sup>900</sup> Damit nimmt er nicht nur einen Kerngedanken von Giddens in sein Konzept auf, sondern impliziert, dass die Gestaltung der Globalisierung notwendig ist, um nicht vor ihr zu kapitulieren.<sup>901</sup> Um künftig eine Balance zwischen Job, Freizeit und persönlichen Belangen erreichen zu können, bedarf es laut Gorz Experimente zur Veranschaulichung alternativer Gesellschaftsformen und Lebensweisen. Die Diskontinuität in der Lebensführung müsse als Quelle für neue individuelle und kollektive Freiheitsrechte genutzt werden. Ziel dabei solle die volle Entfaltung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft sein - ein Gedanke, der bereits bei Albrow und Giddens zentral ist.<sup>902</sup> Gorz setzt im Vergleich zu den beiden genannten Autoren den Schwerpunkt etwas anders: Er will mit seinem Konzept ein Abrücken von der Zentralität der bezahlten Erwerbsarbeit erreichen und damit die sogenannte Multiaktivität zu einem neuen gesellschaftlichen und politischen Konzept machen.<sup>903</sup> Berufliche, familiäre, soziale, kulturelle, sportliche, politische usw. Tätigkeiten sollen sich im Leben des Einzelnen ablösen und ergänzen, damit die individuellen Fähigkeiten, Interessen und Erfahrungen zur Geltung kommen können. Die gesellschaftliche Nützlichkeit soll dabei nicht länger als Maßstab für die Wertung einzelner Tätigkeiten gelten. Gorz geht es vielmehr darum, dem Einzelnen zuzugestehen selbst zu definieren, was er wann tun möchte. Grundlage ist, dass aufgrund von Freiwilligkeit und Eigeninitiative sowohl der Einzelne als auch der gesellschaftliche Zusammenhalt eher zu fördern ist als durch Zwang und Druck. An dieser Stelle wird der Unterschied von Gorz` Konzept zu den Konzepten von Albrow, Giddens, Rifkin, Sennett und Beck sichtbar, die nach wie vor dem Gedanken der Gemeinwohlorientierung und damit Nützlichkeit verhaftet bleiben.<sup>904</sup>

Gorz argumentiert weiter, dass eine Vision zuerst gedacht und aufgezeigt werden muss, um dann in ein politisches Konzept gefasst werden zu können. Sein Anspruch ist es, genau hierzu einen Beitrag zu leisten.<sup>905</sup> Er formuliert

---

*Allgemeine Zeitung*, 09.02.02 sowie „Vollbeschäftigung bis zum Ende des Jahrzehnts“, *Berliner Zeitung*, 06./07.09.03. Zu dieser Diskussion insgesamt vgl. auch Miegel, Meinhard (1994), Vollbeschäftigung - eine sozialromantische Utopie?, in: „Arbeit der Zukunft. Zukunft der Arbeit“, 2. Jahreskolloquium in Frankfurt am Main 17./18. Juni 1994, hg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, Stuttgart, S. 37 - 56.

<sup>899</sup> Gorz (2000a), S. 84.

<sup>900</sup> Gorz (2000a), S. 93.

<sup>901</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 26.

<sup>902</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 86 f., S. 94 f. S. 133 f. und S. 203.

<sup>903</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 105.

<sup>904</sup> Vgl. hierzu u.a. Mutz/Kühnlein (1998), S. 754 ff.

<sup>905</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 110 ff. sowie Gorz (2000b), S. 616. An diesen Stellen wird der normative Charakter seines Konzeptes besonders deutlich.



seinen Anspruch folgendermaßen: „Die Perspektive (...) herauszuarbeiten und klar zu formulieren, geschieht nicht zum Spaß und ist kein intellektueller Luxus. (...) von ihrer Formulierung hängt nicht zuletzt die Fähigkeit ab, den gegenwärtigen Veränderungen den höchstmöglichen Sinn zu verleihen und Vorgehensweisen, Konfliktsituationen und Praktiken zu entwickeln, die diesen Sinn mit dem Ziel artikulieren, sich diesen Veränderungen zu bemächtigen.“<sup>906</sup> Somit muss also die „Multiaktivitätsgesellschaft mit ihrer wiederangeeigneten Zeit“ normatives Ziel werden, um sich durchsetzen zu können.<sup>907</sup> Denn auch für Gorz ist eines klar: Es gibt keine Möglichkeit, in der heutigen Krisensituation die vergangenen Zustände wiederherzustellen. Er fordert eine maximale Differenz zwischen Gesellschaft und kapitalistischem Wirtschaftssystem.

### 3.3.7 Vision

Da bei Gorz die Vision einen größeren Raum einnimmt und einen stärkeren Bruch mit allem Gewohnten einfordert als die bislang untersuchten Konzepte, muss sie auch detaillierter analysiert werden. Damit die prekäre Beschäftigung zivilisiert werden kann, muss eine Alternative zur Lohngesellschaft entworfen werden: „Dringender ist es, unsere Blickrichtung so zu verändern, daß wir lernen, in der untergehenden und sich verändernden Welt die Keimzelle anderer möglicher Welten zu erkennen.“<sup>908</sup>

#### ***Umverteilung der Arbeit und Wiederaneignung der Zeit***

Die Wiederaneignung der Zeit ist der Schlüssel für Gorz` Programmatik.<sup>909</sup> Die Umverteilung bzw. Verkürzung der Arbeitszeit gilt seit angem als Herzstück seiner Überlegungen.<sup>910</sup> So soll die fremdbestimmte Arbeit durch selbstbestimmte Aktivität ausgeglichen und ergänzt werden. Vielfältige Tätigkeiten und Aktivitäten müssen sich laut Gorz künftig abwechseln und die Bezahlung darf nicht mehr an bestimmte Tätigkeiten gebunden sein.<sup>911</sup> Nur so kann das eingeforderte Recht auf Diskontinuität eingelöst werden: Es wird erweitert zum Recht auf Arbeit mit Unterbrechungen, das ein multiaktives Leben in Wechsel

---

<sup>906</sup> Gorz (2000a), S. 132. In diesem Sinne vgl. auch S. 84.

<sup>907</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 108.

<sup>908</sup> Gorz (2000a), S. 40. In diesem Sinne vgl. auch S. 39 und S. 76 ff.

<sup>909</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 86 sowie Gorz (2000b), S. 608 und S. 613.

<sup>910</sup> Vgl. zur Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung auch Mutz/Kühnlein (1998), S. 755 f. Hier schließen sich die Autoren der Forderung von Wolfgang Bonß an, dass nämlich künftig diejenigen, die auf Lohnarbeit verzichteten, belohnt werden müssten. Dies könne durch Aufwertung des Dritten Sektors erfolgen und indem die Erwerbsarbeit innerhalb der Gesellschaft durch mehr Teilzeit, Arbeitszeitverkürzungen und flexibilisierte Lebensarbeitszeitmodelle umverteilt werde. Vgl. in diesem Zusammenhang mit Bezug auf Deutschland auch Schulze Buschhoff, Karin (2000), Die Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 32 - 38, hier v.a. S. 38 sowie Zinn, Karl Georg (1999), Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 3 - 13, hier v.a. S. 12. Vgl. außerdem „Gegen Entfremdung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.02.93.

<sup>911</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 102 f.

und Ergänzen von Berufsarbeit und unbezahlten Aktivitäten ermöglicht.<sup>912</sup> Modelle in Dänemark und den Niederlanden gelten Gorz, wie auch den anderen Autoren, als beispielhaft.<sup>913</sup> Zwar ist auch Gorz bewusst, dass eine solche Multiaktivität zu Lohneinbußen führen muss, er sieht diesen Nachteil aber durch die Vorteile der generellen, weil breiter verteilten, sozialen Absicherung und Zeitsouveränität ausgeglichen. Ein Gleichgewicht zwischen dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf Nicht-Arbeit soll zum Recht auf diskontinuierliche Arbeit bei kontinuierlichem Einkommen führen. Es wird also eine gleichmäßige, dabei „gerechte“, weil auf alle Mitglieder der Gesellschaft verteilte Bezahlung angestrebt, die eine Umverteilung des Reichtums impliziert, damit alle ähnliche Chancen auf Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit bekommen. Nur so wird, in Gorz` Argumentation, Arbeitslosigkeit nicht mehr als erlittener Mangel empfunden.<sup>914</sup> Um die Vision also vom Gedanklichen in einen politischen Entwurf zu fassen, müsse es laut Gorz künftig zum politischen Willen werden, dass die Lohnarbeit durch eigenständige Tätigkeiten ersetzt werde.<sup>915</sup> Diskontinuierliches Arbeiten darf dann nicht mehr länger als Ausnahme angesehen werden, sondern muss zum wünschenswerten und sozial abgesicherten Recht und damit zur gesellschaftlich geachteten Form der menschlichen Vielseitigkeit sowie zur Quelle der Alltagskultur werden. Zugespitzt formuliert Gorz: „Es gilt, das Recht, Rechte zu besitzen, von der „Arbeit“ abzukoppeln (...).“<sup>916</sup> Das Modell der an Tauschleistungen gekoppelten Einkommensgarantie wird an späterer Stelle noch erläutert. Um all dies zu erreichen, könne ein Weg die Verweigerung der Vollzeitbeschäftigung sein. Nur dies ermögliche den Bruch mit der ausschließlichen Definition über den Arbeitsplatz.<sup>917</sup> In dieser Radikalität spiegelt sich Gorz` Kapitalismuskritik wider, da so der Kampf um die Zeitsouveränität zum Kampf um die Macht und die Umverteilung von Reichtum wird. Allerdings bleibe laut Gorz zu beachten, dass es mittlerweile zu dem ungewollten Zirkelschluss komme, dass Unternehmen, solange sie die Autonomie ihrer Arbeitnehmer fordern, auch deren Subjektivierung unterstützen. Die Subjektivierung wiederum führe zu einer verstärkten Forderung nach individueller Autonomie, die in der Forderung nach mehr Zeitautonomie gipfelt. Durch die

---

<sup>912</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 137 ff. In diesem Kontext ist das „Manifest der Glücklichen Arbeitslosen“ interessant, das mit der Forderung nach dem Recht auf Faulheit über Gorz` Vision hinausweist. Vgl. „Die Glücklichen Arbeitslosen ... und was machen Sie so im Leben?“, in: Beck, Ulrich (2000a), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 108 - 120. Vgl. auch „Der Prozess. Glückliche Arbeitslose gegen Ulrich Beck“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.04.00, „Anweisungen zum Kulturkampf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.04.01 sowie „Faulheit siegt“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.04.01.

<sup>913</sup> Vgl. hierzu u.a. Schmid, Günther und Schömann, Klaus (Hg.) (1999), Von Dänemark lernen. Dokumentation der Veranstaltung „Berlin: Beschäftigungspolitische Zukunftswerkstatt im Lichte internationaler Erfahrungen“, Berlin; „Jobrotation wie in Dänemark. Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt“, WZB-Mitteilungen 84, Juni 1999, S. 8 - 10 sowie „Jobrotation - ein Modell für Deutschland?“, *Frankfurter Rundschau*, 29.04.99. Als Einspruch gegen die Übernahme vgl. „Ausländische Erfolgsmodelle nicht kopieren, sondern kopieren“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.12.99. Einen guten Überblick über gelungene neue Arbeitszeitmodelle findet man bei Kempe, Martin (1998), Die Jobwende. Wie man Arbeit schafft, Frankfurt am Main, S. 44 - 61 (zu Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Frankreich).

<sup>914</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 140 sowie Gorz (2000b), S. 613.

<sup>915</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 134.

<sup>916</sup> Gorz (2000a), S. 78.

<sup>917</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 87.

größere Zeitautonomie schließlich entziehe sich der Arbeitnehmer dem Einfluss des kapitalistischen Systems noch weiter, so dass die Autonomie letztendlich zum Selbstzweck wird.<sup>918</sup> An dieser Stelle offenbart sich Gorz' Zugang zum Thema Gesellschaft: Das Individuum wird bei ihm zum Subjekt seiner selbst, eine Blickrichtung, die auch Giddens und Albrow teilen. Mit diesem Zugang grenzt sich Gorz explizit von Habermas ab, dem er „Soziologismus“ vorwirft, da er das Individuum ausschließlich als Träger verschiedener gesellschaftlicher Rollen verstehe.<sup>919</sup> Nötig sei aber nicht der distanzierte Blick von außen auf die Gesellschaft, sondern der von innen. Der Wissenschaftler müsse sich selbst zum Subjekt seiner Untersuchungen machen.<sup>920</sup> Mit Blick auf die oft zitierten Beispielländer Skandinaviens, die es mittels Beschäftigungsverträgen und Mitarbeiter-Pools schaffen, gleichzeitig sowohl eine Bindung an das Unternehmen als auch Flexibilität und Zeitsouveränität zu ermöglichen, gibt Gorz, seine früheren Theorien zur Zukunft der Arbeit erweiternd, zu bedenken, dass solche Formen der Neuregelung dennoch an die Unternehmensinteressen gebunden bleiben. So sei keine wirklich Überwindung des Kapitalismus möglich, obwohl die genannten Maßnahmen als erste Schritte zu werten sind. Gorz will politisch erreichen, dass die Unternehmen Einkommen und Status sichern, indem diskontinuierliche Arbeit kontinuierlich bezahlt wird, das heißt, der Wechsel zwischen beruflicher und selbstbestimmter Tätigkeit finanziell abgesichert ist. Nur so könne nämlich die Erwerbstätigkeit für ein Unternehmen zu einer Aktivität neben anderen werden.<sup>921</sup>

### ***Die Überwindung des Kapitalismus als Ziel***

Es wird deutlich, dass Gorz die Abschaffung des Kapitalismus und der klassischen Lohnarbeit und nicht nur deren Umgestaltung anstrebt. Sein Ziel ist der Bruch mit dem System, der für ihn wiederum ein politischer Akt ist. So muss es für alle normal werden, multiaktiv zu sein, damit auch die Neudefinition der Identität laufend erfolgen kann.<sup>922</sup>

### **3.3.8 Skizze zur Umsetzung**

Zentrales Ziel in Gorz Programmatik ist das ausreichende und bedingungslose Grundeinkommen für alle. Hinzu kommt die Verbindung von individueller und kollektiver Zeitsouveränität mit einer Umverteilung der vorhandenen Arbeit sowie die Entfaltung neuer Formen von Gesellschaftlichkeit und neuer

---

<sup>918</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 104 und S. 108.

<sup>919</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 96 ff. Zur Kritik an Habermas vgl. auch S. 182 ff. sowie Gorz (2000b), S. 617.

<sup>920</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 177 und S. 184 ff.

<sup>921</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 108.

<sup>922</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 109.

Kooperations- und Tauschverfahren, die jenseits der Lohnarbeit soziale Bindungen und Zusammenhalt schaffen sollen.<sup>923</sup>

### **Einkommensgarantie**

Grundlage muss künftig, so Gorz, ein bedingungslos garantiertes Grundeinkommen für alle sein, wobei diese Forderung nach seinen eigenen Aussagen einen Bruch zu seinen früheren Denkmodellen darstellt. Denn er will nicht der Schaffung eines Niedriglohnsektors für Arbeitslose unterhalb der Sozialhilfe bzw. des Existenzminimums das Wort reden, sondern die Befreiung von dem Zwang des Arbeitsmarktes, einen Job annehmen zu müssen, erreichen.<sup>924</sup> Früher habe er gefordert, das lebenslänglich gesicherte Grundeinkommen mit der Pflicht zu verbinden, dass alle in ihrem Leben ein Mindestmaß an Arbeit leisten müssen, damit das Grundeinkommen finanziert werden kann. Hierbei sei er von ca. 20000 Stunden ausgegangen, die beliebig über das Leben verteilt werden sollten. Heute meine er aber, dass dieses Modell der Logik der Arbeitsgesellschaft zu stark verhaftet bleibe.<sup>925</sup> Somit zielt - so seine Argumentation - das Grundeinkommen auf die Möglichkeit zur Selbstverantwortung und öffnet einen neuen Gestaltungsspielraum. Es soll nicht von der Arbeit an sich entheben, sondern zu einem Recht auf eine ganz konkrete Tätigkeit werden, um so die Entfremdung zwischen Arbeiter und Tätigkeit aufzuheben.<sup>926</sup> Über die Höhe der Einkommensgarantie äußert sich Gorz explizit nicht, da er sie als zweitrangig betrachtet.<sup>927</sup> Erst müsse das Umdenken beginnen, dann ein politischer Entwurf entstehen und erst zum Schluss seien solche Details zu klären.

Gorz' Anliegen ist es, Lohnarbeit und damit Arbeits- und Dienstleistungsmarkt rückgängig zu machen und nicht-monetäre Tauschbeziehungen sowie Selbstversorgung als Perspektive anzubieten. Konzepte wie sie etwa Beck, Mutz, Offe, Kempe oder Rifkin formulieren, nämlich Tätigkeiten auf dem Dritten Sektor als Grundlage für ein Grundeinkommen zu definieren, weist Gorz damit zurück, obwohl er in ihnen einen ersten Schritt in die richtige Richtung sieht.<sup>928</sup> Das Modell „Bürgerarbeit für Bürgerlohn“ (Beck) sei dann vernünftig, wenn die Bürgerarbeit als freiwillig gewählte Tätigkeit je nach Fähigkeiten und Interessen

<sup>923</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 110 ff. Ähnlich argumentiert Johano Strasser, vgl. Strasser, Johano (1999), Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, Zürich, besonders S. 62 ff.

<sup>924</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 113 ff. Gorz lehnt die Kombination aus Workfare und Welfare, wie sie in den USA unter Clinton praktiziert wurde, ab, da er die Stigmatisierung der Arbeitslosen damit verstärkt sieht.

<sup>925</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 119 sowie Gorz (2000b), S. 614 f. Vgl. als Hintergrund auch Gorz, André (1983), Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin.

<sup>926</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 116.

<sup>927</sup> Vgl. Gorz (2000b), S. 617 sowie Interview mit André Gorz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.08.97.

<sup>928</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 124 sowie hierzu insgesamt Mutz (1997); insgesamt Mutz (1998); insgesamt Mutz (1999a) sowie insgesamt Mutz (1999b). Außerdem Offe, Claus (1998b), Der deutsche Wohlfahrtsstaat: Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten, in: *Berliner Journal für Soziologie* 8, Heft 3, S. 376 f. sowie insgesamt Offe (1990). Zusätzlich insgesamt Rifkin (2003). Zur Neugestaltung und Aufwertung des Dritten Sektors auch Kempe (1998), S. 125 ff.

sowie als Protest-Arbeit in politisch vernachlässigten Bereichen definiert sei. Grundlage jeglicher Tätigkeit müsse somit die Freiwilligkeit sein. Allerdings sieht Gorz hier die Problematik, dass freiwillig Ehrenamtliche und Zwangs-Ehrenamtliche zusammenarbeiten müssten und zudem die Gefahr drohe, das Lohnarbeitssystem auf das Ehrenamt zu übertragen. Und auch die Frage, ob Bürgerarbeit tatsächlich freiwillig oder doch nur wegen des Bürgerlohns ausgeübt werde, könne nicht beantwortet werden.<sup>929</sup> Bei der Betrachtung der Ideen von Beck wird im Folgenden zudem die Frage zu debattieren sein, wer eigentlich legitimiert ist, Bürgerarbeit zu definieren. Es bleibt zu bedenken, dass auch in diesem Zusammenhang die gesellschaftliche Nützlichkeit als Maßstab nicht überwunden werden kann, die Logik der Arbeitsgesellschaft also erhalten bleibt. Zum Aspekt der Bedingungslosigkeit ergänzt Gorz dann noch, dass nur durch diese und auf der Grundlage von Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit einer Tätigkeit Sinn verliehen und damit der Entfremdung entgegengewirkt werden könne.<sup>930</sup> Das bedingungslos garantierte Grundeinkommen wird in dieser Logik also zum „Aktivitätsmultiplikator“, um individuelle, öffentliche, private und kollektive Aktivitäten selbstorganisiert und selbstverwaltet zu kombinieren und gleichzeitig den neu verfügbaren gesellschaftlichen Raum der kapitalistischen Marktlogik zu entziehen.<sup>931</sup> Je weniger abhängig Beschäftigte, desto mehr Zeit für Eigeninitiative und mit steigender Eigeninitiative auch eine selbstbestimmtere, selbstbewusstere Gesellschaft.

### ***Kommune als Versuchsfeld***

Wie fast schon erwartet, kristallisiert sich auch bei Gorz der kommunale Raum als die Ebene heraus, auf der eigenständige Kreativität, Aktivität, Austausch und Kooperation ausprobiert und realisiert werden sollen. So wird die Veränderung der Stadt - wie bereits bei Etzioni, Barber, Rifkin, Giddens und anderen - zum Hebel für die Veränderung der Gesellschaft.<sup>932</sup>

### ***Kooperationsringe***

Wie bereits bei Giddens angesprochen, stellen auch bei Gorz Kooperationsringe ein Element zur Veränderung bzw. Überwindung der Erwerbsgesellschaft dar. Sie symbolisieren die Idee, vom Geld zum Tausch von Leistungen überzugehen. So spricht Gorz von einem „Arbeits-Geld“ bzw. „Zeit-Geld“, das für Dienstleistungen oder auch Produkte gezahlt wird, aber kein finanzielles Mittel

<sup>929</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 121 und S. 125. Vgl. zum Begriff der Bürgerarbeit respektive Eigenarbeit auch Kühnlein, Irene (1997), Weniger Erwerbsarbeit - mehr Eigenarbeit? Chancen und Potentiale Öffentlicher Eigenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48/49, S. 41 - 46.

<sup>930</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 125 f. und S. 204. In diesem Sinn auch Strasser (1999), S. 74 ff. und S. 105.

<sup>931</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 144 f. Vgl. hierzu auch Keupp/Kraus/Straus (2000), S. 259. Die Autoren sprechen hier von der Aufwertung des „Politikfeldes Stadt“.

<sup>932</sup> Vgl. Gorz (2000b), S. 616 f. Zur Differenzierung bei Ehrenamt, Engagementformen und Akteuren vgl. Heinze/Strünck (2000), S. 171 - 216.

im klassischen Sinne darstellt und damit nicht zu einem neuen Machtmittel werden kann.<sup>933</sup> Die Idee stellt sich folgendermaßen dar: Jeder Mensch „zahlt“ mit seinen Fähigkeiten, indem er einem Kooperatinsring beiträgt. Nur innerhalb dieses Ringes gelten dann auch die Leistungen als Tauschmittel. Zuerst erhält jedes Mitglied eine Art Kredit für Leistungen, die es selbst in Anspruch nehmen möchte. Es werden also zuerst „Schulden“ gemacht, die dann durch eigene Dienste im Ring innerhalb eines festgelegten und vor allem kurz bemessenen Zeitraums zurückgezahlt werden müssen. Der Faktor der Zeitbefristung soll den Druck zur Gegenleistung garantieren. Dieses Modell macht bereits unter dem Stichwort „Time-Dollar“ die Runde.<sup>934</sup> Durch die kurze Gültigkeit und beschränkte Konvertierbarkeit des Time-Dollars gibt es keine Möglichkeit, diese zu „horten“. Als Beispiele werden unter anderem immer wieder Tätigkeiten wie Einkaufen, Babysitten und Betreuen, Gartenarbeit und handwerkliche Tätigkeiten genannt.<sup>935</sup> Allerdings bleibt bei Gorz völlig offen, wer den Tausch organisiert, die Leistungen definiert und ihren jeweiligen Wert bemisst. Bei Becks Konzept wird dieses durch einen Bürgerausschuss durchgeführt, doch dazu später.

In diesem Zusammenhang scheint sich Gorz aber durchaus bewusst zu sein, dass sein Konzept als Wunsch, zur dörflichen Ökonomie zurückzukehren, missverstanden werden könnte. Er versucht dies zu entschärfen, indem er nochmals betont, dass es ihm lediglich um das garantierte Grundeinkommen sowie sinnvolle, selbstbestimmte und diskontinuierliche Tätigkeiten geht, die gerade auf der mikrosozialen Ebene erprobt und realisiert werden könnten - zumal sie logistische Unterstützung durch die Gemeinden bräuchten.<sup>936</sup> Auch Gorz thematisiert, wie schon Giddens und Sennett, den Aspekt der Alterung der Gesellschaft. Er schlägt vor, dass beispielsweise Rentner helfen sollten, noch ältere oder kranke Menschen zu pflegen, um so den Anspruch auf ihre eigene Pflege zu erwerben. Allerdings widmet sich Gorz nicht der Überlegung, ob es nach der Überwindung des kapitalistischen Systems überhaupt noch „Rentner“ im heutigen Sinne geben wird.<sup>937</sup> Er sieht in dem Tausch solcher Leistungen die Möglichkeit, loyale und langfristige Gegenseitigkeitsbeziehungen entstehen zu lassen. Mit Blick auf Sennetts Thesen muss allerdings darauf verwiesen werden, dass auch hier wiederum Flexibilität und Mobilität den langfristigen Bindungen generell im Wege stehen, so dass die Frage unbeantwortet bleibt, ob das Konzept nicht ins Leere läuft.

---

<sup>933</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 147 ff.

<sup>934</sup> Vgl. Offe (1990) sowie „Mähe Rasen, suche Computerschulung. 50000 Bundesbürger sind Mitglieder in Tauschbörsen“ (Martin Wortmann), *AFP*, 12.09.03.

<sup>935</sup> Vgl. hierzu Heinze/Strünck (2000), S. 206 f.

<sup>936</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 153 f.

<sup>937</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 156.

### 3.3.9 Fazit

So kann zusammengefasst werden, dass Gorz in den Kooperationsringen und in deren potentieller Vernetzung ein Projekt der „praktischen Kritik“ der Erwerbsarbeit sieht, wobei auch er, wie alle anderen Autoren, der westlichen Sicht auf die Arbeitsgesellschaft verhaftet bleibt. Ihm ist bewusst, dass trotz des normativen Anspruches selbstverwaltete Kooperativen nicht auf Weltmaßstab ausdehnbar sind und der Bruch mit dem kapitalistischen System nicht von heute auf morgen geschehen kann. Dennoch plädiert er dafür, heute mit dem Umdenken zu beginnen, damit sich der Paradigmenwechsel im Laufe der Zeit durchsetzen kann. Auf diese Weise könnten „selbstorganisierte gesellschaftliche Tauschhandlungen“ eine stärkere politische Dimension einnehmen.<sup>938</sup> Mit Bezug auf Sartres Definition des Intellektuellen erhebt auch Gorz den Anspruch, als „Techniker des praktischen Wissens“ für Tabu-Brüche zuständig zu sein, um gesellschaftliche und politische Umdenkprozesse zu initiieren.<sup>939</sup> Interessant ist, dass Gorz ähnlich wie Sennett und andere den Kommunitarismus als Zukunftskonzept ablehnt. So formuliert er eine indirekte Kritik an Etzioni, wenn er darauf verweist, dass die Definition, die Anerkennung und der Respekt von Werten anderer Gemeinschaften sei ein allen Gemeinschaften und Kulturen zugrundeliegender Wert, einen „überspannteren Universalismus“ darstelle, als der, den Habermas verfolgt.<sup>940</sup> Mit dieser Anmerkung versucht Gorz, ebenso wie vor ihm einige andere Autoren, sich zwischen der Position des Kommunitarismus einerseits und dem rationalen Blickwinkel Habermas` andererseits zu verorten. Denn ähnlich wie Giddens, Etzioni und Sennett redet auch Gorz einem Mehr an Gefühl, Sinnlichkeit und Besinnung das Wort, womit die Abgrenzung zum Ansatz bzw. Zugang Habermas` ein weiteres Mal verdeutlicht wird.<sup>941</sup> Dieser Aspekt, verkürzt auf die Koordinate „rational - authentisch/emotional“, taucht im Globalisierungsdiskurs immer wieder auf. Gorz Zukunftsvision stellt das Motiv Gesellschaft in den Mittelpunkt, wobei der Zugang funktional ist, weil auf Handeln und Tätigkeit fokussiert. Der Ansatz ist partikular, da bezogen auf den Aspekt der Arbeitsgesellschaft. Das Aufbruch-Paradigma wird deutlich durch die Zielsetzung der Überwindung des Kapitalismus formuliert. Weil das Ziel eine Umdeutung der Gefahren in Chancen ist, dominiert die positive Perspektive auf die Zukunft: „Gorz ist Optimist, darin liegt womöglich eine Schwäche seiner Thesen: Er geht von einem idealisierten Menschenbild aus (...).“<sup>942</sup> Dieser Kritik ist zuzustimmen, wobei im Abschlusskapitel zu erörtern sein wird, ob ein solches Menschenbild nicht notwendig ist, wenn der Akzent des Zukunftskonzeptes auf den Freiheitsrechten des

<sup>938</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 157 ff.

<sup>939</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 85. Vgl. hierzu auch insgesamt Sartre, Jean-Paul (1995), Plädoyer für die Intellektuellen. Interviews, Artikel, Reden 1950 - 1973, Reinbek.

<sup>940</sup> Vgl. Gorz (2000a), S. 165.

<sup>941</sup> Vgl. hierzu „Das Subjekt steht links. Die Perspektive der Befreiung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.03.93.

<sup>942</sup> „Abschied der Arbeit. Und ein Grundeinkommen für alle?“, *Der Tagesspiegel*, 08.04.00.

Einzelnen, seiner Selbstbestimmung und der Freiwilligkeit liegt, Zwang und Bevormundung also ein Absage erteilt wird. Allerdings sei bereits an dieser Stelle darauf verwiesen, dass die dahinter stehende philosophische Frage, ob der Mensch seinem Wesen nach nun eher gut oder böse sei, auch in dieser Arbeit nicht zu beantworten ist.

### 3.4 Ulrich Beck - Das Europa der Bürgerarbeit

„André Gorz entwirft einen Perspektivwechsel. Er dreht den Mangel an Arbeit herum und begreift ihn als Wohlstand an Zeit, im Mangel an Wachstum entdeckt er den Aufruf zum selbst Tätigwerden.“<sup>943</sup> Mit dieser Bewertung stellt Ulrich Beck in seinem Buch „Schöne neue Arbeitswelt“ den Bezug zu dem „pessimistische(n) Optimist(en)“ André Gorz und seiner Vision der Multiaktivitätsgesellschaft her, die ihm als Grundlage für sein eigenes Konzept zur Zukunft der Arbeit dient. Er befürwortet damit den Ansatz, die Krisenerscheinungen in Chancen umzudeuten, ohne jedoch wie Gorz den Kapitalismus überwinden zu wollen. Für Beck steht die Gestaltung des flexiblen Kapitalismus und der Globalisierung im Zentrum.<sup>944</sup> Wie bereits Albrow, Giddens und Gorz möchte Beck einen Analyserahmen für die sich unter dem Risikoregime globalisierende Welt bereitstellen, um aus dem „Bannkreis der Arbeitsgesellschaft“ herauszutreten.<sup>945</sup> Wie Gorz plädiert er für den Weg, zuerst ein Leitbild zu entwerfen, das es dann als „work in progress“ umzusetzen gilt. Seine Idee der Bürgerarbeit will Beck auf Europa ausdehnen, um so eine neue politische Gesellschaft zu initiieren.<sup>946</sup>

#### 3.4.1 Ansatz und Programmatik

Becks Ansatz lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die prekäre Arbeit (Gorz) nimmt weltweit zu, wodurch die Arbeitsgesellschaft mit ihrer Leitidee der Vollbeschäftigung zu Ende geht. Diskontinuierliche und informelle Arbeitsverhältnisse nehmen zu, so dass die Folge eine „Brasilianisierung“ des Westens ist.<sup>947</sup> Arbeit bleibt lokal, das Kapital jedoch wird global. Krisenerscheinungen wie der Zerfall der durch die Erwerbsarbeit garantierten Sicherheiten und

<sup>943</sup> Beck (1999a), S. 12.

<sup>944</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 11 f. und S. 21 f. sowie Beck (1997a), S. 18 f. Vgl. in diesem Sinne auch Mutz/Kühnlein (1998), S. 757. Mit Bezug auf die Gestaltung der Arbeitsgesellschaft vgl. auch Mutz (2001), S. 17. In diesem Sinn argumentieren ebenfalls Biesecker, Adelheid und von Winterfeld, Uta (2000), Vergessene Arbeitswirklichkeiten, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 269 - 286, besonders S. 277 und S. 283 f.

<sup>945</sup> Vgl. hierzu Beck (1999d), S. 47 - 66 sowie insgesamt Beck (2000a).

<sup>946</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 125 ff.

<sup>947</sup> Als Brasilianisierung bezeichnet Beck die Angleichung der Arbeitsformen in den Industriestaaten und den Entwicklungsländern, die sich durch das Einbrechen des Diskontinuierlichen, Informellen und Prekären in die Normalarbeitsverhältnisse auszeichnet. Arbeitsbiographien werden verstärkt durch Brüche und Unterbrechungen gekennzeichnet, Lebensformen verlieren ihre Stringenz. Vgl. Beck (1999a), S. 7 ff.



sozialen Absicherung nehmen zu, Risiken bestimmen immer stärker das Leben, so dass die Flexibilisierung in der Arbeitswelt eine Flexibilisierung anderer Bereiche zur Folge hat. Politik und Alltag benötigen unter diesen Vorzeichen einen Perspektivwechsel, damit der Mangel an Erwerbsarbeit in einen Wohlstand an Zeit (Gorz) umgedeutet werden kann: „Das alte und scheinbar ewige Schema „mehr Einkommen, mehr Karriere, mehr demonstrativer Konsum“ zerbricht und an seine Stelle tritt eine neue Gewichtung von Prioritäten (...). Zum Beispiel, daß die Verfügbarkeit über „eigene Zeit“ höher bewertet wird als mehr Einkommen und mehr Karriere, weil Zeit der Schlüssel ist, der das Tor zu den Schätzen aufschließt (...): Gespräch, Freundschaft, Fürsich-Sein, Mitgefühl, Spaß usw.“<sup>948</sup> Neben diesen eher persönlichen Aspekten bildet für Beck die aktive Bürgergesellschaft, die zur transnationalen Bürgerdemokratie ausgebaut werden muss, die notwendige Antithese zur Arbeitsgesellschaft. Das „totalisierende Paradigma der Erwerbsarbeit“ muss gebrochen werden - so die Forderung von Beck.<sup>949</sup> Mit der Bürgerarbeit wird eine Alternative zur Erwerbsarbeit als Quelle für Identität, Zusammenhalt und Anerkennung geschaffen. Um sie durchzusetzen, sind Arbeitszeitverkürzungen notwendig, ebenso wie eine Belohnung der Bürgerarbeit durch Bürgergeld. Auf diesem Weg könne - so Beck - statt Arbeitslosigkeit Bürgerarbeit finanziert werden. Denn für ihn ist nicht die Arbeitslosigkeit das eigentliche Problem, sondern die damit verbundene Geldlosigkeit.<sup>950</sup> Die dahinter liegende Idee soll das Ziel realisieren helfen, durch Bürgerarbeit die Bürgerrechte in Europa mit Leben zu erfüllen und die demokratische Kultur - „learning by doing“ - durch Ausprobieren zu erlernen.<sup>951</sup> Bereits hier wird die neue Dimension sichtbar, die durch Beck im Globalisierungsdiskurs eröffnet wird: Nicht der Systemwechsel an sich, sondern die aktive Ausgestaltung vorhandener Rechte und politischer Freiheiten stehen im Zentrum.

Für Beck bildet seine frühere Definition der Risikogesellschaft den Ausgangspunkt für die Programmatik.<sup>952</sup> Wie bereits im Zusammenhang mit Giddens` Konzeption erläutert, geht Beck mit Giddens und Lash von einer allgegen-

<sup>948</sup> Beck (1997a), S. 18. In diesem Zusammenhang ist das Interview mit Klaus Töpfer interessant, der über seine Erfahrungen bei den Vereinten Nationen berichtet und auf die unterschiedlichen Arbeitsweisen und Zeitempfindungen innerhalb der verschiedenen Kontinente hinweist. Er zitiert einen ostafrikanischen Minister mit den Worten: „Der Unterschied zwischen euch Europäern und uns ist - ihr habt die Uhr, wir haben die Zeit.“ Vgl. Interview mit Klaus Töpfer „Es war eine Dummheit, durch den Rhein zu schwimmen“, *Der Tagesspiegel*, 20.07.03.

<sup>949</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 34; in diesem Sinne vgl. auch S. 32 f.

<sup>950</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 33. Vgl. hierzu auch Manifest der Glücklichen Arbeitslosen, in: Beck, Ulrich (2000a), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 108 - 120. Eine gegensätzliche Position beschreibt der Züricher Ökonom Alois Stutzer, der darauf hinweist, dass für die meisten Menschen Arbeit als solche erstrebenswert ist - egal, zu welchem Gehalt. Selbst wenn die finanzielle Unterstützung von Arbeitslosen in vergleichbarer Höhe mit einem Einkommen aus Arbeit liegt, ist die Unzufriedenheit bei den Arbeitslosen weit höher als bei den Beschäftigten mit vergleichbarem Einkommen. Vgl. „Geld ist nicht alles, nur Arbeit macht glücklich“, *Der Tagesspiegel*, 08.07.03.

<sup>951</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 190 ff. sowie Beck (1999d), S. 56.

<sup>952</sup> Vgl. hierzu insgesamt Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main; Beck, Ulrich (Hg.) (1991), *Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen*, Frankfurt am Main; Beck, Ulrich (1993), *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie der reflexiven Modernisierung*, Frankfurt am Main sowie Beck (1999d).

wärtigen Unsicherheit der politischen Ökonomie in der globalen Welt aus, die aus dem Auseinanderklaffen von territorialer Fixierung der politischen Akteure einerseits und territorialer Ungebundenheit der wirtschaftlichen Akteure andererseits entsteht. Wie in den Konzepten von Rifkin, Sennett und Gorz führen auch bei Beck Technologisierung und Digitalisierung zu immer mehr Rationalisierung und weniger Arbeit, so dass Flexibilität und Verunsicherung zunehmen. In diesem Prozess werden immer mehr Risiken von Staat und Wirtschaft auf den Einzelnen abgewälzt, so dass die Arbeitsgesellschaft der Industrialisierung zur Risikogesellschaft der Globalisierung wird.<sup>953</sup> Mit Blick auf die europäische Politik der letzten Jahre kritisiert auch Beck die „rückwärts-gewandte Vollbeschäftigungsnostalgie“, weil die institutionellen Antworten der Ersten Moderne heute nicht mehr ausreichen, um die anstehenden Probleme zu lösen.<sup>954</sup> Die Kultur des „Entweder-Oder“ bzw. „Weder-Noch“, die sich in der Dominanz der Arbeit widerspiegelt, müsse laut Beck durch eine Kultur des „Sowohl-als-Auch“ und des „Und“ ersetzt werden.<sup>955</sup> So formuliert Beck, mit direktem Bezug auf Albrow, Giddens, Sennett und Gorz, seinen Anspruch, eine „Gründerzeit für neue Ideen und Modelle“ initiieren zu wollen, um einen Abschied vom Denken in den Begrifflichkeiten der Arbeitsgesellschaft einzuleiten und gemäß den Erfordernissen der „neue(n) Zeit“ neue Kategorien, Koordinaten, Orts- und Zeitbestimmungen des Sozialen und Politischen zu entwerfen.<sup>956</sup> Etwas weniger wortgewaltig und nüchterner in der Analyse, aber mit ähnlicher Intention fordert auch Mutz die Anerkennung der veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen. Für ihn ist nicht das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ gekommen, sondern vielmehr eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes notwendig: „Es geht darum, sich von der Fixierung auf Erwerbsarbeit zu lösen und den Blickwinkel auf nicht erwerbsförmige Tätigkeiten zu erweitern.“<sup>957</sup> Dies impliziert die Forderung, künftig die unterschiedlichen Tätigkeiten als gleichwertig zu betrachten. Beachtenswert ist, dass in dem 2001 veröffentlichten Text von Mutz viele der ab Mitte der 1990er Jahre vorausgesagten Krisensymptome und Entwicklungen nun bereits als vorhandene Tatsachen behandelt werden.

---

<sup>953</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 9 ff. sowie in diesem Sinne auch Beck (1999d), S. 53 und S. 58; Beck (2000a), S. 22 und S. 63 ff.

<sup>954</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 14 und S. 26 sowie Beck (2000a), S. 24 f. und S. 27. Hier verweist Beck zudem auf die seiner Meinung nach zu eng gefasste und damit unkorrekt gebrauchte Definition für Vollbeschäftigung. Vgl. hierzu auch Kempe (1998), S. 69 ff.

<sup>955</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 10. Vgl. hierzu auch „Wenn das Und das Entweder-Oder ablöst“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.09.93.

<sup>956</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 11, S. 15 und S. 27 ff. Ein Umdenken fordern auch Heinze und Streeck, die eine Öffnung des Arbeitsmarktes für neue Formen der Dienstleistungen fordern und gleichzeitig darauf verweisen, dass diese ein „anderes Arbeitsregime als die Industrie“ bräuchten, nämlich „andere Arbeitszeiten, andere Entlohnungsformen, andere Qualifizierungseinrichtungen, andere Formen der sozialen Sicherung“. Dafür müssten sich aber auch die Denkweisen ändern. Vgl. Heinze/Streeck (2000), S. 256 und S. 258.

<sup>957</sup> Mutz (2001), S. 16. Ähnlich argumentiert auch Meinhard Miegel, der die Meinung vertritt, es sei genügend Arbeit als „Rohstoff“ vorhanden, die jedoch erst noch in Arbeitsplätze umgewandelt werden muss. Vgl. Miegel, Meinhard (2003), *Verdrängte Wirklichkeiten. Die Lebenswelt der Deutschen oder Eine Epoche geht unwiderruflich zu Ende*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.03.03.

### 3.4.2 Erste Moderne und Globalisierung

Beck baut seine Programmatik auf der Unterscheidung zwischen Erster und Zweiter Moderne auf, zwei Begriffen und Definitionen, die grundlegend für alle seine Überlegungen zur Globalisierung sind.<sup>958</sup> Indem auch Beck, wie bereits Albrow, Giddens und Guéhenno, Erscheinungsformen, die seit der Aufklärung entstanden sind (Territorialstaat, Identität von politischem und gesellschaftlichem Raum, kapitalistisches Wirtschaftssystem u.ä.), mit Entwicklungen der Industrialisierung verknüpft, kommt er mit Blick auf das ökonomische System zu folgender Definition der Ersten Moderne: Sie wird bestimmt durch die nationalstaatliche Organisation von Volkswirtschaft und Politik, intakte Kleinfamilien mit Aufgabentrennung zwischen Frauen und Männern, geschlossene und ständisch geprägte, proletarische wie bürgerliche Lebenswelten, Hierarchien von Experten und Laien sowie Territorialbindung von Produktion, Kooperation und Betrieb.<sup>959</sup> Verbindet man diese Elemente der Ersten Moderne mit den Globalisierungsprozessen, kommt es laut Beck zu einer Sichtweise, die alle neuen Entwicklungen weiterhin nur auf das Territorialprinzip und die Nationalstaatlichkeit bezieht und damit zu kurz greift. Möglichkeiten, die transnational gewonnen werden, erscheinen in diesem Zusammenhang als Verlust auf nationalstaatlicher Ebene: weniger Entscheidungsgewalt, weniger demokratische Qualität, weniger Souveränität. Das Transnationale wird somit zum „Quasifeind“ - wie bereits Gorz erläutert hat. Die Globalisierung wird im Zuge dieser einfachen und linearen Sichtweise als subversive Bedrohung empfunden. Daraus folgt für Beck, dass der Unterschied zwischen Erster und Zweiter Moderne darin liegt, wie künftig die Fragen der Globalisierung und Individualisierung, der ökologischen Krise sowie der prekären Arbeit wahrgenommen und bearbeitet werden. Denn die Leitideen und Kernantworten der Ersten Moderne verlieren im Zuge der Globalisierung ihre Selbstverständlichkeit und Überzeugungskraft.<sup>960</sup> Ein neuer Blick auf die Entwicklungen ist somit Kern der Zweiten Moderne.

### 3.4.3 Zweite Moderne und Globalisierung

So wird die Zweite Moderne zum „Zauberwort, das die Tore zu neuen Denklanschaften aufschließen soll“.<sup>961</sup> Diese definiert Beck so: Sie ist geprägt von ökologischen Krisen, einem Zurückgehen der Erwerbsarbeit sowie von Individualisierung und Globalisierung. Das Neue und Einschneidende daran ist, dass die Gesellschaft heute auf allen Ebenen gleichzeitig auf diesen Wandel reagieren muss. Die Zweite Moderne ist also nicht mehr einfach und linear, sondern vor allem reflexiv und von Risiken geprägt. Die ständische Bindung

<sup>958</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Beck, Ulrich (1995), Die feindlose Demokratie. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart, S. 11-30.

<sup>959</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 24 f. sowie Beck (2000a), S. 39 ff. und S. 63 ff.

<sup>960</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 28 ff.

<sup>961</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 22.

verblasst, Arbeitsgesellschaft und Sozialsysteme erodieren.<sup>962</sup> Für Beck hat das Risikoregime die Herrschaft über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik übernommen. So liegt für ihn also die angemessene Unterscheidung zwischen Erster und Zweiter Moderne nicht in der Frage, ob es ein industrielles oder post-industrielles Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gibt, sondern in dem Unterschied zwischen den Sicherheiten, Gewissheiten und klaren Grenzen der Ersten Moderne und den Unsicherheiten, Ungewissheiten und Entgrenzungen der Zweiten Moderne.<sup>963</sup> Statt der normierten Gesellschaft trifft man heute auf individuelle Lebensentwürfe, geprägt von Mobilität und neuen Formen der Selbstversorgung, aber auch auf Armut, die weltweit und innerstaatlich dynamisiert wird. Somit werden im Zuge der Globalisierung die hergestellten anthropologischen Konstanten und funktionalen Imperative der Ersten Moderne fragwürdig. Für Beck gelangt das territorial fixierte Epochenbild des Sozialen an sein Ende.<sup>964</sup> Methodisch interessant ist, dass Beck in seinem Buch zur Erläuterung des Risikoregimes auf eine Unterteilung in verschiedene Dimensionen zurückgreift, die auch Wolfgang Bonß in einem weiteren von Beck herausgegeben Band aus der Suhrkamp-Edition *Zweite Moderne* anwendet.<sup>965</sup> Diese unterteilt das Risikoregime in die Dimensionen Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, Individualisierung der Arbeit und Politisierung.<sup>966</sup>

#### 3.4.4 Kapitalismus und Demokratie

Eng verbunden mit Risikoregime und Globalisierung ist auch in Becks Konzept das Heraustreten des Kapitalismus aus den nationalstaatlichen Begrenzungen, das auch in den nachfolgenden Teilkapiteln zentral ist. Beck konstatiert, dass sich der globale Kapitalismus, vor allem in den westlichen Ländern, aus dem Wertekern der Arbeitsgesellschaft herauslöst. Das historische Bündnis zwischen Kapitalismus, Staat und Demokratie in Form des Wohlfahrtsstaates zerbrüche dadurch.<sup>967</sup> Beck weist jedoch explizit darauf hin, dass er davon ausgeht, dass der Kapitalismus nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig ist.<sup>968</sup> Für Beck entfallen mittlerweile die Grundlagen der Arbeitsgesellschaft, wie etwa standardisierte Arbeit und Massenproduktion, da gleichzeitig dezentral und global produziert werde.<sup>969</sup> Wie Sennett und Gorz thematisiert auch er die Bedeutung des Ortes

<sup>962</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 23 ff.

<sup>963</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 72 ff. sowie Beck (2000a), S. 41 ff.

<sup>964</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 31 sowie Beck (2000a), S. 15. In diesem Sinn argumentiert Beck auch in dem Gespräch mit Pierre Bourdieu und Joschka Fischer, das im Internet dokumentiert ist unter: *Spiel ohne Grenzen? Im Zeichen der Globalisierung: Perspektiven europäischer Politik*, Tagung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie am 08.06.1997, (<http://www01.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/2157/anchor1.html>), Stand 03.06.1998. Vgl. ebenfalls „Mozart und der europäische Sozialstaat. Bourdieu, Beck und Fischer über Globalisierung“, *Berliner Zeitung*, 11.06.97.

<sup>965</sup> Vgl. Bonß (2000), S. 327 - 415.

<sup>966</sup> In „Kinder der Freiheit“ bezeichnet Beck noch Individualisierung und Globalisierung als die beiden entscheidenden Dimensionen der Zweiten Moderne. Vgl. Beck (1997a), S. 32 f. sowie Beck (1999a), S. 75 ff. und S. 123 f.

<sup>967</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 24 f.

<sup>968</sup> Vgl. hierzu auch Beck (1997a), S. 23 f. und S. 395 sowie Beck (1999a), S. 11.

<sup>969</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 79.

für die Wirtschaft, wobei er im Gleichklang mit diesen feststellt: „Im „entfernungslosen“ Raum informationstechnologisch herstellbarer Nähe konkurrieren ... potentiell alle mit allen Orten der Welt“.<sup>970</sup> Der globale Kapitalismus ist nicht mehr an den Ort gebunden. Dennoch verweist Beck gleichzeitig darauf, dass für Wirtschaftsunternehmen nach wie vor der Standortvorteil entscheidend ist. Als wirtschaftlicher Standort ist der Ort ideal, an dem die Steuererhebungen niedrig ausfallen, als Wohnort hingegen der, an dem die Gemeinschaftsleistungen hoch sind. Mit dieser Feststellung wirft Beck im Globalisierungsdiskurs die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen auf, die seiner Meinung nach weder intellektuell noch politisch wirklich angegangen wird: Solange es Unternehmen und Führungskräfte möglich ist, an einem Ort die gute Infrastruktur in Form von Universitäten, Krankenhäusern, Verkehrssystemen, Rechtsprechung und Forschungsgeldern in Anspruch zu nehmen, an einem anderen Ort aber aufgrund niedriger Kosten ihre Investitionen zu tätigen, die Produktion anzusiedeln und die Steuervorteile zu nutzen, entzögen sich die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und verstärkten die Krise in den Industriestaaten, statt sich an deren Lösung zu beteiligen - so die Befürchtung Becks.<sup>971</sup> Diese Frage wird auch im Folgenden immer wieder eine Rolle spielen.

### 3.4.5 Rolle der Ökonomie und Mobilität

Auf Grundlage dieser Argumentation und der konstatierten Macht- und Einflusszunahme der Wirtschaft im globalen Kontext stellt Beck die Forderung auf, dass die Wirtschaft zum „Ort und Arm transnationaler Politik“ werden müsse - eine These, der Gorz widersprechen würde und die in dieser Form keiner der anderen Autoren formuliert. An dieser Stelle wird deutlich, dass sich Gorz und Beck in ihrer Zielsetzung unterscheiden. Wo Gorz die Überwindung des kapitalistischen Systems anstrebt, fordert Beck dessen umsichtige Gestaltung. Denn er will, dass die Wirtschaft die ihr zugewiesene Gestaltungsmacht im transnationalen Raum verantwortlich und politisch kontrollierbar wahrnimmt.<sup>972</sup> Er argumentiert weiter: Eine Wirtschaft, die sich dessen bewusst ist, könnte Voraussetzungen einer transnationalen Demokratie schaffen. Beck spielt damit auf das Stufen-Modell an, in dem Forschung und Innovation in industriellen Zentren mit hoher Lebensqualität verortet sind und die qualifizierte Produktion im eigenen Land abläuft. Produktionsstätten mit mittlerem Qualifikationsniveau hingegen werden ins Ausland verlagert. Verkauf, Vermarktung und Verwaltung schließlich sind in einigen regionalen Zentren, die über die ganze Welt verteilt

---

<sup>970</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 32.

<sup>971</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 33.

<sup>972</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 63 sowie Beck, Ulrich (1999e), Die postnationale Gesellschaft und ihre Feinde, in: Zeitenwende - Aufbruch in das 21. Jahrhundert. Bürgerschaftsforum 1999 - öffentliche Veranstaltungsreihe. Dokumentation der Beiträge, Hamburg, S. 54. Vgl. ebenso Mutz (2001), S. 19.

sind, konzentriert.<sup>973</sup> Dieses Modell erinnert an das dreistufige Krisenszenario, das Menzel in seinem Buch „Globalisierung versus Fragmentierung“ skizziert: Bei ihm werden die alten Industrieländer in Westeuropa, USA und Japan (Norden) zu postmodernen und globalen Dienstleistungsgesellschaften, die Wissen produzieren und „humankapitalintensive“ Dienstleistungen anbieten (z.B. Software). Die Länder Ost- und Südostasiens hingegen werden zu „neuen Industrieländern“, da sie zu Anwendern des im Norden produzierten Wissens werden und die Hardware für diese Informationsgesellschaften erstellen. Zudem werden die Dienstleistungsgesellschaften des Nordens aus den neuen Industrieländern mit Produkten des täglichen Bedarfs versorgt. Afrika südlich der Sahara, weite Teile Zentralasiens und Lateinamerika schließlich degradieren zum armen Rest der Welt, der aufgrund seiner Bedeutungslosigkeit für den Norden in Vergessenheit gerät. Diese Dreiteilung wird überwölbt von einem transnationalen Sektor der „symbolischen Ökonomie“, der seine Schnittstellen in den „global cities“ hat, die Menzel in New York, Tokyo, Honkong und Frankfurt am Main verortet.<sup>974</sup> Um diese Teilung der Welt zu vermeiden, mahnt Beck die politische und gesellschaftliche Verantwortlichkeit der Wirtschaft an. Ebenfalls im Unterschied zu allen bislang analysierten Konzepten enthält Becks Text noch einen weiteren Aspekt, den es zu bedenken gilt. Er verbindet nämlich die beiden Phänomene der Mobilität und der Migration. So werde Mobilität innerhalb eines Landes positiv konnotiert und von den Menschen im Zuge der globalisierten Wirtschaft politisch gefordert. Gleichzeitig werde aber Migration, also Mobilität über Landesgrenzen hinweg, negativ konnotiert. Mit Blick auf die Globalisierung, also die permanente Grenzüberschreitung, verweist Beck hier auf einen Widerspruch in der Beurteilung von Mobilität.<sup>975</sup> Hier zeigt sich Gorz` Befürchtung bestätigt, dass die Entwicklungen bereits weiter fortgeschritten sind als die Wahrnehmung und das Denken der Menschen.

### 3.4.6 Arbeitsgesellschaft im Wandel: Krise und Folgen

In Anlehnung an das oben skizzierte globale Stufen-Modell entwirft Beck ein weiteres, das er auf die nationale Arbeitsgesellschaft bezieht. Seine Prognose lautet, dass es künftig mehrere Gruppen innerhalb der westlichen Gesellschaften geben werde: nämlich die sogenannte Kolumbus-Klasse, bei Dahrendorf die „globale Klasse“, die aus den Eignern des global agierenden Kapitals und ihren Helfern besteht. Die nächste Gruppe stellen die sogenannten prekären Hochqualifizierten dar, nämlich akademische Zeitarbeiter, Scheinselbstständige und Selbstunternehmer. Die dritte Gruppe besteht aus den Working Poor, die gering verdienend, weniger gut qualifiziert und durch die Automatisierung gefährdet sind. Zuletzt gibt es schließlich noch die lokalisierte

---

<sup>973</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 35 f.

<sup>974</sup> Vgl. Menzel (1998), S. 196 ff.

<sup>975</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 37.

Armut, die Menschen betrifft, die immobil und gleichzeitig von sozialer Exklusion bedroht sind.<sup>976</sup> Auch Beck arbeitet wie Rifkin, Sennett und Gorz mit Zahlenbeispielen. Er führt aus, dass in Deutschland der Anteil der arbeits- und sozialrechtlich abgesicherten Beschäftigten in Normalarbeitszeitverhältnissen zwischen 1980 und 1995 von 80 auf 68 Prozent gesunken sei und künftig sogar auf 50 Prozent sinken werde.<sup>977</sup> Diesen Übergang von der Norm- zur Nicht-Normarbeit bezeichnet Beck als Brasilianisierung des Westens, der eine Annäherung der modernen an die vormodernen Länder zeige. Hier setzt er mit seinem Plädoyer für Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitteilung an. Trotz seines Verweises auf die Gefahren, die dieses Konzept in Form einer Umverteilung der Einkommen mit potentiell kollektivem Abstieg nach unten impliziere, hält Beck an der Betonung der Chancen fest.<sup>978</sup> Er widerspricht den Ängsten Sennetts, dass die Flexibilisierung der Arbeitszeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprengen könne.<sup>979</sup> Unternehmen wie Ford, Opel oder IBM dienen ihm - wie auch den anderen Autoren - als Beispiele für die Möglichkeiten der Arbeitszeitteilung.<sup>980</sup> Mit Blick auf die Entwicklungen in den USA, wo das sogenannte Jobwunder mit dem Zwang zur Annahme mehrerer Jobs zur Existenzsicherung einhergeht, warnt Beck vor einer Entwicklung, die dem Einzelnen keine Zeit mehr lässt, sich neben der Arbeit auch noch sozial oder politisch zu engagieren. Er sieht darin eine demokratiegefährdende Tendenz - ein Aspekt, der seine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der nach mehr bürgerschaftlichem Engagement zur Demokratiestabilisierung verknüpft.<sup>981</sup> Angemerkt sei an dieser Stelle Becks Rekurs auf Barber, der in einer Studie nachgewiesen hat, dass es auch unter sozial Benachteiligten ein beachtliches Engagementpotential gibt.<sup>982</sup>

### 3.4.7 Arbeit, Identität und politische Steuerung

Ebenso wie Sennett und Gorz geht Beck davon aus, dass Arbeit im westlichen Kulturkreis zur Quelle und zum Maßstab für die Wertschätzung des Menschen und seiner Tätigkeit geworden ist. Er stellt fest: „Weil alles Erstrebenswerte - materielle Sicherheit, soziale Anerkennung, Status und Identität - nur durch das Nadelöhr der Erwerbsarbeit zu erlangen ist, drängen alle auf den Arbeits-

<sup>976</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 108.

<sup>977</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 86.

<sup>978</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 81 ff., S. 92 f. und S. 96 ff. sowie Beck (2000a), S. 23 und S. 52 ff. Die Umverteilung nach unten als Gefahr thematisiert Beck bereits 1986. Vgl. Beck (1986), S. 226.

<sup>979</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch insgesamt Schulze Buschoff (2000) sowie „Deutsche wollen Arbeitszeit freier bestimmen. Sozialforscher: Zustimmung für starre Beschäftigungsmodelle sinkt“, *Der Tagesspiegel*, 21.06.03.

<sup>980</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 83. Kempe greift das Beispiel der Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung von VW zu Beginn der 1990er Jahre auf, das er als erfolgreich und zukunftsweisend wertet. Vgl. Kempe (1998), S. 90 ff.

<sup>981</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 113 ff. sowie Beck (1999d), S. 61 f. und vgl. Mutz (1999a). Außerdem „Arbeit für alle - das Modell USA“, *Der Tagesspiegel*, 13.08.03.

<sup>982</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 110 ff. Vgl. zum Engagementpotential bei Arbeitslosen die differenzierte Darstellung von Mutz (1997), S. 35 ff. sowie Heinze/Strünck (2000), S. 211. Außerdem zum freiwilligen Engagement im Alter „Aktiv sein für andere“ (Michael Grau), *Evangelischer Pressedienst* (epd), 07.10.03.

markt.<sup>983</sup> Der Arbeitsbegriff ist heute Bestandteil des anthropologischen Selbstverständnisses des Menschen, seiner Identität und Persönlichkeit.<sup>984</sup> Womit Beck dann eine neue Wendung in den Globalisierungsdiskurs einbringt, ist die Koppelung seines Konzepts zur Zukunft der Arbeit mit dem zur Zukunft der Demokratie. Durch die Brasilianisierung des Westens, das heißt, durch die „Entsicherung“ des Normalarbeitsverhältnisses müsse das Mehr an Zeit zur Rettung der Demokratie in neue Kreativität und Eigeninitiative umgemünzt werden. Da Demokratie nach Becks Überzeugung soziale Sicherheit braucht, muss bei Erosion des Wohlfahrtsstaates diese Sicherheit aus einer neuen Quelle gespeist werden.<sup>985</sup> Becks Plädoyer gilt dann auch in Anlehnung an Gorz der Forderung der erfahrbaren politischen Freiheit in selbstorganisierten Aktivitätsnetzwerken - ein Schlagwort, das bereits aus Giddens Texten bekannt ist.<sup>986</sup> Wie bereits von Gorz gehört, will auch Beck das Prekäre der Beschäftigung in ein Recht auf diskontinuierliche Beschäftigung und ein Recht auf frei wählbare Zeit umwandeln, wobei dieses Recht in tarifliche Rahmenbedingungen eingebettet werden soll, damit Freiräume in der Abstimmung von Arbeit, Leben und politischem Handeln entstehen können, ohne die soziale Sicherheit zu gefährden. In diese Logik passt Becks an anderer Stelle entwickeltes Konzept des bürgerschaftlichen Engagements, das aufgrund des Wertewandels zwar zunimmt, jedoch jenseits der klassischen politischen Institutionen abläuft.<sup>987</sup> Diese Entwicklung soll gemeinschaftlich sinnvoll kanalisiert und damit zur Bürgerarbeit werden.<sup>988</sup> Im Gegensatz zu Sennett, Forrester und Rifkin geht Beck davon aus, dass das Risikoregime eine verdeckte, gemeinschaftbildende Seite und Kraft beinhaltet, die bei einer akzeptierten Gefährdungsdefinition zu verbindlichen Absprachen und Gegenaktionen führen und damit über kulturelle Werthorizonte in Form von Gegenhandeln die Menschen verbinden kann.<sup>989</sup> Gemeinschaft konstituiert sich bei ihm also aus der Anerkennung des Risikos und den gemeinschaftlichen Gegenstrategien. Künftig werden somit nicht mehr die Schicksalsgemeinschaften, sondern die Verantwortungsgemeinschaften der Dreh- und Angelpunkt sein.<sup>990</sup> Beck unterschlägt an dieser Stelle allerdings den Hinweis, dass nicht jede Risikogemeinschaft selbst gewählt und daher auch nicht unbedingt im Gegenhandeln aktiv und geeint sein muss, ein Vorgehen, das in der Logik seines Konzeptes der Betonung der Chancen geschuldet zu sein scheint.

---

<sup>983</sup> Beck (2000a), S. 27; in diesem Sinne vgl. auch S. 35.

<sup>984</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 16 ff.

<sup>985</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 19 und S. 74 f.

<sup>986</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 12 f.

<sup>987</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 152 sowie beispielhaft Beck (1997a), S. 9 - 33. In diesem Sinne vgl. auch insgesamt Mutz (2001).

<sup>988</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 46 ff. und S. 57 ff.

<sup>989</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 160 und S. 165.

<sup>990</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 166 ff. sowie Beck, Ulrich (1999f), Wie wird eine postnationale und zugleich politische Bürgergesellschaft möglich? Dokumentiert im Internet am 25.04.1999, (<http://www.heise.de/bin/tp/issue/dl-artikel.cgi?artkelnr=2783&mode=htm>), Stand 24.01.2000.



### 3.4.8 Lösungsweg und Vision

Beck geht davon aus, dass sein Modell der Bürgerarbeit den Schlüssel für politisches Engagement darstellt, das der Staat wiederum nutzen kann, um die Demokratie neu zu beleben und neu zu definieren.<sup>991</sup> Das Plädoyer von Gorz für die Umdeutung des Mangels an Arbeit in einen Wohlstand an Zeit erweitert Beck zum Plädoyer für eine aktive Bürgergesellschaft vor Ort, die zugleich eine nationale wie transnationale Bürgerdemokratie in Europa werden soll:<sup>992</sup> „Es ist die politisch gewendete, selbsttätige, selbstbewußte, politische Bürgergesellschaft, die Do-it-yourself-Kultur, die einen neuen, dichten Begriff des Politischen entwickelt, erprobt und verwirklicht.“<sup>993</sup> Becks Vision lautet, dass die europäische Demokratie ihre Seele mit und durch Bürgerarbeit gewinnen wird.<sup>994</sup>

#### ***Bürgerarbeit***

Beck baut seine Vision des Europa der Bürgerarbeit im Einklang mit den anderen Autoren auf der Kommune auf. Er sagt voraus, dass das Gemeindeleben durch Bürgerarbeit farbiger, kontroverser, dichter und damit aktiver wird. Die Bürgerarbeit soll allerdings ohne Zwang ausgeübt werden, auf freiwilliger, selbstorganisierter Basis und ohne feste Kriterien und Richtlinien.<sup>995</sup> Organisiert werden könnte sie durch einen Bürgerarbeitsausschuss, der in der Kommune Projekte benennt und betreut sowie die Kriterien für jedes Projekt je nach Bedarf festlegt und in einen „Aktivitäts-Vertrag“ fasst.<sup>996</sup> Sie soll jedoch keinesfalls bei der Kommunalverwaltung, den Sozial- und Arbeitsämtern oder Wohlfahrtsverbänden angesiedelt sein, sondern vom Typus des Gemeinwohlunternehmers getragen werden.<sup>997</sup> Denn für Beck stellt die Bürgerarbeit zugleich Protestarbeit gegen Lücken im staatlichen Handeln dar, wobei er dennoch auf eine öffentliche Grundfinanzierung setzt.<sup>998</sup> So ist Bürgerarbeit im Beck'schen Sinne der organisierte, schöpferische Ungehorsam, der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung im sozialen Engagement gewährleistet, dabei projektgebunden und kooperativ ist. Beck definiert nach dem Motto: kommunal organisieren und global agieren.<sup>999</sup> Da Beck davon ausgeht, dass Bürgerarbeit aus dem Aktivwerden Einzelner aufgrund eines drängenden Problemdrucks initiiert wird, eine Idee, die auch bei Dahrendorf eine Rolle

<sup>991</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 75 und S. 156. Dieser Aspekt wird in der vierten Diskursphase unter dem Stichwort Global Governance eine Rolle spielen.

<sup>992</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 66.

<sup>993</sup> Beck (1999a), S. 14.

<sup>994</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 122 ff. und S. 137 sowie insgesamt Beck (1999f).

<sup>995</sup> Vgl. Beck (2000a), S. 51 sowie in diesem Sinne auch das Internet-Interview, vgl. Beck (1999f).

<sup>996</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 129 und S. 171 sowie Beck (2000a), S. 59 f.

<sup>997</sup> Zur Typologie des Gemeinwohlunternehmers vgl. Beck (2000a), S. 49 und S. 428 ff. Diesen Ansatz unterstützen unter dem Stichwort „Organisationsmix“ auch Heinze und Strünck, wobei sie dezidiert für das Ausprobieren neuer Formen plädieren. Vgl. Heinze/Strünck (2000), S. 208 f.

<sup>998</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 63.

<sup>999</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 130 ff. und S. 138 f.

spielt, besitzt sie keinen Hebel, von außen gesteuert oder kontrolliert zu werden. Den Anreiz zur Eigeninitiative sieht Beck außer im Problemdruck auch in der Chance für den Einzelnen, beruflich gefragte Fähigkeiten und Kenntnisse einmal anders, nämlich selbstbestimmt und bürgerschaftlich einsetzen zu können: „Der Appetit auf Demokratie kommt beim Essen.“ - so seine Hoffnung.<sup>1000</sup> Denn für ihn zeichnet sich Bürgerarbeit dadurch aus, dass sie kommunikativ ist, sichtbare und zurechenbare Ergebnisse und Anerkennung vermittelt und sich damit ein Stück weit von bezahlter, abhängiger Arbeit unterscheidet. Dennoch wird sie nach Einschätzung Becks die Erwerbsarbeit nicht verdrängen, sondern nur ergänzen und beschränkt bleiben auf Tätigkeiten, die weder durch Erwerbs- noch durch Familienarbeit abgedeckt sind. Hier steht Beck im Widerspruch zu Gorz, da er dem Maßstab der gesellschaftlichen Nützlichkeit verhaftet bleibt. An dieser Stelle wird eine Schwierigkeit in Becks Konzept sichtbar, die dadurch entsteht, dass er sich einerseits stark auf Gorz beruft, andererseits aber dessen radikale Schlussfolgerungen nicht übernimmt. Durch diese Unentschiedenheit läuft Beck Gefahr, einen logischen Bruch in seiner Methodik zu provozieren.

### **Bürgergeld**

Im Gegensatz zu Gorz macht sich Beck einige Gedanken dazu, woher die finanziellen Mittel für das Bürgergeld kommen sollen, mit dem die Bürgerarbeit belohnt werden soll. So kann es aus öffentlichen Transfergeldern und kommunaler Eigenfinanzierung bestehen, aber auch aus Drittmitteln von Unternehmen, die ein betriebliches Sozialsponsoring betreiben sowie aus Beträgen, die in der Bürgerarbeit selbst erwirtschaftet werden. Ebenso ist die Eigenfinanzierung durch private Stiftungen denkbar. Im Bezug auf die staatlichen Mittel geht Beck von der Annahme aus, dass es eine Umschichtung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ins Bürgergeld geben könne, da die Empfänger wichtige und wirksame Bürgerarbeit leisten, wobei dieser Betrag zusätzlich durch kommunale Mittel aufgestockt werden kann.<sup>1001</sup> Offen bleibt auch bei ihm die Höhe des Bürgergeldes und die Instanz, die die Nützlichkeit oder Wirksamkeit von Bürgerarbeit definiert und misst. Zudem schränkt Beck ein, dass Bürgergeld nicht als Bezahlung, sondern als Belohnung gedacht sein und daher nicht unbedingt aus Geld bestehen müsse. Es solle vor allem der Aufwertung und Anerkennung dienen und wenn es als Geld ausbezahlt werde, etwa in der Höhe des geltenden Niveaus von Arbeitslosen- und Sozialhilfe liegen, damit die Empfänger von der „Sorge um das tägliche Brot“ entlastet seien. Statt Entlohnung geht es Beck um Be-lohnung, so dass beispielsweise eine nicht-

---

<sup>1000</sup> Beck (1999a), S. 141. In diesem Sinn argumentiert auch Mutz, der sich auf die Modellversuche „Münchner Modell“ und „Switch“ bezieht und das bürgerschaftliche Engagement als Bildung bzw. Weiterbildung ansieht. Vgl. hierzu Mutz (1999b), S. 8 sowie Mutz, Gerd (2000), Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement, in: *Forschungsjournal neue soziale Bewegung* 13, Heft 2, S. 78 sowie Mutz (2001), S. 21 f.

<sup>1001</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 129. Vorschläge zu einer Mischfinanzierung macht auch Kempe (1998), S. 124 f. und S. 132f.

monetäre Vergütung in der Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten bestehen könnte. In diesem Zusammenhang greift er auf die sogenannten Favor Credits, die bürgerschaftliches Engagement etwa mit der Bereitstellung eines Kindergartenplatzes verrechnen, und die bereits von Giddens und Gorz bekannten Tauschringe zurück.<sup>1002</sup> Mit dieser Beschreibung geht Beck in seinem Konzept zwar etwas mehr ins Detail als die anderen Autoren, kann aber dennoch nicht mehr als erste Ideen zur Form und Finanzierung des Bürgergeldes präsentieren. Eines steht für ihn jedoch fest: Bezahlte, aber fremdbestimmte Arbeit kann nicht durch unbezahlte, aber selbstbestimmte Arbeit ersetzt werden.<sup>1003</sup> Daher kann die sogenannte „Feminisierung“ der Arbeitswelt keine Lösung sein, da eine Angleichung ans Prekäre lediglich den sozialen Abstieg kaschiert.<sup>1004</sup>

### **Akteure**

Mögliche Träger der Bürgerarbeit sind bei Beck wie bei Giddens Bürgerinitiativen und NGOs, die neben dem lokalen Engagement die Potentiale zur transnationalen Vernetzung besitzen. Er sieht in ihnen Kooperationspartner für den Staat und bezeichnet sie als „vorausseilende Kooperationspioniere“.<sup>1005</sup> Dabei geht er ähnlich unkritisch mit der Beurteilung dieser Akteure um, da auch er sie generell als Motor für die Aktivierung der Bürgergesellschaft ansieht. Allerdings sind sie seiner Ansicht nach von gewissen Produktions-, Konsum- und Arbeitsbedingungen des heutigen Kapitalismus abhängig, eine Einschätzung, die quer zu dem Ansatz von Gorz liegt, weil sie den globalen Kapitalismus als Grundbestandteil der Zukunft akzeptiert. Beck stellt fest, dass transnationale Bürgerbewegungen dort erfolgreich arbeiten, wo politisches Engagement und Konsumgesellschaft zusammentreffen. Wie in einigen seiner anderen Texte führt er auch hier das Beispiel der Käuferboykotts an, die die Macht der Zivilgesellschaft zeigten.<sup>1006</sup>

<sup>1002</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 63 sowie Beck (2000a), S. 62. Auch an dieser Stelle sind die Erläuterungen von Mutz hilfreich. Vgl. zum Stichwort Zeitgutscheine und Zeitspenden Mutz (1997), S. 39; vgl. zum „Münchener Modell“ Mutz (1997), S. 32 f. und Mutz (1999b), S. 8 f.; vgl. zum Sozial-Sponsoring Mutz (1999a), S. 192; vgl. zu „Switch“ Mutz (2000), S. 77 - 85 und Mutz (2001), S. 21 f. Eine weitere Differenzierung bei einer möglichen Verkoppelung von sozialem Engagement und sozialem Sicherungssystem findet sich bei Keupp/Kraus/Straus (2000), S. 254 ff. Hier werden neben den Favor Credits auch die Möglichkeiten der Zertifizierung von Sozialzeiten genannt. Außerdem schlagen sie zur Steigerung der öffentlichen Anerkennung die Festschreibung von bürgerschaftlichem Engagement im Lebenslauf sowie öffentliche Preisverleihung vor, zudem die Möglichkeit der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zeitspenden für soziale Tätigkeiten.

<sup>1003</sup> Vgl. in diesem Sinne auch Bonß (2000), S. 329.

<sup>1004</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 70 f. Vgl. hierzu auch Rudolph, Brigitte (2000), Eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten. Chance oder Falle für Frauen, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 287 - 326 sowie Rudolph, Brigitte (2001), Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der „Neuen Tätigkeitsgesellschaft“ für Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21, S. 24 - 30. Vgl. zudem Schulze Buschoff (2000), S. 34 sowie „Teilzeitarbeit ist „klassische Frauenarbeit“, *Der Tagesspiegel*, 25.09.03. Auch Heinze und Streeck gehen in ihrem Beitrag für die Tagung „Geschichte und Zukunft der Arbeit“ auf diesen Aspekt ein. Vgl. Heinze/Streeck (2000), S. 248 f.

<sup>1005</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 134 f.

<sup>1006</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 172 f..

## Umsetzung

Die Vision der Bürgerarbeit als Antriebskraft zur Repolitisierung der Gesellschaften in Europa könne laut Beck schrittweise umgesetzt werden, wenn es zuerst zu Arbeitszeitverkürzungen bei den Vollerwerbstätigen und damit zur Arbeitsplatzteilung käme.<sup>1007</sup> Damit gleichzeitig Elternarbeit, aber auch künstlerische, kulturelle und politische Tätigkeiten gesellschaftlich anerkannt werden, sollten diese durch Ansprüche bei der Rente oder Krankenversicherung belohnt werden. Mit Blick auf die Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen fordert Beck, wie bereits zuvor Gorz, eine Umverteilung bei den Familienverpflichtungen.<sup>1008</sup> Auch Beck schwebt der Wechsel zwischen unterschiedlichsten Tätigkeiten vor, wobei für die Bürgerarbeit ein finanzieller Unterbau nötig sei, damit diese tatsächlich zum Partner und Kritiker des Staates werden könne. Soziale Sicherheit solle von der Arbeit entkoppelt und an die Bürgerarbeit geknüpft werden.<sup>1009</sup> Worauf Beck gesondert hinweist, ist die Möglichkeit, durch Bürgerarbeit zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, die dann wiederum in der Erwerbsarbeit zum Tragen kommen können. Hier wird deutlich, dass Beck im Gegensatz zu Gorz in der Denkweise des kapitalistischen Systems verhaftet bleibt. Die erworbenen Qualifikationen könnten durch Zeugnisse oder andere Nachweise fixiert werden, wobei nicht klar wird, wer zur Zertifizierung berechtigt ist.<sup>1010</sup> Wie bereits erwähnt, geht es Beck um die Gestaltung der Globalisierung, wobei sein Ziel die postnationale Bürgergesellschaft ist.<sup>1011</sup> Sie bedarf neben dem Engagement einer Öffnung der Gesellschaft, damit neue Formationen und Kooperationen entstehen können. Vor allem aber seien künftig kosmopolitische und transnationale Parteien notwendig, damit Politik „mehrörtig“ stattfinden könne. Fazit in Becks Konzept ist, dass die Politik mit den Konzernen gleichziehen müsse: „Nach dem Motto: Von der Wirtschaft lernen, heißt siegen lernen!“<sup>1012</sup>

### 3.4.9 Fazit

Bedeutsam in Becks Konzept ist, dass es eine Wende im Diskurs einleitet, indem die Fragen nach Arbeit und Identität mit der Zukunft von Staat und Demokratie verknüpft werden. Beck wählt einen dezidiert politischen Zugang, wobei die Schlüsselfrage seines Konzeptes lautet: Wie wird Demokratie jenseits

---

<sup>1007</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 64. Ein ähnliches Szenario entwirft Kempe mit seinem Gedankenspiel, wie die deutsche Gesellschaft nach einer umfassenden Arbeitsmarktreform mit Teilzeit, Arbeitszeitverkürzung, Aufwertung des Dritten Sektors usw. aussehen könnte. Auch er geht davon aus, dass ein Mehr an Zeit in soziale und politische Bürgeraktivitäten umzusetzen ist. Vgl. Kempe (1998), S. 135 ff.

<sup>1008</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 13.

<sup>1009</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 145 ff. sowie Beck (2000a), S. 50 f. und S. 61 ff. Ein ähnliches Vorgehen fordert auch Bonß (2000), S. 372.

<sup>1010</sup> Mutz weist im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement in den USA auf die Möglichkeit der Erwähnung in Zeugnissen hin. Vgl. Mutz (1999a), S. 191.

<sup>1011</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 151 ff.

<sup>1012</sup> Beck (1999a), S. 181.

der Vollbeschäftigungsgesellschaft möglich und wie muss in diesem Zusammenhang das Recht auf diskontinuierliche Arbeit beschaffen sein?<sup>1013</sup> Anders als bei Gorz folgen hier jedoch Arbeit, Lebensformen und Politik den Bedingungen der Ökonomie. Wie auch in anderen Veröffentlichungen zeigt Beck auf, dass er von dem fordistischen Ansatz des Arbeits-Bürgers, für den tatsächlich Arbeit vor Bürger steht, wegkommen möchte, hin zu einem Bürger, für den politisches Engagement und Eigenverantwortung an erster Stelle stehen. Die Affinität zu Giddens Konzeption wird ein weiteres Mal sichtbar.<sup>1014</sup> Methodisch interessant ist, dass sich Beck häufig auf andere Vordenker und deren Konzepte bezieht und Aspekte daraus in sein eigenes Konzept integriert.<sup>1015</sup> Dieses Vorgehen durchzieht viele seiner Veröffentlichungen, so dass er zum Kristallisationspunkt verschiedener Zukunftsideen wird. Dabei bleibt seine Perspektive aber durchgehend an Chancen orientiert, selbst wenn er auf Risiken und Gefahren Bezug nimmt.<sup>1016</sup> Sein Zugang ist wie bei Gorz fokussiert auf den Teilaspekt der Arbeitsgesellschaft und damit partikular, wobei er deutlich ein Aufbruch-Paradigma formuliert, indem er das Europa der Bürgerarbeit fordert, ein Konzept, das er später zu dem der Weltbürgergesellschaft erweitert.<sup>1017</sup> Mit Becks Konzept zur Zukunft der Arbeit ist im Globalisierungsdiskurs also gleichzeitig der Bogen zur Bürgergesellschaft, wie sie bei Dettling und Dahrendorf eine zentrale Rolle spielt, aber auch zur Zukunft der Demokratie (Habermas und Zürn) geschlagen. Er bildet das Scharnier zwischen den unterschiedlichen Dimensionen der Globalisierung, die auf Demokratie, Staat und Gesellschaft zurückwirken.<sup>1018</sup> Politisches Handeln muss somit neue Formen der Bewältigung entwickeln, indem es durch nationale Bewegungen und Parteien der Weltbürger begründet wird. Die EU ist für Beck der erste realisierte Schritt in diese Richtung. Daher plädiert er: „Weltbürger aller Länder - vereinigt euch!“<sup>1019</sup>

### 3.5 Das Ende der Arbeitsgesellschaft? Zusammenfassung und Wertung

Alle drei Autoren gehen vom Motiv Gesellschaft aus, wobei sie diese als Arbeitsgesellschaft definieren. Die Perspektive ist somit funktional, der Ansatz

<sup>1013</sup> Vgl. Beck (1999a), S. 78.

<sup>1014</sup> Vgl. hierzu auch Beck (1999d), S. 66.

<sup>1015</sup> Als Auswahl: zu Dahrendorf vgl. Beck (1999a), S. 93 f.; zu Sennett vgl. Beck (1999a), S. 94; zu Huntington vgl. Beck (1999a), S. 120; zu Gorz vgl. Beck (1999a), S. 125 und zu Albrow vgl. Beck (1999a), S. 157.

<sup>1016</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 60 und S. 62.

<sup>1017</sup> Vgl. den implizierten Widerspruch bei Hagen Lesch zur Realisierbarkeit einer europäischen Beschäftigungspolitik, die die Grundlage für Becks Vision darstellen müsste. Vgl. Lesch, Hagen (2000), Brauchen wir eine europäische Beschäftigungspolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 3 - 14, hier v.a. S. 13.

<sup>1018</sup> Vgl. hierzu Beck (1999a), S. 174, S. 178 und S. 181.

<sup>1019</sup> Beck (1999a), S. 182. Vgl. in diesem Zusammenhang auch „Fragen, überall nur Fragen. Aber was für Fragen!“. Interview mit Ulrich Beck, *Frankfurter Rundschau*, 06.07.98 sowie Beck, Ulrich (1998e), Weltbürger aller Länder, vereinigt euch!, *Die Zeit*, 30/98 und „Weltbürger, gebt den Staat nicht auf!“, *Die Zeit*, 31/98.

partikular. Sennett entwickelt kein Paradigma und bleibt der defizitorientierten Sicht verhaftet. Gorz und Beck hingegen formulieren beide Aufbruch-Paradigmen mit stark visionärem Charakter, was durch die Chancenbetonung unterstrichen wird. Bei Beck kommt noch hinzu, dass neben der Gesellschaft auch das Motiv Staat ins Blickfeld gelangt, allerdings nur in einzelnen Facetten. So kann konstatiert werden, dass mit Blick auf die formulierte Kapitalismuskritik der drei Autoren Sennett die Krisenbeschreibung in den Mittelpunkt stellt. Gorz hingegen argumentiert am radikalsten und will die Überwindung des kapitalistischen Systems erreichen. Beck schließlich reduziert diese Radikalität auf eine umfassende Um- und Ausgestaltung von Gesellschaft und Politik. Von diesem Blickwinkel auf Globalisierung und Ökonomie hängt es dann auch ab, wie die Entstehung der Identität definiert wird. Für Sennett wird diese vom kapitalistischen System determiniert, ein ähnlicher Ansatz, wie er sich auch bei Forrester findet. So kann die Dominanz und Durchsetzung des kapitalistischen Systems als Gefahr für den Menschen und seinen Charakter gewertet werden. Bei Gorz hingegen wird, wie auch bei Beck, die Identität vom Einzelnen selbst konstruiert, so dass neue Entwürfe und Wandlungen möglich sind. Beck betrachtet das kapitalistische System als durch bürgerschaftliches Engagement und politische Aktivität veränderbar, weshalb er eine Neudefinition von Arbeit und Engagement anstrebt. Sennetts Krisenanalyse ist insgesamt stärker bezogen auf den Menschen, die von Gorz und Beck hingegen auf das System. Identität und Autonomie wiederum beschreibt Sennett eher als passive Faktoren - ähnlich wie bereits Forrester -, Gorz und Beck sehen sie als aktiv und gestaltbar an - was wiederum an Giddens und Albrow erinnert. Insgesamt bleibt die Definition der Identität über die Erwerbstätigkeit bei allen drei Autoren der euro-atlantischen Perspektive verhaftet, da Arbeit als abhängige Erwerbsarbeit definiert wird. Der Arbeitsbegriff wird verknüpft mit der Geschichte der westlichen Moderne. So kann Arbeit als anthropologische Konstante seit dem Beginn der Industrialisierung thematisiert werden. Für alle drei Autoren spielen die Fragen nach dem Sinn von Tätigkeiten und Arbeit eine Rolle, ebenso wie der Aspekt der Selbstbestimmung und Freiwilligkeit. In diesem Zusammenhang werden, wie bereits bei Albrow und Giddens, soziale Bewegungen per se als positiv bewertet, weil sie als Akteure des politischen und sozialen Engagements gesehen werden. Sie scheinen der Kitt in der gefährdeten Gesellschaft und Demokratie zu sein, wobei diese Einschätzung im folgenden Teilkapitel eine Rolle spielen wird. Was Gorz und Beck gemeinsam haben, ist der dezidiert politische Ansatz, den sie wählen. Eine Politisierung der Gesellschaft, bei der das Ende der Erwerbsarbeit als ein Instrument zur Neugestaltung angesehen wird, haben beide zum Ziel. Zusammen mit Sennett machen alle drei Autoren ihren Anspruch deutlich, als Vordenker für Gefahren und Chancen aufzutreten. Ein weiterer Aspekt, der bereits bei Rifkin angeklungen ist, soll noch erwähnt werden. Die dargestellte Sicht auf Flexibilität und Mobilität sowie die Folgen für den Menschen, seinen Charakter und die Gesellschaft können unter

Umständen als eine „generationenbedingte“ Perspektive bezeichnet werden. In den hier untersuchten Konzepten kommt ein neuer Menschentypus, der sich bereits mit den vorhandenen Verhältnissen arrangiert, lediglich bei Rifkin vor. Dieser Menschentyp geht nicht an der Globalisierung und ihren Folgen zugrunde, sondern nutzt sie für sich. Auch bei der „Tugend der Orientierungslosigkeit“ von Clermont und Goebel taucht diese Sicht wieder auf.<sup>1020</sup> So kann vorsichtig die These formuliert werden, dass die Krise also eher von älteren Autoren als solche empfunden und beschrieben wird, indem sie die aktuellen Verhältnisse vergangenen Zuständen gegenüberstellen. Wie der Umgang mit den veränderten Verhältnissen von einer jüngeren Generation künftig beschrieben wird, muss weiter verfolgt werden, um anhand deren Veröffentlichungen die These überprüfen zu können.

Da in diesem Teilkapitel die Umdeutung von Gefahren in Chancen zentral ist, sollen einigen konstatierten Krisensymptomen Lösungsvorschläge aus den Texten gegenübergestellt werden, um die dahinterstehende Methodik sichtbar zu machen. So wird dem Krisensymptom „Flexibilisierung und Ökonomisierung“ und dem Problem des Mangels an Erwerbsarbeit und Arbeitsplätzen, das Hand in Hand geht mit der Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, mit Überstunden bei den Arbeitsplatzbesitzern sowie mit weniger Geld für die sozialen Sicherungssysteme, die Idee des Mehr an Zeit gegenübergestellt. Die neue Zeit-Souveränität ermöglicht eine neue Form der Multiaktivität mit flexiblem Wechsel zwischen Tätigkeiten und hat zudem eine Stärkung der Autonomie zur Folge. Arbeitsteilung, Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit werden als Chancen begriffen, da die frei werdende Zeit mit Weiterbildungen und Kompetenzerwerb, Eigeninitiative und bürgerschaftlichem Engagement gefüllt werden kann. Verluste beim Einkommen wiederum sollen durch Tausch und Kooperation abgefedert werden, die wiederum in die soziale Sicherung integriert werden sollen. Der Wechsel zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten, freiwillig und selbstbestimmt ausgeübt, soll Normalität werden. So kann dem Umstand abgeholfen werden, dass Identität und Selbstwert immer noch über die Erwerbsarbeit definiert werden, obwohl diese für immer weniger Menschen zugänglich ist. Künftig können dann Identität und Selbstwert auch über die vielfältigen anderen Tätigkeiten konstituiert werden, die je nach Fähigkeiten, Interessen und Kenntnissen ausgeübt werden. Auch die Entfremdung durch fremdbestimmte Arbeit wird durch die Sinngebung, die eine selbstbestimmte und freiwillige Tätigkeit mit sich bringt, aufgehoben. Der Krise des politischen Systems, die aufgrund mangelnden Engagements und sozialen Zerfalls verstärkt wird, kann dadurch begegnet werden, dass durch die neu freigesetzte Zeit und die Selbstbestimmung bei der Auswahl der Tätigkeiten Raum entsteht für Aktivitäten, die zu einer Politisierung der Gesellschaft führen. So wird der ungeliebte Ich-Unternehmer, der nur für sich arbeitet, zum Ich-Unternehmer,

<sup>1020</sup> Vgl. hierzu insgesamt Clermont/Goebel (1997). Vgl. ebenfalls insgesamt Beck (1997a).

der für die Interessen der Gesellschaft arbeitet. Die Identität wird nicht mehr als starr und ans fest gefügte Umfeld gebunden angesehen, sondern als gestalt- und wandelbar, so dass Bindungen unabhängig von der geografischen Nähe entstehen können und neue Formen von Gemeinschaft möglich werden. Die Gefahren verlieren ihre Bedrohung und werden gleichzeitig zur Quelle für eine „neue Arbeitsgesellschaft“ (Mutz).

### **3.6 Soziale Bürgergesellschaft oder politische Weltbürgergesellschaft?**

„Die Bürgergesellschaft ist die Atemluft der Freiheit. Wenn man in einer freien Gesellschaft leben will, dann lebt man in einer Gesellschaft, welche die Bürger selbst gestalten.“<sup>1021</sup> Mit diesem Satz ist der Kern des folgenden Teilkapitels bereits beschrieben. Die Konzepte von Warnfried Dettling, Ulrich Beck und Ralf Dahrendorf werden hier gegenübergestellt, weil sie die Bürgergesellschaft in ihren unterschiedlichen Facetten zum Thema haben und damit einerseits eine Verbindung zu den Konzepten der Arbeitsgesellschaft aus dem vorangegangenen Teilkapitel darstellen, andererseits aber zugleich einen Ausblick auf die noch folgenden Abschnitte geben. Denn die Konzepte der Bürgergesellschaft sind ebenfalls verbunden mit der Frage nach der Zukunft der Demokratie und der politischen Steuerung. So greift Dettling auf die Diskussion um die Zukunft der Arbeit zurück, um seine Vision der sozialen Bürgergesellschaft auf Grundlage des veränderten Sozialstaates zu entwerfen. Beck und Dahrendorf wiederum verknüpfen ihre Modelle der Bürgergesellschaft mit der Idee einer kosmopolitischen Demokratie. So sind auch in diesem Teilkapitel wieder einige Themenbausteine zu identifizieren, die die Konzepte verbinden, aber auch ihre Unterschiede sichtbar werden lassen. Auf der Grundlage des sich verändernden Sozialstaates und des Endes der Arbeitsgesellschaft fordern die Autoren einen neuen Gesellschaftsvertrag gegen soziale Exklusion. Zudem thematisieren sie im Zusammenhang mit der Ökonomisierung von Politik und Lebenszusammenhängen die Fragen, welche Verantwortung der Wirtschaft künftig zukommt und ob sie aufgrund ihrer Transnationalität Vorbild bzw. Beispielgeber für die Politik sein kann. Ein weiterer Themenbaustein kristallisiert sich um die Befürchtung, dass mit der voranschreitenden Globalisierung auch die Ungleichheiten in der Welt zunehmen: zwischen Arm und Reich, gut ausgebildeten und schlecht ausgebildeten Menschen sowie zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen. Hier werden für die Autoren die künftige Ausgestaltung und Verteilung von Bildung und Bildungschancen zum Schlüssel für eine gerechte globale Umverteilung. Anknüpfend an diese Frage thematisieren sie die Entwicklungsmöglichkeiten einer kosmopolitischen Ethik, die auf Frei-

---

<sup>1021</sup> Dahrendorf, Ralf (2002b), Die Bürgergesellschaft bringt schöpferisches Chaos, in: Neue Caritas, Heft 1, S. 8.



heit, Selbstbestimmung und den Menschenrechten beruht und für alle gleichermaßen gelten soll. Gerade für Beck und Dahrendorf wird hier die EU zum Vorbild und erstem Schritt auf dem Weg zu einer kosmopolitischen Demokratie bei gleichzeitigem Verweis auf die implizierten Gefahren, wie Protektionismus und Fragmentierungsbestrebungen. Insgesamt kreisen die Konzepte um die Fragen der individuellen Autonomie und des selbstbestimmten Handelns, um Selbstorganisation und vor allem um soziale und politische Teilhabe, wobei soziale wie politische Institutionen und deren Gestaltung eine zentrale Rolle spielen.

### 3.7 Warnfried Dettling - Wirtschaftskummerland

Warnfried Dettling setzt mit seinem Buch „Wirtschaftskummerland“ den Auftakt zu seiner Programmatik der sozialen Bürgergesellschaft, die er in den darauf folgenden Veröffentlichungen vorantreibt. An seiner öffentliche Präsenz ist abzulesen, dass er mit dem Kernthema des Buches, nämlich der Zukunft des deutschen Sozialstaates, den Nerv der aktuellen politischen Debatte getroffen hat. Zudem erregt er Aufmerksamkeit, da er trotz seiner früheren beruflichen Verbundenheit mit der CDU keine Berührungspunkte mit den anderen Parteien hat und Diskussionsrunden der politischen Stiftungen gerne als Forum für die Präsentation seines Konzeptes nutzt. Da er sich nunmehr als Publizist zwischen den politischen Polen bewegt und mit seinen Thesen zum Teil quer zum klassischen politischen Spektrum liegt, wird er gerne in den Medien als Sachverständiger zu aktuellen politischen, aber auch wissenschaftlichen Entwicklungen befragt.<sup>1022</sup> Trotz des pessimistisch anmutenden Titels seines Buches entwirft Dettling eine optimistische Perspektive für die Zukunft des deutschen Sozialstaates.

#### 3.7.1 Krise und Wandel des Sozialstaates: Globalisierung als Ursache

Dettling entwirft in seinem Buch „Wirtschaftskummerland“ und den nachfolgenden Texten das Konzept einer sozialen Bürgergesellschaft, wofür er - wie bereits Gorz und andere - die Beschreibung des Wandels und der Krise des Wohlfahrtsstaates als Fundament wählt.<sup>1023</sup> Sein Blick ist dabei auf Deutsch-

<sup>1022</sup> Vgl. als Auswahl Dettling, Warnfried (1996b), Fach ohne Boden. Brauchen wir überhaupt noch Soziologen?, *Die Zeit*, 02/96; Dettling, Warnfried (2000d), Die stille Revolution, *Der Tagesspiegel*, 16.09.00; Dettling, Warnfried (2000e), Die CDU hat jetzt die Chance zur Stärkung der Republik, *Die Welt*, 01.02.00; Dettling, Warnfried (2000f), Unvermeidlicher Neoliberalismus, *Der Tagesspiegel*, 02.05.00; Dettling, Warnfried (2000g), Modernisierung oder Blockade, *Die Welt*, 28.06.00 sowie „Das System Kohl brachte die moralische Zerstörung der CDU“. Interview mit Warnfried Dettling, *Frankfurter Rundschau*, 19.01.00.

<sup>1023</sup> Im Zusammenhang mit der Verwendung des Begriffes „Wohlfahrtsstaat“ kann an dieser Stelle auf die Erklärung im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages hingewiesen werden, die ausführt, dass bezogen auf Deutschland besser der Begriff „Sozialstaat“ bzw. „Sozialer Rechtsstaat“ zu verwenden ist, da er den Umständen der Entstehung und Zielsetzung desselben besser gerecht wird. Da aber auch andere mit der Zukunft des Sozialstaates befasste Wissenschaftler diese Unterscheidung nicht aufgreifen (etwa Offe, Scharpf oder Streeck), soll die Unterscheidung auch in dieser Analyse vernachlässigt werden. Vgl. hierzu den

land fokussiert, das seiner Auffassung nach - genauso wie Europa und die USA - einem grundlegenden Strukturwandel durch technologischen Fortschritt, Globalisierung und Individualisierung unterworfen ist.<sup>1024</sup> So bringt der Wandel die finanziellen, aber auch die sozialen und kulturellen Grenzen des traditionellen Sozialstaates zum Vorschein. Bereits 1996 spricht Dettling vom Wandel der Kategorien und Institutionen der Moderne, die unter Bedingungen entstanden sind, die heute immer weniger Gültigkeit haben.<sup>1025</sup> Der Dreiklang von Markt, Staat und Gesellschaft, wie er sich im „deutschen Modell“ des Sozialstaates nach dem Zweiten Weltkrieg ausgeprägt hat, verliert an Wirksamkeit.<sup>1026</sup> Der Sektor Wirtschaft erfüllt seine Aufgaben nur noch mangelhaft, weil im Kontext der Globalisierung immer weniger Menschen von einer prosperierenden Wirtschaft profitieren und die vom Markt gesteuerte Erwerbsarbeit bei zunehmender Rationalisierung an ihre Grenzen stößt. Der Sektor Sozialstaat mit seinen Mechanismen der Fürsorge wird in diesem Zusammenhang einerseits notwendiger, kann aber andererseits aufgrund seiner Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt immer weniger leisten. Und der Dritte Sektor in seiner Form von Wohlfahrtsverbänden und traditionaler Familie schließlich kann die entstehenden Versorgungs- und Sicherheitslücken nicht auffangen, weil auch diese einem Werte- und Formwandel unterworfen sind.<sup>1027</sup> Der deutsche Wohlfahrtsstaat beinhaltet laut Dettling seine Zerstörung und die der sozialen Verantwortung in sich selbst. Die Folgen sind zunehmende Ungleichheit, Unsicherheit und Apathie.<sup>1028</sup> Die kontinuierliche Ausdehnung der Leistungen des Sozialstaates habe bewirkt, so Dettlings Fazit, dass es heute vor allem Versorgung statt Teilhabe gibt.<sup>1029</sup> Eine Abwendung der Krise kann demzufolge nur in einem neuen Gesellschaftsvertrag liegen, der das Verhältnis zwischen den drei Sektoren im Zuge von Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung

---

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestages, Drs. 14/8900, Berlin 03.06.02, S. 237 f.

<sup>1024</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 27 und S. 60. Zu dieser Einschätzung vgl. auch Beck (1997a), S. 32.

<sup>1025</sup> Vgl. Dettling (1996a), S. 110 f. Dieser Hinweis auf den Wandel der Kategorien der Moderne erinnert an die Ansätze von Albrow und Giddens.

<sup>1026</sup> Offe verweist ebenfalls auf den engen Zusammenhang zwischen nationalstaatlich begrenztem Territorium, der dafür zuständigen Staatsgewalt sowie Solidarität und Vertrauen als Grundlagen für den modernen Sozialstaat. So sind Sozialstaat und Demokratie gleichermaßen auf die „Zufuhr“ von Solidarität und Vertrauen von sich eigentlich fremden Staatsbürgern innerhalb einer Staatsnation angewiesen, um politische Integration gewährleisten zu können. Löst sich die Kongruenz zwischen nationalstaatlicher Gesellschaft und politischem Raum zunehmend auf, wird es schwerer Solidarität und Vertrauen abzuverlangen, der Solidargedanke weicht auf. Vgl. Offe (1998a), S. 105 ff. und S. 132 ff. An anderer Stelle bezeichnet Offe den Dreiklang von Markt, Staat und Gesellschaft als die drei Prinzipien der sozialen Ordnung, die in einer Balance sein müssen, weil sie einerseits aufeinander angewiesen sind und sich andererseits antagonistisch zueinander verhalten. Die Herausforderung im Kontext der Globalisierung liegt dann auch in der Neujustierung und Feinabstimmung der drei Prinzipien. Vgl. Offe, Claus (1999a), Staat, Markt und Gemeinschaft. Wandel und Widersprüche der sozialen und politischen Ordnung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 95 ff.

<sup>1027</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 19 und S. 247.

<sup>1028</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 205 ff. sowie Dettling, Warnfried (2000a), Die Bürgergesellschaft: Eine Antwort auf die Globalisierung, in: Jochimsen, Reimut (Hg.), Globaler Wettbewerb und weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, Bonn, S. 216.

<sup>1029</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 55 ff.

neu austariert.<sup>1030</sup> Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung bezeichnet Dettling als die Ursachen für den Wandel, wobei alle drei Entwicklungen nicht neu sind, sondern sich vor allem durch eine neue Dynamik und Qualität auszeichnen.<sup>1031</sup> Sie sind mehrdimensional und ungleichzeitig - Attribute, die bereits von den anderen Autoren verwendet wurden. Globalisierung definiert Dettling als den weltweiten Wettbewerb der immobilen Produktionsfaktoren (Standorte) um die mobilen Produktionsfaktoren wie Arbeit, Wissen und Kapital.<sup>1032</sup> Digitalisierung bezeichnet er als den technologischen Fortschritt, der es mit sich bringt, dass immer weniger Menschen immer mehr Güter und technische Dienste herstellen können. Individualisierung schließlich führt zum emanzipierten Menschen, der als selbstbestimmtes Subjekt angesehen und behandelt werden will.<sup>1033</sup> Diese Trias von Begriffen als Ursachen für den Wandel haben ebenfalls Beck, Bonß und Giddens in ihren Texten erläutert, auf die sich Dettling explizit bezieht.<sup>1034</sup> Dettlings Urteil zur Globalisierung und ihrer Wirkung auf die Menschen lautet: „Das schreckliche G-Wort hat die Leute aufgescheucht und in einen Globalisierungsschock versetzt (...).“<sup>1035</sup>

### **Tabus in der deutschen Diskussion**

In diesem Zusammenhang kritisiert Dettling ebenfalls bereits 1996 die „Ohnmacht der Politik“, eine Kritik, die er in seinen weiteren Texten konkretisiert.<sup>1036</sup> Die Fokussierung auf Wachstum und klassische Erwerbsarbeit bezeichnet er als „Utopie der Vergangenheit“ - eine Etikettierung, die auch Dahrendorf wieder aufgreift.<sup>1037</sup> Die Tabuisierung der aktuellen Veränderungen, deren Tempo und Qualität, führten dazu, so Dettling, dass die Zukunft verdrängt und Besitzstände verteidigt würden und die Angst vor sozialem und wirtschaftlichem Niedergang vorherrsche. Stillstand sei die Folge.<sup>1038</sup> „Die Kultur der Angst ist die andere Seite des Versagens der öffentlichen Aufklärung.“<sup>1039</sup> Kern seiner Kritik ist, dass in Politik und Gesellschaft die zunehmende Diskrepanz zwischen produktivem und reproduktivem Bereich nicht zum Anlass einer Debatte über einen neuen Gesellschaftsvertrag genommen wird. Im ersten Bereich existiert laut Dettling

<sup>1030</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 244 ff. sowie Dettling (1999a), S. 15.

<sup>1031</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 28 und S. 66.

<sup>1032</sup> Vgl. zu dieser Definition auch Scharpf, Fritz W. (2001), Mehr Freiheit für die Bundesländer. Der deutsche Föderalismus im europäischen Standortwettbewerb, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.04.01.

<sup>1033</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 52 f., S. 66 und S. 90. Vgl. zu dieser Definition auch Dettling (1996a), S. 102 f.; Dettling, Warnfried (1999a), Ehrenamt in der Bürgergesellschaft. Ein neues Leitbild für freiwilliges soziales Engagement. Eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung, in: Beiträge zum Ehrenamt 1 der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, S. 12 sowie Dettling (2000a), S. 216 f.

<sup>1034</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 91 ff. Auch die Auffassungen von Albrow, Rifkin und Sennett spiegeln sich in diesen Definitionen wider.

<sup>1035</sup> Dettling (1998a), S. 89.

<sup>1036</sup> Vgl. Dettling (1996a), S. 103 f.

<sup>1037</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 19 ff. In diesem Zusammenhang äußert sich auch Meinhard Miegel ähnlich kritisch, wobei er allerdings zu etwas anderen Schlussfolgerungen als Dettling gelangt. Vgl. Miegel, Meinhard (2002), Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, München, 9. Auflage, beispielsweise S. 110 und S. 120 f.

<sup>1038</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 16 ff.

<sup>1039</sup> Dettling (1998a), S. 24 und S. 97.

ein Wettrennen um immer weniger Erwerbsarbeitsplätze nach dem Motto „Vollzeitarbeit als Pflichterfüllung“, wohingegen im zweiten Bereich gleichzeitig Familien-, Erziehungs- und Pflegearbeit marginalisiert, wenn nicht gar abgewertet werden.<sup>1040</sup> Hier setzt seine Programmatik für eine aktive soziale Bürgergesellschaft an.

### 3.7.2 Ansatz und Programmatik

„Transformation. Gestaltung. Erfindung. Abschiede und Anfänge: Das sind die Stichworte zur Lage der Nation und der Gesellschaft.“ - und darauf baut Dettling seine Vision der guten Gesellschaft auf.<sup>1041</sup> Zentral ist seine Kritik an der politischen und gesellschaftlichen Fixiertheit auf Vollbeschäftigung und den daraus abgeleiteten Hoffnungen und Maßnahmen. Für ihn bleibt so das Denken in den Grenzen der traditionellen Arbeitsgesellschaft verhaftet und damit auf falsche Ziele konzentriert - eine Ansicht, die an die Ansätze von Beck, Gorz und Rifkin erinnert und auch von Dahrendorf geteilt wird.<sup>1042</sup> Angesichts des aktuellen Wandels müsse nämlich die soziale Frage der Zukunft lauten: Was tritt an die Stelle der Erwerbsarbeit und der Arbeitsgesellschaft?<sup>1043</sup> Dettling konstatiert: „Wir erleben gegenwärtig den Übergang in eine andere Formation der Gesellschaft.“<sup>1044</sup> Solche strukturellen Übergänge müssen ermöglicht, abgefedert und gestaltet werden.<sup>1045</sup> Dettling argumentiert - und hier erinnert seine Argumentation an Albrow, aber auch an Beck -, dass Erklärungen für Zusammenhänge, die nicht mehr eingeordnet werden können, auch nicht mehr im Althergebrachten gesucht werden dürfen.<sup>1046</sup> Er bezeichnet in diesem Sinne dann auch als zentrale Forderung seines Buches, den Aufbruch zu etwas Neuem zu wagen.<sup>1047</sup> Ihm geht es vor allem um strukturelle Reformen, die notwendig sind, um sowohl die ursprünglichen Ziele des Wohlfahrtsstaates, als auch die damit verbundenen Werte weiterhin zu erhalten.<sup>1048</sup> Immer wieder verweist er auf die Veränderbarkeit der Strukturen, um zentrale Werte bewahren zu können, wobei er sich unter anderem auf Etzionis „Goldene Regel“ beruft.<sup>1049</sup> Für ihn befindet

<sup>1040</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 149 f.

<sup>1041</sup> Dettling (1998a), S. 25.

<sup>1042</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 25, S. 162 ff. und S. 170 ff.

<sup>1043</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 160. Neben Mutz und Kempe entwirft auch Offe mit seinem Konzept der Sabbat-Konten eine Perspektive jenseits der Vollerwerbsgesellschaft. Kerngedanke ist das Recht auf ein Sabbat-Konto, das jedem aufgrund seiner Staatsbürgerschaft (und nicht aufgrund seines Arbeitnehmerstatus) ermöglicht, für einen bestimmten Zeitraum - verteilt auf die Lebensarbeitszeit - seine Berufstätigkeit auszusetzen, um sich anderen Aktivitäten und Verpflichtungen zu widmen. Offe entwickelt ein ausgeklügeltes System, wann wer wie lange und zu welchen Bedingungen diese Auszeiten nehmen kann, ohne jedoch wie Gorz das Ziel zu verfolgen, den Kapitalismus überwinden zu wollen. Im Bewusstsein, dass sein Konzept heftige Diskussionen auslösen würde, wenn es politisch umgesetzt werden sollte, spricht er vom „illustrativen Charakter“ seiner Einzelvorschläge. Er nähert sich damit Arbeitszeitmodellen an, die bereits in den skandinavischen Ländern erprobt werden. Vgl. insgesamt Offe (1998b), besonders 376 ff. Vgl. hierzu auch Waschkuhn (1998), S. 491 f.

<sup>1044</sup> Dettling (1998a), S. 23 und vgl. hierzu auch Dettling (2000a), S. 215 f.

<sup>1045</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 24 ff. sowie Dettling (2000a), S. 224.

<sup>1046</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 22 sowie Dettling (2000a), S. 220 f.

<sup>1047</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 23 ff. und S. 62.

<sup>1048</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 28 und S. 136.

<sup>1049</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 41.

sich der deutsche Sozialstaat heute in der dritten Phase innerhalb der Nachkriegszeit, die von Unsicherheit und Angst vor Wohlstandsverlusten geprägt ist. Neue Werte und Lebensformen verknüpfen sich mit neuen Unsicherheiten, die durch eine angespannte finanzielle Situation im Staat verstärkt werden. Nebenerscheinung ist eine allmähliche Auflösung des Solidargedankens. Diese Phase bedarf laut Dettling einer Neuaushandlung der moralischen Grundlagen für eine solidarische Gesellschaft mit der Konzentration auf den Wert der Gegenseitigkeit.<sup>1050</sup> Eine Gesellschaft, die von innen durch Individualisierung und von außen durch Globalisierung bedrängt werde, müsse eine neue Balance finden (Etzioni).<sup>1051</sup> So konstatiert Dettling knapp: „Wer bewahren will, der muß erneuern.“<sup>1052</sup> Dazu sei ein gedanklicher Beitrag erforderlich, den er, wie bereits Albrow, Beck, Giddens, Sennett und die anderen Autoren, mit seinen Texten erbringen will. Denn „wer die alten Ideologien verabschiedet, räumt das Gelände auf, auf dem dann neue Ideen wachsen können“ - so die Hoffnung Dettlings.<sup>1053</sup> Dass er die Krisenbeschreibung nur als Ausgangspunkt für seine Vision gebraucht, wird an der wiederholten Chancenbetonung deutlich. Er plädiert dafür, dass aus Veränderungen Chancen werden müssten, wozu es allerdings politischer Anstrengungen bedürfe, die mehr als der Vollzug ökonomischer Sachzwänge seien. Ein „gelassener Optimismus“ und die entsprechende mentale Verfassung entscheiden darüber, ob aus dem Wandel ein Aufbruch werden kann.<sup>1054</sup> Ansatz und Ziel von Dettlings Texten ist somit die Aufforderung, Chancen einer anderen Gesellschaft zu sehen und eine Anleitung zum Handeln zu geben.<sup>1055</sup>

### 3.7.3 Institutionen im Wandel

Um die aktuelle Krisenlage, aber auch die darin liegenden Potentiale deutlich zu machen, greift Dettling auf drei Institutionen zurück, die Staat und Gesellschaft ausmachen und sich wechselseitig beeinflussen: Erwerbsarbeit, Familie (und Ehe) sowie Sozialstaat. Seine Feststellung lautet, dass die Zeiten der bürokratischen Großorganisationen, die ihren Ursprung im 19. Jahrhundert haben, vorbei sind.<sup>1056</sup>

<sup>1050</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 80 ff.

<sup>1051</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 87 f. Der Bericht der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ spricht in diesem Kontext von einer „gleichberechtigten Wechselbeziehung“, vgl. Bericht (2002), S. 243.

<sup>1052</sup> Dettling (1998a), S. 127.

<sup>1053</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 226.

<sup>1054</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 18 und S. 62.

<sup>1055</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 27, S. 173 und S. 249.

<sup>1056</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 53, S. 72 und S. 119 sowie Dettling (2000a), S. 228 f. Auch Klages fordert in seinen Texten eine Modernisierung der Institutionen, wobei er allerdings auf staatliche und politische Institutionen abzielt. Diese müssten sich reformieren, da sich die Rolle und Funktion des Ehrenamtes mit dem Wertewandel verändert haben. Heute liege die Betonung auf Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Sinnhaftigkeit und Einsatzmöglichkeit für eigene Fähigkeiten. Die Institutionen müssten sich diesen Anforderungen öffnen, um das vorhandene Engagementpotential abrufen zu können. Vgl. hierzu insgesamt Klages, Helmut und Gensicke, Thomas (1999), Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyer. Vgl. außerdem Klages, Helmut (1999), Zerfällt das Volk? Wertewandel und moderne Demokratie, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am

## **Das Ende der Erwerbsarbeit**

Wie Beck und andere geht Dettling davon aus, dass die Erwerbsarbeitsgesellschaft am Ende angelangt ist: „Das Ende der traditionellen Arbeitsgesellschaft ist das Epizentrum aller anderen Veränderungen.“<sup>1057</sup> Allerdings heißt das für ihn nicht, dass der Gesellschaft generell die Arbeit ausgeht, sondern dass besonders die formale, gut bezahlte, organisierte, tariflich abgesicherte und sozial geschützte Erwerbsarbeit als Fundament für den Lebens- und Sozialstandard, das Selbstwertgefühl und die soziale Integration immer weniger wird. Sie wird damit zum Privileg einer Minderheit.<sup>1058</sup> Dies ist ein zentraler Aspekt seines Konzepts. Aber gerade als „knappes Gut“ gewinnt diese Form der Arbeit künftig an Wert. Dettling wagt die Prognose, dass technische Dienstleistungen weiteren Rationalisierungswellen zum Opfer fallen, *personenbezogene* Dienstleistungen hingegen immer wichtiger werden.<sup>1059</sup> Die von vielen beschworene Wissens- und Informationsgesellschaft könne die freigesetzten Arbeitskräfte nicht aufnehmen, da sie mit rasch wachsenden und wechselnden Qualifikationsanforderungen einhergehe. Die große Masse wird eher aus- als eingeschlossen.<sup>1060</sup> Dettling schließt sich hier in seiner Beurteilung sowohl Rifkins als auch Sennetts Krisenanalyse an. Damit die Menschen den neuen Anforderungen genügen können, müsse deren Qualifizierung verstetigt und die Qualität des Bildungssystems verbessert werden. Für Dettling besteht darin ein Teil der Zukunftsaufgaben - ein Gedanke, der ebenfalls in den bereits untersuchten Konzepten zur Zukunft der Arbeit eine Rolle spielte.<sup>1061</sup> Arbeit wird künftig also inhaltlich qualifizierter und komplexer sein und die Informationsverarbeitung wichtiger werden.<sup>1062</sup> „Globalisierung und Digitalisierung verändern (...) den Charakter der verbleibenden Erwerbsarbeit. Diese wird intelligenter und anspruchsvoller und lässt wenig Raum für (...) geringe Qualifizierung (...).“<sup>1063</sup> Zudem argumentiert Dettling mit Beck, Bude und Gorz, dass das Individuum künftig gleichzeitig Arbeitnehmer und Unternehmer in einem sein werde und die soziale Integration nicht mehr ausschließlich über die Arbeit erfolge. Der

---

Main/New York, S. 67 ff. und v.a. S. 70 f.; vgl. zum Gestaltenwandel des Ehrenamtes insgesamt Klages (2000). Diese Intention verfolgt auch der Bericht der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, vgl. Bericht (2002), besonders S. 246. Auch Beck fordert eine Individualisierung der Institutionen, vgl. Beck (1991), S. 180 ff.

<sup>1057</sup> Dettling (1998a), S. 60; vgl. hierzu auch Dettling (1999a), S. 12. Dieser These widersprechen explizit Scharpf und Streeck. Vgl. „Die neue Unübersichtlichkeit. Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf sezieren den Wohlfahrtsstaat“, Denker der Moderne (3), *Die Zeit*, 48/97.

<sup>1058</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 61 und S. 174 ff. sowie Dettling, Warnfried (1999b), Wohlfahrtsstaat am Ende? Die Bürgergesellschaft als Antwort auf die neue soziale und demokratische Frage, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 167 f.

<sup>1059</sup> Vgl. Dettling (1999a), S. 13.

<sup>1060</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 180 f.

<sup>1061</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 175. Vgl. hierzu auch Miegel (2002), S. 140 ff.

<sup>1062</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 176 sowie Dettling (1999b), S. 168.

<sup>1063</sup> Dettling (2000a), S. 217. Vgl. in diesem Kontext auch Trabold, Harald (2000), Zum Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48, S. 23 - 30. Trabold spricht hier unter anderem von einer reformierten und optimierten Bildungspolitik als Schlüsselfaktor, um die Nachteile der Globalisierung abzufedern und die Vorteile zu nutzen. Detailliert und zugespitzt entwirft er ein Bild der notwendigen Reformen.

Gegensatz von Kapital und Arbeit werde sich somit in den Einzelnen verlagern.<sup>1064</sup> Auch Dettling entwirft wie Beck ein Szenario für die künftigen gesellschaftlichen Gruppen, die er in Elite-Samurais bzw. Brainworker, Normalarbeiter, Neue Selbstständige mit Blick nach oben sowie mit Blick nach unten und Unterklasse unterteilt. Für die erste Gruppe bleiben Arbeit und vor allem Karriere die Mitte des Lebens, mit allen neuen Risiken und Chancen. Sie sind die Gewinner des aktuellen Wandels. Die zweite Gruppe arbeitet weiter in Vollzeit, hat ein gutes und regelmäßiges Einkommen, das allerdings nicht mehr automatisch wächst. Diese Gruppe ist klein und potentiell mit einer Deklassierung konfrontiert. Die dritte und vierte Gruppe besteht aus den neuen Unabhängigen, die weniger arbeiten und weniger verdienen, Brüche im Lebenslauf hinnehmen bzw. sich mit diesen zu ihrem Vorteil arrangieren. Sie sehen neue Chancen in mehr Kreativität, Eigenverantwortung und Freiheit, betrachten sich als unabhängig und kooperativ. Die Kehrseite hierbei sind die sogenannten Lebenskünstler, deren Existenz prekär und daher vom Absturz bedroht ist. Die Unterklasse schließlich wächst an und besteht aus denen, die nicht mehr gebraucht werden. Ihr Schicksal ist die soziale Exklusion - ein Aspekt, der den gesamten Diskurs durchzieht.<sup>1065</sup>

### ***Familien als Fundament der Gesellschaft***

Für Dettling sind und bleiben Familien das Fundament der guten Gesellschaft. Sie sind die „Brutstätte für humanes und soziales Kapital“, weil hier Tugenden und Kompetenzen erlernt werden. Familien sind ein tragfähiges soziales Netz in den Wechselfällen des Lebens. Dettling konstatiert im Zuge des Wertewandels dann auch nicht den Zerfall der Familie, sondern den „leisen Exodus“ aus der Gesellschaft. So begründen nicht falsche Werte und Einstellungen den Exodus, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse und Ideologien.<sup>1066</sup> Denn der soziale Wandel bedingt ebenfalls einen Wandel der Familienformen.<sup>1067</sup> Dettling gelangt erneut zu seiner Forderung, die Strukturen zu verändern, um Werte zu erhalten. Er fragt: Wie lassen sich die Familienstrukturen erneuern, ohne die Familienwerte zu gefährden?<sup>1068</sup> Damit erteilt er der Klage über den Zerfall der Familien, wie sie etwa Fukuyama und Etzioni im Munde führen, eine Absage. Die Familie - wie übrigens auch die Jugend - werde gerne als Projektionsfläche für Ängste und Sehnsüchte herangezogen - so seine Kritik.<sup>1069</sup> Die Idealisierung der Vergangenheit und das Jammern über die Gegenwart bezeichnet Dettling

<sup>1064</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 182.

<sup>1065</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 192 ff. und S. 220 ff. Zu der Skizzierung der Neuen Selbstständigen siehe auch Budes Definition des „unternehmerischen Einzelnen“, vgl. insgesamt Bude (2000) sowie die Beschreibung der Lebensästheten bei Clermont und Goebel, vgl. insgesamt Clermont/Goebel (1997).

<sup>1066</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 110 f. und S. 153.

<sup>1067</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 102.

<sup>1068</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 111.

<sup>1069</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 101 f. und vgl. zur Jugend als Projektionsfläche insgesamt Dettling, Warnfried (1997), Die moralische Generation, in: Beck, Ulrich (Hg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 124 - 130.

als „lähmendes Gift“, das den Aufbruch in eine neue Zeit verhindere. So schwanke das Nachdenken über die Familie in Deutschland zwischen Mythos und Katastrophe.<sup>1070</sup> Auch die Scheidungsziffern sind für Dettling kein Grund zur Dramatisierung - wiederum ein Gegensatz zu Fukuyama und Etzioni.<sup>1071</sup> An dieser Stelle wird deutlich, dass Dettling sich zwar einerseits auf Etzionis Konzept bezieht (Goldene Regel), andererseits aber dessen Ansatz als zu pessimistisch ablehnt. Er argumentiert, dass die Ehe als Institution heute ein veraltetes Konzept darstellt und gerade in der Idealisierung und einseitigen Förderung dieser Institution eine der Fehleinschätzungen der aktuellen Politik liegt.<sup>1072</sup> Denn der Staat - so sein Plädoyer - sollte sich von der bloßen Unterstützung der Institution Ehe lösen und besser allgemein Erziehungs- und Pflegegemeinschaften unterstützen, unabhängig vom Trauschein, da die Leistungen derer, die Kinder großziehen, wichtiger seien als die staatlich sanktionierte Lebensform. Für Dettling geht das Bild von der „normalen Familie“ heute am Kern der Realität vorbei, weswegen er in der Vielfalt des Zusammenlebens eine Chance zur Rettung der Familien sieht.<sup>1073</sup> Es brauche keine moralische Aufrüstung, sondern finanzielle und soziale Unterstützung für Verantwortungsgemeinschaften:<sup>1074</sup> „Die Gesellschaft ist, was Kinder und Familien betrifft, falsch programmiert.“<sup>1075</sup> Ehe, Familie und Kinder seien mittlerweile Faktoren, die der Wahl und Entscheidung unterworfen sind und damit nicht mehr tradierten Gesetzen gehorchen.<sup>1076</sup> Mit Beck und Giddens plädiert Dettling dafür, die Individualisierung als Chance anzuerkennen.<sup>1077</sup> Eine konservative Kulturkritik, die die Individualisierung als Egoismus, Hedonismus und Eigensucht beurteilt, ähnlich dem Urteil der Autoren in der ersten Diskursphase, lehnt er ab. Mit Bude sowie Clermont und Goebel argumentiert er, dass selbst ein auf eigenen Vorteil bedachtes Handeln Formen der Zusammenarbeit hervorbringen könne, da es in manchen Fällen vernünftiger sei, mit anderen zu kooperieren, als gegen sie zu konkurrieren.<sup>1078</sup>

---

<sup>1070</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 103 ff. Auch andere Autoren widersprechen der Klage über den Werteverfall in der Gesellschaft, ausgelöst durch zum Egoismus mutierten Individualismus, der einen Verfall der Familien und die Atomisierung der Gesellschaft nach sich ziehe. Sie betonen, trotz Nennung aller Risiken, die Chancen, die im Wertewandel liegen. Vgl. hierzu als Auswahl Beck (1997a), S. 32 f.; vgl. Klages/Gensicke (1999), besonders S. 2, S. 5 f. und S. 73 f. und vgl. insgesamt Clermont/Goebel (1997).

<sup>1071</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 108 ff.

<sup>1072</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 117 ff. und S. 144 f.

<sup>1073</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 118 ff. In diesem Zusammenhang verweist Dettling auf das Steuer- und Sozialrecht, das er als ehe- und nicht als familienorientiert ansieht, da es das traditionelle und veraltete Ernährer- und Hausfrauenmodell als Familienbild fördere und zusätzlich im Widerspruch zum Eherecht stehe, das seinerseits hingegen die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen zum Ziel habe. Vgl. hierzu Dettling (1998a), S. 131 ff. und S. 138 f.

<sup>1074</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 153.

<sup>1075</sup> Dettling (1998a), S. 140.

<sup>1076</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 115 und S. 126.

<sup>1077</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 71 und S. 146.

<sup>1078</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 73 f.



### **Alter und neuer Sozialstaat**

Dettling knüpft bei seinem Blick auf den deutschen Sozialstaat an die Institutionen Ehe und Familie sowie die Erwerbsarbeit an, da der Sozialstaat seit Bismarck auf eben diese Institutionen gestützt und zentriert ist.<sup>1079</sup> Der Wohlfahrtsstaat stellt nach dem Krieg mit seinen Elementen Wohlstand für alle, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit die Legitimationsgrundlage für Westdeutschland dar. Er kann somit als historisch einzigartiges Bündnis zwischen Arbeit, Kapital und Politik sowie Verwaltung angesehen werden.<sup>1080</sup> Bislang habe der Wohlfahrtsstaat - so Dettling weiter - den Lebensstandard und die Besitzstände von gesellschaftlichen Gruppen abgesichert. Künftig jedoch müsse er Brüche abfedern, Übergänge erleichtern und Vereinbarkeiten zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten und Aufgaben ermöglichen.<sup>1081</sup> In diesem Kontext verweist Dettling darauf, dass man heute eher von einem „Sozialversicherungsstaat“ sprechen könne. Heute müsse angesichts der aktuellen Entwicklungen neu verhandelt werden, was der Staat an sozialer Sicherheit garantieren und was der Einzelne selbst leisten muss. Die Rationalitätsfalle im Sozialstaat liege darin, dass es heute um eine Lebensstandard-sicherung und nicht um eine Mindestsicherung gehe.<sup>1082</sup> Dettling führt aus, dass das „deutsche Modell“ nur eine Zukunft habe, wenn es sich auf die drei Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand beziehe und diese in eine neue Balance bringe. Auch hier taucht wieder der Ansatz auf: „Die Werte sind heilig. Die Strukturen sind frei.“<sup>1083</sup> Um dieses Plädoyer zu untermauern, greift Dettling nicht nur auf Dahrendorf,<sup>1084</sup> sondern auch auf eine These von Scharpf zurück, der zu bedenken gibt, dass der deutsche Sozialstaat die „Schwächen des amerikanischen mit denen des schwedischen Modells“ verbunden habe: nämlich wenig Arbeitsplätze in den privaten Dienstleistungen (Schweden) und gleichzeitig wenig Beschäftigte im öffentlichen Dritten Sektor (USA).<sup>1085</sup> Sinnvoll

<sup>1079</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 146 f.

<sup>1080</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 34, S. 38 f. und S. 58 f.; Dettling (1996a), S. 108 sowie Dettling (2000a), S. 218.

<sup>1081</sup> Vgl. Dettling (1999b), S. 170.

<sup>1082</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 37 ff. Diese Ansicht vertritt ebenfalls Heinze in seinem Beitrag „Soziale Investitionen und neuer Sozialstaat“ auf der Tagung „Zukunft der sozialen Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel (29.09. - 05.10.03), vgl. unter [www.netzwerkberlin.de](http://www.netzwerkberlin.de) (Tagungen, Heinze), Stand 13.11.03. Auch Miegel argumentiert in ähnlicher Weise, spitzt seine Kritik allerdings in dem Bild der „deformierten Gesellschaft“ zu (die Menschen im Sozialstaat sind heute gleichzeitig „gestandene Erwachsene und lallende Kinder“). Miegel plädiert allerdings im Gegensatz zu Dettling für eine stärker am Einzelnen und dessen Verantwortung und Fähigkeiten orientierte Lösung. Dessen Pflicht zur Selbsthilfe steht im Mittelpunkt der Texte. Vgl. als Auswahl Miegel (2002), S. 169, S. 227 ff., S. 233 ff. und S. 263 f. Vgl. außerdem Miegel, Meinhard (1998), Der Mensch als Unternehmer, in: *Wirtschaft und Wissenschaft* 6, Heft 1, S. 24 - 32; vgl. Miegel, Meinhard und Wahl, Stefanie (2001), *Arbeitslosigkeit in Deutschland*, München, S. 28 ff. Eine ähnliche Zuspitzung erreicht Priddat, indem er vom „bundesdeutschen Sozialmentalitätskorsett“ spricht und darauf verweist, dass die Menschen heute entgegen der Intention des Sozialsystems erwarten, dass ihnen das „Sozialsystem als eine Vermögensansammlungsagentur“ seine Erträge auch wieder auszahlt. Die Ressource Solidarität erodiert in diesem Anspruch. Vgl. Priddat, Birger (2001), Die Illusion vom Sozialstaat als sicherem Netz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.02.01.

<sup>1083</sup> Dettling (1998a), S. 41

<sup>1084</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 39 ff.

<sup>1085</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 188 ff. und S. 258. Vgl. hierzu auch Scharpf (1998a), S. 166 ff, besonders S. 171 sowie Scharpf (1998b), S. 245 ff, besonders S. 250 (dieser Aufsatz ist identisch mit Scharpf (1998a)). Vgl. außerdem Scharpf, Fritz W. (2003), Staatsaufgaben heute. Föderalismus in der Bundesrepublik, Tagung „Zukunft der sozialen Demokratie“,

sei es daher, so Dettling, umgekehrt vorzugehen und eine Kombination der Vorteile beider Wege anzustreben. Diese lägen in einem massiven Aufbau von personenbezogenen Dienstleistungen. Dieser Aspekt wird in den nächsten beiden Teilabschnitten genauer betrachtet. Zentral im Zusammenhang mit dem Sozialstaat ist für Dettling die Wiedergewinnung des Sozialen aus den Wurzeln der Gesellschaft.<sup>1086</sup>

### 3.7.4 Vision der guten Gesellschaft

Dettlings Vision bezieht sich auf die gute Gesellschaft, die eine aktive soziale Bürgergesellschaft auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages sein soll.<sup>1087</sup> Der deutsche Sozialstaat brauche eine Reformperspektive, bei der aber weder die soziale Bürgergesellschaft ein Ersatz für den Sozialstaat noch bürgerschaftliches Engagement das alleinige Mittel gegen Arbeitslosigkeit und leere Kassen darstellen könne.<sup>1088</sup> Mit Berufung auf Barber fordert er eine starke Demokratie mit möglichst weitgehender Teilhabe und Selbstorganisation in möglichst vielen Lebenswelten - neben Barber spiegeln sich hier die Ansätze von Beck, Giddens und - wie noch zu zeigen sein wird - Habermas wider.<sup>1089</sup>

#### **Paradigmenwechsel**

Ähnlich Etzionis Goldener Regel plädiert Dettling für ein Zusammendenken von Solidarität und Individualismus, die aber auch praktisch zusammen gebracht werden müssen, damit es zu einer sozialen Kultur des konkreten Helfens komme. Diese Kultur entsteht aus einem Paradigmenwechsel für ehrenamtliche Tätigkeit, müsse aber durch eine „moral debate“ vorbereitet werden. Dettling mahnt an, dass in Deutschland nirgendwo eine Kultur der Zusammenarbeit eingeübt und kultiviert werde.<sup>1090</sup> Er will die tradierten Assoziationen, die mit

---

Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Münstereifel (29.09. - 05.10.03), vgl. unter [www.netzwerkberlin.de](http://www.netzwerkberlin.de) (Tagungen, Scharpf), Stand 13.11.03. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls eine Klassifizierung und detaillierte Beschreibung der drei Sozialstaatstypen interessant, die Scharpf vornimmt. Er unterscheidet am Beispiel von zwölf ausgewählten Sozialstaaten die angelsächsischen oder „liberalen“, die kontinentaleuropäischen oder „christdemokratischen“ und die skandinavischen oder „sozialdemokratischen“ Sozialstaaten. Vgl. Scharpf, Fritz W. (2000a), Der globale Sozialstaat, *Die Zeit* 24/00 sowie Scharpf, Fritz W. (2000b), Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle? Lehren aus dem internationalen Vergleich, in: Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), München, S. 59 - 73.

<sup>1086</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 43 sowie Dettling (1996a), S. 117.

<sup>1087</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 28 f., S. 238 ff. und S. 247; Dettling (1999a), S. 16 ff. sowie Dettling, Warnfried (2000b), Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft, in: Rübke, Thomas und Wagner, Bernd (Hg.), Jahrbuch für Kulturpolitik, Bd. 1 (Bürgerschaftliches Engagement), Essen, S. 50.

<sup>1088</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 30; Dettling (1999a), S. 22; Dettling (2000a), S. 229; Dettling (2000b), S. 49 ff. sowie Dettling, Warnfried (2000c), Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive. Neue Chancen für das Ehrenamt, in: *Forschungsjournal NSB* 13, Heft 2, S. 11 f. Dettling grenzt sich in diesem Zusammenhang von der Definition der „Bürgerarbeit“ ab, wie sie die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen in ihrem Bericht 1996 und 1997 dargelegt hat. Selbst in der modifizierten Form von Beck will Dettling seine Forderung nach bürgerschaftlichem Engagement nicht verstanden wissen, da es ihm explizit auch um eine mögliche Bezahlung von personenbezogenen Diensten und nicht nur um „Belohnung“ und Anerkennung geht. Vgl. zur Abgrenzung des Konzeptes „Bürgerarbeit“ auch den Bericht der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, vgl. Bericht (2002), S. 211 f.

<sup>1089</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 64 sowie Dettling (1999a), S. 25.

<sup>1090</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 75 f. sowie hierzu insgesamt Dettling (1999a) und Dettling (1999b), S. 174.

„Ehrenamt“ verbunden werden, verabschieden und durch ein neues Leitbild ersetzen. Nicht mehr das Samariter- und Hausfrauensyndrom, die Aufopferung und unentgeltliche Hingabe sollen mit bürgerschaftlichem Engagement verbunden werden, sondern das Leitbild des Bürgers als sozialem Unternehmer und des Staates als Katalysator für soziales Engagement.<sup>1091</sup> Der Dritte Sektor müsse - so Dettlings zentrale Forderung - im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen expandieren, wobei hier neben Anerkennung und sinnvoller Tätigkeit auch Geldverdienen möglich werden muss.<sup>1092</sup> Teilhabe bezeichnet Dettling als den Kern der Demokratie und spricht von der Beteiligungs-gerechtigkeit als Zukunftswert.<sup>1093</sup> Die Leitidee heißt, Menschen ermächtigen, selbstständig und selbstbestimmt für sich und andere etwas zu tun und soziale Ressourcen zu mobilisieren - ebenso argumentiert Giddens.<sup>1094</sup> Der Dritte Sektor produziert nicht nur soziales Vertrauen, so Dettling weiter, sondern lässt durch neue Partizipation und Verantwortung - vor allem auf der lokalen Ebene - auch die „Demokratie zu neuem Leben erblühen“.<sup>1095</sup> Wie bei Gorz und Beck sind sinnvolle Tätigkeiten für möglichst alle der Schlüssel zur Aktivierung der Menschen sowie zur gesellschaftlichen Inklusion. Das impliziert allerdings, dass sich die Gesellschaft darüber verständigt, wieviel sie in diese Zukunftsinvestition einbringen will, da soziale Inklusion nicht umsonst zu haben sei: „Finanzfragen sind Wertfragen“.<sup>1096</sup>

### **Social Equality**

Normatives Ziel für die Zukunft muss für Dettling die „social equality“ sein, die Menschen nach ihrem sozialen und politischen Status beurteilt und nicht mehr nach Vermögen und Einkommen.<sup>1097</sup> An die Stelle des erwerbszentrierten Paradigmas tritt also ein sozialpolitisches Paradigma, das die Brüche und Diskontinuitäten der Lebensläufe berücksichtigt.<sup>1098</sup> An dieser Stelle wird bereits der Unterschied zu Becks Konzeption sichtbar. Dettling legt seinen Schwerpunkt auf das soziale Engagement und die daraus ableitbaren Tätigkeiten, nimmt also eine Verengung auf den Dritten Sektor vor: Er will eine soziale Bürgergesellschaft, Beck hingegen eine politische.<sup>1099</sup> So fordert Dettling: „Jenseits von

<sup>1091</sup> Unterstützung für dieses Leitbild findet Dettling in den Forschungsergebnissen von Klages und Genische, vgl. Klages/Genische (1999), S. 90 f. und S. 123 ff.

<sup>1092</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 254 sowie Dettling (1999b), S. 172 f.

<sup>1093</sup> Vgl. Dettling (1999b), S. 169 ff. sowie Dettling (2000a), S. 218 und S. 222.

<sup>1094</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 263 f.; Dettling (2000b), S. 45 sowie insgesamt Dettling (2000c).

<sup>1095</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 264 f. und S. 276. Eine ähnliche Sicht vertritt die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, allerdings stärker pragmatisch an vorhandenen Strukturen und vor allem staatlichem Handeln und Rahmenbedingungen ausgerichtet, vgl. Bericht (2002), S. 244, S. 257 und S. 286 (hier Beispiele aus der Praxis).

<sup>1096</sup> Dettling (1998a), S. 282., vgl. hierzu auch S. 231 und S. 239; Dettling (2000b), S. 51 sowie Dettling (2000c), S. 13.

<sup>1097</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 218 und S. 226.

<sup>1098</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 148 und S. 160.

<sup>1099</sup> Vgl. hierzu u.a. Beck (1997a), S. 391 und S. 395. Wo Dettling nach der Perspektive der Gesellschaft fragt, bezieht Beck sich auf die Perspektive der Demokratie. Scharpf und Streeck hingegen wählen, wie auch die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, den Staat und staatliches Handeln als Kristallisationspunkt ihrer Überlegungen. Vgl. etwa „Die neue Unübersichtlichkeit. Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf sezieren den Wohlfahrtsstaat“, Denker der Moderne (3), *Die Zeit*, 48/97.

Markt und Staat wird ganz neu ein Dritter Sektor entstehen müssen, eine sozial aktive Gesellschaft im eigentlichen Sinne (...).<sup>1100</sup> So bedarf die fällige und anstehende Rekonstruktion von Familien- und Arbeitswelt einer anderen Organisation der Gesellschaft, nämlich einer gleichberechtigten Öffnung des Arbeitsmarktes für Frauen sowie der ideellen und materiellen Aufwertung der Tätigkeiten im reproduktiven Bereich. Nötig sind laut Dettling mehr Wahlmöglichkeiten, Übergänge und Teilhabechancen für alle, das heißt auch, eine bessere soziale Absicherung der Teilzeitarbeit, eine Aufwertung der Nicht-Erwerbsarbeit und eine Ordnungs- und Infrastrukturpolitik für den Dritten Sektor.<sup>1101</sup> Zusätzlich wirft Dettling, wie bereits Beck, die Frage auf, was in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Betriebe und Unternehmen ist, um eine Balance zwischen Lebens- und Familienwelten zu fördern. Er greift auf die Initiative der Hertie-Stiftung zurück, die mit Betrieben ein Audit zur Familienfreundlichkeit der Unternehmen entwickelt und erprobt hat. Mittlerweile beginnt sich dieses Audit zu etablieren.<sup>1102</sup>

### **Menschenbild**

Dieses Leitbild braucht den Einzelnen als sozialen Unternehmer (Beck), der aber dazu erst befähigt werden muss.<sup>1103</sup> So müssen Bildungswesen, Chancengerechtigkeit und Wettbewerb künftig auf neue Weise verbunden und als oberste Priorität auf die politische Agenda gesetzt werden. Dafür greift Dettling auf das Bild des „homo civicus“ zurück, einen Menschen, der sich durch Selbstständigkeit, Vernunftbegabung, Gemeinschaftsbezogenheit und die Bereitschaft zur Verantwortung auszeichnet.<sup>1104</sup> Auch Dettling setzt seine Hoffnung auf die kommunale Ebene. Lokale Vielfalt und Autonomie sind die Grundlage seines Lösungsansatzes. Experimente sollen allerorten möglich sein und vom Staat gefördert werden - eine Anregung, die bereits in den vorherigen Teilkapiteln formuliert wurde.<sup>1105</sup> Seine Überlegung lautet: Die Globalisierung führt zu einer neuen Aufwertung der lokalen Gemeinwesen.<sup>1106</sup> In seinem Zukunftsszenario fordert Dettling für die lokale Gesellschaft mehr formale Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen, um Demokratie, Solidarität und zivile Wohlfahrt von unten her praktizieren zu können.<sup>1107</sup> Dettling greift Kritikern seines Konzeptes vor und formuliert: „Die Bürgergesellschaft ist ein idealistischer Vorgriff, wie es auch die Demokratie einmal war, aber auch wie diese eine reale Utopie.“<sup>1108</sup>

<sup>1100</sup> Dettling (1998a), S. 29.

<sup>1101</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 155 und S. 219.

<sup>1102</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 151 und S. 238 f. Vgl. zum Audit auch [www.hertie-stiftung.de](http://www.hertie-stiftung.de).

<sup>1103</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 291 sowie Dettling (2000a), S. 229.

<sup>1104</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 251 ff.; Dettling (2000b), S. 47 sowie Dettling (2000c), S. 10. Diese Intention vertritt auch die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, vgl. Bericht (2002), S. 257.

<sup>1105</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 232 ff. Ebenfalls für Experimente spricht sich Offe aus. Vgl. insgesamt Offe (1998b).

<sup>1106</sup> Vgl. Dettling (1999a), S. 13.

<sup>1107</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 320 ff.

<sup>1108</sup> Dettling (2000a), S. 231. Vgl. in diesem Sinn auch Dettling (2000c), S. 14. Auch Klages spricht von der Bürgergesellschaft als Zukunftsperspektive. Vgl. Klages/Gensicke (1999), S. 18 und vgl. Klages (1999), S. 73.

### 3.7.5 Umsetzung

Wie alle bisher analysierten Konzepte und Szenarien bleibt auch Dettlings Modell ein Stück weit abstrakt, wird aber für die kommunale Ebene konkretisiert. Zentral ist, wie erwähnt, die Aufwertung des Lokalen, da die sozialen Dienste vor allem hier angesiedelt sind.<sup>1109</sup> Der Dritte Sektor, wie Dettling ihn definiert, umfasst Güter und Dienstleistungen, die nicht zu rationalisieren sind, da bei ihnen der persönliche Kontakt zwischen Produzent und Konsument im Mittelpunkt steht: Bildungsgüter und Beratungsdienste. Der Dritte Sektor erwirtschaftet laut Dettling in Deutschland knapp 4% des Bruttosozialprodukts.<sup>1110</sup> Das umschließt auch Leistungen, die in den Kommunen für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden, wie etwa Suppenküchen und Behindertenarbeit, aber auch Turnvereine, Mütterzentren oder die Feuerwehr.<sup>1111</sup> Um die personenbezogenen Dienstleistungen vor Ort ausbauen zu können, braucht es laut Dettling großzügige Öffnungs- und Experimentierklauseln, eine andere Finanzverfassung sowie die bessere Unterstützung durch Bund und Länder.<sup>1112</sup> Dezentralisierung wird auch bei Dettlings Konzept, wie bereits bei Barber und Guéhenno, zum Schlüssel. Somit wird der Dritte Sektor zum Hebel und zum Ort der sozialen Inklusion.<sup>1113</sup> Wachstumspotentiale beschreibt Dettling für den Umweltbereich (Verschmutzungskontrollen, Abfallmanagement) und für die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen (Kinder- und Altenbetreuung, Familien- und Haushaltsdienste). Wachstumspotentiale gibt es zudem im kulturellen und Freizeitbereich, in der Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie bei Tätigkeiten wie Transporten, Wohnumfeldpflege oder handwerklichen Arbeiten. Dettling legt Wert darauf, dass einige der Dienste professionell, nämlich durch Hauptamtliche ausgeführt werden müssen, da gerade in der Alten- und Krankenbetreuung ehrenamtliche Tätigkeiten nicht mehr ausreichen.<sup>1114</sup>

Um aber auch das soziale Engagement des Einzelnen zu fördern und aufzuwerten, schlägt Dettling, ähnlich wie Beck und Mutz, Bonus-Regelungen für soziale Dienste vor. Zudem könne freiwilliges Engagement bei der Vergabe von Studienplätzen berücksichtigt werden oder als Eintrag in der Personalakte sowie in der individuellen Qualifizierungs- und Rentenbiographie erscheinen.<sup>1115</sup> In der Familienpolitik sieht Dettling einen weiteren Hebel zur Aktivierung der Bürgergesellschaft. Ein gerechter Familienlastenausgleich - so Dettling - würde

<sup>1109</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 255 ff., S. 260 und S. 265 f. sowie Dettling (2000a), S. 223.

<sup>1110</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 266 f.

<sup>1111</sup> Eine detaillierte Aufschlüsselung und Datenerhebung dazu findet sich bei Klages und Gensicke, vgl. insgesamt Klages/Gensicke (1999).

<sup>1112</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 44 ff.

<sup>1113</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 28 f. und S. 50; Dettling (1999b), S. 172 f. sowie Dettling (2000b), S. 46.

<sup>1114</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 268 und 277. Im Bericht der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ gibt es eine ausführliche Klassifizierung der unterschiedlichen Formen von Ehrenamt und Aufgaben (Gesundheit, Altenpflege, Wohnumfeld, Arbeitsmarkt, Schule), vgl. Bericht (2002), S. 246 - 271.

<sup>1115</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 269 ff. Diesen Gestaltenwandel des Ehrenamtes erklärt Dettling ausführlich in: Dettling (1999a). Unterstützt wird er in diesem Ansatz von Klages, vgl. Klages (1999), S. 70.

die Geldströme von den Kinderlosen zu den Familien fließen lassen, was allerdings einen Umbau des Steuer- und Sozialversicherungssystems sowie der sozialen Infrastruktur (Betreuung) bedeuten würde. Er fordert daher, dass künftig die staatlichen Leistungen die Kosten für Kinder annähernd decken sollten, damit es künftig auch ökonomisch wieder vernünftig wird, Kinder zu bekommen. So schlägt Dettling eine Neubewertung von Elternleistungen bei der Rentenberechnung vor. Auch die steuerfinanzierte Grundsicherung sieht er als Lösungsschritt an, um von der Förderung der Ehe zur Familienförderung zu kommen.<sup>1116</sup> Für die Unternehmen benennt Dettling ebenfalls Möglichkeiten zur Förderung des Dritten Sektors. Seiner Auffassung nach können sogenannte Workholder Values eingeführt werden, so dass Mitarbeiter künftig einen Teil ihres Lohns in Aktien oder Unternehmensanteilen ausgezahlt bekommen - eine Idee, die auch von Beck, Offe und Scharpf angesprochen wird.<sup>1117</sup> Dettling sieht darin ein Instrument, die Mitarbeiter wieder dauerhaft an die Unternehmen zu binden, wobei er sich der Problematik eines möglichen Konkurses des Unternehmens bewusst ist. Hier müsste es eine Absicherung geben, die sich - so Dettlings Vorschlag - an dem Modell der Hermes-Bürgschaften orientieren könnte. „Sozial riskante Investitionen in eine unsichere Zukunft“ abzufedern, werde eine neue Aufgabe für den Staat sein, um sozial vernünftiges Verhalten über Räume und Zeiten hinweg zu fördern.<sup>1118</sup> Flexibilität und damit der schnelle Wechsel der Arbeitnehmer von Unternehmen zu Unternehmen spielen bei ihm in diesem Zusammenhang im Gegensatz zu Sennetts Ansatz kaum eine Rolle. Des Weiteren vertieft er, wie bereits Beck, den Aspekt der sozialen Verantwortung der Wirtschaft. Diese könne durch Spenden, Sponsoring und eine umfassende Organisations-, Personal- und Arbeitszeitpolitik, durch Anerkennung des Engagements in Zeugnissen sowie durch eigenes Experimentieren mit innovativen Ideen Unterstützung geben und Vorbild sein.<sup>1119</sup> Hierbei könnten Dritte-Sektor-Fonds und Stadt-Stiftungen gegründet sowie die Akkumulierung von Kapital betrieben werden.<sup>1120</sup> Dem Staat schließlich bliebe die Aufgabe, Behinderungen in der Ordnungspolitik für den Dritten Sektor abzubauen. Er könnte nach Dettlings Auffassung die Poolung und Dezentralisierung sämtlicher Fördermittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die lokale Ebene veranlassen, so dass Städte und Gemeinden die Zuständigkeit für die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit übernehmen könnten. Der individuelle Rechtsanspruch auf Arbeit könnte den auf Sozialhilfe ablösen, was eine Umwidmung der Sozialtransfers in langfristige Lohnkostenzuschüsse einschließt.<sup>1121</sup> So könnten

---

<sup>1116</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 141 ff. Auch Trabold spricht sich für eine steuerfinanzierte Grundsicherung für alle Bürger aus, da die zunehmende Individualisierung auch ein an die individuellen Bedürfnisse angepasstes Sozialversicherungssystem braucht. Vgl. Trabold (2000), S. 29 f. Miegel wiederum vertritt mit Blick auf die Rente die Idee der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter, vgl. Miegel (2002), S. 266.

<sup>1117</sup> Vgl. hierzu auch Scharpf (1998a), S. 169.

<sup>1118</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 223.

<sup>1119</sup> Vgl. Dettling (1999a), S. 18 f.

<sup>1120</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 285 ff.

<sup>1121</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 294 ff.

Betriebe im Dritten Sektor aufgebaut werden. Vor allem muss der Staat aber künftig in die Potentiale von Menschen und die soziale Infrastruktur investieren. Auch bei Dettling tauchen in diesem Zusammenhang wieder Sozialversicherungs- und Bildungsgutscheine auf, ebenso wie die Idee der Tauschringe.<sup>1122</sup> Die Umsetzung all dieser Vorschläge soll laut Dettling durch kleine „Task Forces“ begleitet werden, die an Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Museen, öffentlichen Einrichtungen und in den Unternehmen angesiedelt und von kompetenten Mitarbeitern der jeweiligen Einrichtung praxisnah mit Leben erfüllt werden.<sup>1123</sup> Mit Blick auf den Einzelnen geht Dettling, ebenso wie bereits Beck und Gorz, davon aus, dass die Motivation zu verstärktem bürgerschaftlichen Engagement durch eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit und eine sinnvolle Nutzung der frei werdenden Zeit forciert wird. Die beruflichen Fähigkeiten selbstbestimmt an anderer Stelle einsetzen zu können, birgt für viele einen großen Reiz, der mit dem Konzept der aktiven sozialen Bürgergesellschaft verbunden werden muss.<sup>1124</sup>

### 3.7.6 Fazit

Auch Dettling wählt als Ausgangspunkt das Motiv Gesellschaft und fokussiert sein Konzept auf die Arbeitsgesellschaft und damit auf die Tätigkeiten und das Handeln des Einzelnen (funktionale Perspektive und partikularer Ansatz). Zwar kommt das Motiv Staat vor, allerdings immer implizit und damit verborgen hinter dem Begriff Sozialstaat. Staatliches Handeln bleibt damit bezogen auf die Kommune und ist zur Unterstützung des individuellen sozialen Handelns vor Ort gedacht. Dettling formuliert durchaus ein Aufbruch-Paradigma, das allerdings ein Stück weit schwächer und weniger visionär als das von Beck oder Gorz ausfällt, da er stark an die realen Verhältnisse in Deutschland anknüpft und daraus umsetzbare Möglichkeiten zu entwickeln sucht. Als einziger der hier analysierten Autoren spitzt er sein Konzept auf Deutschland zu. Das Konzept ist durchwegs chancenbetont, was sich in seinem Plädoyer, den Wandel zu gestalten und Neues zu denken, ausdrückt und damit an Becks Plädoyer erinnert. Und obwohl Dettling Werte wieder stärker in den Vordergrund rückt als etwa Sennett, Gorz und Beck, kristallisiert sich sein Konzept um die Strukturen, die geändert werden müssen, und um das Handeln, das für die Strukturveränderungen notwendig ist. Daher kann seine Perspektive auf das Motiv Gesellschaft als funktional - mit leicht qualitativem Akzent - eingeordnet werden. In gewisser Weise ist Dettlings Entwurf als wertkonservativ zu bezeichnen, da er Strukturen ändern will, jedoch nicht auf Kosten der für ihn zentralen Werte Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität. Die etwas floskelhaft anmutende

<sup>1122</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 297 sowie Dettling (1999b), S. 170.

<sup>1123</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 299; Dettling (1999a), S. 27 sowie Dettling (2000b), S. 52. Diese Idee findet Unterstützung in den Forderungen von Klages und Gensicke, vgl. Klages/Gensicke (1999), S. 125.

<sup>1124</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 319. Vgl. auch Klages (1999), S. 69 ff. sowie Klages/Gensicke (1999), S. 76 ff. und S. 123 ff.

Verwendung dieser Werte wird durch das Konzept des bürgerschaftlichen Engagements mit Inhalt gefüllt und die abstrakten Werte werden dadurch ein Stück weit definiert. Dettling hält zudem an der Familie als Fundament der Gesellschaft fest, sieht in der Ehe allerdings eine veraltete Institution. Die für ihn als zentral erkannten Werte will Dettling im Kontext der Globalisierung neu justieren: Daher rückt die Beteiligungsgerechtigkeit ins Zentrum seiner Programmatik.<sup>1125</sup> Allerdings ist bei ihm Partizipation weniger politisch, also über politische Verfahren und Institutionen gedacht, sondern stärker als soziale Teilhabe, die sich im bürgerschaftlichen Engagement vor allem im Dritten Sektor kristallisiert. Soziale Teilhabe garantiert soziale Inklusion, jenseits der Vollerwerbsgesellschaft. Daher gelangt Dettling auch zu der Auffassung, dass Individualisierung nicht automatisch den Zerfall der Gesellschaft bedeutet, sondern lediglich die Formen des Miteinanders und der Solidarität ändert, was auch ein Mehr an sozialem Miteinander bedeuten kann. In seinem Epilog bezeichnet Dettling die soziale Bürgergesellschaft als „politische Methode“ und gesellschaftliche Übereinkunft, so dass nochmals deutlich wird, dass er den Paradigmenwechsel beim Ehrenamt als Instrument zum Umbau und zur Rettung des deutschen Wohlfahrtsstaates ansieht.<sup>1126</sup> Betrachtet man die in diesem Teilabschnitt hinzugezogenen Analysen aus Wissenschaft und Politik, wird deutlich, dass Dettling auf der Linie von Offe, Klages und Gensicke argumentiert. Damit ist er in der Mitte zwischen den Positionen von Miegel (Möglichkeiten des Einzelnen als Ausgangspunkt) sowie Scharpf und des Berichts der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ (staatliche Handlungsmöglichkeiten als Ausgangspunkt) verortet. Der vielfältige Bezug auf die bereits analysierten Konzepte, der im Folgenden bei Beck noch gesteigert wird, macht deutlich, dass sich der Globalisierungsdiskurs zum Ende der 1990er Jahre hin auf seinem Höhepunkt befindet. Interessant ist, dass Dettling auf Dahrendorf zurückgreift, wenn er die aktuelle Krise beschreibt,<sup>1127</sup> auf Beck, Barber und Giddens hingegen, wenn er die Chancen darstellen will. Die Idee der neuen Balance wiederum hat er von Etzioni übernommen. Und obwohl auch bei Dettling die Zeitsouveränität und der Wechsel zwischen Tätigkeiten eine wichtige Rolle in seinem Konzept spielen, grenzt er sich explizit von Gorz` Multiaktivitätsgesellschaft ab,<sup>1128</sup> da dieser seiner Auffassung nach die Globalisierung dämonisiert und vor allem eine „linke Variante der Zeitkritik“ bietet. Wie die anderen Autoren in diesem Teilkapitel will Dettling eine öffentliche Debatte anregen, gerade auch deshalb, weil er die Richtung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen als offen ansieht: „Das Spiel ist noch nicht entschieden.“<sup>1129</sup> Allerdings bezieht Dettling, anders als Albrow, Etzioni und Giddens, den Diskurs an sich nicht explizit als demokratietheoretisches Instru-

---

<sup>1125</sup> Vgl. hierzu auch insgesamt Dettling (2000f).

<sup>1126</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 311.

<sup>1127</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 90 f.

<sup>1128</sup> Vgl. Dettling (1998a), S. 67.

<sup>1129</sup> Dettling (1998a), S. 70. Vgl. hierzu auch Dettling (1999a), S. 24.



ment in sein Konzept ein. Mit Blick auf Dettlings Programmatik ist interessant, dass er sich Mitte der 1990er Jahre mit der Zukunft der Demokratie beschäftigt,<sup>1130</sup> in seinen folgenden Texten aber immer stärker das Konzept der sozialen Bürgergesellschaft und damit die Fokussierung auf den Sozialstaat in den Vordergrund tritt. So knüpft Dettling unmittelbar an die aktuellen politischen Diskussionen um den Sozialstaat an, im Globalisierungsdiskurs hingegen, so wie er sich in Deutschland darstellt, scheint der Spannungsbogen gerade in die umgekehrte Richtung zu weisen. Hier werden auf dem Höhepunkt des Diskurses die Fragen nach der Zukunft einer globalen Demokratie immer wichtiger. Ob der Diskurs damit den politischen Debatten voraus ist, soll im Schlusskapitel beleuchtet werden.

### 3.8 Ulrich Beck - Kosmopolitische Demokratie und die Vision der Weltbürgergesellschaft

„Globalisierung meint ... die Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden.“<sup>1131</sup> Mit diesem Zitat wird die Akzentverschiebung vom Motiv Gesellschaft und der Betrachtung des Sozialstaates zum Motiv Nationalstaat und der politischen Steuerung deutlich, die auf dem Höhepunkt des Globalisierungsdiskurses zu beobachten ist. Beck stellt mit dem Themenspektrum seiner Texte ein Scharnier zwischen den unterschiedlichen Ansätzen und Perspektiven auf die Globalisierungsprozesse im Diskurs dar. Daher wird ihm an dieser Stelle ein vergleichsweise umfangreicher Abschnitt eingeräumt. Ulrich Beck sagt von sich selbst, dass er - ebenso wie die anderen Autoren - die Öffentlichkeit sucht, wobei er auf dem „schmalen Grad zwischen fachlichem Diskurs und öffentlicher Auseinandersetzung“ balanciert.<sup>1132</sup> Sein Anspruch dabei ist, im „Begriffsnebel Globalisierung“ die Leitidee einer Großen Erzählung des Transnationalen auszumachen.<sup>1133</sup> Mehr als alle anderen Autoren verbindet er daher in seinen Texten die Theorieansätze unterschiedlicher Autoren mit seinen eigenen Thesen und bietet so einen spannungsreichen Überblick über die Facetten des Globalisierungsdiskurses. Explizit nimmt er Bezug auf Albrow, Dahrendorf, Fukuyama, Giddens, Habermas, Huntington, Scharpf und Zürn, wobei er aller-

<sup>1130</sup> Vgl. Dettling (1996a), beispielsweise S. 105 ff., S. 112 ff. und S. 116 f.

<sup>1131</sup> Beck (1998a), S. 29 sowie in diesem Sinne auch S. 150 f. Vgl. außerdem Beck, Ulrich (1998d), Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 4. Vgl. zur polyzentrischen Machtverteilung auch Messner (1998a), S. 11, S. 17 und S. 25 sowie Bonß (2000), S. 347.

<sup>1132</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 54. Dass er ebenso wie Dettling und andere zur jeweils aktuellen politischen Lage befragt wird, zeigt sich ein weiteres Mal in einem Zeitungsartikel zum Wahlkampf in Deutschland 2002, vgl. Beck, Ulrich (2002b), Arbeit ist ein bewegliches Ziel, *Die Zeit*, 07/02. Auch in Erläuterungen zur Politikwissenschaft ist mit Bezug auf Beck die Einschätzung zu finden, dass „politische Theorie und Philosophie ... neben wissenschaftlichen Anstrengungen auch immer Interventionen in die politische Umwelt“ sind. Vgl. Berg-Schlosser/Quenter (1999), S. 37.

<sup>1133</sup> Vgl. hierzu Beck (1998c), S. 7.

dings im Jahr 1998 konstatiert, dass bis auf Albrow alle anderen (noch) nicht an einer neuen „Meta-Erzählung“ arbeiten.<sup>1134</sup> Zur Globalisierungsdebatte selbst stellt er fest: „In dieser Debatte wird widerwillig, wider den Strich des herrschenden Denkens weltweit aufgeschnürt und neu verhandelt, was eben noch gänzlich verschlossen schien: die Grundlage der westlichen Moderne.“<sup>1135</sup> In diesem Teilkapitel steht Becks Text „Was ist Globalisierung?“ im Zentrum, da dies der einzige Band aus der Suhrkamp-Reihe „Zweite Moderne“ ist, in dem Beck als Herausgeber nicht „nur“ mit einem Beitrag präsent ist. Er nutzt den Band als Grundlage für seine eigene Konzeption und erweitert die Theorie der Risikogesellschaft um die Dimension der politischen Steuerung im Kontext der Globalisierung. Außerhalb der Reihe veröffentlichte Texte tragen wiederum das Stichwort Globalisierung nicht so exponiert im Titel, sondern beschäftigen sich mit den anderen Bausteinen von Becks Programmatik: der Risikogesellschaft, der Subpolitik und der Weltbürgergesellschaft. In diesem Abschnitt werden nun alle anderen Veröffentlichungen um den Grundlagentext gruppiert, um ein abgerundetes Bild von Becks Konzeption zu erreichen. Da der Aspekt der Zukunft der Arbeit bereits im Vorherigen behandelt wurde, wird er hier nicht nochmals aufgenommen.

### 3.8.1 Die Macht der globalen Wirtschaft und die Rolle der Politik

In „Was ist Globalisierung?“ wählt Beck einen Ausgangspunkt als Grundlage für seine Programmatik, den er in den anderen Texten nicht so explizit in den Mittelpunkt stellt: Er richtet den Fokus auf die Wirtschaft und leitet von deren globalen Aktivitäten die notwendigen Schritte für die Politik ab, damit diese wieder handlungsfähig wird und der globalen Ökonomie „nachwachsen“ kann. Seine Ausgangsthese hierbei ist, dass global agierende Unternehmen mittlerweile eine Schlüsselrolle in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen und dadurch Staat und Politik die Macht- und Gestaltungschancen rauben. Als Träger des globalen Kapitalismus schnüren sie die politisch und sozialstaatlich gezähmte Handlungsmacht des demokratisch organisierten Kapitalismus auf und erobern sie. Sie untergraben damit die Grundlagen der Nationalökonomie und des Nationalstaates und provozieren die Entmächtigung der nationalstaatlichen Politik.<sup>1136</sup> Die Macht der Unternehmen liegt nach Beck gerade darin, dass sie Arbeitsplätze exportieren, Produkte und Dienstleistungen arbeitsteilig global erzeugen und Nationalstaaten wie Produktionsstandorte gegeneinander ausspielen können.<sup>1137</sup> Sie haben damit Zugriff auf die

<sup>1134</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 8; Beck (1991), S. 196 ff. sowie Beck, Ulrich (2003a), Kosmopolitisches Europa. Die Europäische Union jenseits von Staatenbund und Bundesstaat, in: Europa leidenschaftlich gesucht, hg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, S. 252.

<sup>1135</sup> Beck (1998d), S. 3; vgl. auch Beck (1998c), S. 10.

<sup>1136</sup> Dieser Blickwinkel erinnert stark an die Perspektive, die Altwater und Mahnkopf auf die Globalisierung richten. Sie warnen dezidiert vor der Gefahr der Verdrängung der Politik und deren Handlungsspielraum durch die zunehmende globale Ökonomisierung. Vgl. hierzu insgesamt Altwater/Mahnkopf (1999).

<sup>1137</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 14 ff., S. 17 und S. 116 f. sowie Beck (1998c), S. 25.

materiellen Lebensadern der Gesellschaft.<sup>1138</sup> Nachdem die global agierenden Unternehmen zwischen Investitions-, Produktions-, Steuer- und Wohnort entscheiden und diese gegeneinander ausspielen können, entstehen zusätzliche Handlungs- und Machtchancen jenseits des politischen Systems - und dies ohne Entscheidungen der politischen Institutionen.<sup>1139</sup> Zusätzlich kommt es zu einer Risikoumverteilung von Wirtschaft und Staat auf das Individuum.<sup>1140</sup> Aus dieser Entwicklung geht, in Verbindung mit dem wachsenden Einfluss der sogenannten Subpolitik, eine regelverändernde Politik hervor, die durch Handeln Fakten schafft, was Beck mit „Meta-Politik“ bezeichnet.<sup>1141</sup> Er kritisiert diesen „politischen Weltmarkt-Autoritarismus“, der sich seiner Meinung nach unpolitisch gibt, aber hochpolitisch handelt.<sup>1142</sup> Als problematisch bezeichnet Beck in diesem Zusammenhang - wie bereits im Kontext der Arbeitsgesellschaft - die „virtuellen Steuerzahler“, zu denen er auch globale Unternehmen zählt, die zwar Leistungen des Gemeinwohls und des Sozialstaates in Anspruch nehmen, diese aber durch gleichzeitigen Entzug ihrer Steuern untergraben. Damit entziehen sich die wirtschaftlichen Entwicklungen immer mehr der Kontrolle des Nationalstaates und entledigen sich ihrer Verantwortung für die Demokratie. Die sozialen Folgen in Form von Arbeitslosigkeit, Migration und Armut werden im Gegenzug auf den Sozialstaat abgewälzt. So bezahlen letztendlich in diesem „kapitalistischen Nullsummenspiel“ die Globalisierungsverlierer die Rechnung für eine funktionierende Demokratie.<sup>1143</sup> Dieser Aspekt wurde bereits im Zusammenhang mit der Zukunft der Arbeit unter dem Stichwort Kapitalismuskritik thematisiert. Beck sieht hier die Gefahr einer Aushöhlung der sozialstaatlichen Solidarität und damit der Demokratie, da das „Projekt der Marktwirtschaft“ immer auch ein eng mit der Demokratie verbundenes politisches Projekt war.<sup>1144</sup>

<sup>1138</sup> Eine gegenteilige Ansicht vertritt Scharpf, der die These von der Entmachtung der Politik durch die Ökonomie relativiert. So sei die nationale Politik auch im Kontext der Globalisierung keineswegs nur dem Vollzug ökonomischer Sachzwänge ausgesetzt, sondern sie könne weiterhin zwischen verschiedenen Optionen wählen und somit Politik steuern. Aber die politische Diskussion müsse sich von dem vorherrschenden Streit über die Verteidigung bzw. den Abbau historischer Strukturen verabschieden. Sie müsse sich vielmehr auf die Frage fokussieren, „ob und wie die darin bisher realisierten Ziele und Werte durch den Umbau der überkommenen Strukturen auch unter den Bedingungen globalisierter Kapitalmärkte und der Standortkonkurrenz im europäischen Binnenmarkt gesichert werden können“. Vgl. insgesamt Scharpf (1998a), besonders S. 171. In diesem Zusammenhang vgl. auch „Die Politik ist entmachtet“. Horst Teltschik widerspricht der These von der Globalisierungsfalle, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.11.1999.

<sup>1139</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 16 sowie Beck (1998c), S. 25. Vgl. zu dieser Tendenz auch insgesamt Beck (1999e). Zu einer ähnlichen Analyse kommt Miegel, vgl. den Gesprächsbeitrag von Meinhard Miegel, in: *Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie*, 115. Bergedorfer Gesprächskreis, hg. von der Körber-Stiftung, Hamburg 1999, S. 34.

<sup>1140</sup> Vgl. Beck, Ulrich (2003b), *Deutschland - In welcher Welt wollen wir leben?* Interview mit Ulrich Beck, in: Pongs, Armin (Hg.), *In welcher Welt wollen wir leben?*, München, S. 69.

<sup>1141</sup> Zur Aushöhlung nationalstaatlicher Politik und der daraus folgenden Infragestellung nationalstaatlicher Autonomie durch neue politische und wirtschaftliche Akteure vgl. auch Bonß (2000), S. 346.

<sup>1142</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 203 f. und S. 217.

<sup>1143</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 19 ff.

<sup>1144</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 232.

### 3.8.2 Ansatz und Programmatik

Vor diesem Hintergrund dreht sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft mittlerweile alles um das „Schreckenswort Globalisierung“ - so Becks Feststellung.<sup>1145</sup> Für ihn wird der Globalisierungsschock ein Kennzeichen für den Übergang von der Ersten in die Zweite Moderne, durch den allerdings gerade eine Politisierung aller Akteure und Organisationen auf allen Ebenen ausgelöst wird. Da alle von der grundlagenverändernden Dynamik betroffen sind, müssten sich auch alle mit ihr auseinandersetzen.<sup>1146</sup> Becks Motto lautet - ähnlich wie das von Dettling: „Was als Verfall erscheint, könnte (...) in einen Aufbruch in eine Zweite Moderne verwandelt werden.“<sup>1147</sup> Beck will die Globalisierung gestalten und die Chancen nutzen.

#### *Erste und Zweite Moderne als Schlüsselkategorien*

Interessant ist, dass Beck in den Texten nach 1995 seine Theorie der „reflexiven Modernisierung“ konkretisiert<sup>1148</sup> und die Epochen seit der Aufklärung in Erste und Zweite Moderne unterteilt.<sup>1149</sup> Diese Klassifizierung zieht sich konsequent durch alle seine Veröffentlichungen. Daher soll sie an dieser Stelle noch einmal aufgegriffen werden, auch wenn im Teilkapitel „Zukunft der Arbeit“ bereits auf Grundlinien eingegangen wurde. Die reflexive Modernisierung bedingt nämlich, so Beck, dass die Selbstverständlichkeiten der Industrie-epoche zerfallen und das Handeln des Individuums ins Zentrum rückt - ein Ansatz, den Beck mit Giddens teilt. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Modernen liegt in der Unrevidierbarkeit der entstandenen Globalität, wodurch heute Standardantworten der Ersten für die Zweite Moderne untauglich und widersprüchlich werden. Alles mit der Moderne Verbundene wird in Frage gestellt, was an anderer Stelle bereits Albrow feststellt. Darunter fallen das Politikmonopol, das Gemeinschafts- und Gesellschaftsverständnis, das Ideal des technischen Fortschritts und die nationale Einheit.<sup>1150</sup> Die Institutionen

<sup>1145</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 13.

<sup>1146</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 14 und S. 217.

<sup>1147</sup> Beck (1998a), S. 25.

<sup>1148</sup> Zur Risikogesellschaft und der reflexiven Modernisierung vgl. insgesamt Beck (1986); insgesamt Beck (1991) sowie Beck (1993), S. 91 und S. 96 ff. Noch 1991 hat sich Müller-Doohm durchaus kritisch zu Becks theoretischer Konzeption geäußert und einen Rückbezug des Risiko- und Individualisierungsbegriffs auf den sozialgeschichtlichen und historischen Ort gefordert. Ihm war Becks Theorie der Risikogesellschaft zu „gegenwartsfixiert“, um dauerhaft Geltung zu erlangen. Vgl. Müller-Doohm, Stefan (1991b), Soziologie ohne Gesellschaft? Notizen zum Gegenstandsverlust einer Disziplin, in: Müller-Doohm, Stefan (Hg.), Jenseits der Utopie, Frankfurt am Main, S. 63 f. Mit der Theorie der Zweiten Moderne scheint Beck genau dieser Forderung nach Eingrenzung und Konkretisierung zu entsprechen. Zieht man Rohbecks Aufsatz von 2001 „Zukunft oder Ende der Moderne?“ hinzu, wird deutlich, dass die isolierte Betrachtung von Becks Theorie der Risikogesellschaft mittlerweile zu missverständlichen Interpretationen führen kann. Rohbeck weist Becks Theorie mit Blick auf den Abschied von den Kategorien der Moderne einen pessimistischen Verlustakzent zu, der zwar auf den Text von 1986 zutrifft, nicht mehr jedoch auf die Texte aus den 1990er Jahren. Vgl. Rohbeck, Johannes (2001), Zukunft oder Ende der Moderne?, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, Bd. 50, Heft 5/6, S. 5 ff.

<sup>1149</sup> Vgl. zur Ersten Moderne Beck (1998c), S. 13 sowie Beck (1998d), S. 4.

<sup>1150</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 30; Beck (1998c), S. 11 f. sowie Beck (1993), S. 97 ff. und 156 f.

und Normen versagen,<sup>1151</sup> die Schlüsselbegriffe müssen neu ausgelotet werden.<sup>1152</sup> Deshalb muss auch die Politik für die Zweite Moderne neu begründet und erfunden werden. Die Erfindung des Politischen für das Zeitalter der Globalisierung ist der Kern von Becks Konzept. Hiervon ausgehend entwickelt er Ideen und Modelle für ein Handeln unterhalb und oberhalb des Staates, aber auch quer zu diesem. Als Merkmale der Zweiten Moderne definiert Beck unter anderem die neue Art der Dynamik und Dichte in Form der Raum-Zeit-Kompression (Sennett). Damit meint er die Grenzüberschreitungen im alltäglichen Handeln, das weltweit in Netzwerken mit hoher und wechselseitiger Abhängigkeit und Verpflichtung geschieht. Außerdem gehören dazu die Wahrnehmung der Transnationalität in Massenmedien, Konsum und Tourismus. Schließlich bezeichnet er die Ortlosigkeit von Gemeinschaft, Arbeit und Kapital sowie das globale ökologische Gefahrenbewusstsein als neu. Auswirkungen sind die nicht mehr auszugrenzende Wahrnehmung „transkultureller Anderer“ im eigenen Leben. Als Beispiel für die Entwicklung hin zur Transnationalität gilt ihm die Europäische Union.<sup>1153</sup> Als Grundvorstellungen der Ersten Moderne bezeichnet Beck abschließbare Räume, die es heute kaum mehr gebe. Zudem sind die Konturen der Gesellschaft nicht mehr deckungsgleich mit den Konturen der Nationalstaaten. Territorialität, Staat, Souveränität und parlamentarische Demokratie als, wie bereits im Vorherigen konstatiert, territorial fixiertes Epochenbild des Sozialen lösen sich auf - so sein Fazit.<sup>1154</sup> Die Folge sind neuartige Macht- und Konkurrenzverhältnisse, Konflikte und Überschneidungen, so dass das Ziel eine Weltgesellschaft ohne Weltstaat und Weltregierung sein muss.<sup>1155</sup>

### **Globalität, Protektionismus und Globalismus**

Beck kreiert neben der Ersten und Zweiten Moderne weitere Begriffe bzw. füllt bereits bestehende mit neuen Inhalten. Die Globalisierung besteht also aus den Prozessen der Grenzüberschreitung und der Zeit-Raum-Kompression. Globalität als davon abgeleiteter Begriff wiederum bezeichnet die Tatsache, dass heute bereits alle Menschen in einer Weltgesellschaft leben, da die Vorstellung

<sup>1151</sup> Vgl. Beck, Ulrich (1997b), *Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik*, Wien, S. 34. Vgl. ebenso Beck (1999e), S. 49 und S. 53 f. sowie Beck (1995), S. 25 f. Vgl. zur Analyse des Versagens der Institutionen und Normen u.a. die 12. Shell-Jugendstudie von 1997, die die generelle politische Entfremdung der Jugend vom politischen System und seinen Institutionen untermauert. Vgl. Fischer/Münchmeister (1997), unter anderem S. 18 f. und 34 f. Vgl. des Weiteren Klages (2000), S. 161 und S. 168 sowie Keupp/Kraus/Straus (2000), S. 246. Vgl. zusätzlich Bude (2000), S. 133 f. Offe fordert zudem für die Zukunft eine „laterale Vertrauensbildung“ durch die Institutionen, die selbst nur Bestand haben können, wenn sie als „moralisch plausibel“ verstanden werden können. Ihre Glaubwürdigkeit wird damit zur Grundlage für das Gelingen oder Misslingen der globalen Demokratie. Vgl. Offe, Claus (1999b), Wenn das Vertrauen fehlt, *Die Zeit*, 50/99.

<sup>1152</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 53.

<sup>1153</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 30 ff. Beck macht verschiedene Dimensionen der Globalisierung aus, nämlich eine kommunikationstechnische, ökologische, ökonomische, arbeitsorganisatorische, kulturelle und zivilgesellschaftliche Dimension. Vgl. hierzu Beck (1998a), S. 39 ff.

<sup>1154</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 14 ff. Zu geschlossenen Räumen als Fiktion vgl. auch Beck (1997b), S. 44 f.

<sup>1155</sup> Vgl. Beck (1998a) 44 ff. sowie Beck (1998c), S. 13, S. 21 und S. 25.

geschlossener Räume und damit abgrenzbarer Gesellschaften fiktiv sei.<sup>1156</sup> Globalität als bereits hergestellter Zustand globalen Handelns schließe niemanden mehr aus, weder sozial noch moralisch-ideologisch, und habe eine Art „feindloser Politik“ zur Folge, da sich Konfrontationslinien der Ersten Moderne, wie sie in der ersten Diskursphase beschrieben werden, mittlerweile auflösen.<sup>1157</sup> Weitere Folgeerscheinungen sind der Globalismus und als Reaktion auf diesen der Protektionismus. Globalismus ist für Beck die „Ideologie des Neoliberalismus“, der danach trachtet, die Globalisierung auf ihre wirtschaftliche Dimension zu verkürzen.<sup>1158</sup> Der Weltmarkt verdränge und ersetze in dieser Logik das politische Handeln. So werde die Differenz zwischen Politik und Wirtschaft liquidiert, da Politik keine Rahmenbedingungen mehr setzen, denen die Wirtschaft folgen müsse. Neoliberal ist seiner Auffassung nach die Unterstellung, dass Staaten wie Unternehmen zu führen seien. Hierin sieht er einen „bejahenden Globalismus“.<sup>1159</sup> Der „verneinende Globalismus“ wiederum drücke sich in verschiedenen Formen des Protektionismus aus, der in Form des „schwarzen Protektionismus“ den Werteverfall beweine, in Form des „grünen Protektionismus“ den Nationalstaat als „Politik-Biotop“ entdecke und in Form des „roten Protektionismus“ den Klassenkampf wieder beleben möchte.<sup>1160</sup> So konstatiert Beck mit Blick auf den Globalismus: „Die semantische Hegemonie, die öffentlich geschürte Ideologie des Globalismus ist eine Machtquelle, aus der die Unternehmensseite ihr strategisches Potential bezieht. (...) Neoliberaler Globalismus (...) handelt nicht, sondern vollzieht die Weltmarktgesetze (...).“<sup>1161</sup> Und mit Blick auf den Protektionismus urteilt er: „Der Hunger nach Grenzen und Strukturen wird unstillbar in dem Maße, wie diese sich auflösen.“<sup>1162</sup> Die Begriffe Globalität, Globalismus und Protektionismus sind ebenfalls in Albrows und Zürns Konzepten von zentraler Bedeutung und Indizien für die Ähnlichkeit der Themenbausteine. Becks zentrale These lautet also: Mit dem Zeitalter der Globalität geht nicht das Ende der Politik und des politischen Handelns einher, sondern es wird deren Neubeginn eröffnet.<sup>1163</sup> „Das Politische bricht neu, andersartig auf und aus und

<sup>1156</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 27 f., S. 44 und S. 132.

<sup>1157</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 51.

<sup>1158</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 151 f. und S. 196 sowie Beck (1998d), S. 4 (Kritik an der verengt geführten Diskussion in Deutschland). Zum Stichwort Globalismus als Ideologie vgl. Beck (1999d), S. 64.

<sup>1159</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 27 f.

<sup>1160</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 28 f. und S. 208 ff.; Beck (1998d), S. 7 sowie Beck (1999e), S. 44. Mit Blick auf Europa und die europäische Einigung identifiziert Beck als neue Form noch den „intellektuellen Protektionismus“, der sich durch die Klage über die EU-Bürokratie, den Abschied von der Demokratie und der Forderung nach einem Zurück zur nationalen Idylle auszeichnet. Vgl. Beck (2003a), S. 264. Zu den Protektionismen vgl. auch insgesamt Zürn, Michael (1998b), Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 297 - 330.

<sup>1161</sup> Beck (1998a), S. 203.

<sup>1162</sup> Beck (1999e), S. 59.

<sup>1163</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 25 und S. 217 sowie Beck (1999e), S. 54. Bereits 1995 beschreibt Beck die „Renaissance des Politischen“. Vgl. Beck (1995), S. 105. Vgl. hierzu auch Zürn, der ebenfalls keine Entpolitisierung beobachtet, sondern die Neuformierung und Transnationalisierung sozialer Bewegungen und Organisationen und damit die Entstehung einer „Welt(risiko)gesellschaft unabhängig von der Staatenwelt“ prognostiziert. Vgl. Zürn (1998a), S. 116 und S. 119. Eine andere Meinung hingegen vertritt Kohler, der gerade auf die Politikmüdigkeit hinweist, die durch die beobachtbare „Entmachtung des Politischen durch die Ökonomie“ im Zuge der Globalisierung verstärkt werde. Vgl. Kohler, Georg

zwar jenseits der formalen Zuständigkeiten und Hierarchien.“<sup>1164</sup> Deshalb müsse laut Beck über den Weg des politischen Experimentalismus eine Neudefinition der Politik erfolgen, die auf das Individuum und sein Handeln bezogen sein müsse.<sup>1165</sup> Das Politische breche aus dem kategorialen Rahmen des Nationalstaates aus und dennoch klebe an „allen Begriffen und Institutionen des Politischen“ immer noch die „Scholle“.<sup>1166</sup> Das „herrschende nationale Verständnis von Demokratie, Staat, politischer Gemeinschaft, Souveränität, (...) Parlament, Bürgerrechten und Bürger“ habe immer noch eine territoriale Prämisse, weshalb es endlich zu einer Debatte über die politische Gestaltung der Globalisierung und ihrer Grenzenlosigkeit kommen müsse.<sup>1167</sup>

### 3.8.3 Vision und Umsetzung

Becks Vision bezieht sich, ausgehend von der (Wieder)Erfindung des Politischen, sowohl auf die sub-, als auch auf die transnationale Ebene. Die sub- und transnationalen Handlungsmöglichkeiten jenseits der klassischen politischen Institutionen beschreibt Beck bereits seit 1986 mit dem Begriff der Subpolitik, die gleichermaßen struktur- wie regelverändernd ist.<sup>1168</sup> So wird Subpolitik das Synonym für die Erfindung des Politischen:<sup>1169</sup> „Erfindung des Politischen meint: schöpferische, selbstschöpferische Politik, die (...) neue Inhalte, Formen und Koalitionen entwirft und schmiedet.“<sup>1170</sup> Dabei sorgt sie zusätzlich für die „Entrümpelung der Politik und ihrer Institutionen“. Im Mittelpunkt steht die Selbstorganisation von Politik, die tendenziell alle gesellschaftlichen Bereiche in Bewegung setzt, weil es zu einer punktuellen individuellen Teilhabe an politischen Entscheidungen in Form von direkter Politik kommt. Die Bürger werden aufgrund des Bewusstseins über globale Risiken und der daraus entstehenden Verantwortung selbst aktiv. Damit ist Subpolitik für Beck die Gesellschaftsgestaltung von unten.<sup>1171</sup> Aus seiner Analyse der Rolle der Wirtschaft und seinem Plädoyer für die Neudefinition des Politischen als Subpolitik entwickelt Beck die Perspektiven für Staat und Gesellschaft jenseits ihrer nationalstaatlichen Bindungen. Als erster Schritt erfolgt ein Blick auf seine Lösungsvorschläge für die subnationale Ebene. Einige der Ideen sind vor allem in „Was ist Globalisierung?“ zu finden, andere wiederum spielen in mehreren seiner Veröffentlichungen eine Rolle.

---

(1999), Wozu Politik? Zur demokratiepolitischen Bedeutung der aktuellen Politikverdrossenheit, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 47 f. Zu Becks Konzeption der Repolitisierung vgl. schließlich noch Waschkuhn (1998), S. 300 f. und S. 615 f.

<sup>1164</sup> Beck (1997b), S. 61.

<sup>1165</sup> Vgl. Beck (1993), S. 196 („zivilisatorisches Realexperiment“); vgl. auch Beck (1997a), S. 391 ff. sowie Beck (2000a), S. 41.

<sup>1166</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 13 sowie Beck (1993), S. 154 ff.

<sup>1167</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 217; Beck (1999e), S. 43 sowie in diesem Sinne auch Beck (1995), S. 37 ff.

<sup>1168</sup> Vgl. Beck (1986), S. 300 ff. und 357 sowie Beck (1997b), S. 48 f.

<sup>1169</sup> Vgl. Beck (1995), S. 37 ff.

<sup>1170</sup> Beck (1993), S. 210; vgl. in diesem Sinn auch S. 216 und S. 225.

<sup>1171</sup> Vgl. hierzu auch Beck (1997a), S. 391 ff.

### 3.8.4 Subnationale Steuerung der Politik

#### ***Gesellschaftsvertrag gegen Exklusion und Beteiligung am Kapital***

Mit Blick auf die Dominanz der ökonomischen Perspektive auf die Globalisierung fordert Beck einen Gesellschaftsvertrag gegen soziale Exklusion - eine Forderung, die an Dettlings Konzept erinnert. Hier konzentriert Beck sich auf den Sozialstaat und das Problem von Arbeitslosigkeit und Armut, das nicht mehr den bisher gültigen Klassenstereotypen folgt. Da Arbeitslosigkeit und Armut durch diese Entwicklung immer schwerer zu identifizieren sind, sind die Betroffenen auch kaum mehr als politische Kraft zu organisieren. Wie Sennett und Gorz weist Beck darauf hin, dass in den individualisierten Lebensformen Arbeitslosigkeit und Armut immer weniger als Klassenschicksale, sondern als persönliches Schicksal aufgrund von individuellem Versagen wahrgenommen werden.<sup>1172</sup> Hier entstehe ein Ohnmachtsgefühl, das durch den Entzug der wirtschaftlichen Entwicklungen aus dem nationalstaatlichen Rahmen verstärkt werde. Die sozialen Folgen jedoch sammelten sich nach wie vor in den „Auffangnetzen“ des Nationalstaates.<sup>1173</sup> Becks Gesellschaftsvertrag sieht daher im Kern den Auf- und Ausbau einer Grundsicherung sowie die Stärkung sozialer Netzwerke zur Selbstversorgung und Selbstorganisation vor, die beschriebene Bürgerarbeit ist ein zentraler Baustein dabei. Daher müssen jenseits des Nationalstaates die Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit debattiert werden. Denn für ihn lautet eine wichtige Frage: Wieviel Armut trägt die Demokratie?<sup>1174</sup> Was bei Giddens unter dem Stichwort „Selbsthilfe“ dargestellt wird, firmiert bei Beck unter dem der „Selbstorganisation“. Des Weiteren folgt Beck der Argumentation, dass Arbeit an Kapital beteiligt werden müsse, wenn die Voraussage stimme, dass Arbeit durch Wissen und Kapital ersetzt werde. So könne in einer neuen Sozialpolitik neben das Prinzip der Mitbestimmung das Prinzip des Miteigentums treten - ein Gedanke, der bereits von Dettling und anderen formuliert wurde. Mit Bezug auf Scharpf fordert Beck daher eine Umorientierung von der Steuer- und Lohnpolitik auf die Verteilung der Kapitalvermögen, wenn das politische Ziel der Verteilungsgerechtigkeit aufrecht erhalten werden soll. Allerdings verweist er auf die Problematik, dass mit dieser Forderung nur die gestützt werden, die bereits Arbeit haben. Der sozialen Ausgrenzung der Arbeitslosen könne so nicht begegnet werden.<sup>1175</sup> Beck argumentiert, dass im Zusammenhang mit solchen Überlegungen das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit auch als mögliche Entfaltungschance

---

<sup>1172</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 255.

<sup>1173</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 256 f.

<sup>1174</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 255 ff.

<sup>1175</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 229. Vgl. zur Umorientierung von der Steuer- und Lohnpolitik zur Verteilung auf Kapitalvermögen Scharpf (1998a), S. 169 f. Außerdem vgl. Krause, Joachim (1998), Strukturprobleme der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 29-30, S. 23.



interpretiert werden könne.<sup>1176</sup> An dieser Stelle wird seine Absicht der positiven Gestaltung der Globalisierung sichtbar.

### ***Neuorientierung der Bildungspolitik und Bündnis für Bürgerarbeit***

Die nächste Forderung Becks folgt der Annahme, dass Arbeit durch Wissen aufgewertet oder umgestaltet werden muss, wenn es zutrifft, dass Arbeit durch Wissen und Kapital ersetzt wird. Investitionen in Bildung und Forschung sind die Konsequenzen, da die Bürger bestimmte Fähigkeiten brauchen, um sich in dem transnationalen Umfeld der Weltgesellschaft bewegen zu können.<sup>1177</sup> Ein adäquates Mittel wäre für Beck die Verlängerung der Ausbildung sowie eine Lockerung von deren Fixiertheit auf bestimmte Berufe. Der Fokus müsse dabei auf der Ausweitung von breit anwendbaren Schlüsselqualifikationen liegen. Neben lebenslangem Lernen und Flexibilität müssen ebenso Sozialkompetenz, Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Kulturverständnis, vernetztes Denken und der Umgang mit Unsicherheiten trainiert werden, wobei die Ausbildung eines eigenen Ichs als Handlungs- und Orientierungszentrums das Ziel sein müsse.<sup>1178</sup> Beck nimmt in „Was ist Globalisierung?“ ein weiteres Mal Bezug auf sein Konzept der Bürgerarbeit, wie im Vorherigen bereits erläutert.<sup>1179</sup> Erwähnenswert bleibt allerdings, dass er im Gegensatz zu den Texten zur Zukunft der Arbeit nicht mehr hauptsächlich Sozialstaat und Gesellschaft im Blick hat, sondern auf das politische System abhebt. Deshalb kommt er in Verbindung mit seinem Konzept der Bürgerarbeit auch auf die Forderung, dass zu dessen Umsetzung mit dem Politikmonopol des politischen Systems gebrochen werden müsse. Es bedürfe einer neuen Macht- und Arbeitsteilung zwischen staatlicher Systempolitik und (trans)lokaler Bürgergesellschaft. So solle mit Blick auf die nationale und subnationale Ebene die Macht aufgrund der gewachsenen Selbstverantwortung vom Zentrum in die Regionen und Städte verlagert werden.<sup>1180</sup> Ebenso wie Dettling verweist aber auch Beck darauf, dass es dennoch nicht zu einer Aufbüdung aller unbewältigten Folgeprobleme des Sozialstaates auf die Kommunen und die Bürgerarbeit kommen dürfe.<sup>1181</sup>

### ***Potentiale für individuelles und wirtschaftliches Handeln jenseits des globalen Kapitalismus und Glokalisierung***

In „Was ist Globalisierung?“ widmet Beck sich Überlegungen, wie das deutsche Selbstverständnis in Form des auf wirtschaftlicher Prosperität beruhenden „Verfassungspatriotismus“ (Habermas) in das Zeitalter der Globalisierung hin-

---

<sup>1176</sup> Vgl. auch Beck (1999d), S. 62 f.

<sup>1177</sup> So bereits 1986 von Beck gefordert. Vgl. Beck (1986), S. 243 ff.

<sup>1178</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 230 f.

<sup>1179</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 235 ff.

<sup>1180</sup> Vgl. Beck (1997a), S. 28.

<sup>1181</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 237.

über gerettet werden kann.<sup>1182</sup> Er fordert eine neue kulturell-politisch-ökonomische Zielbestimmung. Die aktuelle Standortdebatte bezeichnet er als kontra-innovativ, weil die „ausgerufene Aufholjagd“ auf den gängigen technologischen Zukunftsmärkten ein „Ausdruck der herrschenden (Denk-) Blockaden und Phantasielosigkeit“ sei.<sup>1183</sup> Deutschland müsse sich, so Beck, von der Identität der „VW-Export-Nation“ verabschieden. Vor allem mit Blick auf ökologische Produkte könne für Deutschland „Differenz“ der neue identitätsstiftende Begriff sein. Der lokale Individualismus Westeuropas müsse in einen Wettbewerbsvorteil am Weltmarkt verwandelt werden, der sich in hochindividualisierten Produkten und Dienstleistungen sowie darauf bezogene Arbeits- und Produktionsformen ausdrücken könne. Risikomärkte könnten erschlossen werden, indem riskante Produkte und Dienstleistungen konsensfähig gemacht würden, beispielsweise durch Offenlegung ihrer Produktionsbedingungen und Produktgeschichte. So könne neben dem Gebrauchswert zusätzlich ein Zustimmungswert entstehen. Beck bezeichnet dies als „gläserne Produkt-Politik“. Zusätzlich müsse es zu einer Re-Regionalisierung von Märkten kommen, etwa durch die Besinnung auf kurze Wege vom Hersteller zum Verbraucher.<sup>1184</sup> Über diese Vorschläge gelangt Beck dann zu seiner Forderung nach Einführung und Stärkung von experimentellen Kulturen, Nischenmärkten und gesellschaftlicher Selbststeuerung. Da Individualisierung nicht die Auflösung von Werten, sondern deren Ausdifferenzierung bedeute, werde die individuelle Autonomie immer unentbehrlicher (Albrow und Giddens). Diese ist nach Becks Ansicht gleichzeitig eine kulturelle Quelle für Risikofreudigkeit und Kreativität, die es zu stärken gelte.<sup>1185</sup> Daraus entstehende Nischenmärkte mit regionaler Wurzel müssten nach Becks Auffassung verallgemeinert und politisch gefördert werden, weil sie eine Antwort auf das Ende der Massenproduktion und Vollbeschäftigung darstellen können. Beck betont, dass für autonome Individuen statt Geld eher Identifikation und Selbstverwirklichung zählen. So sieht er in den Nischenkulturen und -produktionen Gegenmodelle zur „großkapitalistischen Rationalisierungswut“, da es sich hier um arbeitsintensive Tätigkeiten und Produkte mit einem hohen Sinn- und Zukunftswert handelt. Beck spricht vom „kulturellen Laboratorium für die Zukunft“, das von erfinderischen Produktionsweisen, geringen Produktionskosten, Eigeninitiative, regionalen Besonderheiten und transnationaler zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation geprägt sein soll.<sup>1186</sup> Er verknüpft an dieser Stelle sein Konzept der Subpolitik, der Dezentralisierung und der Selbstbestimmung mit seiner positiven Wertung der

---

<sup>1182</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 239.

<sup>1183</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 240.

<sup>1184</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 240 ff.

<sup>1185</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 246 ff. Zur Phantasie als sozialer Praxis vgl. Beck (1998c), S. 55 sowie Beck (2003b), S. 73. Vgl. den Entwurf von Clermont und Goebel zu den sogenannten Lebensästheten und ihrem Sozialzusammenhang, Clermont/Goebel (1997), exemplarisch S. 163 ff. und S. 183 ff.

<sup>1186</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 250. Hier scheint Beck Überlegungen von Scharpf aufzunehmen, die mit Blick auf Europa eine Arbeitsteilung unter den Volkswirtschaften vorschlägt, die nach Nischenmärkten oder ökologischen Gesichtspunkten organisiert sein könnte. Vgl. Scharpf (1999), S. 173.

Individualisierung.<sup>1187</sup> Zudem hebt Beck hier ein weiteres Mal auf den neuen Typus des Selbst-Arbeiters ab.<sup>1188</sup> Da die Gegensätze der Welt heute im Zentrum des eigenen Lebens stattfänden,<sup>1189</sup> sei das Individuum von der Erfahrung geprägt, dass das Globale nicht als das „Große Ganze draußen“ ... „lauert und droht“, sondern im „ureigenen Raum des ureigenen Lebens“ ... „nistet und lärmt“. Es macht sogar einen „guten Teil der Eigenheit, Eigenart des eigenen Lebens aus“.<sup>1190</sup> Das heute gültige Mobilitätsverständnis beinhalte - so Beck weiter - auch eine Form der inneren Mobilität: Verschiedene Welten können an einem Ort präsent sein - Rifkin hat dies bereits thematisiert.<sup>1191</sup> In der Zweiten Moderne ist der Weltbürger damit „ortspolygam“, die Arbeit „ortsdiffus“ und der Einzelne innerlich mobil.<sup>1192</sup> Beck schlussfolgert daraus, dass es neben der Individualisierung des Menschen, der Institutionen und der Arbeit auch zu einer Individualisierung der Ideale kommen werde.<sup>1193</sup> Der Einzelne werde zum Gesetzgeber seiner selbst.<sup>1194</sup> Für Beck ergeben sich daraus neue Chancen, vor allem mit Blick auf die Entstehung einer globalen Moral.<sup>1195</sup> Denn eine solche Selbst-Gesetzgebung verlange den Menschen ein Höchstmaß an Toleranz gegenüber anderen und deren Maßstäben ab, so dass er sich selbst und seine eigenen Maßstäbe permanent hinterfragen müsse. Hier wird der Unterschied zu den Konzepten der ersten Diskursphase besonders deutlich. Zur Individualisierung und Selbstgesetzgebung schreibt Beck bereits 1995: „Es handelt sich um einen Zwang (...) zur Selbstherstellung, Selbstgestaltung, Selbstinszenierung, nicht nur der eigenen Biographie, sondern auch ihrer moralischen, sozialen und politischen Bindungen (...).“<sup>1196</sup> Werte werden für ihn im Globalen Zeitalter zum kulturellen Rohstoff.<sup>1197</sup>

### 3.8.5 Transnationale Institutionen und Politik

Für den transnationalen Bereich entwickelt Beck das Modell der sogenannten Transnationalstaaten.<sup>1198</sup> Da er davon ausgeht, dass der Nationalstaat als Modell der politischen Steuerung auf der einen Seite zwar veraltet, auf der anderen Seite aber auch unverzichtbar ist, um den Prozess der Globalisierung zu gestalten, plädiert er für starke Staaten. Nur starke Staaten könnten nämlich mit ihrer politischen Gestaltungsmacht kooperative Antworten auf die Globali-

<sup>1187</sup> Müller-Doohm schreibt zu dieser positiven Wertung der Individualisierung bei Beck, dass in dessen Theorie durch eine „Entfesselung von Subjektivität“ das „Handlungssubjekt zum Hoffnungsträger“ gerät. Vgl. Müller-Doohm (1991b), S. 85.

<sup>1188</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 251 f.

<sup>1189</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 128 sowie Beck (1998c), S. 48 f.

<sup>1190</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 129.

<sup>1191</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 131 f. sowie Beck (1998c), S. 50 f.

<sup>1192</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 35.

<sup>1193</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 137.

<sup>1194</sup> Vgl. hierzu insgesamt Clermont/Goebel (1997).

<sup>1195</sup> Vgl. zum positiven Urteil über die Individualisierung auch Beck (1993), S. 149 ff.

<sup>1196</sup> Beck (1995), S. 33.

<sup>1197</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 39.

<sup>1198</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 183 ff.

sierung geben und diese transnational regulieren.<sup>1199</sup> Ähnliche Blickwinkel sind, wie noch zu zeigen sein wird, bei Brock, Messner und Zürn zu finden. Der Transnationalstaat entsteht demnach als Staatenbündnis, in dem das Wechselverhältnis exklusiver nationalstaatlicher Souveränität durch eine „inklusive Souveränität“ ersetzt wird.<sup>1200</sup> Diese Bündnisse bezeichnet Beck auch als „Glokalstaaten“, weil sie ihre Besonderheiten und regionalen Wurzeln bei gleichzeitiger Verortung in der Weltgesellschaft erhalten sowie ihre Unterschiede in die Kooperation einschließen. Das Motiv der Differenz taucht ein weiteres Mal auf. Die Chance für den Nationalstaat liegt also im Zusammenschluss mit anderen, so dass kollektives Handeln zwischen Staaten zum Ziel wird.<sup>1201</sup> Beck nennt dieses Modell in Anlehnung an Giddens eine „realistische Utopie“. Mit Bezug auf Habermas formuliert er: „Die kooperierenden Nationalstaaten müssen „innenpolitisch wahrnehmbar in bindende Kooperationsverfahren einer kosmopolitisch verpflichtenden Staatengemeinschaft eingebunden werden (...)“.“<sup>1202</sup> Es entsteht eine Vision von Verhandlungs-Staaten, die in Form von runden Tischen internationale Fragen lösen.<sup>1203</sup> Hier nimmt Beck das Konzept der Weltinnenpolitik auf, wobei er allerdings zu bedenken gibt, dass ein weltpolitischer Ordnungsrahmen immer noch fehlt.<sup>1204</sup> Er befürchtet mit Guéhenno und im Gegensatz zu Giddens, Zürn und Messner, dass in dieses Vakuum Expertenrunden und Wissensgemeinschaften vorstoßen könnten, die aufgrund fehlender demokratischer Legitimität die Technokratisierung und Bürokratisierung vorantreiben.<sup>1205</sup> Das Staatsverständnis, so Becks Hoffnung, wird aus der territorialen Falle der Nationalstaatstheorie herausgelöst und für einen Staatsbegriff geöffnet, der auf der Anerkennung der Globalität beruht. Das Transnationale wird zum Schlüssel für Neubestimmung und Revitalisierung des Politischen.<sup>1206</sup> So kommt es zu der Gleichzeitigkeit von Zentralisierung und Dezentralisierung, da sowohl die globale als auch die regionale Ebene ins Blickfeld rücken, weil eine Macht- und Verantwortungsdelegation auf die trans- und die subnationale Ebene stattfindet.<sup>1207</sup> Als Hinweis ist einzufügen, dass

<sup>1199</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 184 sowie Beck (1998c), S. 62. Beck formuliert in seinen jüngsten Texten, dass der Nationalstaat immer noch der einzige legitime Ort für die Praxis der Demokratie sei. Vgl. Beck (2003b), S. 76 f.

<sup>1200</sup> Zur Ablösung der exklusiven durch die inklusive Souveränität vgl. Beck (2003a), S. 262 ff. Mit besonderem Fokus auf die EU vgl. hierzu Beck (2003b), S. 74 f. Die gleiche Auffassung vertritt Vorländer, obwohl er sich insgesamt kritisch gegenüber Becks Konzeption äußert. Vgl. Vorländer, Hans (2001b), Demokratie ohne Grenzen und die Grenzen der Demokratie, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, Bd. 50, Heft 5/6, S. 48

<sup>1201</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 221 ff.

<sup>1202</sup> Beck (1998a), S. 184.

<sup>1203</sup> Bereits 1995 entworfen vgl. Beck (1995), S. 180. Vgl. später Zürn, Messner und Brock.

<sup>1204</sup> Vgl. auch Beck (1998c), S. 37 sowie Beck (1998d), S. 8 f. Vgl. zu der Idee des kooperativen Verhandlungsstaates auch Esser, der vom „dialogorientierten Steuerungsmanagement“ spricht, das er allerdings bereits in den nationalen Bündnissen und Runden Tischen von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Forschungsinstitutionen und Staaten verwirklicht sieht. Für ihn ist ein solches Konsens- und Dialogsystem eine Verknüpfung von Interessensvertretung und Kooperationsmechanismen. Für dieses „Interdependenzmanagement“ gibt der Staat den Rahmen ab. Vgl. Esser, Klaus (1998), Nationalstaatliches Handeln im Übergang von der Industrie- zur Informationsökonomie, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 253 und S. 262.

<sup>1205</sup> Vgl. auch Beck (1998c), S. 38.

<sup>1206</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 185 ff.

<sup>1207</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 190.

Beck das „Ende der Demokartie“, wie Guéhenno es beschrieben hat, als „uneingestandene(n) Denkhemmung“ bezeichnet, der er mit seiner Vision etwas entgegensetzen will.

### ***Kosmopolitische Ethik als Grundlage für die kosmopolitische Demokratie***

Da die Vorstellungswelt exklusiver Souveränitäten nach Becks Argumentation durch die von inklusiven Souveränitäten ersetzt werden müsse, brauche es eine kosmopolitische Ethik. Für diese müssten die Werte und Rechte der politischen Freiheit Grundlage sein.<sup>1208</sup> Die neue Ethik basiere auf den Werten der globalen Demokratie und der Menschenrechte.<sup>1209</sup> Da die Menschenrechte ein individuell verliehenes und einklagbares Recht sind und damit das Individuum und nicht der Staat Träger derselben ist, wird in der kosmopolitischen Ordnung das Individuum gegenüber dem Staat gestärkt. Daher fordert Beck auch den Gedankenschritt weg vom Staatsbürger und nationalen Parlament hin zum Weltbürger und Weltbürgerparlament - ohne dass er jedoch das Weltbürgerparlament näher beschreiben könnte.<sup>1210</sup> Hier stellt Beck ganz richtig die Frage, deren Antwort er allerdings schuldig bleiben muss: Wer hat überhaupt die Legitimation, globale universale Werte und Rechte für alle zu definieren? Eine Gefahr bestehe nämlich - so Beck weiter - im Eurozentrismus, der heute oftmals die Debatte bestimme und die westliche Welt als Maßstab anlege.<sup>1211</sup> So werde der Westen zum „Weltoberlehrer“. In diesem Kontext muss darauf verwiesen werden, dass Beck selbst nicht völlig gegen diese Perspektive gefeit ist, da er die Europäische Union, wenn sie denn unter der Prämisse eines kosmopolitischen Europas organisiert werde, als Vorbild für die Transnationalstaaten nennt.<sup>1212</sup> Diese Frage wird in der vierten Diskursphase und in der Schlusswertung nochmals eine Rolle spielen. Transnationalstaaten sind in Becks Konzept somit „globale Handels-Staaten“, die auf den zwei Säulen des Rechts-Pazifismus und des föderalistischen Prinzips der zwischenstaatlichen Kontrolle basieren.<sup>1213</sup> Für die erste Säule müssen das internationale Recht und die dazu notwendigen Instanzen auf- und ausgebaut werden, wobei transnationale Rechtsentscheidungen und Rechtsbindung vor allem beim Einsatz militärischer

<sup>1208</sup> Vgl. Beck (1998a) S. 11; Beck (1998d), S. 10 sowie Beck (2003a), S. 258. Vgl. zusätzlich Beck, Ulrich (2000b), Das Andere ist mir selbst das Nächste. Weder Globalisierung noch Multi-Kulti-Euphorie: Ein neuer Kosmopolitismus liegt in der Luft, *Süddeutsche Zeitung*, 28.10.00.

<sup>1209</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 40 ff.

<sup>1210</sup> Vgl. Beck (2003b), S. 81 ff.

<sup>1211</sup> Auf diesen Aspekt verweist ebenfalls Kocka. Schon dem Begriff der Moderne sei eine westliche Perspektive immanent, da ihr Subjekt „tendenziell die gesamte Menschheit“ war, die „von ihrem europäischen Zentrum ausgehend vereinigt und friedlich in eine bessere Zukunft geführt werden sollte“. Diese in der Aufklärung entstandene Denkweise werde nicht nur vom Westen als universal begriffen, sondern sei auch ein Teil der euro-atlantischen Identität. Vgl. Kocka, Jürgen (2002a), Die Vielfalt der Moderne und die Aushandlung von Universalien, in: Münkler, Herfried und andere (Hg.), Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert, Berlin, S. 233.

<sup>1212</sup> Vgl. insgesamt Beck (2003a), besonders S. 253.

<sup>1213</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 224.

Gewalt wichtig sind.<sup>1214</sup> Für die zweite Säule ist eine horizontale Kontrolle der Macht zwischen den Staaten notwendig, wobei es um die aktive Selbstintegration der einzelnen Staaten in internationale Handlungszusammenhänge geht. Die Instanz, die dann die Einzelstaaten kontrolliert, dürfe nicht überstaatlich sein, weil das Ziel eben gerade nicht ein Weltstaat sei.<sup>1215</sup> So bedeutet inklusive Souveränität die Abgabe von Souveränitätsrechten bei einem gleichzeitigen Gewinn von politischer Gestaltungsmacht aufgrund transnationaler Kooperation.<sup>1216</sup> Diese Ideen werden im Konzept der Global Governance in der vierten Diskursphase konkretisiert.

### **Demokratie und Demokratie-Dilemma**

Weil es in den Konzepten zur globalen Demokratie in der Regel nicht um einen Weltstaat geht, der immer auch die Gefahr einer Weltdiktatur impliziert, wird transnationale Demokratie auch bei Beck als eine Erweiterung der Demokratie gedacht, allerdings ohne Weltparlament und mit starken Staaten. Die Staaten sollen dabei nicht mehr als Nationalstaaten, sondern eher als „Provinzen innerhalb einer Weltgesellschaft“ definiert werden.<sup>1217</sup> Das neue „Vaterland“ wäre somit für alle künftig die Erde als Ganzes (Albrow). Weil für die kosmopolitische Demokratie aber ein starkes weltbürgerliches Selbstbewusstsein, entsprechende Institutionen sowie eine Weltöffentlichkeit notwendig wären, entsteht ohne diese laut Beck ein Demokratie-Dilemma. Solange diese drei Bedingungen nämlich nicht erfüllt sind, bleibt die kosmopolitische Demokratie lediglich eine Idee - eine Befürchtung, die auch Habermas teilt.<sup>1218</sup> Verschärft wird das Dilemma dadurch, dass die Frage nach der Solidarisierung auf globaler Ebene als Fundament der kosmopolitischen Demokratie offen bleibt.

<sup>1214</sup> Vgl. hierzu auch Menzel (1998), S. 223 ff. Vgl. hierzu auch die Gutachten von Dicke und Peach zur künftigen Rolle der Vereinten Nationen innerhalb einer Global Governance-Architektur, vgl. Dicke, Klaus (2001), Die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen unter besonderer Berücksichtigung der Vereinten Nationen, Jena, Gutachten für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“, 14. Wahlperiode, Berlin und vgl. Peach, Norman (2001), Grundlagen einer Global Governance, Hamburg, Gutachten für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“, 14. Wahlperiode, Berlin. Link schreibt in diesem Zusammenhang, dass die auf den Menschenrechten basierende kosmopolitische Ethik in Deutschland zwar mittlerweile in der Realpolitik angekommen sei, mit der Forderung nach einem internationalen Gewaltmonopol der UN jedoch einer „Fehlerperzeption“ aufsitze, die irrigerweise davon ausgehe, dass auch die USA als größter demokratischer Staat diese Auffassung teile. Vgl. hierzu Link, Werner (2000), Demokratischer Verfassungsstaat und Internationales System, in: Die Politische Meinung, Nr. 364, S. 68 ff.

<sup>1215</sup> Einen etwas anderen Akzent setzt Höffe mit seiner Vision einer föderalen Weltrepublik. Zwar will auch er keinen Weltstaat, für den die UN als Vorbild dient, sondern eine föderal nach dem Prinzip der Subsidiarität organisierte Weltrepublik mit einem Weltparlament aus zwei Kammern: nämlich einem „Welttag“ als Bürgerkammer und einem „Welttrat“ als Staatenkammer. Die föderale Weltrepublik basiert auf einem universalen Rechts- und Demokratiegebot, in dem sich die einzelnen Strukturen und Ebenen komplementär ergänzen. Vgl. insgesamt Höffe, Otfried (1999a), Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München als „Langform“ sowie insgesamt Höffe (2001a) als „Kurzform“.

<sup>1216</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 225 ff. Zu Ethik und Recht mit Fokus auf der EU vgl. Beck (2003a), S. 257 f. und S. 264. Der kosmopolitische Staat ist für Beck kein globaler Staat, der aus UN-Gremien im Sinne einer Weltregierung entsteht, sondern eine Art kooperatives Netzwerk. Vgl. hierzu auch Beck (2003b), S. 76.

<sup>1217</sup> Vgl. Beck (1999d), S. 65. Mit Blick auf Europa vgl. hierzu insgesamt Beck (2003a).

<sup>1218</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 33 sowie Beck (1998d), S. 6 f. Den Kosmopolitismus definiert Beck als die „Idee, dass jeder von uns, wer immer und wo immer wir sind, das Recht hat, zu leben, zu lieben, zu träumen und eine Welt herbeizusehen, in der ein jeder diese Rechte besitzt“. Vgl. Beck (2003b), S. 87.

Die Entgrenzung der Demokratie erschwert gerade die Prozesse der Willensbildung und der politischen Identifikation - eine Auffassung, die sich auch bei Habermas, Scharpf und Zürn wiederfindet.<sup>1219</sup> Beck stellt fest: „Während im Rahmen der demokratisch legitimierten, nationalstaatlichen Politik zunehmend Nicht-Entscheidungen politisch legitimiert werden, werden im transnationalen Rahmen der „Nicht-Politik“ nicht demokratisch legitimierte Entscheidungen von transnationaler Reichweite und Durchschlagskraft getroffen.“<sup>1220</sup> So sieht der Entwurf eines Modells der postparlamentarischen Demokratie bei Beck etwas abstrakt vor, das Demokratiemonopol der parlamentarischen Demokratie zugunsten pluraler demokratischer Akteure und Institutionen zu lockern, so dass eine Form der assoziativen Demokratie entstehen kann.<sup>1221</sup> Transnationale Organisationen müssten durch unabhängige Ausschüsse ergänzt und kontrolliert werden, die wiederum pluralistisch besetzt sind und zu denen NGOs und Referenden zugelassen werden.<sup>1222</sup> Auch hier erfährt das Konzept eine Konkretisierung im Rahmen der Global Governance-Diskussion. Einen Weg, das abstrakte Modell zu konkretisieren, sieht Beck in der Idee der repräsentativen verbraucherorientierten Demokratie, die er an vielen Stellen propagiert.<sup>1223</sup> Die im Kaufakt enthaltenen Möglichkeiten einer transnationalen und direkten Konsumentendemokratie könnten durch Formen repräsentativer Verbraucher-Demokratie schlagkräftig gemacht und ergänzt werden - so Beck. Er denkt dabei an Benutzergremien, die national und transnational orientiert und organisiert sind und an ein Wahlrecht für Körperschaften, die Dienstleistungen öffentlich verwalten. Allerdings bleibt auch hier die Frage der Legitimation solcher Gremien jenseits der Parlamente unbeantwortet. Beispiele für die neue Macht der Verbraucher sind für Beck inszenierte Massenboykotts, wie etwa der Protest von Greenpeace gegen den Shell-Konzern und die Versenkung der BrentSpar.<sup>1224</sup> In diesen wird das Legitimations- und Machtvakuum des politischen Systems sichtbar, weil es zu einem Bündnis von „eigentlich Nicht-Bündnisfähigen“ kommt. Beck ordnet diese Boykotts seinem Entwurf der Subpolitik zu.<sup>1225</sup> So entdeckten die Bürger als Verbraucher den Kaufakt als

---

<sup>1219</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 39.

<sup>1220</sup> Beck (1998c), S. 32 ff. Beck arbeitet in seinen Texten sehr oft mit kursiven Hervorhebungen, die in diesem Abschnitt bei Zitaten aus seinen Texten weggelassen werden, solange dadurch keine Sinnentstellung entsteht. Dies geschieht, um den Textfluss nicht unnötig zu verkomplizieren. Vgl. zur „Nicht-Politik“ auch insgesamt Beck (1999f).

<sup>1221</sup> Vorländer bezeichnet in diesem Kontext Becks Konzept einer kosmopolitischen Demokratie als einen „grenzenlosen Optimismus“, der die Gefahr eines „*democratic overstretch*“ in sich berge. Vgl. Vorländer (2001b), S. 48.

<sup>1222</sup> Vgl. auch Beck (1998c), S. 34.

<sup>1223</sup> Vgl. Beck (1998d), S. 7 f. Vgl. hierzu auch Leif, Thomas (1998), Unkonventionelle Beteiligungsformen und die Notwendigkeit der Vitalisierung der Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38/98, S. 16 ff. Auch Goebel und Clermont greifen die Idee der Konsumverweigerung als politischen Akt auf. Vgl. Clermont/Goebel (1997), S. 115 f. Leggewie stimmt zwar Becks Beobachtung zu, dass heute eine Geisteshaltung vorherrsche, die die Bürger als Marktbürger identifiziert, gibt aber zu bedenken, dass auch Märkte nicht ohne ein demokratisches Moment funktionieren. Vgl. Leggewie, Claus (1999), From Voice to Vote. Neue Medien und Demokratie, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 208.

<sup>1224</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 46; Beck (1998a), S. 121 f. sowie Beck (1998d), S. 7 f.

<sup>1225</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 54 sowie Beck (1998d), S. 7 f.

Möglichkeit zur direkten Stimmabgabe:<sup>1226</sup> „Im Boykott verbindet und verbündet sich derart die aktive Konsumgesellschaft mit der direkten Demokratie - und dies weltweit.“ - wie bereits Albrow thematisiert.<sup>1227</sup> (Erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass die Kehrseite der massenmedial und symbolisch inszenierten Aktionen seit 2001 die Taten des internationalen Terrorismus sind, die nach einem ähnlichen Muster der Inszenierung verübt werden. Die globale Medienöffentlichkeit wird für die psychologische Erzeugung von Angst instrumentalisiert.) Beck erhofft sich aus der Politisierung des Konsums eine Steuerung des Verhaltens der Unternehmen. Ein unterstützendes Instrument könnten, so sein Vorschlag, Kennzeichnungspflichten bei Produkten, Sozial-, Demokratie- und Umwelt-Labels sein, die Auskunft über die Bedingungen der Herstellung und des Engagements des Unternehmens geben. Zusätzlich sollen Unternehmen eine Produkthaftung für Falschangaben übernehmen. So könne es künftig für weltweiten Handel im Gegenzug die Übernahme weltweiter Verantwortung geben.<sup>1228</sup> Das Ziel des gläsernen Produktes durch eine Selbstverpflichtung der Unternehmen taucht hier wieder auf. Der moralisch-normative Ansatz Becks wird deutlich, ebenso seine Feststellung, dass die Erste Moderne produzentenorientiert, die Zweite Moderne jedoch verbraucherorientiert ist.<sup>1229</sup>

### ***Von der Weltrisikogesellschaft zur Weltbürgergesellschaft und das Weltbürgermanifest***

Dem Kapitel zur Weltrisikogesellschaft gibt Beck den Untertitel „Der Käfig der Moderne öffnet sich“.<sup>1230</sup> Damit meint er, dass heute ein Denken jenseits von globalen Risiken (Umweltzerstörung, Atomkraft, Genetik u.a.) nicht mehr möglich ist und nun auch depolitisierte Bereiche politisiert werden.<sup>1231</sup> Die Herausforderungen des Globalen Zeitalters sind die zivilisatorisch erzeugten Gefahren, die sich weder räumlich, zeitlich noch sozial eingrenzen lassen.<sup>1232</sup> Durch das Bewusstsein der Risiken wird die Weltrisikogesellschaft reflexiv, die Vergangenheit verliert ihre Determinationskraft für die Gegenwart. An deren Stelle tritt die Zukunft als etwas „Nicht-Existentes, Konstruiertes, Fiktives“ mit zusätzlichen Unsicherheiten und Offenheit.<sup>1233</sup> Für Beck stellen die durchgesetzten Risikodefinitionen einen politischen „Zauberstab“ dar, mit dem die Gesellschaft sich selbst das Fürchten lehrt und antreibt, wodurch sie wiederum

<sup>1226</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 54 ff.

<sup>1227</sup> Beck (1998a), S. 124. Vgl. in diesem Sinn auch Beck (1997b), S. 49, S. 57 und S. 60; vgl. hier „Weltbürger, gebt den Staat nicht auf!“, *Die Zeit*, 31/98.

<sup>1228</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 233 f. Zu Pro und Contra in Bezug auf die weltweite Einführung von Sozialstandards in Form von freiwilligen Kodizes für den Welthandel vgl. auch Scherrer, Christoph (1999), Kann den Konzernen Benimm beigebracht werden?, *Frankfurter Rundschau*, 26.11.99.

<sup>1229</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 35 f.

<sup>1230</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 168; zur Weltrisikogesellschaft vgl. auch Beck (1999d), S. 58 f.

<sup>1231</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 168 ff.

<sup>1232</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 12 f.

<sup>1233</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 19; Beck (1998a), S. 172 sowie insgesamt Beck (1999f).



politisiert wird.<sup>1234</sup> Als positiv an der Weltrisikogesellschaft beurteilt Beck den Umstand, dass die Risiken und deren Reflexion neue Gemeinschaften erzeugen können, in deren Folge es zu einer Fortschreibung der globalen und direkten Subpolitik durch die „Entgrenzung des Politischen“ komme. Gerade die angesprochenen massenmedialen Inszenierungen und Symbole schafften ein neues Kollektivbewusstsein.<sup>1235</sup> Konturen einer „Utopie der ökologischen Demokratie“ könnten sich herausbilden, weil politische und ökonomische Entscheidungen künftig öffentlich gerechtfertigt werden müssten.<sup>1236</sup> Die Öffentlichkeit politischer Entscheidungen spielt bereits bei Etzioni eine Rolle und wird bei Habermas und Zürn erneut thematisiert. Die Aussage von Beck, dass aus globalen Gefahren globale Gemeinschaften entstünden,<sup>1237</sup> wird in seinem Konzept mit der Argumentation gestützt, dass neue soziale Beziehungen durch transnationales Handeln über Grenzen hinweg wachsen. Aus den grenzüberschreitenden, multiplen und ortsungebundenen Handlungszusammenhängen geht demnach die Weltgesellschaft hervor - wie es bereits Giddens und Albrow beschrieben haben und Zürn es formuliert. Die Weltgesellschaft wird somit bei Beck und anderen zum politischen Projekt, für das ein neues Gesellschaftsverständnis notwendig wird. Weltgesellschaft meint, so Beck, die Gesamtheit der nicht-nationalstaatlich politisch organisierten Sozial- und Machtbeziehungen sowie die Erfahrung, über Grenzen hinweg zu leben und zu handeln.<sup>1238</sup> Die Tendenz zur Entstehung der Weltgesellschaft wird vor allem durch die globale Kommunikation verstärkt - so Beck im Einklang mit Albrow, Etzioni und Giddens.<sup>1239</sup> Aus diesem Ansatz entwickelt Beck die Ethik des „Universalismus der Differenz“.<sup>1240</sup> Im Gegensatz zu den Autoren der ersten Diskursphase geht Beck davon aus, dass globale Strukturen eher Diversität organisieren als Uniformität reproduzieren. Anders als etwa Barber geht es für Beck nicht um die Gefahr der kulturellen Homogenisierung, sondern um die kulturelle Ambivalenz, den Austausch und die Gegenseitigkeit. Kulturelle Bausteine würden nämlich - so seine Annahme - lokal rezipiert und antizipiert, ohne dass es zwangsläufig zu einer homogenen Gleichheitskultur kommen müsse.<sup>1241</sup> Die Weltgesellschaft

---

<sup>1234</sup> An anderer Stelle spricht Beck in diesem Kontext sogar von der „Peitsche“, die die Menschen antreibt. Vgl. Beck (1999d), S. 60.

<sup>1235</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 21. Noch 1993 ging Beck nicht unbedingt davon aus, dass (globale) Risiken auch neue Gemeinschaften schaffen werden. Vgl. Beck (1993), S. 87.

<sup>1236</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 54 sowie Beck (1998a), S. 170.

<sup>1237</sup> Vgl. Beck (1997b), S. 52.

<sup>1238</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 173 ff.

<sup>1239</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 18 und S. 28; Beck (1998c), S. 29 ff. und S. 47 sowie Beck (1998d), S. 5. (Bezug auf Luhmann und die Bedeutung der Kommunikation für soziale Systeme).

<sup>1240</sup> Vgl. Beck (1998d), S. 5; Beck (1998c), S. 56 ff. sowie Beck (2003b), S. 84.

<sup>1241</sup> Diesen Eindruck versuchen Breidenbach und Zukrigl mit ihren Veröffentlichungen zu belegen. Als eines der zahlreichen Beispiele dient ihnen der gescheiterte Versuch einer Waschmittelvermarktung im Mittleren Osten durch einen westlichen Seifenmulti. Die Werbung nach westlichem Strickmuster zeigte eine Bilderfolge mit der Gegenüberstellung „verschmutzte Wäsche, Waschmittel, weiße Wäsche“. Im Kontext der arabischen Kultur, in der von rechts nach links gelesen wird, musste diese Werbung scheitern, weil die Bilderfolge in Spiegelverkehrung gelesen und damit verschmutzte Wäsche als Ergebnis präsentiert wurde. Vgl. Breidenbach/Zukrigl (1998), S. 44.

und damit die Differenz werden zur Grundlage des eigenen Lebens.<sup>1242</sup> Die Differenz spielt somit künftig sowohl ökonomisch, gesellschaftlich, individuell als auch kulturell eine zentrale Rolle.

Da in Becks Vision der Weltbürgergesellschaft alle Menschen die selben universellen Grundrechte sowie das Recht auf kulturelle und territoriale Vielfalt besitzen, müssten diese Rechte in ein Weltbürgermanifest auf Basis von Weltbürgerparteien festgeschrieben werden:<sup>1243</sup> „Ich plädiere ausdrücklich für diese ... Möglichkeit, für kosmopolitische Parteien, die internationale Prozesse thematisieren und verständlich machen. Parteien, strukturiert wie transnationale Unternehmen, die in mehreren Staaten tätig sind.“<sup>1244</sup> Beck weist ausdrücklich darauf hin, dass seine Visionen der Weltbürgerparteien und Bürgerarbeit als Gedankenexperimente, aber auch als praktischer Anstoß gedacht sind.<sup>1245</sup> Zur Umsetzung der Vision brauche es ein neues soziales Subjekt, das Beck in den transnationalen sozialen Bewegungen und in „national-kulturell verwurzelten Parteien der Weltbürger“ sieht.<sup>1246</sup> Er fährt fort: „Hundertfünfzig Jahre nach dem Kommunistischen Manifest ist das Weltbürger-Manifest fällig: Weltbürger aller Länder vereinigt Euch!“<sup>1247</sup> Die kosmopolitisch begründeten Parteien berufen sich - etwas abstrakt - auf Werte und Traditionen der Menschheit in allen Kulturen und Religionen und sind dem Globus als Ganzem verpflichtet (Albrow). Die „weltbürgerlich“ zentralen „Weltwerte“ sieht Beck in Freiheit, Verschiedenheit und Toleranz.<sup>1248</sup> Die Globalität müsse dabei zum Zentrum der politischen Phantasien werden, damit neue Strukturen, Begriffe und Institutionen geschaffen werden können. Die multinationalen Parteien werden aus Weltbürgerbewegungen zur Durchsetzung kosmopolitischer Werte und Institutionen hervorgehen - so Becks optimistische Einschätzung und sein Plädoyer.<sup>1249</sup>

### ***Europa als Antwort auf die Globalisierung***

Um seine Vision einer Weltbürgergesellschaft mit Weltbürgerparteien zu untermauern und deren Umsetzungsmöglichkeit anzudeuten, greift Beck immer wieder auf Europa und die Europäische Einigung zurück, eine Methode, die an

<sup>1242</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 117 und S. 154 f. sowie Beck (1998c), S. 53 ff. Zu positiven Werten des kulturellen Austausches vgl. auch insgesamt Breidenbach/Zukrigl (1998). Auch Kocka geht von der Prämisse aus, dass zunehmende Verflechtung nicht unbedingt auch zunehmende Angleichung und Homogenisierung bedeutet. Vgl. Kocka (2002a), S. 234 f.

<sup>1243</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 65 f.

<sup>1244</sup> Beck (1998c), S. 65; in diesem Sinn vgl. auch insgesamt Beck (1998f).

<sup>1245</sup> Vgl. ebenso insgesamt Beck (1998e).

<sup>1246</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 61 ff.; vgl. hierzu auch Beck (2003b), S. 79. Die Forderung, soziale Bewegungen als neues transnationales Subjekt anzuerkennen, vertreten ebenfalls Albrow und Giddens.

<sup>1247</sup> Beck (1998c), S. 19.

<sup>1248</sup> Höffe entwickelt mit Blick auf die Anerkennung der Differenz und auf Grundlage der Menschenrechte ein Plädoyer für einen „relativen Pluralismus“ und aktive Toleranz. „Relativ“ bedeutet hier, dass sich der Pluralismus auch global innerhalb grundlegender Gemeinsamkeiten bewegen muss. „Aktiv“ bedeutet die notwendige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Unterschieden und ihre Anerkennung. Vgl. Höffe, Otfried (2002), Zum Ursprung der Toleranz. Grundzüge der philosophischen Begriffsgeschichte, in: Die Politische Meinung, Nr. 395, S. 5 ff.

<sup>1249</sup> Vgl. Beck (1998c), S. 63 ff.; vgl. auch insgesamt Beck (1998e).

die neueren Texte von Guéhenno erinnert. Sie dient ihm als Experimentierfeld für die transnationale Vision: „Europa ist keine Wirklichkeit, sondern eine Möglichkeit, (...) eine Unbekannte, eine Variable, die erst mit ihrer Gestaltung Form gewinnt.“<sup>1250</sup> Zwar spricht er mit Blick auf den Prozess der europäischen Einigung selbst immer wieder von einer „Weihnachtswunschzettelpolitik“, bekräftigt aber die Notwendigkeit von deren Realisierung, damit es nicht zu der bereits im Vorherigen beschriebenen „Brasilianisierung“ des Westens komme.<sup>1251</sup> Europa ist für Beck mehr ein „imaginärer“ als ein geografisch eingrenzbarer Raum,<sup>1252</sup> dessen Defizit zur Zeit vor allem darin bestehe, dass es noch kein „politisches Europa“ gebe und dieser Umstand auch nicht als Mangel begriffen werde. Es fehlten europäische Medien und ein wirklich ökonomisch funktionierendes Europa.<sup>1253</sup> Die Vision Europa könne nur in Form eines kosmopolitischen Europas konkretisiert werden, in dem die „Anerkennung des für jedes Land Spezifischen“ ein „wesentliches Element der kosmopolitischen Identität“ ausmachen müsse.<sup>1254</sup> In seinem jüngsten Text zur Zukunft Europas plädiert Beck mit Blick auf die Entwicklungen in den USA für ein Europa als „weltpolitische Opposition“.<sup>1255</sup> Er fordert: „Das kosmopolitische Europa muss diese Oppositionsrolle weltpolitisch ergreifen und ausspielen, weil bekanntermaßen überall, also auch im Weltmaßstab, ohne Opposition die Weltdiktatur droht - in diesem Fall des American way of life (...).“<sup>1256</sup> Der „Quantensprung vom nationalen zum kosmopolitischen Staat“ sei dringend notwendig. Denn wer „Europa national denkt, verkennt nicht nur die Wirklichkeit und Zukunft Europas.

<sup>1250</sup> Beck (1995), S. 107.

<sup>1251</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 264 ff.

<sup>1252</sup> Anders Huntington; vgl. zur Abgrenzung von Huntington, Beck (2003a), S. 252.

<sup>1253</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 260 ff. Höffe nimmt in diesem Zusammenhang die Unterscheidung zwischen einem Pflicht-europa (Regelung kollektiver Sicherheit und Umweltfragen) und einem Wahleuropa (Vielfalt der Sprachen, Kulturen u.ä.) vor. Er vertritt die These, dass Europa als Wertegemeinschaft bereits existiere, als politische Öffentlichkeit hingegen noch nicht, da es keine öffentlichen europäischen Debatten im Vorlauf von Entscheidungen gebe. Ebenso wenig gebe es ein Gefüge europäischer Parteien und Verbände. Vorbedingung für eine europäische Öffentlichkeit wäre laut Höffe die Mehrsprachigkeit, um eine anglo- oder frankophone Dominanz auszuschließen. Zudem müssten sich die Medien europäisieren und Stimmen aus verschiedenen Teilen Europas zu Wort kommen lassen. Neben den Parteien und Verbänden müsste zudem die bunte Vielfalt der Gruppierungen europaweit eine Stimme bekommen. Vgl. Höffe (1999b), S. 273 ff. Mit dieser Argumentation tendiert er in die Richtung von Becks Plädoyer für Weltbürgerparteien. Auch Guéhenno bemängelt die fehlende Existenz eines „homo Europeans“ Vgl. Guéhenno (1998), S. 140 und S. 150. Scharpf greift diese Kritik auf und kritisiert zusätzlich den Mangel an einer funktionierenden politischen Infrastruktur in Europa aus Medien, öffentlicher Diskussion, europäischen Parteien und europaweiter Konkurrenz um Führungspositionen. Vgl. Scharpf, Fritz W. (1997b), Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 2, S. 187; Scharpf (1998a), S. 154 f. sowie Scharpf (1998b), S. 230 ff.

<sup>1254</sup> Vgl. Beck (2003a) S. 253 sowie Beck (2003b), S. 85. Einen eher skeptischen Blick auf die europäische Identität hat Offe. Vgl. insgesamt Offe, Claus (2001), Gibt es eine europäische Gesellschaft? Kann es sie geben?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 4, S. 423 - 435. Ambivalent hingegen sind die Ergebnisse des EU-Forschungsprojektes „Jugend und europäische Identität“, einer länderübergreifenden Studie, die in zehn europäischen Städten Jugendliche befragt hat. Zwei Drittel der Jugendlichen fühlen sich Europa besonders verbunden, zu Wahlen des Europäischen Parlaments würden jedoch nur knapp 60 Prozent gehen. Vgl. „Lust auf Europa, aber keine Ahnung“, *Der Tagesspiegel*, 14.10.03. Positiv hingegen sind laut dpa die Ergebnisse einer Studie zu den Werten in Europa, die die Düsseldorfer Wissenschaftsstiftung „Identity Foundation“ erstellt hat. Die europäische Einigung scheint auf dem Vormarsch, obwohl nach wie vor nationalstaatliche Stereotypen existieren. Übereinstimmend wurden als wichtigste Grundwerte in Europa Freiheit, Lebensqualität, Frieden und Familie angegeben. Vgl. „Studie über Werte in Europa bestätigt fast alle Klischees“, *dpa* (Andri Jahnke), 25.11.03.

<sup>1255</sup> Vgl. Beck (2003a), S. 265 ff.

<sup>1256</sup> Beck (2003a), S. 266.

Er (re)produziert auch die Selbstblockade, die zum Wesensmerkmal des politischen Handelns in Europa geworden ist“.<sup>1257</sup>

### 3.8.6 Fazit

Wie bereits angedeutet, vollzieht sich mit den hier analysierten Texten von Beck der Übergang von den Fragen zur Zukunft der Gesellschaft zu denen der Zukunft der Nationalstaaten, des politischen Systems und der Demokratie. Im Vordergrund steht damit das Motiv Nationalstaat in all seinen Facetten, das Motiv Gesellschaft tritt dahinter zurück. Die Perspektive ist funktional, da sowohl für Individuum, Identität und Gesellschaft als auch vor allem für den Staat das Handeln zentral ist. Deutlichstes Beispiel sind die „Verhandlungs-Staaten“ und die Erfindung des Politischen durch gemeinsames Handeln. Damit wird zudem das soziale, auf die Gesellschaft bezogene Handeln (Dettling) abgelöst durch das politische, auf Institutionen und Problemzusammenhänge bezogene Handeln. Der visionäre Gehalt von Becks Konzept wird durch seine vielfältigen Sprachneuschöpfungen verstärkt, so dass an manchen Stellen ein hoher Abstraktionsgrad erreicht wird. Vor allem die Ideen für die transnationale Ausgestaltung der Politik unterstreichen dies. Konkretion hingegen erreicht Beck vor allem, wenn er die subnationale und lokale Ebene beschreibt. Insgesamt kann also von einem Aufbruch-Paradigma gesprochen werden, wobei der Ansatz wegen der Themen- und Positionsvielfalt als universal gelten kann. Becks Konzept ist ebenso wie die Konzepte von Albrow und Giddens chancenbetont. Methodisch hingegen geht Beck ähnlich vor wie etwa Fukuyama in der ersten Phase. Er greift zur Untermauerung seiner Theorien nicht auf neuere Konzepte, sondern häufig auch auf „Klassiker“ der Soziologie und Philosophie zurück. So stellt er unter anderem Bezüge zu Marx, Kant und Luhmann her.<sup>1258</sup>

Interessant sind außerdem zwei Spannungsverhältnisse, die in der Zusammenschau von Becks verschiedenen Texten entstehen. So kritisiert er auf der einen Seite heftig die Verengung der Diskursperspektive, aber auch der realen Politik auf die ökonomische Dimension der Globalisierung unter den Stichworten Neoliberalismus und Globalismus. Gleichzeitig fordert er aber, dass beispielsweise transnationale Bürgerparteien nach Vorbild transnationaler Unternehmen organisiert sein müssten. Auch der Begriff des „Nachwachsens der Politik“ impliziert, dass die Ökonomie als Vorbild für politisches Handeln gilt. Eine ähnliche Ambivalenz fällt in Bezug auf den Vorwurf des Eurozentrismus auf. So warnt Beck mit Blick auf die kosmopolitische Wertediskussion zwar einerseits vor dieser Perspektive, weil sie nur bedingt universale Gültigkeit beanspruchen kann. Andererseits empfiehlt er aber die Europäische Union als Vorbild für das

---

<sup>1257</sup> Vgl. Beck (2003a), S. 260 ff.

<sup>1258</sup> Vgl. Beck (1998a), S. 48 ff., S. 152 ff. und S. 164 ff. Zu Marx schreibt Beck: „Marx ist überflüssig geworden, weil er marxlos in aller Munde ist. Globalisierung ist auch ein anderes Wort für Kapitalmarxismus ohne Marx.“ Beck (1998a), S. 9. Vgl. auch Beck (1998c), S. 60.

Modell der Transnationalstaaten und Verhandlungs-Staaten. Dabei scheint er mit der Forderung nach einer kosmopolitisch ausgerichteten EU die Tatsache zu verschleiern, dass eine europäische Einigung in erster Linie möglich wird aufgrund der gemeinsamen historischen Erfahrungen und Hintergründe in den letzten Jahrhunderten, wie Guéhenno betont hat. Der Transnationalstaat EU kann sich entwickeln, weil beispielsweise die Sicht auf die Demokratie trotz unterschiedlicher Ausgestaltung ähnlich ist. Ein solches Modell scheint nicht ohne Weiteres auf alle Regionen der Welt übertragbar zu sein. Im Zusammenhang mit Becks Sicht auf das politische System und die daraus abgeleiteten Forderungen nach einer sub- wie transnationalen Subpolitik spiegelt zudem eine Tendenz wider, die in der aktuellen Politikwissenschaft, vor allem auch im Zusammenhang mit den Global Governance-Konzepten, häufig anzutreffen ist. Diese erweckt den Eindruck eines unterschweligen Misstrauens gegenüber den politischen Institutionen und deren Akteuren. Besonders deutlich wird dies an der meist wenig reflektierten, aber grundsätzlich positiven Einschätzung der sozialen Bewegungen und der NGOs. Sie werden als die Protagonisten einer direkten globalen Demokratie befürwortet, ohne wie bei den Parteien den Maßstab der inneren demokratischen Verfasstheit zu thematisieren. Dieser Aspekt wird im Folgenden noch eine Rolle spielen. Mit dem Modell der Transnationalstaaten schließlich wird zwar die Vision einer kosmopolitischen Demokratie sichtbar, die künftige Rolle der Nationalstaaten aber tritt nicht wirklich deutlich hervor. Welche Funktionen und Aufgaben ihnen konkret zugeordnet werden, ist nur zu erahnen. Sie scheinen zerrieben zwischen der Aufwertung der globalen, lokalen und subpolitischen Steuerung - ein Punkt, der auch bei den Global Governance-Konzepten als Leerstelle zu bezeichnen ist. Klar zu erkennen ist allerdings, dass neben dem Modell der Transnationalstaaten als Kooperationspartner eine Art „Kommunalisierung der Weltpolitik“ propagiert wird.<sup>1259</sup> Das Modell einer globalen Kommune mit entsprechender Aufgabenteilung nach Maßgabe der Subsidiarität und des Föderalismus entsteht in Umrissen. Die sozialen Bewegungen und NGOs nehmen dabei die Rolle der nach sektorellem Wissen hinzugezogenen „sachkundigen Bürger“ ein, wie sie etwa in Nordrhein-Westfalen in den Stadtparlamenten anzutreffen sind.<sup>1260</sup> Ob dies Vision bleibt oder ein Schritt zur Realisierung einer kosmopolitischen Demokratie ist, muss abgewartet werden. Insgesamt fällt auf, dass Beck sich im Laufe der Theorieentwicklung ein eigenes „Sprachsystem“ zugelegt hat, das sich neben den Neuschöpfungen durch eine stark metaphorische und emphatische Ausdrucksweise auszeichnet. Das macht die Texte zwar unterhaltsam, an mancher Stelle aber auch zusätzlich abstrakt. Gerade in seinen kurzen prägnanten Forderungen von „Weltbürger aller Länder vereinigt Euch“ bis zu „Macht Platz, Amerika. Europa ist wieder da!“ wird die plakative Art greifbar.<sup>1261</sup> Abschließend

---

<sup>1259</sup> Vgl. Beck (1997a), S. 28 ff.

<sup>1260</sup> Vgl. zur Stadt als Vision unter anderem auch Beck (1995), S. 121 ff.

<sup>1261</sup> Beck (1998c), S. 19 und Beck (2003a), S. 265.

sei noch darauf verwiesen, dass Beck mit seinem Buch „Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter“ von 2002 den Bogen zur „Risikogesellschaft“ von 1986 spannt. Beide Texte entwickeln soziologische Theorien, wobei die Risikogesellschaft als soziologische Gesellschaftstheorie formuliert ist, „Macht und Gegenmacht“ hingegen als eine Theorie des methodologischen Kosmopolitismus. Sie soll die Kritische Theorie fortschreiben und eine Kritik an der Soziologie formulieren, die - so Beck - immer noch im „methodologischen Nationalismus“ befangen ist. Sein Ziel ist eine Weiterentwicklung des Staats- und Politikbegriffs. So formuliert er zwischen 1986 und 2003 Konzepte, die neben einer gesellschaftspolitischen Programmatik Theorieentwürfe zur Weiterentwicklung der soziologischen Begriffe und Kategorien anbieten sollen.<sup>1262</sup> Wie bei Giddens kann auch bei Beck der Aspekt der Ökologie, der sich durch viele der Texte zieht, nicht explizit angesprochen werden, weil er für diese Analyse nur eine untergeordnete Rolle spielt.

### 3.9 Ralf Dahrendorf - Die Quadratur des Kreises

Armin Pongs bezeichnet Ralf Dahrendorf als „Seismograph des sozialen Wandels“, der ein Grenzgänger zwischen Sozialwissenschaft und Politik, zwischen Analyse und Aktion ist.<sup>1263</sup> Dahrendorf ist zudem der einzige der in diese Analyse einbezogenen Autoren, der Intellektueller und gleichzeitig aktiver Politiker ist. Zentrales Anliegen Dahrendorfs seit den 1990er Jahren ist es, die „tätige Freiheit“ unter den Bedingungen der Globalisierung in seinen Texten und Reden zu thematisieren und diese damit zu stärken, damit Lebenschancen für möglichst viele realisiert werden können.<sup>1264</sup> Dabei hält er die Positionen, die in der Ökonomie die Basis aller Entwicklungen sehen, bereits „seit Marx“ für einen Irrtum, da er weder der Ökonomie noch der Politik ein Primat einräumen will.<sup>1265</sup> Mit Blick auf seine zahlreichen Texte betont er selbst, dass für ihn immer die Analyse Vorrang vor der Abhilfe und damit der Vision hat.<sup>1266</sup> Hier fällt der erste Unterschied zu Beck und Giddens ins Auge, auf deren Konzepte Dahrendorf immer wieder Bezug nimmt. Aufgrund seiner Orientierung am Möglichen und weniger am Wünschbaren zeichnen sich die Texte auch eher durch eine grundsätzlich skeptische Sicht auf die aktuellen Entwicklungen aus. Dahrendorf

---

<sup>1262</sup> Zu diesem Anspruch vgl. insgesamt Beck (2003a) und (2003b), S. 89.

<sup>1263</sup> Ein Beleg für diese Beschreibung ist der 2002 erschienene Band „Die Krise der Demokratie“, in dem ein Gespräch zwischen Dahrendorf und dem Korrespondenten Antonio Polito festgehalten ist, vgl. Dahrendorf, Ralf (2002a), Die Krise der Demokratie. Ein Gespräch, München. Vgl. hierzu außerdem die Rezension „Demokratie in Zeiten der Globalisierung“, *Die Zeit*, 26/02. Zum Verhältnis von „Geist und Macht“ und der Verbindung von Politik und Intellektuellen vgl. insgesamt Dahrendorf, Ralf (2000b), Umbrüche und normale Zeiten: Braucht Politik Intellektuelle?, in: Hübing, Gangolf und Hertfelder, Thomas (Hg.), Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart, besonders S. 280 ff.

<sup>1264</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 89.

<sup>1265</sup> Vgl. Dahrendorf (1996), S. 106f.

<sup>1266</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 49.

argumentiert, dass das Bewusstsein der Gefahren (Tal der Tränen) erst die Entwicklung von Zukunftskonzepten ermöglicht.<sup>1267</sup>

### 3.9.1 Ansatz und Programmatik

Für seinen Ansatz hat er den Ausdruck der „Quadratur des Kreises“ geprägt, mit dem er für eine Verbindung von Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Solidarität und politischer Freiheit unter den Bedingungen der Globalisierung plädiert.<sup>1268</sup> Die Quadratur des Kreises wird für ihn zur „Preisfrage der modernen Gesellschaften“, weil geklärt werden muss, wie die Zeichen der Anomie, die Modernisierung und Globalisierung begleiten, erfolgreich bekämpft werden können, ohne die Freiheit dabei aufs Spiel zu setzen.<sup>1269</sup> Kernpunkt von Dahrendorfs Programmatik ist die Freiheit als Leitidee des Fortschritts. Sie ist gekennzeichnet durch Abwesenheit von Zwang und durch Ermutigung zur Eigentätigkeit. Grundlage der Freiheit sind Demokratie und freie Marktwirtschaft, die ihre Stabilität durch die verbindende Kraft der Bürgergesellschaft bekommen. Erst davon abgeleitet geht es bei dem Begriff Freiheit auch um Gerechtigkeit, Wohlstand, soziale Teilhabe, Arbeit und Bildung. Dahrendorf verbindet mit der Freiheit den Begriff der Lebenschancen, die einen Maßstab für menschliches Wohlergehen abgeben. Lebenschancen definiert er als Optionen und damit Wahlmöglichkeiten, die unter Rahmenbedingungen angeboten werden müssen, die wiederum das Auswählen-Können garantieren. So geht es ihm um „Anrechte und Angebote“, wobei er den in Staat und Bürgergesellschaft verankerten Bürgerstatus auf Seiten der Anrechte ansiedelt.<sup>1270</sup> Dahrendorf verknüpft in seiner Programmatik die Idee der Freiheit mit dem Plädoyer des Tätigwerdens und Handelns.<sup>1271</sup> Ein Mittel zur Umsetzung seines Plädoyers sieht er in den Regeln gegeben, durch die Freiheit institutionalisiert wird - wie etwa Verfassung, Rechtsstaat und Demokratie. In der Aktivität sieht er keinen Selbst-

<sup>1267</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (2003a), Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, München, 3. Auflage, S. 22 ff.

<sup>1268</sup> Vgl. Dahrendorf (1996), S. 1060. Dieser Ansatz klingt bereits 1992 an, ohne dass der Ausdruck selbst bereits geprägt ist, und wird von Dahrendorf eng an den Begriff der Lebenschancen geknüpft: „Lebenschancen sind eine doppelte Funktion, nämlich ... die der Optionen als Verbindung von Anrechten und Angebot, und ... die von Optionen und Ligaturen, wie sie die Gesellschaft bietet. Die Freiheit ruht auf drei Säulen, dem Verfassungsstaat (der Demokratie), der Marktwirtschaft und der Bürgergesellschaft.“ - so Dahrendorf. Und weiter: „Der Weg voran verlangt den Inhalt von Bürgerrechten, Lebenschancen und Freiheit neu zu bestimmen.“ Dahrendorf, Ralf (1992c), Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart, S. 44 und S. 208. Vgl. zudem Dahrendorf (1998a), S. 52; Dahrendorf, Ralf (1998b), Die Chancen erkennen: globale Wirtschaft, politische Freiheit und sozialer Zusammenhalt sind vereinbar, in: Evangelische Kommentare 31, Heft 2, S. 66; Dahrendorf, Ralf (1998c), A Precarious Balance: Economic Opportunity, Civil Society, and Political Liberty, in: Etzioni, Amitai (Hg.), The essential communitarian reader, Lanham 1998, S. 73.; Dahrendorf (1999a), S. 92 und S. 95 sowie zur Quadratur des Kreises zusätzlich Bayer, Jozsef (1995), Gespräch mit Ralf Dahrendorf, in: Sinn und Form 47, Heft 4, S. 505.

<sup>1269</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 48 ff.

<sup>1270</sup> Vgl. auch Dahrendorf, Ralf (1991), Die offene Gesellschaft und ihre Ängste, in: Universitas 46, Heft 2, S. 175; Dahrendorf (1992c), S. 38 ff.; Dahrendorf, Ralf (1994a), Das Zerbrechen der Ligaturen und die Utopie der Weltbürgergesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main, S. 421 f.; Dahrendorf, Ralf (1995a), Über den Bürgerstatus, in: van den Brink, Bert und van Reijen, Willem (Hg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 32; Dahrendorf (1999a), S. 91 sowie Dahrendorf (2003a), S. 15 f. und S. 21.

<sup>1271</sup> Vgl. Dahrendorf (2001c), S. 42.

zweck, sondern das Ziel, die Lebenschancen der bereits Erfolgreichen auf alle anderen auszuweiten:<sup>1272</sup> „Einsicht, Phantasie, Geduld, Beharrlichkeit und (...) Verbesserung menschlicher Wohlfahrt sind nötig.“<sup>1273</sup> Ähnlich wie Bobbio verweist Dahrendorf als bekennender Liberaler darauf,<sup>1274</sup> dass Freiheit und Gleichheit zwei verschiedene Blickrichtungen auf die sozialen Verhältnisse darstellen, wobei die Betonung der Gleichheit oft die Freiheit vergisst. Für Dahrendorf schließt die Freiheit auch Unterschiede ein, endet allerdings dort, wo Ungleichheit die Teilnahmerechte der Benachteiligten zu beschneiden droht. Wenn Ungleichheit also zur sozialen und politischen Exklusion führt, muss sie bekämpft werden.<sup>1275</sup> So wird bei der Quadratur des Kreises die Freiheit zur entscheidenden Säule.<sup>1276</sup> Waschkuhn stellt fest: „Die *heutige* zivilgesellschaftliche Diskussion geht zunächst und unzweifelhaft auf Ralf Dahrendorf zurück (...).“<sup>1277</sup>

### 3.9.2 Globalisierung und Krisensymptome

Zwischen Dahrendorfs Texten aus den frühen 1990er Jahren und denen, die nach 2000 veröffentlicht wurden, verstärkt sich der Eindruck des Skeptizismus.<sup>1278</sup> Bezog sich Dahrendorfs kritisches Urteil unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vor allem auf die Haltung und „Sprachlosigkeit“ der deutschen Intellektuellen, denen er ihre distanzierte Haltung zur deutschen Einheit vorwarf, verband er seine Hoffnungen mit den (wieder)erwachten Bürgergesellschaften der ehemaligen Ostblockstaaten.<sup>1279</sup> Gegen Ende der 1990er Jahre verweist Dahrendorf dann zwar noch auf die Chancen im Kontext der Globalisierung, indem er den positiv akzentuierten gesellschaftlichen und politischen Aufbruch betont, gleichzeitig rückt er aber die mit der Globalisierung einhergehenden Gefahren stärker in den Vordergrund seiner Analyse. Wie Beck kommt auch er zu dem Urteil: Die Ökonomie öffnet den Raum, die Politik

<sup>1272</sup> Vgl. Merkel/Lauth (1998), S. 5.

<sup>1273</sup> Dahrendorf (2003a), S. 27.

<sup>1274</sup> Vgl. zu diesem Bekenntnis Dahrendorf (2001c), S. 8.

<sup>1275</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 28.

<sup>1276</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1993), Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Guggenberger, Bernd und Hansen, Klaus (Hg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen, S. 83.

<sup>1277</sup> Waschkuhn (1998), S. 505. In diesem Zusammenhang weist Kleger auf die Unterscheidung von Bürger- und Zivilgesellschaft hin, da die Bürgergesellschaft „im engeren aktivistischen Sinn“ und „im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen“ zur Zivilgesellschaft erweitert wird, wobei sie eng verknüpft ist mit dem Begriff der Moralität. Vgl. Kleger, Heinz (2001), Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa, in: WeltTrends 9, Heft 30, S. 136 ff.

<sup>1278</sup> Vgl. hierzu auch „Der Parlamentarismus ist in Gefahr“, *Die Welt*, 12.02.01 sowie „Wo die Aufklärung angewandt wird. Ein Vortrag Lord Dahrendorfs im Berliner Wissenschaftskolleg“, *Der Tagesspiegel*, 27.05.03. In „Die Krisen der Demokratie“ spricht Dahrendorf in diesem Zusammenhang von einer „gewissen Trauer“ um eine „Welt, die es nicht mehr gibt“, vgl. Dahrendorf (2002a), S. 11. Eine ähnlich skeptische Perspektive auf die Zukunft der Demokratie ist bei Zygmunt Bauman zu finden, der neben dem aus der wachsenden Inkongruenz von politischen Entscheidungen und den davon Betroffenen entstehenden Legitimationsdefizit (Demokratie als „Übersetzungszirkel“) auch die „neue Weltordnung“ ohne Möglichkeit der zielgerichteten politischen Steuerung beklagt. Die Globalisierungsprozesse liefen einem gezielten Handeln und Tätigsein, wie Dahrendorf es in seinem Konzept forderte, zuwider. Vgl. Bauman, Zygmunt (1997), Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 317 und vgl. Bauman, Zygmunt (1999b), Zerstreuung der Macht, *Die Zeit*, 47/99. Vgl. zusätzlich Dahrendorf (2001c), S. 30 ff.

<sup>1279</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1990), Die Sache mit der Nation, in: Merkur 44, Heft 10/11, S. 823 ff.



muss dieser Entwicklung folgen.<sup>1280</sup> Vor allem die Demokratie sei nach den Hoffnungen von 1989 mittlerweile wieder gefährdet.<sup>1281</sup> Politik werde immer mehr zur „Show“ und zum Medienprojekt, was sich an den Beispielen von Großbritannien (Blair) und Italien (Berlusconi) zeige: „Populistische Herren und verselbständigte Apparate der früheren Parteien verbinden sich zum Autoritarismus einer neuen Nomenklatura.“<sup>1282</sup> Dahrendorf beklagt den zunehmenden Verlust von Kontinuität in der Politik und die Dominanz des Kurzfristigen.<sup>1283</sup> Zudem werde das Parlament zugunsten der Exekutive immer weiter entmachtet. Die damit einhergehende Gefahr bestehe in der Zunahme des politischen Desinteresses und der Apathie, was wiederum die Tendenz eines neuen Autoritarismus unterstütze.<sup>1284</sup> So lautet seine Zeitdiagnose 2003 dann auch: Nach einer Zeit des „fast überschwänglichen Optimismus“ greife nun vielerorts Angst um sich, die verbunden sei mit den Stichworten „Kampf der Kulturen“ und „Internationaler Terrorismus“.<sup>1285</sup> Dahrendorf schreibt über seine enttäuschten Hoffnungen: „Mit vielen anderen habe ich gehofft, dass zivilisierte, demokratische Gemeinwesen es Menschen verschiedener Herkunft, Überzeugung und Orientierung erlauben, friedlich als Bürger zusammenzuleben. (...) Heute indes stellt sich heraus, dass eben diese Vielfalt in der Gemeinsamkeit nicht stattfindet.“<sup>1286</sup> Auch in der vielerorts zu beobachtenden Sehnsucht nach einer ethnisch homogenen Heimat sieht er eine Gefahr, die er als die Kehrseite der Globalisierung bezeichnet. Denn homogene Gesellschaften seien nach innen intolerant, nach außen aber oft protektionistisch und aggressiv.<sup>1287</sup> Huntingtons Konzept der kulturellen Homogenität findet in Dahrendorf einen Kritiker, ebenso wie Fukuyamas Prognose des Endes der Geschichte.<sup>1288</sup> Für Dahrendorf wird damit die Bedrohung von Demokratie und Marktwirtschaft durch die Globalisierungsprozesse Realität, wobei seiner Auffassung nach Globalisierung als Etikett für die vielfältigen Prozesse

<sup>1280</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 46 und S. 50.

<sup>1281</sup> Vgl. zu Dahrendorfs Skepsis und seinem Blick auf die Entwicklungen in Osteuropa, Dahrendorf, Ralf (1995b), Die Bürgernation als Offene Gesellschaft. Ein Mut-Interview mit Lord Dahrendorf, in: Mut: Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Heft 335, S. 8 f.

<sup>1282</sup> Dahrendorf (2003a), S. 115. Vgl. zu dieser negativen Kritik ebenfalls Dahrendorf (2002a), S. 46, S. 70 ff. und S. 91. Eine positive Einschätzung der Politik Blairs durch Dahrendorf ist hingegen nachzulesen bei Dahrendorf (1998b), S. 67. Kritisch über Berlusconi äußert sich Dahrendorf mehrfach, vgl. u.a. Dahrendorf (2002a), 95 ff. sowie Dahrendorf (2001c), S. 15.

<sup>1283</sup> Vgl. hierzu „Europa hat keine Gestaltungsmacht“. Interview mit Ralf Dahrendorf, *Die Welt* 02.11.00.

<sup>1284</sup> Vgl. Dahrendorf (2001a), S. 17 f. Hier nennt Dahrendorf als Beispiel das Vorsprechen des Premierministers vor dem Parlament in England, das unter Blair reduziert wurde. Vgl. hierzu auch Dahrendorf (2003a), S. 112 ff. und S. 127. Zur Machtverschiebung zwischen Parlament und Exekutive vgl. Dahrendorf, Ralf (2001b), Stirbt der Parlamentarismus?, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 407, S. 13 f. Vgl. zudem Dahrendorf (2001c), S. 37. Mit Blick auf das unterschiedliche Demokratieverständnis innerhalb Europas verweist Dahrendorf zudem auf die unterschiedliche Bedeutung von Souveränität: „Auf dem Kontinent ist Souveränität ein nationaler Begriff. Man gibt ein bißchen ab von dem, was die Nation alleine tun kann. (...) in Großbritannien ist Souveränität ein parlamentarischer Begriff; man nimmt dem Parlament Rechte.“ Dahrendorf (1996), S. 1067.

<sup>1285</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 7 f.

<sup>1286</sup> Dahrendorf (2003a), S. 41.

<sup>1287</sup> Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 29 sowie Dahrendorf (2003a), S. 40 ff. In diesem Zusammenhang vgl. auch seinen Hinweis auf die „Wiederentdeckung des Ethnischen“, Dahrendorf (1992c), S. 232 f.

<sup>1288</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1057; Dahrendorf (2001a), S. 17; Dahrendorf (2002a), S. 7 sowie Dahrendorf (2003a), S. 7 und S. 17 f.

verwendet wird. Die Globalisierungsdynamik wiederum entsteht durch die Informationstechnologien und Grenzüberschreitungen, so dass künftig die Macht folglich bei denjenigen liegt, die die neuen Technologien beherrschen.<sup>1289</sup>

### ***Gefahren der Globalisierung: Ungleichheit, Anomie und Apathie, Autoritarismus, Protektionismus und Fragmentierung***

Durch seinen skeptischen Blick auf die Globalisierungsprozesse nehmen die Gefahren in Dahrendorfs Texten einen breiten Raum ein. Die sich im Zuge der Globalisierung verstärkende Ungleichheit zwischen Reichen und Armen ist ein Beispiel, das er in vielen seiner Texte thematisiert, ein weiteres ist der Zerfall von Regeln (Auseinanderdriften von Ökonomie und Politik).<sup>1290</sup> Auch die Veränderungen in der Politik - Show, Apathie und eine Tendenz zum Autoritarismus (Dritter Weg) - sowie die Sehnsucht nach überschaubaren Räumen gelten Dahrendorf ebenfalls als Gefahren.<sup>1291</sup> Generell konstatiert er, dass bereits der Begriff der Globalisierung sich mit zwei Gefahren verbindet, nämlich mit Ungenauigkeit und Euphorie. Die Ungenauigkeit besteht darin, dass alle möglichen Entwicklungen, von der zunehmenden Internationalisierung bis hin zur Instrumentalisierung des Globalisierungsbegriffs, unter dem Schlagwort Globalisierung firmieren. Dabei wird oftmals übersehen, dass das eigentlich Neue an der Globalisierung in der durch Informationstechnologien und permanente Grenzüberschreitungen ausgelösten Dynamik besteht.<sup>1292</sup> Die Euphorie wiederum wird ausschließlich von den Globalisierungsgewinnern getragen, die von Dahrendorf in seinen Texten unter dem Titel „globale Klasse“ immer wieder thematisiert werden. Der globalen Klasse wird an späterer Stelle ein eigener Abschnitt gewidmet. In Anlehnung an Giddens' „entfesselte Welt“ wählt Dahrendorf den Begriff „Welt ohne Halt“, weil diese, so seine Begründung, keiner mehr anhalten könne und sie auch keinen Halt mehr biete.<sup>1293</sup> In der Welt ohne Halt werde vor allem die Anomie, also der Zerfall von Recht und Ordnung, zur Gefahr, wobei gleichzeitig die „Ligaturen“ und Bindungen zerstört zu werden drohen. Die Kehrseite davon sei die Suche nach neuen Bindungen, die in Fundamentalismus, organisierter und Kleinkriminalität sowie Terrorismus enden könne.<sup>1294</sup> Eine weitere Gefahr sieht Dahrendorf, wie bereits ange-

<sup>1289</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 41 f. und S. 50; Dahrendorf (1999a), S. 95; Dahrendorf (2000a), S. 1057 f. sowie Dahrendorf (2002a), S. 16 ff. (Ohnmacht der Demokratie).

<sup>1290</sup> Vgl. Dahrendorf (1994a), S. 433 f. Zur Gefahr der Anomie vgl. auch Dahrendorf (1992c), S. 235 ff., besonders S. 244 („Das Risiko der Anomie heißt Tyrannei in vielerlei Gestalt.“).

<sup>1291</sup> Zur Gefahr der Apathie schreibt er: „Diese Tendenz beunruhigt mich sehr, denn ich sehe darin ein langfristiges Phänomen, das letzten Endes zum Verstummen des demokratischen Diskurses führen kann.“ Dahrendorf (2002a), S. 92.

<sup>1292</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 30 ff. Vgl. hierzu auch Dahrendorf (1998a), S. 41 ff. Zur Differenzierung und Bedeutung der Grenzüberschreitungen im Kontext der Globalisierung vgl. auch insgesamt Dittgen (1999).

<sup>1293</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 36.

<sup>1294</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 37 f. und S. 94 ff. Ähnlich wie Fukuyama und Huntington thematisiert auch Dahrendorf die Generation der jungen Männer als Problem, da er sie als potentiell anfällig für Kriminalität und Fundamentalismus ansieht.

sprochen, in den neuen Ungleichheiten, die innerhalb der Länder, aber auch zwischen diesen zunehmen.<sup>1295</sup> Globalisierungsgewinner und -verlierer sind die Träger der neuen Ungleichheit. Wie nur wenige Autoren spricht Dahrendorf in diesem Zusammenhang vor allem auch die Entwicklungsländer (besonders Afrika) an, um ein Stück weit von der euro-atlantischen Perspektive auf die Globalisierung abzurücken.<sup>1296</sup> Genauso wie Beck konstatiert er allerdings, dass es dennoch nicht zu einem neuen „Klassenkampf“ der Unterprivilegierten gegen die Gewinner kommen werde, weil es keine Klassen im traditionellen Sinn mehr gibt. Die Individualisierung mache es unmöglich, dass sich die Benachteiligten als Gruppe organisieren. Die Globalisierungsgegner, die sich am Rande der verschiedenen Weltgipfel äußern, seien zwar eine Stimme des Protestes, könnten aber aufgrund ihrer inhaltlichen und organisatorischen Zersplitterung keine wirkliche Gegenmacht darstellen.<sup>1297</sup> Es geht bei den Verlierern also um eine „Menge ohne klare Gestalt“. Damit teilen Dahrendorf und Beck die Einschätzung, dass die von der globalen Klasse Ausgeschlossenen sowohl alle Nachteile tragen müssten als auch nicht mehr gebraucht würden. Die Exklusion wird somit total und erreicht eine neue Qualität.<sup>1298</sup> Im Zuge dieser Zweiteilung der Welt in Gewinner und Verlierer könnte laut Dahrendorf ein neuer Autoritarismus entstehen, der vor allem mit der Politik der globalen Klasse verbunden ist.<sup>1299</sup> Mit Blick auf die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten und die zunehmende Abwanderung von Entscheidungskompetenzen von nationalstaatlicher auf europäische oder globale Ebene formuliert Dahrendorf eine weitere Sorge: Hand in Hand mit der Globalisierung gehe nämlich aufgrund des Bindungsverlustes die Propagierung der Regionalisierung im negativen Sinne einher, die er Glokalisierung nennt.<sup>1300</sup> Diese könne in Form von Fragmentierungsbestrebungen, ethnischen Forderungen nach Homogenität und Fundamentalismus auftreten. Zwar wertet Dahrendorf eine Kompetenzverlagerung auf die kommunale Ebene als durchaus positiv, weil er in der Kommune den kleinsten Baustein der Demokratie sieht,<sup>1301</sup> weist aber explizit darauf hin, dass ab einer bestimmten Größe die Forderung nach

---

<sup>1295</sup> Vgl. Dahrendorf (1998c), S. 82 f.

<sup>1296</sup> Vgl. Dahrendorf (1992c), S. 280 f.; Dahrendorf (1995a), S. 37; Dahrendorf (1995b), S. 6; Dahrendorf (1998a), S. 47 sowie Dahrendorf (2003a), S. 25, S. 60 und S. 82 ff.

<sup>1297</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 86 ff. und S. 91 ff. sowie Dahrendorf (1995a), S. 36 f. Zur Zersplitterung der Globalisierungsgegner vgl. als Auswahl „Im Nebel der Globalisierung“, *Berliner Zeitung*, 31.01.02; „Angriff der Realität“, *Der Tagesspiegel*, 24.01.03; „Bunt und folgenlos“, *Frankfurter Rundschau*, 24.01.04 sowie „Komödie und Tragödie der Antiglobalisierung“, *Frankfurter Rundschau*, 17.12.03.

<sup>1298</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 47 sowie Dahrendorf (2000a), S. 1063. In Bezug auf die Differenzierung zwischen Staaten und Kontinenten sowie die Exklusion einiger Länder vgl. auch Münch (1998), S. 416 und vgl. insgesamt Menzel, Ulrich (2001), *Der Zerfall der postkolonialen Staaten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 18/19, S. 3 - 5.

<sup>1299</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 52 sowie Dahrendorf (2000a), S. 1067.

<sup>1300</sup> Vgl. Dahrendorf (1992a), S. 27 f. Zur Glokalisierung vgl. auch Bauman (1997), S. 324 ff. Positiv akzentuiert ist die Regionalisierung im Zusammenhang mit dem Konzept einer „(stadt)regionalen Bürgergesellschaft“ bei Gohl, vgl. Gohl, Christopher (2001), *Bürgergesellschaft als politische Zielperspektive*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 6/7, S. 8.

<sup>1301</sup> Vgl. Dahrendorf (1998c), S. 92.

Kompetenzverlagerungen eher gepaart ist mit Demagogie und Abspaltungstendenzen vom Nationalstaat.<sup>1302</sup>

### 3.9.3 Globalisierung und neue Entwicklungen

#### **Globale Klasse**

Die Globalisierungsgewinner sind für Dahrendorf die neu entstehende globale Klasse und ihre Helfer. Er bezeichnet sie auch als „Weltklasse der Kosmopoliten“, die sich durch die Geisteshaltung und immaterielle Schätze auszeichnen, die da lauten: Konzepte, Kompetenz und Kontakte.<sup>1303</sup> Zwar konstatiert Dahrendorf, dass die globale Klasse noch klein ist, dank ihrer Helfershelfer und Zuarbeiter aber kontinuierlich wachse. Zudem setzt sie Trends, schafft neue Werte und ist Träger einer neuen Geisteshaltung, die Dahrendorf mit „vage und unpolitisch“ etikettiert. Denn - so sein Fazit - die Interessen der globalen Klasse werden durch die neoliberale Wirtschaftspolitik definiert. Allerdings wird die Ideologie des Neoliberalismus, so Dahrendorf weiter, durchaus mit positiven Werten verbunden, so dass Begriffe wie Flexibilität und Risiko als Chance gewertet werden. Die Betonung liege also auf den Chancen, die aus den neuen Herausforderungen entstehen. So wundert es nicht, dass Dahrendorf Beck und Giddens zu den geistigen Vätern der globalen Klasse zählt, die mit ihren Konzepten Hoffnungen und Optimismus verströmen.<sup>1304</sup> Im Dialog mit Dahrendorf würden sich Beck und Giddens allerdings gerade gegen diese Einordnung wehren, da sie sich beide trotz Chancenbetonung gegen die „Ideologie des Neoliberalismus“ (Globalismus) abgrenzen. So scheint Dahrendorf nicht alle Positionen in den Texten der beiden Autoren nachvollzogen zu haben. Generell kann ihm aber insoweit zugestimmt werden, als sich einige der Forderungen von Beck und Giddens (und auch Albrow) mit den Aspekten decken, die Dahrendorf als zentral für das neue „globale Klassenbewusstsein“ identifiziert: Chancen zu vermehren, um mehr Menschen - vor allem durch Bildung - den Aufstieg in die globale Klasse zu ermöglichen. Neue Lebenswelten sollen so geschaffen werden. Dahrendorf spricht von einem „durchaus attraktiven Paket von Werten“, wobei in seiner Darstellung offen bleibt, ob, wie er schreibt, Becks und Giddens` Konzepte dabei eine „Strähne der politischen Philosophie - oder vielleicht auch nur der politischen Sprache“ sind.<sup>1305</sup> Interessant ist hier, dass sich Dahrendorf mit seiner Einordnung von Beck und Giddens die Möglichkeit

<sup>1302</sup> Vgl. Dahrendorf (1995a), S. 40; Dahrendorf (1998a), S. 48 ff.; Dahrendorf (1999a), S. 98 sowie Dahrendorf (2003a), S. 38 ff. und S. 116 ff. Zur Regionalisierung und der Bindung von Emotionen (Heimatgefühl) vgl. auch Dahrendorf, Ralf (1994b), Die Zukunft des Nationalstaates, in: Merkur 48, Heft 9/10, S. 754 f. Dittgen spricht hier von der „ideologischen Funktion“ der These vom Ende des Nationalstaates. Vgl. Dittgen (1999), S. 11.

<sup>1303</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1059 f., Dahrendorf schreibt, dass die globale Klasse aus Börsianern, globalen Unternehmern, Versicherungsgesellschaften, Händlern, Medienmachern und Wissenschaftlern sowie Stars aus Medien, Sport, Musik, Literatur usw. bestehe, die er als „Helden der öffentlichen Meinung“ bezeichnet. Vgl. auch Dahrendorf (2002a), S. 21 f.

<sup>1304</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1060.

<sup>1305</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1061

eröffnet - unterstützt durch den Verweis, dass sich heute die Parteien der „bislang Zukurzgekommenen“ zu Anwälten der neuen herrschenden Klasse machen -, dem Thema „Sozialdemokratie“ treu zu bleiben.<sup>1306</sup> Als problematisch sieht Dahrendorf hingegen an, dass die globale Klasse jenseits des Nationalstaates verortet ist, die Demokratie aber an jenen gebunden bleibt. So entstehe eine Kluft zwischen der neuen führenden Klasse und den Möglichkeiten der politischen Steuerung, wodurch die Entkoppelung von Gewinnern und Verlierern zusätzlich voranschreite und der Solidargedanke zusätzlich unterlaufen werde. Dahrendorf stellt fest: „Wir können manche sozialen Trends der Globalisierung erkennen, aber die politischen Strukturen der Zukunft sind noch nebelhaft und ungewiss.“<sup>1307</sup> Sein Fazit lautet, dass der düstere Schluss über diese Kluft real sei, wobei nach wie vor offen bleibe, ob die globale Klasse nur eine „Episode“ darstellt.

### ***Bedeutung von Bildung und Arbeit***

Auch Dahrendorf bezieht in sein Konzept an vielen Stellen die beiden Aspekte Arbeit und Bildung ein. Wie unter anderem Dettling und Beck weist er darauf hin, dass gerade der Zugang zur Bildung die „Tore der schönen neuen Welt der Globalisierung für alle öffnet“. Denn an die Stelle von Privilegien treten nun messbare Leistungen. Daher könnten - so Dahrendorf - auch die Konzepte des „Dritten Wegs“ Bildung mit dem Begriff der Gleichheit verbinden. Denn Bildung eröffne Berufschancen und diese wiederum eröffnen Wohlstand.<sup>1308</sup> Wie Beck plädiert er dafür, dass Bildung mehr sein müsse als die bloße Vorbereitung auf Berufstätigkeit: Selbstverantwortung und Eigeninitiative seien dabei zentral.<sup>1309</sup> Aus diesen Gründen sei bei der Veränderung der Arbeitsgesellschaft vor allem „Phantasie gefragt“, die in dem Vorschlag von individuellen Bildungskonten und „transportablen Ansprüchen auf Sozialleistungen“ zum Ausdruck komme.<sup>1310</sup> Ebenfalls in Einklang mit Dettling und Beck entlarvt Dahrendorf die Forderung nach Vollbeschäftigung als Märchen des Globalen Zeitalters. Der globalen Klasse wirft er vor, dass sie diese veraltete Vorstellung zu ihrem Programm gemacht habe. An dieser Stelle wird ein weiteres Mal sichtbar, dass Dahrendorfs Einordnung von Beck und Giddens als Vordenker der globalen Klasse etwas ungenau ist, da sich beide von dem Mythos der Vollbeschäftigung

---

<sup>1306</sup> Vgl. hierzu Dahrendorf, Ralf (1987), Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 41, Heft 12, S.1021 - 1038. Vgl. auch zu der vorgenommenen Gleichsetzung von Giddens, Blair und Drittem Weg, „Klasse global. Lord Dahrendorf und wie er die Globalisierung sieht“, *Berliner Zeitung*, 11.05.00.

<sup>1307</sup> Dahrendorf (2000a), S. 1068. Vgl. zum Entzug aus den traditionellen Institutionen der Demokratie auch Dahrendorf (2002a), S. 22 f.

<sup>1308</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1061 ff. Vgl. zur Vorbereitung der Menschen auf die globalen Herausforderungen durch Bildung, Krause (1998), S. 23.

<sup>1309</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 61 und S. 64.

<sup>1310</sup> Vgl. Dahrendorf (1996), S. 1069 ff.

abwenden und neue Ideen für die Zukunft der Arbeit zu entwickeln suchen.<sup>1311</sup> Dahrendorf konstatiert wie sie: „Die Arbeitsgesellschaft, die außer einer kleinen Mußeklasse an der Spitze und dem Lumpenproletariat am anderen Ende das Ganze zusammenhielt, ist zerbrösel.“<sup>1312</sup> Als zentrales Problem, das die angesprochene Ungleichheit manifestiere, identifiziert Dahrendorf zudem, wie bereits vor ihm Rifkin, Gorz, Beck und andere, dass künftig die Menschen ohne oder mit wenig Bildung Arbeit verrichten würden, die von der globalen Klasse nicht mehr gebraucht werde: „Die Arbeit, die für viele gefunden wird, hat (...) etwas Beliebiges, fast Überflüssiges.“<sup>1313</sup> So werde das Gefühl der Nutzlosigkeit zum Problem und gleichzeitig freiwillige Tätigkeit nicht ernst genommen. Diese würden von vorneherein von den gut ausgebildeten und engagierten Mitgliedern der globalen Klasse ausgeübt. Hier befindet sich Dahrendorf nun im Gegensatz zu Barber, Dettling, Beck und Klages, die alle davon ausgehen, dass auch sozial Schwächere zum Engagement bereit sind. Mit Blick auf die Verlierer und die Funktion der Arbeit kommt Dahrendorf zu dem Schluss, dass Arbeit immer mehr zu einem Instrument der sozialen Kontrolle werde. Habe sie bislang bereits das gesellschaftliche Leben strukturiert, entstehe nun durch die Auflösung der Normalarbeitsbiographien eine „gefährliche Leere“, die den sozialen Zusammenhalt gefährde und in den Konzepten des „Dritten Wegs“ einer Kontrollfunktion den Weg ebne.<sup>1314</sup> Für ihn birgt dieses Konzept die Gefahr des Autoritarismus, weil hier Rechte und Pflichten zu einer „illiberalen These“ verquickt würden.<sup>1315</sup> Rechte und Pflichten könnten aber gerade nicht voneinander abhängig gemacht werden, weil der Bürgerstatus - und um diesen gehe es an dieser Stelle - nicht an die Erfüllung von Bedingungen geknüpft werden dürfe.<sup>1316</sup> „Doch wäre es eine merkwürdige Perversion der Thesen, (...) wenn das Reich der Notwendigkeit sozusagen als Waffe benutzt würde, um das Reich der Freiheit zu beschränken. Arbeitszwang ist wie jeder Zwang ein Schritt in die Unfreiheit. Wir sollten den Zynismus des Mottos nicht vergessen, das über den Toren von Nazi-Konzentrations- und Todeslagern stand: „Arbeit macht frei.“<sup>1317</sup> Trotz dieser harsch anmutenden Kritik an den Konzepten des Dritten Wegs argumentiert Dahrendorf mit Beck, Giddens, Mutz und anderen, dass es auch künftig genug Raum für Tätigkeiten jenseits der Normalarbeitsbiographie

<sup>1311</sup> Vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1063 f. Vgl. zu der in Teilen irreführenden Gleichsetzung von Giddens' Konzept mit Blairs Politik, „Was läßt sich von Blair lernen? Nichts.“, *Berliner Zeitung*, 13.09.97 sowie „Der Irrglaube an die Arbeit“, *Berliner Zeitung*, 07.01.98.

<sup>1312</sup> Dahrendorf (2000a), S. 1065. Zur Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses vgl. auch Dahrendorf (2003a), S. 62 f. und S. 70.

<sup>1313</sup> Dahrendorf (2000a), S. 1064. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dahrendorf (2003a), S. 70 f.

<sup>1314</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 56 ff.

<sup>1315</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 74. Zum Verhältnis von Rechten und Pflichten vgl. bereits Dahrendorf (1992c), S. 55 ff.

<sup>1316</sup> Offe entwickelt zum Verhältnis von Rechten und Pflichten die Argumentation, dass Bürgerpflichten wie Schul-, Wehr- oder Steuerpflicht dann anerkannt werden, wenn die Bürger den anderen gegenüber eine „robuste und belastbare Hintergrundüberzeugung“ ausgebildet haben, die von Vertrauen und Solidarität getragen ist. Da diese Überzeugung gerade auf der europäischen Ebene nicht vorhanden ist, gebe es kein europäisches Volk mit europäischer Identität. Vgl. Offe (1998a), S. 103 ff. und S. 115. Dieser Aspekt spielt im Folgenden ebenfalls bei Habermas eine Rolle.

<sup>1317</sup> Dahrendorf (2003a), S. 75. Zu der kritischen Einschätzung des Dritten Wegs vgl. auch insgesamt Dahrendorf, Ralf (1999c), *New Labour und Old Liberty - Kommentare zum Dritten Weg*, *Neue Zürcher Zeitung*, 14.07.99 sowie Dahrendorf (1999d), v.a. ab S. 21.

geben werde. Der entstehende „Zeitwohlstand“ könne helfen, die materiellen Verluste durch freie Zeit zu kompensieren.<sup>1318</sup> Allerdings sieht er in Becks Konzept der Bürgerarbeit eher ein „akademisches Phantasiegebilde“ und verweist darauf, dass Miegel mit seiner „frechen Vermutung“ der Realität näher komme, wenn er feststelle, dass die meisten Menschen nichts so sehr wollten, wie einen festen Arbeitsplatz, um nach dessen Erlangen die damit verbundene Arbeit zu reduzieren.<sup>1319</sup> Anders als Dettling, Beck und vor allem Gorz sieht er somit in unproduktiven sozialen Tätigkeiten keine wirkliche Möglichkeit, den gesellschaftlichen Wohlstand zu vermehren, da er Wohlstand von der ökonomischen Warte aus definiert.<sup>1320</sup> So sieht er weder in den Überlegungen zur Stärkung des freiwilligen Sektors noch im Dritten Weg oder im Kommunitarismus eine wirkliche Hilfe, um die Gesellschaft künftig zu strukturieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.<sup>1321</sup>

### 3.9.4 Demokratie und politische Steuerung

#### *Nationalstaat als Ort der Demokratie*

Mit Blick auf seine Enttäuschung im Zusammenhang mit der Entwicklung der Demokratie verweist Dahrendorf 2003 auf den seiner Meinung nach grundlegenden Irrtum, der in der Annahme bestehe, dass Demokratie automatisch wirtschaftlichen Wohlstand schaffe. Beides, Demokratisierung und Ökonomisierung, müssten aktiv betrieben werden, weil ansonsten die Gefahr drohe, dass bei ausbleibendem wirtschaftlichen Erfolg die Demokratie beschädigt wird.<sup>1322</sup> Weil nun aber die Globalisierung dem Nationalstaat als Raum für die Demokratie die ökonomische Grundlage entzieht, untergräbt sie die Solidarität und ersetzt Institutionen durch eine „konsequenzlose Kommunikation zwischen atomisierten Individuen“.<sup>1323</sup> Demokratie ist aber - so Dahrendorf weiter - historisch mit der Entwicklung des Nationalstaates verbunden. Daher bewirken die Entwicklungen hin zur Europäischen Union und einem Mehrebenensystem einen Verlust der Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten.<sup>1324</sup> Entscheidungen laufen über internationale Institutionen wie EU, Nato, Weltbank, IWF und andere. So haben die Menschen immer weniger Einfluss auf politische Entscheidungen. Da sie aber an ihrem Recht der Partizipation festhalten wollen, gleichzeitig aber keinen politisch verantwortlichen Adressaten ausmachen

<sup>1318</sup> Vgl. Dahrendorf (1996), S. 1069 ff. In diesem Sinn vgl. zudem „Die Arbeitslosigkeit ist ein Vorbote des gesellschaftlichen Wandels“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.10.97. In diesem Sinne vgl. auch Dahrendorf (1992c), S. 220 f.

<sup>1319</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 73.

<sup>1320</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 69.

<sup>1321</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 102 und vgl. Dahrendorf (2000a), S. 1066. Vgl. zu Dahrendorfs Einschätzung des Kommunitarismus auch Budäus/Grüning (1997), S. 53.

<sup>1322</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 108 ff. Zur Definition von Demokratie, Kriterien und Machtkontrolle sowie zur Krise der Demokratie aufgrund einer Krise der Kontrolle und Legitimität vgl. auch Dahrendorf (2002a), S. 9 f.

<sup>1323</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 51.

<sup>1324</sup> Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 69 sowie Dahrendorf, Ralf (1999b), Traurige Parlamente, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.09.99.

können, entstehen Protestbewegungen wie Attac, die den Regierungschefs nach Seattle, Prag oder Genua nachreisen, um ihren Protest artikulieren zu können. Dahrendorf beschreibt diese Entwicklungen durchaus mit einem gewissen Verständnis, da er in den sozialen Bewegungen einen Teil der globalen Zivilgesellschaft auszumachen glaubt.<sup>1325</sup> Zusätzlich verweist er auf Intellektuelle wie etwa Forrester und Soros, die die Globalisierungsgegner mit ihren Schriften unterstützen.<sup>1326</sup> Dennoch bleibt für Dahrendorf der Nationalstaat als die „große Errungenschaft der Zivilisation“ der wichtigste und einzige Ort für die demokratische Praxis, weil hier die Bürgerrechte garantiert werden. Nur auf der nationalstaatlichen Ebene existierten bisher die Institutionen, die Vielfalt und Heterogenität, Partizipation und Bürgerrechte gewährleisten könnten: „Erst im heterogenen Nationalstaat bewähren sich Bürgerrechte als Teilnahmeprinzip.“<sup>1327</sup> So bemängelt Dahrendorf auf der einen Seite die Kluft zwischen Nationalstaat als Ort von Politik und Recht sowie dem globalen Raum als Ort für Wirtschaft und Information und fordert die Schaffung weltweiter Regelungen.<sup>1328</sup> Auf der anderen Seite formuliert er aber gleichzeitig seine Skepsis gegenüber internationalen Verfahren. Neu und zentral für die Zukunft sei vor allem die Abkehr vom Kurzfristigen, langfristige und dauerhafte Lösungen und Strukturen müssten im Mittelpunkt stehen.<sup>1329</sup> Mit Blick auf die Bürgerrechte fordert er, dass die nationalstaatlichen Bürgerrechte nicht als das Ende der zivilisatorischen Entwicklung der Menschheit angesehen werden sollten, sondern über die EU eine Ausweitung der Rechte und Freiheiten auf Weltbürgerrechte (Kant) erstrebt werden müssten. Da aber jenseits der Nationalstaaten noch keine „rechtschützenden (Herrschafts-)Institutionen“ existierten, müssten gerade die Nationalstaaten geschützt werden.<sup>1330</sup> Denn: „Wer immerfort dem Nationalstaat das Totenglöcklein läutet, zerstört damit ungewollt auch die Fundamente von Rechtsstaat und Demokratie, die einstweilen nur im Nationalstaat sicher sind.“<sup>1331</sup>

<sup>1325</sup> Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 25 f. und S. 51. Klages spricht im Zusammenhang mit dem neuen mündigen und aktiven Bürger, der sich themen- und situationsgebunden engagiert, auch vom „schwierigen Bürger“, weil dieser auf der einen Seite Verantwortung zu übernehmen bereit ist, auf der anderen Seite aber „Subjekt seines Handeln“ bleiben will. So möchte der schwierige Bürger zu Belangen, die ihn persönlich betreffen, gefragt werden, um eingreifen zu können, seine Engagementbereitschaft ist aber gepaart mit einem hohen Enttäuschungspotential für den Fall, dass seine Meinung und Erwartungen von Sachentscheidungen überstimmt oder nicht erfüllt werden. Vgl. Klages, Helmut (1996), Der „schwierige Bürger“ - Bedrohung oder Zukunftspotential?, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 246 f.

<sup>1326</sup> Vgl. Dahrendorf (2001a), S. 19 f.; Dahrendorf (2001c), S. 8 und S. 12 sowie Dahrendorf (2003a), S. 31 ff. So bezeichnet Dahrendorf Forresters Veröffentlichung als ein „trauriges Dokument“, das der „Welt von gestern“ gewidmet ist. Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 26. In diesem Zusammenhang vgl. auch „Viviane Forrester. Heilige Johanna der Globalisierung“, *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.01.

<sup>1327</sup> Dahrendorf (1994b), S. 753. Vgl. in diesem Sinn auch Dahrendorf (1995a), S. 39; Dahrendorf (2001a), S. 21 sowie Dahrendorf (2003a), S. 119. Vgl. hierzu auch Bayer (1995), S. 507.

<sup>1328</sup> Vgl. Dahrendorf (1994b), S. 754 ff. sowie Dahrendorf (2002a), S. 41 f.

<sup>1329</sup> Vgl. Dahrendorf (1994b), S. 754 f. sowie Dahrendorf (2003a), S. 101 ff.

<sup>1330</sup> Vgl. Dahrendorf (1994b), S. 754 f.

<sup>1331</sup> Dahrendorf (1994b), S. 758.



### **Europäische Union als Schritt in Richtung Weltordnung und Weltgesellschaft**

„Die nationale Eingrenzung der Verfassung ist eine ebenso notwendige wie zutiefst unbefriedigende Beschränkung.“<sup>1332</sup> In diesem Zitat spiegelt sich zum wiederholten Male die Ambivalenz in Dahrendorfs Haltung wider. Zwar plädiert er mit Bezug auf Kant immer wieder für eine Weltbürgergesellschaft, da Bürgerrechte am Ende nur als Weltbürgerrechte denkbar seien, weist aber gleichzeitig auf das Vakuum der fehlenden Institutionen und des fehlenden Rechtes hin. So bleibt sein Plädoyer ein „Kampf des Gewissens, der moralischen Überzeugung, gegen die widerborstige Realität“.<sup>1333</sup> Dennoch sieht er in der europäischen Entwicklung und den Institutionen erste Schritte auf dem Weg zu einer demokratischen Weltordnung und Weltbürgergesellschaft.<sup>1334</sup> Gerade weil eine globale demokratische Weltordnung noch illusorisch sei, weise die EU den richtigen Weg, denn sie zielt - so Dahrendorf - gleichermaßen auf moralische und institutionelle Qualitäten ab.<sup>1335</sup> Trotz dieser positiven Einschätzung überwiegt dann doch wieder die Skepsis und der Verweis auf Defizite. Wie auch Zürn und andere bedient sich Dahrendorf des Beispiels, dass die EU, würde sie um Aufnahme in die EU ersuchen, aufgrund ihres Demokratiedefizits und der mangelnden Transparenz nicht aufgenommen werden würde.<sup>1336</sup> So kritisiert er vor allem den Unterschied zwischen „Sonntagsreden“ und Realität in Europa.<sup>1337</sup> „Europa ist in seinem gegenwärtigen Zustand ein Prozess, nicht ein Ziel, und sogar ein Prozess ohne bestimmtes und definiertes Ziel.“<sup>1338</sup> Dahrendorf betrachtet Europa als rationales Projekt, die oftmals geforderte Regionalisierung hingegen als dessen emotionale Seite. Europa liegt als Kopfgeburt zwischen der organisierten Zusammenarbeit der Staaten, wie auch Beck sie einfordert, und einer *gemeinsamen* Vertretung der EU als solcher. Seine Befürchtung ist, dass dieses „Dazwischen“ noch für längere Zeit nicht definiert werden könne.<sup>1339</sup> Mit Blick auf die emotionale Seite drohe zusätzlich die Gefahr, dass die Europäische Union als ein Instrument des Protektionismus verstanden werde.<sup>1340</sup> Zwei weitere Probleme macht Dahrendorf aus, indem er auf die nicht vorhandenen demokratischen Institutionen auf EU-Ebene verweist und zudem das Fehlen eines europäischen „Demos“, einer europäischen

<sup>1332</sup> Dahrendorf (1990), S. 831. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dahrendorf (1995b), S. 10 f.

<sup>1333</sup> Vgl. Dahrendorf (1990), S. 831.

<sup>1334</sup> Vgl. Dahrendorf (1990); S. 833; Dahrendorf (1992b), S. 332 f.; Dahrendorf (2001a), S. 20 f. sowie Dahrendorf, Ralf (2003b), *Alltags-Europa, Sonntags-Europa - Wer schließt die Kluft*, in: *Europa leidenschaftlich gesucht*, hg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München, S. 249.

<sup>1335</sup> Vgl. Dahrendorf (2003b), S. 246.

<sup>1336</sup> Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 34 und vgl. Dahrendorf (2003a), S. 120 ff.

<sup>1337</sup> Vgl. Dahrendorf (2002a), S. 35 f.; Dahrendorf (2002b), S. 11 sowie Dahrendorf (2003b), S. 239 ff. Dahrendorfs Kritik scheint vom Scheitern des Verfassungsgipfels im Dezember 2003 in Brüssel ungewollt unterstrichen zu werden. Vgl. „Die EU vor einer ungewissen Zukunft“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.03 und „Die Chance des Scheiterns“, *Süddeutsche Zeitung*, 15.12.03.

<sup>1338</sup> Dahrendorf (2003b), S. 246.

<sup>1339</sup> Vgl. Dahrendorf (1994b), S. 760. Vgl. zur Bezeichnung „Kopfgeburt“ auch Bayer (1995), S. 506 f.

<sup>1340</sup> Vgl. Dahrendorf (1996), S. 1069 ff.

Öffentlichkeit bemängelt.<sup>1341</sup> Deshalb fehle auch eine öffentliche europäische Debatte über ein vereinigtes Europa, denn bislang würden lediglich einige Akademiker und Politiker darüber diskutieren: „But the key is this: There is no such thing as a European demos on which to build a European democracy. Public opinion, even published opinion, is fragmented into national segments at best (...).“<sup>1342</sup> So kann festgestellt werden, dass ein entscheidendes Merkmal des Nationalstaates auf der europäischen Ebene nicht vorhanden ist, nämlich die Sicherung der Bürgerrechte und Solidarität. Daher bleibe - so Dahrendorf - der Nationalstaat auf absehbare Zeit sowohl der Rahmen der individuellen Rechte als auch die Aktionseinheit der internationalen Beziehungen.<sup>1343</sup>

### 3.9.5 Vision

#### ***Bürgergesellschaft als Lebenselixier: Bürgerrechte als Weltbürgerrechte***

Neben der Freiheit und unauflöslich mit ihr verbunden sind in Dahrendorfs Programmatik die Konzepte zum Bürgerstatus und der Bürgergesellschaft. Zwar seien die Rechte heute noch Staatsbürgerrechte, weil sie nur im heterogenen Nationalstaat Gültigkeit haben,<sup>1344</sup> dennoch dürften sie nicht in den Grenzen des Nationalstaates verharren. Das Ziel müsse die Weltbürgergesellschaft sein.<sup>1345</sup> Weil momentan eher eine Lähmung der Bürgergesellschaft, forciert durch den Ausbau der Wohlfahrtsstaaten, zu beobachten sei, der eine Zerstörung des unternehmerischen Geistes zur Folge habe, plädiert Dahrendorf gerade für wache und aktive Bürger, gegen deren Apathie und für eine tätige Freiheit.<sup>1346</sup> Die Bürgergesellschaft definiert er als eine Gesellschaft der freien Assoziationen, in denen sich Menschen aufgrund ihrer Interessen und Vorlieben zusammenschließen und 99 Prozent ihrer Zeit verbringen. Die Bürgergesellschaft wird bei Dahrendorf zum „Kernstück der funktionierenden Demo-

<sup>1341</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 100 f.; Dahrendorf (2001b), S. 15 ff.; Dahrendorf (2003a), S. 120 ff. sowie Dahrendorf (2003b), S. 247. Zu der bereits bei Beck angeklungenen Frage um eine europäische Identität, Öffentlichkeit und einen europäischen „Demos“ gibt es eine breite Diskussion, wobei die meisten Wissenschaftler mit Dahrendorf deren Fehlen beklagen. Als Auswahl der für diese Arbeit relevanten Texte vgl. Offe (1998a), S. 116 und S. 122 f. und vgl. Reese-Schäfer, Walter (1997), Supranationale oder transnationale Identität - zwei Modelle kultureller Integration in Europa, in: Politische Vierteljahresschrift 39, Heft 2, S. 322 ff. Beide sprechen zusätzlich das Problem der Sprachenvielfalt in Europa an, die der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit entgegensteht. Reese-Schäfer kommt zu dem Urteil, dass sich daher schneller eine Welt- als ein europäische Öffentlichkeit bildet. Vgl. außerdem Scharpf (1998a), S. 154 f; vgl. Scharpf (1998b), S. 232 f. (Fehlen einer politischen Infrastruktur) sowie Scharpf (1999), S. 168. Einen etwas anderen Akzent setzt Höffe, der zwar ebenfalls die fehlende politische Öffentlichkeit feststellt, aber im Gegensatz zu den anderen Autoren von einer europäischen Wertegemeinschaft ausgeht. Vgl. Höffe (1999b), S. 277 f. Vgl. außerdem Pfetsch, Frank R. (1998), Die Problematik der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 25/26, S. 11. Eine Umfrage des Bundesverbandes der deutschen Banken hat zudem 1999 ergeben, dass bei Europawahlen für 59 % der Deutschen bundes- statt europapolitische Themen ausschlaggebend sind. Vgl. Demo/skopie „Europa“, hg. vom Bundesverband der deutschen Banken, Nr. 6, August 1999, S. 3.

<sup>1342</sup> Dahrendorf (2001a), S. 20 f.

<sup>1343</sup> Vgl. Dahrendorf (1994b), S. 760 sowie Dahrendorf (1995a), S. 39.

<sup>1344</sup> Vgl. Dahrendorf (1992b), S. 332.

<sup>1345</sup> Vgl. Dahrendorf (1992c), S. 52 sowie Dahrendorf (1999a), S. 92.

<sup>1346</sup> Vgl. Dahrendorf (1995a), S. 30 f.; Dahrendorf (1998b), S. 68 f. sowie Dahrendorf (2003a), S. 130.

kratie“.<sup>1347</sup> Sie ist die verbindende Kraft, die gekennzeichnet sein muss durch Eigeninitiative, Freiwilligkeit, Autonomie und aktive Beteiligung.<sup>1348</sup> Durch die Bürgergesellschaft könne der Gefahr des Zerfalls der Werte begegnet werden, da sie den Optionen der modernen Wirtschaftsgesellschaft die nötigen Ligaturen hinzufüge. Denn ohne gemeinsame Wertüberzeugungen greife, so die Bedenken Dahrendorfs, der „Bazillus der Anomie“ um sich. Mit Blick auf Habermas` Konzept des Verfassungspatriotismus bezeichnet er dieses als zu „dünne, anämische Form gemeinsamer Wertüberzeugungen“, obwohl es in die richtige Richtung weise. Zusätzlich müssten aber Werte wie Toleranz, Anstand, Menschenwürde, Fairness, Vertrauen und Verantwortung hinzukommen.<sup>1349</sup> Die Frage, wer diese Werte verkörpern und vorantreiben könne, beantwortet Dahrendorf mit „Institutionen“.<sup>1350</sup> Diese seien, so seine optimistische Einschätzung, das richtige Instrument, um einen öffentlichen Diskurs anzuregen und voranzutreiben. Daher beurteilt er auch die aufblitzende Wertediskussion nach dem 11. September 2001 als ein Indiz für den Bestand eines bestimmten Wertekerns.<sup>1351</sup> Den im Nationalstaat garantierten Bürgerstatus bezeichnet Dahrendorf als Anrecht, das unter anderem Wahlrecht, Recht auf Unversehrtheit sowie Recht auf Schutz und Bildung umfasse. Die Bürgergesellschaft wird somit zu einer Gesellschaft von Bürgern, denen die Chancen des allgemeinen Bürgerstatus, nämlich Pluralismus, Autonomie und Zivilität zustehen.<sup>1352</sup> Aufgrund seines Skeptizismus ordnet er Giddens kosmopolitische Gesellschaft ebenso wie Becks Weltbürgergesellschaft als Konzepte ein, die zu wenig von *gewolltem* Handeln bestimmt seien, auch wenn er sie als zukunftsweisend bezeichnet.<sup>1353</sup> Seine Perspektive auf die sozialen Bewegungen und NGOs entspricht allerdings wieder denen der beiden Autoren. Auch Dahrendorf sieht in der durch NGOs entstehenden Öffentlichkeit ein Mittel zur Begrenzung einer unkontrollierten Globalmacht, wozu neben anderen auch die Informationstechnologien dienen.<sup>1354</sup> Die NGOs werden somit in Dahrendorfs Programmatik zu Kontrollorganen und zur „eigentliche(n) Zivilgesellschaft der Weltordnung“, ihre Proteste zu einer Möglichkeit, den Volkswillen auszudrücken.<sup>1355</sup> „But in

<sup>1347</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf (1992a), Moralität, Institutionen und Bürgergesellschaft, in: Merkur 46, Heft 7, S. 565. Vgl. hierzu auch Dahrendorf (1994a), S. 427 ff.; Dahrendorf (1995b), S. 14; Dahrendorf (1998c), S. 81; Dahrendorf (1999a), S. 92 und S. 100; Dahrendorf (2002a), S. 83; Dahrendorf (2002b), S. 9 f. sowie Dahrendorf (2003a), S. 51 ff., S. 111 ff. und S. 128 f. Dahrendorf bezeichnet die Bürgergesellschaft an mehreren Stellen auch als „schöpferisches Chaos“.

<sup>1348</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 91.

<sup>1349</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 53. Diese Einschätzung im Zusammenhang mit dem Verfassungspatriotismus klingt bereits 1991 mit Blick auf Deutschland an, vgl. Dahrendorf (1991), S. 177.

<sup>1350</sup> Vgl. Dahrendorf (1992c), S. 262 ff. und S. 269 ff. Offe geht in Bezug auf Europa ergänzend von einer „kreativen Rolle“ der Institutionen aus, die helfen könnten, die nationalstaatlichen „Wahrnehmungs-, Vertrauens- und Solidaritätshorizonte“ zu erweitern. Vgl. Offe (1998a), S. 115.

<sup>1351</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 51 ff. Diese Position spielt in der vierten Diskursphase eine Rolle.

<sup>1352</sup> Vgl. Dahrendorf (1993), S. 77 ff.

<sup>1353</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 132 f.

<sup>1354</sup> Zu Dahrendorfs ambivalenter Haltung im Bezug auf die Möglichkeiten des Internets im Demokratisierungsprozess vgl. Dahrendorf (2002a), S. 67. Zu einer differenzierten Auslotung des Potentials der Neuen Medien für die Demokratie vgl. auch insgesamt Leggewie (1999).

<sup>1355</sup> Vgl. Dahrendorf (1992b), S. 332 f.; Dahrendorf (1999a), S. 104; Dahrendorf (2002b), S. 12 f. sowie Dahrendorf (2003a), S. 126.

their chaotic way, they express the view of many people.“<sup>1356</sup> Im Jahr 2001 formuliert Dahrendorf diese Hoffnung sinngemäß: Wenn es schon keine globale oder europäische Demokratie geben kann, gibt es wenigstens Demokraten, die sich auf ihre Rechte als „citizens“ berufen und ihre Verantwortung wahrnehmen, indem sie ihre Bürgerrechte verteidigen: „Democrats without democracy offer a more hopeful prospect than the reverse.“<sup>1357</sup>

### ***Freiheit und Moralität als Fundament***

Durch die Verknüpfung von Freiheit und Bürgerrechten und deren Bindung an bestimmte Institutionen gelingt Dahrendorf die Verbindung zwischen funktionaler und qualitativer Perspektive. Denn für sein Konzept sind die von ihm so bezeichneten „Ligaturen“, also Normen und Werte, grundlegend. Sie sind „tiefe Bindungen“, die Sinn stiften, und der „Kitt, der Gesellschaften zusammenhält“. Die Optionen müssen in sie eingebettet sein.<sup>1358</sup> Freiheit kann nur im Zusammenhang mit Moralität verwirklicht werden. So formuliert Dahrendorf die These, dass es keine Ordnung in Freiheit gibt, wenn sie sich nicht als Schritt auf dem Weg zu einer Weltordnung versteht und dabei die Freiheit fördert. Weltordnung in Freiheit bedeutet damit die Umwandlung der Menschenrechte in „(Welt)-Bürgerrechte“. <sup>1359</sup> So schätzt Dahrendorf auch die soziale und politische Exklusion nicht wegen der hohen Anzahl der ausgeschlossenen Menschen oder der ökonomischen Bedrohung als gefährlich ein, sondern vor allem wegen des „moralischen Schadens“, der entsteht. Denn die Exklusion sei eine „moralische Anklage gegen das sogenannte zivilisierte Gemeinwesen“. <sup>1360</sup> Die zu beobachtende Normlosigkeit ist die Ursache für einen Teil der Ängste und Ohnmacht. <sup>1361</sup> Zur Erklärung dieses Zusammenhangs wählt Dahrendorf das Bild der Bürgerrechte als konzentrische Kreise, mit einem Kern aus den fundamentalen und unentbehrlichen Rechten des Einzelnen. Diese sind der Kanon der grundlegenden Menschenrechte, deren Wirksamkeit an eine Reihe von Rahmenbedingungen geknüpft ist. <sup>1362</sup> Daher formuliert Dahrendorf ein Plädoyer für Werte als inhaltliche Ausgestaltung der Institutionen und Regelungen. Denn Moralität leitet die Menschen an, die Institutionen aber sind das Instrument zu ihrer Umsetzung und Gewährleistung. Daher müssen sie immer weiter verbessert und verfeinert werden. <sup>1363</sup> Gerade weil die Bürgergesellschaft schwächere und weniger emotionale Bindungen bietet als etwa geschlossene Gemeinschaften, müsse sie immer wieder verteidigt werden. Eine Bürger-

<sup>1356</sup> Dahrendorf (2001a), S. 22.

<sup>1357</sup> Dahrendorf (2001a), S. 22.

<sup>1358</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 44 ff. Vgl. hierzu auch Dahrendorf (1994a), S. 423 f.

<sup>1359</sup> Vgl. Dahrendorf (1992b), S. 331.

<sup>1360</sup> Vgl. Dahrendorf (1995a), S. 37 f.; Dahrendorf (1998b), S. 69 sowie Dahrendorf (2003a), S. 87 ff.

<sup>1361</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 47.

<sup>1362</sup> Vgl. Dahrendorf (1995a), S. 34 f.

<sup>1363</sup> Vgl. Dahrendorf (1992a), S. 564. In Bezug auf die Neuen Medien als Institutionen des 21. Jahrhunderts warnt Dahrendorf vor deren Missbrauch für Propaganda und Instrumentalisierung, vgl. Dahrendorf (2002a), S. 80 ff.

gesellschaft, die sich auf die Universalität der Menschenrechte beruft, sei daher am besten. Nur sie biete die Chance so zu leben, wie man möchte.<sup>1364</sup> Damit all dies erreicht werden kann, fordert Dahrendorf einen Freiheitsbegriff, der mit autonomem und selbstbestimmtem Handeln und mit Tätigkeit verbunden ist.<sup>1365</sup> Die „tätige Freiheit“ ist für ihn „oberste Maxime“.<sup>1366</sup> So grenzt er sich indirekt gegen Habermas` Theorie des kommunikativen Handelns ab, da er den Konflikt als Quelle des Fortschritts ansieht. Der „Traum des harmonischen Dauer-Diskurses unter Gleichen“ führe nicht zum Ziel, sondern nur ein Handeln auf der Grundlage, die Weltbürgergesellschaft befördern zu wollen.<sup>1367</sup> Mit Beck teilt er nach eigener Aussage die Forderung nach einem „unbequemeren Weltbürgertum“, das Konflikte mitdenkt - auch wenn er sich Becks Aufruf „Weltbürger aller Länder - vereinigt euch!“ nicht anschließen will.<sup>1368</sup> So resümiert er: „Eine Weltdemokratie ist Utopie, eine Welt der Demokratie ist es nicht.“<sup>1369</sup> Weltbürgerrechte sind zwar ein Vorgriff, abwegig aber sind sie nicht.<sup>1370</sup>

### 3.9.6 Fazit

Dahrendorf ist der einzige der hier einbezogenen Autoren, der sein Konzept auf beiden Motiven aufbaut, gleichzeitig eine funktionale wie qualitative Perspektive wählt und dabei einen skeptischen Blick auf die Globalisierungsprozesse und die Folgen für Staat und Gesellschaft behält. Er formuliert kein Paradigma und bleibt trotz Hinweis auf Chancen meist der defizitorientierten Sicht verhaftet. Der Zugang ist partikular, weil auf Bürgergesellschaft und Freiheit fokussiert. Zentrale Bausteine seines Konzeptes sind neben Bürgergesellschaft und Freiheit Ligaturen und Optionen, Bildung und Arbeit und vor allem die Zukunft der Demokratie im Rahmen der europäischen Einigung und der globalen Entwicklung. Mit dem Baustein der Weltbürgergesellschaft verbindet er den Aspekt der Freiheit in Form der Menschenrechte als universalem Wert. Doch Dahrendorfs Skeptizismus in Bezug auf die Chancen der Demokratie unter den Vorzeichen der Globalisierung und der Entstehung einer Weltbürgergesellschaft lassen seine Aussagen an manchen Stellen seltsam ambivalent und unentschieden erscheinen. So formuliert er beispielsweise im Jahr 2002 folgende Hoffnung: „Nach dem Ende der Demokratie müssen und können wir eine neue Demokratie aufbauen.“<sup>1371</sup> - um sie im Jahr 2003 wieder in Frage zu stellen: „Globalisierung heisst also immer zugleich Entdemokratisierung. Es gibt keine Verfahren zur Ablösung der Entscheidungsträger. Es gibt keine berechenbaren

<sup>1364</sup> Vgl. Dahrendorf (1992a), S. 558 ff.

<sup>1365</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 79 f.

<sup>1366</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 52 sowie Dahrendorf (2003a), S. 149.

<sup>1367</sup> Zur Kritik an Habermas` Konzept der „herrschaftsfreien Kommunikation“, das Dahrendorf als Illusion bezeichnet, vgl. Dahrendorf (1992c), S. 47 und S. 195 sowie Dahrendorf (2003a), S. 135 ff.

<sup>1368</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 145.

<sup>1369</sup> Dahrendorf (2003a), S. 142.

<sup>1370</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 104.

<sup>1371</sup> Dahrendorf (2002a), S. 116.

Kontrollmechanismen, keine checks and balances. Es gibt schon gar keine systematische Methode, die Interessen und Meinungen der Betroffenen, geschweige denn des Weltvolkes insgesamt, in die Entscheidungen einzubringen. Und (...) es gibt auch keine Ansätze zu einer globalen Demokratie.“<sup>1372</sup> Ähnliche Ambivalenzen spiegeln sich in seiner Einschätzung der Politik Blairs oder in seinem Blick auf die Europäische Union wider. Methodisch stellt Dahrendorf vielerlei Bezüge zu Denkern der europäischen Moderne her. Er zeigt Grenzen der Marx'schen Theorie auf und stellt sein Konzept in Zusammenhang mit den Theorien von Kant und Popper.<sup>1373</sup> Dieses Vorgehen bringt Dahrendorf dann auch die Zuordnung zum kritischen Rationalismus ein.<sup>1374</sup> Gerade seine Bezüge auf Kant können ein Hinweis auf die Ambivalenz im Zusammenhang mit der Zukunft der Demokratie sein. Da Kant die Strukturen der demokratischen Selbstorganisation betont und die Bürgerrechte an diese bindet, wobei die Größe der territorialen Einheit für die demokratische Selbstorganisation abgeleitet ist von der Möglichkeit der Verwirklichung der Bürgerrechte, kommt Kant - nach Interpretation von Maus - zu dem Schluss, „daß Freiheit, Selbstbestimmung und Volkssouveränität nur kleinräumig zu organisieren sind“.<sup>1375</sup> Daher werden das Weltbürgertum und der Kosmopolitismus auch zur moralischen Haltung und nicht zur konkreten politischen Option. Dahrendorf muss nun in seiner Berufung auf Kant die Spannung aushalten, dass die kleinräumige, aber funktionsfähige Organisation der Demokratie im Staat immer mehr unterlaufen wird und die Bürgerrechte damit ihren Ort zu verlieren drohen. Gleichzeitig bleibt aber offen, ob sich die Idee der Weltbürgerrechte erhalten lässt, wenn sich weder auf kleinräumiger, also nationaler Ebene, noch auf europäischer oder globaler Ebene Strukturen zu deren Absicherung und Verwirklichung abzeichnen. Die positive Wertung der lokalen Ebene findet hier ihre Erklärung. Um nicht fatalistisch zu erscheinen, weist Dahrendorf folglich auf die Chancen hin, die mit den Globalisierungsprozessen verbunden sind. Damit sein Konzept aber gleichzeitig nicht die Züge einer illusorischen Utopie annimmt, bleibt er letztendlich einer skeptischen Sicht verhaftet.<sup>1376</sup> Dieses Vorgehen wird durch seine Einbindung der Konzepte von Beck, Etzioni, Giddens, Habermas und Rifkin unterstrichen, von deren Positionen er sich in Teilen distanziert, mit denen er aber auch in Teilen übereinstimmt.<sup>1377</sup> Wie auch Beck und Höffe formuliert Dahrendorf ein Plädoyer für globale Vielfalt und die Anerkennung der Differenz, das er zudem auf den ökonomischen Bereich ausweitet, indem er an einigen Stellen auf die mögliche

<sup>1372</sup> Dahrendorf (2003a), S. 124.

<sup>1373</sup> Als Auswahl zu Marx, Kant und Popper vgl. insgesamt Dahrendorf (1991); Dahrendorf (1992c), S. 48 ff., S. 133, S. 261 und S. 282; Dahrendorf (1994a), S. 421, S. 424 f. und S. 434; Dahrendorf (1994b), S. 755; Dahrendorf (1995a), S. 32; Dahrendorf (1995b), S. 15 und S. 17 sowie Dahrendorf (2003a), S. 19 und S. 36 f.

<sup>1374</sup> Vgl. Waschkuhn (1998), S. 268. Er macht die Einschränkung der „phasenweisen“ Zuordnung.

<sup>1375</sup> Vgl. Maus (2001), S. 321.

<sup>1376</sup> Vgl. Dahrendorf (1999a), S. 104 sowie Dahrendorf (2001c), S. 40 ff.

<sup>1377</sup> Als Auswahl zu Beck, Etzioni, Giddens, Habermas und Rifkin vgl. Dahrendorf (1991), S. 174; Dahrendorf (1995a), S. 29 und S. 33; Dahrendorf (1996), S. 1070 f.; Dahrendorf (2000a), S. 1060 ff. sowie Dahrendorf (2003a), S. 8 und S. 2 ff.

Parallelität mehrerer Kapitalismen hinweist.<sup>1378</sup> Heterogenität ist für Dahrendorf zudem ein unabdingbarer Bestandteil jedes Staates, weil diese mit Toleranz und Freiheit verbunden ist. Hier liegt ein Unterschied zu den Positionen der ersten Diskursphase, in der die Homogenität im Vordergrund steht.<sup>1379</sup> Dahrendorf formuliert, Hoffnung und Skepsis seiner Texte gleichermaßen gerecht werdend: „Gegenwärtig geht es eher (...) darum, die noch vorhandenen Reste der alten Weltordnung zu verteidigen, als von einer neuen Ordnung zu träumen. Doch ist das Projekt zu wichtig, um aufgegeben zu werden. Es ist vielleicht das wichtigste Projekt der Menschheit überhaupt.“<sup>1380</sup>

### 3.10 Weltbürgergesellschaft? Zusammenfassung und Wertung

Bei Dettling, Beck und Dahrendorf und den Konzepten zur Bürgergesellschaft ist der Übergang vom Motiv Gesellschaft zu dem des Nationalstaates bzw. die Mischung beider Motive zu beobachten. Ist Dettlings Konzept noch auf das Motiv der Arbeitsgesellschaft fokussiert und mit einem partikularen Ansatz versehen, erfolgt bei Beck der Wechsel zum Motiv Nationalstaat und einem universalen Ansatz, das Motiv Gesellschaft kommt nur implizit vor (ähnlich wie bei Dettling das Motiv Nationalstaat). Obwohl er die Vision einer Weltbürgergesellschaft entwickelt, stehen politisches Handeln und politische Steuerung im Zentrum des Konzeptes. Dettling und Beck treffen sich in der funktionalen Perspektive auf das Motiv und formulieren beide aufgrund der starken Chancenbetonung Aufbruch-Paradigmen, wobei Beck dieses stärker herausarbeitet, damit aber auch abstrakter formuliert als Dettling. Dettling bleibt an den Verhältnissen im deutschen Sozialstaat und dessen Möglichkeiten orientiert. Dahrendorf hingegen bezieht beide Motive ein, fokussiert seinen Ansatz auf die aktive Bürgergesellschaft und wählt im Gegensatz zu den beiden anderen Autoren sowohl die funktionale (aktives Handeln) als auch die qualitative (normative Ausgestaltung der Institutionen und der Demokratie) Perspektive. Beschäftigt sich Dahrendorf mit der Bürgergesellschaft und den dazu notwendigen institutionellen Erfordernissen, wirkt seine Argumentation konkret und am Möglichen orientiert. Blickt er jedoch auf die Entwicklungspotentiale einer kosmopolitischen Ethik und Demokratie, werden die Argumente abstrakter und die Skepsis dominiert. Aufgrund seiner skeptischen Beurteilung der künftigen Entwicklungen formuliert er insgesamt kein Paradigma. In der in diesem Teilkapitel zu beobachtenden Verbindung von qualitativer Per-

<sup>1378</sup> Vgl. Dahrendorf (1998a), S. 53 sowie Dahrendorf (1998b), S. 67. Vgl. auch Bayer (1995), S. 508 und vgl. insgesamt Albert (1998a).

<sup>1379</sup> Vgl. Dahrendorf (1995b), S. 6.

<sup>1380</sup> So Dahrendorf bereits (1992b), S. 334. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dahrendorf (1998a), S. 53 sowie Dahrendorf (2003a), S. 131 ff. Zur Verteidigung der alten Weltordnung schreibt er im Jahr 2002: „Die Wiederentdeckung des Westens und seiner Institutionen und deren Verteidigung, koste es, was es wolle, ist heute der wichtigste Punkt auf der Agenda der Freiheit.“ Dahrendorf, Ralf (2002c), Allianz der Werte, *Süddeutsche Zeitung*, 01.08.02.

spektive/Skepsis und funktionaler Perspektive/Chance in den Konzepten wird die eingangs formulierte These dieser Analyse unterstützt. Als einziger der drei Autoren wählt Beck einen universalen, also übergreifenden Ansatz für sein Konzept der Weltbürgergesellschaft.

Weitere Gemeinsamkeiten in den Konzepten finden sich in den sich verstärkenden Rekursen auf die anderen, im Vorherigen analysierten Konzepte (Dritter Weg, Ende der Geschichte, Kampf der Kulturen usw.). Zu beobachten ist hierbei, dass alle drei Autoren, wollen sie konkrete Möglichkeiten aufzeigen, auf den Sozialstaat als Modell zurückgreifen. Die Ausblicke auf die globale Bürgergesellschaft und Demokratie hingegen zeichnen sich jeweils durch einen hohen Abstraktionsgrad und skizzenhaften Charakter aus. So erklärt sich zum einen, warum von Beck und Dahrendorf die EU als ein Entwicklungsschritt auf dem Weg zur kosmopolitischen Demokratie und Gesellschaft angesehen wird, denn auch hier kann zumindest in Teilen konkret argumentiert werden. Zum anderen erklärt sich aber auch die Fokussierung auf die lokale Ebene, wenn es um die Chancen von Demokratie und Bürgergesellschaft geht. Da für die globale Ebene eher Wünschenswertes formuliert werden kann, spiegelt sich die Sehnsucht nach Konkretion in der Kommune wider: „In gewisser Weise findet Bürgergesellschaft immer vor Ort statt. Eine Bürgergesellschaft hat etwas in einem wichtigen Sinne Lokales an sich: weil sie konkret ist, weil sie Menschen dort betrifft, wo sie leben, weil sie nicht von oben organisiert wird - und weil sie insofern darauf angewiesen ist, dass an dem Ort, in den Gemeinden, in der Menschen leben, Gemeinsames getan wird.“<sup>1381</sup> Hinzu kommt, dass alle drei Autoren die Forderung nach Experimenten für eine neue Politik und Gesellschaftsform erheben, die sie ebenfalls am ehesten auf der lokalen Ebene ansiedeln. Ihr zentrales Plädoyer für autonomes individuelles Handeln, Selbstorganisation und Partizipation lässt sich ebenfalls anschaulicher an der lokalen als an der globalen Ebene darstellen. Dennoch werden Teilhabe und Selbstorganisation, aber auch das Konzept der Bürgergesellschaft insgesamt von den drei Autoren unterschiedlich akzentuiert. Dettling formuliert explizit ein Konzept für die soziale Bürgergesellschaft und soziales Handeln. Der Ausbau und die Stärkung des Dritten Sektors stehen im Mittelpunkt und werden als Möglichkeit gesehen, die auf Vollerwerbstätigkeit konzentrierte Arbeitsgesellschaft zu überwinden. Gleichzeitig soll die Reaktivierung der Demokratie durch die Bürgergesellschaft die zunehmende Kluft zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wieder schließen helfen. Beck wiederum orientiert Bürgergesellschaft und Handeln dezidiert am Politischen, wobei die Bürgergesellschaft durch ihr politisches Handeln zum Fundament für die „Erfindung des Politischen“ unter den neuen Bedingungen wird. Dahrendorf schließlich wählt den Wert der Freiheit und damit das Normative als Ausgangspunkt für die Bürgergesellschaft. Um die Demokratie auch im Zeitalter der Globalisierung bewahren zu können,

---

<sup>1381</sup> Dahrendorf (2002b), S. 12.



muss sie durch das an universalen Werten und Rechten orientierte Handeln der Bürgergesellschaft immer wieder konstituiert werden. Die Bürgergesellschaft wird zur Klammer, um Wirtschaft und Politik zusammenzuhalten. Übereinstimmung gibt es in der Einschätzung, dass Toleranz und die Anerkennung von Differenz und Heterogenität zentrale Bausteine einer kosmopolitischen Ethik sein müssen, die auf den Menschenrechten basiert. Dem Nationalstaat als politischem Steuerungsinstrument messen zwar alle drei eine große Bedeutung bei, indem sie darauf verweisen, dass er momentan noch der einzige Ort für die demokratische Praxis ist, seine Funktion innerhalb einer kosmopolitischen und transnationalen Demokratie konkretisieren sie allerdings nicht. Dies nehmen dann die Autoren der nächsten Abschnitte vor. Erwähnt als Zukunftsaufgabe wird neben globalen Managementfunktionen lediglich seine Unterstützungsfunktion für Aktivitäten in den Kommunen und die sozialen sub- wie transnationalen Bürgerbewegungen. Dieser Aspekt spielt, wie bereits erwähnt, in der vierten Diskursphase eine Rolle. Da alle drei Autoren darin übereinstimmen, dass die Globalisierung und ihre Folgen sich vor allem durch eine neue Dynamik, ausgelöst und verstärkt durch Technologien und Grenzüberschreitungen, auszeichnen, formulieren sie übereinstimmend Plädoyers an die Politik, politische Tabus zu brechen und auf den Wandel zu reagieren. So thematisieren sie zwar den Diskurs als Instrument zur Aktivierung der Politik, diskutieren ihn aber im Gegensatz zu den Autoren der zweiten Diskursphase nicht explizit als ein demokratietheoretisches Element. Ihr Ziel ist jeweils, eine öffentliche Debatte über die (Welt)Bürgergesellschaft anzuregen, die Bedeutung einer Debatte für die Demokratie an sich ist allerdings nur zwischen den Zeilen zu lesen. Obwohl die drei Konzepte zur Bürgergesellschaft also unterschiedliche Ausgangspunkte und Intentionen (sozial, politisch, normativ) haben, überwiegen die Übereinstimmungen, die sich in dem Appell an Politik und Gesellschaft zur aktiven Teilhabe und autonomen Handeln wiederfinden.

### 3.11 Die Zukunft der Demokratie

Bereits Dahrendorf stellt fest, dass im deutschen Diskurs um die Bürgergesellschaft eine „ausserordentliche Stellung des Politischen“ zu beobachten ist, zum einen nämlich in dem Konzept von Beck, zum anderen aber auch in der Theorie von Habermas. Für Dahrendorf kennzeichnet dieser Umstand eine „deutsche Hoffnung“.<sup>1382</sup> Dass Jürgen Habermas mit der postnationalen Konstellation allerdings über das Konzept der Bürgergesellschaft hinausweist, soll im Folgenden dargelegt werden. Im Mittelpunkt des Teilkapitels steht neben dem Konzept von Habermas der Entwurf von Michael Zürn, den dieser als „Projekt komplexes Weltregieren“ bezeichnet. Das dezidiert Politische in diesem Teil-

---

<sup>1382</sup> Vgl. Dahrendorf (2003a), S. 77.

kapitel entsteht durch die Konzentration der Autoren auf Strukturen, Mechanismen und Verfahren der politischen Steuerung, wobei beide Autoren Ideen zu entwickeln suchen, wie diese jenseits des Nationalstaates möglich werden kann. Ihre Konzepte können übereinstimmend als Modelle der Mehrebenenpolitik bezeichnet werden, mit denen sie die Grundlage für die sogenannten Global Governance-Konzepte legen, die in der vierten Diskursphase zentral sind. Bei beiden Autoren treten somit die Strukturen und damit die funktionale Perspektive in den Vordergrund, die hauptsächlich auf den Nationalstaat als Akteur in der globalen Politikarena bezogen ist. Gesellschaft und auch Wertefragen kommen lediglich in Ableitung davon vor. Bei Habermas und Zürn sind folgende Themenbausteine herauszukristallisieren: Grundlegend ist für beide übereinstimmend ihre Definition des demokratischen Prozesses als Meinungs- und Willensbildungsprozess, der verbunden ist mit der Notwendigkeit der Begründung, Rechtfertigung und Rückkoppelung politischer Entscheidungen an die Betroffenen. Die kommunikativ konstituierte Öffentlichkeit ist die Grundbedingung für Demokratie und Identität. Da beide davon ausgehen, dass die aktuellen Demokratie- und Legitimationsdefizite entstehen, weil der Raum politischer Steuerungsmöglichkeiten mit der Reichweite sozialer Handlungszusammenhänge nicht mehr kongruent ist, stellen sie folgende Fragen: Kann die national- und vor allem sozialstaatlich fundierte Solidarität zu einer weltbürgerlichen Solidarität erweitert werden? Können Instrumente und Mechanismen der politischen Steuerung entwickelt werden, die den sozialen Handlungszusammenhängen nachwachsen und dabei gleichzeitig durch Einbeziehung der Betroffenen legitimiert werden können? Und: Wer kann Träger eines solchen Prozesses sein? Aus der Analyse des Rollen- und Funktionswandels des Nationalstaates entsteht bei Habermas und Zürn das Mehrebenenmodell. Hier spielen das Souveränitätsverständnis sowie das Verhältnis von staatlicher Souveränität und individuellen Menschenrechten eine Rolle. Hinzu kommt die von beiden konstatierte Auflösung zwischen Innen- und Außenpolitik und deren Verschmelzung zur Weltinnenpolitik. Im Zusammenhang des Mehrebenenmodells kommen dann auf der einen Seite die Steuerungsmechanismen in den Blick, die grundsätzlich auf Konsens, Verhandlung und Kooperation ausgerichtet sind, sowie auf der anderen Seite die künftigen Akteure wie NGOs, zivile Akteure und internationale Institutionen. Als ein Akteur wird von Habermas und Zürn gleichermaßen die EU eingestuft, deren Möglichkeiten im globalen Kontext erörtert werden. Schließlich treffen sich die Autoren in der Reflexion des Verhältnisses von Ethnos und Demos, in dessen Folge Werte, Normen und Traditionen eine Rolle spielen, die als diskursiv begründbar, reflexiv und damit veränderbar angesehen werden. Als Gefahren werden Protektionismus und Fragmentierung thematisiert.

### 3.12 Jürgen Habermas - Kommunikatives Handeln in der Weltgesellschaft

„Die sozialen Folgeprobleme der entgrenzten Ökonomie sind geeignet, das Vertrauen in die demokratische Politik überhaupt zu untergraben.“<sup>1383</sup> Mit diesem Zitat verbindet Scharpf die Krisenanalyse des Sozialstaates mit den Fragen zur Zukunft der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, wie es auch Jürgen Habermas in seiner Theorie und seinen Konzepten vollzieht. In diesem Teilkapitel stehen die Veröffentlichungen „Die Einbeziehung des Anderen“ und „Die postnationale Konstellation“ von 1997 und 1998 im Mittelpunkt, wobei alle weiteren Texte hierzu in Beziehung gesetzt werden. Zusätzlich muss aber auch ein kurzer - und daher nur bruchstückhafter - Rekurs auf die „Theorie des kommunikativen Handelns“ vorgenommen werden, da die Konzeptionen der 1990er Jahre und vor allem die Texte nach 2000 zu Teilen eine Weiterentwicklung, Modifizierung bzw. Zuspitzung der früheren Theorie sind.<sup>1384</sup> Mit Habermas ist neben Beck ein weiterer Kristallisationskern des Globalisierungsdiskurses genannt, da sich fast alle Autoren in ihren Konzepten auf die Theorie, aber auch die Programmatik von Habermas beziehen, sei es in Abgrenzung oder in Anlehnung. So kann Reese-Schäfer in der Einleitung zu seiner Interpretation von Habermas` Texten feststellen: „Habermas ist im Laufe der Jahre in die Rolle des repräsentativen Philosophen (...) hineingewachsen.“ Und weiter: „Hinter diesem politisch eingreifenden Habermas steht ein Soziologe und Philosoph, dessen Bücher in den Universitätsbuchhandlungen (...) auf den Präsentationstischen ausliegen und in den Seminaren behandelt werden.“<sup>1385</sup> Im Unterschied zu Beck, der als Anbieter eines Forums für neue Konzepte und damit als Multiplikator fungiert, was zur Folge hat, dass seine eigenen Konzeptionen manchmal in den Hintergrund treten, regt Habermas durch seine Texte zu unmittelbaren Reaktionen an. Die Stärke der Texte entsteht unter anderem daraus, dass Habermas früher als andere auf Problemlagen aufmerksam macht und daher auch früher über Lösungen nachdenkt. Ein Beispiel ist der Aufsatz zur Krise des Wohlfahrtsstaates von 1985, den Habermas erst 2003 in seiner Essaysammlung „Zeitdiagnosen“ wiederauflegt.<sup>1386</sup> Blendet man das Ent-

<sup>1383</sup> Scharpf (1998a), S. 152.

<sup>1384</sup> Hier kann in keiner Weise ein Anspruch auf Tiefe und Vollständigkeit erhoben werden, was der Fülle und Komplexität der in dieser Analyse gewählten Themenstellung geschuldet ist. Es können somit nur grobe Züge der Theorie aufgezeigt werden, außerdem folgt im Wesentlichen eine Beschränkung auf den zweiten Band. Allerdings würde diese Fragestellung insgesamt durchaus Stoff für eine eigene Arbeit bieten.

<sup>1385</sup> Reese-Schäfer, Walter (2001c), Jürgen Habermas, 3. Auflage, Frankfurt am Main, S. 9 f. Eine ähnliche Einschätzung, allerdings mit süffisanterem Unterton, findet sich in „Der Bundesphilosoph“, *Der Tagesspiegel*, 03.05.03. Vgl. auch die Erwiderung auf diesen Artikel von Julian Nida-Rümelin „Politik braucht Philosophie“, *Der Tagesspiegel*, 17.05.03. Vgl. zur öffentlichen Präsenz als Auswahl außerdem „Der Hüter der Moderne“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.11.96; „Der Kandidat in der theoretischen Prüfung“, *Berliner Zeitung*, 06.06.98; „Die Macht braucht kluge Ratschläge nicht“, *Die Welt*, 08.06.98; „Opposition macht dumm“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.06.98; „Der Philopolitiker“, *Die Zeit*, 25/98; „Antworten auf Jürgen Habermas“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.06.99 sowie „Der Philosoph in der Politik“, *Berliner Zeitung*, 18.06.99.

<sup>1386</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (2003c/1985), Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung der utopischen Energien, in: Habermas, Jürgen, *Zeitdiagnosen. Zwölf Essays 1980 - 2001*, Frankfurt am Main, S. 27 - 49.

stehungsjahr des Aufsatzes aus, liest er sich in Teilen geradezu wie eine Analyse der Diskussion um den Sozialstaat, wie sie seit 1998 zu beobachten ist. Ähnlich weitsichtig erscheint sein Unterfangen, die Theorie des kommunikativen Handelns zu einer deliberativen Demokratietheorie fortzuschreiben und diese auf die aktuellen Erfordernisse von Europäischer Union und Globalisierung abzugleichen.<sup>1387</sup> Eine Irritation entsteht jedoch aus der Veröffentlichungspraxis von Habermas, der einige Aufsätze bzw. einzelne Abschnitte daraus an mehreren Stellen publiziert - sowohl in den von ihm herausgegebenen Schriften als auch in anderen Publikationen. Daher kann es bei der Analyse zu Doppellungen bei den Quellenangaben kommen.<sup>1388</sup>

### 3.12.1 Theoretischer Hintergrund

Bei der Analyse der Texte seit 1990 kann also festgestellt werden, dass Habermas die Theorie des kommunikativen Handelns für die europäische und globale Ebene abgleicht, modifiziert und weiterentwickelt. Mit seinem Theorie-Modell der deliberativen Demokratie beabsichtigt er, das liberale mit dem republikanischen Demokratieverständnis und deren Definitionen des politischen Prozesses zu verschränken.<sup>1389</sup> Dabei schätzt Habermas das republikanische Verständnis als substantialistisch, weil auf vorpolitische und damit auf Traditionen, Werte und Normen zurückgehende Schicksalsgemeinschaft fokussiert, ein und bezeichnet es als normativ überladen.<sup>1390</sup> Als Beispiel gilt ihm hierbei der Kommunitarismus.<sup>1391</sup> Das liberale Konzept hingegen, das ebenfalls im Kommunitarismusstreit erneute Aufmerksamkeit erfährt, bezieht sich für ihn wiederum zu wenig auf Normen und Werte, vernachlässigt damit die

<sup>1387</sup> Vgl. hierzu nochmals das Urteil von Reese-Schäfer (2001c), S. 15: „Habermas` Denken lässt sich auch als Abfolge von großen Debatten verstehen (...).“

<sup>1388</sup> Vgl. hierzu (Langtitel wegen der Übersichtlichkeit im Folgenden bzw. in der Literaturliste): Habermas (1992) - in Teilen identisch mit (1997), S. 277 - 289; Habermas (1998b) - in Teilen identisch mit (1998a), S. 79 ff.; Habermas (1998c) - in Teilen identisch mit (1998a), S. 93 ff.; Habermas (1999) - weitgehend identisch mit (2000) und (2001d) sowie Habermas (2001b) - identisch mit (2001c) und (2003e). Als Kritik zu dieser Praxis vgl. „Blind für blaue Blumen. Jürgen Habermas sucht neue Gegner“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.10.98.

<sup>1389</sup> Vgl. Habermas Jürgen (1991), Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft, St. Gallen, S. 12 ff. und Habermas (1992), S. 16 f. In Bezug auf das republikanische und liberale Verständnis von Politik und Demokratie (und in Bezug auf die Kommunitarismusdebatte) definiert Habermas die Natur des politischen Prozesses so: Liberal - Der Kampf um die administrative Macht über den Staatsapparat erfolgt aufgrund politischer Konkurrenz von strategisch handelnden kollektiven Akteuren und folgt damit den Strukturen der Marktprozesse. Republikanisch - Der politische Prozess folgt den Strukturen der verständigungsorientierten öffentlichen Kommunikation nach Maßgabe der diskursiv gebildeten Mehrheitsmeinung, so dass der Markt durch das Gespräch ersetzt wird. Die stärkere Affinität Habermas` zum republikanischen Verständnis scheint hier angelegt. Vgl. zusätzlich Reese-Schäfer (2001c), S. 103 und S. 107. Zweifel am Funktionserfolg deliberativer Verfahren in der Praxis informaler Netzwerke äußert Benz. Vgl. Benz, Arthur (2001), Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 275 f. Ähnlich auch Offe, vgl. Offe, Claus (1996), Bewährungsproben - Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 157. Eine informative Auflistung zu möglichen Kritikpunkten an Habermas` deliberativem Demokratiemodell findet sich bei Brodocz/Schaal (1999), S. 82 ff., eine unterstützende Analyse hingegen bei Palazzo, Guido (2002), Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas, Baden-Baden.

<sup>1390</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1981), Theorie des kommunikativen Handelns; (Band 2) Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main, S. 235 ff. sowie Habermas (1997), S. 166 ff.

<sup>1391</sup> Vgl. hierzu auch Reese-Schäfer (2001c), S. 85.

Bindekraft der (kommunikativ hergestellten) Gemeinschaft und ist zu utilitaristisch ausgerichtet. Daher zielt Habermas auf die Verknüpfung der positiven Elemente beider Ansätze ab.<sup>1392</sup> Eine Demokratietheorie muss für Habermas somit gleichzeitig Orientierungswissen liefern, aber auch offen für Veränderungen bleiben, um eine Ausgewogenheit zwischen Legitimität und Effizienz schaffen zu können. Ziel ist die normative Konzeptualisierung von Staat und Gesellschaft. Dafür sind nach Habermas` Theorie Institutionen notwendig, die das Verfahren des demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses organisieren, ohne bereits Inhalte vorzugeben. Die Inhalte sollen aus dem Prozess selbst hervorgehen, der für ihn eine „ideale Prozedur für Beratung und Beschlußfassung“ ist, um zu vernünftigen und fairen Ergebnissen zu kommen.<sup>1393</sup> Für diese Konzeption bilden eine starke politische Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft, die aus der Lebenswelt hervorgehen, das Fundament. Habermas geht bei seinem „provisorischen Gesellschaftskonzept“ von der funktionalen Differenzierung des gesellschaftlichen Systems in drei Teile aus, nämlich in die Subsysteme Staat und Markt sowie in die Lebenswelt.<sup>1394</sup> Die Lebenswelt mit ihren „eigensinnigen Strukturen“ ist als Gegenpol zu den Systemen Staat und Markt konzipiert und besteht aus der Gesamtheit der gesellschaftlichen Kommunikation.<sup>1395</sup> Das Handeln der Individuen in der Gesellschaft erfolgt innerhalb der Lebenswelt. Staat und Markt als administrative und ökonomische Systeme haben Eigenlogiken ohne normative Abhängig-

---

<sup>1392</sup> Vgl. Habermas (1992), S. 18 ff. Habermas will die Verknüpfung der positiven Elemente beider Ansätze, nämlich die Selbstorganisation der Gesellschaft durch die kommunikativ vereinigten Bürger, aber ohne den demokratischen Prozess von Tugenden und ethischen Selbstverständnis abhängig zu machen. Da hinter politisch relevanten Zielen durchaus Interessen und Wertorientierungen stehen, die für die Identität des Gemeinwesens *nicht* konstitutiv sind, muss es seiner Annahme nach Verfahren geben, wie diese sich außerhalb eines ethischen Diskurses in Form von Kompromissbildung zum Konsens bringen lassen. Für diese Verhandlungsorientierung wird die Kompromissfähig- und -willigkeit zur Voraussetzung. Habermas verweist darauf, dass diese Kompromissbildung nicht mehr in Formen eines herrschaftsfreien Diskurses erfolgen kann, aber gleichwohl in Einklang mit moralischen Grundsätzen stehen muss, die über eine konkrete Rechtsgemeinschaft hinaus Geltung haben. Die Diskurstheorie verbindet mit dem demokratischen Prozess eine stärker normative Konnotation als die liberale, aber eine schwächere als das republikanische Modell. Zentral ist der politische Meinungs- und Willensbildungsprozess (republikanisch), ohne dass die rechtsstaatliche Verfassung sekundär wird. Damit wird also die Realisierung einer deliberativen Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig gemacht, sondern von der Institutionalisierung des entsprechenden Verfahrens. Vgl. auch Habermas (1992), S. 22.

<sup>1393</sup> Vgl. Habermas (1992), S. 19 f.

<sup>1394</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 229 f. Vgl. hierzu auch Reese-Schäfer (2001c), S. 104 f. In seinem Aufsatz von 1985 (2003c) beruft sich Habermas bei der Dreiteilung in Staat, Markt und Lebenswelt auf ein Modell von Offe, der drei Arenen unterscheidet: die des Staatsapparates, die der kollektiven und anonymen Akteure und die der politischen und kulturellen Kommunikationsströme. Vgl. Habermas (2003c), S. 45 f. In seinen späteren Aufsätzen weist Offe dann allerdings immer wieder darauf hin (auch in Bezug auf die europäische Identität), dass der dritte Teil in Form der Gemeinschaft als sozialer Ordnung vor allem deshalb zusammenhält, weil er als „Kitt“ menschliche Leidenschaften (Liebe, Ehre oder pflichtbewusste Zuwendung) habe. Vgl. Offe (1999a), S. 96 f. und S. 106 und Offe, Claus (2000), Staat, Markt und Gemeinschaft - Gestaltungsoptionen im Spannungsfeld dreier politischer Ordnungsprinzipien, in: Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.), Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, Bern/Stuttgart/Wien, S. 113 ff. und S. 124 ff. An den sich hier manifestierenden Definitions- und Perspektivdivergenzen in Bezug auf Gemeinschaft/Gesellschaft zwischen Habermas und Offe wird erklärlich, warum sich Habermas nach 1985 immer wieder von Offes Definition der Gemeinschaft abgrenzt.

<sup>1395</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 229 f.; Habermas (1992), S. 23 und Habermas, Jürgen (1994), Individuierung durch Vergesellschaftung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main, S. 440 ff.

keiten, weshalb innerhalb dieser auch keine macht- oder nutzenfreie Kommunikation möglich ist. Ihre Medien sind Macht (Staat) und Geld (Markt).<sup>1396</sup>

Da aufgrund der Modernisierungsprozesse - heute der reflexiven Modernisierung im Sinne Becks, Giddens` und Lashs - kein Rückgriff auf die vorpolitische ethnische Schicksalsgemeinschaft und deren Traditionen, Werte und Normen mehr möglich ist, müssen das kulturelle Wissen und die Übereinstimmungen kommunikativ erzeugt und reflexiv rückversichert werden.<sup>1397</sup> Traditionen, Werte und Normen können diskursiv verhandelt und konsensual definiert werden. Dies bezeichnet Habermas als verständigungsorientiertes Handeln. Auch individuelle und kollektive Identitäten entstehen durch kommunikative Handlungen, woraus soziale Integration und Vergesellschaftung hervorgehen.<sup>1398</sup> Dabei sollen die demokratischen Werte zu kulturellem Wissen werden und sich im Handeln ausdrücken. In der Lebenswelt und damit durch Kommunikation entsteht Solidarität als drittes Medium neben Macht und Geld. Weil der bloße Rückgriff auf Traditionen, Werte und Normen nicht mehr möglich ist, wird die Kommunikation zur einzig verbleibenden Grundlage für die Solidarität. Die Kommunikation ist hierbei von Habermas als manipulations- und herrschaftsfrei, dafür aber konsensual und kooperativ gedacht. So muss auch die kollektive Identität in den Meinungs- und Willensbildungsprozess eingebettet sein, um sich sprachlich vergesellschaften zu können.<sup>1399</sup> „Die Gesellschaft stellt sich aus der Binnenperspektive der Lebenswelt als Netz kommunikativ vermittelter Kooperationen dar.“<sup>1400</sup> Habermas verbindet also seine Definition der Systeme Staat und Markt sowie der Lebenswelt mit dem politischen demokratischen Prozess mit dem Ziel, das kommunikative Handeln der Lebenswelt auf das administrative sowie ökonomische System zu übertragen. Er geht von der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ durch Macht und Geld aus, die den Bürger zum Klienten und Konsumenten macht, so dass die daraus erfolgende systemische Integration die soziale Integration (Solidarität) immer mehr verdrängt.<sup>1401</sup> Dies führt laut Habermas zu „pathologischen Nebeneffekten“ in der Lebenswelt.<sup>1402</sup> In diesem Prozess wird die Lebenswelt durch Ökonomisierung und Bürokratisierung gefährdet, weshalb Habermas für eine Stärkung von Zivilgesellschaft und Solidarität plädiert.<sup>1403</sup> Eine emanzipatorische Kraft

<sup>1396</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 230 und S. 255 ff.

<sup>1397</sup> Vgl. Habermas (1994), S. 443.

<sup>1398</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 211. Mit Blick auf die Konzepte zur Individualität bei Albrow, Beck und Giddens zeigt sich, dass diese Konzepte hier ihre Grundlage haben.

<sup>1399</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 230.

<sup>1400</sup> Habermas (1981)/2, S. 223.

<sup>1401</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 514 ff., S. 523 und S. 539.

<sup>1402</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 523, S. 534 ff. und S. 566 ff.

<sup>1403</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 531 ff. sowie Habermas (1992), S. 23. In den Texten nach 1990 wird die Ökonomisierung im Kontext der Globalisierung dann zur wirtschaftlichen Globalisierung und die Bürokratisierung zur sozialstaatlichen Lähmung der Autonomie. Die Aufwertung der Zivilgesellschaft/Lebenswelt ermöglicht die Aufwertung der Solidarität als Integrationskraft. Solidarität schöpft sich nicht mehr alleine aus den Quellen des kommunikativen Handelns, sondern aus einer breit gefächerten autonomen politischen Öffentlichkeit, die sich neben Geld und Macht behaupten kann.

kann nur durch individuelles Aufbegehren, das sich intersubjektiv zu einem kollektiven Aufbegehren verbindet, entstehen, das aus dem kommunikativen Handeln der politischen Öffentlichkeit und der Akteure der Zivilgesellschaft hervorgeht. Ziel ist also die Zähmung von Macht und Geld durch den lebensweltlich fundierten Kommunikationsprozess. Indem der Meinungs- und Willensbildungsprozess Probleme der Lebenswelt aufnimmt, artikuliert und mittels des Rechts an Staat und Markt vermittelt (Input), werden die Systeme Staat und Markt an die Lebenswelt rückgekoppelt und normativ umrahmt.<sup>1404</sup> Legitimität entsteht hierbei durch den Begründungs- und Rechtfertigungsdruck der politischen Entscheidungen gegenüber der politischen Öffentlichkeit (Lebenswelt), also dem Prozess der Deliberation. Nicht mehr Traditionen, Werte und Normen sind die alleinige Basis für Legitimation, sondern der institutionalisierte Meinungs- und Willensbildungsprozess. Entscheidend dabei ist, dass die erzielten politischen Entscheidungen wiederum argumentativ an die Lebenswelt vermittelt werden und dort Anerkennung finden, damit Legitimität hergestellt wird.<sup>1405</sup> Habermas hebt im Gegensatz zu anderen Demokratiemodellen die Inputorientierung hervor, was in seiner Kritik an der sozialstaatlich verursachten Lähmung der individuellen und kollektiven Autonomie durch Absicherung sowie die damit verbundene ausufernde Bürokratisierung begründet liegt.<sup>1406</sup> Das Individuum ist in seinem Konzept weder rein moralischer noch rein utilitaristischer Akteur, sondern autonom und reflexiv. Das Individuum muss dieser Konzeption nach als selbsttätiges Subjekt seine Individuierung als „Selbstrealisierung“ und damit Eigenleistung erbringen, wobei sich dies in einem sprachlich vermittelten Prozess mit sich selbst und den anderen vollzieht (Vergesellschaftung).<sup>1407</sup> Aufgrund der reflexiven Modernisierung (Beck/Giddens/Lash) wird das Individuum mit „vervielfältigten Rollenmöglichkeiten der multiplizierten Wahlmöglichkeiten“ konfrontiert, die aber wiederum in die vorgegebenen Systembedingungen von Staat und Markt eingeordnet sind.<sup>1408</sup> Der emanzipatorische Impetus in Habermas` Konzept liegt demnach in der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Solidarität sowie der daraus folgenden Bändigung und normativen Rückbindung von Staat und Markt.<sup>1409</sup> Da der Theorie von Habermas immer auch eine politische Programmatik inne wohnt, verwundert es nicht, wenn er in seiner Rolle als öffentlicher Intellektueller fordert, dass diese die Aufgabe wahrnehmen müssen, Diskussionsprozesse anzuregen und Konzepte zu entwerfen, um mit ihren Zeitdiagnosen die breite Öffentlichkeit zu alarmieren. Gleichzeitig stellt er aber auch fest, dass nur noch

<sup>1404</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 578 ff. sowie Habermas (1992), S. 45 ff.

<sup>1405</sup> Vgl. Habermas (1981)/2, S. 279 ff.

<sup>1406</sup> Vgl. Habermas (1992), S. 45 f.

<sup>1407</sup> Vgl. Habermas (1994), S. 440.

<sup>1408</sup> Vgl. Habermas (1994), S. 443. Zur notwendigen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit sowie der Überforderung des Individuums durch zuviel Freiheiten und Wahlmöglichkeiten vgl. im Sinne (auch von Sennett) auch Bauman, Zygmunt (1999a), Freiheit und Sicherheit. Die unvollendete Geschichte einer stürmischen Beziehung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 25 ff. sowie Bauman (1997), S. 324.

<sup>1409</sup> Vgl. Habermas (2003c/1985), S. 44 ff.

wenige dazu bereit sind.<sup>1410</sup> Mit Blick auf die Globalisierungsprozesse fehlten nicht die Diagnosen, sondern die Perspektive auf eine transnationale Weltinnenpolitik.<sup>1411</sup> Diese Kritik an den Intellektuellen überträgt er gleichermaßen auf die Politik, die sich seiner Ansicht nach in einem diffusen und lähmenden kulturellen Klima bewege, in dem „auch nicht ... ein paar Muntermacher, die an den Schnittstellen von pausbäckigem Neoliberalismus und verbleichender Postmoderne ihre Späße treiben“, etwas ändern können.<sup>1412</sup>

### 3.12.2 Sozialstaat als Integrationsmodell

Für Habermas bleibt, wie auch für Beck und Dahrendorf, der Nationalstaat noch auf längere Sicht der wichtigste politische Akteur. Diese Einschätzung erläutert Habermas in vielen seiner Texte anhand eines Rekurses auf die Entwicklungsstufen des Nationalstaates, des Nationenbegriffs und deren Integrationsleistungen. Ein Verdienst liegt etwa in dessen Legitimationsmodus, der zugleich eine neue abstraktere Form der sozialen Integration, die Bändigung des Kapitalismus und ein reflexives Selbsteinwirken der Gesellschaft ermöglicht habe.<sup>1413</sup> Der Nationalstaat konnte somit in einer ersten Stufe die politische Integration der Bürger in eine großräumige Gesellschaft leisten, der Sozialstaat als nächste Stufe dann die soziale Integration. Die Bürger erkannten in diesem Prozess, dass die Verwirklichung der Grundrechte wichtiger ist als eine „imaginierte Nation der Volksgenossen“.<sup>1414</sup> Im Sozialstaat erfolgt die Integration über die sozialstaatlichen Transferleistungen und Subventionen, die auf Grundlage von Steuererhebungen möglich sind. Der „regulatorische Staat“ kann somit Einfluss auf die Bedingungen von Produktion und Distribution nehmen, so dass der Schlüssel des sozialstaatlichen Erfolges in der Verknüpfung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Sicherheit und damit in der friedlichen Koexistenz von Kapitalismus und Demokratie liegt (bzw. lag).<sup>1415</sup> So sieht Habermas im Sozialstaat eine historische Konstellation, in der zum ersten Mal das republikanische Versprechen der gleichberechtigten Inklusion aller Bürger verwirklicht und eine weitgehend funktionierende Flächendemokratie mit der „politische(n) Zähmung eines global entfesselten Kapitalismus“ verbunden wurde.<sup>1416</sup> Die Kehrseite

<sup>1410</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1998b), Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 79.

<sup>1411</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1998c), Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 43, Heft 7, S. 817. Die hier vorgenommene Analyse wird zeigen, dass Habermas Einschätzung keine Gültigkeit mehr hat.

<sup>1412</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1998d), Es gibt doch Alternativen! Jürgen Habermas antwortet auf Fragen nach den Chancen von Rot-Grün, der Ära Kohl und der Zukunft des Nationalstaates, *Die Zeit*, 42/98.

<sup>1413</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 84 f. und S. 94 ff. Zur Nation als politisches Gemeinwesen vgl. Habermas (1997), S.131 ff. Zu den Stufen vom Verwaltungs-, Steuer-, National- zum Sozialstaat vgl. Habermas (1998b), S. 73 sowie (1998c), S. 807, und S. 97 ff. Zu den Entwicklungsstufen des Staates als Abstraktionsschübe vgl. zudem Habermas (1998c), S. 816.

<sup>1414</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 128 f. und S. 144; vgl. Habermas (1998a), S. 101 ff. und Habermas (1998c), S. 808 f.

<sup>1415</sup> Vgl. in Anlehnung an Dahrendorfs „Quadratur des Kreises“ vgl. Habermas (1998a), S. 80 und Habermas (1998b), S. 67.

<sup>1416</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1999), Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, Heft 4, S. 425 f. sowie Habermas (1998c), S. 805.



besteht für ihn allerdings in der Deaktivierung der Eigeninitiative der Bürger und der Versorgungsmentalität, die, wie erwähnt, die Bürger zu Klienten und Konsumenten der sozialstaatlichen Leistungen macht, eine Einschätzung, die bereits in ähnlicher Form bei Beck, Dahrendorf, Dettling, Giddens, Gorz und Sennett zu finden war.

### **3.12.3 Krise des Sozialstaates: Inkongruenz von politischer Steuerung und ökonomischen Entwicklungen**

Heute ist nun im Kontext der Globalisierung, so die Diagnose Habermas` und vieler anderer, eine Trendwende zu beobachten, weil sich die globalisierte Wirtschaft der politischen Steuerung des Nationalstaates immer mehr entzieht. Der im Nationalstaat in Form der Volkswirtschaft gezähmte Kapitalismus dehnt sich über dessen Grenzen aus, wobei eine wachsende Interaktionsdichte des internationalen Handels, neue Informations- und Kommunikationstechnologien, globaler Handel mit Dienstleistungen, die globale Vernetzung der Finanzmärkte, die Kurzfristigkeit der Investitionen, beschleunigte Kapitalströme sowie die zunehmenden Direktinvestitionen in andere Länder Ursachen für die Grenzüberschreitungen sind.<sup>1417</sup> Daher definiert Habermas die Globalisierung auch als eine Anzahl divergierender und offener Prozesse, die sich durch Grenzüberschreitungen, deren Verdichtung und ihre Dynamik auszeichnen.<sup>1418</sup> Heute sei, so Habermas weiter, die Weltwirtschaft kein internationales Austauschsystem mehr, in dem die Nationalstaaten die wichtigsten Akteure und gegenseitige Bezugsgrößen seien, sondern sie müssten sich das Feld mit transnationalen Unternehmen, internationalen Regimen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und anderen Akteuren teilen, die Habermas` positiver Einschätzung nach zwar einige der durch den Autonomieverlust der Staaten entstandenen Effizienzlücken schließen können, dabei aber gleichzeitig Legitimitätslücken aufreißen.<sup>1419</sup> Eine Folgeerscheinung ist die Inkongruenz zwischen den nationalstaatlich fundierten demokratischen (ökonomischen) Entscheidungen und den davon Betroffenen, eine Problematik die im Folgenden bei Zürn eine große Rolle spielt.<sup>1420</sup> Um den Erfordernissen der internationalen Standort-sicherung und Wettbewerbsfähigkeit nachzukommen, würden nun wirtschaftliche Investitionen vermindert, die Rationalisierung der Arbeitswelt vorange-trieben und Arbeitsplätze abgebaut, so dass letztendlich der Staat als „Steuer-staat“ die Zugriffsmöglichkeit auf Geldvermögen in Wirtschaft und Gesellschaft verliert und das nationale Steueraufkommen schrumpft - eine Analyse, die mittlerweile die politische Diskussion beherrscht.<sup>1421</sup> Diese Verdrängung der

---

<sup>1417</sup> Vgl. Habermas (1998b), S.70.

<sup>1418</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 145 und Habermas (1998c), S. 806.

<sup>1419</sup> Vgl. Habermas (1998b), S. 71 und Habermas (1998c), S. 808. Diese Analyse trifft sich u.a. mit denen von Beck und Dahrendorf.

<sup>1420</sup> Vgl. bereits Habermas (1991), S. 19. Außerdem Habermas (1997), S. 141; Habermas (1998a), S. 108 ff. sowie Habermas (1999), S. 427 f.

<sup>1421</sup> Vgl. Habermas (1998c), S. 807.

Politik durch den Markt und der Entzug von Kapital, Steuern und Investitionen hat zur Konsequenz, dass (sozial)staatliche Leistungen verringert werden, gleichzeitig aber mehr Bedürftige diese in Anspruch nehmen müssen. Dem Staat bleiben somit kaum Optionen, um politisch und sozial unerwünschte Nebenfolgen abzufedern, um auf diesem Weg seine Legitimationsgrundlage zu erhalten und zunehmende politische Abstinenz der Bürger zu vermeiden.<sup>1422</sup> Für Habermas besteht eine Gefahr gerade in der Desolidarisierung der Gesellschaft, die mit hohen sozialen Kosten in Form von Ungleichheit (auch zwischen den Staaten),<sup>1423</sup> Armut, Exklusion sowie in deren Folge mit Migration verbunden ist. So könne es zu einer Zerstörung der liberalen politischen Kultur kommen. Diese Befürchtung sieht beispielsweise Forrester in Form der Jugendaufstände in Frankreich längst erfüllt.<sup>1424</sup> Zur Steuerung und Abfederung dieser Defizite fehlten allerdings bislang auf anderer Ebene entsprechende Äquivalente.<sup>1425</sup> So verweist Habermas seit den 1980er Jahren immer wieder auf die Krise des Sozialstaates und kritisiert mit Blick auf die Politik in den 1990er Jahren, dass es in allen politischen Lagern zu Strategien der „Abbau-Politiken“ komme, weil die Standortkonkurrenz in den Vordergrund gerückt und damit suggeriert werde, dass die Lage nur durch staatliche politische Selbstbeschränkung stabilisiert werden könne.<sup>1426</sup> Und dies, obwohl, wie bereits Beck und Dahrendorf kritisiert haben, die sozialen Folgen alleine von den Nationalstaaten zu schultern sind.<sup>1427</sup> Für Habermas bedeutet dies die „muntere Abdankung der Politik“. Die zu beobachtenden Reaktionen der Politik, die laut Habermas auf der einen Seite Protektionismus und der Forderung nach Rückkehr zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, auf der anderen Seite in einer Strategie der „vorausseilenden, intelligenten und schonenden Anpassung“ an den globalen Wettbewerb bestehen, hält er für Strategien ohne Erfolgsaussichten.<sup>1428</sup> So wundert es nicht, dass er explizit die Politik von Blair und Clinton als „programmatische Entleerung“ einschätzt, denn weder das „Einigeln“ noch

<sup>1422</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 82. Eine etwas andere Einschätzung findet sich bei Scharpf, der auch unter den Bedingungen der Globalisierung davon ausgeht, dass nationalstaatliche Steuerung der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik möglich und in einem bestimmten Rahmen effektiv bleibt. Vgl. Scharpf, Fritz W. (1997a), Globalisierung als Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik, Köln, besonders S. 26 ff.

<sup>1423</sup> Habermas konstatiert, dass es wegen der asymmetrischen Interdependenzen zwischen entwickelten, neu industrialisierten und unterentwickelten Ländern in einer „artifizierten Weltgesellschaft“ unversöhnliche Interessensgegensätze gibt, die solange Bestand haben, wie noch keine institutionalisierten Verfahren transnationaler Willensbildung existieren, die die global handlungsfähigen Akteure in eine Global Governance-Architektur integriert. Vgl. Habermas (1998a), S. 87. Zur immer wieder thematisierten Aufspaltung in Gewinner und Verlierer vgl. auch Habermas, Jürgen (2003e), Braucht Europa eine Verfassung?, in: Habermas, Jürgen, Zeitdiagnose. Zwölf Essays 1980 - 2001, Frankfurt am Main, S. 229.

<sup>1424</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 80 f.; Habermas (1998b), S. 68 f. sowie Habermas (1998c), S. 804 ff. Auch Habermas verweist wie Dahrendorf in diesem Zusammenhang auf die moralische Erosion der Gemeinwesen. Vgl. hierzu ebenfalls Habermas (1997), S. 188.

<sup>1425</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 120 f. und Habermas (1998c), S. 811.

<sup>1426</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1995b), Aufgeklärte Ratlosigkeit. Warum die Politik ohne Perspektiven ist. Thesen zur Diskussion, *Frankfurter Rundschau*, 30.12.95; Habermas (1998a), S. 82 sowie Habermas (1998c), S. 805.

<sup>1427</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 147 f.

<sup>1428</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 83 und Habermas (1998b), S. 72.

die Selbstnegation helfen dem Staat.<sup>1429</sup> Sein Fazit lautet: „Wie man es dreht und wendet, die Globalisierung der Wirtschaft zerstört eine historische Konstellation, die den sozialstaatlichen Kompromiß vorübergehend ermöglicht hat.“<sup>1430</sup>

### 3.12.4 Theoretische Grundlagen der Programmatik im Kontext der Globalisierung

#### *Solidarität unter Fremden und Verfassungspatriotismus*

Wie bereits im Vorherigen dargelegt, entsteht in Habermas' Konzeption der politisch hergestellte Solidarzusammenhang unter Bürgern, die als Fremde füreinander eintreten, aufgrund eines voraussetzungsreichen Kommunikationszusammenhangs, dessen Kern die politische, in eine freiheitliche politische Kultur eingebettete und von einer Zivilgesellschaft getragene Öffentlichkeit ist. Dabei müssen gesellschaftlich relevante Erfahrungen aus den Lebensbereichen in den politischen Prozess eingebracht werden und in Form von Entscheidungen in die Gesellschaft zurückfließen können. Die politischen Parteien sollen dabei Vermittler zwischen der informellen öffentlichen Kommunikation und den institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozessen sein - eine Anregung, die in den Entwürfen zu Global Governance wieder auftaucht.<sup>1431</sup> Habermas formuliert dies so: „Ich sehe den Witz des Republikanismus darin, daß die Formen und Verfahren des Verfassungsstaates mit dem demokratischen Legitimationsmodus zugleich eine neue Ebene des sozialen Zusammenhalts erzeugen. Die demokratische Staatsbürgerschaft (...) stiftet eine vergleichsweise abstrakte (...) Solidarität unter Fremden; und diese zunächst mit dem Nationalstaat auftretende Form der sozialen Integration verwirklicht sich in Gestalt eines bis in die politische Sozialisation eingreifenden Kommunikationszusammenhangs.“<sup>1432</sup> Dabei weist er unter den Stichworten „Ethnos und Demos“ immer wieder darauf hin, dass es bei der Nation der Staatsbürger kein „vorgefundenes Substrat“, sondern einen „intersubjektiv

<sup>1429</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 148 f. und Habermas (1998a), S. 122 ff. In Bezug auf die Globalisierung unterscheidet Habermas hier vier politisch-strategische Ausrichtungen: Befürworter (Neoliberale Position); Gegner (Protektionistische Position); Vertreter des Dritten Weges mit einem defensiven Plädoyer (Betonung der nationalstaatlichen Kompetenzen) sowie Vertreter des Dritten Weges mit einem offensiven Plädoyer (Betonung des Wachstums der Politik). Defensiv bedeutet, dass die Unterordnung der Politik unter die ökonomischen nichtrevidierbaren Entwicklungen mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaftsbürger (Qualifizierung, Ich-Unternehmer, Hilfe zur Selbsthilfe) gefordert wird. Problematisch ist laut Habermas hierbei das Festhalten an der Vollerwerbsideologie mit der Maßgabe der Erwerbsarbeit als gesellschaftlicher Schlüsselgröße (Politik von Clinton, Blair, Schröder). Habermas bezeichnet dies als Strategie des Liberalismus mit Betonung der sozialen Gleichheit auf der Input-Seite und einer Reduzierung auf eine Chancengleichheit. Offensiv bedeutet, dass der Vorrang der Politik vor der Logik des Marktes durch ein Mehrebenensystem und transnationale Regime propagiert wird. Die EU wird zum Schrittmacher und Beispiel. Plädiert wird für eine Vision der Weltpolitik mit einer Anbindung an demokratische Legitimationsprozesse durch Rückbindung und Rechtfertigung. Nach dieser Beschreibung kann Habermas der vierten Position zugerechnet werden, ebenso im Folgenden Zürn und die Vertreter der Global Governance. Vgl. hierzu Habermas (1999), S. 429 ff.

<sup>1430</sup> Habermas (1998b), S. 73 - identisch Habermas (1998a), S. 83.

<sup>1431</sup> Vgl. insgesamt Habermas (1995b) und Habermas (1997), S. 190.

<sup>1432</sup> Habermas (1997), S. 189.

geteilten Kontext möglicher Verständigung“ gibt.<sup>1433</sup> Die Staatsbürgernation findet somit im Verfassungsstaat die Garantie, dass soziale Integration über politische Teilhabe in rechtlich abstrakter Form sowie über den Staatsbürgerstatus erfolgt.<sup>1434</sup> Der Verfassungsstaat ist Habermas' Idee nach eine vom Volk selbst gewollte und durch dessen freie Meinungs- und Willensbildung legitimierte Ordnung, die den Adressaten des Rechts erlaubt, zugleich dessen Autoren zu sein: „Das nationale Bewußtsein versorgt den in Formen des modernen Rechts konstituierten Flächenstaat mit dem kulturellen Substrat für eine staatsbürgerliche Solidarität.“ Das Ergebnis der Abstraktionschritte von der konkreten Gemeinschaft auf Grundlage persönlicher Bindungen (Ethnos) zu einer neuen Form der Solidarität ist der Verfassungspatriotismus.<sup>1435</sup> Diese Beschreibung dient, wie im Folgenden noch gezeigt wird, als Grundlage für Habermas' Optimismus in Bezug auf die Konstruktion einer über die Staatsnation hinausgehenden Unionsbürgerschaft in der EU, die Grundlage einer europaweiten Solidarität sein könnte.<sup>1436</sup> Bei einem Misslingen der Abstraktion besteht allerdings die Gefahr, dass es zur Abschottung in Form des Protektionismus mit Rückgriff auf ethnische oder nationalistische Begründungen kommt - Gefahren, auf die auch die anderen Autoren übereinstimmend hinweisen.

### **Selbstgesetzgebung**

Wie einleitend bereits angeklungen, beinhaltet für Habermas demokratische Selbstbestimmung den inklusiven Sinn, alle Bürger gleichmäßig in die Selbstgesetzgebung einzubeziehen, was impliziert, dass sich die politische Ordnung auch offenhält, Diskriminierte gleichzustellen und Marginalisierte einzubeziehen, ohne sie der Uniformität einer gleichgearteten kollektivistischen Volksgemeinschaft zu unterwerfen. Der Aspekt der bei Beck und Dahrendorf eingeforderten Differenz in Einheit klingt hier ein weiteres Mal an.<sup>1437</sup> Das Prinzip der Freiwilligkeit ist dabei zentral und die Zustimmung der Bürger implizit.<sup>1438</sup> Auch

<sup>1433</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 189. Im Zusammenhang mit der demokratischen Selbstbestimmung verweist Habermas darauf, dass das „substantialistische Verständnis“ sich auf die Abgrenzung nach außen (wie etwa bei Huntington) bezieht, das „prozeduralistische Verständnis“ hingegen auf die gleichmäßig garantierte private und öffentliche Autonomie innerhalb der Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen. Vgl. hierzu Habermas (1997), S. 166 ff.

<sup>1434</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 113 und S. 117 sowie Habermas (1998c), S. 809. Habermas verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wichtig ist, da der Staatsbürgerstatus auch einen Gebrauchswert haben, sich also in der Münze sozialer, ökologischer und kultureller Rechte auszahlen müsse. Vgl. Habermas (1997), S. 142 ff.; Habermas (1998a), S. 118 sowie Habermas (1998c), S. 809.

<sup>1435</sup> Vgl. hierzu auch Habermas, Jürgen (1990b), Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII, Frankfurt am Main, S. 207 ff.

<sup>1436</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 100 ff. und Habermas (1998c), S. 809 f. Zur Verteidigung des Verfassungspatriotismus als Grundlage der Staatsnation vgl. zudem Habermas, Jürgen (2003b), Europäische Identität und universalistisches Handeln. Nachfragen an Jürgen Habermas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 7, S. 804.

<sup>1437</sup> Zu diesem Aspekt vertritt Bauman eine differenzierte und pessimistisch konnotierte Sicht: „Das Zeitalter der Gleichheit ist (...) vor allem das Zeitalter eines *unfreiwilligen globalen Dialogs der Kulturen* in einem ganz alltäglichen Sinn und der dadurch ausgelösten tiefen Verunsicherung. Es bedeutet auch nicht das Ende der Differenz, sondern einen allgemeinen Kampf um ihre Anerkennung. Bauman (1997), S. 337.

<sup>1438</sup> Habermas schreibt, dass das „substantialistische Verständnis“ sich auf die Abgrenzung nach außen bezieht (vgl. Huntington), das „prozeduralistische Verständnis“ hingegen auf die gleichmäßig garantierte private und öffentliche Autonomie innerhalb der Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen. Dies bezeichnet Habermas als „kommuni-

der Aspekt der Freiwilligkeit durchzieht den Globalisierungsdiskurs wie ein roter Faden. Habermas bemerkt, dass der juristische Begriff der Selbstgesetzgebung um die politische Dimension der auf sich selbst einwirkenden Gesellschaft erweitert werden muss, weil die Idee der Selbstgesetzgebung bedeutet, dass sich die Adressaten der Gesetze gleichzeitig als deren Autoren verstehen.<sup>1439</sup> Die Selbsteinwirkung setzt allerdings ein „wohlbestimmtes Selbst“ als Bezugsgröße des Einwirkens voraus, so dass für Habermas eine Gesellschaft, die nur als Netzwerk von Interaktionen definiert wird, wie es beispielsweise Albrow, Giddens und Beck mit Blick auf die globale Gesellschaft tun, zu unspezifisch sei.<sup>1440</sup> Der Rahmen für die Selbstgesetzgebung ist der politische und öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozess, also die diskursive Verfassung der Öffentlichkeit, da diese zwischen informeller Meinungsbildung und den institutionalisierten Verfahren der Willensbildung als Scharnier dient.<sup>1441</sup> So kann mit Habermas der Kern seiner Programmatik formuliert werden: „In komplexen Gesellschaften bildet die in Prinzipien der Volkssouveränität und Menschenrechte begründete deliberative Meinungs- und Willensbildung der Bürger letztlich das Medium für eine abstrakte und rechtsförmig hergestellte, über politische Teilnahme reproduzierte Form der Solidarität.“<sup>1442</sup> Waschkuhn stellt in diesem Zusammenhang fest: „Für ihn (Habermas H.W.) zielt Demokratie auf Mündigkeit ab - und erst in dem Maße, in dem mündige Bürger unter Bedingungen einer politisch fungierenden Öffentlichkeit, durch einsichtige Delegation ihres Willens und durch wirksame Kontrolle seiner Ausführung, die Einrichtung ihres gesellschaftlichen Lebens selbst in die Hand nehmen, erst unter dieser Voraussetzung werde personale und politische Autorität in rationale Autorität überführbar.“<sup>1443</sup>

### 3.12.5 Vision: Das Nachwachsen der Politik

Zentral in Habermas` Konzeption nach 1990 ist das sogenannte „Nachwachsen der Politik“, das bereits zum Schlagwort im Globalisierungsdiskurs, aber auch in der politischen Diskussion geronnen ist. Hier geht es um ein Aufholen der Politik gegenüber der globalen Ökonomie, wie es bereits Beck und Dahrendorf fordern.<sup>1444</sup> Dazu müssen laut Habermas neue Formen der demokratischen Selbststeuerung der Gesellschaft entwickelt werden.<sup>1445</sup> Seine Vision formuliert er vorsichtig: „Ich glaube, wir alle möchten in einem zivilen Land leben, das sich kosmopolitisch öffnet und behutsam-kooperativ in den Kreis der anderen

---

kationstheoretische Lesart des Republikanismus“, die er im Gegensatz zur kommunitaristischen propagiert. Vgl. hierzu Habermas (1997), S. 166 f.

<sup>1439</sup> Vgl. Habermas (1991), S. 10 f.; Habermas (1998a), S. 93 sowie Habermas (1999), S. 425 f.

<sup>1440</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 98.

<sup>1441</sup> Vgl. insgesamt Habermas (1998d).

<sup>1442</sup> Habermas (1998a), S. 117.

<sup>1443</sup> Waschkuhn (1998), S. 59 f.

<sup>1444</sup> Vgl. Habermas (1998b), S. 75 und Habermas (1998c), S. 805 f.

<sup>1445</sup> Vgl. Habermas (1998c), S. 813 ff. und Habermas (1999), S. 432.

Nationen einfügt.“<sup>1446</sup> Im Kontext der Globalisierung steht der Nationalstaat nun unter dem Druck, sich im Innern gegenüber der Vielfalt fremder oder neuer Kulturen und nach außen für internationale Regime öffnen zu müssen. Damit aber keine „sozialpathologischen Nebenfolgen“ auftreten, darf eine den globalisierten Märkten nachwachsende Politik nur in institutionellen Formen vollzogen werden, die nicht hinter den Legitimitätsbedingungen demokratischer Selbstbestimmung zurückfallen.<sup>1447</sup> Hier zeigt sich Habermas` Versuch, die Theorie des kommunikativen Handelns und die Diskurstheorie mit den Erfordernissen einer globalisierten Welt abzugleichen.

### 3.12.6 Supranationaler Sozialstaat oder Weltinnenpolitik ohne Weltregierung

Obwohl auch Habermas, wie bereits Dettling und Beck, ein Nachwachsen der Politik fordert, übt er Kritik an Becks Vorschlag, transnationale Unternehmen als Vorbild für die „nachpolitische Welt“ zu wählen.<sup>1448</sup> Mit Blick auf das „Ende der Demokratie“ von Guéhenno weist er auf die negativen Folgen einer vollständig dezentralisierten Weltgesellschaft hin (Legosteine).<sup>1449</sup> Ebenfalls etwas ambivalent erscheint seine Vision der Weltinnenpolitik, da er sie an einigen Stellen mit der Idee in Zusammenhang bringt, auf der supranationalen Ebene einen Weltsozialstaat zu rekonstruieren. Danach gefragt, antwortet er: „Genau das ist meine Perspektive. Sie zielt (...) über Europa hinaus auf eine Weltinnenpolitik ohne Weltregierung.“<sup>1450</sup> Obwohl Habermas dezidiert gegen einen Weltstaat mit Weltregierung argumentiert, legt er mit seinen Formulierungen zum Weltsozialstaat diese Assoziation zuerst einmal nahe. Im Kern geht es ihm aber um eine globale Annäherung der sozialen Standards, ohne dass diese jedoch von einer zentralen globalen Institution gesteuert werden. Die Vorstellung einer global gedachten Umverteilung schimmert hier durch, wie sie bereits in den vorherigen Konzepten thematisiert worden ist.<sup>1451</sup> Für Habermas besteht die Lösung im Aufbau supranationaler Strukturen sowie global handlungsfähiger Akteure und Einrichtungen.<sup>1452</sup> Zwar bemängelt er, dass es bislang keine kollektiven Akteure gibt, die eine Weltinnenpolitik betreiben und sich gleichzeitig auf Rahmenbedingungen und Verfahren einigen könnten, aber seine Hoffnung begründet sich auf der Beobachtung, dass deren Fehlen immerhin bereits als Mangel empfunden werde, also ein Bewusstsein für deren Notwendigkeit entstehe. Das Nachwachsen der Politik muss somit auf der Legitimationsgrundlage von nicht-staatlichen Organisationsformen internationaler Verhandlungssysteme und

<sup>1446</sup> Habermas (1998d). Vgl. in diesem Sinn auch Habermas (1998a), S. 125.

<sup>1447</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 128.

<sup>1448</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 150.

<sup>1449</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 151.

<sup>1450</sup> Habermas (1998d). Vgl. hierzu außerdem „Der Weltsozialstaat“, *Berliner Zeitung*, 15.05.98.

<sup>1451</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 85 f. und Habermas (1998b), S. 75.

<sup>1452</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 147 ff. und S. 180 ff. Zum Bezug auf Becks Risikogemeinschaft vgl. Habermas (1997), S. 180.

nicht in möglichen Hierarchien eines stufenförmigen Mehrebenenmodells ablaufen. Die Idee des Mehrebenenmodells wird im Folgenden bei Zürn und im Zusammenhang mit Global Governance konkretisiert. In Habermas' Logik muss ein dynamisches Bild künftiger politischer Steuerung entstehen, bei dem es zu einer Gewichtsverschiebung zugunsten der prozeduralen Anforderungen an Kommunikations- und Entscheidungsprozesse kommt, so dass die Personalisierung vernachlässigt werden kann. Problematisch bleibt aber nach wie vor, dass auf internationaler Ebene keine dichte kommunikative Einbettung existiert, wie sie nach Habermas' Argumentation Voraussetzung in einer gemeinsamen politischen Kultur sein müsste.<sup>1453</sup> NGOs und deren Einbindung könnten - so Habermas - die Legitimation steigern, weil sie transnationale Entscheidungen nationalstaatlich transparent machen und an die Betroffenen rückvermitteln könnten.<sup>1454</sup> Insgesamt fordert Habermas, dass die Staaten „innenpolitisch wahrnehmbar“ und damit für ihre Bürger nachvollziehbar in bindende Kooperationsverfahren einer kosmopolitischen verpflichtenden Staatengemeinschaft eingebunden werden müssen.<sup>1455</sup> Dadurch werde ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Verlauf sich die Bewusstseinslage der Bürger verändere, so dass sie sich als global handelnde und handlungsfähige Akteure verstehen, ein Ansatz, den bereits Albrow formuliert hat. Ein Perspektivwechsel von den internationalen Beziehungen zu einer transnationalen Weltinnenpolitik könne nämlich nicht über die politischen Eliten, sondern nur über die Bevölkerungen selbst geschehen.<sup>1456</sup> Hier überträgt Habermas sein Konzept der Selbstgesetzgebung und Selbsteinwirkung auf die globale Ebene, wobei er das nach den Weltkriegern im Westen entstandene pazifistische Bewusstsein als Indiz für die Realisierungsmöglichkeit und damit als Chance einschätzt.<sup>1457</sup> Dennoch überwiegt mit Blick auf die kosmopolitische Demokratie bei Habermas die Skepsis. In der Logik seines Konzeptes fehlt die grundlegende Voraussetzung einer weltbürgerlichen Solidarität und globalen politischen Kultur, weil sie keine Rückbezugsmöglichkeiten auf Geschichte oder Lebensformen hat und keine Möglichkeiten besitzt, ein globales kulturelles Wissen diskursiv zu konstruieren - eine Annahme, der die Konzepte von Albrow, Beck und Giddens ein Stück weit entgegenstehen:<sup>1458</sup> „Eine kosmopolitische Gemeinschaft von Weltbürgern

<sup>1453</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 164 f.

<sup>1454</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 167. An dieser Stelle schlägt Habermas Referenden zur Legitimitätssteigerung vor. Die Frage der Verantwortlichkeit von NGOs und ähnlichen globalen Akteuren spielt im Zusammenhang mit Global Governance eine Rolle.

<sup>1455</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 88 und Habermas (1998b), S. 77.

<sup>1456</sup> Diese Haltung gegenüber dem Staat und der administrativen Politik ist bei den Autoren generell anzutreffen und soll im Schlussteil nochmals angesprochen werden. Vgl. hierzu Offe (1996), S. 150.

<sup>1457</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 88 ff. und S. 168; Habermas (1998b), S. 78 f. und vgl. auch den Appell von 2003, Habermas, Jürgen und Derrida, Jacques (2003), Die Wiedergeburt Europas. Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik - zunächst in Kerneuropa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 7, S. 877 - 881.

<sup>1458</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 161. Auch Brock bewertet dies anders. Er geht davon aus, dass demokratische Mitgestaltungsansprüche und Willensbekundungen in den globalen Demokratisierungsprozessen keine belastbare Wirklichkeit braucht, sondern das Vorhandensein von einer situations- und problemspezifischen Öffentlichkeit ausreicht, um Problemdefinitionen und Strategieangebote von der Politik entwickeln zu lassen. Vgl. Brock (1998), S. 66 ff. Diese positive Einschätzung kommt in der vierten Diskursphase zum Tragen.

bietet deshalb für eine Weltinnenpolitik keine ausreichende Basis.“<sup>1459</sup> Denn eine Verdichtung des globalen Meinungs- und Willensbildungsprozesses auf der Basis global geteilter Kernnormen wäre eine Voraussetzung.<sup>1460</sup> So ist laut Habermas auf der kosmopolitischen Ebene lediglich ein rechtlich-moralisches Selbstverständnis möglich, was der Bezug auf die Menschenrechte zeigt. Diese sind in erster Linie über ihre Struktur als Rechtsnormen mit einklagbaren subjektiven Rechtsansprüchen und dann erst über ihren moralischen Inhalt definiert, so dass sie den Grundrechten und nicht den moralischen Geboten zuzuordnen sind.<sup>1461</sup> Staatsbürgerliche Solidarität gehe aber auf die jeweils besonderen kollektiven Identitäten auf Grundlage kollektiver Kernnormen zurück und brauche daneben einen Bezug der politischen demokratischen Gemeinschaft auf Nicht-Mitglieder, damit der „selbstreferentielle Begriff der kollektiven Selbstbestimmung“ überhaupt erst entwickelt werden könne.<sup>1462</sup> Habermas muss in der Logik seiner Theorie zu diesem Schluss kommen und damit hinter den visionären Konzepten von Albrow, Beck und Giddens, aber auch hinter den Modellen einer Global Governance zurückbleiben. Mit Blick auf die bereits bestehenden internationalen Institutionen wie UNO oder Internationaler Strafgerichtshof spricht Habermas dann zwar von deren Möglichkeiten und den damit verbundenen Hoffnungen, sieht in ihnen aber keine adäquaten funktionsfähigen politischen Steuerungsinstrumente.<sup>1463</sup> Er prognostiziert eher eine Verschärfung der auf EU-Ebene bereits bestehenden Koordinationsprobleme auf der globalen Ebene,<sup>1464</sup> da die politische Handlungsfähigkeit einer Weltregierung und eine entsprechende Legitimationsgrundlage fehlen. Die UNO sei eine lockere Gemeinschaft von Staaten, der die Qualität einer Gemeinschaft von Weltbürgern fehlt, zudem sie auf elementare funktionale Ordnungsleistungen im Bereich von Sicherheitsfragen beschränkt ist:<sup>1465</sup> „Schon die Wünschbarkeit eines solchen Weltstaates ist fragwürdig.“<sup>1466</sup> Mit implizitem Rückgriff auf die Theorie des kommunikativen Handelns und die deliberative Demokratietheorie sowie deren Logik plädiert Habermas insgesamt gegen einen Weltstaat, wie es auch Albrow tut.<sup>1467</sup> Seine Vision betont in erster Linie die Verfahren und Prozesse.<sup>1468</sup> Insgesamt greift Habermas bei seinen

---

<sup>1459</sup> Habermas (1998a), S. 163. Habermas muss in der Logik seiner Theorie so argumentieren, da er ansonsten einen Bruch riskiert. Er befindet sich hier in einem Gegensatz zu den Konzepten von Albrow, Beck, Dahrendorf und Giddens.

<sup>1460</sup> Vgl. Habermas (1999), S. 436.

<sup>1461</sup> Vgl. Habermas, Jürgen (1995a), Kants Idee des Ewigen Friedens - aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, in: Kritische Justiz, Heft 3, S. 311 f.

<sup>1462</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 162 f. Albrow, Beck und Giddens, aber auch Etzioni argumentieren hier anders. Zu den Menschenrechten vgl. ebenfalls Habermas, Jürgen (2001e), Von der Machtpolitik zur Weltbürgergesellschaft, in: Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt am Main, S. 34 f.

<sup>1463</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 153 und S. 179 ff. und Habermas (1998a), S. 160 f.

<sup>1464</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 156 f.

<sup>1465</sup> Vgl. insgesamt Habermas (1995a), v.a. aber S. 303 ff. Im Spiegel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus erscheint dieser Aufsatz in einem neuen Licht.

<sup>1466</sup> Habermas (1998a), S. 158 ff. sowie Habermas (1997), S. 153.

<sup>1467</sup> Eine andere Haltung nimmt Menzel ein, der eine konkrete Vorstellung zur Reform der UNO entwickelt, um eine globale kooperative Lösung unter dem Dach der UNO zu erreichen. Vgl. Menzel (1998), S. 240 f.

<sup>1468</sup> Vgl. Habermas (1998b), S. 78.



Gedankenspielen zur globalen Ausgestaltung der Demokratie immer wieder auf die Konzepte von Giddens und Zürn, vor allem aber auch von Beck zurück.<sup>1469</sup>

### 3.12.7 EU und Europäische Verfassung: Vom Staatsbürger zum Unionsbürger

Aufgrund der Ambivalenz zwischen Hoffnung und Skepsis in Bezug auf die globale Ebene kulminiert Habermas' Konzept dann in der Vision eines europäischen Gemeinwesens. Hier überträgt und konkretisiert er seine bisherigen Theorieansätze. Vor allem nach 2000 stehen die EU, ihr Einigungsprozess und die Verfassungsdiskussion im Mittelpunkt. Kern sind ein europaweiter Meinungs- und Willensbildungsprozess, europäische Solidarität sowie die europäische politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. So beschreibt Habermas die EU als eine durch völkerrechtliche Verträge begründete supranationale Organisation ohne eigene Verfassung.<sup>1470</sup> Sie ist kein Staat, schafft aber gleichzeitig über ihre Organe europäisches Recht, das in die Hoheitsrechte der Mitgliedsstaaten eingreift. Hier liegt für Habermas der Ursprung des europäischen Demokratiedefizits, das durch die Dichte der europäischen Entscheidungen, die Undurchsichtigkeit ihres Zustandekommens und die fehlende Gelegenheit für die Betroffenen, sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, verstärkt wird (Aspekt der Inkongruenz).<sup>1471</sup> Dazu addiert sich der Mangel einer europaweiten Solidarität, so dass ein nationalstaatlich motiviertes Misstrauen gegeneinander entstehen kann. Diese Einschätzung teilt Guéhenno.<sup>1472</sup> Zu dem Demokratiedefizit gesellt sich also ein Legitimationsdefizit, weil es in Europa keine europaweit integrierte Willensbildung der Bürger sowie noch keine europäisch vernetzte Zivilgesellschaft, keine politische Öffentlichkeit und keine gemeinsame politische Kultur gibt.<sup>1473</sup> Ohne dieses demokratische Fundament drohe die Gefahr, dass sich die supranationalen Entscheidungsprozesse weiter von denen der nationalstaatlichen Meinungs- und Willensbildung abkoppeln. Habermas' Forderung lautet daher, das Missverhältnis zwischen der dichten ökonomischen und der eher lockeren politischen Verflechtung aufzulösen und höherstufige politische Handlungsfähigkeiten zu ent-

<sup>1469</sup> In Bezug auf Beck und Giddens vgl. Habermas (1998b), S. 77 ff. Zu Becks Risikogesellschaft und der Reflexivität vgl. Habermas (1994), S. 443 f.

<sup>1470</sup> Beck wählt hier im Gegensatz zu Habermas den Begriff transnational, wobei im Diskurs insgesamt nicht klar wird, ob beide nicht doch das selbe meinen, aber unterschiedliche Begriffe dafür verwenden. Darin besteht eine Schwäche des Diskurses: supranational - transnational. Vgl. zu dem Begriff der Transnationalität auch Kleger (2001), S. 142 ff. Mit der Begriffsdefinition in Bezug auf die Bürgergesellschaft nimmt er gleichzeitig eine Kritik an Habermas' Begriff der postnationalen Konstellation vor. Vgl. ebenfalls Kleger (2001), S. 142 ff.

<sup>1471</sup> In diesem Zusammenhang vgl. ein weiteres Mal das „Bonmot“, dass die EU, würde sie sich um Aufnahme in der EU bewerben, wegen des Demokratiedefizites nicht aufgenommen würde. Vgl. hier Offe (1996), S. 145.

<sup>1472</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 290. An dieser Stelle zitiert Habermas zudem Offe, der von einem „friedlichen Naturzustand“ zwischen den europäischen Nationen spricht. Vgl. Habermas (2003e), S. 235 f. In diesem Zusammenhang ist das Scheitern des Verfassungsgipfels in Rom 2003 zu beachten. Habermas' Befürchtungen wurzeln in der Realität.

<sup>1473</sup> Habermas unterteilt auch mit Blick auf die EU die verschiedenen Positionen: Euroskeptiker, Markteuropäer, Euroföderalisten und Anhänger einer Global Governance (kosmopolitische Position). Vgl. hierzu Habermas (1997), S. 147 und S. 187; Habermas (1998a), S. 136 ff. und S. 142 ff.; Habermas (1998c), S. 813 ff. sowie Habermas (1999), S. 434.

wickeln (Aspekt des Nachwachsens).<sup>1474</sup> So bezeichnet er die Verwandlung souveräner Staaten in Mitglieder einer mit demokratischen Gesetzgebungsbefugnissen ausgestatteten Gemeinschaft zur Durchsetzung gleicher Sozial- und Umweltstandards als einzige Chance, um auf diesem Weg neben der Angleichung der Lebensverhältnisse eine europäische staatsbürgerliche Solidarität zu schaffen.<sup>1475</sup>

Auf der Folie seines theoretischen Konzeptes konstatiert Habermas, dass die funktionalen Erfordernisse einer demokratischen Willensbildung in den Kommunikationskreisläufen einer politischen Öffentlichkeit liegen, die auf bürgerlichen Assoziationen basiert und Massenmedien für den demokratischen Prozess nutzt.<sup>1476</sup> Die politischen Institutionen innerhalb der EU sollten eine induzierende Wirkung bei dem Kreisprozess der demokratischen Willensbildung haben, eine Forderung, die an Dahrendorfs Konzept erinnert, wobei für Habermas ein ethisch-politisches Selbstverständnis der Bürger nur noch eine der „Flussgrößen“ unter anderen sein könne. Eine europäische Identität könne heute nur noch in der Einheit der nationalen Vielfalt bestehen.<sup>1477</sup> Es sei erforderlich, so Habermas weiter, dass es zur gegenseitigen Anerkennung über nationale Grenzen hinweg als Angehörige eines europäischen Gemeinwesens komme, das wiederum getragen sei von einer europaweiten Meinungs- und Willensbildung aufgrund einer solidarischen Grundlage: Ziel ist, wie bereits angedeutet, die Erweiterung der Staatsbürgersolidarität zur Unionsbürgersolidarität, damit positiv koordinierte und umverteilungswirksame Politiken getragen und legitimiert werden können.<sup>1478</sup> Neben den europaweit geregelten Verfahren ist aber zugleich eine Praxis der öffentlichen Willens- und Meinungsbildung notwendig, die sich aus der europäischen Bürgergesellschaft<sup>1479</sup> speist und in europäischen Arenen stattfindet.<sup>1480</sup> Guéhenno weist darauf hin, dass die Bürger den demokratischen Prozess kollektiv erfahren müssen, der ihre Identität formt, was gerade durch die Globalisierung gefährdet scheint.<sup>1481</sup> Daher fordert Habermas, dass in Europa dieselben Themen überall zur gleichen Zeit debattiert werden müssten, weil es für den nächsten Integrations-schub zur „postnationalen Vergesellschaftung“ die Kommunikationsnetze einer europäischen politischen Öffentlichkeit auf Basis einer gemeinsamen politischen Kultur brauche. Der Meinungs- und Willensbildungsprozess solle

<sup>1474</sup> Vgl. Habermas (2003e), S. 234.

<sup>1475</sup> Vgl. Habermas (1998b), S. 74.

<sup>1476</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 183 ff. und insgesamt Habermas (1998d).

<sup>1477</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 191 und Habermas (1998a), S. 154.

<sup>1478</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 149 f.; Habermas (1998c), S. 815 und Habermas (1999), S. 435.

<sup>1479</sup> Bürgergesellschaftliche Akteure sind neben sektoralen Akteuren Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen. Sie können laut Habermas alle über die nationalen Grenzen hinweg fusionieren und so den Kern einer europaweiten Zivilgesellschaft bilden. Vgl. hierzu Habermas (2003e), S. 239.

<sup>1480</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 151 und S. 155.

<sup>1481</sup> Vgl. Guéhenno (1999a), S. 279. Auch Leggewie weist auf diesen Zusammenhang hin. Der kompetente Bürger will als Souverän, dass ein Höchstmaß an Transparenz, Mitwirkung und Kontrolle gewährleistet sein muss. Allerdings schränkt Leggewie ein, dass nur ein geringer Teil der kompetenten Bürger auch im politischen Prozess aktiv ist und die Gefahr der Zuschauerdemokratie droht. Vgl. Leggewie (1999), S. 209.

innerhalb von Arenen stattfinden, in denen sich politische Parteien unmittelbar auf die Entscheidungen der europäischen Institutionen beziehen und ein europäisches Parteiensystem zum Ziel haben.<sup>1482</sup> Diese Arenen bestünden bislang nur innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen. Eine Lösung sei eine ineinander verschränkte, vertikal und horizontal sowie inner-, zwischen- und querstaatlich ablaufende Kommunikation (Bild eines Netzes), wobei die nationalen Bildungssysteme für die notwendige Sprachkompetenz sorgen könnten.<sup>1483</sup> Notwendig ist, so Habermas, dass sich die Europäer als „Erben einer gemeinsamen europäischen Geschichte“ verstehen.<sup>1484</sup>

Obwohl Habermas den Rückbezug auf die vopolitische Schicksalsgemeinschaft (Ethnos) ablehnt, tritt er dennoch für das Entstehen einer politisch-kulturellen Zusammengehörigkeit in Europa ein, die auf dem Hintergrund von geteilten Traditionen, der Grundlage geteilter Interessensverflechtungen und der Kommunikationsdichte entsteht.<sup>1485</sup> Da die Europäer gelernt hätten, mit stabilisierten Dauerkonflikten zu leben und eine reflexive Einstellung gegenüber der eigenen Geschichte einzunehmen, beurteilt Habermas dies als Quelle innovativer Energien, wobei er hier ein kleines Stück von seiner Konzeption der konsequenten konsensualen Kommunikation abzuweichen scheint.<sup>1486</sup> So ist für Habermas der egalitäre und individualistische Universalismus Europas eine Errungenschaft, die bis heute das normative Selbstverständnis prägt und ihren Ausdruck in der EU-Menschenrechtscharta findet.<sup>1487</sup> Am Pragmatischen orientiert fordert er dann, dass die europäische Währungsunion eine Unterstützung durch eine flankierende und ergänzende Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erfahren müsse, wobei die weitere Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine künftige europäische Regierung mit zu denken ist. Die Nationalstaaten behielten in dieser Konstruktion diejenigen Regelungskompetenzen, die keine Nebeneffekte für die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten haben. Habermas verzichtet an dieser Stelle allerdings darauf, diese Angelegenheiten zu definieren. Eine europäische Verfassung ist die Voraussetzung für diese Überlegungen.<sup>1488</sup> Um das Prinzip der Subsidiarität in Europa zu festigen, sieht Habermas zudem in europaweiten Referenden eine Möglichkeit, die Betroffenen stärker einzubeziehen und der Inkongruenz entgegen-

<sup>1482</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 184 und Habermas (2003e), S.239 f. Vgl. hierzu auch „Europäische Linke will Partei gründen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.01.04. Interessant wäre Habermas` Einschätzung zu dieser Initiative.

<sup>1483</sup> Vgl. Habermas (2003e), S. 240 f. Habermas ist der Auffassung, dass in dem notwendigen Kommunikationszusammenhang Englisch die gemeinsame Sprache sein könnte. Vgl. hierzu Habermas (1997), S. 191 und Habermas (1998a), S. 154.

<sup>1484</sup> Vgl. Habermas (1998c), S. 816.

<sup>1485</sup> Vgl. Habermas (1997), S. 182 f.

<sup>1486</sup> Vgl. Habermas (2003e), S. 242 f.

<sup>1487</sup> Vgl. Habermas (2003e), S. 243. 2003 bezeichnet er die Säkularisierung, die Priorität von Staat und Solidarität vor Markt und Leistung, die Technikskepsis und das Bewusstsein um die Ambivalenz des Fortschritts, die Abkehr vom Recht des Stärkeren sowie die Friedensorientierung aufgrund historischer Verlustererfahrungen als identitätsstiftende Merkmale Europas. Vgl. Habermas (2003b), S. 802.

<sup>1488</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 151 und Habermas (2003b), S. 805.

zuwirken. Auch in Querverbindungen zwischen den nationalen Parlamenten sieht er einen Weg, Europa voranzubringen.<sup>1489</sup>

### **Appell für die Erneuerung Europas**

Bei Habermas ist zu beobachten, dass er durchaus kühne Vorstellungen in Bezug auf die Zukunft der Demokratie entwickelt, diese aber durch die Rückkoppelung an seine Theorie gleichzeitig kritisch reflektiert, so dass er zwar eine Chancenorientierung formuliert, jedoch immer die mögliche Umsetzung mitdenkt. Aus dieser Habermas'schen Reflexivität kann nun möglicherweise der Appell für die Erneuerung Europas aus dem Jahr 2003 ein Stück weit erklärt werden. Diesen Appell veröffentlicht Habermas zusammen mit seinem früheren intellektuellen Gegenspieler Jaques Derrida und weiteren europäischen Intellektuellen im Zuge des Irakkrieges 2003 und der daraus folgenden europä(welt)weiten Demonstrationen. In dem Appell feiern die Unterzeichner unter anderem die „Geburtsstunde der europäischen Öffentlichkeit“.<sup>1490</sup> Die Positionen des Appells, als dessen Verfasser Habermas gilt, bekräftigt er erneut in einem Gespräch mit Politikern und Intellektuellen sowie in Interviews.<sup>1491</sup> Der Tag der europaweiten Demonstrationen am 15. Februar 2003 wird als die Geburtsstunde der europäischen Öffentlichkeit bezeichnet - allerdings ungeachtet dessen, dass es nicht nur in Europa, sondern weltweit Demonstrationen gab. Über diese eingeschränkte Wahrnehmung bzw. Interpretation kann nur gemutmaßt werden, dass sie der Intention des Appells geschuldet ist. Inhalt des Appells ist die von Habermas bekannte Forderung, dass Europa zum politisch handlungsfähigen Akteur werden müsse, wenn es künftig eigene Ziele verfolgen wolle. Dazu müsse die EU staatliche Qualitäten annehmen, um an politischer Gestaltungsmacht zu gewinnen.<sup>1492</sup> Nur so könne sie sich letztendlich von einem intergouvernementalen Staatenbündnis unterscheiden: „Die EU bietet sich schon heute als eine Form des „Regierens jenseits des Nationalstaates“ an, das in der postnationalen Konstellation Schule machen könnte“.<sup>1493</sup> Wie in seinen vorherigen Texten plädiert Habermas auch hier für eine stärkere normative Integration, eine europaweite Öffentlichkeit und ein europäisches Bewusstsein als Basis einer europäischen Demokratie, die sich aus der Aner-

<sup>1489</sup> Vgl. Habermas (2003e), S. 243 ff. Habermas beachtet nicht, dass es bereits Treffen zwischen den verschiedenen Ausschüssen verschiedener Länder gibt, ebenso zwischen Abgeordnetendelegationen quer zu den Ausschusszuständigkeiten. Die Forderung nach europaweiten oder sogar globalen Referenden taucht im Diskurs immer wieder auf und wird auch bei Zürn und Global Governance eine Rolle spielen. Vgl. außerdem als kritische Haltung hierzu Scharpf (1998a), S. 164.

<sup>1490</sup> Vgl. hierzu insgesamt im Wortlaut Habermas/Derrida (2003). Vgl. zu der Thematik des intellektuellen Gegenspielers Habermas (1992), S. 30 ff. sowie Reese-Schäfer (2001c), S. 137 ff.

<sup>1491</sup> Vgl. insgesamt Habermas (2003b) und Habermas, Jürgen (2003d), Fusion oder Spaltung? Die Kerneuropa-Initiative in der Debatte. Zdzislaw Krasnodebski und Wolfgang Schäuble diskutieren mit Jürgen Habermas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 8, S. 935 - 945. Vgl. als Kritik zu dem Appell, Brumlik, Micha (2003), Das Projekt einer europäischen Kulturation. Was von Habermas' Utopie bleibt, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 50, Heft 7/8, S. 6 - 9.

<sup>1492</sup> Diese Forderung erinnert an Becks Plädoyer für Europa als weltpolitische Opposition.

<sup>1493</sup> Habermas/Derrida (2003).

kennung des Andersseins und einer gemeinsamen Identität speisen müsse.<sup>1494</sup> Habermas schreibt weiter: „Kein Zweifel, die Macht der Gefühle hat Europas Bürger gemeinsam auf die Beine gebracht.“<sup>1495</sup> Habermas und seine Kollegen treten zudem für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ein, bei dem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zum Symbol werden und eine Sogwirkung auf die noch aufholenden Staaten ausüben könne. Dies sei der erste Schritt in Richtung Weltinnenpolitik.

Interessant an dem Appell und den im Nachgang geführten Gesprächen ist, dass zum ersten Mal in Texten von Habermas im Zusammenhang mit der europäischen Identität der Begriff des Gefühls in den Vordergrund tritt. Denn in den früheren Texten hat sich Habermas immer explizit von einem substantialistischen Verständnis distanziert und Rationalität sowie Prozesse betont, was sich von Anfang an in seiner Sprache niederschlägt, der emotionale Sprachwendungen fremd sind. Gerade dadurch hat er im Laufe der Jahre immer wieder die Kritik vieler Intellektueller provoziert. Als nächstes erstaunt mit Blick auf seine früheren Veröffentlichungen zu Europa, dass nun ausgerechnet die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als symbolträchtig und konstitutiv für die Entstehung einer europäischen Identität eingeschätzt wird. Habermas scheint hier auf die Möglichkeiten der Realpolitik einzuschwenken, um eine Möglichkeit zu bekommen, die Identitätsbildung voranzutreiben. Da er zudem die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen erfolgte Pazifizierung, wie erwähnt, als Chance einstuft, ist zu vermuten, dass er die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Instrument zur Stärkung dieses Bewusstseins ansieht, jedenfalls wenn sie in die von ihm präferierte Richtung weist. So kann freilich nur spekuliert werden, ob dieses Vorgehen und die Betonung der emotionalen Seite im Kontext der europaweiten Proteste dem Umstand geschuldet ist, dass Habermas nun erstmals konkret und umfangreich die Chance zu bekommen scheint, der Verwirklichung seiner Theorie und Vision in ersten Ansätzen beizuwohnen. Unvermittelt sieht er sich mit der Verwirklichung der ersten Stufe seiner Konzeption, nämlich dem Entstehen einer europäischen politischen (und kritischen) Öffentlichkeit, konfrontiert. Als dritter Aspekt ist die plakative Verwendung von Buchtiteln als Etiketten für den europäischen und globalen Demokratisierungsprozess für diese Analyse von Bedeutung, da hier ein weiteres Mal die Verschlagwortung des Globalisierungsdiskurses belegt werden kann - an dieser Stelle sogar durch den Urheber einer der Begrifflichkeiten selbst („Regieren jenseits des Nationalstaates“/Zürn und „postnationale Konstellation“/Habermas).

---

<sup>1494</sup> Diese besteht laut Habermas aus der reflexiven Distanz, der europäischen Geschichte der Kriege und deren Überwindung, aus Holocaust und dessen Aufarbeitung sowie der Existenz von Parteiensystemen in den Einzelstaaten. Zudem beurteilt Habermas die reflexive Distanz der Staatsnationen zur ihren Staaten als Chance für eine Abkehr vom Eurozentrismus und der „kantischen Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik“.

<sup>1495</sup> Habermas/Derrida (2003).

### 3.12.8 Umsetzung

„Eine Alternative zur aufgesetzten Fröhlichkeit einer neoliberalen Politik, die sich selbst „abwickelt“, könnte ... darin bestehen, für den demokratischen Prozeß geeignete Formen auch jenseits des Nationalstaates zu finden.“<sup>1496</sup> Um diese Hoffnung Realität werden zu lassen, setzt Habermas auf die Bewusstwerdung der Bürger und ihre Bewusstseinsänderung durch kommunikative Prozesse. An vielen Stellen weist er auf diesen Zusammenhang hin. Er glaubt, dass die Globalisierungsprozesse die Menschen allmählich an eine andere Perspektive gewöhnen, „aus der uns die Begrenztheit der sozialen Schauplätze, die Gemeinsamkeit der Risiken und die Vernetzung der kollektiven Schicksale immer deutlicher vor Augen treten“.<sup>1497</sup> Der Weg ist es also, Prozesse anzustoßen, um Veränderungen durch kommunikatives und politisches Handeln zu erreichen. Hier finden die Intellektuellen ihre Funktion: „Die Liste der Probleme, die sich heute jedem Zeitungsleser aufdrängen, kann sich freilich nur in eine politische Agenda verwandeln, wenn ein Adressat da ist, der sich - und dem man - eine gezielte Transformation der Gesellschaft noch zutraut.“<sup>1498</sup> Zentral ist somit für Habermas die Existenz eines Adressaten, der für ihn nur die Bürger und Bürgerbewegungen, nicht aber die Regierungen und politischen Eliten sein können.<sup>1499</sup> Hier findet der Appell von 2003 eine weitere Grundlage. Zygmunt Bauman gibt zu bedenken: „Wer kann und soll das umsetzen, was zu tun ist? Der Weg zu einer politischen Handlungsinstanz, die imstande ist, diese Aufgabe zu bewältigen, sieht verdächtig nach einem Teufelskreis aus.“<sup>1500</sup>

### 3.12.9 Fazit

Habermas` Texte seit 1990 können in ihrer Zusammenschau in die für den Globalisierungsdiskurs entwickelten Schematik wie folgt eingeordnet werden: Er geht vom Motiv des Nationalstaates aus und wählt einen partikularen Ansatz mit Fokus auf die politische Steuerung. Seine Perspektive auf das Motiv ist funktional, was sich durch den Begriff des „kommunikativen Handelns“ und die daraus entwickelten Konzeptionen zeigt. Habermas` Unterscheidung des Demokratieverständnisses in substantialistisch und prozedural-funktional unterstreicht diese Einordnung. Das Motiv Gesellschaft kommt lediglich als von Staat und demokratischem Prozess abgeleitet vor. Er formuliert kein Paradigma, obwohl er chancenorientiert argumentiert. Obwohl er immer wieder skeptische Betrachtungen einfließen lässt, ist die Skepsis wesentlich weniger ausgeprägt als in Dahrendorfs Konzept. Allerdings ist auf der anderen Seite die Chancen-

<sup>1496</sup> Habermas (1998a), S. 95 und identisch Habermas (1998c), S. 805.

<sup>1497</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 87 und Habermas (1998b), S. 77.

<sup>1498</sup> Habermas (1998a), S. 93.

<sup>1499</sup> Vgl. Habermas (1998a), S. 168.

<sup>1500</sup> Bauman (1999), S. 33.

betonung bei Albrow, Beck und Giddens im Vergleich zu Habermas prägnanter. Die klarste Abgrenzung nimmt Habermas zu den Autoren der ersten Diskursphase und den kommunitaristischen Ansätzen vor. Diese Abgrenzung durchzieht alle seine Texte. Die Ablehnung der vorpolitischen ethnisch-fundierten Schicksalsgemeinschaft steht beispielhaft hierfür.<sup>1501</sup> Mit Blick auf den visionären Gehalt seines Konzeptes fällt ins Auge, dass er bei dem Bogen-schlag von der Theorie des kommunikativen Handelns über die Diskurstheorie bis hin zur deliberativen Demokratietheorie und deren Übertrag auf die neuen weltpolitischen Bedingungen um das Jahr 1998 noch Optimismus bezüglich einer Weltinnenpolitik in Form einer supranationalen Sozialstaatspolitik - trotz Ablehnung eines Weltstaates - äußert.<sup>1502</sup> Nach 2000 bezieht Habermas das Konzept der Weltinnenpolitik dann hauptsächlich auf die europäische Entwicklung, was an seiner generellen Fokussierung auf Europa liegt. Der Appell von 2003 ist beredtes Zeugnis hierfür und kann - mit aller Vorsicht - als Ausdruck seiner Hoffnung auf erste Schritte zur Realisierung seines Konzeptes interpretiert werden. Gegenüber einer kosmopolitischen Demokratie überwiegt die Skepsis, was sich aus Habermas' Theorieansatz erklärt.<sup>1503</sup> Da die Solidarität als Entstehen Fremder gegenüber Fremden grundlegend für den politischen Willens- und Meinungsbildungsprozess ist, kann Habermas für die globale Ebene hier nur eine Negation formulieren. Allerdings schimmert im Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren in Habermas' Texten immer wieder die Hoffnung durch, dass mit diesen aufgrund ihrer Vernetzung der Grundstein für eine globale Zivilgesellschaft gelegt sein könnte. Hier befindet sich Habermas in Übereinstimmung mit den meisten anderen Autoren.<sup>1504</sup> Die Entwicklungen in Europa bewertet Habermas, ähnlich wie Dahrendorf, als eine Stufe hin zur globalen politischen Steuerung und macht deren Gelingen von einem Gelingen auf europäischer Ebene abhängig.<sup>1505</sup> Erwähnenswert ist hier,

<sup>1501</sup> Vgl. hierzu unter anderem die Definitionen von Ethnos und Demos bei Habermas: Ethnos definiert er als vorpolitische ethnisch fundierte Abstammungsgemeinschaft, bei der impliziert wird, dass ethnische Gemeinschaften natürlicher und evolutionärer sind sowie auf kultureller Identität und Wir-Bewusstsein beruhen. Sie entstehen aus Abgrenzung gegen andere. Insgesamt legt diese Interpretation von Gemeinschaft die Idee nahe, dass der Demos der Staatsbürger im Ethnos der Volksgenossen wurzeln muss. Die Staatsbürgerloyalität braucht demnach eine Verwurzelung im Bewusstsein der naturwüchsigen und historisch schicksalhaften Gemeinschaft. Daher erklärt sich auch Habermas' Kritik an den Konzepten von Fukuyama und Huntington. Demos definiert Habermas demhingegen als staatlich verfasste Nationen, denen der Verfassungspatriotismus zu Grunde liegt. Vgl. Habermas (1997), S. 154 ff. Den Unterschied beschreibt Habermas immer wieder als „substantialistisch“ und „prozedural“ orientiertes Demokratieverständnis. Vgl. Habermas (1997), S. 175. Gerade im Zusammenhang mit einer europäischen Identität kritisiert er - wie bereits bei Dahrendorf angeklungen - den Ansatz von Offe, der von der Bindungswirkung der Zugehörigkeit zu einer vorpolitischen Schicksalsgemeinschaft ausgeht. Vgl. Habermas (1998c), S. 815.

<sup>1502</sup> Kritik erfährt eine solche Forderung bei Scharpf, vgl. Scharpf (1998a), S. 152 f. und Scharpf (1998b), S. 241.

<sup>1503</sup> Zu diesem Wandel innerhalb Habermas' Konzeption schreibt Waschkuhn sehr kritisch: „Seine sicherlich überschießenden normativen Ansprüche können zurückgenommen werden, ohne das Ganze als totalen Verblendungs-zusammenhang imaginieren zu müssen.“ Waschkuhn (1998), S. 288.

<sup>1504</sup> In „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ bezeichnet Habermas „Grad und Art“ der Funktionsfähigkeit der Öffentlichkeit als entscheidend für deren substantielle Veränderung. Vgl. Habermas (1990a), S. 359. Offe entwickelt das Modell der auf NGOs und anderen sozialen Bewegungen ruhenden Zivilgesellschaft zusätzlich weiter, indem er von „Non-Sectarian-Communities“ spricht, also nicht-ausgrenzenden und nicht-diskriminierenden Gemeinschaften. Vgl. Offe (1999a), S. 108.

<sup>1505</sup> Vier Fragen müssen laut Habermas geklärt werden: Die Frage nach der These vom Ende der Arbeitsgesellschaft, nach der Wertung von sozialer Gerechtigkeit und Markteffizienz, nach einer umverteilungswirksamen Sozialpolitik auf

dass sowohl Habermas als auch Dahrendorf, obwohl beide von einer Gleichzeitigkeit- und Vielschichtigkeit der Globalisierungsprozesse ausgehen, völlig außer Acht lassen, dass bei der unterstellten Dynamik der Globalisierungsprozesse gar keine Zeit bleibt, um abzuwarten, ob eine Demokratisierung und Identitätsfindung auf europäischer Ebene gelingt. Die Wertung der europäischen Einigung als Stufe zur globalen Demokratie erscheint daher wenig überzeugend. Denn es ist davon auszugehen, dass sich die Probleme des Demokratie- und Legitimationsdefizites weltweit verschärfen, wenn nicht gleichzeitig auf allen politischen Ebenen an Lösungen gearbeitet wird. Hier setzt im Folgenden das Konzept von Global Governance an. Zudem lassen Habermas und Dahrendorf die Ängste anderer Staaten und Regionen unbeachtet, die Bedenken gegenüber einer gesonderten europäischen Entwicklung äußern, weil sie, wie bereits bei Guéhennos Konzept angesprochen, neue regionale Grenzziehungen befürchten (u.a. Afrika, Russland). Somit wird auch bei Habermas eine eurozentristische Sicht erkennbar. Es kann also konstatiert werden, dass Habermas (ebenso Dahrendorf) auf die europäische Ebene ausweicht und diese als Projektionsfläche für die mögliche Realisierung seines Konzeptes benutzt - ähnlich wie dies bereits die meisten anderen Autoren mit der kommunalen Ebene getan haben. Im Gegensatz zu allen vorherigen Konzepten, aber in Übereinstimmung mit Zürn, spielen bei Habermas die Kommune und das Lokale keine herausragende Rolle. Deutlich wird somit, dass aufgrund seiner impliziten Bezugnahme auf die Theorie des kommunikativen Handelns eine Übertragung dieser Theorie auf Ebenen oberhalb des Nationalstaates mit Schwierigkeiten verbunden ist, eben weil von der diskursiv verfassten Staatsbürgernation als Fundament des politischen Prozesses ausgegangen wird. Mit Berufung auf sein Modell des Verfassungspatriotismus hofft Habermas dennoch auf die Abstraktionsmöglichkeiten jenseits des Nationalstaates.

Generell erscheint Habermas' Definition der Kommunikation problematisch, auch wenn dies an dieser Stelle nicht umfassend erörtert werden kann. Mit Blick auf die hier gewählte Themenstellung sei aber darauf verwiesen, dass die gemeinsame Sprache als Voraussetzung für Kommunikation, so wie sie in Habermas' Theorie impliziert ist, bereits auf europäischer Ebene scheitern kann. Habermas versucht dieses Defizit zu beheben, indem er Englisch als gemeinsame Sprache in Europa propagiert. Dabei übergeht er allerdings Kommunikationsschwierigkeiten und Missverständnispotentiale sowie die jeweiligen nationalen Vorlieben, die mit der Wahl einer Zweitsprache verbunden sind, so dass sein Vorschlag eher eine Möglichkeit für Eliten darstellt.<sup>1506</sup> Die

---

europäischer Ebene sowie nach einer kollektiven Identität jenseits der Grenzen der Nationen vgl. Habermas (1998c), S. 814, auch (1998a), S. 136 ff.

<sup>1506</sup> Dieser Eindruck wird in einem Gespräch verstärkt, in dem Habermas im Nachgang zum 11. September 2001 nach den Chancen des Dialogmodells im interkulturellen Austausch gefragt wird. In seiner Antwort unterstreicht er, dass es keinen Grund zur Annahme gebe, dass das „hermeneutische Verstehensmodell, das aus Gesprächen des Alltags



grundlegende Schwäche der Habermas'schen Theorie liegt in der Prämisse seines Abstraktionsmodells des kommunikativen Handelns, das Sprache als voraussetzungslos in bestimmten Bereichen denkt. Sprache als reines System der Kommunikation zu definieren ermöglicht zwar ein theoretisches Demokratie- und Gesellschaftsmodell, beachtet aber nicht die kulturellen Eigenheiten jeder Sprache und verkennt zusätzlich alle die den Sprechakt - unbewusst - beeinflussenden Faktoren (Mimik, Gestik, Intonation).<sup>1507</sup> Bezogen auf eine globale Verständigung stößt Habermas' Konzept an seine Grenzen und belegt die westliche Sicht auf die Welt.<sup>1508</sup> Eine weitere Lücke besteht darin, dass Habermas die durch Internet und neue Kommunikationsmittel (SMS) veränderte Sprache (noch) nicht in seine Theorie des kommunikativen Handelns einbezogen hat. 1981 nimmt er Bezug auf das Anwachsen der Medienmacht insgesamt und interpretiert diese als durchaus positiv, um dann 1998 zu einer negativen Kritik der Medienmacht und der daraus folgenden Kommerzialisierung der Politik zu kommen. In seinen neuesten Texten übergeht er aber die Bedeutung der Kommunikationstechnologien für seine Theorie.<sup>1509</sup> Als letztes sei im Zusammenhang mit Habermas' Konzept auf die Konsensorientierung verwiesen, aus der seine Fokussierung auf Verhandlungssysteme hervorgeht.<sup>1510</sup> Dieser Aspekt ist in den Global Governance-Konzepten zentral, wobei eine grundlegende Schwäche, die weder Habermas noch die Global Governance-Architekten thematisieren, darin liegt, dass in ihren Konzepten Kommunikationsverweigerung keine Rolle spielt. Attac oder Formen

---

gewonnen“ werde, jenseits von Grenzen plötzlich versagen werde. Da er explizit von der „symmetrischen Bedingung“ zwischen den Gesprächspartner als Grundlage des gelingenden Dialogs ausgeht, ist sein Modell nur auf bestimmte Situationen und Partner anwendbar. Im übrigen illustriert Habermas' hochkomplexe Antwort in dem Gespräch, dass es selbst unter gleichberechtigten Gesprächspartnern Asymmetrien geben kann, an denen die Kommunikation dann scheitert. Vgl. Habermas, Jürgen (2002), *Fundamentalismus und Terror. Antworten auf Fragen zum 11. September 2001*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47, Heft 2, S. 173 f.

<sup>1507</sup> Vgl. zur Problematik der Begrenztheit der Sprache als gemeinsames Bezugssystem auch Reese-Schäfer (2001c), S. 60 und S. 80. Die Annahme des Scheiterns zeigt sich auch an der von Habermas gewählten Gegenüberstellung von rationaler, verständigungsorientierter und damit herrschaftsfreier Kommunikation auf der einen sowie Rhetorik als macht- und nutzenorientierter, auf Manipulation und Beeinflussung gerichteter Kommunikation auf der anderen Seite, da er damit suggeriert, Kommunikation sei als Sprechakt ohne Mimik, Gestik und Intonation sowie ohne Eindruck der Beschaffenheit der Stimme möglich, also unabhängig von Wahrnehmungen und damit „unmenschlich“. Selbst bei einer Beschränkung auf rein rationale Argumente ist keine „nebenwirkungsfreie“ Kommunikation zu erwarten.

<sup>1508</sup> Vgl. hierzu auch den Einwand Höffes, der die Mehrsprachigkeit in Europa zur Voraussetzung für die Behebung des Demokratiedefizits macht, weil er eine anglo-frankophone Dominanz für Europa ablehnt. Vgl. Höffe (1999b), S. 277 f.

<sup>1509</sup> Vgl. Habermas (1991/2), S. 572 f. sowie insgesamt Habermas (1998d). An dieser Stelle kann nur in Ansätzen auf eine wichtiger werdende wissenschaftliche Debatte um die Bedeutung von Internet und neuen Kommunikationsformen für die Demokratie verwiesen werden. Während auf der einen Seite die „Entpersönlichung der kommunikativen Beziehungen“ durch die Online-Kommunikation bemängelt wird, bewertet beispielsweise Kleger diese Formen als eine Annäherung an Habermas' Ideal, in dem sich Volkssouveränität in der anonymen Form der subjektlosen Kommunikationskreisläufe von Foren und Körperschaften realisiert. Er schätzt dies als „Eröffnung neuer deliberativer Räume im Sinne Habermas“ ein. Zu den Mängeln vgl. „Internet - demokratiefördernd?“, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2002), Fachbereich Geschichte, Zeitgeschichte und Politik, Berlin. Außerdem Kleger, Heinz (1998), *Direkte und transnationale Demokratie*, in: Claus Leggewie und Maar, Christa (Hg.), *Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?*, Köln, S. 106 f. Vgl. zu dieser Thematik des weiteren Leggewie (1999), S. 212. Leggewie wiegt hier die Vor- und Nachteile der elektronischen Kommunikation für die Demokratie ab, wobei er den Bedenken durchaus Raum gibt. Ähnlich auch seine Intention, vgl. Claus Leggewie und Maar, Christa (Hg.) (1998), *Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?*, Köln, hier v.a. S. 38 ff. Christoph Bieber hingegen, der als Schüler Leggewies bezeichnet werden kann, bewertet die Chancen höher als die Gefahren. Vgl. hierzu insgesamt Bieber (1999). Auch Albrow hat die neuen Kommunikations-Codes thematisiert. Vgl. Albrow (1998a), S. 196.

<sup>1510</sup> Vgl. zu dieser Kritik auch Waschkuhn (1998), S. 402.

des internationalen Terrorismus sind Beispiele für die Grenzen von Kommunikations- und Verhandlungssystemen - ein Aspekt, der im folgenden Kapitel nochmals aufgegriffen wird. Gerade nach dem 11. September 2001 wird sichtbar, dass verhandlungsorientierte Modelle an ihre Grenzen stoßen. Abschließend soll noch eine Überlegung einfließen, die an der Bezugnahme zwischen den Autoren der reflexiven Modernisierung einerseits und Habermas andererseits anknüpft: Die von Habermas beschriebene Kolonialisierung der Lebenswelt durch Ökonomisierung und Bürokratisierung und damit die Umwandlung des Bürgers in einen Konsumenten und Klienten, die mit einem Freiheits- und Sinnverlust einhergeht,<sup>1511</sup> scheint bei Beck und Giddens (und in Ableitung davon bei Bude und Clermont/Goebel) ins Positive gewendet zu werden. Die Konzepte der Konsumentendemokratie und des Selbst-Unternehmers stellen den Versuch dar, die Kolonialisierung umzukehren, indem durch selbstbestimmten Konsum als politischer Tat (BrentSpar, gläserne Produkte u.a.) und selbstbestimmter Arbeit bzw. Tätigkeit als sozialer Tat der Pathologie der Lebenswelt eine neue Sinnstiftung gegenübergestellt wird. Insgesamt wird somit die zentrale Bedeutung von Habermas für den Globalisierungsdiskurs durch die vielfältigen Verknüpfungen mit anderen Autoren und Konzepten sichtbar.

### 3.13 Michael Zürn - Projekt komplexes Weltregieren

Mit dem Konzept von Michael Zürn ist die Verbindung zu den Konzepten von Beck und Habermas hergestellt, vor allem aber der Bezug zu einer weiteren Spezialisierung im Globalisierungsdiskurs, der Entwicklung des Modells von Global Governance, und damit zur vierten Diskursphase. In diesem Teilabschnitt steht Zürns Text von 1998 „Regieren jenseits des Nationalstaates“ im Mittelpunkt, der von Ulrich Beck herausgegeben wurde.<sup>1512</sup> Die zentralen Linien seines Konzeptes sind aber bereits in den Veröffentlichungen von 1992 angelegt und werden von Zürn auch danach weiterverfolgt und spezifiziert.<sup>1513</sup>

#### 3.13.1 Ansatz und Programmatik

Die Ausgangsthese von Zürn besagt, dass politische Regelungen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung heute häufig noch an den Nationalstaat gebunden sind, die Willensbildung und die zu bewältigenden Probleme aber oftmals bereits grenzüberschreitend vorhanden sind. Weil sich die wirtschaftlichen und sozialen Handlungszusammenhänge immer stärker über die Grenzen des National-

<sup>1511</sup> Vgl. hierzu auch die Interpretation von Reese-Schäfer (2001c), S. 50 f.

<sup>1512</sup> Vgl. hierzu Zürn (1998a).

<sup>1513</sup> Vgl. Zürn, Michael und Hellmann, Gunter (Hg.) (2003), Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden sowie Zürn, Michael und Zangl, Bernhard (Hg.) (2003), Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt am Main.

staates ausweiten, was Zürn als gesellschaftliche Denationalisierung bezeichnet, sinken die nationalstaatlichen Fähigkeiten, Ziele des Regierens ausreichend gut zu erreichen. Die sozialen Handlungszusammenhänge sind somit nicht mehr kongruent mit den politischen. Um die Regierungsfähigkeit zurückzugewinnen, errichten Staaten internationale Institutionen als Ergebnisse zwischenstaatlicher Verhandlungen, um somit die Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen wieder an die sozialen Handlungszusammenhänge anzupassen.<sup>1514</sup> Die daraus hervorgehenden internationalen Institutionen leiden aber (noch) an einem Demokratie-Defizit, da sie den Menschen keine umfassende Beteiligung am Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess gewähren können. Eine demokratische Kontrolle jenseits des Nationalstaates ist nur marginal vorhanden, so dass zusätzlich ein Legitimationsdefizit entsteht.<sup>1515</sup> Das Fazit der Ausgangsthese ist dennoch, dass trotz dieser Entwicklungen das Ende des Nationalstaates keineswegs bevorsteht, sondern er vielmehr in dem von Zürn seit Anfang der 1990er Jahre skizzierten „Projekt komplexes Weltregieren“ eine neue Rolle einnehmen wird.<sup>1516</sup> Seine Prognose lautet: „In dieser Welt erführe der Staat mithin eine Funktionsentlastung und Entmythologisierung, ohne deshalb funktionslos zu werde.“<sup>1517</sup> So geht Zürn also davon aus, dass politische Integration jenseits des Nationalstaates möglich und dazu vor allem „institutionelle Phantasie“ notwendig ist, wie er sie in seinem Konzept zu entwickeln sucht.<sup>1518</sup> Die Anpassung der Institutionen an die Erfordernisse der Denationalisierung ist demnach realisierbar, wenn man diese als gegeben und

<sup>1514</sup> Zur Definition von Internationalen Institutionen vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten", Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200 (12.06.2002), S. 425 ff. Mit internationalen Institutionen können neben internationalen Organisationen auch internationale Vertragswerke und Konsenspapiere gemeint sein, die eine normgeleitete Beeinflussung des Verhaltens von Staaten und Menschen zum Ziel haben. Sie sind somit „Instrumente, um politisch bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Inhalte umzusetzen“.

<sup>1515</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 254 ff. Bereits in den Texten von 1992 weist Zürn auf diese Gefahr hin, vgl. Zürn, Michael (1992a), Jenseits der Staatlichkeit. Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in: Leviathan 20, Heft 4, S. 490 ff. und Zürn, Michael (1992b), Weltordnung ohne Weltstaat. Plädoyer für mehr Demokratie in der internationalen Politik, in: Der Überblick 28, Heft 3, S. 60 f. Vgl. außerdem Zürn, Michael (1996), Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: Politische Vierteljahresschrift 37, Heft 1, S. 33; vgl. auch insgesamt Zürn, Michael (2001a), Regieren im Zeitalter der Denationalisierung, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 22.01.01, Deutscher Bundestag, Teil 2, Berlin.

<sup>1516</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 12, S. 30, S. 63 und S. 295 sowie Zürn (1992a), S. 508. Auch Messner geht davon aus, dass Nationalstaaten wichtige Akteure in der Weltgesellschaft bleiben. Vgl. Messner (2000c), S. 373. Ebenso der Tenor des Schlussberichts der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ (2002): „Der Staat ist und bleibt die einzige Institution der Gesellschaft, die Verantwortung für das „Ganze“ und das (...) „Gemeinwohl“ trägt.“ Schlussbericht (2002), S. 421.

<sup>1517</sup> Zürn (1992a), S. 511. Diese These vertritt Zürn ebenfalls in einem Aufsatz, in dem er mit anderen Autoren Forschungsergebnisse zum politischen Umgang von national verankerten Interessensgruppen mit der Denationalisierung beschreibt. Der Umgang wird mit Bezug auf die Herausforderungen durch Internet, Klimawandel und Migration untersucht. Vgl. insgesamt Zürn, Michael, Walter, Gregor, Dreher, Sabine und Beisheim, Marianne (2000), Postnationale Politik?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7, Heft 2, S. 297 - 329.

<sup>1518</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 27 f. und S. 179; Zürn (1998b), S. 298 und vgl. bezogen auf die EU auch Zürn (1996b), S. 48. Institutionelle Phantasie fordert auch Dahrendorf, vgl. Dahrendorf (2001c), S. 40 und S. 42. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Brock mit seinem Konzept. Vgl. beispielhaft Brock, Lothar (2000), Modernisierung und Entgrenzung. Zwei Perspektiven der Weltgesellschaft, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 293 f.

unumkehrbar anerkennt - so Zürn weiter. Im Gegensatz zu Positionen, wie sie etwa Huntington, Barber oder Fukuyama vertreten, die Abschottungsstrategien gegen die Denationalisierung entwickeln, bezeichnet Zürn seine Position selbst als universalistisch.<sup>1519</sup>

### 3.13.2 Vision: Projekt komplexes Weltregieren: Ein Mehrebenenmodell

Seine Vision des Projekts komplexes Weltregieren hat die Rückgewinnung der politischen Kontrolle über die Marktprozesse sowie eine Harmonisierung nationalstaatlicher Eingriffe mit internationalen Regelungen zum Ziel, und zwar in Form einer Mehrebenenpolitik.<sup>1520</sup> Dabei soll der traditionellen Sichtweise des „Regierens“ eine neue Perspektive entgegengesetzt werden.<sup>1521</sup> Aufgebaut wird diese Vision auf der Annahme, dass sich das traditionelle Politikverständnis in den heutigen Zusammenhängen als falsch erweist: „Politik, verstanden als autoritative Regelung von sozialen Interaktionen (...), (...) setzt *nicht notwendigerweise* staatliche Aktivitäten voraus, sie kann auch durch eine Art Selbstorganisation der betroffenen gesellschaftlichen Kräfte erreicht werden.“<sup>1522</sup> Ziel dabei ist es, ein „horizontales Regieren“ mit Staaten als gleichberechtigten Partnern (bzw. sogar ohne Staaten) und damit eine Ablösung der Hierarchien und Dominanz der Staaten als politischen Akteuren zu erreichen.<sup>1523</sup> Es müssen Formen des Regierens parallel zum Staat entwickelt werden, ohne jedoch einen Weltstaat als übergeordnete Instanz zu schaffen - hier argumentiert Zürn ähnlich wie Habermas. Zürn spricht von „governance by, with and without government“ als idealem Gesamtarrangement, was mittlerweile unter dem Stichwort Mehrebenenmodell Schule gemacht hat.<sup>1524</sup> Laut Zürn müssen vier Ziele des Regierens<sup>1525</sup> im Projekt komplexes Weltregieren verwirklicht werden, dessen Kern ein effektives Zusammenspiel verschiedener Politikebenen und die Gestaltung dieses Zusammenspiels ist.<sup>1526</sup> Falls diese Ziele in Form von der Bereitstellung normativer und funktionaler Güter dauerhaft nicht erreicht würden, drohe eine Krise.<sup>1527</sup> Das idealtypische Modell definiert Zürn in verschiedenen Dimensionen, die er als Ziel-, Ressourcen- und

<sup>1519</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 202 und S. 230 sowie Zürn (1998b), S. 297 und S. 305.

<sup>1520</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 20.

<sup>1521</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 63.

<sup>1522</sup> Zürn (1992a), S. 499.

<sup>1523</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 25 und S. 63.

<sup>1524</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 169 ff., S. 204 und S. 334. Auch die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ hat sich dieses zu eigen gemacht. Vgl. Schlussbericht (2002), S. 419.

<sup>1525</sup> Zürn definiert die vier Ziele in verschiedenen Variationen: in (1998a) als Sicherheit, Identität, Legitimation und soziale Wohlfahrt, vgl. Zürn (1998a), S. 13 f. In (1992a) und (1992b) beschreibt er sie als Sicherheit, soziale Wohlfahrt sowie Kultur und Kommunikation (drei Ziele), vgl. insgesamt Zürn (1992a) und (1992b), S. 58 f. In (1997) wiederum wählt er Sicherheit, ökonomisches Wachstum, Wohlfahrt und Legitimität, vgl. Zürn, Michael (1997), Does international governance meet demand? Theories of international institutions in the age of globalization, in: Institut für interkulturelle und internationale Studien Nr. 4 - 5, Globalization processes in the OECD world, Bremen, S. 36 ff. und in (2001) schließlich kommen die vier Ziele in Form von Sicherheit, Recht, Partizipation und sozialer Wohlfahrt vor, vgl. insgesamt Zürn (2001a).

<sup>1526</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 328 f.

<sup>1527</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 41 und S. 54.

Anerkennungsdimension definiert.<sup>1528</sup> Die Zieldimension beinhaltet, dass internationale Regelungen Rahmenbedingungen festlegen, die aus Vereinbarungen zwischen Staaten und unter Beteiligung transnational organisierter Interessensgruppen entstanden sind. Die Ressourcendimension wiederum beinhaltet die sub- oder nationalstaatliche Umsetzung dieser Richtlinien bei Sanktionsmöglichkeit und -fähigkeit des Staates. Die Anerkennungsdimension schließlich bedeutet die Kontrolle der Richtlinienumsetzung durch NGOs und andere Organisationen auf internationaler Ebene. In diesem Modell wird der Nationalstaat zum „verhandelnden Staat“, was sich in der Forderung nach einer Politik der Runden Tische, Bündnisse und Gipfel ausdrückt.<sup>1529</sup> Weil mit diesem Modell, das auf einer aktiven Zivilgesellschaft aufbaut, die Vorstellung von gesellschaftlicher Selbststeuerung einhergeht, gipfelt sie in der Vision eines Zusammenspiels von internationalen, nationalen und subnationalen politischen Regelungen zur Förderung von Sicherheit und sozialer Wohlfahrt und zum Abbau sozialer Exklusion und Fragmentierung. Durch diese Form der Mehrebenenpolitik soll die eingeforderte Demokratisierung vorangetrieben und gleichzeitig eine neue Form der überstaatlichen Identität jenseits von Exklusion und Abschottung erreicht werden.<sup>1530</sup>

### 3.13.3 Globalisierung als Denationalisierung

Zürn unterscheidet sich in seiner Definition der Globalisierung von allen anderen Autoren, da er sie als nicht erdumspannend bezeichnet und gleichzeitig die Reduzierung auf die ökonomische Dimension im öffentlichen Diskurs ablehnt.<sup>1531</sup> So werde der Begriff der Globalisierung als „Allzweckwaffe“ eingesetzt, obwohl er nicht angemessen ist.<sup>1532</sup> Zürn schlägt stattdessen den Begriff der Denationalisierung vor, da nicht gleich alles global wird, was über die Grenzen des Nationalstaates hinausreicht.<sup>1533</sup> Dieser Prozess zeichnet sich durch die Zunahme der Intensität und Reichweite von grenzüberschreitenden Interaktionen aus, die im Austausch und der Produktion von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräften, ökologischen und militärischen Risiken sowie Kultur und Kommunikation bestehen - eine Analyse, zu der auch die anderen Autoren gelangen.<sup>1534</sup> Zudem verläuft die Denationalisierung ungleich-

<sup>1528</sup> Vgl. Zürn (2001b), S. 434 ff.

<sup>1529</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 334 f. Ein interessantes Phänomen ist, dass diese in Deutschland von der Politik mittlerweile in Ansätzen umgesetzten Forderungen - zu nennen sind exemplarisch die Hartz-, Rürup- und Süßmuth-Kommissionen oder die Bündnisse für Arbeit in Bayern und im Bund - von Medien und Öffentlichkeit kritisiert und als unnötig beurteilt werden. Zu klären wäre die Frage, ob dies an der mangelnden öffentlichen Begründung der Notwendigkeit solcher Instrumente durch die Politik liegt.

<sup>1530</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 336.

<sup>1531</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 328 f.

<sup>1532</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 64.

<sup>1533</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 73; Zürn (1998b), S. 299 und auch Zürn (1997), S. 25 ff. Auch Beisheim und Walter weisen auf die missverständliche Verwendung des Globalisierungsbegriffs hin. Vgl. insgesamt Beisheim, Marianne und Walter, Gregor (1997a), „Globalisierung“ - Kinderkrankheiten eines Konzeptes, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4, Heft 1, S. 153 - 180, v.a. S. 153 ff. und S. 174 ff.

<sup>1534</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 9, S. 13 ff., S. 25 ff., S. 73 ff., S. 125 und S. 265 f. sowie Zürn (1998b), S. 299 f.

zeitig, die Entstehung neuer Grenzen ist immanent.<sup>1535</sup> Denationalisierung ist somit ein vielfältig gebrochener Prozess mit unterschiedlichen Sachbereichen in unterschiedlichem regionalen Ausmaß.<sup>1536</sup> Wie die anderen Autoren stellt Zürn fest, dass Raum und Zeit durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Mobilität ihre strukturierende Bedeutung verlieren.<sup>1537</sup>

### 3.13.4 Nationalstaat: Nationalstaatliche Steuerungsmöglichkeiten im Kontext der Globalisierung

Auch Zürn verweist, wie bereits Dahrendorf und Habermas, auf die historischen Leistungen des Nationalstaates, indem er konstatiert, dass die Ziele des Regierens im Nationalstaat optimal umgesetzt werden konnten, weil Souveränität, Ressourcen und Regieren auf ein fest umrissenes Territorium sowie die dazugehörige Gesellschaft bezogen waren. Die normative Grundlage war die äußere und innere Souveränität.<sup>1538</sup> Laut Zürn besteht moderne Staatlichkeit bislang zudem im Gewalt- und Steuermonopol sowie in der Gemeinwohlorientierung.<sup>1539</sup> Durch die aktuell zu beobachtenden Transformationen jedoch wird dieses Souveränitätsverständnis in Frage gestellt, weil eigentlich staatlich zu erbringende Leistungen auf andere Ebenen verlagert werden.<sup>1540</sup> Als Beispiele nennt Zürn unter anderem den kontinuierlichen Anstieg von EU-Verordnungen und -Richtlinien sowie internationalen Umwelt- und Wirtschaftsverträgen, die steuernd in die Kompetenzen der Nationalstaaten eingreifen, ohne dass die Bevölkerung an deren Entstehung in Form eines Meinungs- und Willensbildungsprozesses beteiligt ist.<sup>1541</sup> Damit verbunden ist, dass auf transnationaler Ebene mittlerweile eine Fülle sektoral und funktional definierter Organisationen, transnationaler Unternehmen und Interessensgruppen agiert und

<sup>1535</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 56 und S. 66. In diesem Zusammenhang verweist Zürn exemplarisch auf den Rand der OECD-Welt, die großen Handelsblöcke wie ASEAN (Association of SouthEast Asian Nations) und NAFTA (North American Free Trade Agreement) sowie die EU. Vgl. auch Zürn (1992a), S. 490; Zürn (1997), S. 25 f. sowie Zürn (1998b), S. 299.

<sup>1536</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 16.

<sup>1537</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 20 ff. sowie insgesamt Zürn (2001).

<sup>1538</sup> Vgl. insgesamt Zürn (2001a) und Zürn, Michael (2001b), Regieren im Zeitalter der Denationalisierung, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 423 - 442 - identisch mit (2001a), S. 427 ff.

<sup>1539</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 37 ff. Auch Zürn nimmt eine umfassende Sozialstaatsanalyse vor. Da sie sich im Kern aber mit denen aus den vorangegangenen Teilkapiteln deckt, soll an dieser Stelle nur auf sie verwiesen werden. Zürn nimmt unter anderem auf folgende Aspekte Bezug: Forderung nach zukunftssichernder Sozialpolitik; Wandel am Arbeitsmarkt; garantiertes Grundeinkommen; Aufwertung von Weiterbildung und Qualifikation durch lebenslange Förderung individueller Kompetenz und Entfaltung; Problematik der Bewahrung des Status Quo statt Zukunftssicherung; Forderung nach Kapitalbeteiligung und Ersatz von Lohn- durch Kapitalanteile. Vgl. hierzu Zürn (1998a), S. 21, S. 35 ff., S. 43 ff., S. 52 f., S. 123 ff., S. 130 ff., 147 ff., S. 153 und S. 337 ff. Außerdem verweist Zürn mit Blick auf die Ebenen oberhalb des Nationalstaates auf die Problematik der Umverteilung. Vgl. Zürn (1998a), S. 222 ff. und S. 343.

<sup>1540</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 321 f. Vgl. hierzu auch Tetzlaff, Rainer (2000), Staatenwelt und Demokratie. Zur Transformation der Demokratie durch Globalisierung, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 324 sowie Messner (2000c), S. 351. Vgl. vor allem auch Habermas (1995a), S. 296 und S. 299, wo er bereits feststellt, dass die Globalisierung wesentliche Voraussetzungen des Völkerrechts in Frage stellt.

<sup>1541</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 302.

dadurch automatisch an der Entstehung neuer Regelungen mitwirkt.<sup>1542</sup> So sind auf der einen Seite also die Erfordernisse an die Politik enorm gewachsen und auf der anderen Seite haben sich gleichzeitig deren Handlungskapazitäten dramatisch verringert. Zürn spricht davon, dass die internationalen und gesellschaftlichen Verregelungen die nationalstaatlichen Handlungsoptionen unterminieren, ersetzen und überwölben.<sup>1543</sup> Damit verliert der Staat seine Handlungs- und Regelungsspielräume, seine Bedeutung relativiert sich und seine Steuerungsfähigkeit ist geschwächt.<sup>1544</sup> Obwohl der Nationalstaat also aus wichtigen Gründen bestehen bleibt, muss er sich künftig immer mehr in ein „komplexes Netz internationaler Vereinbarungen“ als ein Teil eines umfassenden Mehrebenenmodells einbinden lassen - diese Auffassung teilen Zürn und Habermas.<sup>1545</sup>

### 3.13.5 Krisensymptome: Fragmentierung und Protektionismus

Eine Folge der abnehmenden Steuerungsfähigkeit des Staates ist, dass es ihm immer weniger gelingt, die Verlierer dieser Entwicklungen vor den negativen Effekten des Wandels zu schützen (u.a. Sozialstaatsdiskussion). Sie verlieren ihr Vertrauen in den Staat und suchen nach neuen kollektiven Einheiten, die, wie bei Huntington oder Barber beschrieben, ethnisch oder nationalistisch begründet sein können.<sup>1546</sup> So stellt Zürn den Kausalzusammenhang her: Je weniger der Staat politisch steuern kann, desto größer wird das Bedürfnis der Betroffenen und der Verlierer nach Regelungen und Kontrolle.<sup>1547</sup> Gerade das Ohnmachtsgefühl der Menschen gegenüber der Politik, das entsteht, weil nicht mehr genügend Einflussmöglichkeit zu erkennen und kaum mehr Verantwortliche auszumachen sind - vor allem mit Blick auf die internationalen Vereinbarungen -, macht Menschen empfänglich für protektionistische Lösungen.<sup>1548</sup> Bereits in seinen Aufsätzen von 1992 weist Zürn auf diese Gefahren hin und macht sie 1998 zu einem seiner zentralen Themen, das in Folge auch Beck aufgreift.<sup>1549</sup> Er definiert Protektionismus als den Wunsch nach verstärktem Schutz kultureller, sozialer und ökologischer Faktoren, wobei in den politischen Strategien der Aspekt des Schutzes wichtiger werde als der Aspekt der politischen und wirtschaftlichen Effizienz.<sup>1550</sup> Die Folge davon könne, wie auch Dahrendorf warnt, politische Fragmentierung sein, die aus der Verweigerung

<sup>1542</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 325. In seinem Text von 1992 geht Zürn noch nicht von diesem Automatismus aus, sondern fordert dessen Entstehung ein. Vgl. Zürn (1992a), S. 492.

<sup>1543</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 508.

<sup>1544</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 331 sowie Zürn (1996), S. 27.

<sup>1545</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 329.

<sup>1546</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 266 ff. und S. 275. Vgl. außerdem Zürn (1992a), S. 492.

<sup>1547</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 307.

<sup>1548</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 304 und bereits Zürn (1992a), S. 492 und S. 509 ff. Zu den unterschiedlichen Formen der Fragmentierung vgl. unter dem Stichwort „Regionalism“ am Beispiel von Schottland und Quebec auch insgesamt Zürn, Michael (1999), Regionalism in the Age of Globalization, in: Institut für interkulturelle und internationale Studien Nr. 16, Bremen, vor allem S. 4 ff.

<sup>1549</sup> Vgl. insgesamt Zürn (1998b), vor allem ab S. 300 ff.

<sup>1550</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 123 und S. 292 ff.,

der normativen Anerkennung der Entgrenzung im Globalen Zeitalter entsteht. Protektionismus bedeutet also die Sehnsucht nach einem Zurück zu überschaubaren und steuerbaren Räumen.<sup>1551</sup> Zürn identifiziert vier Formen des Protektionismus (schwarz, rot, grün und braun), die zwar unterschiedliche Strategien aufweisen, aber das gleiche Ziel verfolgen. Schwarzer Protektionismus will eine frei handelnde Marktgesellschaft und propagiert daher „Standortsicherung durch Senkung der Lohn(neben)kosten“. Diese Haltung wird bei Zürn und anderen auch als Neoliberalismus bezeichnet.<sup>1552</sup> Die rote Variante hingegen will die Standortsicherung durch nationalstaatliche Kontrolle der Wirtschaft bei Betonung der Notwendigkeit der sozialen Sicherung erreichen (alte Sozialdemokratie).<sup>1553</sup> Der grüne Protektionismus stellt den Umweltschutz in den Mittelpunkt, der nur durch nachhaltiges Wirtschaften zu erreichen ist.<sup>1554</sup> Und die braune Version erstrebt eine Gemeinschaftsbildung, indem sie die Bewahrung bzw. Herstellung von ethnisch homogenen Gemeinschaften verfolgt (in Teilen auch Kommunitarismus).<sup>1555</sup> Gemeinsam ist diesen Varianten laut Zürn die Annahme, dass ein „systemischer Zusammenhang zwischen Nation und Demokratie“ und damit zwischen Territorium und politischer Steuerung besteht bzw. erhalten werden muss.<sup>1556</sup> Die von ihm gewählte Farbwahl, so sein Hinweis, ist nicht mit der parteipolitischen Bezeichnung und den entsprechenden Parteien gleichzusetzen, da diese Protektionismen mittlerweile in allen politischen Strömungen zu beobachten sind.<sup>1557</sup> Seiner Auffassung nach müssen sie jedoch alle scheitern, wenn sie universalistisch angewendet würden. So ist die aus den protektionistischen Strategien entstehende politische Fragmentierung ein Prozess, in dem Gültigkeitsreichweiten von politischen Regelungen und der sie tragenden politischen Organisationen reduziert oder aufgelöst werden sollen.<sup>1558</sup> Mit Blick auf internationale bzw. innerstaatliche Konflikte stellt Zürn fest, dass es im Zuge der Denationalisierung auf der einen Seite zu einer Auflösung globaler Konfliktlinien komme und daher Kriege zwischen Staaten unwahrscheinlicher würden - eine Einschätzung, die Huntington nicht teilt.<sup>1559</sup> Er begründet dies mit der Abnahme der Bedeutung territorialer Abgrenzungen, so dass Konfliktlinien aus hegemonialen und ideologischen Bestrebungen weniger werden. Der durch die wirtschaftliche Denationalisierung ausgelöste Effizienzdruck verringere nämlich ideologische Grund-

<sup>1551</sup> Mit Blick auf die in fast allen Konzepten des im Globalisierungsdiskurses vorhandene Bezugnahme auf die Kommune und den lokalen Kontext als Ort für die Umsetzung der Demokratisierung stellt sich auf der Folie von Zürns Analyse die Frage, inwieweit dies ein (unbewusster) „protektionistischer Reflex“ der Autoren selbst ist. Dies soll im Schlusskapitel bewertet werden.

<sup>1552</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 292 ff. sowie Zürn (1998b), S. 312 ff.

<sup>1553</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 316 ff.

<sup>1554</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 320 ff.

<sup>1555</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 295 ff. sowie Zürn (1998b), S. 308 ff.

<sup>1556</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 325.

<sup>1557</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 307. Hier scheint sich ein weiteres Mal die Auflösung der klassischen politischen Koordinate anzudeuten.

<sup>1558</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 256 ff.

<sup>1559</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 313.



lagen für globale, staatsinduzierte Konfliktlinien.<sup>1560</sup> Allerdings, so Zürn weiter, nähmen die innerstaatlichen Konfliktlinien zu, die sich in Wirtschaftskrisen, Umweltschäden, Terror oder Korruption zeigen. Einen Anstieg gebe es ebenfalls bei regionalen oder lokalen Konfliktlinien, wobei sich insgesamt das Gewaltpotential erhöhe. Zürn spricht hier von den weltgesellschaftlich induzierten Bedrohungen. Die Zunahme von Gewalt erfolgt also weniger zwischen Staaten, sondern ist eher transnational motiviert.<sup>1561</sup>

### 3.13.6 Demokratie, Inkongruenz und Legitimität

Da Zürn von der Ungleichzeitigkeit der Denationalisierung ausgeht, konstatiert er Defizite bei der politischen Gestaltungsmacht, der Legitimation politischer internationaler Institutionen und der kollektiven Identität.<sup>1562</sup> Folgen sind die Inkongruenz zwischen wirtschaftlichen und politischen Räumen, eine Ineffizienz nationalstaatlichen Regierens und politische Fragmentierung. Die Fixierung auf den Nationalstaat bedeutet somit eine Verengung und Lähmung.<sup>1563</sup> In seinem Konzept geht es Zürn vor allem um den Aspekt des „Regieren-Könnens“:<sup>1564</sup> „Die Rede vom Volk, das regiert, darf nicht zugunsten des Volkes vereinseitigt werden, das Volk muß eben auch regieren können.“<sup>1565</sup> Aus dieser Annahme entsteht für Zürn die zentrale Frage, die noch beantwortet werden muss: Wie soll sich künftig die Größenordnung eines politischen Gemeinwesens bestimmen lassen, so dass in dieser Kongruenz- und Identitätsbedingung erfüllt sind. Die Kongruenzbedingungen definiert er als Gültigkeitsreichweite der politischen Regelungen auf Grundlage der Identität von Herrschaftsobjekt und Herrschaftssubjekt.<sup>1566</sup> Die Identitätsbedingungen beinhalten die kollektive Identität als Voraussetzung für demokratische Entscheidungsfindungsprozesse.<sup>1567</sup> Das Dilemma entstehe im Kontext der ungleichzeitigen Denationalisierung nun aus dem Sachverhalt, dass die Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen danach verlange, möglichst umfassend gestaltet zu werden, die Identitätsbedingungen aber genau das Gegenteil erfordern.<sup>1568</sup> Politische Integration kann somit künftig nur erreicht werden, wenn die Un-

<sup>1560</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 111 ff., S. 293 und S. 322. Diese Einschätzung teilt auch Fukuyama. Mit Blick auf die Interventionen in Afghanistan und Irak müsste diese These erneut debattiert werden.

<sup>1561</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 21 und S. 324 ff. Habermas reflektiert diese Tendenzen mit Bezugnahme auf Kants Idee des Ewigen Friedens und betont, dass Kant weder die Welt-, noch die Bürgerkriege oder Formen des Terrorismus vorhersehen und damit einbeziehen konnte. Die Voraussetzungen haben sich heute grundlegend verändert. Vgl. Habermas (1995a), S. 294 f.

<sup>1562</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 294. Vgl. außerdem bereits Zürn (1992a), S. 490. Vgl. zur Ungleichzeitigkeit auch Messner (2000c), S. 352.

<sup>1563</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 10 ff., S. 166 und S. 291.

<sup>1564</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 326 und Zürn (1996), S. 36.

<sup>1565</sup> Zürn (1998b), S. 326.

<sup>1566</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 237 f.

<sup>1567</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 39. In diesem Text von 1996 nimmt Zürn zwar Bezug auf die von Habermas bekannte Frage zu der Bedeutung von Demos und Ethnos für die Identitäts- und Gemeinschaftskonstitution, ordnet sie aber noch nicht in sein Raster der Protektionismen ein. 1998 erweitert er das Konzept dann um die Dimension des „Regieren-Könnens“ und der Reversibilität. Vgl. Zürn (1998b), S. 326.

<sup>1568</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 327.

gleichzeitigkeit aufgehoben und neue Regelungen und Organisationen geschaffen werden, wobei die Voraussetzung dazu die normative Anerkennung der Entgrenzung ist.<sup>1569</sup> Um seine Forderung nach Überwindung der Ungleichzeitigkeit weiter theoretisch zu fundieren, fordert Zürn neben dem Projekt komplexes Weltregieren auch eine neue komplexe Demokratietheorie. In dieser werden die Faktoren von Input (Kongruenz von Betroffenen und Entscheidungen) und Output (Gültigkeitsreichweite) um Throughput ergänzt, also um die Merkmale des demokratischen Prozesses. Da Demokratie als öffentliche Willensbildung und Entscheidungsfindung definiert ist, bei der alle Betroffenen gleiche und wirksame Einflussmöglichkeiten haben sollen und die normativ begründungsfähige Problemlösungen hervorbringt, dies also ein reflexiver und deliberativer Prozess ist, ergänzt Zürn ihn nun um das Merkmal der Entscheidungsfähigkeit (aggregativ).<sup>1570</sup> Der Entscheidungsprozess muss sich demnach selbst reproduzieren und Bedingungen seiner eigenen Existenz schaffen sowie die freie und gleiche Beteiligung aller sowohl als Voraussetzung als auch als Ergebnis beinhalten.<sup>1571</sup> Öffentliche Rechtfertigungsgründe für politische Entscheidungen (deliberativ) sind notwendig, Argumentieren statt bloßes Aushandeln von Kompromissen ist wesentlich.<sup>1572</sup> Neben der normativen Begründung von Politikergebnissen fordert Zürn daher auch die Bereitstellung öffentlicher Diskursräume durch die Politik, nämlich in Form von Tagungen, Informationsveranstaltungen, Schriften, Disputen, Medien und Expertenrunden.<sup>1573</sup> Entscheidend in diesem Zusammenhang werden für Zürn insgesamt die sogenannten Reversibilitätsbedingungen, die es ermöglichen, einen deliberativen Prozess abubrechen und ein Ergebnis durch Abstimmung zu erzielen, so dass jedes Ergebnis des politischen Willensbildungsprozesses revidierbar wird. Gerade mit Blick auf Becks Risikogesellschaft und die heute noch nicht abschätzbaren Gefährdungen durch Spätfolgen von Großtechnologien (Atom, Gen) lässt Zürn für die Reversibilität plädieren. Damit greift er eine Kritik von Münch an Habermas` deliberativer Demokratietheorie auf, nämlich die implizite Unendlichkeit beim kommunikativen Prozess der Konsenssuche, und setzt ihr die Möglichkeit der Abstimmung aufgrund des Reversibilitätserfordernisses entgegen.<sup>1574</sup> Alternative und komplementäre Verfahren für die demokratische Legitimation müssen erdacht und erprobt werden, damit diese sich neu konstituieren kann. Die Lösung liegt in der Suche nach Verfahren, die weniger vom Gemeinschaftspotential zehren als parla-

---

<sup>1569</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 295.

<sup>1570</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 233 und S. 240. Hier wird der Bezug auf Habermas` Theorie deutlich.

<sup>1571</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 240.

<sup>1572</sup> Zürns Hinweis erscheint wie ein Verweis auf den „alten“ und den „neueren“ Habermas durch die implizite Kritik an der Theorie des kommunikativen Handelns (unbedingte Konsenssuche) und der Anpassung der deliberativen Demokratietheorie an die Herausforderungen der Globalisierung (argumentative Rechtfertigung).

<sup>1573</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 240 f.

<sup>1574</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 241 ff. Vgl. Waschkuhn (1998), S. 402.

mentarische Mehrheitsentscheidungen, dafür aber ein höheres gemeinschafts-schaffendes Potential besitzen.<sup>1575</sup>

### 3.13.7 Weltstaat und Weltgesellschaft

In Zürns Analyse fehlt zur Herstellung der Legitimation ein identifizierbares politisches Gemeinwesen, ein Defizit, das in den vorherigen Teilabschnitten bereits konstatiert wurde.<sup>1576</sup> Da Zürn davon ausgeht, dass Identität beeinfluss- und damit veränderbar ist, geht er davon aus, dass das Demokratiedefizit teilweise aufgefangen und behoben werden kann.<sup>1577</sup> Da Zürn, ebenso wie alle anderen Autoren, eine allem übergeordnete Instanz oder die Schaffung eines Weltstaates ablehnt und auch die Vereinten Nationen nicht als adäquates Steuerungsinstrument ansieht,<sup>1578</sup> stützt sich auch seine Vision zu einem Teil auf die entstehende Weltgesellschaft. Mit Blick auf die Kultur lässt Zürn ein ähnliches Bild aufblitzen, wie es Barber mit McWorld skizziert hat,<sup>1579</sup> insgesamt stützt sich seine Weltgesellschaft aber auf die kollektiven Akteure der globalen Zivilgesellschaft.<sup>1580</sup> Die Prämisse einer veränderbaren Identität bietet die Grundlage für die Hoffnung auf eine zivil konstituierte Identität jenseits und quer zu den Nationalstaaten, so dass in Folge auch die Demokratie jenseits der Nationalstaaten denk- und praktizierbar wird.<sup>1581</sup> Da gemeinschaftliche Orientierungen nicht statisch, sondern „historisch gewachsen“ sind, gelten sie Zürn auch künftig als veränderbar:<sup>1582</sup> „Das Auseinanderlaufen von Kongruenz- und Gemeinsinnbindung ruft ein Demokratiedilemma hervor. Dieses Dilemma darf jedoch auch hier nicht als unüberwindbar verstanden werden. Gemeinsinn-

<sup>1575</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 254 f. Als ein Beispiel hierfür greift Zürn auf Becks Idee der politischen Steuerung und Einflussnahme durch Konsumentenboykott zurück. Vgl. Zürn (1998a), S. 107.

<sup>1576</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 26.

<sup>1577</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 155 und S. 240.

<sup>1578</sup> Die Vereinten Nationen bezieht Zürn ausführlicher nur 1992 ein, noch dazu in Negation, da andere internationale Institutionen besser geeignet seien für die Erfordernisse künftiger politischer Steuerung. Da ein weltweites Gewaltmonopol von Zürn abgelehnt wird, erscheint ein solches auch unter dem Dach der Vereinten Nationen als kontraproduktiv. Vgl. Zürn (1992a), S. 498 ff.; Zürn (1992b), S. 58 f. und auch Zürn (1998a), S. 63.

<sup>1579</sup> Zürn lässt das Bild von McWorld (Barber) entstehen, um die kulturelle Dimension der Globalisierung zu verdeutlichen. Vgl. Zürn (1992a), S. 496 f. Um die kulturelle und kommerzielle Dominanz der USA zu illustrieren, wählt Zürn das Bild von Computern, die aufgrund ihrer niedrigen Kosten (preiswerte Hardware) mittlerweile auch „in den kleinsten Dörfern der sog. Dritten Welt“ stehen würden. Obwohl Zürns Intention eine Kritik an der amerikanischen Dominanz ist, bekommt sein Bild ungewollt eine Schiefelage. Der ehemalige Botschafter Somalias in Deutschland, Abduraham Aden, macht in diesem Zusammenhang auf eine Problematik aufmerksam, die die Einseitigkeit der westlichen Perspektive auf die Globalisierungsprozesse verdeutlicht: In Afrika fehle immer noch das kommerzielle Interesse an den neuen Kommunikationstechnologien. Selbst wenn es vorhanden wäre, würde dem Gros der Bevölkerung jedoch das Geld für die Anschaffung fehlen, ebenso Strom- und Telefonanschlüsse. Würde dieses Problem gelöst, käme ein weiteres hinzu: In Afrika beherrschen nur wenige Menschen außerhalb der Städte Englisch, viele können weder lesen noch schreiben. Neben diesen Defiziten entsteht noch eine moralische Komponente, die darin liegt, dass in der Sub-Sahara das Jahreseinkommen einer Familie bei etwa 100 Dollar liegt. Von den Kosten eines Internetzugangs könnte eine Familie somit ein ganzes Jahr leben. Vgl. Aden, Abduraham (2000), Kein Anschluss unter dieser Nummer, *Frankfurter Rundschau*, 11.03.00.

<sup>1580</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 511.

<sup>1581</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 29 und S. 173. Auch Brock ist der Auffassung, dass globale Demokratisierungsprozesse in Form von Mitgestaltungsansprüchen und Willensbekundungen nicht notwendigerweise eine globale Gemeinschaft mit belastbarer Wir-Identität erfordern. Er hält als Ausgangsbedingung „das Vorhandensein einer situations- oder problem-spezifischen Öffentlichkeit“ für ausreichend. Vgl. Brock (1998), S. 67.

<sup>1582</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 327.

orientierung bzw. Identität in dem hier diskutierten Sinn stellt eine historisch variable Größe dar, die sich zwar nur langfristig verändert, aber dennoch beeinflussbar ist.<sup>1583</sup> Mit Blick auf Dahrendorf und Habermas rekapituliert auch Zürn, dass für Gemeinsinnbindung und Gemeinwohlorientierung (Solidarität) eine kollektive Identität nötig ist, die aber nicht ethnisch sein muss, sondern durch gemeinsame Interessensausbildung entstehen kann, die sich wiederum auf einen sozialen Handlungszusammenhang als Ganzes bezieht.<sup>1584</sup> Ebenfalls wie bei Dahrendorf und Habermas zeichnet sich bei Zürn eine gewisse Ambivalenz zwischen Hoffnung einerseits und realer Einschätzung andererseits ab, so dass er resümiert: „Dennoch muß das Projekt komplexes Weltregieren sicherlich zunächst ohne vollständig ausgebildete (...) Identität auskommen. Wenn ein symbolisches Bezugssystem, in dem sich starke kollektive Identitäten ausbilden können, jenseits des Nationalstaates für absehbare Zeit nicht zu Verfügung steht, muß es vorrangig darum gehen, das allgegenwärtige und komplexitätsreduzierende Wir-Gefühl in einer komplexer werdenden Welt in politisch ungefährliche Bahnen zu lenken.“<sup>1585</sup> In Einklang mit den Konzepten von Albrow, Beck, Dahrendorf, Giddens und Habermas ist auch hier das Individuum zentral für das Projekt komplexes Weltregieren, das in letzter Instanz auf einer „politisch-moralischen Vision reflexiver Selbststeuerung autonomer Individuen und Organisationen“ beruht, die ihre „Eigenrationalität“ dann zurückstellen, wenn es um gute universalistische Gründe für gemeinwohlorientierte Verhaltensweisen geht (v.a. Albrow). Zürn konstatiert mit Blick auf das diesem Konzept zugrundeliegende Menschenbild, dass dem Individuum „fraglos ungleich mehr an intellektueller Kapazität, normativer Toleranz und Solidarität abverlangt“ wird „als jemals zuvor in der Geschichte“.<sup>1586</sup>

### 3.13.8 Inter- und transnationale Institutionen und Akteure

Wie auch Beck beobachtet Zürn keine Entpolitisierung im globalen Zeitalter und verweist als Beleg auf die Aktivitäten der transnationalen sozialen Bewegungen, in denen sich die Welt(risiko)gesellschaft unabhängig von Staatsgrenzen organisiert.<sup>1587</sup> Durch ihre Selbstorganisation und die Ausbildung sozialer Normen und Regeln erschaffen diese Akteure eine neue denkbare Form des Regierens und ersetzen damit den Nationalstaat partiell durch transnationale Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung.<sup>1588</sup> Daher soll ihnen, so Zürns Forderung, eine unmittelbare Rolle bei der Entwicklung und Veränderung internationaler Institu-

<sup>1583</sup> Zürn (1998a), S. 239 f. (kursiv im Original). Albrow und Giddens gehen von derselben Prämisse aus.

<sup>1584</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 238 ff. Zürn geht davon aus, dass auf Grundlage der international einklagbaren Menschenrechte und Sicherheitsgemeinschaft politische Partizipationsrechte in dem Maße vorhanden sind, dass alle Betroffenen gleiche und wirksame Einflussmöglichkeiten bei der öffentlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung haben können. Allerdings fehlt eine kollektive Identität, da es keine anerkannten Sozialverpflichtungen über den Nationalstaat hinaus gibt. Zürn setzt seine Hoffnung auf ein bereits vorhandenes ökologisches Verpflichtungsgefühl.

<sup>1585</sup> Zürn (1998a), S. 362.

<sup>1586</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 363.

<sup>1587</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 119.

<sup>1588</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 495 und Zürn (1998a), S. 167.

tionen zuerkannt werden.<sup>1589</sup> NGOs und andere zivile Akteure werden hier als Einflussorgane definiert, die Transparenz im politischen Prozess herstellen können.<sup>1590</sup> Dass sie diese Funktion zum Teil bereits erfüllen, zeigt die Kontrolle von NGOs und transnationalen Akteuren im Zusammenhang mit der sogenannten „good governance“, von der mittlerweile die Anerkennung eines Staates im internationalen Raum abhängen kann - so Zürn. Gerade die Vergabe finanzieller Mittel im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit an Staaten der Dritten Welt werden von den Kriterien der good governance beeinflusst. Der einzelne Staat ist somit „einer permanenten transnationalen Legitimationskontrolle“ unterworfen - jedenfalls theoretisch. Effektiver als einzelne Akteure und Bewegungen können internationale Institutionen und Regime eingeschätzt werden,<sup>1591</sup> obwohl deren demokratische Kontrolle ihrem Wachstum deutlich hinterherhinkt und ihnen eine umfassende demokratische Legitimation fehlt. Zürn wählt in seinen Texten in diesem Zusammenhang immer wieder folgendes Bild: „Während der bourgeois längst in übernationalen Kategorien denkt und handelt, ist der citoyen noch im nationalen Rahmen gefangen.“<sup>1592</sup> So kommt es zu der paradoxen Situation, dass die Bedeutung der internationalen Institutionen heute höher ist als ihre Legitimität, weil sie einerseits die Lebensbedingungen in den westlichen Industrieländern bereits mitbestimmen, andererseits aber keine ausreichenden Einflussmöglichkeiten auf diese Art der Politikgestaltung vorhanden sind.<sup>1593</sup> Der Legitimationsmangel könne aber - so Zürn - behoben und die internationalen Institutionen bei der Bereitstellung eines symbolischen Bezugsrahmens zur Bildung einer kollektiven Identität einbezogen werden.<sup>1594</sup> So kann etwa die Einrichtung eines internationalen Regimes (in der Regel konzentriert auf ein Problemfeld und daher flexibel in der Problembearbeitung)<sup>1595</sup> international regulativ wirken, indem soziale oder ökologische Mindeststandards vereinbart werden. Institutionen können somit sozialintegrativ wirken, auch wenn noch kein Gemeinsinn vorhanden ist - ein Gedanke, den ebenfalls Dahrendorf formuliert.<sup>1596</sup> Zürn stellt in seinem Konzept fest, dass die traditionelle Staatlichkeit heute bereits durch internatio-

---

<sup>1589</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 491.

<sup>1590</sup> Vgl. Zürn (2001b), S. 438 f. Zur öffentlichen Wahrnehmung von globalen Risiken wie Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Bürgerkriege vgl. insgesamt Zürn, Michael und Take, Ingo (1996), Weltrisikogesellschaft und öffentliche Wahrnehmung globaler Gefährdungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 24/25, S. 3 - 12. Hier definieren die Autoren als eine Aufgabe für die NGOs, gemeinsam mit den Medien auf die Gefährdungen aufmerksam zu machen und Öffentlichkeit herzustellen (Agenda-Setting).

<sup>1591</sup> Zu den Begrifflichkeiten „Internationale Institutionen, Regime und Organisationen“ vgl. Zürn (1992a), S. 501 f. und (1992b), S. 59. Vgl. auch Zürn (1997), ab S. 32 ff. und Zürn (2001b), S. 434. Vgl. zusätzlich den Schlussbericht (2002), S. 426 f. sowie Messner (2000c), S. 357.

<sup>1592</sup> Zürn (1998b), S. 304 f. In diesem Sinne vgl. auch Zürn (1992a), S. 508 sowie Zürn (1996), S. 33 f. Beck greift dieses Bild ebenfalls auf.

<sup>1593</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 304.

<sup>1594</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 291 f.

<sup>1595</sup> Ein internationales Regime ist die institutionalisierte Form des kooperativen, norm- und regelgeleiteten Verhaltens bei der politischen Bearbeitung spezifischer Konflikte oder Interdependenzprobleme. Es setzt sich aus Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren zusammen. Beispiele sind das Nordsee-Regime und das Klimaregime. Vgl. Schlussbericht (2002), S. 426.

<sup>1596</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 34 ff.

nale Regime und Organisationen überwölbt ist. Um seinem Konzept des Mehrebenenmodells Nachdruck zu verleihen, formuliert er Lösungsvorschläge zu dessen Ausgestaltung. Noch 1992 spricht Zürn davon, die internationalen Organisationen um eine internationale parlamentarische Versammlung ergänzen zu wollen, um ihre demokratische Kontrolle zu ermöglichen. Diese Forderung taucht in den späteren Texten so nicht mehr auf.<sup>1597</sup> In diesen plädiert er dann dafür, dass im internationalen Raum nationalstaatliche Verhandlungsdelegationen aus Regierungsvertretern generell von einer kleinen, nicht rede- und stimmberechtigten Gruppe begleitet werden sollen, die aus Oppositionsmitgliedern des jeweiligen Staates, aus NGOs und Experten zusammengesetzt ist. So können Positionen, Verhalten und Verhandlungsstrategien der Regierungsdelegationen in der jeweiligen nationalstaatlichen, aber auch der transnationalen Öffentlichkeit transparent gemacht werden.<sup>1598</sup> Zürns Ansatz besteht darin, relevante politische Organe auf allen Ebenen mit unterschiedlichen demokratisch legitimierten Akteuren zu besetzen und eine Verschränkung zu erreichen.<sup>1599</sup> Er geht davon aus, dass dies eine Stärkung der deliberativen Komponente in Bezug auf Verantwortlichkeit und Transparenz bedeutet und damit die transnationale Identitätsbildung forciert werde.<sup>1600</sup> Weil aber zusätzlich eine Demokratisierung der internationalen Institutionen selbst notwendig ist, schlägt Zürn als Beteiligungsvoraussetzung von transnationalen Entscheidungsnetzwerken geregelte Zutrittsmechanismen vor. So müssen die Netzwerke ihre eigene Mitgliedschaft (Klientel) angemessen repräsentieren und nicht selektiv auswählen. Des Weiteren müssen sie in Bezug auf das zu lösende Problemfeld ihre Betroffenheit plausibel machen sowie eine organisatorische Verankerung in mehreren Ländern nachweisen können. Außerdem sollen sie demokratische und transparente Verfahren in ihrem Innern gewährleisten. Allerdings nennt Zürn keine Einrichtung oder Instanz, die dieses überprüfen könnte. Zürn fordert zudem eine Stärkung regionaler Einheiten in einer Größe von bis zu 2 Millionen Einwohnern, um lokal begrenzte Entscheidungen erreichen zu können. Zusätzlich ist die Errichtung eines inklusiven Forums für diese politischen Einheiten nötig, damit sie einen Raum zum Erfahrungsaustausch bekommen.<sup>1601</sup> Diese Vorschläge nennt Zürn Formen politischer Regelungen, die den globalen Zusammenhängen gerecht werden.<sup>1602</sup>

### 3.13.9 EU als transnationaler Akteur

Einen seiner Texte widmet Zürn in Gänze der EU als transnationalem Akteur.<sup>1603</sup> In diesem Text kommen alle wichtigen Aspekte seines Konzeptes

<sup>1597</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 491.

<sup>1598</sup> Den gleichen Ansatz verfolgt auch Brock, vgl. Brock (1998), S. 68.

<sup>1599</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 351 ff. Vgl. auch Waschkuhn, S. 458.

<sup>1600</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 354 ff.

<sup>1601</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 359 ff.

<sup>1602</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 28.

<sup>1603</sup> Vgl. hierzu insgesamt Zürn (1996).

vor: der Vergleich von bourgeois - citoyen, die Forderung nach einer Demokratisierung der politischen Organe und die Frage nach der angemessenen Größenordnung eines politischen Gemeinwesens sowie nach den Gültigkeits- und Identitätsbedingungen. Gerade innerhalb der EU bestehe nach Zürn nämlich die Gefahr der Fremdbestimmung, da Gültigkeitsreichweite und Grenzen der relevanten sozialen Handlungszusammenhänge nicht übereinstimmen.<sup>1604</sup> Zuletzt betont Zürn auch hier wieder die Wichtigkeit der Revidierbarkeit von Entscheidungen und verknüpft dies mit der Forderung nach Referenden.<sup>1605</sup> Für sein Konzept des Mehrebenenmodells stellt die EU einen guten Referenzrahmen in Form ihres Entscheidungssystems dar. Denn sie schafft einen neuen politischen Raum durch ein Regelungsnetz und ohne eindeutige territoriale Grenzen. Ein grundlegendes Defizit der EU sieht Zürn darin, dass in der momentanen Entwicklung eher die Exekutive gestärkt wird und gesellschaftliche Gruppen sowie die Reorganisation ihrer Interessen diesem Prozess hinterhinken.<sup>1606</sup> Bei der Forderung nach einer Stärkung des EU-Parlaments diskutiert Zürn zwar das Für und Wider, entscheidet sich aber für die Aussage, dass eine Stärkung die richtige Stoßrichtung sei.<sup>1607</sup> In der Einführung mehrheitsdemokratischer Verfahren und europaweiter Referenden sieht Zürn die Möglichkeit, einen öffentlichen Diskurs zu initiieren und damit die europäische Identität durch Kommunikation zu befördern.<sup>1608</sup> Die Referenden stellen zusätzlich Instrumente zur Reversibilität dar, allerdings mit der Einschränkung, dass einige wichtige Bereiche wie Umverteilungs- und grundsätzlich Verfassungsfragen ausgenommen werden sollten.<sup>1609</sup> Außerdem fordert Zürn eine parteipolitische Stärkung im EU-Parlament gegenüber der nationalstaatlichen Orientierung in Form von europaweiten Parteilisten, eine Forderung, die bereits Beck und Habermas erhoben haben. Zudem sollten mehrheitsdemokratische Verfahren zur Gemeinschaftsgenerierung eingeführt werden.<sup>1610</sup> Beides, Referenden und europaweite Parteilisten, sind für Zürn nicht auf die globale Ebene übertragbar, weil hier kein neuer politischer Raum entsteht. Nachdem Zürn optimistisch ist, dass in der EU auch eine sektorale Öffentlichkeit aus Expertengruppen, NGOs und Verwaltungsbeamten entstehen könnte, die verstärkt gemeinschaftliche EU-Politiken formulieren, sieht er in den europäischen sozialen Bewegungen und Akteuren Instrumente zur Steigerung der Transparenz durch Herstellung von Öffentlichkeit und Agenda-Setting.<sup>1611</sup>

---

<sup>1604</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 33 f., S. 39 ff. und S. 50.

<sup>1605</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 41 f.

<sup>1606</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 35 f.

<sup>1607</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 43 ff. Vgl. hierzu auch Waschkuhn, S. 457.

<sup>1608</sup> Zürn knüpft an das Konzept von Habermas an.

<sup>1609</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 354 ff. Vgl. auch Zürn (1996), S. 49 f. Als Bedingung für die Durchführung eines Referendums nennt Zürn eine qualifizierte Mehrheit im EU-Parlament oder ein transnationales Quorum von 10 Prozent der Bevölkerung. Vgl. auch Waschkuhn, S. 457. Scharpf hingegen zeigt sich skeptisch gegenüber dieser Forderung von Zürn.

Vgl. Scharpf (1998a), S. 155.

<sup>1610</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 356 f.

<sup>1611</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 51.

Insgesamt hält er einen Trennföderalismus auf der Grundlage der Subsidiarität für sinnvoll, mit einer klaren Trennung bei der Zuweisung von Kompetenzen.<sup>1612</sup>

### 3.13.10 Fazit

Mit Zürn kann resümiert werden: „Der Weg zurück zu einer Welt der Nationen steht zumindest in den westlichen Regionen nicht mehr offen.“<sup>1613</sup> Denn heute gibt es bereits ein Zusammenspiel verschiedener politischer Entscheidungsebenen, wobei die einzelnen Ebenen ohne die anderen nicht mehr funktionieren.<sup>1614</sup> Dies ist der Kern des entworfenen Mehrebenenmodells, das in der Diskussion um Global Governance spezifiziert wird. Bei Zürn steht das Motiv Nationalstaat im Mittelpunkt, wobei seine Fragestellung zukunftsgeleitet ist. Die Perspektive auf das Motiv ist funktional, da es Zürn in erster Linie um die Möglichkeiten politischer Steuerung, also um Strukturen, Mechanismen, Regelungen und Verfahren geht. Das Motiv Gesellschaft kommt lediglich in Ableitung davon vor, Werte und Normen werden in Form von Demokratie und Menschenrechten als implizit vorausgesetzt und daher nicht grundsätzlich thematisiert. Der Ansatz ist partikular, weil auf die politischen Mechanismen bezogen, es wird kein Paradigma formuliert und die Intention ist eindeutig chancenorientiert.<sup>1615</sup> Zürn prangert an, dass im (ökonomischen) Globalisierungsdiskurs das Chancen- und Zukunftspotential größtenteils missachtet wird.<sup>1616</sup> Durch den Verweis, dass er sich in erster Linie auf die Staaten der OECD-Welt und im engeren Sinne auf die G7-Staaten bezieht, versucht er bereits im Vorfeld den Vorwurf der eurozentristischen westlichen Sicht entgegenzutreten.<sup>1617</sup> Sein dem Konzept zugrundeliegendes Menschenbild reflektiert Zürn, wie dargelegt, ebenfalls bereits in den Texten. Seine Einschätzung des politischen Apparates hingegen enthält einen ähnlich kritischen Unterton wie die von Beck, Habermas und anderen Autoren.<sup>1618</sup> Zürn beschreibt etwas ausführlicher die künftige Rolle und Bedeutung von Experten und Wissenschaftlern, ein Aspekt, der sich in den Konzepten zur Global Governance noch verstärkt. Darin drückt sich der Anspruch aus, als Vordenker des Mehrebenenmodells gleichzeitig an den aktuellen Bedingungen anzuknüpfen,

---

<sup>1612</sup> Vgl. Zürn (1996), S. 48. Zur Ausgestaltung des Demokratisierungsprozesses auf europäischer Ebene vgl. auch Messner (2000c), S. 371, der ähnliche Intentionen wie Zürn verfolgt. Ausführlicher wird auch Münch, vgl. Münch (1998), S. 422 ff.

<sup>1613</sup> Zürn (1998b), S. 297. In diesem Sinn vgl. auch Zürn (1992a), S. 511 f.

<sup>1614</sup> Vgl. Zürn (1998a), S. 334.

<sup>1615</sup> Vgl. zur Chancenorientierung als Auswahl Zürn (1998a), S. 9 ff., S. 29, S. 155, S. 179, S. 240, S. 291 ff., S. 226, S. 349 und S. 363 f. Holland-Cunz spricht in diesem Zusammenhang etwas despektierlich von einer „nicht unbeträchtliche(n) Emphase“, die bei Gebrauch des Wortes „Governance“ bei dem Benutzer des Begriffes zu beobachten sei. Vgl. Holland-Cunz, Barbara (2001), Perspektiven der Verhandlungsdemokratie - Governance-Prozesse aus frauenpolitischer Sicht, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 283.

<sup>1616</sup> Vgl. Zürn (1998b), S. 328.

<sup>1617</sup> Zürn geht davon aus, dass innerhalb der OECD-Welt die Demokratie-Definition weitgehend erfüllt ist, weil der menschenrechtliche und sicherheitsgemeinschaftliche Aspekt, der ein Gemeinwesen ausmacht, vorhanden ist (Menschenrechte und der Schutz vor willkürlicher Gewalt sind international einklagbar). Vgl. Zürn (1998a), S. 347 ff.

<sup>1618</sup> Vgl. Zürn (1992a), S. 512.



diesen Weiterentwicklungsmöglichkeiten gegenüberzustellen und direkten Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Zu beobachten ist zudem, dass die Ergänzung des deliberativen Demokratiemodells durch die Reversibilitätsbedingungen einen Rückgriff auf Habermas, aber auch auf Becks Risikogesellschaft darstellt, die Kritik an protektionistischen Bestrebungen hingegen eine Abgrenzung zu den Autoren der ersten Phase und zu Etzioni ist.

### **3.14 Kosmopolitische Demokratie? Zusammenfassung und Wertung**

Anhand der Analyse beider Konzeptionen kann aufgezeigt werden, dass Habermas und Zürn zwar chancenorientiert argumentieren und Zukunftskonzepte entwickeln, dennoch aber keine Aufbruch-Paradigmen formulieren. Ihnen ist der funktionale Zugang zum Motiv Nationalstaat gemeinsam, wobei der Teilaspekt der politischen Steuerung im Zentrum steht. Zusätzlich ist zu erkennen, dass Zürn auf Grundzüge aus Habermas' Theorie zurückgreift und diese an einigen Stellen ergänzt bzw. erweitert. Ein Beispiel ist die kommunikativ konstituierte Öffentlichkeit als Grundbedingung von Demokratie und Identität, ein anderes die Definition des demokratischen Prozesses als Meinungs- und Willensbildung, den Zürn aber explizit um die Komponente der tatsächlichen Entscheidungsfindung und vor allem der Reversibilität erweitert, also die deliberative durch eine aggregative Komponente ergänzt. Habermas betont, wie aufgezeigt, die Inputorientierung, Zürn erweitert den Prozess um die Throughputorientierung. Für ihn ist nicht nur die Selbstgesetzgebung, sondern vor allem deren Ermöglichung wichtig (Aspekt des „Regieren-Könnens“). Für beide spielt die Frage der Solidarität bzw. der Gemeinwohlorientierung in Hinblick auf deren Übertragbarkeit auf die globale Ebene eine zentrale Rolle, wobei sie sich hier in ihren Schlussfolgerungen unterscheiden. Während Habermas grundsätzlich skeptisch bleibt, weil er in den Grenzen seiner eigenen Theoriekonstruktion gefangen bleibt, erklärt Zürn die Entwicklung einer weltbürgerlichen Solidarität in Einklang mit Brock zum einen als möglich, zum anderen aber auch als nicht grundlegend entscheidend für die Erweiterung des demokratischen Prozesses jenseits der nationalstaatlichen Grenzen.<sup>1619</sup> In dieser Einschätzung deutet sich bereits Zürns Verbundenheit mit den Autoren des Global Governance-Konzeptes an. Aufgrund des Rollen- und Funktionswandels des Nationalstaates, den beide für einen weiterhin wichtigen Akteur ansehen, entsteht bei Habermas und Zürn das Mehrebenenmodell, wobei nicht völlig klar wird, ob sie beide dieses in gleicher Weise definieren, da Habermas an einer Stelle von möglichen Hierarchien in dem Modell spricht, die nach der Definition Zürns (und Global Governance) gar nicht vorgesehen sind. Das Mehrebenenmodell

---

<sup>1619</sup> Vgl. Brock (1998), S. 67.

zeichnet sich durch seinen Konsens-, Verhandlungs- und Kooperationscharakter aus, der zugleich die grundsätzliche Schwäche des Modells darstellt. Da weder Kommunikations- noch Kooperationsverweigerung als reale Optionen in dem Modell thematisiert werden, gibt es auch keine umfassenden Ansätze, wie oder durch wen diesen zu begegnen wäre. Dieses Defizit hat das verhandlungs- und kooperationsorientierte Mehrebenenmodell (und Global Governance) nach dem 11. September 2001 in eine Sinnkrise gestürzt, was im nächsten Teilkapitel noch erläutert werden soll. Überraschend bei der Analyse des Modells ist, dass weder Habermas noch Zürn der UNO größere Aufmerksamkeit in ihren Texten widmen, die zwar an einigen Stellen erwähnt, aber nicht im Detail bearbeitet wird. In diesem Aspekt unterscheiden sich ihre Konzepte von denen der Global Governance. Diese Vorgehensweise kann darin liegen, dass eine übergeordnete globale Instanz grundsätzlich abgelehnt und die UNO sowie ihre Gremien daher mit Strukturen eines Weltstaates bzw. einer Weltregierung in Verbindung gebracht werden. Zürn wird im Vergleich zu Habermas zusätzlich etwas konkreter, wenn es um die Ausgestaltung der Regelungsmechanismen auf trans- und internationaler Ebene geht. Internationale Institutionen, ebenso wie trans- und internationale NGOs und Akteure gelten beiden Autoren als Bausteine einer jenseits des Nationalstaates angesiedelten Demokratie und Identität. Die grundsätzlich positive Einschätzung, die bereits den ganzen Globalisierungsdiskurs durchzieht, ist auch hier wieder zu finden. Ebenso wie Dahrendorf schätzt Zürn die internationalen Institutionen als sozialintegrativ ein. Da den internationalen NGOs und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft für die Zukunft umfassende Kontroll- und Vermittlungsfunktionen zur Herstellung und Steigerung von Transparenz zugewiesen werden, steigen sie zu Hoffnungsträgern für das Fundament einer Weltgesellschaft auf, obwohl beide Autoren deren Demokratie- und Legitimationsdefizit problematisieren. Eine weitere Chance sehen sie in den Weltgipfeln und Weltkonferenzen, die eine globale Öffentlichkeit herstellen und damit Schrittmacher einer globalen Identität sein können. Die Gefahr in Gestalt von Konflikten und Kriegen schätzen beide ebenfalls übereinstimmend als stärker weltgesellschaftlich denn staatlich induziert ein. Die zunehmenden sozialen und ökonomischen Interdependenzen sind ihnen Beweis für diese Einschätzung, wobei in den hier untersuchten Konzepten Optionen zur Verhinderung bzw. Eindämmung der weltgesellschaftlich induzierten Konflikte wenig Raum eingeräumt wird.<sup>1620</sup> Erst durch die direkte Konfrontation mit den Auswüchsen des internationalen Terrorismus nach 2001 rücken diese Optionen in den Mittelpunkt der Überlegungen, was sich in den Veröffentlichungen vor allem ab 2003 zeigt. In diesem Zusammenhang spielt in beiden Konzeptionen das Verhältnis von staatlicher Souveränität und individuellen Menschenrechten eine Rolle. So wird die Frage der Gewichtung durchaus thematisiert, führt aber auch hier nicht zu einer ausführlicheren Debatte um eine mögliche UNO-Reform, wie sie etwa

<sup>1620</sup> Zu der Definition und Beschreibung weltgesellschaftlich induzierter Konflikte vgl. auch Münch (1998), S. 417 ff.

Brock und Menzel skizzieren.<sup>1621</sup> Bemerkenswert ist, dass weder bei Habermas noch bei Zürn die lokale Ebene besonders in den Blick genommen wird. Die bisher zu beobachtende Projektion auf die Kommune als Ort der Demokratisierung ist einer anderen Ebene gewichen, nämlich der EU, wie es sich bereits bei Beck und Dahrendorf angedeutet hat. Auch hier wird sie zum Vorbild eines „Regional Governance“ und bietet einen Referenzrahmen, um Instrumente und Mechanismen des Mehrebenenmodells zu reflektieren.<sup>1622</sup> Habermas und Zürn betonen übereinstimmend die positiven Möglichkeiten von europaweiten Referenden zur Konstituierung einer europäischen Öffentlichkeit und schlagen eine Erweiterung der Parteien zu europäischen Parteien vor. Hier liegen sie mit Beck und Dahrendorf auf einer Linie. Mit der konstatierten Auflösung von Innen- und Außenpolitik und deren Verschmelzung zur Weltinnenpolitik hat Habermas einen Grundgedanken von Global Governance formuliert, den Zürn aufnimmt. Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Frage nach Gemeinschaft, Werten, Traditionen und Normen in beiden Konzepten vor allem abgeleitet von den funktionalen Erfordernissen der politischen Steuerung und gesellschaftlichen Integration vorkommen, wobei von deren Reflexivität auf Grundlage ihrer diskursiven Begründbarkeit ausgegangen wird. Allerdings gewährt Habermas der Frage nach Normen und Werten einen größeren Raum als Zürn. In diesem Zusammenhang warnen beide Autoren, wie bereits die in diesem Kapitel vorangegangenen Autoren, vor den Gefahren des Protektionismus und der Fragmentierung. Auch Habermas und Zürn treten für Regelungen zur Umverteilung auf Ebenen jenseits des Nationalstaates ein, wobei Habermas im Gegensatz zu Zürn eine weltgesellschaftlich fundierte Solidarität zur Bedingung macht. Im Gegensatz zu den Autoren der ersten Diskursphase, und auch zu Etzioni, Sennett und Beck, zeichnen sich die Texte beider Autoren durch eine fast als technizistisch zu bezeichnende Sprache aus. Beide entwickeln ihr je eigenes Sprachsystem, teilen aber den völligen Verzicht auf plakative, metaphorische oder emphatische Ausdrücke, wie sie anderen Texten zu eigen sind. Die an Strukturen und Regelungsmechanismen orientierte Sprache verstärkt den rationalen, nüchternen Charakter der Konzepte, vermittelt in Teilen aber auch den Eindruck großer Abstraktheit. Das Individuum mit seinen je eigenen Möglichkeiten gerät streckenweise aus dem Blick, stattdessen werden die Strukturen und ihre Funktionalität vom Standpunkt der internationalen Beziehungen aus betrachtet. Der „Faktor Mensch“ ist ausgeblendet, das System tritt in den Vordergrund.<sup>1623</sup> Insgesamt sind Habermas' und Zürns Konzepte mit ihren Themenbausteinen als Grundpfeiler der Global Governance zu werten, wobei ihre Konzepte dort erweitert und konkretisiert werden - wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

<sup>1621</sup> Deren Forderungen werden im nächsten Kapitel unter Global Governance erläutert. Vgl. zu dieser Frage zusätzlich Beck, Ulrich (1999g), Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, Heft 8, S.986 f.

<sup>1622</sup> Vgl. hierzu auch Schlussbericht (2002), S. 422 f.

<sup>1623</sup> Mit Blick auf den in dieser nüchternen Weise beschriebenen Verfassungsstaat betont Dahrendorf laut Dittgen, dass dieser kein „kaltes Projekt“ sei. Vgl. Dittgen (1999), S. 20.

### 3.15 Fazit: Ausdifferenzierung und Höhepunkt - Kristallisationspunkt Deutschland

Wie in der Einleitung zu diesem Kapitel bereits dargelegt, erfolgt in der dritten Diskursphase eine Ausdifferenzierung in drei thematische Stränge. Diese bestehen erstens in Konzepten zum Ende der Arbeitsgesellschaft und der Zukunft der Arbeit (Sennett, Gorz, Beck), zweitens in Konzepten zur sozialen und politischen Bürgergesellschaft als Perspektive für die (kosmopolitische) Demokratie (Dettling, Beck, Dahrendorf) und drittens in Konzepten zur Zukunft der Demokratie und Möglichkeiten der politischen Steuerung jenseits des Nationalstaates (Habermas, Zürn).

Charakteristisch für den ersten Strang ist der konstatierte Wandel der Arbeitsgesellschaft, der durch den „entfesselten Kapitalismus“ ausgelöst wird.<sup>1624</sup> Anhand der Themenbausteine Kapitalismus, Arbeit und Identität und deren Zusammenhänge erörtern die Autoren Krisenerscheinungen und Perspektiven für die Zukunft. Zunehmende Flexibilität und Mobilität als Indizien für den neuen Kapitalismus haben Konsequenzen für Arbeitsformen, Arbeitswelt und Identität. Die implizite Kapitalismuskritik regt die Autoren dazu an, eine Neudefinition von Arbeit in Form vielfältiger sozialer, politischer, kultureller oder ökologischer Tätigkeiten vorzunehmen und den selbstbestimmten und freiwilligen Wechsel zwischen diesen und der Erwerbsarbeit zu propagieren. Damit wird eine Umverteilung der Arbeit und die Wiederaneignung der Zeit zum Ziel, die in dem Stichwort der Multiaktivität kumulieren. Die gewonnene Zeit-Souveränität ermöglicht eine Stärkung der individuellen Autonomie, der Eigeninitiative und des bürgerschaftlichen Engagements, so dass der Krise des Sozialstaates und des politischen Systems durch sinnvolle und selbstbestimmte Gestaltung der freigesetzten Zeit entgegengewirkt werden kann, was gleichzeitig zu einer Politisierung der Gesellschaft führt.<sup>1625</sup> Identität und Selbstwert hängen nicht länger von der Vollerwerbstätigkeit ab, die Entfremdung durch fremdbestimmte Arbeit wird durch die neue Sinnggebung aufgehoben. Der Bogenschlag erfolgt in diesem Strang von einer Krisenbeschreibung des kapitalistischen Systems (Sennett), über ein Konzept zu dessen vollständiger Überwindung (Gorz) bis zu dem Plädoyer, den globalen Kapitalismus politisch zu gestalten (Beck). Den Autoren werden dabei die lokale Ebene und die sozialen Bewegungen zur Projektionsfläche und zum Hoffnungsträger für eine besser Welt. Bereits hier ist zu beobachten, dass das Motiv Nationalstaat (hier in Form des Sozialstaates) ins Blickfeld rückt. Mit der bei Dettling und Beck vorgenommenen Betonung des

<sup>1624</sup> Vgl. hierzu auch Reuter, Edzard, Ratlose Zauberlehrlinge, *Die Zeit*, 50/99.

<sup>1625</sup> Münch hingegen kritisiert diesen erneuten „Traum von der Tätigkeitsgesellschaft“ und wirft dessen Vertretern vor, dass sie „exakt den Denkfehler, den schon Marx gemacht hat“, wiederholen - nämlich anzunehmen, dass menschliche Bedürfnisse irgendwann erfüllt und der Entwicklung neuer Bedürfnisse Grenzen gesetzt seien. Vgl. Münch, Richard (2001), Die neue Arbeitsgesellschaft, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 61 ff.

Bürgerengagements wird zugleich die Verbindung zum Kern des zweiten Strangs hergestellt, der die Überleitung von der Zukunft der Arbeit zur Zukunft der Demokratie beinhaltet.

Im zweiten Strang der dritten Phase sind die Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe sowie das daraus folgende Handeln und Engagement zentral. Individuelle Autonomie, Selbstbestimmung und Selbstorganisation stehen im Mittelpunkt der Konzepte. Dettlings Konzept der sozialen Bürgergesellschaft steht für den Fokus auf das soziale Handeln. Für das Konzept des politischen Handelns steht Becks Vision der „Erfindung des Politischen“. Dahrendorf wiederum leitet Handeln und Engagement vom Wert der Freiheit ab. So greift Dettling auf das Konzept der Arbeitsgesellschaft zurück und bleibt an den Verhältnissen im deutschen Sozialstaat orientiert. Beck hingegen entwickelt die Vision einer Weltbürgergesellschaft, in der politisches Handeln im Zentrum steht. Dahrendorf schließlich betrachtet die institutionellen Erfordernisse für seine Version der aktiven Bürgergesellschaft. Beck und Dahrendorf verknüpfen ihre Modelle der Bürgergesellschaft mit der Idee einer kosmopolitischen Demokratie. Grundlage aller drei Konzepte bildet der sich verändernde Sozialstaat, wobei übereinstimmend ein neuer Gesellschaftsvertrag gegen soziale Exklusion gefordert wird, um der Ökonomisierung von Politik und Lebenszusammenhängen begegnen zu können. Im Zusammenhang mit der Verantwortung der Wirtschaft stellt sich den Autoren die Frage, ob diese Vorbild bzw. Beispielgeber für die Politik sein kann. Mit Blick auf eine kosmopolitische Demokratie bauen die Autoren ihre Konzepte auf Werten wie Freiheit, Toleranz, Anerkennung von Differenz, Selbstbestimmung und den Menschenrechten auf und warnen gleichzeitig vor den Gefahren von Protektionismus und Fragmentierung. Gemeinsam ist allen drei Entwürfen die Fokussierung auf die lokale Ebene, wenn es um die Chancen von Demokratie und Bürgergesellschaft geht. Beck und Dahrendorf wählen zusätzlich die europäische Ebene als Projektionsfläche, um anhand der EU erste Schritte in Richtung kosmopolitischer Demokratie und Gesellschaft sichtbar zu machen. Alle drei Autoren erheben die Forderung nach Experimenten für eine neue Politik und Gesellschaftsform, die sowohl lokal als auch auf europäischer Ebene auszuprobieren sind. Der Nationalstaat als politisches Steuerungsinstrument behält unter den veränderten Bedingungen seine Bedeutung für die Demokratie, wobei in den Konzepten kein Ausblick auf seine Funktionen innerhalb einer kosmopolitischen Demokratie gegeben wird. Hier setzen im dritten Strang die Konzepte von Habermas und Zürn an. Insgesamt werden die Konzepte der Bürgergesellschaft mit der Frage nach der Zukunft der Demokratie und der politischen Steuerung verbunden.

Im dritten Strang dieser Diskursphase treten schließlich Strukturen, Mechanismen und Verfahren der politischen Steuerung in den Vordergrund. Mit dem

Konzept der „postnationalen Konstellation“ und dem „Projekt komplexes Weltregieren“ werden die Grundlagen für ein Modell der Mehrebenenpolitik (Global Governance - vierte Phase) formuliert. Habermas und Zürn weisen mit ihrer Konzentration auf die Zivilgesellschaft über die Konzepte der Bürgergesellschaft hinaus und stellen den demokratischen Prozess der deliberativen und aggregativen Meinungs- und Willensbildung, Entscheidungsfindung und Selbstgesetzgebung in den Mittelpunkt. Demokratie und Identität basieren auf der kommunikativ verfassten Öffentlichkeit, wobei Gesellschaft und Wertefragen vor allem in Ableitung hiervon vorkommen. Die Frage nach einer auf die globale Ebene zu übertragenden Solidarität und Gemeinwohlorientierung stellen beide Autoren. Übereinstimmend werden von ihnen Werte, Normen und Traditionen als diskursiv begründbar, reflexiv und damit veränderbar angesehen - und obwohl individuelle Autonomie und Selbstbestimmung als wichtig erkannt werden, verschwindet in den Konzepten das Individuum mit seinem je eigenen Potential streckenweise hinter den Strukturen und Verfahren. Aufgrund der von beiden konstatierten Inkongruenz von sozialen und politischen Handlungszusammenhängen gehen Habermas und Zürn von einem Rollen- und Funktionswandel des Nationalstaates aus. Gleichzeitig betonen sie jedoch, dass er als Akteur in der globalen Politikarena auch künftig eine wichtige Rolle spielen wird.<sup>1626</sup> Neben dem Staat nehmen internationale Institutionen sowie trans- und internationale NGOs und Akteure als Bausteine einer globalen Demokratie und Identität an Bedeutung zu, wobei deren Funktion in einer umfassenden Kontrolle und Vermittlung liegt, um Transparenz im transnationalen Raum herzustellen. Ebenfalls übereinstimmend wird die Errichtung eines Weltstaates oder einer Weltregierung abgelehnt. Das Konzept der Weltinnenpolitik beinhaltet in seiner Konsequenz ein politisches Steuerungsmodell, das auf Konsens, Verhandlung und Kooperation ausgerichtet ist: „Lebensgestaltung, Repräsentation, Koordination und Kooperation sind die angemessenen Formen der Politik auf den Ebenen von Gemeinden, Nationalstaaten, supranationalen Zusammenschlüssen und Weltgesellschaft im Rahmen eines globalen Föderalismus.“<sup>1627</sup> Konflikte werden weniger als zwischenstaatlich, sondern als weltgesellschaftlich ausgelöst eingeschätzt. In Einklang mit den Autoren des zweiten Stranges wählen auch Habermas und Zürn die EU als Referenzrahmen für eine „Regional Governance“, beziehen jedoch die lokale Ebene nicht so stark in ihr Mehrebenenmodell ein. Auch für sie liegen in Protektionismus und Fragmentierung die Gefahren des Globalen Zeitalters.

Trotz der unterschiedlichen Schwerpunkte in den einzelnen Strängen und der Ausdifferenzierung können dennoch Gemeinsamkeiten ausgemacht werden, die für die gesamte dritte Diskursphase gelten. So wird die konstatierte Ökonomi-

<sup>1626</sup> Zu den unterschiedlichen Thesen zum Ende des Nationalstaates vgl. auch Dittgen (1999), S. 6 ff. und S. 21 ff.

<sup>1627</sup> Münch (1998), S. 425. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass Habermas und Zürn weniger von einem globalen Föderalismus ausgehen, sondern diesem mit dem Mehrebenenmodell eine neue Form entgegensetzen. Münch befindet sich hier eher im Einklang mit Höffes Konzept einer föderalen Weltrepublik.

sierung aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche zur defizitären Ausgangslage erklärt, aus der heraus die Konzepte und Strategien zur Überwindung entwickelt werden. Ziel dabei ist es, den „entfesselten Kapitalismus“ entweder zu überwinden (Gorz), sozial und politisch zu gestalten (Beck, Dahrendorf und Dettling) bzw. politisch zu steuern (Habermas und Zürn). Das kann durch das sogenannte Nachwachsen der Politik geschehen, indem nämlich die sozialen und politischen Handlungsspielräume zurückgewonnen werden.<sup>1628</sup> Da die Wirtschaft in Form des globalen Kapitalismus zudem als Triebfeder der globalen Prozesse gilt, sehen die Autoren die Wirtschaft in der Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft. Hinzu kommt, dass alle Autoren übereinstimmend von der Krise des Sozialstaats ausgehen und entsprechende Analysen anbieten, die sich in weiten Teilen gleichen. Allerdings wird die Überwindung der Krise in unterschiedlichen Strategien gesehen: Der eine Teil der Autoren kann sich diese nämlich durch die Überwindung der traditionellen Arbeitsgesellschaft vorstellen, der andere Teil hingegen eher über neue Formen einer transnationalen Umverteilung auf Basis einer ebenfalls transnationalen Solidarität. Insgesamt kann für die Ausgangslage resümiert werden, dass die von Beck formulierten Thesen zur Risikogesellschaft von allen Autoren akzeptiert und in ihre jeweiligen Konzepte eingepasst werden. Um nun die Defizite zu überwinden, plädieren alle Autoren für soziale oder politische Partizipation. Handeln und Autonomie des Einzelnen sind zentral in allen Konzepten. Dabei rücken Selbstbestimmung und Selbstorganisation in den Vordergrund. Das Ziel ist die soziale und politische Inklusion, um Gefahren wie Protektionismus und Fragmentierung zu verhindern und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und der Staaten in Gewinner und Verlierer bzw. Reiche und Arme aufzuhalten.<sup>1629</sup> Generell sollen die Menschen zur Selbsthilfe und Eigeninitiative aktiviert und die Gesellschaft auf diesem Weg wieder politisiert werden. Für einen Teil der Autoren, der die Mehrheit ausmacht, kann dies am besten von der lokalen Ebene aus verwirklicht werden, da hier die Bezüge direkt und konkret sind: „Die große Chance der Zukunft ist dabei die Wiederbelebung lokaler Demokratien, weil der Nationalstaat an Zentralgewalt verliert und Kompetenzen nicht nur nach oben abgeben muß, sondern auch nach unten verlagern kann. Die lokale Gemeinde kann zum Ort der gemeinsamen Gestaltung des guten Lebens in einem republikanischen Sinn werden.“<sup>1630</sup> Aus dem lokalen Kontext können dann die kosmopolitischen Perspektiven hervorgehen. Ein anderer Teil der Autoren bezieht die europäische Ebene als Versuchsfeld für eine erneuerte Demokratie ein. Neben der Aktivierung der Einzelnen geht es ebenso um eine (Neu-)Gestaltung von Institutionen. Und

<sup>1628</sup> Scharpf hingegen geht in Bezug auf Beck und Giddens davon aus, dass in der „Politikwelt“ vieles noch funktioniert und das „öffentliche Bild von totaler Handlungsunfähigkeit“ nicht stimmt. Vgl. „Die neue Unübersichtlichkeit. Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf sezieren den Wohlfahrtsstaat“, *Denker der Moderne* (3), *Die Zeit*, 48/97.

<sup>1629</sup> Vgl. zu den Gewinnern und Verlierern auch Luttwak, Edward, *Wenige Gewinner, viele Verlierer*, *Die Zeit*, 50/99. Abgelehnt werden ebenfalls übereinstimmend die Konzepte des Kommunitarismus und des Neoliberalismus.

<sup>1630</sup> So nochmals Münch (1998), S. 425. In diesem Sinne argumentiert auch Dittgen, allerdings mit der Einschränkung, dass die lokale Ebene nicht gegen den Nationalstaat ausgespielt werden dürfe. Vgl. Dittgen (1999), S. 17 f.

trotz des festgestellten Wandels der Bedeutung des Nationalstaates herrscht Konsens darüber vor, dass dessen Ende nicht bevorsteht, sondern lediglich ein Funktionswandel zu erwarten ist. Das dahinter stehende Menschenbild ist das des aktiven Bürgers bzw. der aktiven zivilgesellschaftlichen Akteure.<sup>1631</sup> Im Einklang mit den Autoren der zweiten Diskursphase setzen auch hier alle Autoren auf Bürgerbewegungen und NGOs als Grundsteine einer zukünftigen Weltgesellschaft.<sup>1632</sup> Im Gegensatz zu den Autoren der ersten Diskursphase stehen hier übereinstimmend Werte wie Toleranz, Anerkennung der Differenz und individuelle Freiheit im Zentrum, so dass vor allem Heterogenität die Zukunft ausmachen und bereichern wird.<sup>1633</sup> Freiwilligkeit statt Pflicht wird präferiert und über die Menschenrechte als Grundstein einer globalen Ethik reflektiert. Insgesamt kann aber auch für die dritte Diskursphase festgestellt werden, dass eine westliche bzw. eurozentristische Perspektive den Diskurs dominiert. Anders als in der zweiten Diskursphase wird der Diskurs selbst als demokratietheoretisches Moment in der dritten Phase, bis auf Habermas` und Zürn's Konzepte, nicht explizit thematisiert, sondern als Voraussetzung der Politikgestaltung implizit angenommen. Dennoch ergibt sich in der Zusammenschau der Texte erneut der deutliche Anspruch der Autoren, Politik mit ihren Konzepten gestalten, ein Umdenken bei den Menschen anregen und damit Diskurse initiieren zu können. Alle Autoren wollen in Übereinstimmung Paradigmenwechsel herbeiführen und das Bewusstsein für die Veränderungen im Globalen Zeitalter durch neue Ideen und Modelle schärfen. Ein Vorwurf an die Politik schwingt in allen Texten mit.

---

<sup>1631</sup> Zu einer Kritik an Becks, aber auch Dahrendorfs, Habermas` und Gorz` Vorstellungen vgl. nochmals „Die neue Unübersichtlichkeit. Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf sezieren den Wohlfahrtsstaat“, *Denker der Moderne* (3), *Die Zeit*, 48/97.

<sup>1632</sup> In diesem Sinn argumentiert auch Touraine, vgl. insgesamt Touraine (1999).

<sup>1633</sup> Zur Bereicherung durch kulturelle Heterogenität vgl. auch insgesamt Breidenbach/Zukrigl (1998) sowie insgesamt Breidenbach, Joana und Zukrigl, Ina (2002), Widersprüche der kulturellen Globalisierung: Strategien und Praktiken, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 12, S. 19 - 25.



## **4. Die vierte Phase: Spezialisierung und Zirkelschluss**

Die vierte und bislang letzte Diskursphase zeichnet sich durch eine Spezialisierung und einen Wendepunkt aus. Die Spezialisierung erfolgt durch die Fokussierung auf die Global Governance-Konzepte, zu denen Habermas und Zürn das Fundament gelegt haben. Diese Konzepte erweisen sich im Kern als ein kooperatives Verhandlungsmodell, das von den Autoren mit entwicklungs-, friedens-, menschenrechts- und umweltpolitischen Fragestellungen sowie Fragen der globalen Verteilungsproblematik verknüpft wird. Durch den Bezug auf die jeweilige aktuelle Situation in Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern bekommt dieser Strang der vierten Phase einen dezidiert politischen Charakter. Mit diesen Konzepten ist zugleich eine Hinwendung der Wissenschaft zur Politik zu beobachten, weil der Regierungswechsel 1998 diese Thematik in Deutschland forcierte. Da in den Konzepten klassische rot-grüne Fragestellungen eine Rolle spielen, hoffen die Autoren auf zumindest partielle Umsetzung ihrer Entwürfe. Der Wendepunkt im Diskurs, der für die Global Governance-Vertreter dann jedoch einen Bruch darstellt, ist verursacht durch die Terroranschläge vom 11. September 2001. Damit scheint einerseits ein Teil der Konzeptionen und der Themenbausteine des Globalisierungsdiskurses grundlegend in Frage gestellt zu sein und andererseits gleichzeitig ein Rekurs auf die Autoren und Themenbausteine der ersten Diskursphase einherzugehen. Von einem Tag auf den anderen steht die Frage des westlichen Selbstverständnisses und die Bedeutung von Werten, Religion und Kulturen wieder im Mittelpunkt und vor allem im Fokus der Öffentlichkeit. Hier kann von einem Zirkelschluss im Diskurs gesprochen werden. Mit dem Irakkrieg im Jahr 2003 ist schließlich eine letzte Akzentverschiebung im Globalisierungsdiskurs zu verzeichnen. Das Themenspektrum bewegt sich nun zurück in Richtung der klassischen Fragestellungen der internationalen Beziehungen: Krieg und Frieden. Diese Wendung ist im Jahr 2004 noch im Fluss und muss weiter beobachtet werden.

### **4.1 Global Governance**

#### **4.1.1 Definition von Global Governance**

„Die Globalisierung verlangt geradezu nach einer neuen weltweiten Kultur der Kooperation - ohne sie werden weltweite Verteilungskonflikte und das Politikversagen bei Versuchen, Weltprobleme zu lösen, auf der Tagesordnung stehen.“<sup>1634</sup> - so Dirk Messner einleitend zu den Konzepten einer Global Governance. Gemeint ist mit Global Governance ein in die Zukunft weisendes

---

<sup>1634</sup> Messner (1998a), S. 11.

Politikmodell geteilter Souveränitäten, das neue Formen der Zusammenarbeit und Koordination von der lokalen und regionalen über die nationale, transnationale und internationale bis zur globalen Ebene schafft und dabei internationale Organisationen, Institutionen, Regime, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht. Das normative Fundament bilden die kulturellen Grundwerte und zivilisatorischen Grundlagen wie die Achtung der Menschenrechte, die Bewahrung der kulturellen Vielfalt und die Verstärkung des interkulturellen Dialogs. Global Governance geht von einem universalen Weltethos auf dieser Grundlage aus. Hier knüpfen die Forderungen nach Stärkung der Demokratie, dem Aufbau von Zivilgesellschaften und deren Partizipation an den politischen Prozessen sowie „good governance“ als Maßstab für politische Handlungszusammenhänge an. Daraus ergibt sich die Zieldimension, Lösungen für grenzüberschreitende Probleme zu finden, die nicht mehr einzelstaatlich oder durch den Markt gelöst werden können, wie etwa Armut, Hunger, Umweltkatastrophen oder Migration. Dazu sind die Neudefinition der Rolle von Nationalstaaten, der Auf- und Ausbau bzw. die Reform internationaler Institutionen sowie eine Ausgestaltung von deren Zusammenarbeit notwendig. Staat, Politik und Markt sollen in diesem Prozess ihr Verhältnis zueinander neu justieren, so dass es zu einer Verschränkung unterschiedlicher staatlicher und nichtstaatlicher politischer Ebenen und Akteure zu einem Mehrebenenmodell kommt. Politik soll so ihre Steuerungsfähigkeit zurückgewinnen bzw. diese neu definieren. Instrumente und Mechanismen sind konsensuale Entscheidungsfindungen und kooperative Problemlösungen, außerdem Rechtsstaatlichkeit sowie die Realisierung der Menschenrechte. Ausgangspunkt ist, dass den Herausforderungen der Globalisierung nur in einem Zusammenspiel begegnet werden kann, in dem die Nationalstaaten eine veränderte Rolle einnehmen, um in Kooperation mit NGOs, politischen Netzwerken und Unternehmen sowie mit internationalen Organisationseinheiten wie EU, UNO, WTO, IWF, den Weltgipfeln und Weltkonferenzen Politik global gestaltbar zu machen.<sup>1635</sup> Kurz gefasst geht es um ein subsidiäres Mehrebenenmodell und damit um die Frage nach der „Macht oder Ohnmacht der Politik“<sup>1636</sup> im Zeitalter der Globalisierung.

---

<sup>1635</sup> Vgl. als Auswahl insgesamt Brock (1998) und Höffe (1999a); außerdem Kaiser, Karl (1998), Globalisierung als Problem der Demokratie, in: Internationale Politik, 53, Heft 4, S. 3 - 11; Messner, Dirk (1996), „Netzwerkgesellschaften“ - ein neues Muster politischer Steuerung, in: Esser, Klaus (Hg.), Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum: neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Köln, S. 105 - 144; insgesamt Messner (1998a); insgesamt Messner (2000c); Messner, Dirk (2001), Kooperative Weltmacht. Die Zukunft der Europäischen Union in der neuen Weltpolitik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 1, S. 26 - 39; insgesamt Messner/Nuscheler (1996); Hauchler, Ingomar, Messner, Dirk und Nuscheler, Franz (Hg.) (2001), Global Trends 2002. Fakten, Analysen und Prognosen, Bonn, S. 35 f. sowie die genannten Texte von Zürn. Zu den Weltkonferenzen, die bei Zürn allerdings noch nicht in das Konzept einbezogen sind, vgl. insgesamt die umfassende Analyse von Fues/Hamm (2001) sowie den Schlussbericht (2002), S. 423 ff.

<sup>1636</sup> So der Untertitel der beiden Anhörungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ zu Global Governance im Dezember 2000 und Januar 2001.

#### 4.1.2 Ist Global Governance ein kohärentes Konzept?

„Die keineswegs zureichende, aber normativ unerlässliche Antwort auf die Globalisierung heißt: Weltdemokratie.“<sup>1637</sup> - so Höffe im Jahr 2000 in einem Artikel, in dem er seine „realistische Vision“ einer subsidiären und föderalen Weltrepublik skizziert.<sup>1638</sup> Mit Höffe ist ein Autor genannt, der gemeinhin den Global Governance-Architekten zugerechnet wird, sich aber insofern von der Mehrheit unterscheidet, als er als Einziger für die Entstehung einer Weltrepublik plädiert.<sup>1639</sup> Grundsätzlich wird Global Governance eher als offener Prozess definiert und unterscheidet sich damit von den bisher gültigen Definitionen des politischen Systems als geschlossenem Kreislauf.<sup>1640</sup> Daher wird die Forderung nach einer - wenn auch subsidiär und föderal gestalteten - Weltrepublik skeptisch beurteilt. Zudem argumentiert Höffe stark norm-, weil am Begriff der Gerechtigkeit orientiert.<sup>1641</sup> Da die Mehrheit der in diesem Teilkapitel analysierten Texte aber von Autoren aus der Politikwissenschaft stammt, die aus der Perspektive der internationalen Beziehungen an das Thema herangehen, fällt Höffe mit seinem Konzept als Philosoph zusätzlich aus dem Raster. Zudem ist zu beobachten, dass im Zusammenhang mit dem Thema *globale Demokratie* immer wieder Versuche unternommen werden, unterschiedliche Denkmuster aus den Entwürfen herauszukristallisieren, um deren Lösungsstrategien diskutieren zu können. Vorländer beispielsweise unterscheidet hier drei Muster, nämlich erstens das der Global Governance, das er allerdings auf die Etablierung der Vereinten Nationen als repräsentatives und demokratisches System reduziert, als zweites ein Modell der alternativen Demokratie, in dem gefordert wird, dass sich Demokratie „bottom-up“ neu konstituieren muss, und schließlich ein Modell der kosmopolitischen Demokratie, das einen Mittelweg zwischen den anderen beiden Modellen darstellt.<sup>1642</sup> McGrew hingegen geht zwar ebenfalls von drei Modellen aus, unterscheidet sie aber in ein liberal-internationalistisches, ein kosmopolitisches und ein radikal-kommunitarisches Modell.<sup>1643</sup> Dass beide damit den Global Governance-Konzepten, wie sie sich nach 1998 entwickelt haben, nicht gerecht werden, ist an der einleitenden Definition zu sehen, die Global Governance als ein umfassendes Konzept politischer Steuerung darstellt, das sich nicht so leicht auf die vorgeschlagenen Modelle verkürzen lässt. Im Zentrum der Global Governance-Debatte, die verstärkt seit 1998 geführt wird, stehen die Konzepte von Brock, Messner,

<sup>1637</sup> Höffe, Otfried (2000), Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung. Auf dem Weg zu einer Weltdemokratie, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.07.00.

<sup>1638</sup> Vgl. auch insgesamt Höffe (2001).

<sup>1639</sup> Ähnlich argumentiert lediglich Münch (1998), S. 415 ff.

<sup>1640</sup> In der frühen Phase der Global Governance-Diskussion haben Hauchler und Kaiser Ansätze vertreten, die stärker in Richtung globaler Weltordnungspolitik tendieren und einen geschlosseneren Charakter aufweisen als die heutigen Konzepte.

<sup>1641</sup> Vgl. hierzu besonders Höffe (1999a).

<sup>1642</sup> Vgl. Vorländer, Hans (2003), *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München, S. 121 f.

<sup>1643</sup> Vgl. McGrew, Anthony (1998), *Demokratie ohne Grenzen?*, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main, S. 376 ff.

Nuscheler und Zürn, die ergänzt bzw. modifiziert werden durch kritische Beiträge von Brunnengraber, Stock und Scherrer auf der einen und Greven, Menzel, Schlichte und Tetzlaff auf der anderen Seite.<sup>1644</sup> Das Konzept der erstgenannten Autoren entspricht in den Grundzügen dem Entwurf von Zürn, wobei sie dieses in Bezug auf die Rolle der Vereinten Nationen und der NGOs sowie die Auflösung von Innen- und Außenpolitik spezifizieren.<sup>1645</sup> Einzelaspekte wie umwelt-, entwicklungs-, friedens- und frauenpolitische Fragen, die in diesen Konzepten eine wichtige Rolle einnehmen, können an dieser Stelle nur genannt, nicht aber detaillierter einbezogen werden.<sup>1646</sup> Vor allem Messner entwickelt umfassende Vorschläge, wie sich der Staat und sein administratives System verändern müssen, damit der Staat seiner neuen Rolle als „Interdependenzmanager“ gerecht werden kann.<sup>1647</sup> Des Weiteren erarbeiten Brock, Messner und Nuscheler Mechanismen und Strukturen für ein globales Verhandlungs- und Kooperationsmodell, das sie auf der Folie der Vereinten Nationen, des Völkerrechts und der Menschenrechte reflektieren. Auch die EU als ein Modell für „Regional Governance“ wird einbezogen und als Vorbild für andere Regionen in der Welt empfohlen - ein Aspekt, den Habermas bereits 1995 formuliert.<sup>1648</sup> Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass diese Wissen-

<sup>1644</sup> Alle Autoren sind exemplarisch und damit ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt.

<sup>1645</sup> In Bezug auf die UN schlägt Brock folgende Maßnahmen vor: Da er davon ausgeht, dass sich die Staatendemokratie in der Generalversammlung der UN vergegenständlicht, plädiert er für eine Stärkung der Rolle der Generalversammlung gegenüber dem Sicherheitsrat und für deren gleichzeitige Aufwertung zum Hauptorgan der UN. Dabei gibt er gleichzeitig zu bedenken, dass auf UN-Ebene mehr Legitimität weniger Effektivität - und umgekehrt - bedeuten kann. Des Weiteren fordert er, parlamentarische Versammlungen auf regionaler und globaler Ebene einzurichten bzw. weiterzuentwickeln, so dass letztendlich ein Weltparlament nach dem Vorbild des EU-Parlaments entsteht. Brock bezeichnet dies als Bildung einer Zweiten Versammlung in Form eines Hilfsorgans der Generalversammlung der UN nach Art. 22 der UN-Charta oder alternativ als Bildung einer zunächst selektiven „unabhängigen Versammlung demokratischer Völker“. Zudem sollen, wie in allen Konzepten, NGOs stärker berücksichtigt werden. Sie können laut Brock bei den Weltkonferenzen einbezogen werden, wodurch ein jährliches Forum der Zivilgesellschaft aus Vertretern der bei der Generalversammlung der UN akkreditierten NGOs hervorgehen könnte. Die Aufgabe wäre allerdings nicht eine direkte Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess der UN, sondern die Herstellung von Transparenz über seinen Verlauf. Aber auch Brock schränkt ein, dass das Legitimationsproblem der NGOs bestehen bleibt. Zuletzt sollten künftig die UN-Gremien verstärkt direkt von Einzelpersonen in Anspruch genommen werden (internationaler Schutz der Menschenrechte). Brock fordert Fakultativprotokolle im Rahmen des Internationalen Paktes über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt). Außerdem müsse die internationale Gerichtsbarkeit ausgebaut werden. Vgl. Brock (1998), S. 62 ff. Auch Menzel tritt für eine kooperative Lösung unter dem Dach der UN ein, geht allerdings ein Stück weiter als Brock. Er fordert neue Gremien zu schaffen oder existierende mit neuen Kompetenzen auszustatten. Zudem bedürfe es analog zum Sicherheitsrat eines Menschenrechts- sowie Katastrophenrats, eines Rats zur Verhinderung von Völkermord, eines Migrations-, Umwelt- und eines zu belebenden Wirtschafts- und Sozialrats mit weitgehenden Kompetenzen. Die UN-Charta müsse zudem ergänzt werden um Artikel, die die Zusammensetzungen der Gremien und deren Abstimmungsprozeduren und Finanzierung regeln. Des Weiteren bedürfe es eines Katalogs mit abgestuften Sanktionen gegen Regelverletzungen, eine Aufstellung von Exekutivorganen zur effektiven administrativen und vorsorgenden Intervention und - als Ultimo Ratio - eine Blauhelmkomponente mit weit gefassten Aufgaben. Vgl. Menzel (1998), S. 240 f. Zur Auflösung der Trennung von Innen- und Außenpolitik vgl. insgesamt Messner, Dirk (2000b), Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“, in: Prokla 118, Nr. 1, S. 123 - 150 sowie Habermas (1995a), S. 299.

<sup>1646</sup> Vgl. hierzu aber insgesamt den Schlussbericht (2002), in dem diese Aspekte gründlich aufgearbeitet sind.

<sup>1647</sup> Vgl. Messner (1998), S. 28 ff.; vgl. insgesamt Messner, Dirk (2000d), Architektur der Weltordnung. Strategien zur Lösung globaler Probleme, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 04.12.00, Teil 1, Deutscher Bundestag, Berlin sowie Messner (2000c), S. 368. In diesem Zusammenhang formuliert Messner, ebenso wie Zürn, den Anspruch von Wissenschaft und Experten, in das Modell Global Governance als Akteur einbezogen zu werden, um der Politik dadurch zu ermöglichen, den heute vorherrschenden Komplexitäten der politischen Problemstellungen gerecht werden zu können.

<sup>1648</sup> Vgl. insgesamt Messner (2001) sowie Schlussbericht (2002), 422 f. Vgl. zudem Habermas (1995a), S. 307.

schaftler als Sachverständige in die Arbeit der Bundestags-Enquete „Globalisierung der Weltwirtschaft“ einbezogen waren, die sich von Dezember 1999 bis Juni 2002 neben vielen anderen Fragen zur Globalisierung auch mit Global Governance auseinandergesetzt hat. Das Kapitel zur Global Governance im Schlussbericht trägt ihre Handschrift.

### ***Kritik an der funktionalen Perspektive auf Global Governance***

Da die genannten Autoren ein Konzept entwickeln, das stark an Strukturen, Regelungen und Mechanismen orientiert und damit funktional ist, haben sie mit diesem Ansatz die Kritik anderer mit Global Governance befasster Autoren provoziert. Diese werfen den „Globalen Gouvernanten“ - so eine Bezeichnung durch die Kritiker - vor, aufgrund der Strukturorientierung ein Modell von Global Governance zu präferieren, das die Normorientierung und damit die inhaltliche Ausgestaltung vernachlässigt.<sup>1649</sup> Dadurch sehen sie die Gefahr gegeben, dass Global Governance instrumentalisiert werden könnte, um neue Strukturen der Demokratie „top down“ durchzusetzen, also zu einem Instrument der Mächtigen und Regierungen zu werden und so seine ursprüngliche Intention der Demokratisierung zu verlieren. Scherrer, einer der Kritiker, schreibt: „Wer für Global Governance eintritt, muß sowohl die angestrebten inhaltlichen Ziele begründen als auch aufzeigen, daß diese Ziele mit Global Governance erreicht werden. Es gibt keine wertneutrale, objektive Global Governance, die bloß technokratisch umgesetzt werden müßte.“<sup>1650</sup> Hier zeigt sich die konstatierte Spannung zwischen funktionaler und qualitativer Perspektive, wie sie dieser Arbeit zugrunde liegt. Auch die Autoren, die die Priorität bei Normen und Inhalten statt Strukturen und Mechanismen setzen, waren in die Arbeit der Enquete-Kommission involviert.<sup>1651</sup> In diesem Zusammenhang erlebt auch die Debatte um die direkte Demokratie eine Neuaufgabe, weil diese aus Sicht von Scherrer und den anderen eine Möglichkeit bietet, eine größtmögliche Partizipation und Selbstbestimmung der Bevölkerung zu gewährleisten. Global Governance wird somit als eine Chance gesehen, die politischen Partizipationsmöglichkeiten im Weltmaßstab von unten zu demokratisieren. Waschkuhn schreibt zu den Argumentations- und Begründungsmustern für die direkte Demokratie: „Innerhalb eines bestimmten Grundrahmens sind sie (...) „bemerkenswert unverändert geblieben“.“<sup>1652</sup> Dieses Urteil trifft trotz des Übertrags auf die globale Ebene zu.

---

<sup>1649</sup> Vgl. zu dem Disput insgesamt Nuscheler (2000b).

<sup>1650</sup> Scherrer, Christoph (2000), Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus, in: Prokla 118, Nr. 1, S. 18.

<sup>1651</sup> Scherrer als Sachverständiger mit einem Gutachten, Achim Brunnengräber hingegen als Bundestagsmitarbeiter.

<sup>1652</sup> Waschkuhn (1998), S. 508.

### ***Kritik an der westlichen Sicht auf Global Governance***

Kritik von anderer Seite erfährt das Global Governance-Konzept von Autoren, die sich an dem zu Grunde liegenden Nationalstaatsbegriff reiben. Sie betrachten die Staaten explizit aus der Perspektive von Entwicklungs- und Schwellenländern und formulieren ihre Bedenken gegen die eurozentristische bzw. westliche Sicht, weil die vorliegenden Konzepte ihrer Auffassung nach nicht auf die sogenannten „blockierten Demokratien“ wie etwa Philippinen, Indonesien, Peru oder Algerien zu übertragen sind. Noch weniger können sie für Länder gelten, die sich durch interne Auflösungsprozesse in Folge von sozialer Anarchie auszeichnen wie etwa Somalia oder Länder des Mittleren und Nahen Osten.<sup>1653</sup> „Die Diffusion der Rolle des Staates in der heutigen Welt-politik fällt keinesfalls für die verschiedenen Demokratien gleichförmig aus.“<sup>1654</sup> Der beispielsweise von Dahrendorf, Habermas, Höffe oder Zürn konstatierte Autonomieverlust des Nationalstaates lässt sich vor allem in den „gefestigten alten Demokratien der Industriemetropolen des Westens“ feststellen, die Schwellen- und Entwicklungsländer kämpfen - so die Kritiker - mit ganz anderen Problemen. Diese beschreibt Schlichte als „innere Widersprüchlichkeit“, die sich aus dem Nebeneinander von „Industriekapitalismus und Nomadismus, von mythischen und zweckrationalen Denkmustern, von uneingeschränkter personaler Loyalität und abstrakter juristischer Form“ ergeben.<sup>1655</sup> Hier spielt er auf das Erbe des Kolonialismus an, das die Hybridität von staatlicher Herrschaft und Staatlichkeit hinterlassen habe. Als ein Indiz für den Unterschied zwischen Staatlichkeit in den OECD- und den Entwicklungsländern führt er die Unmöglichkeit an, in den Letztgenannten über Steuereinnahmen staatliches und gesellschaftliches Handeln in einen Zusammenhang zu bringen.<sup>1656</sup> In dieselbe Richtung argumentiert Menzel, wenn er feststellt, dass ein staatliches Gewaltmonopol nur dort existieren (und dann in Folge auch überwunden werden) kann, wo es auch einen funktionierenden Staat gibt.<sup>1657</sup> Auch in diesem Zusammenhang spielt die qualitative, normorientierte Perspektive eine Rolle. Um von der „kulturspezifischen“ und damit westlichen „Färbung von Normen und Institutionen“ wegzukommen, plädiert Tetzlaff für eine Verständigung über kulturübergreifende Minimalmerkmale für Demokratie, die seiner Intention nach aus der Wahl der Regierenden durch das Volk, Kontrolle der politischen Macht

---

<sup>1653</sup> Tetzlaff (2000), S. 328 ff. und S. 346. Mit speziellem Bezug auf Afrika vgl. auch insgesamt Tetzlaff, Rainer (1998), Afrika - Zwischen Demokratisierung und Staatenzerfall, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 195 - 217. Vgl. zusätzlich insgesamt Greven, Michael Th. (1993), Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 34, Heft 3, S. 399 - 413 sowie Greven, Michael Th. (Hg.) (1998), Demokratie - Eine Kultur des Westens?, Opladen.

<sup>1654</sup> Krause (1998), S. 23.

<sup>1655</sup> Vgl. Schlichte, Klaus (2000), Staatsbildung und Staatenzerfall in der „Dritten Welt“, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 263.

<sup>1656</sup> Vgl. Schlichte (2000), S. 270 ff.

<sup>1657</sup> Menzel (2001), S. 3 ff.

durch Gewaltenteilung sowie der Anerkennung fundamentaler ziviler Menschenrechte bestehen sollen.<sup>1658</sup> An dieser Stelle schließt sich der Kreis und weist bereits auf die zweite Spezifizierung in der vierten Phase des Globalisierungsdiskurses hin.

#### 4.1.3 Global Governance und die Politik

Es zeigt sich somit anhand der genannten Autoren, dass sich in der Arbeit der Bundestags-Enquete die Debatte um Global Governance bündelt. Die Politik hat auf die Herausforderungen des Globalen Zeitalters reagiert und sich umfassend beraten lassen. Der Schlussbericht enthält eine Fülle von Handlungsempfehlungen an Parlament und Regierung. Umso mehr erstaunt es jedoch, dass es keine Nachfolge-Enquete zu den offen gebliebenen Fragen gibt, sich der Bundestag also lediglich gut zwei Jahre Zeit für die Beantwortung drängender Fragen genommen hat. Eine weitere Schwachstelle ist zudem in der Funktion und Rolle der Enquete-Kommissionen selbst angelegt, die zwar Handlungsempfehlungen abgeben können, aber kein Instrumentarium haben, deren Umsetzung zu kontrollieren. So ist zwar ein Dialograum zwischen Politik und Wissenschaft entstanden, dessen Potential jedoch nicht nachhaltig genutzt wird. Die Arbeit der Enquete-Kommission gibt aber zusätzlich den Blick frei auf ein grundlegendes Phänomen, das den Globalisierungsdiskurs insgesamt durchzieht. In der direkten politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung kommt es sehr schnell zu einer grundlegenden Dissonanz zwischen den Diskutanten. Diese hat ihre Ursache in den konstatierten gegensätzlichen Herangehensweisen an die Problematik, die aus der qualitativen und der funktionalen Perspektive entsteht. Während die einen auf die politischen Steuerungsinstrumente wie Regelungen, Mechanismen und Verfahren abzielen, betonen die anderen die grundsätzliche Ausgestaltung dieser Instrumente durch qualifizierbare Normen und Inhalte. Gerade der Übertrag auf die globale Ebene ermöglicht die erneute Debatte über grundlegende und klassische demokratiethoretische Fragestellungen. Auch das Sondervotum der PDS zum Teilkapitel Global Governance am Ende des Schlussberichts unterstreicht diese Tendenz.<sup>1659</sup> Missverständnisse und sich im Kreis drehende Argumentationsketten, die sich niemals wirklich treffen, sind die Folge. An dieser Stelle macht der Globalisierungsdiskurs, wie er hier analysiert wird, exemplarisch ein Defizit der öffentlichen politischen Debatten sichtbar, das es zu beheben gilt. Mit Messner kann das Fazit gezogen werden: „Der Erfolg von Global Governance hängt also auch davon ab, ob es Politik und Wissenschaft gelingt, dessen essentielle Bedeutung für eine friedliche Weiterentwicklung innerhalb der Weltgesellschaft und zur Abwehr der „Entmachtung der Politik“

---

<sup>1658</sup> Vgl. Tetzlaff (2001), S. 332 f.

<sup>1659</sup> Vgl. Schlussbericht (2002), S. 558.

herauszuarbeiten.“<sup>1660</sup> Der 11. September 2001 hat dieser Hoffnung ein Stück weit ihre Überzeugungskraft geraubt.

## 4.2 Die Wertediskussion nach dem 11. September 2001

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 vollzieht sich auch im Globalisierungsdiskurs, so wie er hier definiert wird, ein unvorhergesehener und abrupter Themenwechsel - ähnlich dem in der öffentlichen politischen Debatte. So bekommen überraschend die Fragen, die den Globalisierungsdiskurs und die Öffentlichkeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Ostblocks beschäftigt haben, neue Aktualität. Die Positionierung des amerikanischen Präsidenten Bush und sein Plädoyer für einen Krieg gegen den internationalen Terrorismus zwingen die Amerikaner und die Weltöffentlichkeit, sich mit der eigenen Identität, Wertfragen und Kultur auseinanderzusetzen.<sup>1661</sup> Vor diesem Hintergrund erleben die Autoren der ersten Diskursphase ein Wiederaufleben ihrer Thesen. Huntingtons „Kampf der Kulturen“ ist ebenso in aller Munde wie Fukuyamas „Ende der Geschichte“ oder Barbers „Dschihad“.<sup>1662</sup> Sie sind ein weiteres Mal begehrte Interviewpartner und Autoren von Zeitungsartikeln. Vor allem der bereits erwähnte Aufruf „What We`re Fighting For“ vom Februar 2002, den neben Huntington und Fukuyama auch Etzioni unterzeichnet hat, heizt die Debatte um das westliche Selbstverständnis und die westliche Kultur an.<sup>1663</sup> Die zentrale Botschaft des Aufrufs, ein Recht auf Selbstverteidigung im Namen der universalen menschlichen Moral als legitimes Mittel gegen den internationalen Terrorismus zu rechtfertigen, stößt auf heftigen Widerspruch, allerdings nicht in der amerikanischen Bevölkerung, sondern in der deutschen Presselandschaft und bei anderen Intellektuellen. Im April 2002 sehen sich nämlich weitere 130 amerikanische Intellektuelle veranlasst, einen Gegenaufruf zu starten, der sich explizit an die „Freunde in Europa“ richtet und sowohl den Krieg gegen den Terrorismus ablehnt als auch die implizite Gleichsetzung amerikanischer und universaler Werte als „Selbstverherrlichung“ geißelt.<sup>1664</sup> Barber wiederum, der sich keinem der Aufrufe anschließt, hat bereits im September 2001 in der Süddeutschen Zeitung einen Offenen Brief an den amerikanischen Präsidenten abgedruckt, in dem er gegen eine „militärische Kampagne“ und für eine „zweite,

<sup>1660</sup> Messner (1998a), S. 41.

<sup>1661</sup> Vgl. hierzu Rifkin, Jeremy (2001b), Wenn der Staub sich legt, *Süddeutsche Zeitung*, 21.09.01 sowie „Amerikaner sehen sich anders als der Rest der Welt“, *Berliner Zeitung*, 21.12.01.

<sup>1662</sup> Vgl. als Auswahl insgesamt Bergsdorf, Wolfgang (2002), Weltreligionen und Politik im 21. Jahrhundert, in: Die Politische Meinung, Nr. 386, S. 33 - 40; Höffe, Otfried (2001b), Der Kampf der Kulturen kann ausfallen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.10.01 sowie Krönig, Jürgen (2001), Jihad versus McWorld, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 41 - 42, S. 3 - 5.

<sup>1663</sup> Vgl. „What We`re Fighting For“ (2002). Außerdem die gekürzten Abdrucke „Nächstenliebe verlangt Gewaltanwendung“, *Tagesspiegel*, 12.02.02 und „... dann ist Gewalt als letzter Ausweg moralisch gerechtfertigt“, *Frankfurter Rundschau*, 14.02.02.

<sup>1664</sup> Vgl. „Schwerter zu Flugwaren“, *Süddeutsche Zeitung*, 10.04.02.



zivilen Front“ in Form der Globalisierung der Demokratie eintritt.<sup>1665</sup> Dieses Thema verfolgt er seither und versucht eine Verknüpfung der Thesen aus „Dschihad versus McWorld“, die er durch die Terroranschläge bestätigt sieht, mit einem Plädoyer für die globale Ausbreitung der Demokratie durch einen neuen Gesellschaftsvertrag.<sup>1666</sup> Huntingtons These lehnt er nach wie vor mit der Klassifizierung als „politisch gefährlich, theoretisch naiv und konzeptioneller Irrtum“ ab.<sup>1667</sup> Schließlich meldet sich nach dem Gegenaufruf auch Etzioni ein weiteres Mal zu Wort, um seine Unterschrift unter das Manifest zur Rechtfertigung des Krieges zu erklären.<sup>1668</sup> In Deutschland zeigt sich die Presse etwas verwundert, nicht nur über den Inhalt des Disputs, sondern auch über das Vorgehen der amerikanischen Intellektuellen, ihre Streitigkeiten über die Medien außerhalb der USA auszutragen.<sup>1669</sup> Das amerikanische Selbstverständnis scheint innerhalb kurzer Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges ein weiteres Mal tief erschüttert.

Huntington, um den es nach 1993 etwas ruhiger und dessen Aufsatz „Die einsame Supermacht“ von 1999 als eine graduelle Abkehr von seiner These zum Kampf der Kulturen interpretiert wurde, wird nach dem 11. September 2001 in vielen Veröffentlichungen erneut mit dem Schlagwort „Kampf der Kulturen“ zitiert.<sup>1670</sup> Er stellt den Bezugspunkt für eine öffentliche Debatte um Kulturen, Religionen und die Chancen eines interkulturellen Dialogs dar. Die Positionen kreisen erneut und konträr um die Frage, ob seine These nun nach den Anschlägen in New York bestätigt wird, wie der Islam als Religion zu bewerten ist und ob im interkulturellen Dialog ein Mittel zur Toleranzschaffung liegt.<sup>1671</sup> Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat

<sup>1665</sup> Vgl. Barber, Benjamin R. (2001a), Welt und Verbrechen. Offener Brief an den Präsidenten, *Süddeutsche Zeitung*, 24.09.01.

<sup>1666</sup> Vgl. hierzu insgesamt „Seid vernünftig, denkt utopisch!“. Ein Gespräch mit Benjamin Barber, *Die Zeit* 08.11.01; Barber, Benjamin R. (2002a), Ein Krieg „jeder gegen jeden“: Terror und die Politik der Angst, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 18, S. 7 - 16; Barber, Benjamin R. (2002b), Beyond Jihad Vs. McWorld, *The Nation*, 21.01.02; Barber, Benjamin R. (2002c), Jenseits von Dschihad und McWorld, *Süddeutsche Zeitung*, 19.01.02 sowie „Als Produktionssystem ist der Kapitalismus im Niedergang begriffen“. Ein Gespräch mit Benjamin Barber, *Frankfurter Rundschau*, 23.01.02. Vgl. zusätzlich „Die Welt ist ein Kartenhaus“, *Berliner Zeitung*, 21.02.02.

<sup>1667</sup> Barber, Benjamin R. (2003a), USA - In welcher Welt wollen wir leben? Interview mit Benjamin R. Barber, in: Pongs, Armin (Hg.), *In welcher Welt wollen wir leben?*, München, S. 340.

<sup>1668</sup> Vgl. hierzu „Briefe aus Amerika. Amitai Etzioni und David Blankenhorn verteidigen ihre Verteidigung des „gerechten Krieges“, *Berliner Zeitung*, 12.04.02.

<sup>1669</sup> Vgl. „Die Debatte als Meldung“, *Berliner Zeitung*, 03.05.02. Außerdem „Macht und Ohnmacht der Intellektuellen“, *Tagesspiegel*, 16.02.02; „Patriotisch korrekt, moralisch gerechtfertigt? Amerikas Intellektuelle in Zeiten des Krieges“, *Neue Züricher Zeitung*, 20.02.02; „Kann der Krieg moralisch erklärt werden?“, *Die Zeit* 08/02 und „Welche Freiheit? Welche Werte?“, *Die Zeit* 09/02.

<sup>1670</sup> Vgl. Huntington, Samuel P. (1999), Die einsame Supermacht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5, S. 548 - 560.

<sup>1671</sup> Vgl. als Auswahl zur Kultur Senghaas, Dieter (2002), Kulturelle Globalisierung - ihre Kontexte, ihre Varianten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 12, S. 6 - 9 und insgesamt Breidenbach/Zukrigl (2002). Zum Islam vgl. insgesamt Heft 3/4 (2002) Aus Politik und Zeitgeschichte. Zum interkulturellen Dialog und dessen Chancen vgl. insgesamt Bergsdorf (2002); Krönig (2001); Theisen, Heinz (2002), Zivilisierung von Kulturen, in: Die politische Meinung, Heft 388, S. 22 - 28 sowie Vorländer (2001), besonders S. 6. Skeptisch gegenüber den Möglichkeiten eines interkulturellen Dialogs zeigt sich Münkler. Vgl. Münkler, Herfried (2003c), Der neue Krieg - und wir, *Tagesspiegel*, 25.11.03. Vgl. zu den Themen insgesamt Rifkin, Jeremy (2001c), Glauben, Werten, Hoffen. Der Islam, der Westen, der schwierige Dialog, *Süddeutsche Zeitung*, 21.11.01.

nach den Terroranschlägen von New York in seiner Reihe „Der aktuelle Begriff“ eine Definition der Schlagworte „Dschihad“ sowie „Kampf der Kulturen“ herausgegeben.<sup>1672</sup> Blickt man auf die öffentliche politische Diskussion in den ersten Monaten nach den Anschlägen, erklärt sich die Notwendigkeit dieses Vorgehens: Es haben nicht nur alle renommierten Tageszeitungen bis April 2002 in über 400 Zeitungsartikeln diese Schlagworte aufgegriffen, sondern im selben Zeitraum auch sieben Bundestagsabgeordnete in ihren Reden vor dem Deutschen Bundestag darauf Bezug genommen.<sup>1673</sup> Ein interessantes Phänomen liegt allerdings darin, dass sich die öffentliche Rezeption auf Huntingtons These aus den frühen 1990er Jahren und seinen Aufsatz zur „einsamen Supermacht USA“ bezieht, jedoch die erneute Bekräftigung seiner These im Jahr 2002 unbeachtet bleibt.<sup>1674</sup> Dem Widerspruch in Huntingtons Veröffentlichungen, auf der einen Seite die kulturelle Selbstbesinnung und Abschottung zu fordern, auf der anderen Seite aber dennoch Allianzen auch mit islamischen Staaten zu empfehlen, spürt die schnelllebige öffentliche Meinung nicht nach.<sup>1675</sup>

Insgesamt ist im Jahr 2002 dieser Zirkelschluss im Globalisierungsdiskurs anhand der Autoren, aber auch der Aspekte Identität, Kultur und Religion zu beobachten. Dass der Dialog als demokratisches Instrument und Hoffnung eine Aufwertung erfährt, hält nur so lange an, bis die Politik mit dem Eingreifen in Afghanistan und Irak neue Fakten schafft.<sup>1676</sup>

### 4.3 Die Rückkehr der klassischen Fragen der internationalen Beziehungen: Krieg und Frieden

„Mit dem 11. September kommt die Politik zurück und wird der nationale Staat wieder aufgewertet. (...) es ist vor allem die Schutz- und Sicherungsaufgabe des Staates gegenüber seinen Bürgern, die zu seiner Renaissance führen.“ (...) Die existenzielle Schutzfunktion (...) ist notwendig, weil auch das internationale System bislang nicht die Sicherheit bietet, die der Bürger vom Staat füglich erwarten kann. Auch globale Menschenrechtserklärungen bedürfen einer Sanktionsgewalt (...).“ So schätzt Vorländer mit Rekurs auf Huntington die neu entstandene Lage ein.<sup>1677</sup> Die zentrale Frage wird die der inner-, zwischen- und

<sup>1672</sup> Vgl. „Dschihad“, aus der Reihe „Der aktuelle Begriff“, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 23/01, 19.10.01 sowie „Kampf der Kulturen oder „Kampf um die Kultur?“, aus der Reihe „Der aktuelle Begriff“, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 21/02, 28.05.02.

<sup>1673</sup> Vgl. Anmerkung 92.

<sup>1674</sup> Vgl. Huntington, Samuel P. (2002b), Auf dem Weg zu einer globalen Kultur?, in: Die politische Meinung, Nr. 395, S. 15 - 20.

<sup>1675</sup> Vgl. hierzu noch „Nein, kein Kampf der Kulturen“. Interview mit Samuel P. Huntington, Die Zeit, 66/01 sowie „Huntington: Bin Laden will den Zivilisationskrieg“, *Berliner Morgenpost*, 16.10.01.

<sup>1676</sup> In diesem Zusammenhang haben dann 120 deutsche Intellektuelle einen Aufruf gegen den Krieg veröffentlicht. Vgl. hierzu „Aufruf zum Kriegs-Boykott“, *Spiegel-Online*, 02.06.03.

<sup>1677</sup> Vorländer (2001), S. 5.

überstaatlichen Sicherheit. Damit scheinen die bislang diskutierten Konzepte um eine kosmopolitische Demokratie und Weltgesellschaft durch die Realitäten nach dem Herbst 2001 an Schwung zu verlieren. Dies deutet sich auf den ersten Blick auch in den seit 2002 veröffentlichten Texten der genannten Autoren an, die sich nun wieder um die „klassischen Themen“ der internationalen Beziehungen wie Krieg und Frieden drehen.<sup>1678</sup> Eine Bewertung dieser Akzentverschiebung kann an dieser Stelle noch nicht vorgenommen werden, da zwar die Titel der Veröffentlichungen auf die Rückkehr der klassischen Themen schließen lassen, dennoch aber davon auszugehen ist, dass die Autoren ihre bisherigen Konzepte an die Erfordernisse der neuen weltpolitischen Lage anzupassen versuchen, wie sie es bisher auch getan haben. Ob sie damit Teil einer Debatte um einen neuen und erweiterten Sicherheitsbegriff und eine damit verbundene Perspektive für die weltweite Demokratisierung werden, bleibt abzuwarten.

---

<sup>1678</sup> Vgl. hierzu exemplarisch Barber, Benjamin R. (2003b), *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München; Fukuyama, Francis (2004), *Nation-Building 101*, in: *The Atlantic Monthly*, January/February 2004, veröffentlicht im Internet unter [www.theatlantic.com](http://www.theatlantic.com) (Stand 23.01.04); Habermas (2002); Huntington, Samuel P. (Hg.) (2002a), *Streit um Werte*, Hamburg sowie insgesamt Zürn/Hellmann (2003) und Zürn/Zangl (2003). Vgl. zusätzlich insgesamt Höffe (2001b); Münkler, Herfried (2001), *Die brutale Logik des Terrors*, *Süddeutsche Zeitung*, 29.09.01; Münkler, Herfried (2003a), *Die Privatisierung des Krieges. Warlords, Terrornetzwerke und die Reaktion des Westens*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 13, Heft 1, S. 7 - 22 sowie Münkler, Herfried (2003b), *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg. Vgl. auch die Tagung im Deutschen Bundestag in Berlin am 30./31.01.04 mit dem Titel „Kriegsbegründungen. Strategien der Legitimierung und Legalisierung militärischer Gewalt in der Geschichte“, veranstaltet vom Institut für Frieden und Demokratie Hagen.

## V. Die Botschaften des Globalisierungsdiskurses - Gibt es eine neue politische Koordinate?

### Ein Ausblick

Nach der Analyse von nunmehr achtzehn Konzepten zur Zukunft von Staat und Gesellschaft entsteht ein schillerndes Bild der Chancen und Optionen, aber auch der Defizite und Gefährdungen, die der Globalisierungsprozess mit sich bringt. In den Einzelkapiteln wurden bereits die Besonderheiten und Unterschiede der einzelnen Diskursphasen herausgearbeitet, so dass es an dieser Stelle vor allem darum geht, die Grundlinien kenntlich zu machen, die den Diskurs als Ganzes auszeichnen, und diese einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Denn trotz der facettenreichen Konzepte bleiben immer noch Leerstellen, die hier zwar nicht geschlossen, zumindest aber angesprochen werden können. Danach wird mit Bezug auf die Einleitung geprüft, inwieweit der Globalisierungsdiskurs einen Beitrag zu demokratietheoretischen Fragestellungen leistet, welche politikwissenschaftliche Relevanz er hat und ob er über einen populärwissenschaftlichen Ansatz hinausweist. Um schließlich die Kernthese der Analyse stützen zu können, dass nämlich eine neue politische Koordinate im Entstehen begriffen ist, wird ein Rekurs auf die Gefahren und Chancen im Kontext des Globalisierungsdiskurses vorgenommen und werden die Konzepte den eingangs definierten Parametern zugeordnet. Abschließend bleibt der Ausblick, welche Bedeutung der Globalisierungsdiskurs für die Politik hat und ob er exemplarisch für den öffentlichen Diskurs um die politischen Dimensionen der Globalisierung steht.

### **Die Rolle der öffentlichen Intellektuellen**

Werner Weidenfeld schreibt 1999 mit pessimistischem Unterton: „Heute sind (...) keine Visionen und Konzepte zu erkennen, die den sozialen Wandel steuern (...). Es gibt ... kein ordnendes Zukunftsbild (...). Wenn es stimmt, daß Utopien die Grundlage für gesellschaftliche Veränderungen sind, woher kommt dann heute die Utopie einer zukünftigen Welt?“<sup>1679</sup> Zu dieser Einschätzung gelangt er, obwohl er in seiner Aufsatzsammlung von 1996 eine ganze Reihe Autoren zu Wort kommen lässt, die seitdem versuchen, als intellektuelle Vordenker diese Lücke zu schließen. Nicht nur Weidenfeld, sondern auch andere Wissenschaftler machen sich nach 1989 Gedanken darüber, welche Rolle die Intellektuellen künftig einnehmen sollen, und warnen vor der Ausgrenzung des „kritischen Potentials“, genauso wie sie von diesem ein „wissenschaftlich

---

<sup>1679</sup> Weidenfeld, Werner (1999), Gefangene im globalen Netzwerk, *Süddeutsche Zeitung*, 31.07.99.

untermauertes utopisches Denken“ fordern. Dem Intellektuellen wird die Rolle des „konstitutionellen Melancholikers“ zudedacht, der an der Welt leidet und daraus seine Kraft für das Konzept einer besseren Welt schöpft.<sup>1680</sup> In der hier vorliegenden Arbeit ist deutlich geworden, dass Weidenfelds Einschätzung so nicht stehen bleiben kann. Die Autoren ordnen sich nicht nur selbst als öffentliche Intellektuelle ein, sondern jonglieren in ihren Texten auch mit dem Begriff der Utopie, wie etwa Beck, Dahrendorf, Giddens, Habermas und Höffe. Es wird übereinstimmend der Anspruch formuliert, neue Ideen und Konzepte zu entwerfen, die helfen können, die Globalisierung in ihren verschiedenen Dimensionen zu gestalten - und wenn dies nicht möglich ist, doch zumindest durch Aufdecken der Missstände ein kritisches Bewusstsein zu schaffen. Geht man bei den hier analysierten Konzepten ins Detail, werden viele Einzelfacetten und Unterschiede sichtbar (vgl. hierzu die jeweiligen Zusammenfassungen der Teilkapitel sowie der einzelnen Diskursphasen). Dennoch können bei der Zusammenschau der Konzepte insgesamt zentrale Motive und Themenbausteine ausgemacht werden, die den Globalisierungsdiskurs seit 1990 bestimmen. Aufgrund der inhaltlichen Bandbreite entsteht zwar kein abschließend „ordnendes Zukunftsbild“, wie Weidenfeld es fordert, aber die Facetten können so gebündelt werden, dass sich die wesentlichen Positionen herauskristallisieren und eine Ahnung des künftigen Demokratie- und Gesellschaftsentwurfes entsteht. Habermas spricht an einer Stelle von der „fälligen Revision des grundbegrifflichen Rahmens“ - und die scheint, blickt man auf die wissenschaftliche und politische Diskussion, ein Stück weit in Gang gekommen zu sein.<sup>1681</sup> Albrow, Beck und Giddens, aber auch Dahrendorf, Habermas und Zürn verstehen ihre Konzepte explizit als Beiträge zu dieser Revision. So stehen Begriffe wie die „postnationale Konstellation“ oder die „Quadratur des Kreises“ auf den ersten Blick zwar für die Verschlagwortung des Globalisierungsdiskurses, auf den zweiten Blick ist allerdings zu sehen, dass nach und nach auch die dahinter stehenden Ideen in Wissenschaft und Politik Einzug halten. Fast schon symbolisch kann dafür die öffentliche Debatte um den „aktivierenden Sozialstaat“ genannt werden - ein Konzept, das seit Mitte der 1980er Jahre intellektuell bearbeitet wird, heute aber erst mit voller Wucht in Politik und Öffentlichkeit angekommen ist.

### ***Themenbausteine im Diskurs***

Zuerst einmal können einige grundlegende Aspekte bestimmt werden, von denen die Autoren konsensual ausgehen: Der Bezug auf die Moderne und davon ausgehend die Zuordnung des eigenen Standpunktes finden sich in allen Konzepten. Die Autoren positionieren sich zur Aufklärung und ihren Errungen-

<sup>1680</sup> Vgl. als Auswahl insgesamt Bourdieu (1998); Lepenies, Wolf (1992), Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa, Frankfurt am Main/New York, S. 14 ff. sowie Seifert, Jürgen (1998), Wer nur auf die Vermarktung achtet, wird ihr Opfer, *Frankfurter Rundschau*, 23.03.98.

<sup>1681</sup> Vgl. Habermas (1995a), S. 301.

schaften, ordnen sich der Moderne, Postmoderne oder Zweiten Moderne zu und reflektieren ihre Haltung zu Begriffen wie Universalismus, Kosmopolitismus, Multikulturalismus, Modernisierung und Verwestlichung, wobei eine der Schwachstellen des Diskurses im Gebrauch dieser Begriffe liegt, der nämlich weder einheitlich noch kohärent ist. Zu dieser Leerstelle im Folgenden mehr.

### *Risikogesellschaft, Ökonomisierung und Kapitalismuskritik*

Der zweite gemeinsame Ausgangspunkt aller Konzepte lässt sich an dem von Beck definierten Begriff der Risikogesellschaft festmachen. Selbst wenn nur ein Teil der Autoren direkt Bezug auf diese Beschreibung nimmt, verbinden alle Autoren ihre Gegenwartsanalyse mit den sich im Zuge der Globalisierung verstärkenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Risiken. Die aktuellen Veränderungen werden übereinstimmend als Krise und Umbruch bewertet, Unterschiede in den Konzepten zeigen sich erst in Form der empfohlenen Strategien. Die Globalisierung wird dabei als vielfältig gebrochener Prozess ohne Richtung beschrieben, der gerade durch seine Dynamik, Verdichtung und Reichweite den Wandel bedrohlich erscheinen lässt. Technologisierung und Digitalisierung stehen symbolhaft für die generelle Beschleunigung, die das Leben heute dominiert. Zusätzlich gehen die Autoren unter dem Stichwort der Ökonomisierung übereinstimmend von der im Kontext der Globalisierung zunehmenden Inkongruenz zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und politischer Steuerung aus, und zwar unabhängig davon, ob sie stärker Gefahren oder Chancen thematisieren. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird zur zentralen Dimension der Globalisierung, so dass die anderen Dimensionen von ihr abgeleitet werden. Dennoch plädieren die Autoren übereinstimmend gegen einen rein aus der ökonomischen Perspektive geführten Globalisierungsdiskurs und verweisen auf die Folgen für Staat und Gesellschaft. Mit der konstatierten Ökonomisierung verbindet der größte Teil der Autoren in unterschiedlicher Vehemenz eine kritische Stellungnahme zu einem weiteren Schlagwort, das mittlerweile die Runde in Politik und Öffentlichkeit macht: dem „entfesselten Kapitalismus“. Dieser steht symbolisch für das Machtgefälle zwischen Weltwirtschaft und nationalstaatlicher Volkswirtschaft, wobei die erste politisch kaum mehr zu steuern, die zweite hingegen von immer geringerer Bedeutung ist - so die Einschätzung der Autoren. Selbst Ökonomen wie Edward Luttwak, Edzard Reuter und Daniel Goeudevert denken öffentlich über den „Turbokapitalismus“ und ein angemessenes Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft nach. Die Autoren stehen also nicht alleine mit ihrer Kritik.<sup>1682</sup> Bei einem großen Teil von ihnen wird der Kapitalismus zudem gleichgesetzt mit der Ideologie des Neoliberalismus, der als die Forderung nach größtmöglichem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft definiert wird. So ist mit dem Globalisierungsdiskurs gleichzeitig ein Wiederaufleben der Kapitalismuskritik zu beobachten, allerdings erweitert

<sup>1682</sup> Vgl. insgesamt Luttwak (1999) sowie Reuter (1999).

auf den globalen Kontext. Diese geht gleichzeitig mit dem Versuch einher, eine neue Rolle der Wirtschaft zu definieren, die sich um deren künftige Verantwortung und Vorbildfunktion für die Politik dreht. Die Kapitalismuskritik „pur“ ist vor allem bei Gorz, Forrester und Rifkin nachzulesen, andere, wie Barber, Dahrendorf und Sennett, wollen ihre Kritik nicht als grundlegende Systemkritik, sondern als Kritik an den globalen Auswüchsen des Kapitalismus und deren Folgen verstanden wissen. Bei den Autoren, die sich mit der Krise des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft auseinandersetzen, wird die Kapitalismuskritik vor allem mit dem Festhalten der Politik an der „Vollbeschäftigungs-ideologie“ und der politischen Passivität in Bezug auf neue Ideen zur Abfederung der Arbeitslosigkeit verbunden (Beck, Dettling, Dahrendorf, Giddens, Habermas, Zürn). Entfremdung, Nutz- und Sinnlosigkeit als Nebenfolgen der Sozialstaatskrise soll durch Aufwertung frei gewählter Tätigkeiten entgegengewirkt werden. In diesen Konzepten zeigt sich das Ringen um die richtige Ausgestaltung der Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen. In diesem Zusammenhang wird dann ebenfalls von einem Großteil der Autoren das Entstehen einer neuen Ungleichheit und die Zunahme sozialer Exklusion innerhalb der Gesellschaft, aber auch zwischen Staaten problematisiert sowie die Forderung nach einer neuen globalen Umverteilungspolitik erhoben. Die *global players* verkörpern in diesem Kontext die Globalisierungsgewinner, denen die Verlierer gegenübergestellt werden: Gewinner sind mobil, qualifiziert und flexibel, Verlierer an den Ort gebunden, schlecht qualifiziert und unflexibel. Der neuen bzw. verstärkten Ungleichheit versuchen einige Autoren mit der Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag zu begegnen. Eine Lösungsstrategie gegen soziale Exklusion sehen die meisten Autoren in Wissen, Bildung und Qualifikation. Sie stellen neben der Multiaktivität den Schlüssel zur Bewältigung der Krise dar, weil Wissen als Kapital des Globalen Zeitalters (Albrow, Beck, Dahrendorf, Dettling, Giddens, Habermas, Gorz) oder zumindest als neues Machtmittel angesehen wird (Barber, Guéhenno, Rifkin). Das erst seit einigen Jahren in der Politik gebräuchliche Schlagwort des „lebenslangen Lernens“ spielt in den Konzepten bereits seit längerem eine wichtige Rolle. In der kritischen Analyse der Ökonomisierung stimmen die Autoren weitgehend überein, welche Strategien sie hingegen entwickeln, steht auf einem anderen Blatt und bekommt im Kontext der neuen politischen Koordinate eine zentrale Bedeutung.

### *Nationalstaat und Demokratie*

Da die Buchtitel der analysierten Texte teilweise das Ende von Nationalstaat und Demokratie prognostizieren, ist interessant zu sehen, dass die Autoren dennoch von deren Zukunftsfähigkeit ausgehen. Der Nationalstaat wird von allen - selbst von Albrow, der dessen Ende ankündigt - als weiterhin wichtiger Akteur in der politischen Arena betrachtet, der allerdings eine veränderte Rolle

und Funktion einnehmen soll. Die Prognose seines Endes bezieht sich in erster Linie auf die Auflösung der Verbindung von Territorialität, Demokratie und politischer Steuerung. Als bislang einziger Ort funktionierender demokratischer Praxis behält er auch im Kontext der Globalisierung seinen Vorbildcharakter. Bemerkenswert ist, dass trotz der übereinstimmenden Betonung seiner Bedeutung nur wenige Autoren ein konkreteres Bild seiner künftigen Aufgaben skizzieren, was vor allem Zürn und die Architekten der Global Governance mit ihrem Kooperations- und Verhandlungsmodell versuchen. Die anderen denken generell über die Abgabe von staatlichen Aufgaben nach oben und nach unten nach und verknüpfen diese Überlegungen mit den Begriffen Dezentralisierung und Subsidiarität. Stellvertretend für die Autoren stellt Waschkuhn fest: „Probleme sollen auf der Ebene gelöst werden, auf der sie sich stellen. Das Subsidiaritätsprinzip leistet komplexe Vermittlungsarbeit, knüpft an Lebenszusammenhänge an und ermöglicht Bürgernähe.“<sup>1683</sup> Dabei richten die Autoren in allen Konzepten ihren Fokus auf die lokale, manche auch auf die europäische Ebene, als Orte, an denen Konkretion möglich wird. In diesem Gedankenspiel wird der Staat neben seiner Rolle als „Interdependenzmanager“ (Messner) vor allem zum Geldgeber für Aktivitäten auf kommunaler Ebene, um bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative zu unterstützen und zu stärken. So wird der Nationalstaat insgesamt als das Konstrukt angesehen, in dem erstmals auf einem größeren Raum die Verbindung von Demokratie und Kapitalismus geglückt ist. Die Überlegungen zur Zukunft der Demokratie, die von allen Autoren angestellt werden, gehen dann zwar davon aus, dass Demokratie und Partizipation jenseits des Nationalstaates vorstellbar und vor allem wünschenswert sind, bleiben bei der Konkretisierung dieser Idee aber eigentümlich vage. Die meisten verfallen, wenn es um die Ausgestaltung geht, in eine gewisse, in abstrakte Formulierungen verpackte Sprachlosigkeit. Demokratie wird in den Konzepten vor allem mit trans- und supranationalen sowie globalen sozialen Bewegungen und NGOs als Säulen einer kosmopolitischen Demokratie in Verbindung gebracht. Übereinstimmung herrscht in deren positiver Einschätzung, wobei im Gegenzug Parteien und Parlamenten, wenn sie denn überhaupt genannt werden, der Part der defizitären nationalstaatlichen Institutionen zugeordnet wird. Diese Einteilung erfährt in den letzten Jahren laut Offe eine „etwas beunruhigende Konjunktur“ und suggeriert ohne Nachprüfung eine generelle Spaltung zwischen Amtsträgern und Bevölkerung.<sup>1684</sup> So wird in den Konzepten politische und soziale Partizipation vor allem mit Bürgerbewegungen und NGOs in Verbindung gebracht und ist entweder bezogen auf die lokale oder aber die transnationale Ebene. Dabei wird lediglich partiell auf das Legitimations- und Demokratiedefizit dieser Akteure verwiesen, das durch die fehlende umfassende Rückkoppelung an und Verantwortlichkeit gegenüber der

---

<sup>1683</sup> Waschkuhn (1998), S. 415. Zur Definition im demokratietheoretischen Kontext vgl. ebenfalls Waschkuhn, S. 496 ff.

<sup>1684</sup> Vgl. Offe (1996), S. 150.



Bevölkerung entsteht, wie sie etwa Parteien und Parlamentarier haben.<sup>1685</sup> Anders als in den Konzepten gibt es zur Rolle und Funktion der NGOs mittlerweile eine breitere und differenzierte wissenschaftliche Auseinandersetzung.<sup>1686</sup> Diese gelangt zwar insgesamt auch zu einer positiven Wertung der NGOs, gibt aber mit Blick auf das Demokratie-Dilemma und den von Münkler kritisierten überhöhten Normativismus zu bedenken: „NGOs und ihre transnationalen Netzwerke können und wollen dieses Dilemma nicht aufheben und wären darüber hinaus mit einer solchen Aufgabe auch überfordert.“<sup>1687</sup> In diesem Zusammenhang fällt eine Leerstelle in den Konzepten auf, die zum einen in der generellen Nichtbeachtung der Parlamente als Instrumente der praktischen Demokratie liegt, zum anderen mit dem angesprochenen generellen Misstrauen der Autoren gegenüber den politischen nationalstaatlichen Institutionen zu tun hat. So entsteht in allen Konzepten das Bild des Staates als eines abstrakten administrativen Systems, das den durch Eigeninitiative belebten sozialen Bewegungen und NGOs gegenübergestellt wird. Der Staat wird zum Steuerungsinstrument, die NGOs zur bunten konkreten Gegenwart, nämlich der Zivilgesellschaft. Dabei wird übersehen, dass die beiden Bereiche zum einen schon lange miteinander verbunden sind, von getrennten Welten also nicht einmal mehr theoretisch zu sprechen ist, zum anderen aber auch „der Staat“ selbst kein einheitliches System darstellt, sondern mit Regierung, Bürokratie, Parlament, Opposition, Ländern, Kommunen, Verwaltungen usw. eine Vielfalt an Interessen zusammenführt und bündelt. Aufgrund dieser unzureichenden Prämisse entwickeln die Autoren auch keine überzeugenden Ideen, wie es zu einer Überbrückung der Kluft zwischen den heute präferierten Engagementformen in sozialen Bewegungen und NGOs sowie der Notwendigkeit einer Rückbindung an die Bevölkerung durch eine Form der Rechtfertigungspflicht kommen kann. Münkler gibt zu bedenken, dass die Inszenierungsmöglichkeiten der NGOs, wie sie etwa Greenpeace nutzt, der Notwendigkeit zur Argumentation in den Parteien gegenüberstehen. Der Politik droht bei Nachahmung solcher Inszenierungen die Gefahr der inhaltlichen „Verflachung“, den zivilgesellschaftlichen Gruppen hingegen entsteht die Chance, ihre punktuellen Anliegen medientauglich darzustellen.<sup>1688</sup> Die Spannung, dass Parteien und damit Politiker zwar punktuell und partiell Anregungen einzelner sozialer Bewegungen und NGOs aufnehmen können, diese dann aber differenziert in

<sup>1685</sup> Vgl. hierzu ebenfalls Offe (1996), S. 144 f.

<sup>1686</sup> Vgl. als Auswahl insgesamt Beisheim, Marianne (1997), Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 43, S. 21 - 29; Martens, Jens (2002), NGOs - überschätzte Akteure in der internationalen Politik? Eine Zwischenbilanz, in: Kreibich, Rolf und Trapp, Christian (Hg.), *Bürgergesellschaft*, Baden-Baden, S. 34 - 45 sowie „Wachhunde, mehr nicht“, *Süddeutsche Zeitung*, 14.08.99.

<sup>1687</sup> Walk, Heike und Brunnengräber, Achim (2000), *Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima*, Münster, S. 281.

<sup>1688</sup> „Es ist vor allem die mediale Verstärkung, die dazu geführt hat, daß die Auftritte einiger Aktivisten politisch einflussreicher und aufmerksamkeitsintensiver geworden sind als die meisten Parlamentsdebatten oder Parteitage. Die oftmals ebenso komplexe wie differenzierte Argumentation in Parlamentsdebatten ist wohl (...) für die visualisierte Informationskultur (...) ebenso unattraktiv wie uninteressant (...)“ Münkler, Herfried (Hg.) (2002), *Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert*, Berlin, S. 170.

den übergreifenden, komplexen und umfassenden Kontext ihrer parteipolitischen Programmatik integrieren müssen, wird nicht wahrgenommen. So können nur selten Forderungen der Zivilgesellschaft in Reinform in den Parteien aufgenommen werden, weil diese zu Kompromissen gezwungen sind. Dies wiederum erhöht das Enttäuschungspotential beim „schwierigen Bürger“ (Klages), der die Priorität bei Einzelproblemen setzt und die Notwendigkeit der Integration in Zusammenhänge jenseits seines Anliegens nicht anerkennt. Die Übersetzung der Anliegen von den NGOs und Bewegungen in die Politik und umgekehrt ist noch nicht hinreichend thematisiert. So ist festzustellen, dass in allen Konzepten die Frage nach Demokratie, Partizipation und Legitimation zentral ist, in der Regel aber nur dann konkretisiert wird, wenn sie in einen lokalen Zusammenhang gestellt werden kann. Die Kommune als Ort der Demokratie und der sozialen und politischen Partizipation spielt in allen Konzepten (bis auf Habermas und Zürn) eine wesentliche Rolle. Sie ist der Ort für Experimente politischer und sozialer Aktivitäten und dient damit als Projektionsfläche für die Sehnsucht nach Demokratisierung von unten. Die Autoren verbinden ihre Entwürfe in der Regel mit Forderungen an die Politik und treten für die „Erfindung des Politischen“, ein „Nachwachsen der Politik“ oder eine „Repolitisierung“ ein. Direktdemokratische Elemente haben einen hohen Stellenwert in den Texten. Gespalten sind die Autoren hingegen in ihrem Urteil über eine mögliche Politisierung des Bürgers durch seine Rolle als Konsument und Kunde, wobei Albrow und Beck die Verbraucherdemokratie fordern, Barber, Guéhenno und Habermas hingegen vor der Entmündigung der Bürger durch Kommerzialisierung und Manipulation warnen. Übereinstimmung erzielen sie jedoch bei der Befürchtung, dass Politik zunehmend Opfer medialer Inszenierung und damit inhaltlich entleert wird. Bei NGOs wie Greenpeace hingegen wird die Inszenierung politischer Inhalte als positiv gewertet, weil sie in enger „Verbindung zu Wohl und Zukunft der gesamten Menschheit“ gesehen wird.<sup>1689</sup>

### *Lokale Ebene und Kommune*

In dem subsidiären Mehrebenenmodell, das die Konzepte in ihrer Zusammenschau entwerfen, wird die Kommune als kleinster Baustein der politischen demokratischen Architektur, wie erwähnt, zur Projektionsfläche für den Wunsch nach Konkretion und Praxis. Da im Kontext der Globalisierung von den Autoren befürchtet oder begrüßt wird, dass sich tradierte Gemeinschaften zugunsten transnationaler Gesellschaften oder Netzwerke auflösen, bleibt zu überlegen, ob der daraus resultierende Mangel an konkreter Gemeinschaft durch die Betonung der Kommune kompensiert wird. Der konstatierte Bedeutungsverlust von Raum und Territorialität scheint den Reflex auszulösen, auf den Ort zurückzugreifen, der klar umrissen, erfahrbar, bekannt und damit konkret ist. In diesem Reflex drückt sich ein Stück weit die Hilflosigkeit der Autoren aus, die

---

<sup>1689</sup> Vgl. Münkler (2002), S. 169 ff.

Gradwanderung zwischen positiv besetzter, aber abstrakter globaler Weltgesellschaft und konkreter, aber dennoch nicht ethnisch definierter Gemeinschaft zu schaffen. Dittgen warnt: „Wenn aber die Gemeinde als Ort der „wahren Demokratie“ gegen den Nationalstaat ausgespielt wird, zeigt dies, wie fremd dieser Anschauung die Idee und die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind.“<sup>1690</sup>

### *Gemeinschaft und Gesellschaft und die Rolle des Individuums*

Die Thematisierung von National- bzw. Sozialstaat sowie von Demokratie und Partizipation zieht die Frage nach der Bedeutung und dem Funktionieren des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses jenseits der nationalstaatlichen Grenzen nach sich, auf dem die Demokratie aufbaut. Die Autoren beschäftigt die Option einer europäischen oder globalen Öffentlichkeit, die mit der Frage verbunden ist, wie sich Gesellschaft künftig konstituiert. Hier geben die Autoren nun unterschiedliche Antworten, die sich an den Begriffen „Demos“ und „Ethnos“ festmachen lassen. Je nach Blickwinkel ist der Ausgangspunkt entweder die Gemeinschaft, bestimmt durch kulturelle Identität sowie konkrete, subjektivierte und konstitutive Zugehörigkeit, oder die Gesellschaft als selbstorganisierte, institutionalisierte und objektivierte Kooperation.<sup>1691</sup> Davon hängt wiederum ab, welche Rolle dem Individuum zugedacht wird: Erfolgt dessen Selbstdefinition in Form einer ethnischen Identitätsfindung innerhalb einer Gemeinschaft oder aufgrund rechtlich-normativer Grundstrukturen einer Gesellschaft, die mehrere Gemeinschaften umfasst?<sup>1692</sup> Der Teil der Autoren, der die abgrenzbare Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt (Autoren der ersten Phase, Etzioni und Sennett), sieht in der zunehmenden Individualisierung eine Tendenz zu Atomisierung und Egoismus, die Autoren, die hingegen von heterogenen Gesellschaften ausgehen, betonen Autonomie und Selbstbestimmung. Ebenfalls abhängig von diesem Blickwinkel ist die Beurteilung der kulturellen Globalisierung, die entweder Homogenisierung im Sinne von globaler Gleichmacherei bedeutet, wie sie Barber mit dem Ausdruck McWorld umschrieben hat, oder als Heterogenisierung angesehen wird, die in Austausch und Gegenseitigkeit besteht. Im Verlauf des Diskurses kann verfolgt werden, dass zu Beginn vor allem kleinere und begrenzte Gemeinschaften in Form von Nachbarschaft,

<sup>1690</sup> Dittgen (1999), S. 18.

<sup>1691</sup> Vgl. zu dieser Definition ausführlich Gorz (2000a), S. 169 ff.: Gemeinschaft: Kollektiv, dessen Mitglieder als konkrete Personen durch gelebte und konkrete Solidarität miteinander verbunden sind. Sie beruht auf etwas, das alle als ihr Gemeinsames anerkennen (Geburt, Werte, Sprache, Kultur, Erziehung, Tradition) und ist homogen durch gemeinsame Erfahrungen und Bezugspunkte. Bindungen sind gelebt und existentiell. Gesellschaft: Umfangreicheres, komplexes Ganzes, das die Beziehungen seiner Mitglieder auf kommunikative und spontane Weise organisiert. Das Individuum gehört der Gesellschaft nicht als konkrete Person, sondern als Bürger (abstrakt und universal definiert) an, dessen Rechte und Pflichten durch einen Staat instituiert, juristisch formalisiert und politisch garantiert sind. Die Person wird nicht als Subjekt, sondern als juristisch definierte Person gesehen.

<sup>1692</sup> Vgl. Forst, Rainer (1994), Kommunitarismus und Liberalismus - Stationen einer Debatte, in: Honneth, Axel (Hg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York, 2. Auflage, S. 188.

Familie, Schule und lokale Gemeinschaft als Erfahrungsraum im Mittelpunkt stehen, später dann zunehmend Netzwerk- und politisch verfasste Gesellschaften. Der eingangs aufgegriffenen Feststellung Hassners, dass diese Tendenz zu beobachten sei, kann somit zugestimmt werden. Auch die globale bzw. kosmopolitische Weltgesellschaft wird von den Autoren in beide Gesellschaftskonzeptionen integriert, auf der einen Seite als Gemeinschaft der Gemeinschaften (Etzioni), auf der anderen Seite als globales Netzwerk auf Grundlage gemeinsamer Aktivitäten oder universell geteilter Werte.

### *Wertekanon*

„Nicht nur die Verantwortung der Politiker, auch die Verantwortung der Intellektuellen ist gewachsen. Vor ihnen steht die Aufgabe, über Werte nachzudenken, die die Weltgesellschaft leiten können, einen Kanon von Überzeugungen zu formulieren, die in breitem Konsens, in der globalen Marktgesellschaft lebbar und lehrbar sind.“<sup>1693</sup> So schafft Lepenies die Verbindung zwischen Aufgabe der Intellektuellen, Weltgesellschaft und Wertekanon, die auch in den Texten in einem Zusammenhang stehen. In Bezug auf universale bzw. kosmopolitische Werte wird in den Texten übereinstimmend ein bestimmter Kanon definiert, der sich übergreifend und eher allgemein an Demokratie und den Menschenrechten und davon abgeleitet an Freiheit, Toleranz und der Anerkennung der Differenz orientiert. Während die Autoren der ersten Phase und Etzioni noch stärker von in der Gemeinschaft zu erlernenden Tugenden ausgehen, wie etwa Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit und Mut, formulieren die anderen Autoren ihren Wertekanon abstrakter. Auch Waschkuhn plädiert in ähnlicher Weise dafür, solche Werte zu instituieren, die einen „universalisierbaren Inhalt haben und akzeptierbar sind in verschiedenen Kontexten“.<sup>1694</sup> Hier bleibt der Globalisierungsdiskurs in der Schwebe, da auch die Autoren davon ausgehen müssen, dass trotz aller Fortschritte selbst Demokratie und Menschenrechte nicht identisch von allen Staaten und Kulturen definiert werden. Und obwohl der Begriff der Freiheit in Anlehnung an Dahrendorfs Freiheitsbegriff mehrheitlich in dem Sinne definiert wird, dass Freiheit dort endet, wo sie soziale Exklusion verursacht, nämlich dort, wo der Zugang zu Chancen durch Exklusion aufgrund Herkunft oder gesellschaftlicher Stellung ungleich verteilt ist, scheiden sich an diesem Begriff die Geister. Grundsätzlich wird in der Mehrheit der Konzepte die Ungleichheit der Menschen aufgrund ihrer individuellen Fähigkeiten, Anlagen, Herkunft sowie monetärer Ausstattung anerkannt und die Differenz positiv gewertet (Anerkennung der Differenz). Somit wird auch die Ungleichheit, die sich auf „Kapital und Eigentum“ gründet, als legitim angesehen, solange sie nicht zu wirklicher Armut und Exklusion führt. Von einigen Autoren wird sogar der Aspekt der Selbstgenügsamkeit gefordert, der nicht nur auf die Endlichkeit der

<sup>1693</sup> Lepenies, Wolf (1993), Die Zukunft der Intellektuellen. Vorwärts mit der Aufklärung, *Der Spiegel*, 01.03.93.

<sup>1694</sup> Vgl. Waschkuhn (1998), S. 564.

natürlichen Ressourcen bezogen ist, sondern im Kontext der Arbeitsgesellschaft die Zeitsouveränität höher bewertet als Einkommen. Die Autoren fordern, dass Chancengleichheit in Form von gleichen Zugangsmöglichkeiten, unabhängig von den individuellen Eigenschaften, zu verwirklichen und Ausgrenzung zu vermeiden ist. Wird Freiheit dann allerdings in der Bedeutung von Wahlfreiheit und Optionen gedacht, fällt die Einschätzung wieder unterschiedlich aus. Albrow, Beck, Dahrendorf und Giddens etwa werten diese als Gewinn für die persönliche Autonomie und Selbstbestimmung. Fukuyama, Etzioni, Guéhenno und Sennett hingegen sehen mit einem Zuviel an Freiheit und Optionen die Gefahr der Orientierungslosigkeit und Überforderung des Einzelnen verbunden. Auch das Verhältnis von Rechten und Pflichten wird differenziert betrachtet. Etzioni und Giddens beispielsweise streben eine Balance zwischen den beiden Werten an - Etzioni mit dem Akzent auf Pflichten, Giddens auf Rechten. Beck, Dahrendorf und Habermas wiederum räumen eindeutig den Rechten eine Priorität ein.<sup>1695</sup> Zusätzlich ist die Tendenz zur Betonung der Freiwilligkeit zu beobachten. Der Schutz vor (staatlicher) Willkür und Zwang werden gefordert, von einigen wird allerdings moralischer Druck als notwendig angesehen. Übereinstimmend wiederum werden Vertrauen und Solidarität als Grundlagen für funktionierende Gemeinwesen definiert, wobei die Möglichkeit ihrer Ausdehnung über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus unterschiedlich, insgesamt aber eher skeptisch beurteilt wird. Bei dieser Diskussion geht es um die Frage, ob ein europäischer - oder gar ein globaler - „Demos“ zu konstituieren ist, eine Frage, die auch die Politikwissenschaft seit einiger Zeit beschäftigt (vgl. die Abschnitte zu Dahrendorf, Guéhenno und Habermas). Unter dem Stichwort Reflexivität schließlich wird vor allem von den Autoren der zweiten und dritten Phase die diskursive Begründung von Werten gefordert und mit dem Recht auf individuelle Autonomie und Lebensführung verbunden. Zudem kann im Verlauf dieser Diskursphasen beobachtet werden, dass der Kommunitarismus als Konzept immer stärkere Ablehnung erfährt. Die Rückkehr zu einem überlieferten Wertekanon in begrenzten Gemeinschaften wird damit als Option abgelehnt. Vielmehr wird mit diesen Tendenzen vor den Gefahren von Fundamentalismus, Fragmentierung und Protektionismus gewarnt. Insgesamt bleibt die Frage nach universell gültigen Werten aber in einer gewissen Weise unbeantwortet und vage - eine weitere Lücke, die es künftig zu schließen gilt.

### *Offene Fragen?*

Bleibt noch zu überlegen, welches Menschenbild hinter den Konzeptionen der Autoren zu erkennen ist. Grundsätzlich wird aufgrund der Normativität der Konzepte die Sehnsucht nach der sogenannten „guten Gesellschaft“ sichtbar. Für die einen besteht sie aus moralischen, tugendhaften und sozial einge-

<sup>1695</sup> Vgl. zu dieser Auseinandersetzung auch Münkler (1992), S. 33.

bundenen Menschen, für die anderen eher aus selbstbestimmt und autonom handelnden Individuen. Gemeinsam ist dem Menschenbild aber, dass es vom verantwortlichen, aktiven, engagierten und dabei gut informierten Bürger ausgeht, der als Teil seiner Gemeinschaft, der Gesellschaft oder eines Netzwerkes seine Pflicht und sein Recht auf Partizipation ausübt und wahrnimmt. Der von Klages skizzierte „schwierige Bürger“, den Beck und Zürn auch als citizen bezeichnen, ist das Idealbild. In dem entworfenen Menschenbild spiegelt sich in gewisser Weise das Selbstbild der Intellektuellen wider, dem man sich gerne anschließen möchte, das aber ein Stück weit Wunsch und Hoffnung bleiben muss.

Unterstützt wird dieser Eindruck durch die Rolle, die sowohl den Bürgerbewegungen und NGOs als auch den Experten und Wissenschaftlern in den Konzepten zugedacht wird. Überspitzt formuliert, erinnert das Vorgehen der Autoren an Platons Methodik aus der „Politeia“, in der nur derjenige Philosophenkönig werden kann, der die platonische Zahl kennt - und die wusste bekanntlich nur Platon selbst. Die Autoren formulieren nämlich ihre eigenen Ansprüche ebenfalls indirekt in den Konzepten, indem sie auf die zentrale Bedeutung der Einbeziehung von Wissenschaft und Experten bei der künftigen Gestaltung von Demokratie, Gesellschaft und Staat verweisen. So sind ihrer Einschätzung nach viele der Probleme aufgrund der hohen Komplexität nur noch dann zu lösen, wenn Informationen und Wissen gut aufbereitet und vernetzt werden sowie zwischen allen Beteiligten und allen politischen Ebenen zirkulieren. Dies können in erster Linie Wissenschaft und Expertentum leisten. Der so erhobene Anspruch der Autoren ist durchaus bedenkenswert und hat seine Berechtigung, die Frage allerdings, wie die Übersetzung von Fachwissen in Politik und Öffentlichkeit zu bewerkstelligen ist, muss erst noch geklärt werden. Hier besteht, vor allem in Deutschland, nach wie vor eine große Lücke. Gleichzeitig muss aber auch vor der Gefahr gewarnt werden, dass die Konzepte und ihre Rezeption durch solche Ansprüche einen elitären Anstrich bekommen, der die Kluft zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit noch vergrößert.<sup>1696</sup> Schließlich ist noch die Frage nach der euro-atlantischen bzw. westlichen Perspektive der Autoren anzusprechen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Art und Weise, wie in den westlichen Industriestaaten Demokratie und Menschenrechte ausbuchstabiert werden, die Ansätze und Perspektiven der Konzepte bestimmt. Demokratie wird idealtypisch von den Errungenschaften und dem hohen Standard der Sozialstaaten aus gedacht, das heißt, in der Verbindung von wirtschaftlichem Wachstum, sozialstaatlicher Sicherung und politischer Teilhabe. Alle Überlegungen zum Wandel von Staat und Gesellschaft gehen davon aus, dass es einen funktionierenden demokratischen Nationalstaat und eine pluralistische und freie Gesellschaft gibt. Die stabile

---

<sup>1696</sup> Zu dem Anspruch der Wissenschaft und der Gefahr eines elitären Eindrucks vgl. auch Münch (1998), S. 423 f. sowie Holland-Cunz (2001), S. 286.

Demokratie der westlichen Welt wird zum Kern der Überlegungen. Ihre Probleme und Defizite werden erkannt und analysiert sowie Strategien zu deren Überwindung entwickelt. Auch wenn in den Konzepten der Blick über die Grenzen der OECD-Staaten erfolgt, bleiben sie der westlichen Definition von Werten als Leitideen verpflichtet. Wie ein Teil der Autoren von Global Governance anmerkt, ist dieses Modell aber nicht einfach auf andere Regionen und Länder der Welt zu übertragen. Nimmt man beispielsweise Russland, Somalia oder die Balkanstaaten und benutzt sie als Folie, auf der man die achtzehn Konzepte betrachtet, erscheinen einige der Fragen plötzlich als „Luxusprobleme“ der Industriestaaten. Russland etwa kämpft zuerst einmal um die Institutionalisierung von öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen im eigenen Land, in Serbien scheitert mehrfach die Präsidentenwahl wegen Desinteresse und in Somalia existiert gar keine Form von Staatlichkeit. Die Fragen nach der Zukunft von Demokratie, Nationalstaat und Gesellschaft erscheinen vor diesem Hintergrund in einem ganz anderen Licht.<sup>1697</sup> Auch die große Bedeutung, die den Informations- und Kommunikationstechnologien als Motor der Globalisierung beigemessen wird, hat nur begrenzte Gültigkeit. Wie im Vorherigen bereits dargestellt, gibt es in Afrika nur ca. 1 Prozent Internetnutzer, was 3 Millionen Menschen entspricht, von denen wiederum 2,4 Millionen in Südafrika leben. Von den 14 Millionen Telefonanschlüssen auf dem gesamten Kontinent befinden sich 80 Prozent ebenfalls in Südafrika. Das bedeutet, dass der Großteil des Kontinentes von dieser Entwicklung abgekoppelt ist. Und selbst bei gleichmäßiger Bestückung mit Telefonanschlüssen in ganz Afrika bleibt das Problem bestehen, dass nur wenige außerhalb der Städte Englisch sprechen können und ein Großteil der Menschen weder lesen noch schreiben kann.<sup>1698</sup> An diesem Beispiel sieht man, dass die Globalisierung ein relativer Prozess ist. Trotzdem verlieren die in den hier analysierten Konzepten bearbeiteten Probleme mit Blick auf Deutschland, Europa und die USA in keiner Weise ihre Brisanz. Man muss sich eben nur vor Augen führen, dass sie nicht gleichermaßen und in gleicher Intention und Intensität für alle Teile der Welt gelten können, um dann vor diesem Hintergrund zu überlegen, welche Erkenntnisse aus den Konzepten zu filtern und zu generalisieren sind. Abschließend muss noch darauf verwiesen werden, dass in einem Teil der Konzepte zusätzlich Fragen zur Ökologie, Proliferation, Migration usw. diskutiert werden, die jedoch in dieser Analyse lediglich am Rande erwähnt werden können, weil sie für die Themenstellung insgesamt keine zentrale Bedeutung haben.

---

<sup>1697</sup> Brock und Tetzlaff etwa machen auf die Gefahr aufmerksam, die in einer Demokratisierung liegen kann, die nur von außen betrieben und nicht gleichzeitig von einer Demokratisierung im Innern begleitet wird. Als Beispiele sprechen sie den Völkermord in Ruanda und die Eskalationen im ehemaligen Jugoslawien an. Vgl. Brock (1998), S. 60 und insgesamt Tetzlaff (1998).

<sup>1698</sup> Vgl. „Japan ruft zur globalen Internet-Revolution“, *Berliner Zeitung*, 22.07.00; Aden, Abduraham (2000), Kein Anschluss unter dieser Nummer, *Frankfurter Rundschau*, 11.03.00 sowie „Afrika am Netz“, *Le Monde*, 11.01.02. Zur Situation in Syrien vgl. auch „Baschar ist der Provider“, *Berliner Zeitung*, 20.07.00.

### *Methodik der Autoren*

Mit Blick auf die Methodik der Autoren können noch einige Gemeinsamkeiten der Konzepte ausgemacht werden: Zum Ersten gehen einige Autoren in ihren Veröffentlichungen explizit auf Kritiker ein, um gleichzeitig durch ein Widerlegen dieser Kritik die eigene Position zu stärken. Zum Zweiten zeichnen sich viele der Texte durch Plädoyers aus, die sich an Leserschaft und Politik richten. Damit versuchen die Autoren in unterschiedlicher Intensität, ein Bewusstsein für die Problemlagen zu schaffen, einen öffentlichen Diskurs zu initiieren und zum Engagement zu motivieren.<sup>1699</sup> Ein besonderer Spannungsbogen ergibt sich zudem aus der Verankerung der Konzepte in der Philosophie bei gleichzeitigem Anspruch der Autoren, Handlungsempfehlungen für Politik und Wissenschaft zu formulieren. Das Lavieren zwischen Konkretion und theoretischem Konstrukt kostet allerdings manches Konzept in letzter Konsequenz seine Überzeugungskraft, unterstreicht aber dennoch das Selbstverständnis der Autoren, als öffentliche Intellektuelle zu agieren. Schließlich wird auch der Dialog bzw. Diskurs bei vielen der Autoren entweder explizit oder implizit als demokratietheoretisches Instrument thematisiert und in die Konzepte integriert. Mit der öffentlichen Kommunikation und der Bedeutung des Diskurses für die Demokratie ist zusätzlich ein weiterer Wert genannt, den die Autoren als zentral und universell definieren. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, nochmals einen Blick auf die verwendete Sprache und die Begriffe zu werfen. Während der Analyse wurde bereits an einigen Stellen auf die in den Texten angesprochene Dissonanz zwischen Rationalität und Authentizität eingegangen. Gerade die Autoren der ersten Diskursphase sowie Etzioni und Sennett benutzen eine emphatische und emotionale Ausdrucksweise. Sie grenzen sich nicht nur gegen die Rationalität in anderen Konzepten - vornehmlich in Habermas` Theorie - ab, sondern plädieren auch für eine Sprache, die „näher an den Menschen und ihren Bedürfnissen“ ist. Hier handelt es sich um eine Grundfrage der Kommunikation und Wahrnehmung. Diese Beobachtung ist zwar eher allgemeiner Natur, bekommt aber ihre Bedeutung dadurch, dass mit ihr ein grundlegendes Problem des Globalisierungsdiskurses benannt wird, das auch jenseits der hier analysierten Konzepte immer wieder den Diskurs zu sprengen droht.

Neben dieser Beobachtung zeichnen sich die Konzepte zudem durch jeweils eigene Sprachsysteme aus, die einige der Autoren im Laufe der Zeit entwickelt haben. Obwohl sich etwa Beck und Habermas in einigen Kernaussagen ähneln und aufeinander beziehen, bewegen sie sich sprachlich in zwei unterschiedlichen Welten: Beck arbeitet metaphorisch und belebt mit vielfältigen Sprachneuschöpfungen seine Texte. Habermas hingegen formuliert technizistisch und kühl. Gemeinsam ist ihnen, dass sie an einigen Stellen ins Abstrakte ausweichen. Barber, Etzioni und Sennett hingegen formulieren nahe am Leser und

---

<sup>1699</sup> Vgl. zu dieser Forderung an die Intellektuellen Bourdieu, Pierre (1999), Alles seitenverkehrt, *Die Zeit*, 49/99.



vermitteln persönliches Engagement. Bei Dahrendorf schließlich schlägt sich seine Doppelfunktion als Wissenschaftler und Politiker in der Ambivalenz zwischen Abstraktion und Konkretion in seinen Texten nieder. Was in dem Diskurs allerdings insgesamt auffällt, ist die unklare und zum Teil unsaubere Definition und Benutzung von Begriffen. Das ist ein Stück weit den verschiedenen Übersetzungen geschuldet, ein Stück weit auch den unterschiedlichen Bedeutungen in den einzelnen Ländern. Der Begriff der Gemeinschaft hat in den USA eine andere Konnotation als etwa in Deutschland. Wie zu Beginn bereits am Begriff der Globalisierung deutlich gemacht wurde, gibt es Ausdrücke, die als Chiffre benutzt werden. Zudem kann ein Begriff mehrere Bedeutungen haben. So werden beispielsweise Bürgergesellschaft und Zivilgesellschaft durchaus synonym verwendet, obwohl das eine eher für die Partizipation und das Engagement der Bürger vor Ort steht und damit stärker nationalstaatlich gedacht ist, das andere hingegen die *Gruppierungen* der Gesellschaft meint, die auch trans- und international agieren. In dem Begriff der Weltbürgergesellschaft kulminiert diese Ungenauigkeit der Begriffswahl. Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen „Globalisierung - Denationalisierung“, „kosmopolitisch - universal(istisch)“, „trans-, inter- und supranational“ sowie „Wohlfahrtsstaat - Sozialstaat“. Auch der Ausdruck „Globalität“ wird unterschiedlich verwendet: auf der einen Seite als Synonym für Neoliberalismus - wobei dieser wiederum auch als „schwarzer Protektionismus“ bezeichnet wird -, auf der anderen Seite als bereits erreichter Zustand globaler Entwicklungen. „Glokalisierung“ dient den einen als wertfreie Beschreibung der gegenläufigen Tendenzen von Globalisierung und Lokalisierung, den anderen aber als Bedrohung durch sich abschottende Regionalisierung. Schließlich bleiben auch die Definitionen von Moderne, Postmoderne und Zweiter Moderne, bis auf wenige Ausnahmen, ungeklärt. Das Label des „Dritten Weges“ ist den Auslegungen der einzelnen Autoren überlassen. Generell hat dieses Vorgehen keine Auswirkungen auf die Fragestellungen dieser Analyse und kann daher im Einzelnen vernachlässigt werden. Wünschenswert wäre dennoch an anderer Stelle eine genauere Untersuchung der Begriffsverwendungen sowie deren Einordnung in den ideengeschichtlichen Zusammenhang.

### ***Demokratiethoretische Bedeutung des Globalisierungsdiskurses***

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Autoren beklagen die Sozialstaatskrise und die unzureichenden politischen Gegenstrategien, halten den Nationalstaat in veränderter Rolle für zukunftsfähig, wollen demokratische Werte und Verfahren auf transnationaler Ebene bei gleichzeitiger Stärkung der lokalen Autonomie, fordern einen Konsens über universelle Werte und deren Implementation und wünschen sich aktive, freie und tolerante Bürger als Transporteure dieser Ziele. Erfüllen die Autoren damit die in der Einleitung formulierten Erwartungen? Beziehen sie sich in ihren Konzepten aufeinander, gibt es

also einen Globalisierungsdiskurs? Hat der Diskurs eine demokratietheoretische Bedeutung und damit politikwissenschaftliche Relevanz? Hat der Diskurs mehr als eine populärwissenschaftliche Bedeutung, ist er also eher Theorie als Ideologie? Alle diese Fragen können nach Analyse der Texte positiv beantwortet werden. Die Autoren beziehen sich aufeinander und zwar mit zunehmender Intensität. Die Themenbausteine, die den Diskurs auszeichnen, sind in ihrer Vielfalt den demokratietheoretischen Fragestellungen zuzuordnen, wie ein Blick in Waschkuhns „Demokratiethorie“ belegt: Zentral sind Kommunikation und Diskurs als Grundpfeiler des demokratischen Prozesses; Dezentralisierung, Subsidiarität und Mehrebenenmodell als Elemente politischer Steuerung; Menschenrechte, Toleranz, Freiheit, Autonomie und Solidarität als Elemente eines universellen Wertekanons; unterschiedliche Konzepte zur Konstituierung von Gesellschaft und Identität. Alle diese Aspekte entsprechen denen der Demokratiethorie. Zusätzlich erleben Fragestellungen, wie die nach direkter oder repräsentativer Demokratie, nach Partizipation als Wert oder Verfahren sowie nach aktivem Handeln auf Grundlage von Selbstbestimmung oder auf der von Pflicht und moralischem Druck eine Wiederbelebung im transnationalen Kontext. An einigen Stellen müssen die Autoren abschließende Antworten schuldig bleiben und können Probleme nur anreißen. Es ist jedoch zu beobachten, dass die in den Konzepten entworfenen Szenarien nach und nach auch in Politik und Öffentlichkeit ankommen: Die Diskussionen um Sozialstaat, bürgerschaftliches Engagement, Dritten Sektor sowie den Dritten Weg, außerdem die Debatte um Europäische Union, europäische Öffentlichkeit und europäische Institutionen sowie die Auseinandersetzungen um staatliche Souveränität und Menschenrechte belegen, dass die Politik reagiert. Die Autoren in ihrer Funktion als öffentliche Intellektuelle haben tatsächlich den Weitblick, einige Themen aufzugreifen, die erst mit einiger Verzögerung in der politischen Praxis ankommen. Die Präsenz der Autoren bei politischen Tagungen, Anhörungen und in den Medien unterstreicht diese Funktion. Ob die Politik sich nun allerdings die Mühe macht, die Konzepte tatsächlich wahrzunehmen oder sich nur mit den prominenten Namen der Vordenker schmückt, bleibt zu beobachten, zumal in einer temporeichen Zeit, in der kaum die Möglichkeit besteht, innezuhalten, umfassend nachzudenken und Schlüsse aus den intellektuellen Angeboten zu ziehen.

### ***Eine neue politische Koordinate: Krisenszenarien und Zukunftsvisionen***

Wie steht es nun mit der politischen Ausrichtung der Konzepte? Sind die alten Denkmuster von Rechts und Links noch intakt oder sind neue Positionierungsmarken zu erkennen? Um diese Fragen beantworten zu können, muss ein Blick auf die eingangs formulierten Parameter und die Indikatoren für Gefahren und Chancen geworfen werden. Denn die Neuausrichtung der politischen Positionierungen wird neben der Rechts-Links-Schematik immer stärker von der

Achse Modernisierer-Traditionalisten bestimmt, die in allen politischen Lagern zu finden ist. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist dabei jeweils der Status quo in den westlichen Industriestaaten, also der Zustand des entwickelten und funktionierenden Sozialstaates, der bei Verstärkung des Globalisierungsprozesses zunehmend in die Krise gerät, so dass die aktuelle Situation als krisenhaft empfunden wird. Von diesem Zustand aus werden dann Strategien zur Bewältigung der Krise entwickelt, wobei Kristallisationspunkt immer die Globalisierung und ihre Folgen sind. Diese Strategien unterscheiden sich nun in den Versuchen, die Krise durch Rettung bestehender Formationen, Verfahren und Inhalte abzuwenden, indem diese gar nicht oder nur in Ausschnitten verändert und der jeweils aktuellen Situation ein Stück weit angepasst werden oder eine Rückkehr zu früheren Zuständen empfohlen wird. Diese Haltung wäre grob den Traditionalisten zuzuordnen. Die anderen Strategien wiederum setzen sich stärker für tiefgreifende Veränderungen und Neubewertungen bestehender Formationen, Verfahren und Inhalte ein, um solche, die in Anbetracht der veränderten Situation als überholt oder veraltet erkannt werden, zu überwinden und durch neue Entwürfe zu ersetzen. Diese Haltung kann - ebenfalls grob - den Modernisierern zugerechnet werden.

Welche Hinweise auf diese Koordinate geben nun aber die analysierten Konzepte? In der Analyse kann anhand der Parameter gezeigt werden, dass es neben den beiden zentralen Motiven Staat und Gesellschaft jeweils eine spezifische Perspektive auf diese Motive gibt. Zusätzlich können Indikatoren für Gefahren und Chancen, die mit dem Globalisierungsprozess verbunden sind, identifiziert werden. Die Gefahren können zusammengefasst werden als allumfassende Ökonomisierung, mit der eine Entpolitisierung sowie ein Demokratie- und Legitimationsdefizit einhergeht. Folgen sind die kulturelle Homogenisierung, gesellschaftliche Atomisierung, Entsolidarisierung, ein Verlust von Engagementpotential, ein rasanter Werteverfall sowie Fragmentierung und Protektionismus. Die Chancen hingegen werden gesehen in der Enttraditionalisierung und einer zunehmenden Reflexivität, die als Freiheitsgewinn für Politik und Gesellschaft gelten, in einem Gewinn an individueller Autonomie und Selbstbestimmung sowie an neuen Partizipations- und Engagementmöglichkeiten, die als Re-Politisierung gewertet werden. Damit verbunden ist eine Demokratisierung sowie die positiv besetzte kulturelle Ausdifferenzierung, die mit einer Zunahme an Toleranz einhergeht. Für die neue politische Koordinate ist in den Konzepten dann auch nicht das Konstatieren von Gefahren ausschlaggebend, sondern die daraus abgeleiteten Strategien. Der Hauptunterschied liegt also darin, ob in den Texten in erster Linie eine Klage über die Entwicklungen geführt wird (Gefahren-Texte) oder auf Grundlage der konstatierten Gefahren eine Gegenstrategie zur Gestaltung oder Überwindung entwickelt wird (Chancen-Texte). So wird, wie dargelegt, von allen Autoren die Ökonomisierung mit ihren Folgen der Fremdbestimmung und Sinnentleerung bemängelt.

Die einen stellen nun die Klage über die Deformationen in den Mittelpunkt, um überhaupt ein Bewusstsein über die Gefährdungen zu schaffen, und fordern in Ansätzen deren Überwindung durch eine Rückkehr zu früheren Zuständen (Gemeinschaft, Moral, Werte). Die anderen wiederum nutzen die Klage lediglich als Aufhänger, um davon ausgehend Gegenstrategien zu entwerfen, die durch eine Neubewertung auf Behebung und Überwindung der Missstände abzielen und in die Zukunft weisen (Abkehr von der Arbeitsgesellschaft, Mehrebenenmodell).

Betrachtet man nun nochmals die einzelnen Phasen des Diskurses, kann aufgezeigt werden, dass zu Beginn des Diskurses vor allem das Motiv Gesellschaft im Mittelpunkt der Konzepte steht, dann ein Übergang zur Kombination der Motive Gesellschaft und Nationalstaat erfolgt, um schließlich das Motiv Nationalstaat ins Zentrum der Überlegungen zu rücken. Das kurze Aufblitzen der Wertediskussion nach dem 11. September 2001 kann als ein der Tagespolitik geschuldeter Zirkelschluss bezeichnet werden. Zusätzlich kann anhand der Analyse der Texte aber noch eine weitere Beobachtung gemacht werden, die neben den Strategien Aufschluss über die Gefahren- bzw. Chancenorientierung gibt. Diese hängt nämlich mit der Wahl des Motives und der Perspektive (qualitativ - funktional) auf das Motiv zusammen. So zählen zu den Autoren, die das Motiv Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen, vor allem die Autoren der ersten Diskursphase, nämlich Fukuyama, Huntington, Barber und Guéhenno, sowie Etzioni, die zudem alle eine qualitative Perspektive wählen und damit norm- und gemeinschaftsorientiert argumentieren. Dreh- und Angelpunkt ihrer Texte liegt in der Definition von Kriterien, die eine gute Gemeinschaft ausmachen. Um den Krisensymptomen entgegenzutreten, wird die Stärkung von Gemeinschaft, Moral, Werten und Kultur angestrebt. Des Weiteren gehören zu den gemeinschaftsorientierten Konzepten die von Etzioni, Rifkin, Forrester und Sennett, die allerdings die funktionale Perspektive bevorzugen und sich auf gesellschaftliche Regelsysteme und Akteure konzentrieren. Hier steht der Übergang von der Arbeits- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft im Zentrum. Trotz der unterschiedlichen Perspektiven entwerfen alle acht Autoren defizitorientierte Konzepte und stehen damit für die Krisenszenarien. Als Ausnahme können beim Motiv Gesellschaft Gorz und Beck (Arbeit) gelten, die ebenfalls aus der funktionalen Perspektive argumentieren, dabei aber die konstatierten Gefahren in Chancen umdeuten und deren Überwindung anstreben, so dass sie dezidiert Zukunftsvisionen konzipieren. Die Mehrheit der Konzepte zur Zukunft der Gesellschaft ist aber dennoch den Krisenszenarien zuzuordnen. Bei den Autoren, die beide Motive kombinieren, ist zu beobachten, dass entweder auch die Perspektiven kombiniert werden (Albrow, Giddens und Dahrendorf) oder aber nur die funktionale Perspektive gewählt wird (Dettling und Beck). Dieses Verfahren führt nun zu rein chancenorientierten Konzepten, wobei hier Dahrendorf die Ausnahme bildet, da er Chancen und Gefahren

gegenüberstellt und bei aller positiver Intention immer wieder zu einer skeptischen Einschätzung gelangt. Hier stehen die Ablösung der Vollerwerbsgesellschaft, die Multiaktivität und die Forcierung der Bürgergesellschaft im Zentrum. Wird von den Autoren schließlich nur noch das Motiv Nationalstaat betrachtet, ist die Perspektive nur noch funktional. Regelungen, Verfahren und Prozesse stehen im Vordergrund. Hier sind alle Konzepte chancenorientiert (Habermas, Zürn, Global Governance). Die Möglichkeiten der politischen Steuerung jenseits des Nationalstaates und eine Demokratisierung der Demokratie sind die zentralen Inhalte.

Am Beispiel von Guéhenno's Texten ist die konstatierte Entwicklung im Diskurs, die von der Kombination „Gesellschaft und Gefahrenorientierung“ hin zu „Nationalstaat und Chancenorientierung“ verläuft, nachzuvollziehen. Auch wenn der Titel seines ersten Textes vom Ende der Demokratie handelt, beschäftigt er sich in der Essenz, wie dargelegt, mit der Frage der qualitativen Ausgestaltung von Gesellschaft bzw. Gemeinschaft, so dass der Schwerpunkt auf dem Motiv Gesellschaft liegt. Die Analyse ist geprägt von einer pessimistischen Sicht auf die künftigen Entwicklungen. Seine späteren Texte hingegen, die sich immer stärker mit der Frage der funktionalen Ausgestaltung von Demokratie und Staatlichkeit beschäftigen, weisen mit der Hinwendung zum Motiv Nationalstaat eine zunehmende Chancenorientierung auf.<sup>1700</sup> Nachdem die Kombination „Nationalstaat - funktionale Perspektive - Chancen“ zu beobachten ist, stellt sich die Frage, ob nicht die Konzentration auf Strukturen, Verfahren und Prozesse es erleichtert, eine optimistische Perspektive zu entwickeln, weil dieses Vorgehen den Autoren ermöglicht, ihre Überlegungen modellhaft und konkret abzuarbeiten und gleichzeitig vom „Faktor Mensch“ zu abstrahieren. Die qualitative Perspektive mit ihrer Auseinandersetzung um Wertefragen ist immer auch stärker an die individuellen und kollektiven Identitäten gebunden, muss also ein ungleich schwerer zu fassendes Gebilde, nämlich Kultur, Werte und Moral inhaltlich ausbuchstabieren. So ist zu verstehen, warum die Konzepte mit stärker qualitativem Ansatz mit einer größeren Skepsis auf die zukünftigen Entwicklungen blicken. Gerade bei der Ausformulierung von Werten und Normen für die kosmopolitische Gesellschaft und Demokratie steht die Diskussion noch ganz am Anfang. Die Gedankenspiele um globale Strukturen und Regelungen sind noch mit Inhalten, globalen Normen und Werten zu füllen, so dass den Intellektuellen noch eine große Aufgabe bevorsteht. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Konzepte mit universalem Ansatz am Anfang des Globalisierungsdiskurses zu finden sind, die Entwürfe mit partikularem Ansatz hingegen mit Fortschreiten des Diskurses zunehmen. Mittlerweile haben diese sich in Form der sogenannten policy studies durchgesetzt.

Können die im Globalisierungsdiskurs beobachteten Tendenzen einer neuen politischen Koordinate nun verallgemeinert werden? Norberto Bobbio hat noch

---

<sup>1700</sup> Vgl. als Beispiel Guéhenno (1999a), S. 279 ff.

1994 die Trennlinie zwischen Rechts und Links als die zwischen „Tradition“ und „Emanzipation“ bezeichnet. An den Konzepten wird nun sichtbar, dass der Begriff der Emanzipation in seiner klassischen Bedeutung als „Befreiung von durch Rassen-, Standes- und Klassenprivilegien aufgezwungenen Ketten“ keine herausragende Rolle mehr spielt. Der Begriff der Gleichheit jedoch, den Bobbio als ebenfalls konstitutiv für die Linke bezeichnet, kommt in den Texten sehr wohl vor. Dieser wird nun aber mit dem Begriff der Freiheit, den Bobbio wiederum eher der Rechten zuordnet, verknüpft, so dass die Forderung nach individueller Autonomie auf Grundlage von Chancengleichheit bei Anerkennung der Differenz entsteht. Es geht somit um die positive Anerkennung der Ungleichheit als Anerkennung der „unveräußerlichen Singularität eines jeden Individuums“.<sup>1701</sup> Im Zusammenhang mit der Kombination der Begriffe Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Chancen sowie der früheren zentralen Bedeutung des Begriffs „Kapital“ für die politische und ideologische Auseinandersetzung zeigt sich in den Konzepten eine neue Tendenz: Dadurch, dass Ungleichheit, solange sie nicht zur sozialen Exklusion führt, akzeptiert wird und damit die frühere Schlüsselfrage von „Kapital und Eigentum“ in den Hintergrund tritt, entsteht mit Blick auf den Begriff der Gleichheit ein Vakuum. Gleichheit wird nicht mehr nur mit finanzieller Angleichung und Absicherung verbunden. Da die Autoren „Wissen“ als neues Kapital in der globalen Welt definieren, ersetzen sie in ihren Konzepten die Verknüpfung Kapital/Eigentum durch die von Kapital/Wissen. Ihr Ziel ist nicht mehr in erster Linie die auf sozialer Sicherung beruhende Angleichung der Lebensbedingungen, auch wenn dies bei einigen Autoren in den Konzepten mitschwingt, sondern die Gleichheit in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Qualifikation. Aufbauend auf der Idee der sozialen Grundsicherung, die lediglich vor Armut schützen soll, und der Kapitalbeteiligung der Beschäftigten als Möglichkeit der Partizipation an der globalen Wirtschaft soll jedem ermöglicht werden, sich seinen Fähigkeiten entsprechend in der Welt positionieren zu können.

So spielen zwar die traditionellen Positionierungen nach wie vor noch eine Rolle - ein Teil der Kapitalismuskritik ist ein Indiz dafür -, werden aber zunehmend verschränkt mit den oben definierten Haltungen zu Gefahren und Chancen: „Und am Ende steht die Frage, ob die Globalisierung „gut“ oder „schädlich“ sei: ob sie Wirtschaftswachstum, Gleichheit und Gerechtigkeit mit sich bringe oder nicht; ob sie eine Grundlage für Kulturaustausch, Toleranz und einen kosmopolitischen Geist schaffe oder lediglich die Illusion einer solchen Verständigung - einen trägen, freundlichen Konsumismus, der alle Konflikte, Differenzen und Asymmetrien ausblendet.“<sup>1702</sup> Zusätzlich kann das Konzept oder besser, können die Konzeptionen zum Dritten Weg, die ebenfalls keine einheitliche Strategie darstellen, als weiteres Beispiel für die Koordinatenaufweichung

<sup>1701</sup> Vgl. Bobbio (1994), S. 62 ff., S. 76, S. 83 ff. und S. 87 ff.

<sup>1702</sup> „Welt-Gemeinschaft: Paradox oder Realität?“, *Neue Zürcher Zeitung*, 12.12.00.

gewertet werden. Es mischen sich Forderungen nach „weniger Staat“ mit denen, die „mehr Staat“ in Form gezielter Förderung propagieren. Auf der einen Seite sollen der Status quo und Traditionen erhalten, auf der anderen Seite mehr Freiheiten und Wahlmöglichkeiten gewährt werden. Die Rede ist in diesem Zusammenhang daher auch wahlweise von der „konservativen Revolution“ oder der „fortschrittlichen Restauration“,<sup>1703</sup> Attribute, die ebenfalls für die Aufweichung der klassischen politischen Koordinate sprechen. So belegt gerade die Kritik eines großen Teils der europäischen Sozialdemokratie an Giddens` Thesen die neue Dynamik im politischen Spektrum.<sup>1704</sup> Betrachtet man nun noch einmal die am Globalisierungsdiskurs beteiligten Intellektuellen, sind sie in ihrer Mehrheit eher dem bislang als links bis liberal geltenden politischen Spektrum zuzuordnen. Ausnahmen sind Dettling, Fukuyama und Huntington, wobei gerade Dettling gern und oft gesehener Gast beim (ehemaligen) politischen Gegner ist. Und dennoch kann von einer einheitlichen Sicht auf die Globalisierung und mögliche Zukunftsstrategien nicht die Rede sein. Diese Entwicklung lässt sich mittlerweile ebenso in den gesellschaftlichen Großgruppen wie Parteien, Arbeitgebervertretungen, Gewerkschaften oder Kirchen beobachten. Überall wird um einen Abgleich neuer Ideen mit tradierten Positionen gerungen. Dieser Prozess ist seit 1990 voll im Gange.

### ***Der Globalisierungsdiskurs und die Politik***

Die Kommunikationsschwierigkeiten im Globalisierungsdiskurs, aber auch zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit wurden bereits angesprochen. So steht der Globalisierungsdiskurs nicht nur exemplarisch für das Ringen im politischen Spektrum, sondern auch generell für Konfliktlinien, die in der politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion um die Globalisierung und ihre Folgen zu beobachten sind. Dass manchmal der Eindruck entsteht, die Globalisierung sei nicht fassbar, Lösungen unmöglich und die ganze Diskussion ein Teufelskreis, liegt unter anderem an folgenden Herangehensweisen an die Problematik: So wie im Globalisierungsdiskurs einige Autoren von den Strukturen, Institutionen und Regelungen ausgehen, geht ebenfalls ein Teil der Diskutanten in Politik und Öffentlichkeit bei der Problemlösung von der funktionalen Perspektive aus. Der andere Teil wiederum betont die Normorientierung und stellt Werte und Inhalte ins Zentrum der Überlegungen. Da beide Seiten unterschiedliche Prioritäten setzen und es keine Einigungsmöglichkeit darüber gibt, ob zuerst Strukturen zu schaffen sind, bevor diese mit Inhalten

<sup>1703</sup> Vgl. insgesamt Bourdieu (1999). Ähnlich unentschieden verläuft in den USA die Einordnung der sogenannten Neuen Konservativen „NeoCons“. Auch diese entziehen sich den klassischen Zuordnungskriterien. Vgl. Laqueur, Walter (2003), Der Mythos der „NeoCons“, in: Europäische Rundschau 31, Heft 2, S. 3 - 9.

<sup>1704</sup> Zur Kritik am Dritten Weg vgl. die Reihe "rechts/links" mit Dokumentationen und Stellungnahmen, *Frankfurter Rundschau*, im Detail aufgelistet im Literaturverzeichnis sowie „Die Endzeit-Propheten haben sich getäuscht“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.12.98; „Auf der Suche nach dem Dritten Weg. Wohin soll er führen?“, *Die Zeit*, 46/98 und „Der dritte Weg“, *Die Zeit*, 11/99. Beachte auch die harsche Kritik von Dahrendorf an dem Konzept, vgl. Dahrendorf (2003a), S. 75.

gefüllt werden, oder umgekehrt, zuerst grundsätzlich die inhaltliche Richtung bestimmt werden muss, bevor dann die entsprechenden Strukturen entstehen, liegt hier bereits der erste Grund für Missverständnisse begraben. Die einen wirken technokratisch in ihrer Argumentation, die anderen hingegen am Grundsätzlichen orientiert. Eine zweite Konfliktlinie entsteht daraus, dass ein Teil der Diskutanten abstrakt, weil an umfassenden Perspektiven interessiert, argumentiert, der andere Teil aber konkrete und pragmatische Lösungen will. Dieser Unterschied ist vor allem in der Diskussion zwischen Wissenschaft und Politik zu beobachten. Die Wissenschaft hat Interesse an langfristigen und differenzierten Angeboten, die Politik setzt auf kurzfristig umsetzbare Lösungen. Die dritte Konfliktlinie liegt in der Positionierung, ob Lösungen besser „von unten nach oben“ und damit in gewisser Weise evolutionärer zu implementieren sind oder aber, weil als effektiver angesehen, eher „top down“ und somit durch staatliche und andere übergeordnete Institutionen. Hier scheiden sich die Geister an der Frage, wieviel Partizipation und Mitbestimmung bzw. Steuerung nötig und sinnvoll ist. Die vierte Konfliktlinie bezieht sich auf den jeweiligen Lösungsansatz. Die einen wollen Lösungen für Einzelaspekte (wie sie policy papers repräsentieren), die anderen zielen auf Gestaltung übergreifender und grundsätzlicher Rahmenbedingungen ab (wie sie die Konzepte dieser Analyse darstellen). Die letzte Konfliktlinie ergibt sich dann noch aus der Frage, ob eher punktuelle, flexible und themenbezogene Problemlösungsangebote angestrebt werden sollen, die leichter zu variieren sind, oder aber eher an Grundsätzen und Prinzipien orientierte, die damit weniger leicht zu verändern sind. Nähme man schließlich noch die Debatte zwischen Vertretern unterschiedlicher Nationen und Kontinente in den Blick, ließe sich noch eine weitere Konfliktlinie aufzeigen, nämlich die zwischen der Perspektive des Nordens und der des Südens. Keine dieser Konfliktlinien steht isoliert von der anderen, sondern sie können in beliebiger Mischung in ein und derselben Diskussionsrunde auftreten. Zwar wird der Diskurs über die Globalisierung und ihre Folgen an diesen Linien nicht scheitern, er wird sich aber, ist man sich der unterschiedlichen Herangehensweise an die Problemstellungen nicht bewusst, in die Länge gezogen und unnötig verkompliziert.

Bleibt abschließend noch die Frage zu beantworten, ob sich Politik und Öffentlichkeit der Inhalte und Angebote der Konzepte der öffentlichen Intellektuellen bewusst sind und sie nutzen. Dahrendorf schreibt: „Braucht Politik Intellektuelle? (...) Ja, Politik braucht Ideen, und Politik braucht Maßstäbe. Beide werden von denen geliefert, die mit dem Wort umgehen. Die Lieferung kommt allerdings nicht in einer glatten Paßform; sie kommt mit Haken und Ösen.“<sup>1705</sup> Dafür, dass die Lieferung sogar „frei Haus“ kommt, ist der Blick auf die *politischen* Konzepte seit der Jahrtausendwende eher ernüchternd. Zwar

---

<sup>1705</sup> Dahrendorf, Ralf (2000b), Umbrüche und normale Zeiten: Braucht Politik Intellektuelle?, in: Hübinger, Gangolf und Herfelder, Thomas (Hg.), Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart, S. 281.



sind die Vordenker gern gesehene Gäste und ihre Vorträge meist gut besucht, doch spiegeln sich ihre theoretischen Ansätze in den politischen Programmen und Debatten kaum wider, sondern verschwinden hinter der Mode, die Buchtitel als Schlagworte zu gebrauchen. Eindrücklichstes Beispiel für die Diskrepanz zwischen intellektuellen Angeboten und politischem Rekurs auf diese ist die Arbeitsmarktpolitik des letzten Jahrzehntes. Weder die Debatte um die effiziente Vermittlung von Arbeitssuchenden noch der allgemeine Aufschrei angesichts der Abschaffung der Vorruhestandsregelungen lassen die Politik, egal welcher Couleur, aufhorchen und darüber nachdenken, ob es mit einer besseren Vermittlung überhaupt getan ist, wenn es vielleicht gar nicht mehr genügend zu vermitteln gibt oder die offenen Stellen nicht mehr mit den Profilen der Arbeitssuchenden übereinstimmen.<sup>1706</sup> Dass viele Menschen ab 55 Jahre den Vorruhestand präferieren, kann natürlich etwas damit zu tun haben, dass sie ausgebrannt oder demotiviert sind, es kann aber auch bedeuten, dass es tatsächlich mehr Wünsche nach Auszeiten, Brüchen und mehr selbstbestimmten Tätigkeiten gibt, als es sich die Politik vorstellen kann. Zudem laufen die politischen Diskussionen, die immer noch auf kontinuierliche Steuereinnahmen aus kontinuierlichen Arbeitsverhältnissen aufbauen (Rente, nachgelagerte Studiengebühren u.ä.), ein Stück weit an der Realität des Arbeitsmarktes und damit an den Lebensverhältnissen vorbei. Hier könnte die Politik die Chance ergreifen und sich zumindest Ideen und Anregungen aus den Konzepten der Intellektuellen holen: von Gorz beispielsweise die positive Haltung gegenüber der Zeitsouveränität, von Dahrendorf den Freiheitsbegriff, von Habermas und Zürn die Bedeutung der öffentlichen Verständigung über politische Inhalte, von Etzioni und Giddens den Aufbau gesellschaftlichen Vertrauens und Solidarität, von Beck den Stellenwert der individuellen Autonomie und von allen zusammen die Ideen zur Aufwertung von Bildung, Ausbildung und Qualifikation sowie den Willen zur transnationalen Verständigung über alle Differenzen hinweg. Wie diese Anregungen im Einzelnen an die Realitäten anzupassen sind, steht dann auf einem anderen Blatt. Wie an der Aufzählung deutlich wird, geht es in erster Linie um die normative Bestimmung zukunftsfähiger Politik, und erst davon abgeleitet um die notwendigen Instrumente und Verfahren. Aber auch zu diesen gibt es erste Ideen in den Konzepten. Zwar ist keines der Konzepte und keine der enthaltenen Ideen eins zu eins umzusetzen, manches mutet auch auf den ersten Blick illusionär oder zumindest unrealistisch an, aber in der Zusammenschau ergibt sich ein Ideenpool mit erstaunlicher Bandbreite. Da die Konzepte alle durch weitere wissenschaftliche Überlegungen und Entwürfe untermauert sind, besteht nicht die Gefahr, neuen Utopien hinterherzulaufen, sondern macht ein geistiges Klima sichtbar, das zu Veränderungen anregt, aber auch dazu bereit ist. Dieses Klima muss aufgegriffen und dann in politische Konzepte übersetzt und vor allem an die Menschen vermittelt werden. Hier kann ein Schlüssel zur Re-Politisierung der

---

<sup>1706</sup> Vgl. hierzu „Fast 400 000 Arbeitsplätze gingen verloren“, *Süddeutsche Zeitung*, 07.01.04.

Politik liegen. Wie die Arbeit der Enquete-Kommissionen zum bürgerschaftlichen Engagement, aber auch zu Fragen der Globalisierung deutlich gemacht hat, gibt es erste Ansätze, die in den Konzepten artikulierten Problemstellungen und Lösungsvorschläge aufzugreifen. Was fehlt, sind Kontinuität und Verstärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik. Was von Seiten der Intellektuellen zu fordern ist, ist eine größere Bereitschaft, abstrakte Modelle so zu formulieren, dass sie Eingang in die Politik und damit in die öffentliche Debatte finden können. Das Kernproblem liegt also in der Übersetzung zwischen Wissenschaft und Politik, aber auch in der bereits genannten, der politischen Praxis geschuldeten Vorgehensweise der Politik, oftmals nur punktuell Einzelaspekte übernehmen zu können und diese dann in das übergreifende (partei)politische Gesamtkonzept adaptieren zu müssen. So sind Wissenschaft und Politik gleichermaßen gefordert, sich gegenseitig als Verbündete zu verstehen, wenn sie tatsächlich Veränderungen erreichen wollen. Die öffentlichen Intellektuellen können zum Ideengeber für globale Belange werden, die Politik zum Mittler und Kommunikator gegenüber der Bevölkerung. Politik und Wissenschaft haben allerdings noch eine große Wegstrecke vor sich. Vielleicht können sie ja in einer gemeinsamen Anstrengung „die Demokratie neu erfinden“, so wie sie es bei der Übergabe des Schlussberichtes der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ 2002 angekündigt haben. Bleibt mit Habermas abzuschließen:

„Wenn die utopischen Oasen austrocknen,  
breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus.“<sup>1707</sup>

---

<sup>1707</sup> Habermas (2003c/1985), S. 47.

## **Literaturverzeichnis**

### **Quellentexte:**

**Albrow, Martin (1997)**

Auf Reisen jenseits der Heimat. Soziale Landschaften in einer globalen Stadt, in: Beck, Ulrich (Hg.) Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 288 - 314

Albrow, Martin (1998a)

Abschied vom Nationalstaat, Frankfurt am Main

Albrow, Martin (1998b)

Auf dem Weg zu einer globalen Gesellschaft?, in: Beck, Ulrich (Hg.), Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main, S. 411 - 434

Albrow, Martin (1998c)

Europa im globalen Zeitalter, in: Berliner Journal für Soziologie 8, Heft 3, S. 411 - 420

Albrow, Martin (1999)

Die Weltgesellschaft. Willkommen im Globalen Zeitalter, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1, München, S. 27 - 45

**Barber, Benjamin R. (1992)**

Jihad Vs. McWorld. The two axial principles of our age - tribalism and globalism - clash at every point except one: they may both be threatening to democracy, in: The Atlantic Monthly, March 1992, Volume 269, Nr. 3, S. 53 - 65

Barber, Benjamin R. (1995)

Die liberale Demokratie und der Preis des Einverständnisses, in: van den Brink, Bert und van Reijen, Willem (Hg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 360 - 384

Barber, Benjamin R. (1996a)

Kann die Demokratie McWorld überleben? Der Mythos von der regulativen Kraft des Marktes, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 81 - 100

- Barber, Benjamin R. (1996b)  
Djihad und McWorld. Der Mythos von der regulativen Kraft des Marktes,  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.07.96
- Barber, Benjamin R. (1998)  
Kapital versteht nichts von den Genüssen des Lebens, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.98
- Barber, Benjamin R. (1999a)  
Coca-Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus  
Demokratie und Freiheit schaffen, Frankfurt am Main
- Barber, Benjamin R. (1999b)  
Wo bleibt der Bürger? Demokratie und Öffentlichkeit im Spannungsfeld von  
lokaler Ideologie und globalem Kommerz, in: Anselm, Elisabeth, Freytag,  
Aurelius u.a. (Hg.), *Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen  
der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York,  
S. 227 - 238
- Barber, Benjamin R. (2000a)  
Can democracy survive globalization?, in: *Government and opposition* 35, Heft  
3, S. 275 - 301
- Barber, Benjamin R. (2000b)  
Civil Society und Neue Bürgergesellschaft, in: *Politische Studien* 51, Heft 369,  
S. 13 - 18
- Barber, Benjamin R. (2000c)  
Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler Benjamin R.  
Barber über Visionen und Herausforderungen in unserer Gesellschaft am  
Beginn eines neuen Jahrtausend, in: *Politische Studien* 51, Heft 369, S. 8 - 12
- Barber, Benjamin R. (2001a)  
Welt und Verbrechen. Offener Brief an den Präsidenten, *Süddeutsche Zeitung*,  
24.09.01
- Barber, Benjamin R. (2002a)  
Ein Krieg „jeder gegen jeden“: Terror und die Politik der Angst, in: *Aus Politik  
und Zeitgeschichte*, Bd. 18, S. 7 - 16
- Barber, Benjamin R. (2002b)  
Beyond Jihad Vs. McWorld, *The Nation*, 21.01.02

- Barber, Benjamin R. (2002c)  
Jenseits von Dschihad und McWorld, *Süddeutsche Zeitung*, 19.01.02
- Barber, Benjamin R. (2003a)  
USA - In welcher Welt wollen wir leben? Interview mit Benjamin R. Barber, in:  
Pongs, Armin (Hg.), *In welcher Welt wollen wir leben?*, München, S. 319 - 359
- Barber, Benjamin R. (2003b)  
Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt, München
- Beck, Ulrich (1986)**  
Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (Hg.) (1991)  
Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen, Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (1993)  
Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie der reflexiven Modernisierung,  
Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (Hg.) (1994)  
Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt  
am Main
- Beck, Ulrich (1995)  
Die feindlose Demokratie. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart
- Beck, Ulrich (1996)  
Fit für die Verteidigung. Die Globalisierung und der Standort Deutschland,  
*Süddeutsche Zeitung*, 08.02.96
- Beck, Ulrich (Hg.) (1997a)  
Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage
- Beck, Ulrich (1997b)  
Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik, Wien
- Beck, Ulrich (1997c)  
Die neue Macht der multinationalen Unternehmen. Oder: Die Subpolitik der  
Globalisierung erfolgt auf den Samtpfoten des Normalen, *Frankfurter  
Rundschau*, 09.01.97

Beck, Ulrich (1998a)

Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main, 4. Auflage

Beck, Ulrich (Hg.) (1998b)

Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (Hg.) (1998c)

Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (1998d)

Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 3 - 11

Beck, Ulrich (1998e)

Weltbürger aller Länder, vereinigt euch!, *Die Zeit*, 30/98

Beck, Ulrich (1999a)

Schöne neue Arbeitswelt: Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (1999b)

Das Modell der Bürgerarbeit, in: Politische Studien 50, Heft 366, S. 119 - 130

Beck, Ulrich (1999c)

Die postnationale Gesellschaft und ihre Feinde, *Die Zeit*, Nr. 48/99

Beck, Ulrich (1999d)

Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1, München, S. 47 - 66

Beck, Ulrich (1999e)

Die postnationale Gesellschaft und ihre Feinde, in: Zeitenwende - Aufbruch in das 21. Jahrhundert. Bürgerschaftsforum 1999 - öffentliche Veranstaltungsreihe. Dokumentation der Beiträge, Hamburg, S. 42 - 62

Beck, Ulrich (1999f)

Wie wird eine postnationale und zugleich politische Bürgergesellschaft möglich?, dokumentiert im Internet am 25.04.99

(<http://www.heise.de/bin/tp/issue/dlartikel.cgi?artikelNr=2783&mode=htm>),

Stand 24.01.2000

Beck, Ulrich (1999g)

Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, Heft 8, S. 984 - 990

Beck, Ulrich (Hg.) (2000a)

Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (2000b)

Das Andere ist mir selbst das Nächste. Weder Globalisierung noch Multi-Kulti-Euphorie: Ein neuer Kosmopolitismus liegt in der Luft, *Süddeutsche Zeitung*, 28.10.00

Beck, Ulrich (2002a)

Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich (2002b)

Arbeit ist ein bewegliches Ziel, *Die Zeit*, 07/02

Beck, Ulrich (2003a)

Kosmopolitisches Europa. Die Europäische Union jenseits von Staatenbund und Bundesstaat, in: Europa leidenschaftlich gesucht, Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog (Hg.), München, S. 250 - 267

Beck, Ulrich (2003b)

Deutschland - In welcher Welt wollen wir leben? Interview mit Ulrich Beck, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Welt wollen wir leben?, München, S. 61 - 92

Beck, Ulrich, Giddens, Anthony und Lash, Scott (1996)

Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main

Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.) (1997)

Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen

**Dahrendorf, Ralf (1987)**

Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 41, Heft 12, S.1021 - 1038

Dahrendorf, Ralf (1990)

Die Sache mit der Nation, in: Merkur 44, Heft 10/11, S. 823 - 834

- Dahrendorf, Ralf (1991)  
Die offene Gesellschaft und ihre Ängste, in: Universitas 46, Heft 2, S. 170 - 177
- Dahrendorf, Ralf (1992a)  
Moralität, Institutionen und Bürgergesellschaft, in: Merkur 46, Heft 7, S. 557 - 568
- Dahrendorf, Ralf (1992b)  
Weltordnung: eine liberale Utopie?, in: Universitas 47, Heft 4, S. 331 - 334
- Dahrendorf, Ralf (1992c)  
Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart
- Dahrendorf, Ralf (1993)  
Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Guggenberger, Bernd und Hansen, Klaus (Hg.), Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen, S. 74 - 83
- Dahrendorf, Ralf (1994a)  
Das Zerbrechen der Ligaturen und die Utopie der Weltbürgergesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main, S. 421 - 436
- Dahrendorf, Ralf (1994b)  
Die Zukunft des Nationalstaates, in: Merkur 48, Heft 9/10, S. 751 - 761
- Dahrendorf, Ralf (1995a)  
Über den Bürgerstatus, in: van den Brink, Bert und van Reijen, Willem (Hg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 29 - 43
- Dahrendorf, Ralf (1995b)  
Die Bürgernation als Offene Gesellschaft. Ein Mut-Interview mit Lord Dahrendorf, in: Mut: Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Heft 335, S. 6 -17
- Dahrendorf, Ralf (1996)  
Die Quadratur des Kreises. Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 41, Heft 9, S. 1060 - 1071
- Dahrendorf, Ralf (1998a)  
Anmerkungen zur Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main, S. 41 - 54



Dahrendorf, Ralf (1998b)

Die Chancen erkennen: globale Wirtschaft, politische Freiheit und sozialer Zusammenhalt sind vereinbar, in: *Evangelische Kommentare* 31, Heft 2, S. 66 - 69

Dahrendorf, Ralf (1998c)

A Precarious Balance: Economic Opportunity, Civil Society, and Political Liberty, in: Etzioni, Amitai (Hg.), *The essential communitarian reader*, Lanham 1998, S. 73 - 93

Dahrendorf, Ralf (1999a)

Die Bürgergesellschaft. Der verlässlichste Anker der Freiheit, in: Pongs, Armin (Hg.), *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich*, Bd. 1, München, S. 87 - 104

Dahrendorf, Ralf (1999b)

Traurige Parlamente, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.09.99

Dahrendorf, Ralf (1999c)

New Labour und Old Liberty - Kommentare zum Dritten Weg, *Neue Zürcher Zeitung*, 14.07.99

Dahrendorf, Ralf (1999d)

Ein neuer Dritter Weg, Tübingen

Dahrendorf, Ralf (2000a)

Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: *Merkur* 54, Heft 11, S. 1057 - 1068

Dahrendorf, Ralf (2000b)

Umbrüche und normale Zeiten: Braucht Politik Intellektuelle?, in: Hübinger, Gangolf und Hertfelder, Thomas (Hg.), *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart, S. 269 - 282

Dahrendorf, Ralf (2001a)

Can European Democracy Survive Globalization?, in : *The National Interest* 65, Fall 2001, S. 17 - 22

Dahrendorf, Ralf (2001b)

Stirbt der Parlamentarismus?, in: *Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte*, Nr. 407, S. 10 - 17

Dahrendorf, Ralf (2001c)

Die offenen Grenzen der Demokratie, Wien

Dahrendorf, Ralf (2002a)

Die Krise der Demokratie. Ein Gespräch, München

Dahrendorf, Ralf (2002b)

Die Bürgergesellschaft bringt schöpferisches Chaos, in: Neue Caritas 103, Heft 1, S. 8 - 13

Dahrendorf, Ralf (2002c)

Allianz der Werte, *Süddeutsche Zeitung*, 01.08.02

Dahrendorf, Ralf (2003a)

Auf der Suche nach einer neuen Ordnung, München, 3. Auflage

Dahrendorf, Ralf (2003b)

Alltags-Europa, Sonntags-Europa - Wer schließt die Kluft, in: Europa leidenschaftlich gesucht, Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog (Hg.), München, S. 239 - 249

**Dettling**, Warnfried (1996a)

Utopie und Katastrophe - Die Demokratie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 101 - 118

Dettling, Warnfried (1996b)

Fach ohne Boden. Brauchen wir überhaupt noch Soziologen?, *Die Zeit*, 02/96

Dettling, Warnfried (1997)

Die moralische Generation, in: Beck, Ulrich (Hg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 124 - 130

Dettling, Warnfried (1998a)

Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle, München

Dettling, Warnfried (1998b)

Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 22 - 28

Dettling, Warnfried (1999a)

Ehrenamt in der Bürgergesellschaft. Ein neues Leitbild für freiwilliges soziales Engagement. Eine gesellschaftspolitische Standortbestimmung, in: Beiträge zum Ehrenamt 1 der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart

Dettling, Warnfried (1999b)

Wohlfahrtsstaat am Ende? Die Bürgergesellschaft als Antwort auf die neue soziale und demokratische Frage, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 167 - 174

Dettling, Warnfried (2000a)

Die Bürgergesellschaft: Eine Antwort auf die Globalisierung, in: Jochimsen, Reimut (Hg.), Globaler Wettbewerb und weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, Bonn, S. 215 - 231

Dettling, Warnfried (2000b)

Politische Konsequenzen aus der Debatte um die Bürgergesellschaft, in: Rübke, Thomas und Wagner, Bernd (Hg.), Jahrbuch für Kulturpolitik, Bd. 1 (Bürgerschaftliches Engagement), Essen, S. 45 - 53

Dettling, Warnfried (2000c)

Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive. Neue Chancen für das Ehrenamt, in: Forschungsjournal NSB 13, Heft 2, S. 8 - 14

Dettling, Warnfried (2000d)

Die stille Revolution, *Der Tagesspiegel*, 16.09.00

Dettling, Warnfried (2000e)

Die CDU hat jetzt die Chance zur Stärkung der Republik, *Die Welt*, 01.02.00

Dettling, Warnfried (2000f)

Unvermeidlicher Neoliberalismus, *Der Tagesspiegel*, 02.05.00

Dettling, Warnfried (2000g)

Modernisierung oder Blockade, *Die Welt*, 28.06.00

**Etzioni, Amitai (1995)**

Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart

Etzioni, Amitai (1996a)

Die faire Gesellschaft. Jenseits von Sozialismus und Kapitalismus, Frankfurt am Main

Etzioni, Amitai (1996b)

Der moralische Dialog - Ein kommunitaristischer Blick auf die Demokratie, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 218 - 229

Etzioni, Amitai (1997)

Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie, Berlin

Etzioni, Amitai (Hg.) (1998a)

The essential communitarian reader, Lanham

Etzioni, Amitai (1998b)

Kein besser Land, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.02.98

Etzioni, Amitai (2000)

Die Verantwortungsgesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 29 - 51

Etzioni, Amitai (2001)

On Ending Nationalism, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 2, S. 144 - 153

**Forrester**, Viviane (1997)

Der Terror der Ökonomie, Wien

**Fukuyama**, Francis (1989)

Das Ende der Geschichte?, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 3 - 58

Fukuyama, Francis (1990)

Antwort auf meine Kritiker, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 111 - 121

Fukuyama, Francis (1992)

Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München

Fukuyama, Francis (1995a)  
Social capital an the global economy, in: Foreign Affairs 74, Heft 5, S. 89 - 103

Fukuyama, Francis (1995b)  
Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity, New York

Fukuyama, Francis (1999a)  
Ich oder die Gemeinschaft, *Die Zeit*, Nr. 46/99

Fukuyama, Francis (1999b)  
Die biotechnologische Revolution - oder warum das Ende der Geschichte wirklich bevorstehen könnte: Die Gegenwart der Zukunft - Serie (31), *Süddeutsche Zeitung*, 07.08.99

Fukuyama, Francis (2000)  
Der große Aufbruch. Wie unsere Gesellschaft eine neue Ordnung erfindet, Wien

Fukuyama, Francis (2004)  
Nation-Building 101, in: The Atlantic Monthly, January/February 2004, veröffentlicht im Internet unter [www.theatlantic.com](http://www.theatlantic.com) (Stand 23.01.04)

**Giddens**, Anthony (1995)  
Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main

Giddens, Anthony (1997)  
Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt am Main, 2. Auflage

Giddens, Anthony (1999a)  
Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main

Giddens, Anthony (1999b)  
Politik der sozialen Chancen im Zeitalter der Globalisierung: Herausforderungen und Suche nach neuen Antworten, in: Kultur der Solidarität in einer aktiven Bürgergesellschaft: Kongressdokumentation, Düsseldorf, S. 22 - 32

Giddens, Anthony (2000a)  
Die moderne Gesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 53 - 77

Giddens, Anthony (2000b)  
Still a Third Way for Europe, *Die Welt*, 08.04.00

Giddens, Anthony (2001a)  
Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert, Frankfurt am Main

Giddens, Anthony (2001b)  
Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main

**Gorz, André (1983)**  
Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit, Berlin

Gorz, André (1993)  
Das Subjekt steht links. Die Perspektive der Befreiung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.03.93

Gorz, André (2000a)  
Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt am Main

Gorz, André (2000b)  
Eine ganz andere Weltzivilisation denken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45, Heft 5, S. 608 - 617

**Guéhenno, Jean-Marie (1994)**  
Das Ende der Demokratie, München

Guéhenno, Jean-Marie (1996)  
Europas Demokratie erneuern. Stärkung der gemeinschaftsbildenden Kraft der Politik, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), *Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*, Berlin, S. 391 - 412

Guéhenno, Jean-Marie (1998)  
From Territorial Communities to Communities of Choice: Implications for Democracy, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt am Main/New York, S. 137 - 150

Guéhenno, Jean-Marie (1999a)

Wer regiert Europa? Politische Macht und demokratische Öffentlichkeit in der Europäischen Union, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 279 - 292

Guéhenno, Jean-Marie (1999b)

Die neue Machtfrage, *Die Zeit*, 51/99

**Habermas**, Jürgen (1981)

Theorie des kommunikativen Handelns. (Band 1) Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalität; (Band 2) Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (1990a)

Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (1990b),

Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (1990c),

Vergangenheit als Zukunft, Zürich

Habermas, Jürgen (1991)

Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft, St. Gallen

Habermas, Jürgen (1992)

Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: Münkler, Herfried (Hg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/ Zürich, S. 11 - 24 (in Teilen identisch mit (1997), S. 277 - 289)

Habermas, Jürgen (1994)

Individuierung durch Vergesellschaftung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main, S. 437 - 446

Habermas, Jürgen (1995a)

Kants Idee des Ewigen Friedens - aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, in: Kritische Justiz 28, Heft 3, S. 293 - 319

Habermas, Jürgen (1995b)

Aufgeklärte Ratlosigkeit. Warum die Politik ohne Perspektiven ist. Thesen zur Diskussion, *Frankfurter Rundschau*, 30.12.95

Habermas, Jürgen (1997)

Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (1998a)

Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (1998b)

Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main, S. 67 - 84 (in Teilen identisch mit (1998a), S. 79 ff.)

Habermas, Jürgen (1998c)

Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 43, Heft 7, S. 804 - 817 (in Teilen identisch mit (1998a), S. 93 ff.)

Habermas, Jürgen (1999)

Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44, Heft 4, S. 425 - 436 (weitgehend identisch mit Habermas (2000) und (2001d))

Habermas, Jürgen (2000)

Euroskepsis, Markteuropa oder Europa der (Welt-)Bürger?, in: Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.), *Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend*, Bern/Stuttgart/Wien, S. 151 - 171 (weitgehend identisch mit Habermas (1999) und (2001d))

Habermas, Jürgen (2001a)

Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (2001b)

Braucht Europa eine Verfassung?, in: Habermas, Jürgen, *Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX*, Frankfurt am Main, S. 104 - 129 (identisch mit (2001c) und (2003e))



Habermas, Jürgen (2001c)

Warum braucht Europa eine Verfassung? Vortrag bei der „8. Hamburger Lecture“ am 26.06.01, veranstaltet von der Universität Hamburg, dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und der ZEIT-Stiftung (ungekürzte Version des Vortrags; weitgehend identisch mit Habermas (2001b) und (2003e))

Habermas, Jürgen (2001d)

Euroskepsis, Markteuropa oder Europa der (Welt-)Bürger?, in: Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt am Main, S. 85 - 103 (weitgehend identisch mit Habermas (1999) und (2000))

Habermas, Jürgen (2001e)

Von der Machtpolitik zur Weltbürgergesellschaft, in: Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt am Main, S. 27 - 39

Habermas, Jürgen (2002)

Fundamentalismus und Terror. Antworten auf Fragen zum 11. September 2001, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 47, Heft 2, S. 165 - 178

Habermas, Jürgen (2003a)

Zeitdiagnose. Zwölf Essays 1980 - 2001, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen (2003b)

Europäische Identität und universalistisches Handeln. Nachfragen an Jürgen Habermas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 7, S. 801 - 806

Habermas, Jürgen (2003c/1985)

Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung der utopischen Energien, in: Habermas, Jürgen, Zeitdiagnosen. Zwölf Essays 1980 - 2001, Frankfurt am Main, S. 27 - 49

Habermas, Jürgen (2003d)

Fusion oder Spaltung? Die Kerneuropa-Initiative in der Debatte. Zdislaw Krasnodebski und Wolfgang Schäuble diskutieren mit Jürgen Habermas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 8, S. 935 - 945

Habermas, Jürgen (2003e)

Braucht Europa eine Verfassung?, in: Habermas, Jürgen, Zeitdiagnose. Zwölf Essays 1980 - 2001, Frankfurt am Main, S. 224 - 248 (identisch mit (2001b) und (2001c))

Habermas, Jürgen und Derrida, Jacques (2003)

Die Wiedergeburt Europas. Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik - zunächst in Kerneuropa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48, Heft 7, S. 877 - 881

**Huntington, Samuel P. (1990)**

Kein Ausgang: der Irrtum des "Endismus", in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 77 - 88

Huntington, Samuel P. (1991)

The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman/London

Huntington, Samuel P. (1993)

The clash of civilizations will dominate global politics. The fault lines between civilizations will be the battle lines of the future, in: Foreign Affairs 72 , Heft 3, S. 22 - 49

Huntington, Samuel P. (1998)

Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien, 2. Auflage

Huntington, Samuel P. (1999)

Die einsame Supermacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44, Heft 5, S. 548 - 560

Huntington, Samuel P. (Hg.) (2002a)

Streit um Werte, Hamburg

Huntington, Samuel P. (2002b)

Auf dem Weg zu einer globalen Kultur?, in: Die politische Meinung, Nr. 395, S. 15 - 20

**Rifkin, Jeremy (1995)**

Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt am Main

Rifkin, Jeremy (2000)

Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt am Main/New York

Rifkin, Jeremy (2001a)

Geld ist in der kleinsten Zelle. Die Kommerzialisierung der Eugenik, *Süddeutsche Zeitung*, 06.08.01

Rifkin, Jeremy (2001b)

Wenn der Staub sich legt, *Süddeutsche Zeitung*, 21.09.01

Rifkin, Jeremy (2001c)

Glauben, Werten, Hoffen. Der Islam, der Westen, der schwierige Dialog, *Süddeutsche Zeitung*, 21.11.01

Rifkin, Jeremy (2002)

Die H<sub>2</sub>- Revolution. ( Wasserstoff), Frankfurt am Main/New York

Rifkin, Jeremy (2003)

Das Ende der Arbeit, *Der Tagesspiegel*, 14.03.03

**Sennett, Richard (1998a)**

Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin

Sennett, Richard (1998b)

Der neue Kapitalismus, in: Berliner Journal für Soziologie 8, Heft 3, S. 305 - 316

Sennett, Richard (2000a)

Die flexible Gesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.), In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 2, München, S. 265 - 291

Sennett, Richard (2000b)

Arbeit und soziale Inklusion, in: Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main, S. 431 - 446.

Sennett, Richard (2000c)

Der flexibilisierte Mensch - Zeit und Raum im modernen Kapitalismus, in: Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.), Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, Bern/Stuttgart/Wien, S. 87 - 104

**Zürn, Michael (1992a)**

Jenseits der Staatlichkeit. Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in: Leviathan 20, Heft 4, S. 490 - 513

Zürn, Michael (1992b)

Weltordnung ohne Weltstaat. Plädoyer für mehr Demokratie in der internationalen Politik, in: Der Überblick 28, Heft 3, S. 58 - 61

Zürn, Michael (1996)

Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: Politische Vierteljahresschrift 37, Heft 1, S. 27 - 55

Zürn, Michael (1997)

Does international governance meet demand? Theories of international institutions in the age of globalization, in: Institut für interkulturelle und internationale Studien Nr. 4 - 5, Globalization processes in the OECD world, Bremen, S. 23 - 54

Zürn, Michael (1998a)

Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt am Main

Zürn, Michael (1998b)

Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 297 - 330

Zürn, Michael (1999)

Regionalism in the Age of Globalization, in: Institut für interkulturelle und internationale Studien Nr. 16, Bremen

Zürn, Michael (2001a)

Regieren im Zeitalter der Denationalisierung, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 22.01.01, Deutscher Bundestag, Teil 2, Berlin (identisch mit (2001b))

Zürn, Michael (2001b)

Regieren im Zeitalter der Denationalisierung, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 423 - 442 (identisch mit (2001a))

Zürn, Michael und Take, Ingo (1996)

Weltrisikogesellschaft und öffentliche Wahrnehmung globaler Gefährdungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 24/25, S. 3- 12

Zürn, Michael, Walter, Gregor, Dreher, Sabine und Beisheim, Marianne (2000)  
Postnationale Politik?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7, Heft 2, S.  
297 - 329

Zürn, Michael und Hellmann, Günter (Hg.) (2003)  
Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in  
Deutschland, Baden-Baden

Zürn, Michael und Zangl, Bernhard (2003)  
Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen  
Konstellation, Frankfurt am Main

### **Zeitungsartikel über die Quellentextautoren Zeitungsinterviews der Quellentextautoren:**

#### **Albrow, Martin**

„Martin Albrow nimmt Abschied vom Nationalstaat und feiert die  
Weltgesellschaft“, *Die Zeit*, 25/98

„Das Staunen über die Welt in unserem modernistischen Zeitalter. Ulrich Beck  
und Andere suchen nach Antworten auf die Herausforderungen der  
Weltgesellschaft“, *Der Tagesspiegel*, 20.12.98

#### **Barber, Benjamin R.**

„Demokratie in der Zange“, *Die Zeit*, 41/96

„Ein Schritt aus der Zeit. Benjamin R. Barber macht sich Sorgen um die  
Freiheit“, *Süddeutsche Zeitung*, 29.11.96

„Digitale Perspektiven der Demokratie“, *Der Tagesspiegel*, 21.02.1997

„Wer hat Angst vor Micky Maus?“, *Der Tagesspiegel*, 30.02.97

„Jihad versus McWorld?“, *Der Tagesspiegel*, 19./20.04.97

„Die Kinder sind schon an der Macht“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.00

„Seid vernünftig, denkt utopisch!“. Ein Gespräch mit Benjamin Barber, *Die Zeit*,  
08.11.01

„Als Produktionssystem ist der Kapitalismus im Niedergang begriffen“. Ein  
Gespräch mit Benjamin Barber, *Frankfurter Rundschau*, 23.01.02

„Die Welt ist ein Kartenhaus“ *Berliner Zeitung*, 21.02.02

#### **Beck, Ulrich**

„Wenn das Und das Entweder-Oder ablöst“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,  
15.09.93

„Mozart und der europäische Sozialstaat. Bourdieu, Beck und Fischer über  
Globalisierung“, *Berliner Zeitung*, 11.06.97

„Der Sucher der wirklichen Welt“, *Die Zeit*, 36/97

- „Überall zu Haus. Ulrich Beck sucht Antworten auf die Globalisierung für die Mittelschicht“, *Frankfurter Rundschau*, 09.12.97
- „Globalisierung hat Erwerbsgesellschaft durcheinandergebracht“, *Süddeutsche Zeitung*, 05.02.98
- „Globalisierung. Soziologe Beck wirft Linken „Abschottung“ vor“, *Frankfurter Rundschau*, 06.07.98
- „Fragen, überall nur Fragen. Aber was für Fragen!“. Interview mit Ulrich Beck, *Frankfurter Rundschau*, 06.07.98
- „Weltbürger, gebt den Staat nicht auf!“, *Die Zeit*, 31/98
- „Die „Warum-nicht-Gesellschaft“, *Die Zeit*, 48/99
- „Der Prozess. Glückliche Arbeitslose gegen Ulrich Beck“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.04.00
- „Die Welt ist eine Bulette“, *Süddeutsche Zeitung*, 23.10.00

### **Dahrendorf, Ralf**

- „Was lässt sich von Blair lernen? Nichts.“, *Berliner Zeitung*, 13.09.97
- „Die Arbeitslosigkeit ist ein Vorbote des gesellschaftlichen Wandels“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.10.97
- „Der Irrglauben an die Arbeit“, *Berliner Zeitung*, 07.01.98
- „Klasse global. Lord Dahrendorf und wie er die Globalisierung sieht“, *Berliner Zeitung*, 11.05.00
- „Europa hat keine Gestaltungsmacht“. Interview mit Ralf Dahrendorf, *Die Welt*, 02.11.00
- „Der Parlamentarismus ist in Gefahr“, *Die Welt*, 12.02.01
- „Demokratie in Zeiten der Globalisierung“ *Die Zeit*, 26/02
- „Wo die Aufklärung angewandt wird. Ein Vortrag Lord Dahrendorfs im Berliner Wissenschaftskolleg“, *Der Tagesspiegel*, 27.05.03

### **Dettling, Warnfried**

- „Suche nach der guten Gesellschaft“, *Die Zeit*, 04/96 (Antwort auf Dettling, *Die Zeit*, 02/96)
- „Zur Lage der SPD und zum Start der Bundesregierung“. Interview mit Warnfried Dettling, *InfoRadio*, 24.11.98
- „Die Zukunft liegt in der geistigen Mobilität“, *Der Tagesspiegel*, 08.03.99
- „Das System Kohl brachte die moralische Zerstörung der CDU“. Interview mit Warnfried Dettling, *Frankfurter Rundschau*, 19.01.00

### **Etzioni, Amitai**

- „Von den Kommunitaristen lernen“, *Die Zeit*, 39/95
- „Beethoven teilen“, Interview mit Amitai Etzioni, *Die Zeit*, 10.11.95
- „Alte Politik in neuer Verpackung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.01.96
- „Mehr Mut zur Moral“, *Die Woche*, 12.09.97

- „Goldene Regeln. Was Amitai Etzioni unter Verantwortung versteht“, *Süddeutsche Zeitung*, 08.10.97  
 „Wege in die gute Gesellschaft“, *Die Zeit*, 43/97  
 „Ein amerikanischer Traum. Professor und Promoter“, *Süddeutsche Zeitung*, 04.01.99  
 „Das Gute, das Böse, das Private“, *Die Zeit*, 21/99  
 „Krieg der Kinder“. Interview mit Amitai Etzioni, *Die Zeit*, 46/99  
 „Briefe aus Amerika. Amitai Etzioni und David Blankenhorn verteidigen ihre Verteidigung des „gerechten Kriegs““, *Berliner Zeitung*, 12.04.02

### **Forrester, Viviane**

- „Eine neue Bibel der Wirtschaftsethik“, *Frankfurter Rundschau*, 17.06.97  
 „Dauerferien im Elend für fast alle. Viviane Forrester über die schlechte neue Welt ohne Arbeit“, *Süddeutsche Zeitung*, 11.08.97  
 „Französische Ziege, amerikanischer Wolf“, *Der Tagesspiegel*, 27.08.97  
 „Am richtigen Ort in der falschen Ecke“, *Süddeutsche Zeitung*, 02.02.98  
 „Die Schrecken des Liberalismus“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.05.98  
 „Auf dem globalen Zauberberg“, *Der Tagesspiegel*, 13.10.99  
 „Marx und Venus“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.03.00  
 „Kritik der reinen Ökonomie“, *Die Zeit*, 16/01  
 „Viviane Forrester. Heilige Johanna der Globalisierung“, *Süddeutsche Zeitung*, 19.10.01

### **Fukuyama, Francis**

- „Die Grenzen des Marktes und des Staates“, *Frankfurter Rundschau*, 03.06.95  
 „Kultur des Vertrauens. Ein Anfang eher als ein Ende der Geschichte“, *Die Zeit*, 42/95  
 „Vertrauen ist alles Kultur, Konflikt, Konfuzius“, *Süddeutsche Zeitung*, 11.10.95  
 „Kapital ist gut, Vertrauen ist besser“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.12.95  
 „Bald schon wird die nachmenschliche Zeit beginnen“, *Die Welt*, 19.06.99  
 „Florenz auf Silikon gebaut“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.06.99  
 „Fukuyama und kein Ende“, *Die Welt*, 01.07.99  
 „Gleichheits-Züchtung. Menschenpark auf amerikanisch: Die Fukuyama-Debatte“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.10.99  
 „Die Apokalypse lauert überall“, *Der Tagesspiegel*, 01.11.99  
 „Die Irrfahrten eines Konservativen“, *Die Zeit*, 13/00  
 „Das Projekt Mensch“. Interview mit Francis Fukuyama, *Die Welt*, 27.05.00  
 „Nur Gott wird nicht überflüssig“, *Die Welt*, 16.10.00

### **Giddens, Anthony**

- „Im Dschagannath-Wagen. Anthony Giddens zu „Konsequenzen der Moderne““, *Süddeutsche Zeitung*, 05.04.95  
 „Utopischer Realismus“, *Die Zeit*, 21/95

- „Die Moderne, ein Dschagannath-Wagen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.07.95
- „Den Dingen auf den Grund gehen“. Interview mit Anthony Giddens, *Süddeutsche Zeitung*, 21.01.97
- „Modernität als Experiment“, *Die Zeit*, 13/97
- „Man hat keine Wahl, außer zu wählen“, Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 17/97
- „Kommt, Kinder, schlüpft aus eurer Haut!“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.03.97
- „Fürsorger kann der Staat nicht mehr sein. Anthony Giddens überdenkt traditionell linke Positionen zum Sozialstaat“, *Süddeutsche Zeitung*, 06.10.97
- „Die Deutschen sollen sich wohlfühlen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.10.98
- „Unbehagen in der Ideenfabrik“, *Berliner Zeitung*, 04.01.99
- „Werft die Traditionen über Bord“, *Der Tagesspiegel*, 18.01.99
- „Der feindlose Staat“. Interview mit Anthony Giddens, *Berliner Zeitung*, 17.07.99
- „Der Dritte Weg macht Hoffnung“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Welt*, 18.10.99
- „Kontroverse um den „Dritten Weg““, *Der Tagesspiegel*, 05.11.99
- „Don't Try to Copy Britain“. Giddens warnt Germany, *Die Welt*, 06.11.99
- „Zwischen Nacht und Tag“, *Die Zeit*, 47/99
- „Weg von der ökonomistischen Sicht“. Interview mit Anthony Giddens, *Der Tagesspiegel*, 06.12.99
- „Still a Third Way for Europe“, *Die Welt online*, 08.04.00
- „Wie links ist Tony Blair?“. Interview mit Anthony Giddens, *Die Zeit*, 16/00
- „Die Karawane zieht weiter“, *Die Zeit*, 23/00
- „Vierzehn gegen die Gefahren der Weltwirtschaft“, *Der Tagesspiegel*, 02.06.00
- „Blairs Guru auf Abwegen. Anthony Giddens weicht vorsichtig vom Dritten Weg ab“, *Frankfurter Rundschau*, 27.07.00
- „Weg ist das Ziel. Soziologe Anthony Giddens über Bushs milden Konservatismus“. Interview mit Anthony Giddens, *Süddeutsche Zeitung*, 07.11.00
- „Was bleibt vom „dritten Weg“? Anthony Giddens antwortet seinen Kritikern“, *Neue Zürcher Zeitung*, 12.10.01
- „Vorsicht vor den Bossen, Genossen“, Ein Zeit-Gespräch mit Anthony Giddens *Die Zeit*, 09/02

### **Gorz, André**

- „Gegen Entfremdung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.02.93
- „Das Subjekt steht links. Die Perspektive der Befreiung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.03.93
- „Um den Euro tobt der weltweite Klassenkampf“. Interview mit André Gorz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.08.97



„Abschied der Arbeit. Und ein Grundeinkommen für alle?“, *Der Tagesspiegel*, 08.04.00

**Guéhenno**, Jean-Marie

„Das moderne Erbe der Agora“, *Die Welt*, 01.04.00

„Chef der Blauhelme“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.06.00

**Habermas**, Jürgen

„Ist die Wahrheit eine Art Obrigkeit? Jürgen Habermas und Ronald Dworkin im Gespräch“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.06.95

„Der Hüter der Moderne“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.11.96

„Glaubt Habermas an die Demokratie?“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.03.98

„Der Weltsozialstaat“, *Berliner Zeitung*, 15.05.98

„Der Kandidat in der theoretischen Prüfung“, *Berliner Zeitung*, 06.06.98

„Die Macht braucht kluge Ratschläge nicht“, *Die Welt*, 08.06.98

„Opposition macht dumm“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.06.98

„Der Philopolitiker“, *Die Zeit*, 25/98

„Unbedingtes bei Habermas“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.07.98

„Im kalten Frieden der Moderne“, *Die Zeit*, 42/98

„Es gibt doch Alternativen!“. Jürgen Habermas antwortet auf Fragen nach den Chancen von Rot-Grün, der Ära Kohl und der Zukunft des Nationalstaates, *Die Zeit*, 42/98

„Es gibt doch Alternativen!“. Interview mit Jürgen Habermas, *Die Zeit*, 42/98

„Blind für blaue Blumen. Jürgen Habermas sucht neue Gegner“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.10.98

„Demokratie ohne Staat“, *Frankfurter Rundschau*, Weihnachten 1998

„Antworten auf Jürgen Habermas“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.06.99

„Der Philosoph in der Politik“, *Berliner Zeitung*, 18.06.99

„Der Bundesphilosoph“, *Der Tagesspiegel*, 03.05.03

„Politik braucht Philosophie“, *Der Tagesspiegel*, 17.05.03.

**Huntington**, Samuel P.

„Huntingtons Welt“, *Berliner Zeitung*, 16.10.01

„Huntington: Bin Laden will den Zivilisationskrieg“, *Berliner Morgenpost*, 16.10.01

„Nein, kein Kampf der Kulturen“. Interview mit Samuel P. Huntington, *Die Zeit* 66/01

**Rifkin**, Jeremy

„Die richtigen Antworten kommen aus Europa“. Interview mit Jeremy Rifkin, *Der Tagesspiegel*, 27.02.99

„Risiken der Weltwirtschaft“, *Der Tagesspiegel*, 21.03.99

„Die Kapitalismusrakete zündet eine neue Stufe“, *Der Tagesspiegel*, 26.08.00  
„Wer hat die Macht in der neuen Biotech-Welt?“. Interview mit Jeremy Rifkin,  
*Der Tagesspiegel*, 20.09.00  
„Irrungen und Wirrungen zur Neuen Ökonomie“, *Frankfurter Allgemeine  
Zeitung*, 05.10.00  
„Die neue Basis für Profit und Reichtum“, *Das Parlament*, 01.12.00  
„24 Stunden geöffnet. Wie schnell sind wir am Ende?“, *Süddeutsche Zeitung*,  
28.05.01

### **Sennett, Richard**

„Alle Räder kreischen schrill“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.98  
„Flexibilität“ ist für Richard Sennett das Zauberwort der heutigen Ökonomie“,  
*Der Tagesspiegel*, 27.03.98  
„Brauchen wir wieder Utopien, Herr Sennett?“. Interview mit Richard Sennett,  
*Der Tagesspiegel*, 06.05.98  
„Der charakterlose Kapitalismus“, *Die Zeit*, 49/98  
„Die Schrecken der schönen neuen Arbeitswelt“, *Die Welt*, 12.01.00  
„Die schöne alte Arbeit und ihr Apologet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,  
29.03.00  
„Lohn der Angst“, *Der Tagesspiegel*, 30.03.00

### **Zürn, Michael**

-----

### **Sekundärtexte:**

Aden, Abduraham (2000)

Kein Anschluss unter dieser Nummer, *Frankfurter Rundschau*, 11.03.00

Ajami, Fouad (1993)

The Summoning, in: *Foreign Affairs* 72, Heft 4, S. 2 - 9

Albert, Michel (1998a)

Kapitalismus contra Kapitalismus, in: Messner, Dirk (Hg.), *Die Zukunft des  
Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in  
der Weltgesellschaft*, Bonn, S. 100 - 120

Altvater, Elmar und Mahnkopf, Birgit (1999)

Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der  
Weltgesellschaft, Münster, 4. Auflage

- Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.) (1999)  
Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York
- Anz, Thomas (Hg.) (1995)  
Es geht nicht um Christa Wolf. Der Literaturstreit im vereinten Deutschland, Frankfurt am Main
- Arbeit der Zukunft. Zukunft der Arbeit, 2. Jahreskolloquium in Frankfurt am Main 17./18. Juni 1994, hg. von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, Stuttgart
- Backes, Uwe und Jesse, Eckhard (Hg.) (2000)  
Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden
- Bauman, Zygmunt (1997)  
Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft, in: Beck, Ulrich (Hg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt am Main, 3. Auflage, S. 315 - 332
- Bauman, Zygmunt (1999a)  
Freiheit und Sicherheit. Die unvollendete Geschichte einer stürmischen Beziehung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 23 - 34
- Bauman, Zygmunt (1999b)  
Zerstreuung der Macht, *Die Zeit*, 47/99
- Bayer, Jozsef (1995)  
Gespräch mit Ralf Dahrendorf, in: Sinn und Form 47, Heft 4, S. 505 - 511
- Beckmann, Klaus u.a. (Hg.) (2000)  
Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus als „Zauberformel“?, Frankfurt am Main
- Beierwaltes, Andreas (1995)  
Das Ende des Liberalismus? Der philosophische Kommunitarismus in der politischen Theorie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 43, S. 24 - 31
- Beisheim, Marianne (1997)  
Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 43, S. 21 - 29

- Beisheim, Marianne und Walter, Gregor (1997)  
„Globalisierung“ - Kinderkrankheiten eines Konzeptes, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4, Heft 1, S. 153 - 180
- Bellers, Jürgen und Kipke, Rüdiger (1993)  
Einführung in die Politikwissenschaft, München
- Benhabib, Seyla (2001)  
Global.com oder Weltrepublik, *Neue Zürcher Zeitung*, 06.08.01
- Bents, Richard und Blank, Reiner (1992)  
MBTI. Eine dynamische Persönlichkeitstypologie. Die 16 Grundmuster unseres Verhaltens nach C.G. Jung, München
- Bender, Peter (1992)  
Unsere Erbschaft. Was war die DDR - was bleibt von ihr?, Hamburg/Zürich
- Benner, Thorsten und andere (2001)  
Global Public Policy: Chancen und Herausforderungen vernetzten Regierens, in: Zeitschrift für Politik 48, Heft 4, S. 359 - 374
- Benz, Arthur (2001)  
Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 263 - 280
- Berg-Schlosser, Dirk und Stammen, Theo (1992)  
Einführung in die Politikwissenschaft, München, 5. Auflage
- Berg-Schlosser, Dirk und Quenter, Sven (Hg.) (1999)  
Literaturführer Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung in die Standardwerte und „Klassiker“ der Gegenwart, Stuttgart
- Berger, Peter A. (1997)  
Individualisierung und sozialstrukturelle Dynamik, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen, S. 81 - 95
- Bergsdorf, Wolfgang (1993)  
Deutschland im Streß. Politische und gesellschaftliche Herausforderungen nach der Wende, München

Bergsdorf, Wolfgang (2002)

Weltreligionen und Politik im 21. Jahrhundert, in: Die Politische Meinung, Nr. 386, S. 33 - 40

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestages, Drs. 14/8900, Berlin 03.06.02

Bieber, Christoph (1999)

Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit, Frankfurt am Main/New York

Biesecker, Adelheid und von Winterfeld, Uta (2000)

Vergessene Arbeitswirklichkeiten, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 269 - 286

Bloom, Allan (1989)

Der Faschismus hat Zukunft, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 27 - 31

Bobbio, Norberto (1994)

Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin

Bonß, Wolfgang (2000)

Was wird aus der Erwerbsgesellschaft?, in: Beck Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 327 - 415

Bourdieu, Pierre (1998a)

Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz

Bourdieu, Pierre (1998b)

Kapitalismus als konservative Restauration, *Die Zeit*, 5/98

Bourdieu, Pierre (1999)

Alles seitenverkehrt, *Die Zeit*, 49/99

Breidenbach, Joana und Zukrigl, Ina (1998)

Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt, München

Böhme, Gernot (1994)

Weltweisheit, Lebensform, Wissenschaft. Einführung in die Philosophie, Frankfurt am Main

- Breidenbach, Joana und Zukrigl, Ina (2002)  
Widersprüche der kulturellen Globalisierung: Strategien und Praktiken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 12, S. 19 - 25
- Brock, Lothar (1998)  
Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 44 - 73
- Brock, Lothar (1999)  
Krieg der Wirtschaftswelten? Der „demokratische Frieden“ im Kontext der Globalisierung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 217 - 226
- Brock, Lothar (2000)  
Modernisierung und Entgrenzung. Zwei Perspektiven der Weltgesellschaft, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 281 - 303
- Brodocz, André und Schaal, Gray S. (Hg.) (1999)  
Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Opladen
- Brumlik, Micha (1994)  
Der „Kommunitarismus“. Letzten Endes eine empirische Frage?, in: Zahlmann, Christel (Hg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg, S. 94 - 101
- Brumlik, Micha (2003)  
Das Projekt einer europäischen Kulturnation. Was von Habermas` Utopie bleibt, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 50, Heft 7/8, S. 6 - 9
- Brunkhorst, Hauke (1996)  
Demokratie als Solidarität unter Fremden. Universalismus, Kommunitarismus, Liberalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 36, S. 21 - 28
- Brunkhorst, Hauke und Kettner, Matthias (Hg.) (2000)  
Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt am Main
- Buckmiller, Michael (1990)  
Sozialismus - das Ende einer Utopie?, in: Vorgänge 29, Heft 6, S. 104 - 116

- Budäus, Dietrich und Grüning, Gernod (1997)  
Kommunitarismus - eine Reformperspektive? Eine kritische Analyse  
kommunitaristischer Vorstellungen zur Gesellschafts- und Verwaltungsreform,  
Berlin
- Bude, Heinz (2000)  
Was kommt nach der Arbeitnehmergesellschaft?, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die  
Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 121 - 134.
- Calließ, Jörg (Hg.) (1994)  
Die Wahrheit des Nirgendwo. Zur Geschichte und Zukunft des utopischen  
Denkens, Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum  
vom 23. bis. 25. April 1993, Rehburg-Loccum
- Clermont, Christoph und Goebel, Johannes (1997)  
Die Tugend der Orientierungslosigkeit, Berlin
- Commission on Global Governance (1995)  
Our Global Neighbourhood. The Report of the Commission on Global  
Governance, Oxford
- Demo/skopie „Europa“, hg. vom Bundesverband der deutschen Banken, Nr. 6,  
August 1999
- Der aktuelle Begriff, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen  
Bundestages, Nr. 23/01 (19.10.01) und Nr. 21/02 (28.05.02)
- Dicke, Klaus (2001)  
Die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen unter besonderer  
Berücksichtigung der Vereinten Nationen, Jena, Gutachten für die Enquete -  
Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft -  
Herausforderungen und Antworten“, 14. Wahlperiode, Berlin
- Die Glücklichen Arbeitslosen ... und was machen Sie so im Leben?, in: Beck,  
Ulrich (2000a), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S.  
108 - 120
- Die Thesen vom Ende der Arbeit, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen  
Bundestages, Nr. 39/98 (März)
- Dittgen, Herbert (1999)  
Grenzen im Zeitalter der Globalisierung: Überlegungen zur These vom Ende  
des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 9, Heft 1, S. 3 - 26

Druwe, Ulrich (1995)

Politische Theorie, Politikwissenschaft aktuell, Bd. 2, Reihe Lehre, Neured, 2. Auflage

Eckhardt, Frank (2001)

Tony Blair „im Dickicht der Städte“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 32 - 38

Esser, Klaus (Hg.) (1996)

Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum: neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Köln

Esser, Klaus (1998)

Nationalstaatliches Handeln im Übergang von der Industrie- zur Informationsökonomie, in: Messner, Dirk (Hg.), Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, S. 247 - 269

Europa leidenschaftlich gesucht (2003), hg. Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, München

Fest, Joachim C. (1991)

Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin

Fest, Joachim C. (1997)

Nach dem Scheitern der Utopien: Probleme der offenen Gesellschaft, in: Sinn und Form 49, Heft 3, S. 410 - 421

Fischer, Arthur und Münchmeister, Richard (Hg.) (1997)

Jugend `97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Orientierungen, Jugendwerk der Deutschen Shell, Opladen

Forst, Rainer (1994)

Kommunitarismus und Liberalismus - Stationen einer Debatte, in: Honneth, Axel (Hg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York, 2. Auflage, S. 181 - 212

Fues, Thomas und Hamm, Brigitte I. (Hg.) (2001)

Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance, Bonn



Funk, Lothar (2001)

New Economy und die Politik des Modernen Dritten Weges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 24 - 31

Gallus, Alexander und Jesse, Eckhard (2001)

Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 6 - 15

Gensicke, Thomas (1995)

Deutschland im Wandel. Sozialer Wandel und Wertewandel in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 154 (11/95), Bonn

Giesen, Bernhard (1994)

Die Intellektuellen und die Nation, in: Langguth, Gerd (Hg.), Autor, Macht, Staat. Literatur und Politik in Deutschland. Ein notwendiger Dialog, Düsseldorf, S. 13 - 33

Globalisierung als Chance: Der Weg nach vorne für Europa, Antrag der Fraktion der F.D.P. im Deutschen Bundestag, Drs. 14/1132 (11.06.99), 14. Wahlperiode

Gohl, Christopher (2001)

Bürgergesellschaft als politische Zielperspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 6/7, S. 5 - 11

Gosepath, Stefan und Merle Jean-Christophe (Hg.) (2002)

Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München

Graf Kielmannsegg, Peter (1996)

Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus und Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen, S. 47 - 71

Gress, David R. (1997)

The Subtext of Huntington's "Clash", in: Orbis 41, Heft 2, S. 285 - 299

Greven, Michael Th. (1993)

Ist die Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift 34, Heft 3, S. 399 - 413

Greven, Michael Th. (Hg.) (1998)

Demokratie - Eine Kultur des Westens?, Opladen

- Gruppe von Lissabon (1997)  
Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Guggenberger, Bernd und Hansen, Klaus (Hg.) (1993)  
Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen
- Gungwu, Wang (1996/97)  
A Machiavelli for Our Times, in: National Interest 46 (Winter), S. 69 - 73
- Hardt, Michael und Negri, Antonio (2002)  
Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main
- Hassner, Pierre (1990)  
Kein Ende der Wachsamkeit, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 33 - 37
- Hassner, Pierre (1996/97)  
Morally Objectionable, Politically Dangerous, in: National Interest 46 (Winter), S. 63 - 69
- Hassner, Pierre (2000)  
Nationalstaat - Nationalismus - Selbstbestimmung, in: Kaiser, Karl und Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364, Bonn, S. 102 - 114
- Hauchler, Ingomar, Messner, Dirk und Nuscheler, Franz (Hg.) (2001)  
Global Trends 2002. Fakten, Analysen und Prognosen, Bonn
- Hauff, Volker (Hg.) (1987)  
Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven („Brundtlandbericht“)
- Heinze, Rolf G. (2003)  
Soziale Investitionen und neuer Sozialstaat, Tagung „Zukunft der sozialen Demokratie“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Münstereifel (29.09. - 05.10.03), [www.netzwerkberlin.de](http://www.netzwerkberlin.de) (Tagungen, Heinze), Stand 13.11.03
- Heinze, Rolf G. und Streeck, Wolfgang (2000)  
Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik, in: Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main, S. 234 - 261

- Heinze, Rolf G. und Strünck, Christoph (2000)  
Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im  
Strukturwandel, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie,  
Frankfurt am Main, S. 171 – 216
- Hettlage, Robert und Lenz, Karl (Hg.) (1995)  
Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz, München
- Hildebrandt, Volker (1996)  
Epochenumbruch in der Moderne. Eine Kontroverse zwischen Robert Kurz und  
Ulrich Beck, Münster
- Himmelfarb, Gertrude (1989)  
Die Zukunft ist unerkennbar, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 39 - 42
- Hitzler, Roland (1997)  
„Der Vorhang im Tempel zerreißt...“. Orientierungsprobleme im Übergang zu  
einer „anderen“ Moderne, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.),  
Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer  
Integrationsmodus?, Opladen, S. 49-64
- Holland-Cunz, Barbara (2001)  
Perspektiven der Verhandlungsdemokratie - Governance-Prozesse aus  
frauenpolitischer Sicht, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im  
21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 281 - 295
- Honneth, Axel (Hg.) (1994a)  
Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner  
Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York, 2. Auflage
- Honneth, Axel (1994b)  
Individualisierung und Gemeinschaft, in: Zahlmann, Christel (Hg.),  
Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg, S.  
16 -23
- Höffe, Otfried (1999a)  
Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München
- Höffe, Otfried (1999b)  
Ein Gesellschaftsvertrag für Europa? Ein Versuch in dreizehn Thesen, in:  
Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des  
Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21.  
Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 267 - 278

Höffe, Otfried (2000)

Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung. Auf dem Weg zu einer Weltdemokratie, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.07.00

Höffe, Otfried (2001a)

Globalisierung und Demokratie: Für und wider eine föderale Weltrepublik, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 22.01.01, Deutscher Bundestag, Teil 2, Berlin

Höffe, Otfried (2001b)

Der Kampf der Kulturen kann ausfallen, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 14.10.01

Höffe, Otfried (2002)

Zum Ursprung der Toleranz. Grundzüge der philosophischen Begriffsgeschichte, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 395, S. 5 - 14

Hummel, Hartwig (1996)

Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung, in: *WeltTrends* 12 (Herbst), S. 7 - 34

Hübinger, Gangolf und Hertfelder, Thomas (Hg.) (2000)

Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart

Internet - demokratiefördernd?, hg. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2002), Fachbereich Geschichte, Zeitgeschichte und Politik, Berlin

Jachtenfuchs, Markus und Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1996)

Europäische Integration, Opladen

Jochimsen, Reimut (Hg.) (2000)

Globaler Wettbewerb und weltwirtschaftliche Ordnungspolitik, Bonn

Jobrotation wie in Dänemark. Entlastungseffekte für den Arbeitsmarkt, *WZB-Mitteilungen* 84, Juni 1999, S. 8 - 10

Kaiser, Karl (1998)

Globalisierung als Problem der Demokratie, in: *Internationale Politik*, 53, Heft 4, S. 3 - 11

- Kaiser, Karl und Schwarz, Hans-Peter (Hg.) (2000)  
Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364, Bonn
- Kallscheuer, Otto (1994)  
Gemeinsinn und Demokratie. Hinter dem Etikett „Kommunitarismus“ verbirgt sich eine Debatte um das Selbstverständnis der USA, in: Zahlmann, Christel (Hg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg, S. 109 - 117
- Kamer, Hansrudolf (2000)  
Der Nationalstaat ist noch nicht am Ende, in: Internationale Politik 55, Heft 7, S. 23 - 28
- Kaufmann, Franz-Xaver (1998)  
Globalisierung und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 18, S. 3 - 10
- Kempe, Martin (1998)  
Die Jobwende. Wie man Arbeit schafft, Frankfurt am Main
- Keupp, Heiner, Kraus, Wolfgang und Straus, Florian (2000)  
Civic matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 217 - 268
- Kiesel, Helmuth (1991)  
Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: Die Politische Meinung, Nr. 264, S. 49 - 62
- Kirkpatrick, Jeane J. (1993)  
The Modernizing Imperative. Tradition and Change, in: Foreign Affairs 72, Heft 4, S. 22 - 26
- Klages, Helmut (1996)  
Der „schwierige Bürger“ - Bedrohung oder Zukunftspotential?, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 233 - 253
- Klages, Helmut (1998)  
Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 29 - 38

Klages, Helmut (1999)

Zerfällt das Volk? Wertewandel und moderne Demokratie, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 65 - 74

Klages, Helmut (2000)

Engagement und Engagementpotential in Deutschland, in: Beck Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 151 - 170

Klages, Helmut und Gensicke, Thomas (1999)

Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyer

Kleger, Heinz (1998)

Direkte und transnationale Demokratie, in: Leggewie, Claus und Maar, Christa (Hg.), Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?, Köln, S. 97 - 110

Kleger, Heinz (2001)

Bürgergesellschaft und Demokratie in Europa, in: WeltTrends 9, Heft 30, S. 133 - 150

Kocka, Jürgen (2000)

Erwerbsarbeit ist nur ein historisches Konstrukt, *Frankfurter Rundschau*, 09.05.00

Kocka, Jürgen (2001)

Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21, S. 8 - 13

Kocka, Jürgen (2002a)

Die Vielfalt der Moderne und die Aushandlung von Universalien, in: Münkler, Herfried und andere (Hg.), Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert, Berlin, S. 231 - 240

Kocka, Jürgen (2002b)

Was heißt „Zivilgesellschaft“?, *Der Tagesspiegel*, 25.03.02

Kocka, Jürgen und Offe, Claus (Hg.) (2000)

Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main

Kohler, Georg (1999)

Wozu Politik? Zur demokratiepolitischen Bedeutung der aktuellen Politikverdrossenheit, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 47 - 64

Krause, Joachim (1998)

Strukturprobleme der Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 29-30, S. 16 - 23

Kreibich, Rolf und Trapp, Christian (Hg.) (2002)

Bürgergesellschaft, Baden-Baden

Kriesi, Hanspeter (2001)

Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 2, S. 206 - 213

Kroker, Eduard J. M. (Hg.) (1996)

Deutschland auf dem Weg zu einer multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt am Main

Krönig, Jürgen (2001)

Jihad versus McWorld, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 41 - 42, S. 3 - 5

Kurzprotokoll des Unterausschusses Vereinte Nationen Nr. 27 zum Besuch von Jean-Marie Guéhenno, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 24.04.02

Kühnlein, Irene (1997)

Weniger Erwerbsarbeit - mehr Eigenarbeit? Chancen und Potentiale Öffentlicher Eigenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48/49, S. 41 - 46

Küng, Hans (2002)

Zur Problematik von Weltpolitik, Weltstaat und Weltethos, in: Gosepath, Stefan und Merle, Jean-Christophe (Hg.), Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München, S. 122 - 133

Laqueur, Walter (2003)

Der Mythos der „NeoCons“, in: Europäische Rundschau 31, Heft 2, S. 3 - 9

Lamla, Jörn (1999)

Die politische Theorie der reflexiven Modernisierung: Anthony Giddens, in: Brodacz, André und Schaal, Gray S. (Hg.), Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, Opladen, S. 213 - 238

Langguth, Gerd (Hg.) (1994)

Autor, Macht, Staat. Literatur und Politik in Deutschland. Ein notwendiger Dialog, Düsseldorf

Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2002. Presseexemplar, hg. vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden

Leggewie, Claus (1999)

From Voice to Vote. Neue Medien und Demokratie, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 207 - 214

Leggewie, Claus (2001a)

Gibt es eine transnationale Bürgergesellschaft?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 2, S. 144 - 153

Leggewie, Claus (2001b)

Das Erasmus-Programm. Gibt es eine transnationale Bürgergesellschaft?, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2001, S. 458 - 476

Leggewie, Claus und Maar, Christa (Hg.) (1998)

Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?, Köln

Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.) (2001)

Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main

Leif, Thomas (1998)

Unkonventionelle Beteiligungsformen und die Notwendigkeit der Vitalisierung der Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 38, S. 12 - 21

Lepenes, Wolf (1992)

Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa, Frankfurt am Main/New York

Lepenes, Wolf (1993)

Die Zukunft der Intellektuellen. Vorwärts mit der Aufklärung, *Der Spiegel*, 01.03.93

Lesch, Hagen (2000)

Brauchen wir eine europäische Beschäftigungspolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 3 - 14



Liessmann, Konrad Paul (2000)

Im Schweiß deines Angesichts, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 85 - 107

Link, Werner (2000)

Demokratischer Verfassungsstaat und Internationales System, in: Die Politische Meinung, Nr. 364, S. 63 - 70

Link, Werner (2001)

Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München

Luhmann, Niklas (1994)

Kapitalismus und Utopie, in: Merkur 48, Heft 3, S. 189 -198

Luttwak, Edward (1999)

Wenige Gewinner, viele Verlierer, *Die Zeit*, 50/99

Maak, Thomas (2000)

Verteilungsgerechtigkeit - Kommunitarismus als Zauberformel?, in: Beckmann, Klaus u.a. (Hg.), Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus als „Zauberformel“?, Frankfurt am Main, S. 157 - 181

Mahbubani, Kishore (1993)

The Dangers of Decadence. What the Rest Can Teach the West, in: Foreign Affairs 72, Heft 4, S. 10 - 14

Martens, Jens (2002)

NGOs - überschätzte Akteure in der internationalen Politik? Eine Zwischenbilanz, in: Kreibich, Rolf und Trapp, Christian (Hg.), Bürgergesellschaft, Baden-Baden, S. 34 - 45

Maus, Ingeborg (2001)

Die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen - Oder: Die Transformation des Territorialstaates zur Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 3, S. 313 - 323

McGrew, Anthony (1998)

Demokratie ohne Grenzen?, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 374 - 419

Meier, Bernd (2000)  
Kommunitarismus. Politische Idee, Programmatik und empirische Befunde,  
Köln

Menzel, Ulrich (1998)  
Globalisierung versus Fragmentierung, Frankfurt am Main

Menzel, Ulrich (2001)  
Der Zerfall der postkolonialen Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd.  
18/19, S. 3 - 5

Merkel, Wolfgang und Lauth, Hans-Joachim (1998)  
Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die  
Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 6/7, S. 3 - 12

Messner, Dirk (1996 )  
„Netzwerkgesellschaften“ - ein neues Muster politischer Steuerung, in: Esser,  
Klaus (Hg.), Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum: neue  
Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Köln, S. 105 - 144

Messner, Dirk (Hg.) (1998a)  
Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der  
politischen Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn

Messner, Dirk (1998b)  
Die sozialen Dimensionen der Globalisierung, Duisburg

Messner, Dirk (2000a)  
Gesellschaftliche Determinanten wirtschaftlicher Entwicklung in der  
Weltmarktwirtschaft. Markt, Netzwerksteuerung und soziale Gerechtigkeit als  
Elemente einer Entwicklungsstrategie jenseits des Neoliberalismus, in:  
Brunkhorst, Hauke und Kettner, Matthias (Hg.), Globalisierung und Demokratie.  
Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt am Main, S. 90 - 129

Messner, Dirk (2000b)  
Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innerpolitik? Die  
Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“, in: Prokla 118, Nr. 1, S.  
123 - 150

Messner, Dirk (2000c)

Globalisierung und Global Governance - Entwicklungstrends am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 350 - 377

Messner, Dirk (2000d)

Architektur der Weltordnung. Strategien zur Lösung globaler Probleme, Protokoll der öffentlichen Anhörung „Macht oder Ohnmacht der Politik? Global Governance als Antwort auf Globalisierung“ der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“ vom 04.12.00, Teil 1, Deutscher Bundestag, Berlin

Messner, Dirk (2001)

Kooperative Weltmacht. Die Zukunft der Europäischen Union in der neuen Weltpolitik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 1, S. 26 - 39

Messner, Dirk und Nuscheler, Franz (1996)

Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Policy Paper 2, hg. SEF, Bonn

Metzinger, Udo M. (2000)

Die Huntington-Debatte. Die Auseinandersetzung mit Huntingtons „Clash of Civilizations“ in der Publizistik, Köln

Metzler, Gabriele (2003)

Der deutsche Sozialstaat: vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, Stuttgart

Miegel, Meinhard (1994)

Vollbeschäftigung - eine sozialromantische Utopie?, in: „Arbeit der Zukunft. Zukunft der Arbeit“, 2. Jahreskolloquium in Frankfurt am Main 17./18. Juni 1994, hg. Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, Stuttgart, S. 37 - 56

Miegel, Meinhard (1998)

Der Mensch als Unternehmer, in: Wirtschaft und Wissenschaft 6, Heft 1, S. 24 - 32

Miegel, Meinhard (1999)

Gesprächsbeiträge, in: Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie, 115, Bergedorfer Gesprächskreis, hg. Körber-Stiftung, Hamburg

Miegel, Meinhard (2002)

Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, München, 9. Auflage

Miegel, Meinhard (2003)

Verdrängte Wirklichkeiten. Die Lebenswelt der Deutschen oder Eine Epoche geht unwiderruflich zu Ende, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.03.03

Miegel, Meinhard und Wahl, Stefanie (2001)

Arbeitslosigkeit in Deutschland, München

Mokre, Monika (Hg.) (2000)

Imaginierte Kulturen - reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“, Baden-Baden

Mols, Manfred und andere (Hg.) (1994)

Politikwissenschaft. Eine Einführung, Paderborn

Moynihan, Daniel Patrick (1989)

Nur das Ende der Nachkriegsgeschichte, in: *Europäische Rundschau* 17, Heft 4, S. 47 - 53

Mutz, Gerd (1995)

Struktur und Bedeutung postindustrieller Arbeitslosigkeit, in: *Gegenwartskunde* 44, Heft 3, S. 287 - 297

Mutz, Gerd (1997a)

Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 48/49, S. 31 - 40

Mutz, Gerd (1997b)

Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Individualisierung, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), *Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?*, Opladen, S. 161 - 179

Mutz, Gerd (1999a)

Das Ende der Treck-Kultur, in: Beck, Ulrich (Hg.), *Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 190 - 207

Mutz, Gerd (1999b)

Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit, Bd. 9, S. 3 - 11

Mutz, Gerd (2000)

Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement, in: *Forschungsjournal neue soziale Bewegung* 13, Heft 2, S. 77 - 91

Mutz, Gerd (2001)

Der souveräne Arbeitsgestalter in der zivilen Arbeitsgesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 21, S. 14 - 23

Mutz, Gerd und Kühnlein, Irene (1998)

Die Tätigkeitsgesellschaft, in: *Universitas* 53, Heft 8, S. 751 - 758

Müller, Harald (1998)

Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington, Frankfurt am Main

Müller-Doohm, Stefan (Hg.) (1991a)

Jenseits der Utopie, Frankfurt am Main

Müller-Doohm, Stefan (1991b)

Soziologie ohne Gesellschaft? Notizen zum Gegenstandsverlust einer Disziplin, in: Müller-Doohm, Stefan (Hg.), *Jenseits der Utopie*, Frankfurt am Main 1991, S. 48 - 99

Münch, Richard (1998)

Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt am Main, 2. Auflage

Münch, Richard (2001)

Die neue Arbeitsgesellschaft, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), *Politik im 21. Jahrhundert*, Frankfurt am Main, S. 51 - 74

Münkler, Herfried (Hg.) (1992)

Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich

Münkler, Herfried (2001)

Die brutale Logik des Terrors, *Süddeutsche Zeitung*, 29.09.01

Münkler, Herfried (Hg.) (2002)

Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jahrhundert, Berlin

Münkler, Herfried (2003a)

Die Privatisierung des Krieges. Warlords, Terrornetzwerke und die Reaktion des Westens, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 13, Heft 1, S. 7 - 22

Münkler, Herfried (2003b)

Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg

Münkler, Herfried (2003c)

Der neue Krieg - und wir, *Der Tagesspiegel*, 25.11.03

Münkler, Herfried und Krause, Skadi (2001)

Der aktive Bürger - Eine Gestalt der politischen Theorie im Wandel, in: Leggewie, Claus und Münch, Richard (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 299 - 320

Negt, Oskar (1995)

Die Krise der Arbeitsgesellschaft. Machtpolitischer Kampfplatz zweier "Ökonomien", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 15, S. 3 - 9

Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie, 115. Bergedorfer Gesprächskreis, hg. Körber-Stiftung, Hamburg 1999

Neumann, Franz (Hg.) (1998)

Handbuch Politische Theorien und Ideologien, Bd. 1 und 2, Opladen, 2. Auflage

Nowotny, Thomas (1990)

Die unendliche Geschichte oder warum die Zukunft doch nicht ganz so langweilig sein wird, wie Fukuyama vermutet, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 67 - 76

Nuscheler, Franz (Hg.) (2000a)

Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn

Nuscheler, Franz (2000b)

Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept, in: Prokla 118, Nr. 1, S. 151 - 156

Nübel, Hans Ulrich (2000)

Der Kommunitarismus - eine Ordnungsidee?, in: Beckmann, Klaus u.a. (Hg.), Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus als „Zauberformel“?, Frankfurt am Main, S. 31 - 52

Offe, Claus (1990)

Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring, Frankfurt am Main/New York

Offe, Claus (1996)

Bewährungsproben - Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 141 - 157

Offe, Claus (1998a)

Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Streß der europäischen Integration, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York, S. 99 - 136

Offe, Claus (1998b)

Der deutsche Wohlfahrtsstaat: Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten, in: Berliner Journal für Soziologie 8, Heft 3, S. 359 - 380

Offe, Claus (1999a)

Staat, Markt und Gemeinschaft. Wandel und Widersprüche der sozialen und politischen Ordnung, in: Anselm, Elisabeth, Freytag, Aurelius u.a. (Hg.), Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York, S. 89 - 110

Offe, Claus (1999b)

Wenn das Vertrauen fehlt, *Die Zeit*, 50/99

Offe, Claus (2000)

Staat, Markt und Gemeinschaft - Gestaltungsoptionen im Spannungsfeld dreier politischer Ordnungsprinzipien, in: Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.), Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, Bern/Stuttgart/Wien, S. 105 - 129

Offe, Claus (2001)

Gibt es eine europäische Gesellschaft? Kann es sie geben?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46, Heft 4, S. 423 - 435

Palazzo, Guido (2002)

Die Mitte der Demokratie. Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas, Baden-Baden

Patzelt, Werner J. (1993)

Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung, Passau, 2. Auflage

Peach, Norman (1994)

Krieg der Zivilisationen oder dritte Dekolonisation? Samuel P. Huntingtons Paradigma der Internationalen Beziehungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39, Heft 3, S. 310 - 321

Peach, Norman (2001)

Grundlagen einer Global Governance, Hamburg, Gutachten für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“, 14. Wahlperiode, Berlin

Pelinka, Anton (2000)

Umfassender Pessimismus oder umfassender Optimismus. Huntington versus Fukuyama, in: Mokre, Monika (Hg.), Imaginierte Kulturen - reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“, Baden-Baden, S. 75 - 80

Pfetsch, Frank R. (1998)

Die Problematik der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 25/26, S. 3 - 11

Pinzani, Alessandro (2000)

Bürgertugenden und Demokratie, in: Beckmann, Klaus u.a. (Hg.), Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus als „Zauberformel“?, Frankfurt am Main, S. 97 - 129

Poenicke, Anke (2001)

Afrika in deutschen Medien, Zukunftsforum Politik, Broschürenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 29 A

Pongs, Armin (Hg.) (1999/2000)

In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich, Bd. 1 und 2, München

Pongs, Armin (Hg.) (2003)

In welcher Welt wollen wir leben?, München

Pöggeler, Otto (1995)

Ein Ende der Geschichte? Von Hegel zu Fukuyama, Opladen



Priddat, Birger (2001)

Die Illusion vom Sozialstaat als sicherem Netz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.02.01

Rawls, John (1975)

Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main

Reese-Schäfer, Walter (1996)

Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 36, S. 3- 11

Reese-Schäfer, Walter (1997)

Supranationale oder transnationale Identität - zwei Modelle kultureller Integration in Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift* 39, Heft 2, S. 318 - 329

Reese-Schäfer, Walter (1999)

Die praktische Bedeutung des kommunitarischen Denkens in Deutschland. Ein Überblick, in: *Gegenwartskunde* 48, Heft 3, S. 297 - 310

Reese-Schäfer, Walter (2001a)

Kommunitarismus, Frankfurt am Main, 3. Auflage

Reese-Schäfer, Walter (2001b)

Amitai Etzioni zur Einführung, Hamburg

Reese-Schäfer, Walter (2001c)

Jürgen Habermas, Frankfurt am Main, 3. Auflage

Reuter, Edzard (1999)

Ratlose Zauberlehrlinge, *Die Zeit*, 50/99

Rohbeck, Johannes (2001)

Zukunft oder Ende der Moderne?, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden* 50, Heft 5/6, S. 5 - 7

Rondholz, Eberhard (1994)

Abendländische Visionen. Alte europäische Ordnungsvorstellungen, neu aufgelegt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 39, Heft 7, S. 863 - 872

Röbke, Thomas und Wagner, Bernd (Hg.) (2000)

Jahrbuch für Kulturpolitik, Bd. 1 (Bürgerschaftliches Engagement), Essen

Rötzer, Florian (2000)

Über das Projekt der Kurzfristigkeit. Richard Sennetts Phänomenologie des flexiblen Menschen und seine Kritik an der Zerstörung des Charakters, dokumentiert im Internet ([http://www.heise.de/bin/tp/issue/dl-artikel.cgi?artikelnr=2301&mode= htm](http://www.heise.de/bin/tp/issue/dl-artikel.cgi?artikelnr=2301&mode=htm)), Stand 24.01.00

Rudolph, Brigitte (2000)

Eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten. Chance oder Falle für Frauen, in: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main, S. 287 - 326

Rudolph, Brigitte (2001)

Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der „Neuen Tätigkeitsgesellschaft“ für Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21, S. 24 - 30

Saage, Richard (1990)

Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt am Main

Saage, Richard (Hg.) (1992a)

Hat die politische Utopie eine Zukunft? Darmstadt

Saage, Richard (1992b)

Wie ein Phönix aus der Asche. Das Scheitern des Realsozialismus und die Zukunft der Sozialutopie, in: Außerschulische Bildung, Heft 4, S. 401 - 405

Sartre, Jean-Paul (1995)

Plädoyer für die Intellektuellen. Interviews, Artikel, Reden 1950 - 1973, Reinbek bei Hamburg

Satter, David (1990)

Verfrühte Siegesfeiern, in: Europäische Rundschau 18, 1, Heft S. 101 - 104

Scharpf, Fritz W. (1997a)

Globalisierung als Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik, Köln

Scharpf, Fritz W. (1997b)

Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Heft 2, S. 184 - 192

- Scharpf, Fritz W. (1998a)  
Demokratie in der transnationalen Politik, in: Streeck, Wolfgang (Hg.),  
Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die  
Demokratiethorie, Frankfurt am Main/New York, S.151 - 174
- Scharpf, Fritz W. (1998b)  
Demokratie in der transnationalen Politik, in: Beck, Ulrich (Hg.), Politik der  
Globalisierung, Frankfurt am Main, S. 228 - 253
- Scharpf, Fritz W. (1999)  
Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch, Frankfurt am Main/New York
- Scharpf, Fritz W. (2000a)  
Der globale Sozialstaat, *Die Zeit*, 24/00
- Scharpf, Fritz W. (2000b)  
Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle? Lehren aus dem internationalen  
Vergleich, in: Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft (Hg.), München, S. 59 - 73
- Scharpf, Fritz W. (2001)  
Mehr Freiheit für die Bundesländer. Der deutsche Föderalismus im  
europäischen Standortwettbewerb, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.04.01
- Scharpf, Fritz W. (2003)  
Staatsaufgaben heute. Föderalismus in der Bundesrepublik, Tagung „Zukunft  
der sozialen Demokratie“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Münstereifel (29.09. -  
05.10.03), [www.netzwerkberlin.de](http://www.netzwerkberlin.de) (Tagungen, Scharpf), Stand 13.11.03
- Scherrer, Christoph (1999)  
Kann den Konze rnen Benimm beigebracht werden?, *Frankfurter Rundschau*,  
26.11.99
- Scherrer, Christoph (2000)  
Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen  
Konstitutionalismus, in: *Prokla* 118, Nr. 1, S. 13 - 38
- Schick, Gerhard und Renner, Andreas (2000)  
Liberalismus versus Kommunitarismus - ein falsches Gegensatzpaar?, in:  
Beckmann, Klaus u.a. (Hg.), Individuum versus Kollektiv. Der Kommunitarismus  
als „Zauberformel“?, Frankfurt am Main, S. 183 - 215

Schlichte, Klaus (2000)

Staatsbildung und Staatszerfall in der „Dritten Welt“, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden, S. 254 - 279

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten“, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200 (12.06.2002)

Schmid, Günther und Schömann, Klaus (Hg.) (1999)

Von Dänemark lernen. Dokumentation der Veranstaltung „Berlin: Beschäftigungspolitische Zukunftswerkstatt im Lichte internationaler Erfahrungen“, Berlin

Schulze, Gerhard (1996)

Die Wahrnehmungsblockade - Vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 33 - 51

Schulze, Gerhard (1999)

Wer bin ich, und was will ich hier?, *Die Welt*, 27.12.99

Schulze Buschoff, Karin (2000)

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 32 - 38

Seeber, David (1992)

Universalgeschichte als Versuchsballon. Zu Francis Fukuyamas „demokratischem“ Ende der Geschichte, in: Herder-Korrespondenz 46, Heft 10, S. 470 - 474

Seifert, Jürgen (1998)

Wer nur auf die Vermarktung achtet, wird ihr Opfer, *Frankfurter Rundschau*, 23.03.98

Senghaas, Dieter (1997)

Die fixe Idee vom Kampf der Kulturen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42, Heft 2, S. 215 - 221

Senghaas, Dieter (2002)

Kulturelle Globalisierung - ihre Kontexte, ihre Varianten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 12, S. 6 - 9

Sestanovich, Stephen (1989)

Der Liberalismus bedeutet kein Ende der Weltpolitik, in: Europäische Rundschau 17, Heft 4, S. 55 - 58

Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.) (2000)

Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden, Wiesbaden

Simhandl, Katrin (2000)

The Clash of Civilizations. Das Buch und die Debatte, in: Mokre, Monika (Hg.), Imaginierte Kulturen - reale Kämpfe. Annotationen zu Huntingtons „Kampf der Kulturen“, Baden-Baden, S. 15 - 29

Skirbekk, Gunnar und Gilje, Nils (1993)

Geschichte der Philosophie, Bd. 2, Frankfurt am Main

Spiel ohne Grenzen? Im Zeichen der Globalisierung: Perspektiven europäischer Politik, Tagung der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie am 08.06.1997, dokumentiert im Internet

(<http://www01.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/2157/anchor1.html>), Stand 03.06.1998

Steinfath, Holmer (1994)

Der Verlust der Identität, in: Zahlmann, Christel (Hg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg, S. 86 - 93

Stove, David (1990)

Das Erbe der Aufklärung, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 105 - 107

Strasser, Johano (1990)

Leben ohne Utopie?, Frankfurt am Main

Strasser, Johano (1998)

Was ist heute links?, *Frankfurter Rundschau*, 31.07.98

Strasser, Johano (1999)

Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, Zürich

Streeck, Wolfgang (Hg.) (1998)

Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York

Sturm, Roland (2000)

Der „dritte Weg“ - Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, in: Backes, Uwe und Jesse, Eckhard (Hg.) (2000), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden, S. 53 - 72

Sturm, Roland (2001)

Der Dritte Weg - Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 16/17, S. 3 - 5

Tetzlaff, Rainer (1998)

Afrika - Zwischen Demokratisierung und Staatenzerfall, in: Messner, Dirk (Hg.), *Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerung in der Weltgesellschaft*, Bonn, S. 195 - 217

Tetzlaff, Rainer (2000)

Staatenwelt und Demokratie. Zur Transformation der Demokratie durch Globalisierung, in: Siegelberg, Jens und Schlichte, Klaus (Hg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden*, Wiesbaden, S. 323 - 349

Theisen, Heinz (2002)

Zivilisierung von Kulturen, in: *Die politische Meinung*, Nr. 388, S. 22 - 28

Thompson, Mark R. (2000)

Demokratische Revolution statt Kulturkampf. Eine Erwiderung auf Huntingtons Thesen, in: *Internationale Politik* 55, Heft 4, S. 47 - 54

Touraine, Alain (1999)

Loblied auf die Zivilgesellschaft, *Die Zeit*, 49/99

Trabold, Harald (2000)

Zum Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 48, S. 23 - 30

Ueding, Gert (1992)

Revolution ohne Intellektuelle, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 271, S. 79 - 88.

Ulrich, Peter und Maak, Thomas (Hg.) (2000)

*Die Wirtschaft in der Gesellschaft. Perspektiven an der Schwelle zum 3. Jahrtausend*, Bern/Stuttgart/Wien

van den Brink, Bert und van Reijen, Willem (Hg.) (1995)

*Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt am Main

Vattimo, Gianni (2002)

Kurze Geschichte der Philosophie im 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Freiburg im Breisgau

Vester, Michael (1997)

Soziale Milieus und Individualisierung. Mentalitäten und Konfliktlinien im historischen Wandel, in: Beck, Ulrich und Sopp, Peter (Hg.), Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien oder neuer Integrationsmodus?, Opladen, S. 99 - 123

von Bredow, Wilfried (2000)

Konflikte und Kämpfe zwischen Zivilisationen, in: Kaiser, Karl und Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364, Bonn, S. 115 - 123

Vorländer, Hans (2001a)

Dritter Weg und Kommunitarismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 16/17, S. 16 - 23

Vorländer, Hans (2001b)

Demokratie ohne Grenzen und die Grenzen der Demokratie, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden 50, Heft 5/6, S. 43 - 49

Vorländer, Hans (2003)

Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München

Waas, Lothar (1994)

Francis Fukuyama und die Zukunft der liberalen Demokratie, in: Europäische Rundschau 22, Heft 3, S. 111 - 125

Walk, Heike und Brunnengräber, Achim (2000)

Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster

Waschkuhn, Arno (1998)

Demokratiethorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge, München

WEED/ Heinrich-Böll-Stiftung (1999)

Studie Global Governance. Möglichkeiten und Grenzen von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, Bonn/Berlin

Weidenfeld, Werner (Hg.) (1996)

Die Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin

Weidenfeld, Werner (1999)

Gefangene im globalen Netzwerk, *Süddeutsche Zeitung*, 31.07.99

What We`re Fighting For (2002)

Aufruf amerikanischer Intellektueller im Februar 2002, in: Propositions 02/2002 (hg. by David Blankenhorn sowie im Internet ([www.propositionsonline.com/Fighting\\_For/fighting\\_for.htm](http://www.propositionsonline.com/Fighting_For/fighting_for.htm)), Stand 26.01.02, Institute for American Values, New York)

Wieseltier, Leon (1990)

Spielverderber, in: Europäische Rundschau 18, Heft 1, S. 89 - 95

Wilhelm, Karin (Hg.) (1993)

Utopie heute? Ende eines menscheitsgeschichtlichen Topos?, Wien

Zahlmann, Christel (Hg.) (1994)

Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg

Zeitenwende - Aufbruch in das 21. Jahrhundert. Bürgerschaftsforum 1999, öffentliche Veranstaltungsreihe. Dokumentation der Beiträge, Hamburg

Ziehe, Thomas (1994)

Unspektakuläre Zivilisierungsgewinne. Auch Individualisierung kann „kommunitär“ sein, in: Zahlmann, Christel (Hg.), Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Hamburg, S. 102 - 108

Zinn, Karl Georg (1999)

Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 14/15, S. 3 - 13

### **Zeitungsartikel chronologisch nach Erscheinungsdatum:**

„Gegen Entfremdung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.02.93

„Die neue Unübersichtlichkeit. Wolfgang Streeck und Fritz W. Scharpf sezieren den Wohlfahrtsstaat“, *Denker der Moderne* (3), *Die Zeit*, 48/97



„Die Endzeit-Propheten haben sich getäuscht“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.12.98

„Die Berater sind los!“, *Die Zeit*, 42/98

„Auf der Suche nach dem Dritten Weg. Wohin soll er führen?“, *Die Zeit*, 46/98

„Der dritte Weg“, *Die Zeit*, 11/99.

„Jobrotation - ein Modell für Deutschland?“, *Frankfurter Rundschau*, 29.04.99

„Wachhunde, mehr nicht“, *Süddeutsche Zeitung*, 14.08.99

„Die Politik ist entmachtet“. Horst Teltschik widerspricht der These von der Globalisierungsfalle, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.11.99

„Eine Art Oktoberfest mit Kühen. In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“, *Frankfurter Rundschau*, 27.11.99

„Fahrstuhl zum Komplott“, *Frankfurter Rundschau*, 06.12.99

„Ausländische Erfolgsmodelle nicht kopieren, sondern kapieren“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.12.99

„EU-Treffen zur Wirtschaftspolitik“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.03.00

„Die schöne alte Arbeit und ihr Apologet“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.03.00

„Baschar ist der Provider“, *Berliner Zeitung*, 20.07.00

„Japan ruft zur globalen Internet-Revolution“, *Berliner Zeitung*, 22.07.00

„Zwischen Ratio und Zorn. Das neue Menschenbild der Sozialwissenschaftler“, *Neue Zürcher Zeitung*, 26.07.00

„Der Streit, der nicht stattfand“, *Berliner Zeitung*, 06.10.00

„Welt-Gemeinschaft: Paradox oder Realität?“, *Neue Zürcher Zeitung*, 12.12.00

„Großbetrieb der Systemkritik“, *Berliner Zeitung*, 27.12.00

„Anweisungen zum Kulturkampf“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.04.01

„Faulheit siegt“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.04.01

„Wenige Bekannte überbrücken auch große Gegensätze“, *Nürnberger Nachrichten*, 06.06.01

„Leitbild Arbeit“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.08.01

„Amerikaner sehen sich anders als der Rest der Welt“, *Berliner Zeitung*, 21.12.01

„Afrika am Netz“, *Le Monde*, 11.01.02

„Im Nebel der Globalisierung“, *Berliner Zeitung*, 31.01.02

„Kritik nach Aznars Angriff auf sozialistische Mehrheiten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.02.02

„Nächstenliebe verlangt Gewaltanwendung“, *Tagesspiegel*, 12.02.02

„... dann ist Gewalt als letzter Ausweg moralisch gerechtfertigt“, *Frankfurter Rundschau*, 14.02.02

„Macht und Ohnmacht der Intellektuellen“, *Der Tagesspiegel*, 16.02.02

„Patriotisch korrekt, moralisch gerechtfertigt? Amerikas Intellektuelle in Zeiten des Krieges“, *Neue Zürcher Zeitung*, 20.02.02

„Kann der Krieg moralisch erklärt werden?“, *Die Zeit*, 08/02

„Welche Freiheit? Welche Werte?“, *Die Zeit*, 09/02

„Schwerter zu Flugwaren“, *Süddeutsche Zeitung*, 10.04.02

„Die Debatte als Meldung“, *Berliner Zeitung*, 03.05.02

„Attacke der Realität“, *Der Tagesspiegel*, 24.01.03

„Der Kapitalismus ist wie eine Feuersbrunst“, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 26.01.03

„Der eiserne Gast. Krieg und Frieden (5): Was Philosophen sagen und was sie verschweigen“, *Der Tagesspiegel*, 08.02.03

„Darf man in der SPD noch widersprechen, Herr Scholz?“. Der Generalsekretär über Macht in der Partei - und die Gefahr des Untergangs, *Der Tagesspiegel*, 30.03.03

„Aufruf zum Kriegs-Boykott“, *Spiegel-Online*, 02.06.03

„Deutsche wollen Arbeitszeit freier bestimmen. Sozialforscher: Zustimmung für starre Beschäftigungsmodelle sinkt“, *Der Tagesspiegel*, 21.06.03

„Geld ist nicht alles, nur Arbeit macht glücklich“, *Der Tagesspiegel*, 08.07.03

„Es war eine Dummheit, durch den Rhein zu schwimmen“. Interview mit Klaus Töpfer, *Der Tagesspiegel*, 20.07.03

„Arbeit für alle - das Modell USA“, *Der Tagesspiegel*, 13.08.03

„Vollbeschäftigung bis zum Ende des Jahrzehnts“, *Berliner Zeitung*, 06./07.09.03

„Mähe Rasen, suche Computerschulung. 50000 Bundesbürger sind Mitglieder in Tauschbörsen“ (Martin Wortmann), *AFP*, 12.09.03

„Teilzeitarbeit ist „klassische Frauenarbeit““, *Der Tagesspiegel*, 25.09.03

„Aktiv sein für andere“ (Michael Grau), *Evangelischer Pressedienst (epd)*, 07.10.03

„Lust auf Europa, aber keine Ahnung“, *Der Tagesspiegel*, 14.10.03

„Studie über Werte in Europa bestätigt fast alle Klischees“, *dpa* (Andri Jahnke), 25.11.03

„Die Chance des Scheiterns“, *Süddeutsche Zeitung*, 15.12.03

„Die EU vor einer ungewissen Zukunft“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.12.03

„Komödie und Tragödie der Antiglobalisierung“, *Frankfurter Rundschau*, 17.12.03

„Fast 400 000 Arbeitsplätze gingen verloren“, *Süddeutsche Zeitung*, 07.01.04

„Europäische Linke will Partei gründen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,  
12.01.04

„Bunt und folgenlos“, *Frankfurter Rundschau*, 24.01.04

**Serie** zu den öffentlichen Intellektuellen in: *Die Zeit*, 36/97, 41/97, 48/97, 2/98  
und 6/98

**Serie** zur Debatte „rechts und links“ unter dem Titel „lechts und rinks“ in der  
*Frankfurter Rundschau* April 1999 - Mai 2000:

„Sie dürfen nicht weniger wollen, als die ganze Welt zu verändern“, *Frankfurter  
Rundschau*, 15.05.99

„Links wird langsam zum Label für konservativ“, *Frankfurter Rundschau*,  
05.07.99

„Vom Menschen bleibt nur „Humankapital““, *Frankfurter Rundschau*, 15.07.99

„Der Sozialstaat ist nicht nur ein Kostenfaktor“, *Frankfurter Rundschau*,  
19.07.99

„Wenn sich selbst der alte Ludwig Erhard errötend abwendet“, *Frankfurter  
Rundschau*, 24.07.99

„Geldverdienen allein ist keine ethische Kategorie“, *Frankfurter Rundschau*,  
27.07.99

„Gibt es noch einen dritten Weg?“, *Frankfurter Rundschau*, 09.08.99

„Wahrheiten, Prahlereien und Schweigen ...“, *Frankfurter Rundschau*, 02.09.99

„Dritter Weg ja, aber europäisch“, *Frankfurter Rundschau*, 04.10.99

„Die gebändigte Modernität des Lionel Jospin“, *Frankfurter Rundschau*,  
28.10.99

„Stets unbeliebt und stets zum falschen Zeitpunkt“, *Frankfurter Rundschau*,  
29.11.99

„Weder rudert noch steuert der deutsche Staat“, *Frankfurter Rundschau*,  
03.05.00

**Register der Quellentextautoren:**

Albrow 4, 20, 21, 31, 32, 35, 38, 43, 45, 46, 47, 84, 93, 102, 103, 107, 108, 110, 113, 116, 117, 124, 127, 134, 137, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 162, 163, 166, 174, 181, 182, 188, 191, 196, 198, 199, 209, 210, 214, 215, 216, 228, 229, 232, 238, 242, 245, 246, 248, 256, 274, 281, 283, 284, 291, 293, 304, 330, 332, 338, 345, 352, 370

Barber 2, 17, 20, 29, 31, 33, 34, 36, 39, 45, 47, 49, 50, 51, 57, 58, 59, 70, 71, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 87, 89, 91, 92, 94, 95, 96, 98, 100, 104, 116, 131, 133, 139, 153, 155, 163, 164, 166, 167, 172, 176, 180, 183, 193, 203, 222, 225, 228, 245, 258, 296, 299, 303, 325, 326, 328, 332, 335, 336, 342, 345, 352, 353, 354, 370

Beck 6, 7, 17, 20, 21, 31, 32, 33, 35, 37, 40, 41, 46, 47, 83, 99, 102, 106, 123, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 139, 141, 142, 147, 149, 151, 155, 157, 163, 172, 179, 180, 181, 184, 187, 188, 190, 192, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 214, 215, 216, 218, 219, 220, 222, 223, 224, 225, 227, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 255, 256, 257, 261, 262, 265, 266, 267, 268, 269, 271, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 281, 282, 284, 285, 291, 294, 299, 304, 305, 307, 308, 311, 312, 313, 315, 320, 330, 331, 335, 338, 339, 341, 345, 350, 352, 354, 355, 356, 357, 359, 364, 365, 369, 370, 371, 376, 377, 378, 380, 384, 386, 387, 390, 393, 399, 400, 404

Dahrendorf 8, 17, 20, 21, 23, 31, 32, 33, 36, 39, 40, 43, 47, 99, 104, 127, 131, 139, 140, 170, 187, 202, 205, 209, 212, 215, 216, 221, 228, 229, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 276, 277, 278, 280, 281, 284, 291, 295, 298, 300, 304, 305, 310, 311, 312, 313, 315, 323, 330, 332, 338, 342, 345, 346, 348, 349, 350, 356, 357, 358, 359, 371, 376

Dettling 7, 20, 21, 31, 37, 39, 40, 41, 42, 99, 129, 187, 209, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 232, 236, 237, 248, 257, 267, 268, 277, 282, 312, 313, 315, 332, 345, 348, 359, 360, 371

Etzioni 3, 17, 20, 21, 39, 40, 46, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 124, 125, 128, 129, 130, 132, 137, 139, 143, 146, 147, 148, 149, 157, 158, 159, 161, 162, 163, 164, 166, 168, 173, 174, 179, 193, 195,

217, 219, 228, 245, 251, 266, 284, 309, 311, 325, 326, 336, 337, 341, 342, 345, 350, 358, 360, 361, 371, 372, 398

Forrester 5, 19, 20, 33, 47, 102, 163, 164, 165, 168, 172, 175, 182, 183, 204, 210, 260, 278, 332, 345, 361, 372

Fukuyama 1, 2, 17, 20, 29, 31, 34, 36, 39, 44, 45, 46, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 67, 69, 70, 71, 73, 74, 78, 79, 80, 81, 90, 91, 93, 94, 95, 96, 97, 100, 105, 107, 111, 113, 122, 130, 132, 139, 163, 169, 174, 184, 219, 229, 248, 254, 291, 296, 301, 325, 328, 338, 345, 361, 362, 372, 395, 397, 404

Giddens 4, 16, 17, 20, 21, 23, 32, 35, 36, 39, 40, 43, 100, 102, 103, 105, 107, 108, 110, 113, 116, 117, 119, 120, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 139, 140, 141, 142, 143, 146, 147, 148, 149, 153, 155, 156, 157, 158, 159, 161, 162, 163, 164, 166, 167, 168, 172, 173, 174, 181, 182, 188, 191, 193, 194, 195, 196, 197, 199, 204, 207, 209, 210, 214, 215, 217, 220, 222, 223, 228, 229, 232, 236, 238, 240, 245, 246, 248, 250, 254, 256, 257, 258, 263, 266, 274, 277, 281, 283, 284, 285, 291, 294, 304, 315, 330, 332, 338, 345, 348, 350, 356, 362, 363, 372, 373, 388

**Gorz** 5, 15, 20, 21, 23, 41, 45, 46, 47, 119, 135, 163, 171, 172, 177, 178, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 198, 199, 200, 201, 203, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 213, 216, 218, 223, 227, 236, 258, 277, 312, 315, 316, 332, 336, 345, 350, 363, 373

Guéhenno 3, 20, 31, 34, 36, 42, 46, 51, 57, 71, 75, 77, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 100, 133, 152, 153, 163, 166, 168, 176, 183, 184, 199, 225, 240, 247, 249, 282, 285, 286, 332, 335, 338, 345, 346, 363, 364, 374, 388

Habermas 8, 16, 17, 20, 23, 29, 31, 32, 35, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 47, 88, 110, 111, 119, 132, 156, 161, 170, 191, 195, 209, 222, 229, 237, 240, 242, 245, 258, 263, 265, 266, 269, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 296, 298, 301, 302, 304, 307, 308, 309, 312, 313, 314, 315, 316, 318, 321, 323, 328, 330, 332, 335, 338, 341, 346, 350, 351, 364, 365, 366, 367, 374, 379, 396, 398

Huntington 2, 17, 20, 29, 31, 36, 37, 45, 47, 49, 50, 51, 53, 57, 58, 59, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 78, 79, 81, 83, 90, 91, 92, 94, 95, 96, 100, 105, 107, 117, 131,

139, 163, 209, 229, 247, 254, 280, 291, 296, 299, 325, 326, 327, 328, 345, 348, 367, 374, 382, 392, 394, 397

Rifkin 5, 19, 20, 47, 102, 135, 147, 149, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 172, 177, 179, 181, 182, 183, 185, 188, 192, 193, 198, 203, 204, 210, 215, 216, 239, 258, 266, 325, 326, 332, 345, 367, 368, 374, 375

Sennett 5, 15, 20, 21, 32, 38, 39, 46, 86, 89, 104, 123, 130, 166, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 186, 187, 188, 194, 195, 198, 200, 203, 209, 210, 215, 217, 227, 233, 236, 275, 277, 311, 312, 332, 336, 338, 341, 342, 345, 368, 375

Zürn 9, 14, 15, 17, 20, 21, 37, 47, 147, 156, 170, 209, 229, 234, 240, 243, 245, 261, 269, 277, 279, 283, 288, 289, 292, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 312, 313, 314, 315, 318, 319, 321, 323, 328, 330, 332, 333, 339, 346, 350, 368, 369, 370, 375